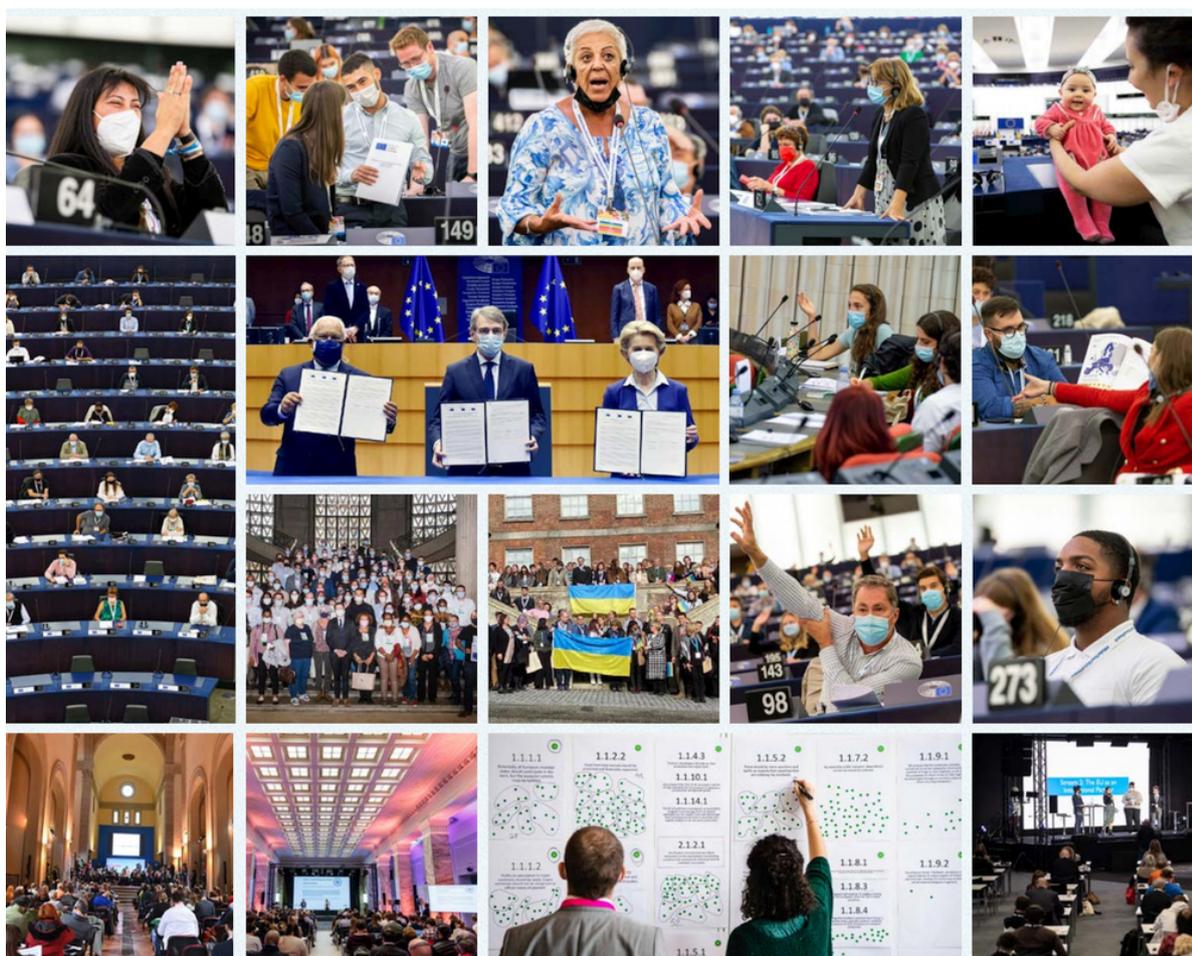


Konferenz über die Zukunft Europas

BERICHT ÜBER DIE ENDGÜLTIGEN ERGEBNISSE

Mai 2022



Die Zukunft ist
in deinen Händen

 Konferenz
zur Zukunft Europas



**Dokument vorbereitet von Pierre Dieumegard
für Europa-Demokratie-Esperanto**

Ziel dieses „vorläufigen“ Dokuments ist es, mehr Menschen in der Europäischen Union in die Lage zu versetzen, die für die Europäische Union erstellten Dokumente zu verstehen (und durch ihre Beiträge finanziert werden). Das Originaldokument in französischer Sprache im PDF-Format wurde mit der Software Libre Office formatiert. Die Übersetzung in alle Amtssprachen der Europäischen Union erfolgt über <https://webgate.ec.europa.eu/etranslation>.

Wir haben diese Arbeit aufgrund der Notwendigkeit einer besseren Mehrsprachigkeit in der Europäischen Union geleistet: ohne Übersetzungen ist ein großer Teil der Bevölkerung von der Debatte ausgeschlossen. **Es ist wünschenswert, dass die Verwaltung der Europäischen Union die Übersetzung wichtiger Dokumente übernimmt, damit alle Europäer verstehen können, worum es geht und gemeinsam über ihre gemeinsame Zukunft diskutieren können.**

Für eine gute direkte Kommunikation zwischen den europäischen Bürgern und für zuverlässige Übersetzungen wäre die internationale Sprache Esperanto aufgrund ihrer Einfachheit, Regelmäßigkeit und Genauigkeit sehr nützlich.

Im Internet:

Föderation Eŭropo-Demokratio-Esperanto: <https://e-d-e.org/> (oder www.demokratio.eu)

Vereinigung Europa-Demokratie-Esperanto (Frankreich): <https://e-d-e.fr/>

Europäische Dokumente in allen Amtssprachen: <http://www.europokune.eu/>

Gegenüber dem ursprünglichen Dokument gibt es einige Änderungen (Verbesserungen?):

- einige Rechtschreibfehler wurden korrigiert. Vielleicht sind weitere Fehler aufgetreten?
- das Layout wurde harmonisiert, und alle Seiten sind entsprechend nummeriert (das ursprüngliche Dokument war ein Nebeneinander von separat verfassten PDF-Dateien mit unabhängigen Nummern).
- die Endnoten wurden in Anmerkungen am Ende des Abschnitts (am Ende der Seiten) umgewandelt.
- Dokumente, die ursprünglich in Form von Bildern erstellt wurden, wurden in Tabellen umgewandelt, um leicht übersetzbar zu sein.

Inhaltsverzeichnis:

I. Die Architektur der Konferenz.....	7
1. Gemeinsame Erklärung.....	8
2. Geschäftsordnung.....	9
3. Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Konferenz.....	9
4. Einführung der mehrsprachigen digitalen Plattform.....	9
5. Europäische Bürgerforen.....	10
6. Nationale Bürgerforen.....	10
ER IST HIER. Beiträge der Bürger zur Konferenz.....	11
A. Mehrsprachige digitale Plattform.....	12
B. Bürgerpanels.....	16
C. Veranstaltungen im Rahmen der Konferenz.....	27
III. Die Plenarversammlung der Konferenz.....	36
A. Rolle und Arbeitsweise der Plenarversammlung.....	37
B. Arbeitsgruppen.....	38
C. chronologische Zusammenfassung.....	39
IV. Die Vorschläge des Plenums.....	44
Klimawandel und Umwelt.....	45
Gesundheit.....	51
„Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“.....	55
Die EU in der Welt.....	64
„Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“.....	72
„Digitale Transformation“.....	77
„Europäische Demokratie“.....	83
Migration.....	89
„Bildung, Kultur, Jugend und Sport“.....	93
Abschließende Erwägungen des Exekutivausschusses.....	98
Anhang I – Empfehlungen der vier europäischen Bürgerforen.....	101
Europäisches Bürgerpanel Nr. 1: „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung/Bildung, Kultur, Jugend und Sport/digitaler Wandel“.....	102
Europäisches Bürgerpanel 2: „Europäische Demokratie; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“.....	120
Europäisches Bürgerpanel Nr. 3: „Klimawandel und Umwelt/Gesundheit“.....	134
Europäisches Bürgerpanel 4: „Die EU in der Welt/Migration“.....	153
II A- Nationale Panels: Belgien.....	167
II B Nationale Panels: Frankreich.....	183
Einführung.....	185
Präsentation der wichtigsten Ergebnisse.....	188
Präsentation der Panels der regionalen Konferenzen.....	190
Verpflichtungen und methodische Abwägungen.....	192
Zweiter Teil: Vorstellung der Ergebnisse der Konsultation „Wort an die Jugendlichen“.....	211
Schlussfolgerung.....	216

II C Nationale Panels: Deutschland.....	217
II D Nationale Panels: Italien.....	223
4. Arbeitsplan/Arbeitsprogramm.....	229
6. Abschließende Bewertung durch die Teilnehmer.....	238
II E Nationale Panels: Litauen.....	242
II F Nationale Panels: Die Niederlande.....	251
III – Verweise auf die Ergebnisse der nationalen Veranstaltungen.....	307
IV – Verweis auf den Bericht der mehrsprachigen digitalen Plattform.....	308



Einführung

Am 10. März 2021 unterzeichneten der Präsident des Europäischen Parlaments, David Sassoli, der portugiesische Premierminister António Costa im Namen des Rates der EU, und die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, die gemeinsame Erklärung zur Konferenz zur Zukunft Europas. Das Engagement, das sie eingingen, war einfach: durch eine bürgerorientierte und auf einem Bottom-up-Ansatz basierende Übung sollte sichergestellt werden, dass alle Europäerinnen und Europäer ein Mitspracherecht darüber haben, was sie von der Europäischen Union erwarten, und dass sie eine größere Rolle bei der Gestaltung der Zukunft der Union spielen. Ihre Aufgabe war jedoch äußerst schwierig: es ging darum, erstmals eine länderübergreifende, mehrsprachige und interinstitutionelle Übung der deliberativen Demokratie zu organisieren, an der Tausende von europäischen Bürgerinnen und Bürgern sowie politische Akteure, Sozialpartner, Vertreter der Zivilgesellschaft und wichtige Interessenträger im Sinne von Artikel 16 der Geschäftsordnung der Konferenz beteiligt sind.

Am 9. Mai 2022 schloss die Konferenz nach monatelangen intensiven Beratungen ihre Arbeit ab und legte den drei EU-Institutionen einen Bericht über ihre endgültigen Ergebnisse mit 49 Vorschlägen vor. Diese Vorschläge entsprechen den Erwartungen der europäischen Bürger zu neun Themen: Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; Bildung, Kultur, Jugend und Sport; Digitaler Wandel; Europäische Demokratie; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit; Klimawandel und Umwelt; Gesundheit; Die EU in der Welt; und Migration. All diese Themen werden in diesem Abschlussbericht dargelegt, der auch einen Überblick über die verschiedenen Aktivitäten im Rahmen dieses einzigartigen

Prozesses der Konferenz zur Zukunft Europas geben soll.

Geleitet von drei Ko-Präsidenten (Guy Verhofstadt für das Europäische Parlament; Ana Paula Zacarias, Gašper Dovžan und Clément Beaune nacheinander für den Rat der EU; und Dubravka Šuica für die Europäische Kommission) und geleitet von einem Exekutivrat (der gleichberechtigt aus Vertretern der drei Institutionen und Beobachtern der wichtigsten Interessenträger besteht) war eine beispiellose Erfahrung mit transnationaler dezentraler Demokratie. Sie hat auch ihre historische Relevanz und Bedeutung im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und der russischen Aggression gegen die Ukraine unter Beweis gestellt. Auf der Konferenz zur Zukunft Europas wurde eine mehrsprachige digitale Plattform eingerichtet, auf der die europäischen Bürgerinnen und Bürger Beiträge in allen 24 EU-Sprachen leisten können, und vier europäische Bürgerforen, sechs nationale Bürgerforen, Tausende von nationalen und lokalen Veranstaltungen sowie sieben Plenarversammlungen der Konferenz organisiert wurden. Sie ist das Ergebnis des beispiellosen Willens der EU-Organe, der Mitgliedstaaten, aber auch und vor allem der europäischen Bürger, die Prioritäten und Herausforderungen der Europäischen Union zu erörtern und einen neuen Ansatz für das europäische Projekt zu verfolgen.

Dies ist jedoch nur der Anfang. Im Einklang mit dem Gründungstext der Konferenz werden die drei Organe nun rasch prüfen, wie dieser Bericht im Rahmen seiner Zuständigkeiten und im Einklang mit den Verträgen wirksam umgesetzt werden kann. Die Entschlossenheit, die die drei Organe in dieser Hinsicht zeigen werden, ist von größter Bedeutung.

I. Die Architektur der Konferenz

Die Konferenz zur Zukunft Europas¹ war ein neuer und innovativer Prozess, der einen neuen Raum für Debatten mit den Bürgern eröffnete, der es ermöglichte, die Prioritäten und Herausforderungen Europas zu erörtern, um die demokratische Legitimität des europäischen Projekts zu stärken und die Akzeptanz der Bürger für unsere gemeinsamen Werte und Ziele zu fördern. Die Konferenz war eine bürgerorientierte und auf einem Bottom-up-Ansatz beruhende Übung, die darauf abzielte, dass die Europäerinnen und Europäer ein Mitspracherecht darüber haben, was sie von der Europäischen Union erwarten. Es war eine gemeinsame Initiative des Europäischen Parlaments, des Rates und der Europäischen Kommission, die gemeinsam mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union gleichberechtigt gehandelt hat.

¹ <https://futureu.europa.eu/>

1. Gemeinsame Erklärung

Am 10. März 2021 wurde die Gemeinsame Erklärung zur Konferenz zur Zukunft Europas (die „gemeinsame Erklärung“) vom Präsidenten des Europäischen Parlaments, David Sassoli, dem portugiesischen Ministerpräsidenten António Costa im Namen des Rates der Europäischen Union und der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, unterzeichnet, die den Weg für diese beispiellose, offene und inklusive europäische demokratische Übung ebnet, die den Bürgern einen zentralen Platz einräumt.

Die Konferenz wurde den Präsidenten der drei Organe unterstellt und fungierte als gemeinsamer Vorsitz. Der gemeinsame Vorsitz wurde von einem Exekutivausschuss unterstützt, der von einem Mitglied der drei EU-Organen gemeinsam geleitet wurde.

Im Einklang mit der Gemeinsamen Erklärung wurden folgende Strukturen geschaffen:

- ein Exekutivrat, der die Organisation der Konferenz überwachte. Er setzte sich aus Vertretern der drei EU-Organen (drei Mitglieder und vier Beobachter) sowie aus Beobachtern der Präsidententriade der Konferenz der auf EU-Angelegenheiten spezialisierten Gremien (COSAC) der nationalen Parlamente der Europäischen Union zusammen. Der Ausschuss der Regionen, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie Vertreter der Sozialpartner wurden als Beobachter eingeladen;
- ein gemeinsames Sekretariat, das eine gleichberechtigte Vertretung der drei Organe gewährleistet und die Arbeit des Exekutivrats unterstützt hat. Insbesondere überwachte das Team – unter der Leitung von drei Ko-Vorsitzenden der drei Organe – die Organisation und Vorbereitung der Sitzungen des Exekutivausschusses, der Plenarversammlungen der Konferenz und der europäischen Bürgerforen. In Zusammenarbeit mit Dienstleistern war sie für die Verwaltung der mehrsprachigen digitalen Plattform und die Berichterstattung über die wichtigsten Schritte während des gesamten Prozesses zuständig. Die einzigartige Zusammensetzung dieses Teams ermöglichte eine ständige Kollegialität der Arbeiten und sorgte für Synergien und Effizienzgewinne in allen Bereichen;
- eine Plenarversammlung der Konferenz (weitere Informationen siehe Kapitel III), auf der die Empfehlungen der nationalen und europäischen Bürgerforen erörtert werden konnten, die nach Themen unter uneingeschränkter Achtung der Werte der EU und der Charta der Konferenz gegliedert sind^{II}, ohne dass der Ausgang der Debatten im Voraus festgelegt oder deren Umfang auf vordefinierte Politikbereiche beschränkt wird. Die auf der mehrsprachigen digitalen Plattform gesammelten Beiträge wurden gegebenenfalls ebenfalls erörtert. Es wurden neun thematische Arbeitsgruppen eingesetzt, um Beiträge zur Vorbereitung der Debatten und Vorschläge des Plenums zu leisten.

II https://futureu.europa.eu/uploads/decidim/attachment/file/4595/Conference_Charter_fr.pdf



2. Geschäftsordnung

Am 9. Mai 2021 billigte der Exekutivausschuss die Geschäftsordnung der Konferenz, die im Einklang mit der Gemeinsamen Erklärung zur Konferenz zur Zukunft Europas erstellt wurde, in der die Grundlagen und Grundsätze der Konferenz festgelegt sind.

In der Geschäftsordnung wurde der Rahmen für die Arbeit der verschiedenen Konferenzstrukturen und deren Wechselwirkungen festgelegt.

3. Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Konferenz

Im Einklang mit der Gemeinsamen Erklärung konnte jeder EU-Mitgliedstaat oder jede Institution Veranstaltungen unter der Schirmherrschaft der Konferenz entsprechend ihren nationalen oder institutionellen Besonderheiten organisieren und weitere Beiträge zur Konferenz leisten (weitere Informationen finden Sie in Kapitel II.C).

Die Organe und Einrichtungen der EU, die Mitgliedstaaten, die regionalen und lokalen Behörden, die organisierte Zivilgesellschaft, die Sozialpartner und die Bürger wurden daher aufgefordert, Veranstaltungen in Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft und Interessenträgern auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene in sehr unterschiedlichen Formaten in ganz Europa zu organisieren und die Ergebnisse dieser Veranstaltungen auf der digitalen Plattform zu veröffentlichen. Es fanden mehrere tausend Veranstaltungen dieser Art statt, an denen rund 650.000 Teilnehmer teilnahmen.

4. Einführung der mehrsprachigen digitalen Plattform

Die mehrsprachige digitale Plattform (weitere Informationen siehe Kapitel II.A) wurde eingerichtet, um es den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, ihre Ideen auszutauschen und Online-Beiträge im Einklang mit der Gemeinsamen Erklärung zu übermitteln. Sie bildete die zentrale Anlaufstelle für Beiträge und Information der Bürgerinnen und Bürger über die verschiedenen Teile der Konferenz und ein interaktives Instrument, um Ideen und Beiträge aus der Vielzahl von Veranstaltungen auszutauschen und

zu diskutieren. Die Plattform wurde am 19. April 2021 offiziell gestartet. Mehr als 17.000 Ideen wurden auf der Plattform veröffentlicht.

Während der gesamten Konferenz wurden Berichte über die Beiträge auf der Plattform erstellt. Die über die Plattform gesammelten Beiträge wurden von den europäischen Bürgerforen berücksichtigt und in der Plenarversammlung der Konferenz erörtert und diskutiert.

5. Europäische Bürgerforen

Im Einklang mit der Gemeinsamen Erklärung waren die europäischen Bürgerforen zu den wichtigsten Themen der Konferenz ein zentrales und besonders innovatives Element der Konferenz (weitere Informationen siehe Kapitel II.B).

Insgesamt kamen 800 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürgerinnen und Bürger, die für die soziologische und geografische Vielfalt der EU repräsentativ und in vier Panels mit 200 Bürgern zusammengefasst sind, zu drei Beratungssitzungen pro Panel zusammen. Die europäischen Bürgerforen haben Empfehlungen abgegeben, die in die allgemeinen Beratungen der Konferenz einfließen, insbesondere auf den Plenarversammlungen der Konferenz.

Die Ko-Vorsitzenden des Exekutivrats haben gemeinsam die praktischen Modalitäten für die Organisation der europäischen Bürgerforen im Einklang mit der Gemeinsamen Erklärung und der Geschäftsordnung festgelegt und den Exekutivausschuss zuvor davon in Kenntnis gesetzt.

Der Exekutivausschuss wurde regelmäßig über die Fortschritte bei der Einrichtung und Organisation der europäischen Bürgerforen unterrichtet.

6. Nationale Bürgerforen

Im Einklang mit der Gemeinsamen Erklärung konnten die Mitgliedstaaten nationale Foren organisieren. Um die Mitgliedstaaten zu unterstützen, die die Organisation nationaler Bürgerforen planen, wurden von den Ko-Vorsitzenden Leitlinien gebilligt und dem Exekutivausschuss am 26. Mai 2021 übermittelt, um sicherzustellen, dass die nationalen Foren nach den gleichen Grundsätzen wie die europäischen Bürgerforen organisiert werden. Diese Leitlinien enthielten Grundsätze guter Beratungen, die auf den OECD-Grundsätzen beruhen^{III}. Jeder Mitgliedstaat konnte entscheiden, ob ein nationales Bürgerpanel organisiert werden soll oder nicht. Insgesamt sechs Mitgliedstaaten (Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Litauen und die Niederlande).

Im Einklang mit der Gemeinsamen Erklärung wurden die Empfehlungen der nationalen Bürgerforen in den Plenarversammlungen der Konferenz zusammen mit den Empfehlungen der europäischen Bürgerforen vorgestellt und erörtert.

III III OECD, Innovative Bürgerbeteiligung und neue demokratische Institutionen, 2020 - <https://www.oecd.org/gov/open-government/innovative-citizen-participation-new-democratic-institutions-catching-the-deliberative-wave-highlights.pdf>.

ER IST HIER. Beiträge der Bürger zur Konferenz

A. Mehrsprachige digitale Plattform

Die mehrsprachige digitale Plattform wurde am 19. April 2021 ins Leben gerufen und war die zentrale Anlaufstelle für die Konferenz. Über sie konnten alle an der Konferenz teilnehmen: alle Bürgerinnen und Bürger der EU und darüber hinaus, die Zivilgesellschaft, die Sozialpartner und verschiedene andere Interessenträger.

Die Plattform wurde speziell für die Konferenz mit Decidim entwickelt, einer freien europäischen Software, die der Beteiligung der Bürger gewidmet ist. In einem solchen Ausmaß und einem solchen Maß an Interaktivität und Mehrsprachigkeit war dies eine erste, nicht nur europäische, sondern auch weltweit. Alle Beiträge waren in allen 24 EU-Amtssprachen über maschinelle Übersetzung verfügbar. Die Debatte konzentrierte sich auf zehn Themen: „Klimawandel und Umwelt“, „Gesundheit“, „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“, „Die EU in der Welt“, „Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“, „Digitaler Wandel“, „Europäische Demokratie“, „Migration“, „Bildung, Kultur, Jugend und Sport“ und „Sonstige Ideen“.

Es war möglich, auf der Plattform auf unterschiedliche Weise teilzunehmen.

Jeder, der es wollte, konnte seine Ideen zu einem der zehn Themen äußern. Es war auch möglich, die Ideen anderer zu kommentieren. Auf diese Weise hat die Plattform eine echte europaweite Debatte zwischen den Bürgern ermöglicht.

Die Teilnehmer konnten auch Ideen annehmen und darauf hinweisen, dass sie Beiträge eines anderen Nutzers unterstützen.

Ein weiterer wichtiger Beitrag zur Konferenz war die Organisation von Veranstaltungen (virtuelle, Präsenz- oder Hybridveranstaltungen), die Ankündigung auf der Plattform, die Berichterstattung über ihre Ergebnisse und die Verknüpfung mit Ideen. Den Organisatoren [wurden auf der Plattform Leitfäden und Informationsmaterial](#) zur Verfügung gestellt, um den partizipativen und inklusiven Charakter der Veranstaltungen zu fördern.

Die Plattform spielte eine entscheidende Rolle bei der Transparenz des gesamten Prozesses und beim Zugang aller zu den

Konferenzinformationen. Hier konnten alle Informationen über die Arbeitsmethoden und die eigentliche Organisation der Konferenz finden, z. B. über den Prozess der Konferenz selbst (Plenarversammlung der Konferenz und ihre Arbeitsgruppen, [europäische Bürgerforen, nationale Gremien und Veranstaltungen](#) und den [Exekutivrat](#)). Die Debatten des Plenums und seiner Arbeitsgruppen wurden live im Internet übertragen, ebenso wie die Sitzungen der europäischen Bürgerforen. Alle diese Informationen bleiben auf der Plattform verfügbar.

Während der gesamten Arbeit wurden Verbesserungen an der Plattform vorgenommen, wann immer dies möglich war, z. B. durch Hinzufügen von Funktionen oder visuellen Medien. Im Laufe der Zeit wurde die Plattform auch für Menschen mit Behinderungen zugänglicher gemacht.

Alle Beiträge auf der Plattform waren öffentlich: jeder konnte darauf zugreifen, sowie auf offene Datendateien im Zusammenhang mit der digitalen Plattform, die volle Transparenz gewährleisten. Um die Erhebung und Analyse der Beiträge zu erleichtern, hatte die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission ein automatisiertes Tool für die Textanalyse und eine Analyseplattform entwickelt, die eine mehrsprachige Interpretation und eine gründliche Analyse der Inhalte der Plattform ermöglichte. Die Analyseplattform ist ein Instrument, das sich als unerlässlich erwiesen hat, um regelmäßige Berichte von einheitlicher Qualität in allen Sprachen zu liefern. Darüber hinaus förderte ein von der Europäischen Kommission im März 2022 organisierter „Datathon“ neue Ansätze für die Analyse des offenen Datensatzes und trug zur Transparenz des Datenanalyseprozesses bei.

Um einen Überblick über die Beiträge auf der Plattform zu geben, hat ein externer Dienstleister Berichte erstellt, die auf der Plattform selbst veröffentlicht wurden.

Im September wurde ein [erster Zwischenbericht](#) veröffentlicht: er befasste sich mit den Beiträgen

eingereicht bis zum 2. August 2021. Mitte Oktober 2021 wurde der [zweite](#)

[Zwischenbericht über](#) die bis zum 7. September 2021 eingereichten Beiträge veröffentlicht. Der [dritte Zwischenbericht](#) wurde im Dezember 2021 veröffentlicht und umfasste die Beiträge bis zum 3. November 2021. Als die Arbeiten an der Konferenz in die letzte Phase eintraten, wurde der letzte Bericht, der die Arbeit der Plenarversammlungen der Konferenz inspirieren sollte, Mitte März 2022 veröffentlicht, wobei die Beiträge auf der digitalen Plattform bis zum 20. Februar 2022 berücksichtigt wurden. Dieser Zeitplan wurde auf der Plattform und anderswo klar angekündigt, was zu einer Erhöhung der Beiträge im Januar und Februar 2022 führte. Die bis zum 9. Mai eingegangenen Beiträge werden im Zusatzbericht behandelt. Zusätzlich zu den Berichten vom September und Dezember 2021 und März 2022 wurden zusätzliche Berichte über die auf der Plattform eingereichten Beiträge nach Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt.

In diesen Berichten lag der Schwerpunkt vor allem auf einer qualitativen Analyse der auf der Plattform veröffentlichten Beiträge, um einen allgemeinen Überblick über den Umfang und die Vielfalt der Ideen zu geben, die auf der Plattform vorgeschlagen und bei den Veranstaltungen erörtert wurden. Zu diesem Zweck wurden eine manuelle Textanalyse und eine Zusammenfassung der Beiträge von einem Forschungsteam unter Verwendung der

Kommission bereitgestellten Analysewerkzeuge durchgeführt. Dies ermöglichte es, gemeinsame Themen und Themenunterkategorien zu identifizieren, die unter jedem Thema detailliert beschrieben und in konzeptionellen Schemata zusammengefasst wurden, mit denen sie schnell visualisiert werden konnten. Um diesen qualitativen Ansatz mit quantitativen Elementen zu ergänzen, wurden Themen, Unterthemen oder Ideen, die häufig aufkamen oder sehr kommentiert oder unterstützt wurden, in jedem Bericht erwähnt. Ziel war es, den Stand der Diskussionen in verschiedenen Phasen der Konferenz widerzuspiegeln, einschließlich des hohen Grades an Interesse oder Debatte, der durch bestimmte Ideen ausgelöst wurde. Die Berichte lieferten auch einen Überblick über die soziodemografischen Daten der Teilnehmer. Die beitragenden Personen wurden aufgefordert, Angaben zu ihrem Wohnsitzland, ihrem Bildungsniveau, ihrem Alter, ihrem Geschlecht und ihrem Beschäftigungsstatus zu machen; der fakultative Charakter dieser Angaben beschränkt jedoch die Beleuchtung, die in Bezug auf das Profil der Teilnehmer daraus gezogen werden kann. So gingen beispielsweise 26,9 % aller Beiträge von Teilnehmern aus, die ihr Wohnsitzland nicht angegeben hatten.



von der Gemeinsamen Forschungsstelle der

Seit dem Start der Plattform ist das Thema „Europäische Demokratie“ das Thema, für das die meisten Beiträge (Ideen, Kommentare und Veranstaltungen) registriert wurden. An zweiter Stelle stand das Thema „Klimawandel und Umwelt“. Die Beiträge unter „Sonstige Ideen“ erreichten den dritten Platz: „Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“ und „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“.

Die Berichte über die auf der Plattform gesammelten Beiträge, einschließlich der konzeptionellen Schemata, haben einen wertvollen Beitrag zur Arbeit der europäischen Bürgerforen geleistet. Zu Beginn jeder der drei Panelsitzungen wurden den Panels die wichtigsten Schlussfolgerungen des Berichts und die konzeptionellen Schemata vorgestellt, die die Links zu den vollständigen Berichten erhielten. So finden sich viele Ideen auf der Plattform in den Empfehlungen der europäischen Bürgerforen wieder.

Die Berichte wurden auch in den Plenarversammlungen der Konferenz ab der Plenartagung vom 23. Oktober 2021 sowie in früheren Sitzungen der Arbeitsgruppen erörtert.

die Vorschläge, die in der Plenarversammlung der Konferenz erarbeitet wurden.

Bis zum 20. April 2022 besuchten fast fünf Millionen Einzelbesucher die mehrsprachige digitale Plattform, auf der mehr als 50.000 Teilnehmer aktiv waren, 17 000 diskutierte Ideen und mehr als 6.000 registrierte Veranstaltungen. Hinter diesen Zahlen stehen Tausende engagierter Bürger, die viele Ideen teilen und diskutieren und eine Vielzahl origineller und innovativer Veranstaltungen in den einzelnen Mitgliedstaaten organisieren.

Um sicherzustellen, dass die Plattform ein Raum ist, in dem sich Bürger aus allen Hintergründen und aus ganz Europa wohl fühlen und ermutigt werden, zur Debatte beizutragen, musste sich jede Person, die die Plattform nutzt, [der Konferenzcharta](#) und den [Teilnahmeregeln](#) anschließen. Ein Moderationsteam wurde eingerichtet und arbeitet während der Konferenz unter Aufsicht des gemeinsamen Sekretariats im Namen des Exekutivausschusses, um die Einhaltung der Charta und der Teilnahmeregeln zu gewährleisten. Es gab keine vorherige Moderation des Inhalts. Wenn ein Beitrag ausgeblendet wurde, erhielt der Benutzer eine Nachricht vom Moderationsteam, die den Grund dafür erläuterte. Einzelheiten zu den Grundsätzen und dem Moderationsprozess wurden in der Rubrik „[Häufig gestellte Fragen](#) (FAQ)“ der Plattform zur Verfügung gestellt.

Zwischen dem 19. April 2021 und dem 20. April 2022 wurden 430 Ideen (2,4 %), 312 Kommentare (1,4 %) und 396 Veranstaltungen (6,0 %) ausgeblendet. Etwa 71 % der Ideen wurden ausgeblendet, weil sie keine

Was geschieht auf der Konferenz zur Zukunft Europas?		
52346	652532	17671
Teilnehmer an der Konferenz	Teilnehmer an der Veranstaltung	Ideen
21877	6465	72528
Kommentare & Kommentare	Events & Events	Genehmigungen
Stand der Teilnahme am 20. April 2022 (Quelle: Konferenz zur Zukunft Europas (europa.eu))		

Die Beiträge der Plattform bereicherten daher

Vorschläge enthielten, es handelte sich um Spam, Benutzeranfragen oder weil sie

persönliche Informationen oder ein falsches zugehöriges Bild enthielten etwa 17 % der maskierten Ideen waren Duplikate. Nur 11 % der maskierten Ideen waren aufgrund ihres beleidigenden Inhalts. Die überwiegende Mehrheit der Veranstaltungen, d. h. 76 %, wurde ausgeblendet, weil es sich um Duplikate handelte oder weil die Informationen über die Veranstaltung unvollständig waren, auf Wunsch der Organisatoren oder weil sie nicht mit der Konferenz verbunden waren.

Die Möglichkeit, Beiträge auf der Plattform zu leisten, blieb bis zum 9. Mai 2022 offen. Nach diesem Datum ist ein zusätzlicher Bericht vorgesehen, um die Zusammenfassung aller

während der Konferenz eingegangenen Beiträge zu ergänzen.

Die Teilnahme an der Plattform nahm während der gesamten Konferenz stetig zu, blieb jedoch je nach Mitgliedstaat und den soziodemografischen Profilen der Teilnehmer ungleich. Im Allgemeinen bot die Plattform einen innovativen Raum für Beratungen, der es mehreren tausend Bürgern und verschiedenen Akteuren aus ganz Europa und darüber hinaus ermöglichte, sich in allen Mitgliedstaaten an einer mehrsprachigen Online-Debatte über europäische Fragen zu beteiligen. So hat sich herausgestellt, dass sie ein wertvolles Instrument der deliberativen Demokratie auf EU-Ebene ist.



B. Bürgerpanels

1. Europäische Bürgerforen

Die europäischen Bürgerforen bildeten zusammen mit den nationalen Panels, der mehrsprachigen digitalen Plattform und der Plenarversammlung der Konferenz eine der wichtigsten Säulen der Konferenz. Sie stehen im Mittelpunkt der Konferenz zur Zukunft Europas und haben rund 800 Bürgerinnen und Bürger aus allen Kreisen und Regionen der Europäischen Union zusammengebracht. Während das Konzept der Bürgerforen oder -versammlungen seit Jahrzehnten auf kommunaler Ebene zum Tragen kommt und auf nationaler oder regionaler Ebene immer sichtbarer wird, bleibt die gesamteuropäische Dimension in diesem Bereich weitgehend unerforscht. Die europäischen Bürgerforen stellten die ersten transnationalen und mehrsprachigen Erfahrungen dieser Größenordnung und eines solchen Ehrgeizes dar. Das bemerkenswerte Dolmetschsystem, das den Prozess begleitete, ermöglichte einen inklusiven, respektvollen und wirksamen Dialog zwischen den Beteiligten, um die Achtung der Mehrsprachigkeit zu gewährleisten.

Die europäischen Bürgerforen wurden von den drei Organen auf der Grundlage der gemeinsamen Erklärung, der Geschäftsordnung und der von den Ko-Vorsitzenden festgelegten Modalitäten unter der Aufsicht des Exekutivausschusses organisiert. Sie wurden von einem Konsortium externer Dienstleister unterstützt, das sich aus verschiedenen Experten auf dem Gebiet der deliberativen Demokratie und einem logistischen Support-Team zusammensetzte. Der Exekutivausschuss wurde über die Arbeit der Panels auf dem Laufenden gehalten, aktualisierte praktische Modalitäten übermittelt und den vorläufigen Zeitplan für die Tagungen der europäischen Bürgerforen während des Prozesses entsprechend den Erfordernissen angepasst.

Die Teilnehmer der europäischen Bürgerforen wurden im Sommer 2021 ausgewählt. EU-Bürger wurden nach dem Zufallsprinzip ausgewählt (sie wurden hauptsächlich telefonisch von den 27 nationalen Meinungsforschungsinstituten kontaktiert, die

von einem externen Dienstleister koordiniert wurden), um auf der Grundlage von fünf Kriterien „Panels“ zu bilden, die für die Vielfalt der EU repräsentativ sind: Geschlecht, Alter, geografische Herkunft (Staatszugehörigkeit sowie städtische/ländliche Umgebung), sozioökonomisches Umfeld und Bildungsniveau. Die Zahl der Bürger pro Mitgliedstaat wurde nach dem Grundsatz der degressiven Verhältnismäßigkeit berechnet, der für die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments gilt, wobei zu berücksichtigen ist, dass jedes Gremium mindestens eine Bürgerin und einen Bürger pro Mitgliedstaat umfassen sollte. Da auf der Konferenz besonderes Augenmerk auf junge Menschen gelegt wurde, war ein Drittel der Bürger jedes Panels zwischen 16 und 24 Jahre alt. Für jede Gruppe von 200 Personen wurden 50 weitere Bürger ausgewählt, um eine Reserve zu bilden.

Es wurden vier europäische Bürgerforen organisiert. Für jedes von ihnen entsprachen die Diskussionsthemen den auf der mehrsprachigen digitalen Plattform ermittelten Themen und waren wie folgt zusammengefasst:

1. Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; Bildung, Kultur, Jugend und Sport; digitaler Wandel;
2. Europäische Demokratie; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit;
3. Klimaänderung und Umwelt; Gesundheit;
4. Die EU in der Welt; Migration.

Jedes Panel traf sich an drei Wochenenden. Die erste Sitzungsreihe fand in Straßburg statt, die zweite online und die dritte in vier Städten (Dublin, Florenz, Warschau/Natolin und Maastricht), in öffentlichen Hochschulen und mit Unterstützung der lokalen Gebietskörperschaften.

ERSTE RUNDE VON PANELSITZUNGEN

Für die erste Sitzung der einzelnen Panels trafen sich die Teilnehmer physisch in Straßburg. Ziel der Tagung war es, die Tagesordnung der Beratungen festzulegen. Die Bürgerinnen und Bürger, die an den Panels teilnahmen, begannen mit der Reflexion und Weiterentwicklung ihrer Vision von Europa,

ausgehend von einer leeren Seite und der Ermittlung der zu erörternden Fragen im Rahmen der Hauptthemen des Gremiums. Anschließend sortierten sie die Themen, auf die sie sich weiter konzentrieren wollten, nach Prioritäten, um spezifische Empfehlungen für die Organe der Europäischen Union zu formulieren, damit diese diesen Folgemaßnahmen folgen können. Die Gespräche und die gemeinsamen Arbeiten fanden in den folgenden zwei Formaten statt:

- in Untergruppen, die sich aus 12 bis 14 Bürgern zusammensetzen. In jeder Untergruppe wurden vier bis fünf Sprachen gesprochen, in denen die Bürger in ihrer eigenen Sprache sprechen konnten. Die Arbeit der Untergruppen wurde von professionellen Vermittlern geleitet, die vom Konsortium externer Dienstleister ausgewählt wurden.

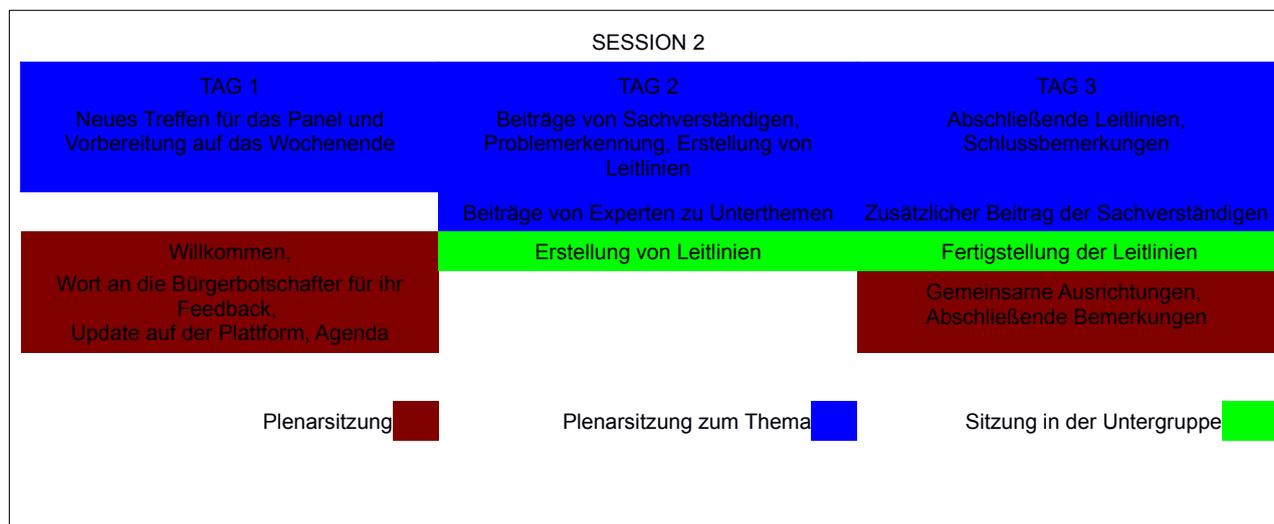
- im Plenum mit allen Teilnehmern. Die Plenarsitzungen wurden von zwei Hauptmoderatoren geleitet. Die Schwerpunktthemen, die sich aus den Diskussionen ergaben, wurden in „Achsen“ (entsprechend den thematischen Clustern) und „Unterachsen“ untergliedert und bildeten die Grundlage für die zweite Runde von Sitzungen. Zu diesem Zweck erhielten die Teilnehmer grundlegende Informationen zu den Themen sowie relevante Beiträge, einschließlich Analysen und konzeptioneller Schemata, aus dem ersten Zwischenbericht der mehrsprachigen digitalen Plattform und Präsentationen externer hochrangiger Experten.

In den ersten Sitzungen wurden die 20 Personen ausgewählt, die jedes der Panels in der Plenarversammlung vertreten sollten, aus den freiwilligen Bürgern; dabei wurde auf die Vielfalt von Alter und Geschlecht geachtet.

ZWEITE RUNDE VON PANELSITZUNGEN

Die europäischen Bürgerforen haben ihre Arbeit fortgesetzt, indem sie im November online zusammenkamen. Zu diesem Zweck wurde ein spezielles Instrument eingerichtet: ein Studio in Brüssel begrüßte die Hauptmoderation und die Plenarsitzungen, während die teilnehmenden Bürger aus der gesamten EU über ein Verbindungs- und Dolmetschsystem eingreifen konnten.

In der zweiten Runde ermittelten die Bürgerinnen und Bürger mit Unterstützung von



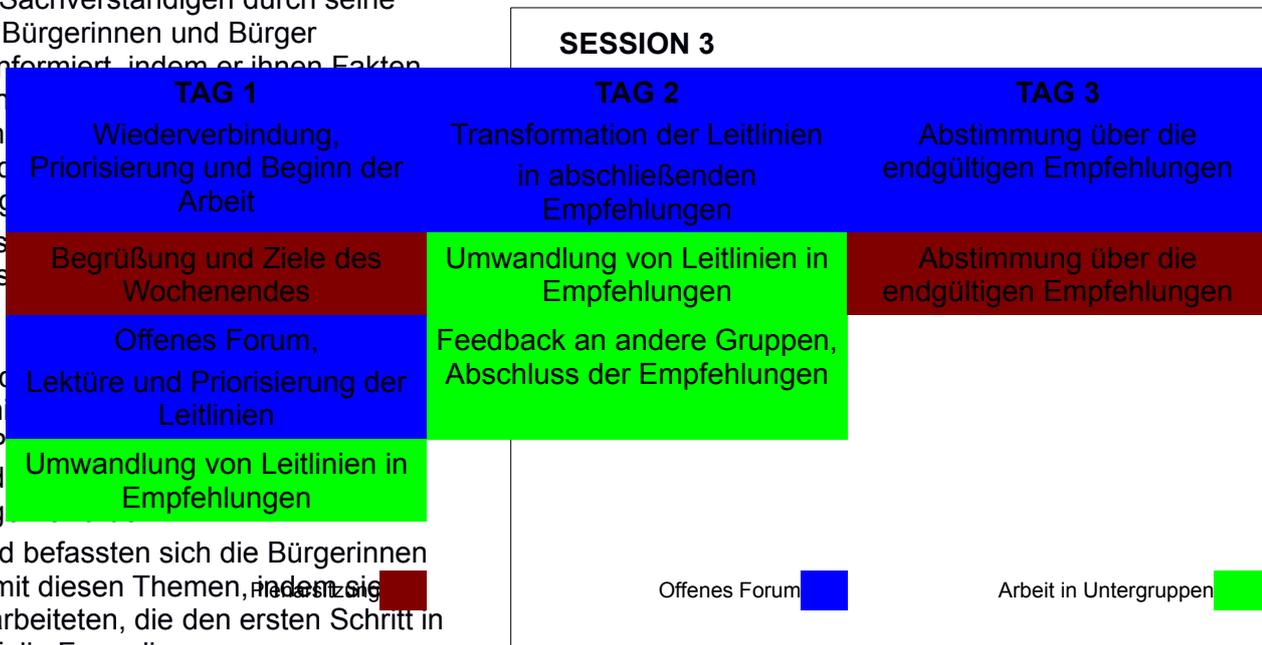
Sachverständigen und Faktenprüfern eine Reihe spezifischer Fragen und erörterten diese und erarbeiteten Leitlinien für die einzelnen thematischen Schwerpunkte, die sie auf der ersten Tagung festgelegt hatten. Es wurde insbesondere für ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis und eine ausgewogene geografische Vielfalt in der Sachverständigengruppe gesorgt und dass jeder dieser Sachverständigen durch seine Beiträge die Bürgerinnen und Bürger umfassend informiert, indem er ihnen Fakten

und/oder den keine persönliche Bürgerinnen und Bürger mehrsprachig So konnten s der Sachvers Themen und Erfahrungen zweiten Runde Themen er wurden als P erfordern, od Veränderung

Anschließend befassten sich die Bürgerinnen und Bürger mit diesen Themen, indem sie Leitlinien erarbeiteten, die den ersten Schritt in Richtung auf die Formulierung von Empfehlungen darstellten, die das Ziel der dritten Runde von Tagungen war. Darüber hinaus wurden die Bürger aufgefordert, diese Leitlinien zu begründen.

Die Diskussionen und die gemeinsame Arbeit fanden in drei Formaten statt:

- in Untergruppen. Jede der 15 Untergruppen bestand aus zwölf bis vierzehn Bürgern. In jeder Untergruppe wurden vier bis fünf Sprachen verwendet, um den Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich in ihrer eigenen Sprache oder in einer Sprache auszudrücken, in der sie sich wohl fühlten. Jede Untergruppe verfügte über einen professionellen Vermittler aus dem



Konsortium externer Dienstleister.

- auf der Plenartagung zu einer Arbeitsachse. In jeder Plenarsitzung, die einem Arbeitsschwerpunkt gewidmet war, kamen die Untergruppen zusammen, die an derselben thematischen Achse arbeiteten. Die Plenarsitzungen zu einem Arbeitsbereich wurden von professionellen Vermittlern geleitet, wobei die Verdolmetschung alle für die Teilnehmer erforderlichen Sprachen abdeckte.
- im Plenum zusammen mit allen teilnehmenden Bürgerinnen und Bürgern, um die Plenartagung vorzustellen und abzuschließen. Die Plenarsitzungen wurden von zwei Hauptmoderatoren des Konsortiums geleitet, die in alle 24 EU-Amtssprachen verdolmetscht wurden.

DRITTE RUNDE VON PANELSITZUNGEN

Die dritte und letzte Podiumsdiskussion fand in Bildungseinrichtungen in vier Mitgliedstaaten statt. Aufgrund der COVID-19-Pandemie und der damit verbundenen Maßnahmen in Irland und den Niederlanden die dritte Sitzung der Panels 1 (Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung); Bildung, Kultur, Jugend und Sport; digitaler Wandel) und 4 (Die EU in der Welt; Migration) musste in Absprache mit den nationalen Behörden und den assoziierten Partnern auf Februar 2022 verschoben werden.

Die Diskussionen und die gemeinsamen Arbeiten fanden in folgenden Formaten statt:

- im Plenum mit allen Teilnehmern, zu Beginn der Sitzung zur Vorstellung des Programms und am Ende der Sitzung, wie nachstehend erläutert. Die Plenarsitzungen wurden von zwei Hauptmoderatoren der Beratungsgruppe geleitet, die in alle 24 EU-Amtssprachen verdolmetscht wurden.
- Die Bürger erörterten zunächst alle Leitlinien, die das Gremium während der zweiten Sitzung im Rahmen eines „offenen Forums“ erarbeitet hatte. Danach räumte jeder Bürger höchstens zehn Orientierungen pro Arbeitsachse ein. Nach Abschluss dieses Priorisierungsprozesses auf Panelebene schlossen sich die Bürgerinnen und Bürger der Untergruppe an, in der sie bereits in Session 2 gearbeitet hatten, und nahmen gemeinsam Kenntnis von den Leitlinien ihrer Gruppe, die vom Rest des Gremiums als vorrangig eingestuft wurden – was die Gelegenheit bot, diese Wahl mit ihrer eigenen Bewertung zu vergleichen. Für die Ausarbeitung der Empfehlungen erhielt jede Untergruppe einen Richtwert für die Anzahl der zu verfassenden Empfehlungen: von eins bis drei, maximal fünf.
- Jede der 15 Untergruppen hat sich bemüht, die Leitlinien für Empfehlungen zu entwickeln. Die Bürger erörterten die Leitlinien, die (in ihrer Rangfolge) am meisten unterstützt wurden, und begannen mit der Ausarbeitung der Empfehlungen.

In der dritten Runde wurden Fachwissen und Informationen nicht in direkter Interaktion mit den Bürgern bereitgestellt, sondern über ein

speziell entwickeltes System, einen „Ressourcen- und Informationspunkt“. Dieses System ermöglichte es, alle Informations- und Sachverifizierungsersuchen vor Ort zu zentralisieren und den Untergruppen kurze und sachliche Antworten von Sachverständigen und Faktenprüfern zu übermitteln. Dieses System wurde entwickelt, um sicherzustellen, dass die Beiträge von Sachverständigen und Faktengutachtern unter Einhaltung der höchsten Qualitätsstandards und so vorbereitet werden, dass in diesem Stadium des Prozesses kein ungebührlicher Einfluss entsteht. Den Bürgern wurden auch die Zwischenberichte der mehrsprachigen digitalen Plattform übermittelt.

Während der Arbeit in den Untergruppen wurden Feedback-Sitzungen abgehalten, um den Teilnehmern zu helfen, die Arbeit in den anderen Untergruppen zu verstehen und ihre Empfehlungen zu verstärken.

Die Empfehlungen der einzelnen Untergruppen wurden anschließend vom Gremium am letzten Tag der Tagung abgestimmt. Vor der Abstimmung erhielten alle Teilnehmer ein Dokument mit allen am Vortag vorgelegten Empfehlungsentwürfen, damit sie sie in ihrer eigenen Sprache lesen konnten (automatische Übersetzung aus dem Englischen). Jede Empfehlung wurde im Plenum in englischer Sprache gelesen, um den Bürgern die Möglichkeit zu geben, die Verdolmetschung gleichzeitig zu hören. Eine Empfehlung nach der anderen wurde den Teilnehmern über ein Online-Formular zur Abstimmung vorgelegt.

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Schlussabstimmungen wurden die Empfehlungen wie folgt eingestuft:

Empfehlungen, die 70 % oder mehr der abgegebenen Stimmen erhalten haben, wurden vom Gremium angenommen; Empfehlungen, die diesen Schwellenwert nicht erreicht haben, wurden vom Gremium als nicht validiert betrachtet. Insgesamt nahmen die europäischen Bürgerforen 178 Empfehlungen an.

Das Abstimmungsverfahren wurde von einem Wahlausschuss überwacht, der sich aus zwei Bürgern zusammensetzte, die sich zur Erfüllung dieser Rolle vorgeschlagen hatten.

VERTRETER DER EUROPÄISCHEN BÜRGERFOREN IM PLENUM

Die von den vier europäischen Bürgerforen angenommenen Empfehlungen wurden anschließend von den 80 Vertretern der europäischen Bürgerforen auf der Plenartagung der Konferenz und in den Arbeitsgruppen am 21./22. Januar 2022 (Foren 2 und 3) und am 11./12. März 2022 (Panels 1 und 4) vorgestellt und erörtert. Die 80 Vertreter der europäischen Bürgerforen (im Durchschnitt 70 vor Ort und 10 online) haben in drei aufeinanderfolgenden Sitzungen des Plenums und der Arbeitsgruppen (am 25./26. März, 8./9. April und 29./30. April) die Empfehlungen der europäischen Bürgerforen weiter gefördert und erläutert.

Sie führten auch einen regelmäßigen Meinungsaustausch in Sitzungen der „Bürgerkomponente“ (bei Vorbereitungssitzungen online und im Rahmen von Plenarsitzungen vor Ort), zwischen ihnen und mit den 27 Vertretern nationaler Veranstaltungen und/oder nationaler Gremien. Am 23. April trafen sich die Vertreter der europäischen Bürgerforen mit allen ihren Amtskollegen zusammen, um zu erläutern, wie die Empfehlungen erörtert und dann in die Vorschläge des Plenums aufgenommen wurden, sowie Rückmeldungen von anderen Teilnehmern der Panels. Eine Gruppe aus Mitgliedern des gemeinsamen Sekretariats und des Konsortiums unterstützte die Bürgerkomponente auf der Plenartagung.

TRANSPARENZ DES PROZESSES

Der gesamte Prozess wurde transparent durchgeführt. Die Plenarsitzungen der europäischen Bürgerforen wurden live übertragen, während die aus ihren Diskussionen und Beratungen hervorgegangenen Dokumente der Öffentlichkeit auf der mehrsprachigen digitalen Plattform zur Verfügung gestellt wurden. Der Abschlussbericht der einzelnen Panelsitzungen sowie die Empfehlungen sind auf der Plattform verfügbar. Diese Berichte enthalten auch Informationen über alle Sachverständigen, die die Arbeit der Panels unterstützt haben.

Als echte demokratische Innovation haben die europäischen Bürgerforen von der wissenschaftlichen Gemeinschaft viel

Aufmerksamkeit erhalten. Die Forscher konnten an den Sitzungen der europäischen Bürgerforen teilnehmen und den Ablauf der Sitzungen unter Einhaltung bestimmter Vorschriften, der durchgeführten Arbeiten und des Privatlebens der Teilnehmer beobachten.

Panel 1

Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; Bildung, Kultur, Jugend und Sport; digitale Transformation

Die erste Sitzung des Panels zum Thema „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“; Bildung, Kultur, Jugend und Sport; der digitale Wandel“ fand vom 17. bis 19. September 2021 in Straßburg statt. Dieses Gremium befasste sich mit der Zukunft unserer Volkswirtschaften und Arbeitsplätze, insbesondere nach der Pandemie, wobei den damit zusammenhängenden Fragen der sozialen Gerechtigkeit gebührende Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Er befasste sich auch mit den Chancen und Herausforderungen des digitalen Wandels, einem der wichtigsten Diskussionsthemen unter den Themen der Zukunft.

Dieses Gremium befasste sich auch mit der Zukunft Europas in den Bereichen Jugend, Sport, Kultur und Bildung. Die am Panel teilnehmenden Bürger wurden vom Ko-Vorsitzenden Guy Verhofstadt begrüßt. Die Arbeit der ersten Tagung endete mit der Billigung der fünf Arbeitsschwerpunkte „Arbeiten in Europa“, „Eine Wirtschaft für die Zukunft“, „Eine gerechte Gesellschaft“, „Lernen in Europa“ und „Ein ethischer und sicherer digitaler Wandel“.

Vom 5. bis 7. November 2021 trat Panel 1 zum zweiten Mal in virtuellem Format zusammen und setzte die Beratungen der ersten Tagung fort. Auf dieser zweiten Tagung erarbeiteten die Redner „Leitlinien“ für die Ausarbeitung konkreter Empfehlungen (auf ihrer dritten Tagung) für jeden der fünf Schwerpunkte, die

sie auf der ersten Tagung festgelegt hatten. Insgesamt haben die Bürgerinnen und Bürger des Panels 1 142 Gruppen von Orientierungshilfen erstellt.

Vom 25. bis 27. Februar 2022 trafen sich die Bürgerinnen und Bürger des Gremiums 1 zum dritten Mal und setzten die Beratungen auf den Tagungen 1 und 2 fort. Für diese Abschlussitzung wurden die Teilnehmer des Panels 1 im Dubliner Schloss vom Institut für Internationale und europäische Angelegenheiten (IIEA) mit der Möglichkeit der Online-Teilnahme begrüßt.

ausgehend von den Leitlinien, die sie auf der zweiten Tagung als Grundlage für ihre Arbeit erarbeitet hatten, haben die Bürger 48 endgültige Empfehlungen ausgearbeitet und gebilligt.

Panel 2

Europäische Demokratie; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit

Sitzung 1 des Gremiums zum Thema „Europäische Demokratie“; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“ fand vom 24. bis 26. September in Straßburg statt. Das Panel befasste sich mit Themen im Zusammenhang mit Demokratie wie Wahlen, Wahlbeteiligung außerhalb der Wahlperioden, wahrgenommener Distanz zwischen den Bürgern und ihren gewählten Vertretern, Medienfreiheit und Desinformation. Er befasste sich auch mit Fragen im Zusammenhang mit den Grundrechten und Grundwerten, der Rechtsstaatlichkeit und der Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung. Gleichzeitig befasste er sich mit der inneren Sicherheit der EU, z. B. mit dem Schutz der Europäer vor Terroranschlägen und anderen Verbrechen. Die Redner wurden vom Ko-Vorsitzenden Gašper Dovžan begrüßt.

Die Arbeiten auf dieser ersten Tagung wurden im Hinblick auf die Billigung der fünf Arbeitsbereiche „Rechtswahrung und Nichtdiskriminierung“, „Schutz der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“, „Reform der EU“, „Erbau der europäischen Identität“ und „Stärkung der Bürgerbeteiligung“ abgeschlossen.

Vom 12. bis 14. November 2021 trat Panel 2 zum zweiten Mal in virtueller Form zusammen

und setzte die Beratungen auf der ersten Tagung fort. Auf dieser zweiten Tagung erarbeiteten die Redner „Leitlinien“ für die Ausarbeitung konkreter Empfehlungen (auf ihrer dritten Tagung) für jeden der fünf Schwerpunkte, die sie auf der ersten Tagung festgelegt hatten. Insgesamt haben die Bürgerinnen und Bürger des Panels 2 124 Gruppen von Orientierungshilfen erstellt.

Vom 10. bis 12. Dezember 2021 trafen sich die Bürgerinnen und Bürger des Panels 2 zu ihrer Abschlussitzung im Europäischen Hochschulinstitut in Florenz mit der Möglichkeit der Online-Teilnahme. Ausgehend von den Leitlinien, die sie auf der zweiten Tagung als Grundlage für ihre Arbeit erarbeitet hatten, haben die Bürger 39 abschließende Empfehlungen ausgearbeitet und gebilligt.

Panel 3 Klimawandel und Umwelt; Gesundheit

Das Panel zum Thema „Klimawandel und Umwelt“; „Gesundheit“ fand vom 1. bis 3. Oktober in Straßburg statt. Das Panel befasste sich mit den Auswirkungen des Klimawandels, Umweltfragen und neuen Herausforderungen im Gesundheitsbereich für die Europäische Union. Er befasste sich auch mit den Zielen und Strategien der EU wie Landwirtschaft, Verkehr und Mobilität, Energie und Übergang zu Gesellschaften nach CO₂-Emissionen, Forschung, Gesundheitssysteme, Reaktion auf Gesundheitskrisen, Prävention und gesunde Lebensweise. Die Arbeit dieser ersten Sitzung endete mit der Billigung der fünf Arbeitsbereiche „Bessere Lebensweisen“, „Schutz unserer Umwelt und Gesundheit“, „Neuorientierung unserer Wirtschaft und unseres Konsums“, „Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft“ und „Sorge für alle“. Der Abschlussbericht der Sitzung ist auf der mehrsprachigen digitalen Plattform verfügbar.

Vom 19. bis 21. November 2021 trat Panel 3 zum zweiten Mal in virtuellem Format zusammen, um die Beratungen der ersten Tagung fortzusetzen. Auf dieser zweiten Tagung erarbeiteten die Redner „Leitlinien“ für die Ausarbeitung konkreter Empfehlungen (auf ihrer dritten Tagung) für jeden der fünf Schwerpunkte, die sie auf der ersten Tagung festgelegt hatten. Insgesamt haben die

Bürgerinnen und Bürger des Panels 3 130 Orientierungsgruppen gebildet.

Vom 7. bis 9. Januar 2022 trafen sich die Bürger des Gremiums 3 zur Abschlussitzung, die sie mit Unterstützung der Stadt Warschau am Europakolleg in Natolin und im Palast für Kultur und Wissenschaft veranstalteten. Es war möglich, online teilzunehmen. Ausgehend von den Leitlinien, die sie auf der zweiten Tagung als Grundlage für ihre Arbeit erarbeitet hatten, haben die Bürger 51 endgültige Empfehlungen ausgearbeitet und gebilligt.

Panel 4 Die EU in der Welt; Migration



Foto: Panel 3 von EU-Bürgern

Das vierte Panel zum Thema „Die EU in der Welt“; Migration“ fand vom 15. bis 17. Oktober erstmals in Straßburg statt, bei dem die Teilnehmer u. a. die Rolle der EU auf der internationalen Bühne erörterten.



Dazu gehörten die Ziele und Strategien der EU in den Bereichen Sicherheit, Verteidigung, Handelspolitik, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit, Außenpolitik, EU-Nachbarschaftspolitik und Erweiterung

sowie die Frage, wie die EU mit Migration umgehen sollte. Die Bürger wurden von Ko-Präsident Dubravka Šuica begrüßt. Die Arbeit dieser ersten Tagung endete mit der Billigung der fünf Arbeitsschwerpunkte

„Selbstversorgung und Stabilität“, „Die EU als internationaler Partner“, „Eine starke EU in einer Welt in Frieden“, „Migration aus menschlicher Sicht“ und „Verantwortung und Solidarität in der gesamten EU“. Der Abschlussbericht der Sitzung ist auf der mehrsprachigen digitalen Plattform verfügbar.

Vom 16. bis 28. November 2021 fand die zweite Online-Sitzung des Gremiums 4 auf der Grundlage der auf der ersten Tagung durchgeführten Arbeiten statt. Auf dieser zweiten Tagung erarbeiteten die Redner „Leitlinien“ für die Ausarbeitung konkreter Empfehlungen (auf ihrer dritten Tagung) für jeden der fünf Schwerpunkte, die sie auf der ersten Tagung festgelegt hatten. Insgesamt haben die Bürgerinnen und Bürger des Panels 4 95 Orientierungsgruppen gebildet.

Vom 11. bis 13. Februar 2022 trafen sich die Bürger des Gremiums 4 zu ihrer Abschlusssitzung, die im Maastricht Exhibition and Conference Centre (MECC) von Studio Europa Maastricht in Zusammenarbeit mit der Universität Maastricht und dem Europäischen Institut für öffentliche Verwaltung (IEAP) veranstaltet wurde. Es war möglich, online teilzunehmen.

ausgehend von den Leitlinien, die sie auf der zweiten Tagung als Grundlage für ihre Arbeit erarbeitet
endgültig
gebilligt

2.

Im Einklang
erörterte
Empfehlungen
europäische
gegliedert
unterstützt

Bürgerforen planen, haben die Ko-Vorsitzenden Leitlinien gebilligt und dem Exekutivausschuss am 26. Mai 2021 übermittelt. Sie folgten den gleichen Grundsätzen wie die europäischen Bürgerforen und enthielten Grundsätze guter

Beratungen auf der Grundlage eines OECD-Berichts^{IV}.

Sechs Mitgliedstaaten – Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Litauen und die Niederlande – haben nationale Bürgerforen im Einklang mit den in diesen Leitlinien dargelegten Grundsätzen organisiert. Die Empfehlungen dieser nationalen Bürgerforen wurden auf den Plenartagungen im Januar und März sowie in den Arbeitsgruppen des Plenums zusammen mit den Empfehlungen der europäischen Bürgerforen zu denselben Themen vorgestellt und erörtert.

1) BELGIEN



Im Oktober 2021 versammelte ein Bürgerpanel an drei Wochenenden 50 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürgerinnen und Bürger, die für die allgemeine Bevölkerung repräsentativ waren, um das Thema der

IV OECD, Innovative Bürgerbeteiligung und neue demokratische Institutionen, 2020 - <https://www.oecd.org/gov/open-government/innovative-citizen-participation-new-democratic-institutions-catching-the-deliberative-wave-highlights.pdf>

Die Bürgerinnen und Bürger haben Empfehlungen zu fünf von ihnen gewählten Themen formuliert:

- Verbesserung der Kommunikation über die Europäische Union,
- Ermittlung und Bekämpfung von Desinformation über die EU,
- Bürgerforen als Instrument der Partizipation,
- das Referendum über EU-Angelegenheiten,
- Verbesserung der in der Europäischen Union bereits bestehenden partizipativen Instrumente.

Die Arbeit des belgischen Bürgerpanels führte zu 115 Empfehlungen, die von den 50 nach dem Zufallsprinzip ausgewählten belgischen Bürgern ausgearbeitet, erörtert und abgestimmt wurden.

2) DEUTSCHLAND

Im Januar 2022 organisierte das deutsche Außenministerium ein nationales Bürgerpanel. 100 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürger, die für die Bevölkerung repräsentativ waren, nahmen an diesem Online-Panel teil.

Am 5. und 8. Januar 2022 fanden fünf Online-Workshops mit jeweils 20 Teilnehmern zu folgenden Themen statt:

die Rolle Europas in der Welt, das Klima und die Umwelt,

Rechtsstaatlichkeit und Werte,

eine stärkere Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit.



Foto: deutsches Bürgerpanel

Die 100 nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürger trafen sich am 15. und 16. Januar 2022,

um die Herausforderungen im Zusammenhang mit diesen Fragen und mögliche Lösungen zu erörtern, und nahmen ihre Empfehlungen an. Die Teilnehmer erarbeiteten für jedes der oben genannten Themen zwei spezifische Vorschläge.

Die Ergebnisse wurden am 16. Januar auf einer Abschlusskonferenz vorgestellt, an der die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock und Anna Lührmann, stellvertretende Ministerin für Europa und Klima, teilnahmen.

3) FRANKREICH

Bürgerforen wurden in Frankreich vom französischen Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten mit Unterstützung des Ministeriums für Beziehungen zum Parlament und Bürgerbeteiligung organisiert.



Foto: Panel der französischen Bürger

Im September und Anfang Oktober 2021 fanden 18 Bürgerforen in allen Regionen Frankreichs, der Metropolregion und der Übersee statt. An jedem Panel nahmen 30 bis 50 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürger teil, die für die Vielfalt der Bevölkerung der Regionen repräsentativ waren. Insgesamt nahmen mehr als 700 Bürger an den Panels teil. Die Arbeit der regionalen Gremien führte zu einer Liste von 101 Bestrebungen mit 515 Änderungsanträgen und 1 301 spezifischen Vorschlägen.

Insgesamt trafen sich 100 Bürgerinnen und Bürger, die die Panels vertreten, am 16./17. Oktober 2021 in Paris anlässlich der nationalen Synthesekonferenz, um die Empfehlungen auszuarbeiten und anzunehmen. Insgesamt

wurden im Rahmen dieses Prozesses 14 vorrangige Empfehlungen festgelegt. Die Empfehlungen, die die neun Themen der Konferenz betrafen, wurden der französischen Regierung, einschließlich Staatssekretär Clément Beaune, vorgelegt und stellten den Beitrag der französischen Regierung zur Konferenz dar.

4) **ITALIEN**

Ein Bürgerpanel wurde im März 2022 von einem unabhängigen Dritten unter der Aufsicht der italienischen Abteilung für europäische Politik des Vorsitzes des Ministerrates organisiert.

Insgesamt nahmen 55 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürger teil, die für die italienische Gesellschaft und ihre Regionen repräsentativ waren. Die Teilnehmer wurden nach dem Zufallsprinzip ausgewählt, um sicherzustellen, dass Personen unterschiedlichen Geschlechts, Alters, sozialer Herkunft, Wohnort und Beschäftigungsstatus anwesend sind.

Die Bürgerinnen und Bürger kamen am 11./12. März 2022 online zusammen, um zwei Themen der Konferenz zu erörtern:

- „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“ und
- „Europa in der Welt“.

Am 12. März 2022 verabschiedete das Gremium insgesamt 58 Empfehlungen, darunter 33 zum Thema „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“ und 25 zum Thema „Europa in der Welt“. Am letzten Tag überprüften und validierten die Teilnehmer den ersten Entwurf der Empfehlungen, die in der ersten Phase der Arbeiten ausgesprochen wurden.

5) **LITAUEN**

Im Namen des Außenministeriums wurde im Januar 2022 von einem unabhängigen Dritten ein nationales Bürgerpanel organisiert.



Foto: litauisches Bürgerpanel

Am 15. Januar 2022 trafen sich die Teilnehmer persönlich, um die wichtigsten Ergebnisse ihrer Gespräche zu formulieren. Am 25. Januar 2022 nahmen sie auf einer virtuellen Tagung 21 Empfehlungen an, von denen 10 die Rolle und die Zuständigkeiten der EU im Bereich der Außenpolitik und 11 die wirtschaftliche Rolle der EU betrafen.

6) **DIE NIEDERLANDE**

Das Bürgerpanel wurde von einem unabhängigen Dritten organisiert, wobei die Dialoge mit dem Titel „Visions of Europe“ am 1. September²⁰²¹ begannen. Sie wurden in mehrere Teile eingeteilt.

Der am 1. September 2021 gestartete Online-Teil bestand aus einem Questionnaire und einem vereinfachten Auswahlinstrument, mit dem die Bürgerinnen und Bürger ihre Vorlieben, Wünsche und Empfehlungen zu den neun Themen der Konferenz äußern können. Der



Fragebogen wurde an eine repräsentative und inklusive Gruppe mit 4 000 Bürgern verteilt.

Im Oktober und November 2021 fanden umfassende Online- und Offline-Debatten mit den Bürgerinnen und Bürgern statt, insbesondere um junge Menschen und schwer erreichbare Zielgruppen zu erreichen.

Es wurden zwei Berichte mit dem Titel „Unsere Vision von Europa“ veröffentlicht.

Stellungnahmen, Ideen und Empfehlungen“ („Onze kijk op Europa; Meninge, ideeën en Aanbevelingen) und zusammen mit den 30 Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger zu den neun Themen der Konferenz.

Niederländisches



C. Veranstaltungen im Rahmen der Konferenz

1. Nationale Veranstaltungen

Die Mitgliedstaaten haben mit einer Vielzahl von Veranstaltungen und Initiativen zur Konferenz beigetragen. Mehrere tausend Bürgerinnen und Bürger aus der gesamten EU nahmen an diesen Veranstaltungen teil. Eine [spezielle Rubrik](#) der mehrsprachigen digitalen Plattform bietet einen Überblick über die wichtigsten Tätigkeiten, die die Behörden der Mitgliedstaaten organisiert oder unterstützt haben. Die Veranstaltungen wurden auf den Plenarversammlungen der Konferenz vom 23. Oktober 2021 und 25. März 2022 von Vertretern der nationalen Veranstaltungen und/oder nationalen Bürgerforen vorgestellt, aber auch durch [Berichte der Plattform zur Konferenz beigetragen, wodurch](#) die Debatte auf europäischer Ebene bereichert wurde.

Das Hauptziel dieser Veranstaltungen und Initiativen bestand darin, den Bürgern zuzuhören und sie an Debatten über die Europäische Union zu beteiligen. Die Integration und der Dialog mit den Bürgern waren ebenfalls eine Priorität, da Anstrengungen unternommen wurden, um diejenigen einzubeziehen, die normalerweise nicht in die Debatten über die EU einbezogen werden.

Es gab verschiedene Arten von Veranstaltungen, die zentralisierte und dezentralisierte Ansätze kombinierten, einschließlich verschiedener Formen der Unterstützung von Bottom-up-Initiativen. Die Aktivitäten und Veranstaltungen in den Mitgliedstaaten wurden von verschiedenen Institutionen und Akteuren organisiert, darunter nationale, regionale und lokale Behörden, Organisationen der Zivilgesellschaft, Sozialpartner, Verbände und Bürger. In einigen Fällen nahmen auch Nichtregierungsorganisationen, Kulturinstitutionen, Denkfabriken, Universitäten und Forschungseinrichtungen aktiv an der Organisation von Konferenzveranstaltungen teil. Bei vielen dieser Aktivitäten und Veranstaltungen wurde der Teilnahme der

jüngeren Generation besondere Bedeutung beigemessen.



Überblick über die wichtigsten Veranstaltungen und Initiativen in den Mitgliedstaaten:

1 Belgien

Mehrere Veranstaltungen wurden von den Bundes- und Regionalbehörden organisiert. Es fanden mehrere Debatten mit den Bürgerinnen und Bürgern statt, zum Beispiel über die EU in der Welt sowie über Klimawandel und Umwelt. Ein strukturierter Dialog mit den Bürgern zum Thema „Leben in einer Grenzregion“ sowie ein Hackathon zum Thema „Die Auswirkungen gesunder Lebensweisen und des Klimawandels auf die Lebensqualität“ und „Hürden für die Beschäftigung junger Menschen“ fanden ebenfalls statt.

Darüber hinaus wurde eine Veranstaltung über Digitalisierung und nachhaltige Wirtschaft organisiert und eine Reihe von Debatten zwischen jungen Menschen und politischen Entscheidungsträgern zum Thema „Europa hört dir zu“.

2 Bulgarien

Die bulgarische Übung wurde im Rahmen einer Zeremonie mit dem Titel „Wie kann man die Stimme der Bürgerinnen und Bürger durch die Konferenz zur Zukunft Europas hören?“ ins Leben gerufen, an der Behörden und Bürgervertreter teilnahmen. Im Rahmen der organisierten Veranstaltungen wurde ein Dialog über Demographie und Demokratie eingerichtet.

In großen Universitätsstädten fanden mit Unterstützung der Europe Direct-Zentren mehrere lokale Veranstaltungen statt.

3 Tschechische Republik

Die Tschechische Republik organisierte zentrale Gespräche mit der breiten Öffentlichkeit und Informationsveranstaltungen für relevante Interessenträger. Diese Veranstaltungen wurden durch Veranstaltungen für junge Menschen und Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung ergänzt. Insbesondere wurde eine transnationale Veranstaltung mit deutschen und tschechischen Bürgern organisiert. Im ganzen Land fanden mehrere regionale Debatten sowie regionale Seminare für Sekundarschüler zum Thema „Entscheidungen über Europa“ („Decide on Europe“) statt.

4 Dänemark

Es fand eine breit angelegte und inklusive nationale Debatte statt, bei der die Zivilgesellschaft und andere nichtstaatliche Akteure eine zentrale Rolle spielten. Eine benannte Reserve öffentlicher Mittel wurde einer Gruppe verschiedener Organisationen gewährt, darunter NRO, Medien, Jugendorganisationen, Kulturinstitutionen, Denkfabriken und Forschungsinstitute, um Debatten und Initiativen von Nichtregierungsorganisationen zu unterstützen. Mehr als 180 Debatten fanden statt, etwa die Hälfte richtete sich speziell an junge Menschen. Darüber hinaus organisierten die Regierung und das Parlament eine Reihe offizieller Veranstaltungen wie Bürgerkonsultationen und Debatten.

5 Deutschland

An den Veranstaltungen in Deutschland nahmen die Bundesregierung, der Bundestag, die Bundesländer und die Zivilgesellschaft teil. Neben den Veranstaltungen der Bundesregierung wurden mehr als 50 regionale Veranstaltungen von den 16 Bundesländern und etwa 300 von der Zivilgesellschaft organisiert.

Grenzüberschreitende Veranstaltungen und Dialoge mit Studierenden und jungen Menschen waren ein zentrales Element vieler Initiativen, die junge Menschen in den Mittelpunkt der Diskussionen stellten, um die Zukunft Europas zu gestalten.

6 Estland

Verschiedene Veranstaltungen, Seminare und Debatten wurden von der Staatskanzlei in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Estland, dem Außenministerium und anderen Ministerien sowie von der Zivilgesellschaft und Jugendorganisationen organisiert. Insbesondere wurde eine Diskussion für Schülerinnen und Schüler über wichtige Themen im Zusammenhang mit dem Klimawandel, der Energiepolitik und der Konferenz im Allgemeinen geführt. Darüber hinaus wurde eine Diskussion über „Estnische Diplomatie im Dienste der Verwirklichung der Klimaziele“ eingeleitet.

7 Irland

Inklusion und Dialog mit der gesamten Bevölkerung, insbesondere mit jungen Menschen, waren das zentrale Thema der Aktivitäten in Irland.

In Zusammenarbeit mit der Europäischen Bewegung Irland (EMI) wurde in den Jahren 2021 und 2022 ein Programm regionaler und sektoraler Verpflichtungen eingeleitet. Die erste Phase der regionalen Treffen fand im Juni und Juli in Form virtueller Konsultationen statt. Die zweite Phase der regionalen Veranstaltungen fand Anfang 2022 in Form öffentlicher Präsenz Sitzungen statt. Seit Juli läuft ein Programm von Veranstaltungen der Regierung.

8 Griechenland

Das Außenministerium war für die Koordinierung des nationalen Dialogs zuständig. Die zentralen und lokalen Regierungsbehörden und die Zivilgesellschaft wurden nachdrücklich ermutigt, Diskussionen und andere Veranstaltungen zu organisieren. So fanden beispielsweise Veranstaltungen zur Europa-Mittelmeer-Zusammenarbeit, zum westlichen Balkan, zur demografischen Herausforderung, Migration und Demokratie unter Beteiligung von Bürgern und verschiedenen Interessenträgern statt.

9 Spanien

Der spanische Rahmen umfasste sechs Veranstaltungen auf nationaler Ebene (z. B. eine Konsultation spanischer Bürger zur Zukunft Europas) und etwa 20 Veranstaltungen auf regionaler Ebene. Außerdem wurde eine Veranstaltung mit portugiesischen und spanischen Bürgern organisiert, um wichtige Themen zu erörtern, die für die Zukunft ihrer Regionen und für die EU von Interesse sind. Auf regionaler und lokaler Ebene organisierten die Behörden Veranstaltungen zu verschiedenen Themen wie grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Auswirkungen des demografischen Wandels, nachhaltiger Verkehr und Mobilität, Klimawandel, Migration und Zukunft der Gebiete in äußerster Randlage.

10 Frankreich

Die französische Regierung hat von Mai bis Juli 2021 eine umfassende Online-Konsultation für

junge Menschen durchgeführt. Fünfzigtausend junge Franzosen haben ihre Ansichten zum Ausdruck gebracht und sechzehn Hauptideen für die Zukunft Europas befürwortet. Die Ergebnisse dieser Übung wurden zusammen mit den Ergebnissen des französischen Bürgerpanels in einem Abschlussbericht zusammengefaßt, der den Beitrag Frankreichs zur Konferenz darstellt. Die französische Regierung ermutigte auch alle französischen Akteure, die dies wünschten (Verbände, lokale Behörden, gewählte Vertreter der Zivilgesellschaft), Veranstaltungen zu organisieren.

11 Kroatien

Es wurde eine Arbeitsgruppe für die Koordinierung der Tätigkeiten eingesetzt, die Ideen und Pläne für die Durchführung von Aktivitäten auf nationaler Ebene zusammengestellt hat. Ministerien, zentrale staatliche Ämter, regionale Entwicklungsagenturen, Universitäten, NRO und Institute organisierten Veranstaltungen in Form von Konferenzen, Bürgerdialogen und Bürgerdebatten, öffentlichen Diskussionen und Bildungsworkshops mit besonderem Schwerpunkt auf jungen Menschen.

Zu den Themen gehören Migration, Demografie, Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft. Einige Veranstaltungen wurden mit anderen Mitgliedstaaten und Nachbarländern außerhalb der EU organisiert.

12 Italien

Mehrere Veranstaltungen, die sich insbesondere auf junge Menschen konzentrieren, wurden eingerichtet, um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, unter anderem mit aktiver Unterstützung der lokalen Behörden. Es wurde eine Medienkampagne gestartet, um diese Ereignisse so weit wie möglich bekannt zu machen. Zu diesen Aktivitäten gehören das Jugendforum EU-Balkan mit jungen Menschen aus dem Westbalkan, das Jugendforum „Med Dialogues“, an dem junge Menschen aus der südlichen Nachbarschaft teilnehmen, sowie Wettbewerbe für Sekundarschüler und Hochschulstudenten mit dem Titel „Europa liegt in Ihren Händen“.

13 Zypern

Es wurden mehrere Jugendaktivitäten organisiert, an denen zahlreiche Akteure beteiligt waren. Es fand eine Auftaktveranstaltung mit der jüngeren Generation über ihre Erwartungen, Anliegen und Visionen für Europa und Zypern in der EU statt. Darüber hinaus wurde ein offener Dialog über die Rolle junger Menschen in der Debatte über Europa und ihre Probleme auf nationaler und europäischer Ebene geführt. Außerdem fand eine Veranstaltung statt, um über die Zukunft der europäischen Sicherheit und Verteidigung zu diskutieren.

14 Lettland

Es wurden mehrere Veranstaltungen organisiert, darunter eine landesweite Online-Diskussion mit Studenten mit dem Titel „Die Zukunft liegt in Ihren Händen“ zu wirtschaftlichen, sozialen und sicherheitsrelevanten Themen. Es wurden eine nationale Umfrage und Diskussionen in Denkfabriken durchgeführt, um öffentliche Meinungsdaten über die Ansichten der Bürger zu den künftigen Prioritäten der Europäischen Union zu allen Themen der Konferenz zu sammeln. Es fanden regionale Präsenzdiskussionen statt, um Menschen im Alter von 55 Jahren oder älter über die Konferenz bekannt zu machen, und es wurden Präsenzgespräche mit Schülern der Sekundarstufe II geführt.

15 Litauen

Die Veranstaltungen wurden in erster Linie dezentralisiert und konzentrierten sich auf die verschiedenen Regionen Litauens und junge Menschen (z. B. im Rahmen der Jugenddebatte aus den baltischen Staaten). Es fanden eine Reihe von Bürgerdialogen (Demokratie, Digitalisierung, Klimawandel usw.), transnationale Dialoge (z. B. mit Frankreich, Irland und Italien) und Veranstaltungen der Zivilgesellschaft statt. Darüber hinaus wurden die Schulen ermutigt, sich mit der Zukunft Europas auseinanderzusetzen.

16 Luxemburg

Eine Reihe von Veranstaltungen wurden auf nationaler Ebene nach einem offenen, inklusiven und transparenten Ansatz organisiert. So organisierte das Parlament beispielsweise eine Reihe von Veranstaltungen

in neuen Formaten wie den „Bistrot Talks“. Außerdem wurde ein Hackathon für Studenten und junge Unternehmer organisiert, um über den digitalen Kompass und die Industriestrategie der EU zu diskutieren.

Darüber hinaus fand ein trinationaler Austausch zwischen deutschen, französischen und luxemburgischen Gymnasiasten statt.

17 Ungarn

Eine breite Palette von Veranstaltungen in der gesamten Gesellschaft (mehr als 800) wurden organisiert. Zu den institutionellen Veranstaltungen gehören hochrangige internationale Konferenzen mehrerer Ministerien (z. B. Erweiterung und Digitale Agenda der EU) und Podiumsdiskussionen mit Studierenden und Jugendorganisationen (z. B. zur europäischen Integration). Mehrere Organisationen hielten Panels ab, um folgende Themen zu erörtern: die EU-Organe; eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung, digitaler Wandel, Bildung, Kultur, Jugend und Sport; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit; die NRO; Migration; sowie Demografie, Familie, Gesundheit, Klimawandel und Umwelt.

18 Malta

Im Anschluss an eine Auftaktveranstaltung wurde ein nationaler Koordinierungsausschuss eingesetzt, um die Initiative über verschiedene Kommunikationskanäle zu fördern und die Debatte durch nationale und lokale Veranstaltungen zu leiten.

Thematische öffentliche Dialoge (z. B. über Gesundheit, europäische Werte und die Zukunft der Arbeit für eine gerechte Gesellschaft), Pressekonferenzen, Konsultationen mit Akteuren aus den einschlägigen Sektoren und interaktive Sitzungen mit Kindern und Studenten wurden in physischer oder hybrider Form organisiert.

19 Niederlande

In den Niederlanden lag der Schwerpunkt auf der Organisation des nationalen Bürgerpanels „Visions de l'Europe – Kijk op Europa“, das sowohl online als auch im Präsenzbereich stattfand. Dieser beruhte auf einem zweistufigen Ansatz: die erste bestand darin, die Gedanken und Meinungen der Bürger zum

„Was“ zu sammeln, d. h. was sie erwarteten und wünschten; die zweite Phase zielte darauf ab, ihre zugrunde liegende Meinung (das „Warum“ und das „Wie“) durch Gruppendialoge zu verstehen.

20 Österreich

Debatten fanden in verschiedenen Formaten auf Bundes-, regionaler und lokaler Ebene statt. „Zukunftslabore“ und „Zukunftsdialoge“ ermöglichten einen intensiven Austausch mit hochrangigen Experten zu verschiedenen Themen und die Suche nach umfassenderen Lösungen für die Zukunft. Darüber hinaus wurden eine Reihe von Veranstaltungen von und für österreichische Stadträte für europäische Angelegenheiten organisiert. Mehrere Veranstaltungen richteten sich direkt an Jugendliche und Schüler.

21 Polen

Die Veranstaltungen wurden hauptsächlich im Rahmen eines dezentralisierten Ansatzes organisiert. Auf regionaler Ebene organisierten die regionalen internationalen Diskussionszentren öffentliche Veranstaltungen in allen 16 polnischen Regionen in physischer und virtueller Form. Die Diskussionsthemen deckten die Themenbereiche der Konferenz ab, wie Solidarität in Krisenzeiten, Landwirtschaft und neue Technologien.

Darüber hinaus wurde eine nationale Debatte über Klima, Digitalisierung, Binnenmarkt, Gesundheit, EU in der Welt und Migration organisiert.

22 Portugal

Im Anschluss an die erste Bürgerveranstaltung in Lissabon, bei der die Bürger an der Konferenz teilnehmen konnten, wurden unter anderem zahlreiche Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit lokalen Behörden, Universitäten, Schulen, Sozialpartnern, Jugendorganisationen und lokalen Organisationen der Zivilgesellschaft organisiert. So wurde beispielsweise mit Spanien eine transnationale Veranstaltung organisiert, um Schlüsselthemen zu diskutieren, die für die Zukunft der Regionen dieser beiden Länder und der EU von Interesse sind. Darüber hinaus fanden dezentralisierte nationale Veranstaltungen zu verschiedenen Themen wie Migration und internationale Partnerschaften,

Zukunft der europäischen Demokratie und digitaler Transformation statt.

23 Rumänien

Die Veranstaltungen wurden in erster Linie von der Verwaltung und den Instituten unter aktiver Beteiligung von Organisationen der Zivilgesellschaft und Jugend organisiert oder mitorganisiert.

Die Debatten konzentrierten sich auf ein breites Spektrum von Themen wie Digitalisierung, Bildung, Gesundheit, Umwelt, nachhaltige Entwicklung, Wirtschaft, Landwirtschaft und strategische Partnerschaften der EU. Die Veranstaltungen fanden in der Hauptstadt und auf lokaler Ebene statt, und alle Altersgruppen nahmen daran teil.

24 Slowenien

Die Idee bestand darin, eine breite Debatte zu fördern, in der die Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle spielte, und insbesondere die Beteiligung junger Menschen.

Die Regierung organisierte eine Auftaktveranstaltung, auf die mehrere Initiativen folgten, wie das Strategische Forum in Bled, dessen Hauptthema die Zukunft Europas war, mit besonderem Schwerpunkt auf der Erweiterung der EU und den westlichen Balkanstaaten. Weitere Veranstaltungen betrafen Themen wie Geldpolitik, Klimaneutralität, Jugend und die Rolle der EU in einem multipolaren internationalen Umfeld.

25 Slowakei

Die Veranstaltungen konzentrierten sich auf zwei große Säulen. Die erste Säule war das auf die breite Öffentlichkeit ausgerichtete Projekt „WeAreEU“, das Gespräche mit Studierenden und öffentliche Konsultationen umfasste und eine Reihe regionaler Veranstaltungen im Rahmen der „WeAreEU Road Show“ umfasste. Die zweite Säule war der Nationale EU-Konvent, der sich auf Beiträge von Sachverständigen und Analysen zu Themen wie Binnenmarkt, Desinformation und Populismus sowie Digitalisierung und ökologischer Wandel konzentrierte.

26 Finnland

Die Regierung organisierte eine Reihe regionaler Konsultationen, darunter „die Veranstaltung der nördlichsten EU-Konferenz“, zu verschiedenen Themen wie nachhaltiges

Wachstum, Bildung und Rechtsstaatlichkeit. Es wurde auch eine Umfrage durchgeführt, um die Diskussion zu fördern.

Europäischen Kommission in Finnland Veranstaltungen.

27 Schweden

Die Veranstaltungen wurden in erster Linie dezentralisiert als gemeinsame Übung zwischen der Regierung, dem nationalen Parlament, politischen Parteien, Sozialpartnern, lokalen und regionalen Vertretern, Organisationen der Zivilgesellschaft und anderen relevanten gesellschaftlichen Akteuren organisiert.

Zum Beispiel diskutierte der schwedische Minister für europäische Angelegenheiten mit Schülern verschiedener Schulen die Zukunft Europas und nahm an Treffen auf kommunaler Ebene teil, um die Zukunft Europas und die Demokratie mit den Bürgern zu erörtern. Digitale Medien wurden auch für die Teilnahme an Bürgerdialogen genutzt, z. B. durch Frage-Antwort-Sitzungen.



Die Regierung organisierte in Zusammenarbeit mit Städten, lokalen Behörden, Universitäten, NRO und Jugendorganisationen sowie mit dem finnischen Parlament, dem Europäischen Parlament und den Informationsbüros der

Die oben genannten Beschreibungen sind nicht erschöpfend. Weitere Informationen zu nationalen Veranstaltungen finden Sie in einer speziellen Rubrik der mehrsprachigen digitalen Plattform.

2. Begegnung der jungen Europäer

Das Europäische [Jugendevent \(EYE 2021\)](#) fand am 8./9. Oktober 2021 statt und brachte 10 000 junge Menschen online und im Europäischen Parlament in Straßburg zusammen, um die Zukunft Europas zu gestalten und Ideen auszutauschen. Das EYE war eine einzigartige Gelegenheit für Jugendliche zwischen 16 und 30 Jahren, persönlich und online zu interagieren, sich gegenseitig zu inspirieren und sich mit Experten, Aktivisten, Influencern und

Seit Mai 2021 wurden in Zusammenarbeit mit europaweiten Jugendorganisationen mehr als 2 000 Vorschläge junger Bürger aus der gesamten Europäischen Union online gesammelt. Darüber hinaus konzentrierten sich mehrere Online-Sitzungen vor der Veranstaltung und während des EYE in Straßburg auf die Konferenz zur Zukunft Europas. Nach der Veranstaltung wurden die 20 wichtigsten Ideen, die von den Teilnehmern angesprochen wurden, zwei Ideen nach Themen der Konferenz, im [Bericht über die Ideen junger Menschen](#) für die Konferenz zur Zukunft Europas in 23 Sprachen



Entscheidungsträgern im Herzen der europäischen Demokratie auszutauschen.

zusammengefasst.

Der Bericht über die Ideen junger Menschen wurde der Plenarversammlung der Konferenz am 23. Oktober von jungen Teilnehmern der europäischen Bürgerforen vorgestellt, die ebenfalls am EYE 2021 teilgenommen hatten. Alle gesammelten Ideen sind verfügbar unter: search.youthideas.eu.

3. Weitere Veranstaltungen

Neben den oben genannten Veranstaltungen haben viele andere Institutionen und

Interessenträger Bürger zusammengebracht, um über die Zukunft Europas zu diskutieren^V. Während der Konferenz zur Zukunft Europas hat sich der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) darum bemüht, sie bekannt zu machen und ihr breites Netz von Organisationen der Zivilgesellschaft in den Mitgliedstaaten bei der Durchführung nationaler Konsultationen zu unterstützen. Insgesamt unterstützte er den Einsatz von 75 Veranstaltungen, davon 33 auf nationaler und 42 auf zentraler Ebene. Von diesen Veranstaltungen veröffentlichten 60 % Berichte auf der Konferenzplattform, und an diesen 45 Veranstaltungen nahmen allein mehr als 7.300 Teilnehmer teil. Insbesondere startete der EWSA seine Tätigkeiten im Juni 2021 mit einer großen Konferenz – „[Bringing the European project back to citizens](#)“ (Bringing the European project back to citizens) und organisierte im November 2021 das Seminar „[Connecting EU](#)“ in Lissabon sowie eine hochrangige Veranstaltung in Brüssel im Februar 2022 „[Europa gemeinsam formen](#)“. Der Ausschuss hat auch die Nutzung der Online-Plattform gefördert, auf der er 60 neue Ideen hochgeladen hat, und eine breit angelegte Social-Media-Kommunikationskampagne mit einem potenziellen Publikum von 32 Millionen Menschen allein auf Twitter gestartet, um nationale Veranstaltungen in englischer und lokaler Sprache zu fördern, und hat vor und nach jeder Plenarversammlung und jeder Tagung im Zusammenhang mit der Konferenz Informationen bereitgestellt.

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) organisierte thematische Debatten in seinen Fachkommissionen und Plenartagungen sowie 140 Veranstaltungen auf lokaler, grenzüberschreitender und interregionaler Ebene, an denen 10 000 Bürger und 200 lokale Politiker teilnahmen. Darüber hinaus wurde im Oktober 2021 die erste [Umfrage unter 1,2 Millionen lokalen Politikern](#) in der EU-27 zu ihren Ansichten zur Zukunft Europas

^VBesuchen Sie die mehrsprachige digitale Plattform, um auf alle Informationen zu diesen Veranstaltungen zuzugreifen.

veröffentlicht. Darüber hinaus hat der Cdr [44 Ideen](#) für die mehrsprachige digitale Plattform vorgeschlagen. Anfang 2022 [präsentierte eine unabhängige hochrangige Gruppe für Demokratie](#) in Europa Ideen zur Verbesserung der Demokratie in der EU. Der AdR nahm eine EntschlieÙung mit Vorschlägen für den Abschlussbericht der Konferenz an, und auf dem [Europäischen Gipfeltreffen der Regionen und Städte im März 2022 wurde ein 12-Punkte-Manifest im Namen einer Million Kommunal- und Regionalpolitiker in der EU](#) verabschiedet. Ein Bericht mit dem Titel „[Citizens, local politicians and the future of Europe](#)“ (Bürger, Kommunalpolitiker und Zukunft Europas) (März 2022) fasst alle Aktivitäten des AdR im Rahmen der Konferenz zusammen.

Die drei an der Sozialpartnerschaft der EU beteiligten Arbeitgeberorganisationen [BusinessEurope](#), [SGI Europe](#) und [UEAPME](#) veröffentlichten alle ihre Prioritäten und Beiträge auf der digitalen Plattform und stellten sie vor den einschlägigen Arbeitsgruppen und dem Plenum vor. Darüber hinaus haben alle die Konferenz sowohl intern als auch mit externen Akteuren gefördert und in verschiedenen Foren Veranstaltungen organisiert und mit Interessenträgern zusammengearbeitet. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) beteiligte sich an der Konferenz und nahm an den Sitzungen der Plenarversammlung und der Arbeitsgruppen teil. Der EGB hat die Vorschläge der Gewerkschaften für eine gerechtere Zukunft für Europa definiert und auf der Online-Plattform veröffentlicht (diese Vorschläge gehörten zu den am meisten unterstützten Vorschlägen). Der EGB und seine Mitglieder organisierten Veranstaltungen und Kommunikationsaktivitäten, um die Vorschläge der Gewerkschaften vorzustellen und zu prüfen. Vertreter der Zivilgesellschaft – die [Civil Society Convention for the Conference on the Future of Europe](#) (Convention der Zivilgesellschaft für die Konferenz zur Zukunft Europas) und die [Internationale Europäische Bewegung](#) – organisierten [zahlreiche Veranstaltungen](#) in ganz Europa und waren [auf der Ebene der Plenarversammlung aktiv](#). Die Zivilgesellschaft hat Hunderte von Organisationen der Zivilgesellschaft im Rahmen eines Bottom-up-Ansatzes durch [thematische Gruppen](#)

einbezogen, um gemeinsame und umfassende Vorschläge für [verschiedene von der Konferenz abgedeckte Politikbereiche](#) auszuarbeiten. Die Ideen wurden in die Konferenz über die Plattform, Arbeitsgruppen, Plenarsitzungen und in direktem Kontakt mit dem Exekutivrat, den Ko-Vorsitzenden und dem gemeinsamen Sekretariat einfließen lassen.

Die Vertretungen der Europäischen Kommission in den Mitgliedstaaten, die Europe Direct-Zentren, die europäischen Dokumentationszentren und die Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments haben die Bürger aktiv über die Konferenz zur Zukunft Europas informiert. Die Vertretungen der Europäischen Kommission berichteten über 1400 Aktivitäten, die dazu beigetragen haben, die Konferenz in ganz Europa zu kommunizieren und umzusetzen. Sie organisierten oder nahmen aktiv an mehr als 850 Veranstaltungen teil, von denen etwa 65 % auf junge Menschen und Frauen abzielten, um ihre Teilnahme an der Konferenz im

Allgemeinen zu fördern. Die Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments haben mehr als 1300 Werbemaßnahmen in den Mitgliedstaaten organisiert.

Darüber hinaus wurden thematische Workshops zu den wichtigsten Themen der Konferenz in Anwesenheit von MdEP, Bürgern, Interessenträgern, nationalen und regionalen Behörden sowie lokalen Medien organisiert, um die Reichweite der Konferenz zu erhöhen. Die europäischen Dokumentationszentren berichteten über mehr als 120 Maßnahmen im Zusammenhang mit der Kommunikation der Konferenz.

Die Europe Direct-Zentren berichteten über mehr als 1000 thematische Veranstaltungen über die Konferenz und über 600 Werbeaktivitäten, darunter ein breites Spektrum von Jugendgruppen und -organisationen. Die europäischen Dokumentationszentren berichteten über mehr als 120 Maßnahmen im Zusammenhang mit der Kommunikation der Konferenz.

III. Die Plenarversammlung der Konferenz

A. Rolle und Arbeitsweise der Plenarversammlung

Eine Plenarversammlung der Konferenz wurde eingerichtet, um die Empfehlungen der nationalen und europäischen Bürgerforen zu erörtern, die nach Themen gegliedert sind, ohne dass das Ergebnis der Debatten im Voraus festgelegt wird oder deren Umfang auf vordefinierte Politikbereiche beschränkt ist.

Die auf der mehrsprachigen Plattform gesammelten Beiträge wurden gegebenenfalls ebenfalls erörtert. Das Plenum hatte eine einzigartige Zusammensetzung: Sie umfasste erstmals Bürger, die europäische und nationale Bürgerveranstaltungen und -foren vertreten, Vertreter der EU-Institutionen und ihrer beratenden Gremien, gewählte Vertreter auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sowie Vertreter der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner.

Die Empfehlungen wurden von den Bürgern vorgelegt und mit ihnen diskutiert; anschließend musste das Plenum dem Exekutivrat seine Vorschläge^{VI} auf einvernehmlicher Grundlage vorlegen. Die Plenarversammlung der Konferenz fand zwischen Juni 2021 und April 2022 sieben Mal statt.

Die Plenarversammlung der Konferenz bestand aus 108 Vertretern des Europäischen Parlaments, 54 Vertretern des Rates und drei Vertretern der Europäischen Kommission^{VII} sowie 108 Vertretern aller nationalen Parlamente auf Augenhöhe und Bürgern.

80 Vertreter der europäischen Bürgerforen, von denen mindestens ein Drittel jünger als 25 Jahre war, nahmen ebenfalls an dem

Vorsitzenden des Europäischen Jugendforums und 27 Vertretern nationaler^{VIII} Veranstaltungen und/oder nationaler Bürgerforen teil.

18 Vertreter des Ausschusses der Regionen und 18 Vertreter des Wirtschafts- und Sozialausschusses, sechs gewählte Vertreter regionaler Behörden und sechs gewählte Vertreter lokaler Behörden, zwölf Vertreter der Sozialpartner und acht Vertreter der Zivilgesellschaft nahmen ebenfalls teil. Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik wurde eingeladen, als es um die internationale Rolle der EU ging.

Vertreter wichtiger Interessenträger wie Vertreter von Partnern aus dem westlichen Balkan, aus der Ukraine, religiösen, philosophischen und nicht-konfessionellen Gruppen wurden ebenfalls eingeladen.

Die Sitzungen der Plenarversammlung wurden gemeinsam von den Ko-Vorsitzenden der Konferenz geleitet. Die Plenarversammlungen der Konferenz fanden in den Gebäuden des Europäischen Parlaments in Straßburg statt. Aufgrund der geltenden Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften fanden die ersten fünf Sitzungen der Plenarversammlung der Konferenz in einem hybriden Format statt, während die beiden letzten in Anwesenheit stattfanden. Die Sitzungen der Plenarversammlung der Konferenz wurden live übertragen und alle Sitzungsunterlagen auf der mehrsprachigen digitalen Plattform öffentlich zugänglich gemacht.

VI Es sollte ein Konsens zwischen den Vertretern des Europäischen Parlaments, des Rates, der Europäischen Kommission und den Vertretern der nationalen Parlamente auf Augenhöhe erzielt werden. Sollte die Position der Bürgervertreter der nationalen Veranstaltungen und/oder der europäischen und/oder nationalen Bürgerforen offensichtlich voneinander abweichen, so sollte dieser Standpunkt in diesem Bericht festgehalten werden.

VII Weitere Mitglieder der Europäischen Kommission wurden in das Plenum eingeladen, insbesondere wenn Fragen aus ihrem Zuständigkeitsbereich erörtert wurden.

VIII Eins pro Mitgliedstaat.

B. Arbeitsgruppen

Im Einklang mit der Geschäftsordnung der Konferenz schlugen die Ko-Vorsitzenden der Plenarversammlung der Konferenz vor, auf der Grundlage der Themen der mehrsprachigen digitalen Plattform neun thematische Arbeitsgruppen einzurichten, um unter Beachtung der Parameter der Gemeinsamen Erklärung Beiträge zur Vorbereitung der Debatten und Vorschläge der Plenarversammlung der Konferenz zu leisten. Im Oktober 2021 einigten sich die Ko-Vorsitzenden auf das Mandat für Arbeitsgruppen. Die verschiedenen Arbeitsgruppen befassten sich mit folgenden Themen: Klimawandel und Umwelt; Gesundheit; Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; Die EU in der Welt; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit; Digitaler Wandel; Europäische Demokratie; Migration; Bildung, Kultur, Jugend und Sport.

Die Arbeitsgruppen präsentierten ihren Beitrag zur Plenarversammlung der Konferenz und erörterten die Empfehlungen der jeweiligen nationalen und europäischen Bürgerforen sowie die auf der mehrsprachigen digitalen Plattform veröffentlichten Beiträge zu den neun im Rahmen der Konferenz zusammengetragenen Themen. Die Mitglieder der Plenarversammlung der Konferenz wurden wie folgt auf die neun Arbeitsgruppen aufgeteilt: zwölf Mitglieder pro Arbeitsgruppe für das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente, sechs für den Rat, drei für die Vertreter der nationalen Bürgerforen oder nationalen Veranstaltungen, zwei für den Ausschuss der Regionen und zwei für den Wirtschafts- und Sozialausschuss, ein oder zwei für die Sozialpartner, eines für die Zivilgesellschaft und eines für die gewählten Mitglieder der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie Vertreter der europäischen Bürgerforen. Vertreter der europäischen Bürgerforen nahmen an den

Arbeiten der für ihr Gremium zuständigen Arbeitsgruppe teil. Darüber hinaus wurden spezifische Vorkehrungen getroffen, um den Mitgliedern des Kollegiums der Kommissionsmitglieder die Teilnahme an Arbeitsgruppen entsprechend ihrem Zuständigkeitsbereich zu ermöglichen.

Die Arbeitsgruppen führten lebhaft Debatten und arbeiteten mit Unterstützung des Gemeinsamen Sekretariats an Entwürfen von Vorschlägen, die unter der Leitung des Vorsitzenden und des Sprechers aus Vertretern der europäischen Bürgerforen in der Arbeitsgruppe erstellt wurden. Die Arbeitsgruppen sollten auf der Grundlage des in Artikel 17 der Geschäftsordnung der Konferenz festgelegten Konsenses arbeiten. Anschließend stellten der Vorsitzende und der Sprecher die Ergebnisse der Arbeitsgruppe vor der Plenarversammlung vor. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe wurde vom gemeinsamen Sekretariat unterstützt. Das gemeinsame Sekretariat der Konferenz hat die zusammenfassenden Berichte für jede Sitzung der Arbeitsgruppe unter der Leitung des Vorsitzenden und in Absprache mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe erstellt.

Die Arbeitsgruppen traten am Rande der Sitzungen der Plenarversammlung der Konferenz zwischen Oktober 2021 und 8. April 2022 sowie im Dezember 2021 online zusammen. Einige Arbeitsgruppen haben zusätzliche Sitzungen abgehalten. Die Sitzungen der Arbeitsgruppen wurden ab dem 20. Januar 2022 live übertragen. Ihre zusammenfassenden Berichte wurden ordnungsgemäß in der Rubrik „Plenarversammlung der Konferenz“ auf der mehrsprachigen digitalen Plattform veröffentlicht.

C. chronologische Zusammenfassung

ERÖFFNUNGSPLENARVERSAMMLUNG DER KONFERENZ, 19. JUNI 2021

Die Eröffnungsplenarversammlung der Konferenz fand am 19. Juni 2021 in einem hybriden Format statt^{IX}. Sie ermöglichte es den Mitgliedern der Plenarversammlung, eine Präsentation anzuhören und eine allgemeine Aussprache über das Ziel der Konferenz und die Erwartungen an die Konferenz abzuhalten. Die Ko-Vorsitzenden betonten den beispiellosen Charakter dieser deliberativen Demokratie auf EU-Ebene, die die repräsentative Demokratie gestärkt und die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt der Politikgestaltung in der Europäischen Union gestellt hat. Die Ko-Vorsitzenden erläuterten auch die Funktionsweise der drei Säulen der Konferenz: die mehrsprachige digitale Plattform, die europäischen und nationalen Bürgerforen und das Plenum.

Darüber hinaus wurden die Mitglieder der Plenarversammlung über die Absicht informiert, neun thematische Arbeitsgruppen einzurichten, sowie über den Zeitplan der Konferenz. In der anschließenden Debatte, in der mehr als 150 Teilnehmer sprachen, wurde eine Vielzahl von Themen erörtert. Da die Auswahl der Teilnehmer an den europäischen Bürgerforen noch nicht abgeschlossen war, nahmen der Vorsitzende des Europäischen Jugendforums und 27 Vertreter nationaler Veranstaltungen und/oder nationaler Bürgerforen teil, um die Bürgerkomponente zu vertreten.

ZWEITE PLENARVERSAMMLUNG DER KONFERENZ, 22./23. OKTOBER 2021

Die zweite Plenarversammlung der Konferenz fand am 22./23. Oktober 2021 in einem hybriden Format statt, an dem erstmals Vertreter der europäischen Bürgerforen teilnahmen. Die Mitglieder des Plenums hatten Gelegenheit, eine Präsentation über den Stand der Arbeit der vier europäischen Bürgerforen zu hören und eine Debatte zu führen. Darüber hinaus konnten Vertreter der nationalen Veranstaltungen und

IX Eine erste Veranstaltung für die europäischen Bürgerinnen und Bürger fand am 17. Juni 2021 in Lissabon im Hybridformat im Vorfeld der Eröffnungsplenarsitzung am 19. Juni statt, um die Teilnahme der Bürger an der Konferenz einzuleiten.

Panels die auf nationaler Ebene organisierten Veranstaltungen vorstellen. Dem Plenum der Konferenz wurde ein Bericht über das Europäische Jugendtreffen (EYE) vorgelegt. es enthielt einen Überblick über die 20 konkreten Ideen, die von den jungen Bürgern ausgewählt wurden, die an diesem Treffen teilnahmen.

In der anschließenden Debatte wurde der innovative Charakter der mehrsprachigen digitalen Plattform hervorgehoben, die den Bürgerinnen und Bürgern eine Stimme gegeben hat und einen Ort für Diskussionen in allen EU-Amtssprachen bietet. Diese Debatte stützte sich auf den zweiten Zwischenbericht über die Plattform. Die Partner des Westbalkans wurden eingeladen, an dieser Plenarsitzung als wichtigste Interessenträger teilzunehmen.

DRITTE PLENARVERSAMMLUNG DER KONFERENZ, 21./22. JANUAR 2022

Die dritte Plenarversammlung der Konferenz, die am 21./22. Januar 2022 stattfand, war die erste der offiziellen Präsentation von Empfehlungen der europäischen Bürgerforen und der damit verbundenen nationalen Bürgerforen. Dieses Plenum war nämlich die erste, die nach der abschließenden Ausarbeitung der Empfehlungen einiger europäischer Bürgerforen stattfand, nämlich: die Panels 2 (Europäische Demokratie; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit) und 3 (Klimawandel und Umwelt); Gesundheit). Das Plenum fand in einem hybriden Format statt, an dem mehr als 400 Mitglieder der Plenarversammlung der Konferenz entweder vor Ort oder per Videokonferenz teilnahmen.

Die Plenarversammlung war auch durch den kurz zuvor verstorbenen Präsidenten des Europäischen Parlaments, David Maria Sassoli, gekennzeichnet. Die Ko-Vorsitzenden würdigten sein Gedenken bei der Eröffnung der Sitzung. Die Debatten im Plenum wurden thematisch zu den Themen organisiert, die von den europäischen Bürgerforen 2 und 3 abgedeckt werden.

Die Diskussionen fanden in einem innovativen interaktiven Format statt, das Momente der Rückmeldung der Bürger und ein spezielles System von Fragen der blauen Karte umfasste, das einen spontanen und lebhaften Austausch über die Empfehlungen der Bürger ermöglichte.

VIERTE VOLLVERSAMMLUNG DER KONFERENZ, 11./12. MÄRZ 2022

Die vierte Plenarversammlung der Konferenz befasste sich auch mit Empfehlungen der europäischen Bürgerforen und der damit verbundenen nationalen Bürgerforen. Dieses Plenum fand nach der abschließenden Überarbeitung der Empfehlungen der beiden verbleibenden europäischen Bürgerforen statt, nämlich: Panels 1 (Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; Bildung, Kultur, Jugend und Sport; digitaler Wandel) und 4 (Die EU in der Welt; Migration). Wie auf der Januar-Plenartagung wurden die Debatten in diesem Plenum thematisch organisiert. Die Themen waren diesmal die Themen der europäischen Bürgerforen 1 und 4. Die Diskussionen über die Empfehlungen der Bürger führten erneut zu einem lebhaften und intensiven Austausch, der durch ein innovatives interaktives Format unterstützt wurde.

FÜNFTHE VOLLVERSAMMLUNG DER KONFERENZ, 25./26. MÄRZ 2022

Die fünfte Plenarversammlung markierte den Beginn der Konferenz in ihrer nächsten Phase mit der Einleitung des Prozesses zur Festlegung der Vorschläge des Plenums auf der Grundlage der Empfehlungen der Bürger. Daher führten die Mitglieder des Plenums, nachdem sie sich im engeren thematischen Rahmen der Arbeitsgruppen vorbereitet hatten, zum ersten Mal Debatten über die neun Themen der Konferenz: eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; Bildung, Kultur, Jugend und Sport; digitaler Wandel; Europäische Demokratie; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit; Klimawandel und Umwelt; Gesundheit; die EU in der Welt; Migration. Dieses Plenum bot den Vertretern der nationalen Veranstaltungen in den 27 EU-Mitgliedstaaten auch Gelegenheit, die Ergebnisse ihrer Initiativen vorzustellen.

SECHSTE VOLLVERSAMMLUNG DER KONFERENZ, 8./9. APRIL 2022

Auf der sechsten Plenarversammlung der Konferenz wurde die Ausarbeitung der Vorschläge des Plenums abgeschlossen.

Nach Abschluss der letzten Sitzungen der thematischen Arbeitsgruppen äußerten sich alle Mitglieder des Plenums in neun inhaltlichen Debatten ein letztes Mal zu den Vorschlagsentwürfen, die sie in den letzten Monaten erarbeitet hatten. Dieser Austausch bot ihnen auch Gelegenheit, über den einzigartigen Prozess der Ausarbeitung der Vorschläge des Plenums auf der Grundlage der Empfehlungen der Bürger und über die seit ihrer Ausarbeitung durchgeführten Arbeiten nachzudenken. Insbesondere die Bürger haben die einzigartige menschliche Erfahrung und den Mehrwert dieses Diskussionsprozesses hervorgehoben, der sie um dieses gemeinsame Projekt vereint hat. Diese Debatte war Teil der endgültigen Vorschläge, die der letzten Plenarversammlung der Konferenz vorgelegt werden sollten.

SIEBTE PLENARVERSAMMLUNG DER KONFERENZ, 29./30. APRIL 2022

Die siebte und letzte Plenarversammlung der Konferenz zur Zukunft Europas war ein wichtiger Meilenstein und beendete den Prozess intensiver Beratungen, der mehrere Monate mit 49 Vorschlägen dauerte. Die 49 Vorschläge wurden vom Plenum auf einvernehmlicher Grundlage vorgelegt und dem Exekutivrat unterbreitet. Dieser Konsens wurde zwischen den Vertretern des Europäischen Parlaments, des Rates, der Europäischen Kommission und der nationalen Parlamente erzielt.

Die Vertreter des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, die regionalen und lokalen Mandatsträger sowie Vertreter der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft äußerten sich ebenfalls für den Prozess und unterstützten die Vorschläge.

Die Bürgerkomponente legte ihren endgültigen Standpunkt zu den Vorschlägen vor (siehe Kernbotschaften unten).

Auf der Abschlussplenartagung (29.-30. April 2022) legten die 108 Bürger der Bürgerkomponente ihren endgültigen Standpunkt zu den Vorschlägen des Plenums vor. Ihre Präsentation wurde gemeinsam konzipiert und von 17 von ihnen in Form einer narrativen Rede in der Schlussdebatte präsentiert. Der folgende Text ist eine Zusammenfassung der Kernbotschaften ihrer Beiträge.

*

Zunächst danken wir dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission dafür, dass sie uns die Gelegenheit gegeben haben, einen Beitrag zur Gestaltung der Zukunft Europas zu leisten. Wir haben uns mit europäischen Kollegen aus der gesamten Union, aus verschiedenen Panels und Veranstaltungen, mit politischen Vertretern und sozialen Akteuren getroffen und unseren Horizont erweitert. Wir sind als Europäer aufgewachsen. Dafür haben wir alle Opfer gebracht: wir waren aus unserem Alltag, nahmen freie Tage und verbrachten für die Mitglieder der europäischen Bürgerforen neun Wochenenden weg von unseren Familien. Aber wir hatten eine unglaubliche und einzigartige Erfahrung. Für uns war es keine Zeitverschwendung. Es gab Höhen und Tiefen auf dem Weg. Wir haben nicht immer eine Antwort auf unsere Fragen erhalten. Wir wissen, dass es Zeit braucht, bis die Vorschläge umgesetzt werden. Aber wir sind überzeugt, dass Sie alles tun werden, um dies zu erreichen, aus Respekt für unsere gemeinsame Arbeit. Wenn wir, die Bürger, unsere Unterschiede, die Sprachbarrieren, überwinden konnten, um zusammenzuarbeiten und uns auf Ihr Niveau zu bringen, dann können Sie das auch.

*

Wir haben alle einen langen Weg zurückgelegt, und jetzt, da unsere Arbeit im Plenum abgeschlossen ist, können wir stolz darauf sein. Wir sehen acht Querschnittsthemen, die ein klares und starkes Mandat für die Zukunft Europas geben.

Erstens eine Europäische Union, die auf Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit beruht. In der Tat besteht ein großes Anliegen der Bürger darin, gleiche Bedingungen und Rechte in verschiedenen Bereichen zu finden: Gesundheitsversorgung, soziale Dienstleistungen, lebenslanges Lernen, Chancengleichheit für Menschen in ländlichen und städtischen Gebieten unter Berücksichtigung des demografischen Aspekts. In Zukunft sollten die Europäer in allen Mitgliedstaaten und Regionen aufgrund ihres Alters, ihres Wohnsitzes, ihrer Staatsangehörigkeit, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder ihrer politischen Vorlieben nicht mehr diskriminiert werden. Sie sollten einen angemessenen Lebensstandard, Löhne und menschenwürdige Arbeitsbedingungen erhalten. Die EU muss mehr als nur eine Wirtschaftsunion sein. Die Mitgliedstaaten müssen mehr Solidarität untereinander zeigen. Wir sind eine Familie und müssen uns in Krisensituationen so verhalten.

Zweitens muss die EU es wagen und schnell handeln, um in den Bereichen Umwelt und Klima führend zu werden, indem sie den Übergang zu grünen Energien beschleunigt, ihr Schienennetz verbessert, einen nachhaltigen Verkehr und eine wirklich kreislauforientierte Wirtschaft fördert. Es gibt keine Zeit zu verlieren. Die EU muss den Wandel in vielen Politikbereichen vorantreiben: Landwirtschaft, Biodiversität, Wirtschaft, Energie, Verkehr, Bildung, Gesundheit, digitaler Wandel und Klimadiplomatie. Wir haben die Forschungskapazitäten, die wirtschaftliche Stärke und den geopolitischen Hebel, um dies zu tun. Wenn wir das Klima zu einer Priorität machen, können wir auf eine erfolgreiche Zukunft hoffen.

Drittens braucht Europa eine demokratischere Union. Die EU-Bürger lieben die EU, aber seien wir ehrlich: das ist nicht immer einfach. Sie haben uns angerufen, um Ihnen zu helfen, und Sie haben uns gefragt: wie sollte die europäische Demokratie in Zukunft aussehen? Und wir haben Ihnen geantwortet: Wir Bürgerinnen und Bürger wollen ein Europa, in dem Entscheidungen transparent und schnell getroffen werden, in dem der Grundsatz der Einstimmigkeit überarbeitet wird und in das wir Bürger regelmäßig und ernsthaft involviert sind.

Viertens braucht die EU in einigen Bereichen mehr Harmonisierung und eine Annäherung als Union. Der Krieg klopft im Osten an unsere Tore, was uns dazu aufruft, vereinter denn je zu sein und der EU mehr Kompetenzen im Bereich der auswärtigen Angelegenheiten zu verleihen. Diese Konferenz kann als Grundlage für ein geeintes und politisch kohärenteres Europa dienen. Alles lässt sich in diesem Wort zusammenfassen: Union. Wir können uns nicht als solche beschreiben, wenn wir die Zusammenarbeit, die diese Konferenz gezeigt hat, nicht erreichen.

Fünftens muss die EU an Autonomie gewinnen und ihre globale Wettbewerbsfähigkeit sichern. Während dieses Prozesses haben wir darüber gesprochen, dieses Ziel in wichtigen strategischen Bereichen zu erreichen: Landwirtschaft, Energie, Industrie, Gesundheit. Wir müssen vermeiden, dass wir bei vielen sensiblen Produkten von Drittländern abhängig sind. Wir müssen auf das Talent unserer Arbeitskräfte setzen, die Abwanderung von Fachkräften verhindern und den Bürgerinnen und Bürgern in allen Phasen ihres Lebens und unabhängig von ihrem Wohnort in der EU angemessene Kompetenzen vermitteln. Wir können keine großen Unterschiede innerhalb der EU haben und junge Menschen ohne Perspektive in einem Land, die gezwungen sind, in ein anderes Land zu gehen.

Sechstens beruht die Zukunft der EU auf ihren Werten. Diese haben unsere Arbeit geleitet. Als wir anfangen, hätte niemand gedacht, dass ein Krieg auf unserem Kontinent ausbrechen würde. Dieser Kampf für die Freiheit macht uns bewusst, wie viel Glück wir haben, in einer friedlichen Union zu leben. Hinter all unseren

Vorschlägen stehen diese Werte: eine menschliche und würdige Aufnahme von Migranten, der gleichberechtigte Zugang zur Gesundheit, die Bekämpfung der Korruption, der Aufruf zum Schutz der Natur und der biologischen Vielfalt und zu einer demokratischeren Union.

Siebtens sollten sich die Bürgerinnen und Bürger künftig europäischer fühlen und die EU besser kennen. Es handelt sich um eine Querschnittsfrage, die der Arbeit aller Panels zugrunde lag. Digitale Transformation, Bildung, Mobilität und Austausch können dieser europäischen Identität Ausdruck verleihen, die unsere nationalen Identitäten ergänzt, ohne sie in Frage zu stellen. Viele von uns fühlten sich vor dieser Konferenz nicht als Europäer: Sie tauchte hier langsam auf und tauschte sich gegenseitig aus. Wir hatten das Glück, diese Gelegenheit zu haben, aber viele haben es nicht. Deshalb sind Information, Kommunikation und Sensibilisierung so wichtig.

Schließlich ist ein **achtes** Querschnittsthema, das für uns äußerst wichtig ist, die Bildung und Stärkung der Bürger im Allgemeinen. Für diese Konferenz haben Sie beschlossen, Bürger ab dem 16. Lebensjahr einzuladen. Wir sind Ihnen dankbar, denn mehr denn je ist es notwendig, junge Menschen in die Verantwortung zu nehmen. Die hohe Stimmenthaltungsrate der Jugendlichen zeigt, dass die Verbindung zwischen Jugend und Politik wieder hergestellt werden muss. Sie müssen auch wirtschaftlich und sozial verantwortlich gemacht werden: es ist immer noch zu schwierig, in den Arbeitsmarkt einzutreten und seine sozialen Rechte geltend zu machen. Während der COVID-19-Pandemie fühlten sie sich verlassen und viele leiden immer noch unter den Folgen für ihre psychische Gesundheit. Aber alle Europäer müssen verantwortlich gemacht werden, nicht nur die jungen Menschen: durch Mobilitätsprogramme und lebenslanges Lernen müssen wir die Horizonte aller Europäer erweitern. Wir müssen die Bürger auch für Demokratie, Bürgerbeteiligung und Medienkompetenz ausbilden. Wir brauchen einen wirklich ganzheitlichen Ansatz.

*

Niemand wusste, was das Ergebnis sein würde. 27 Länder, 24 Sprachen, unterschiedliche Altersgruppen. Doch als wir zusammenarbeiteten, fühlten wir uns verbunden: unsere Gehirne, unsere Gedanken, unsere Erfahrungen. Wir sind keine Experten der EU oder eines der Themen der Konferenz, aber wir sind Experten des realen Lebens, und wir haben unsere Geschichten. Wir gehen zur Arbeit, wir leben auf dem Land und in den Vororten, wir arbeiten nachts, wir studieren, wir haben Kinder, wir nehmen die öffentlichen Verkehrsmittel. Wir können uns auf unsere Vielfalt verlassen. Es wurde ein Konsens über die Vorschläge zwischen den vier verschiedenen Komponenten und innerhalb der Bürgerkomponente erzielt. Wir sind uns einig und unterstützen alle Vorschläge, die jetzt in Ihren Händen sind. Wir vertreten einen abweichenden Standpunkt zu Maßnahme 38.4, dritter Punkt, da sie weder von europäischen noch von nationalen Panels stammt und in der Plenararbeitsgruppe nicht ausreichend diskutiert wurde. Ich äussere mich daher weder zur Begründetheit noch zur Relevanz dieser Maßnahme. In diesem Sinne laden wir Sie ein, diese Vorschläge als Ganzes zu betrachten, sie umzusetzen, nicht nur diejenigen, die Ihnen am meisten arrangieren und leicht durchsetzbar sind. Tun Sie dies in völliger Transparenz. Wir haben an diesen Vorschlägen mit Hingabe und Leidenschaft gearbeitet, wir sind stolz auf unsere Arbeit: respektiere ihn.

Die Konferenz zur Zukunft Europas hat eine Pandemie durchgemacht und einen Krieg in Europa erlebt, der ihre volle Solidarität mit dem ukrainischen Volk unter Beweis gestellt hat. Das Jahr war für die Teilnehmer und für alle Europäer erschüttert. Aber die Konferenz setzte ihre Arbeit gegen Wind und Gezeiten fort. Lassen Sie uns im Namen der Bürger der Konferenz abschließend eine einfache Botschaft an Sie richten: wir fühlen uns Europäer, fühlen uns engagiert und gehört im Demokratisierungsprozess, wir glauben an die EU und wollen auch weiterhin daran glauben. Lesen Sie also von Herzen die Vorschläge gut durch und setzen Sie sie zum Wohle der Zukunft Europas um.

Die Vertreter der Ratskomponente des Plenums unterließen es, den Inhalt der Vorschläge zu kommentieren, sondern unterstützten und ermutigten die Aktivitäten der Bürger und nahmen ihre Empfehlungen zur Kenntnis. Nach dem 9. Mai 2022 wird der Rat entscheiden, wie die Ergebnisse der Konferenz im Rahmen seines eigenen Zuständigkeitsbereichs und im Einklang mit den Verträgen weiterverfolgt werden können.

Der Exekutivrat der Konferenz zur Zukunft Europas nimmt die Vorschläge des Plenums zur Kenntnis und stellt sie als Abschlussergebnisse der Konferenz vor. Als Orientierungshilfe für die Zukunft Europas wurden diese Vorschläge nach fast einem Jahr Beratungen im Rahmen der Gemeinsamen Erklärung und der Geschäftsordnung der Konferenz vorgelegt.



IV. Die Vorschläge des Plenums



Klimawandel und Umwelt

1. Vorschlag: Landwirtschaft, Nahrungsmittelproduktion, biologische Vielfalt und Ökosysteme, Umweltverschmutzung

Ziel: Eine sichere, nachhaltige, gerechte, klimaverträgliche und erschwingliche Lebensmittelproduktion, die die Grundsätze der Nachhaltigkeit und der Umwelt achtet und die biologische Vielfalt und die Ökosysteme schützt und gleichzeitig die Ernährungssicherheit gewährleistet.

Maßnahmen:

1. Förderung einer effizienten und klima- und umwelt- und klimafreundlichen Landwirtschaft und Fischerei in der EU und weltweit, einschließlich des ökologischen Landbaus und anderer innovativer und nachhaltiger Formen der Landwirtschaft, wie der vertikalen Landwirtschaft, bei gleichzeitiger Verringerung der Emissionen und der Umweltauswirkungen, aber auch durch die Gewährleistung von Produktivität und Ernährungssicherheit (Panel 3 – Empfehlungen 1, 2 und 10); Panel 2 – Empfehlung 4).
2. Neuausrichtung der Subventionen und Stärkung der Anreize für einen ökologischen Landbau und eine nachhaltige Landwirtschaft, die präzise Umweltstandards erfüllen und zur Erreichung der globalen Klimaziele beitragen (Panel 3 – Empfehlungen 1 und 12).
3. Anwendung der Grundsätze der Kreislaufwirtschaft auf die Landwirtschaft und Förderung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung (Aussprache in der Arbeitsgruppe, mehrsprachige digitale Plattform – NMP).
4. Deutliche Verringerung des Einsatzes von Pestiziden und chemischen Düngemitteln im Einklang mit den bestehenden Zielen bei gleichzeitiger Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit und Unterstützung der Forschung zur Entwicklung nachhaltigerer und naturbasierter Alternativen (Panel 3 – Empfehlung 10, Debatte in der Arbeitsgruppe).
5. Einführung einer Zertifizierung des Kohlenstoffabbaus auf der Grundlage einer robusten, soliden und transparenten CO₂-Buchführung (Aussprache im Plenum).
6. Verstärkte Forschung und Innovation, insbesondere in Bezug auf technologische Lösungen für nachhaltige Produktion, Schädlingsresistenz und Präzisionslandwirtschaft, Kommunikation, Beratungssysteme und Schulungen für Landwirte und Landwirte (Panel 3 – Empfehlung 10, Debatte in der Arbeitsgruppe, Debatte im Plenum).
7. Beseitigung von Sozialdumping und Förderung eines gerechten ökologischen Übergangs zu besseren Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft mit hochwertigen Sicherheits-, Gesundheits- und Arbeitsbedingungen (Aussprache in der Arbeitsgruppe).
8. Diskutieren Sie Aspekte wie die Verwendung von Kunststoff in landwirtschaftlichen Folien und Möglichkeiten zur Verringerung des Wasserverbrauchs in der Landwirtschaft (NFP).
9. Vernünftige Tierhaltung und -produktion mit Schwerpunkt auf Tierschutz und Nachhaltigkeit durch Maßnahmen wie klare Kennzeichnung, hohe Qualität und gemeinsame Tierhaltungs- und Transportstandards, Stärkung der Verbindung zwischen Tierhaltung und

Ernährung (Panel 3 – Empfehlungen 16 und 30).

2. Vorschlag: Landwirtschaft, Nahrungsmittelproduktion, biologische Vielfalt und Ökosysteme, Umweltverschmutzung

Ziel: Schutz und Wiederherstellung der biologischen Vielfalt, der Landschaft und der Ozeane und Beseitigung der Umweltverschmutzung.

Maßnahmen:

1. Schaffung, Wiederherstellung, Verwaltung und Erweiterung von Schutzgebieten im Hinblick auf die Erhaltung der biologischen Vielfalt (Empfehlung FR, Panel 3 – Empfehlung 11).
2. Einführung eines Durchsetzungs- und Belohnungssystems zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung, das nach dem Verursacherprinzip angewandt wird, das auch in steuerliche Maßnahmen einbezogen und mit einer besseren Sensibilisierung und Anreizen einhergehen sollte (Panel 3 – Empfehlung 32, Empfehlung FR, Aussprache im Plenum).
3. Ausweitung der Rolle der Gemeinden bei der Stadtplanung und beim Bau neuer Gebäude zur Förderung der blauen und grünen Infrastruktur, Vermeidung und Beendigung der Flächenversiegelung, obligatorische Grünflächen für Neubauten zur Förderung der biologischen Vielfalt und städtischer Wälder (Panel 3 – Empfehlung 5, Panel 1 – Empfehlung 18, Empfehlung FR).
4. Schutz von Insekten, insbesondere einheimischer und bestäubender Arten, insbesondere durch den Schutz vor invasiven Arten und eine bessere Anwendung der geltenden Vorschriften (Panel 1 – Empfehlung 18).
5. Unterstützung der Aufforstung und Wiederaufforstung, insbesondere von Wäldern, die durch Feuer zerstört wurden, Anwendung einer verantwortungsvollen Waldbewirtschaftung und Förderung einer besseren Nutzung von Holz als Ersatz für andere Materialien. Festlegung verbindlicher nationaler Ziele für die Wiederaufforstung durch einheimische Bäume und die lokale Flora in allen EU-Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten und Besonderheiten (Panel 3 – Empfehlung 14, Panel 1 – Empfehlung 18).
6. Durchsetzung und Ausweitung des Verbots von Einwegkunststoffen (PNM).
7. Schutz der Wasserquellen und Bekämpfung der Wasser- und Meeresverschmutzung, insbesondere durch Forschung und Bekämpfung der Verschmutzung durch Mikroplastik, und Förderung des umweltfreundlichen Verkehrs durch Nutzung der besten verfügbaren Technologien und durch die Einrichtung von Forschung und EU-Mitteln für alternative Schiffskraftstoffe und -technologien (PNM, Debatte in der Arbeitsgruppe).
8. Begrenzung der Lichtverschmutzung (Aussprache innerhalb der Arbeitsgruppe).

3. Vorschlag: Klimawandel, Energie, Verkehr

Ziel: Erhöhung der Energieversorgungssicherheit in Europa und Verwirklichung der Energieunabhängigkeit der EU bei gleichzeitiger Gewährleistung eines gerechten Übergangs und Bereitstellung ausreichender nachhaltiger und erschwinglicher Energie für die Europäer. Bekämpfung des Klimawandels durch die Stärkung der EU als globale Führungsrolle in einer nachhaltigen Energiepolitik und die Einhaltung der globalen Klimaschutzziele.

Maßnahmen:

1. Verwirklichung und, soweit möglich, Beschleunigung des ökologischen Wandels, insbesondere durch verstärkte Investitionen in erneuerbare Energien, um die Energieabhängigkeit von außen zu verringern, wobei auch die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften beim ökologischen Wandel anerkannt wird (Aussprache innerhalb der Arbeitsgruppe).
2. Prüfung der geopolitischen und sicherheitspolitischen Auswirkungen aller Energielieferanten aus Drittländern, insbesondere in Bezug auf Menschenrechte, Ökologie, verantwortungsvolle Staatsführung und Rechtsstaatlichkeit (Aussprache innerhalb der Arbeitsgruppe).
3. Verringerung der Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten durch Energieeffizienzprojekte, Förderung des erschwinglichen öffentlichen Verkehrs, Hochgeschwindigkeitsbahnnetzes für den Güterverkehr und Ausweitung der Versorgung mit sauberer und erneuerbarer Energie (Panel 4 – Empfehlung 2, Panel 1 – Empfehlung 10, Empfehlungen FR und DE).
4. Verbesserung der Qualität und Interkonnektivität, Wartung und Umbau der Strominfrastruktur und der Stromnetze, um die Sicherheit zu erhöhen und den Übergang zu erneuerbaren Energiequellen zu ermöglichen (Panel 1 – Empfehlung 10, Debatte in der Arbeitsgruppe).
5. Investitionen in Technologien, die erneuerbare Energien erzeugen können, wie z. B. die effiziente Erzeugung von grünem Wasserstoff, insbesondere in schwer elektrifizierten Sektoren (Panel 3 – Empfehlung 31, Debatte in der Arbeitsgruppe).
6. Investitionen in die Erforschung neuer umweltfreundlicher Energiequellen und Speichermethoden und in Erwartung einer greifbaren Lösung zusätzliche Investitionen in bestehende optimale Energieerzeugungs- und Speicherlösungen (Panel 3 – Empfehlungen 9 und 31).
7. Einführung von CO₂-Filternⁱⁿ Kraftwerken mit fossilen Brennstoffen und Bereitstellung finanzieller Unterstützung für Mitgliedstaaten, die über keine finanziellen Mittel für die Umsetzung von CO₂-Filtern verfügen^r (Panel 3 – Empfehlung 29).
8. Gewährleistung eines gerechten Übergangs durch den Schutz von Arbeitnehmern und Arbeitsplätzen durch ausreichende Mittel für den Übergang und die Fortsetzung der Forschung, durch Reform des Steuersystems durch eine gerechtere Besteuerung und durch Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Gewährleistung eines inklusiven Governance-Ansatzes bei der Politikgestaltung auf allen Ebenen (z. B. ehrgeizige Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, starker sozialer Schutz, Aufrechterhaltung öffentlicher Dienstleistungen in staatlichen Händen, Aufrechterhaltung der Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften am Arbeitsplatz) (Aussprache im Plenum, Debatte in der Arbeitsgruppe, PNM).
9. Einführung eines Investitionspakets für klimafreundliche Technologien und Innovationen, das aus klimabezogenen Einfuhrzöllen und klimabezogenen CO₂-Abgaben finanziert werden sollte (Empfehlung DE).
10. Nach einem Übergangszeitraum sollten fossile Brennstoffe keine Subventionen mehr erhalten, und es wird erwartet, dass keine Finanzierung der traditionellen

Gasinfrastruktur mehr stattfindet
(Aussprache innerhalb der Arbeitsgruppe).

11. Stärkung der Führungsrolle der EU sowie ihrer Rolle und Rechenschaftspflicht, um ehrgeizige Klimaschutzmaßnahmen und

einen gerechten Übergang zu fördern und zur Bewältigung von Verlusten und Schäden auf internationaler Ebene beizutragen, auf der die Vereinten Nationen im Mittelpunkt des Handelns stehen müssen (NL-Empfehlung, Debatte in der Arbeitsgruppe).

4. Vorschlag: Klimawandel, Energie, Verkehr

Ziel: Bereitstellung einer modernen, sicheren, ökologischen und qualitativ hochwertigen Infrastruktur, die auch in ländlichen und Inselgebieten Konnektivität gewährleistet, insbesondere durch erschwingliche öffentliche Verkehrsmittel.

Maßnahmen:

1. Unterstützung des öffentlichen Verkehrs und Entwicklung eines effizienten, zuverlässigen und erschwinglichen europäischen öffentlichen Verkehrsnetzes, insbesondere in ländlichen und Inselgebieten, durch zusätzliche Anreize für die Nutzung des öffentlichen Verkehrs (Panel 3 – Empfehlung 36, Panel 4 – Empfehlung 2).
2. Investitionen in Hochgeschwindigkeits-Nachtzüge und Festlegung eines einheitlichen Standards für umweltfreundliche Eisenbahntechnologien in Europa, um eine glaubwürdige Alternative zu bieten und die Möglichkeit zu erleichtern, Kurzstreckenflüge zu ersetzen und abzuschrecken (Aussprache innerhalb der Arbeitsgruppe, PNM).
3. Förderung des Erwerbs – unter Berücksichtigung ihrer Erschwinglichkeit für Haushalte – und der (gemeinsamen) Nutzung von Elektrofahrzeugen, die einen guten Standard in Bezug auf die Lebensdauer von Batterien erfüllen, sowie Investitionen in die erforderliche Ladeinfrastruktur und Investitionen in die Entwicklung anderer umweltfreundlicher Technologien für Fahrzeuge, deren Elektrifizierung schwer zu erreichen ist (Panel 3 – Empfehlung 38).
4. Schaffung einer Breitbandanbindung zum Internet und zum Mobilfunknetz in ländlichen und Inselgebieten (Panel 3 – Empfehlung 36).
5. Verbesserung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur aus ökologischer Sicht (Panel 3 – Empfehlung 37).
6. Städtische Entwicklungsprogramme für „grünere“ Städte mit geringeren Emissionen, mit spezifischen autofreien Gebieten in Städten, ohne die Handelszonen zu beeinträchtigen (Panel 3 – Empfehlung 6).
7. Verbesserung der Fahrradinfrastruktur und Gewährleistung größerer Rechte und eines besseren Rechtsschutzes für Radfahrer und Fußgänger, insbesondere bei Unfällen mit Kraftfahrzeugen, Gewährleistung der Straßenverkehrssicherheit und Bereitstellung von Schulungen zur Straßenverkehrsordnung (Panel 3 – Empfehlung 4).
8. Regulieren Sie das Mining von Kryptowährungen, die eine beträchtliche Menge an Energie (PNM) verbrauchen.

5. Vorschlag: Nachhaltiger Verbrauch, Verpackung und Produktion

Ziel: Verbesserung der Materialnutzung und -bewirtschaftung in der Union, um die Kreislaufwirtschaft zu fördern, unabhängiger zu werden und weniger abhängig zu sein. Schaffung einer Kreislaufwirtschaft durch Förderung nachhaltiger Produktion und Produkte in der EU. Sicherstellen, dass alle Produkte, die in der Union in Verkehr gebracht werden, gemeinsamen EU-Umweltnormen entsprechen.

Maßnahmen:

1. Strengere und harmonisierte Produktionsstandards in der Union und transparentes Kennzeichnungssystem für alle auf dem Unionsmarkt verkauften Produkte in Bezug auf Nachhaltigkeit/Umweltfußabdruck und Langlebigkeit unter Verwendung eines QR-Codes und eines Ökoscores oder eines digitalen Produktpasses (Panel 3 – Empfehlungen 8, 13, 20 und 21, Panel 1 – Empfehlung 16, Panel 4 – Empfehlung 13).
2. Überprüfung der globalen Lieferketten, einschließlich der landwirtschaftlichen Erzeugung, um die Abhängigkeit der EU zu verringern und die Schaltkreise zu verkürzen.
3. Weitere Verhinderung des Abfallaufkommens durch Festlegung von Zielvorgaben für die Vermeidung und Wiederverwendung und Festlegung von Qualitätsnormen für Abfalltrennungssysteme (Aussprache innerhalb der Arbeitsgruppe, Empfehlung FR).
4. Schrittweise Abschaffung nicht nachhaltiger Verpackungsformen, Regulierung umweltfreundlicher Verpackungen und Vermeidung von Materialverschwendung in Verpackungen durch finanzielle Anreize und Sanktionen sowie Investitionen in die Suche nach Alternativen (Panel 3 – Empfehlungen 15 und 25, Panel 1 – Empfehlung 12, Panel 4 – Empfehlung 16).
5. Einführung eines europäischen Pfandsystems für Verpackungen und fortgeschrittene Normen für Behälter (Panel 3 – Empfehlungen 22 und 23, PNM).
6. Einrichtung einer EU-Wissensplattform für die Frage, wie eine nachhaltige und langfristige Nutzung der Produkte gewährleistet werden kann und wie sie repariert werden können, einschließlich der Informationen, die Verbraucherverbänden zur Verfügung stehen (Panel 3 – Empfehlung 20).
7. Einführung von Maßnahmen zur Bekämpfung der vorzeitigen oder vorzeitigen Obsoleszenz, einschließlich geplanter Obsoleszenz, Gewährleistung längerer Garantien, Förderung des Rechts auf Reparatur und Gewährleistung der Verfügbarkeit und Zugänglichkeit kompatibler Ersatzteile (Panel 3 – Empfehlung 20, Empfehlung FR, DE-Empfehlung, Panel 1 – Empfehlung 14).
8. Schaffung eines Marktes für Sekundärrohstoffe unter Berücksichtigung der obligatorischen Recyclinganteile durch Förderung einer geringeren Verwendung von Rohstoffen (Aussprache innerhalb der Arbeitsgruppe).
9. Rasche Umsetzung einer ehrgeizigen Textilstrategie und Festlegung eines Mechanismus, mit dem die Verbraucher feststellen können, dass das Produkt Nachhaltigkeitskriterien erfüllt (Panel 3 – Empfehlung 28, Debatte in der Arbeitsgruppe).
10. Annahme von EU-Maßnahmen, um den Verbrauchern die Möglichkeit zu geben, Produkte länger zu nutzen, und sie dazu anzuhalten, in diesem Sinne tätig zu werden (Panel 3 – Empfehlung 20).
11. Stärkung der Umweltstandards und Durchsetzung der Vorschriften für die Ausfuhr von Abfällen in die EU und in Drittländer (Panel 4 – Empfehlung 15, NMP).
12. Einführung von Maßnahmen zur Begrenzung der Werbung für umweltschädliche Produkte durch Einführung eines verbindlichen Haftungsausschlusses für besonders

umweltschädliche Produkte (Panel 3 – Empfehlung 22).

13. Anwendung strengerer Herstellungsstandards und fairer

Arbeitsbedingungen entlang der gesamten Produktions- und Wertschöpfungskette (Panel 3 – Empfehlung 21).

6. Vorschlag: Information, Sensibilisierung, Dialog und Lebensstil

Ziel: Förderung von Wissen, Sensibilisierung, Bildung und Dialog über Umwelt, Klimawandel, Energienutzung und Nachhaltigkeit.

Maßnahmen:

1. Einrichtung einer interaktiven Plattform, deren Fakten überprüft wurden, um vielfältige und regelmäßig aktualisierte wissenschaftliche Informationen im Umweltbereich bereitzustellen (Panel 3 – Empfehlung 33).
2. Unterstützung von Umweltbewusstseinskampagnen, einschließlich einer langfristigen europäischen Kampagne für nachhaltigen Konsum und eine nachhaltige Lebensweise (Empfehlungen DE, NL und FR, Panel 3 – Empfehlung 7).
3. Förderung und Erleichterung des Dialogs und der Konsultationen zwischen allen Entscheidungsebenen, insbesondere mit jungen Menschen und auf lokaler Ebene (Empfehlungen DE, NL und FR, Panel 3 – Empfehlungen 27 und 35, Aussprache im Plenum).
4. Festlegung einer gemeinsamen Europäischen Charta für Umweltfragen durch die Union mit Unterstützung der Mitgliedstaaten, die das Umweltbewusstsein aller Bürger fördert (Panel 3 – Empfehlung 7).
5. Bereitstellung von Schulungskursen und Lehrmaterialien für alle, um das Wissen über Klima und Nachhaltigkeit zu verbessern und lebenslanges Lernen zu Umweltthemen zu ermöglichen (Panel 1 – Empfehlungen 15 und 35, Panel 3 – Empfehlung 24, Debatte über die Arbeitsgruppe).
6. Integration der Nahrungsmittelproduktion und des Schutzes der biologischen Vielfalt in das Bildungssystem, einschließlich der Vorteile unverarbeiteter Lebensmittel gegenüber verarbeiteten Lebensmitteln, und Förderung der Einrichtung von Schulgärten und der Gewährung von Zuschüssen für städtische Gartenprojekte und vertikale Landwirtschaft (Panel 3 – Empfehlung 5, Panel 1 – Empfehlung 18). In Erwägung ziehen, die biologische Vielfalt in Schulen obligatorisch zu machen und das Bewusstsein für die biologische Vielfalt durch Medienkampagnen und unionsweite „Wettbewerbe“ (Wettbewerbe auf lokaler Ebene) stärker für die biologische Vielfalt zu sensibilisieren (Panel 3 – Empfehlung 5, Panel 1 – Empfehlung 18).
7. Stärkung der Rolle und des Handelns der Union in den Bereichen Umwelt und Bildung durch Ausweitung der Zuständigkeiten der Union im Bereich der Bildung über Klima- und Umweltfragen und durch Ausweitung der Entscheidungsfindung mit qualifizierter Mehrheit auf Themen, die als „europäisches Interesse“ definiert werden, wie z. B. die Umwelt (Empfehlungen NL und FR).
8. Förderung einer pflanzlichen Ernährung aus Gründen des Klimaschutzes und des Umweltschutzes (NFP).



Gesundheit

7.Vorschlag: Gesunde Ernährung und ein gesunder Lebensstil

Ziel: Sicherstellen, dass alle Europäerinnen und Europäer Zugang zu Bildung über gesunde Ernährung haben und Zugang zu einer gesunden und erschwinglichen Ernährung als Grundlage für einen gesunden Lebensstil haben, insbesondere durch folgende Maßnahmen:

Maßnahmen:

Maßnahmen¹:

1. Festlegung von Mindeststandards für die Lebensmittelqualität und Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln, insbesondere durch die Beschränkung des Einsatzes von Antibiotika und anderen Tierarzneimitteln auf das für den Schutz der Gesundheit und des Wohlergehens der Tiere unbedingt erforderliche Maß, anstatt sie vorbeugend zu verwenden, und Gewährleistung einer Verstärkung der diesbezüglichen Kontrollen. [#23, #17]
2. Die Bürger über gesunde Gewohnheiten aufzuklären, die von klein auf angenommen werden sollen, und sie zu sicheren und gesunden Entscheidungen anzuregen, indem sie verarbeitete Lebensmittel, die nicht verarbeitet werden, besteuert und Gesundheitsinformationen über Lebensmittel leicht zugänglich machen; zu diesem Zweck sollte ein europaweites Bewertungssystem für verarbeitete Lebensmittel eingeführt werden, das auf wissenschaftlicher und unabhängiger Sachkenntnis beruht, sowie ein Gütesiegel für die Verwendung von Hormonen und endokrinen Disruptoren bei der Lebensmittelerzeugung. [#18, #19, GT]
3. Förderung des Dialogs mit den Akteuren der Lebensmittelkette, von der Produktion bis zum Verkauf, im Rahmen der sozialen Verantwortung der Unternehmen für gesunde Lebensmittel. [#19, GT]
4. Unterstützung der Bereitstellung gesunder, abwechslungsreicher und erschwinglicher Lebensmittel in öffentlichen Einrichtungen wie Schulkantinen, Krankenhäusern oder Gesundheitseinrichtungen auf EU-Ebene, auch mit spezifischen Mitteln. [#3, Plenarsaal, GT]
5. Investitionen in die Forschung über die Auswirkungen des Einsatzes von Antibiotika und über die Auswirkungen von Hormonen und endokrinen Disruptoren auf die menschliche Gesundheit. [#17, #18]²

8. Vorschlag: Stärkung des Gesundheitssystems

Ziel: Stärkung der Widerstandsfähigkeit und Qualität unserer Gesundheitssysteme, insbesondere durch folgende Maßnahmen:

Maßnahmen³:

1. Schaffung eines europäischen Raums für Gesundheitsdaten, der den Austausch von Gesundheitsdaten erleichtern würde; individuelle Patientenakten könnten – auf freiwilliger Basis – mit Hilfe eines individuellen elektronischen Gesundheitspasses der EU unter Einhaltung der Datenschutzvorschriften zur Verfügung gestellt werden. [#41, GT]
2. Angemessene Arbeitsbedingungen, insbesondere durch einen starken sozialen Dialog, auch in Bezug auf Löhne und Arbeitsbedingungen, und Harmonisierung der Ausbildungs- und Zertifizierungsstandards für Angehörige der Gesundheitsberufe; Vernetzungs- und Austauschprogramme wie ein Erasmus-Programm für medizinische Schulen sollten entwickelt werden, was wesentlich zur Kompetenzentwicklung beitragen würde. Um Talente in Europa zu halten und junge Berufstätige in die Lage zu versetzen, ihr Wissen zu erweitern und Berufserfahrung zu sammeln, sollten EU-Austauschprogramme eingerichtet werden, um sicherzustellen, dass unsere besten Fachkräfte im Bereich der Biowissenschaften nicht von Drittländern angezogen werden. [#39, GT]
3. Gewährleistung der strategischen Autonomie auf EU-Ebene, um eine Abhängigkeit von Drittländern [NL2]⁴ bei Arzneimitteln (insbesondere Wirkstoffen) und Medizinprodukten (einschließlich Rohstoffen) zu vermeiden; insbesondere sollte auf EU-Ebene eine Liste wesentlicher und prioritärer Arzneimittel und Behandlungen, aber auch innovativer Arzneimittel und Behandlungen (z. B. biotechnologische Lösungen) erstellt werden, die auf den bestehenden EU-Agenturen und der HERA aufbauen, um deren Verfügbarkeit für die Bürger zu gewährleisten. Die Organisation einer koordinierten strategischen Speicherung in der gesamten Union in Erwägung ziehen. Um die Durchführung der notwendigen koordinierten und langfristigen Maßnahmen auf Unionsebene zu erreichen, sollten Gesundheit und Gesundheitsversorgung in die geteilten Zuständigkeiten der Union und ihrer Mitgliedstaaten aufgenommen werden, indem Artikel 4 AEUV geändert wird. [#40, #49, Plenum, GT]
4. Weiterentwicklung, Koordinierung und Finanzierung bestehender Programme für Forschung und Innovation im Gesundheitsbereich, ohne andere gesundheitsbezogene Programme, insbesondere für europäische Referenznetzwerke, zu gefährden, da sie die Grundlage für die Entwicklung von Netzen der medizinischen Versorgung für hochspezialisierte und komplexe Behandlungen bilden. [#42, #43, GT]
5. Investitionen in Gesundheitssysteme, insbesondere im öffentlichen und gemeinnützigen Bereich, in die digitale Gesundheitsinfrastruktur und in das digitale Gesundheitswesen und sicherstellen, dass Gesundheitsdienstleister die Grundsätze der uneingeschränkten Zugänglichkeit, der Erschwinglichkeit und der Qualität der Dienstleistungen einhalten, um sicherzustellen, dass die Ressourcen nicht von Angehörigen der Gesundheitsberufe entsorgt werden, die wenig oder nicht im Interesse der Allgemeinheit sind. [#51, GT]
6. Abgabe verbindlicher Empfehlungen an die Mitgliedstaaten für Investitionen in effiziente, zugängliche, erschwingliche, hochwertige und widerstandsfähige Gesundheitssysteme, insbesondere im Rahmen des Europäischen Semesters. Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die öffentliche Gesundheit zeigen die Notwendigkeit, widerstandsfähige Gesundheitssysteme und Solidaritätsmechanismen weiterzuentwickeln. [#51, GT]

9. Vorschlag: Eine breitere Sicht auf Gesundheit

Ziel: Einen ganzheitlichen Gesundheitsansatz verfolgen, der neben Krankheiten und Behandlungen Gesundheitskultur und -prävention anspricht und ein gemeinsames Verständnis der Probleme, mit denen kranke Menschen oder Menschen mit Behinderungen konfrontiert sind, im Einklang mit dem Konzept „Eine Gesundheit“ fördert, das als ein bereichsübergreifendes und grundlegendes Prinzip hervorgehoben werden sollte, das alle Politikbereiche der Union umfasst.

Maßnahmen⁵:

1. Verbesserung des Verständnisses von Fragen der psychischen Gesundheit und der Möglichkeiten ihrer Behandlung, auch in der frühen Kindheit und durch Frühdiagnose, auf der Grundlage bewährter Verfahren in der gesamten Union, die über das Portal für bewährte Verfahren im Bereich der öffentlichen Gesundheit leicht zugänglich sein sollten. Um die Öffentlichkeit zu sensibilisieren, sollten die EU-Organe und die einschlägigen Interessenträger Veranstaltungen zum Austausch bewährter Verfahren organisieren und ihre Mitglieder bei der Verbreitung dieser Veranstaltungen in ihrem eigenen Wahlkreis unterstützen. Es sollte ein EU-Aktionsplan zur psychischen Gesundheit ausgearbeitet werden, der eine langfristige Strategie für die psychische Gesundheit, einschließlich der Forschung, enthält, in dem auch die Verfügbarkeit von Fachkräften, auch für Minderjährige, und die Einführung eines Europäischen Jahres der psychischen Gesundheit in naher Zukunft behandelt werden.
2. Ausarbeitung eines EU-weiten Standardpädagogikprogramms für gesunde Lebensweisen, das auch die Sexualerziehung abdeckt. Dieses Programm sollte auch Maßnahmen umfassen, die sowohl auf eine gesunde Lebensweise als auch auf den Schutz der Umwelt abzielen, und aufzeigen, wie sie dazu beitragen können, viele Krankheiten zu verhindern, z. B. Radfahren als gesundes Mittel für den Alltag. Es würde den Mitgliedstaaten und Schulen, die es gegebenenfalls in ihren Programmen nutzen könnten, kostenlos zur Verfügung stehen. Ein solches Programm würde Stereotypen über kranke oder behinderte Menschen angehen. [#46, GT]
3. Entwicklung praktischer Erste-Hilfe-Schulungen, die allen Bürgern kostenlos angeboten werden, und Prüfung der Möglichkeit regelmäßiger Kurse als gängige Praxis für Studenten und am Arbeitsplatz. Eine Mindestanzahl von Defibrillatoren sollte auch an öffentlichen Orten in allen Mitgliedstaaten verfügbar sein. [#50]
4. Ausweitung der Initiative der Gesundheitswoche, die in derselben Woche in der gesamten Union stattfinden soll und in der alle Gesundheitsfragen erörtert und diskutiert werden sollten. Betrachten Sie auch Initiativen des Jahres der Gesundheit, beginnend mit dem Jahr der psychischen Gesundheit. [#44, GT]
5. Anerkennung als regelmäßige medizinische Behandlung in Bezug auf die Besteuerung von hormonellen Verhütungsmitteln, die aus medizinischen Gründen verwendet werden, beispielsweise in Fällen von Fibromyalgie und Endometriose, sowie von weiblichen Hygieneprodukten. Gewährleistung des Zugangs zu reproduktiven Behandlungen für alle Menschen mit Fruchtbarkeitsproblemen. [#45, GT]

10. Vorschlag: Gleichberechtigter Zugang zur Gesundheit für alle

Ziel: Schaffung eines „Rechts auf Gesundheit“ durch Gewährleistung eines gleichberechtigten und universellen Zugangs zu erschwinglicher, präventiver, heilender und hochwertiger Gesundheitsversorgung für alle Europäer.

Maßnahmen⁶:

1. Festlegung gemeinsamer Gesundheitsmindeststandards auf EU-Ebene, die auch die Prävention und Zugänglichkeit der Gesundheitsversorgung sowie die Nähe zur Gesundheitsversorgung betreffen, und Unterstützung bei der Festlegung solcher Standards. [#39, GT]
2. Anerkennung der Notwendigkeit, dem Subsidiaritätsprinzip und der Schlüsselrolle der lokalen, regionalen und nationalen Akteure im Gesundheitsbereich [NL3] in vollem Umfang Rechnung zu tragen, sicherzustellen, dass Maßnahmen auf EU-Ebene möglich sind, wenn das Recht auf Gesundheit besser behandelt wird. Eine schnellere und entschlossenere Entscheidungsfindung in Schlüsselfragen zu ermöglichen und die Wirksamkeit der europäischen Governance im Hinblick auf die Entwicklung der Europäischen Gesundheitsunion (z. B. bei Pandemien oder seltenen Krankheiten) zu verbessern. [#49, FRsouhait11, digitale Plattform]
3. Stärkung der Europäischen Gesundheitsunion durch Nutzung des Potenzials des derzeitigen Rahmens und Einbeziehung von Gesundheit und Gesundheitsversorgung in die geteilten Zuständigkeiten der EU und ihrer Mitgliedstaaten durch Änderung von Artikel 4 AEUV. [#49, FRsouhait11, digitale Plattform, GT]⁷.
4. Sicherzustellen, dass jede Person Zugang zu bestehenden Behandlungen im ersten EU-Land hat, in dem sie verfügbar sind; zu diesem Zweck soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verbessert werden, insbesondere bei seltenen Krankheiten, Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und hochspezialisierten Behandlungen wie Organtransplantationen und Behandlung von schweren Verbrennungen. Für alle europäischen Patienten, die eine Transplantation benötigen, sollte ein europäisches Transplantations- und Organspendenetzwerk eingerichtet werden. [Plenum und GT]
5. Gewährleistung der Erschwinglichkeit der Versorgung durch höhere Investitionen in die Gesundheitsversorgung, insbesondere in die zahnärztliche Versorgung, einschließlich der Prophylaxe, und Gewährleistung einer erschwinglichen zahnärztlichen Versorgung für alle innerhalb von 15 bis 20 Jahren. [#48, GT]
6. Gewährleistung, dass Behandlungen und Arzneimittel in der gesamten Union von gleicher Qualität und fairen lokalen Kosten sind, insbesondere durch die Bekämpfung der derzeitigen Fragmentierung des Binnenmarkts. [#40, NL3, GT, Plenum]
7. Bekämpfung von Gesundheitsunsicherheit durch Förderung kostenloser zahnärztlicher Versorgung für Kinder, einkommensschwache Gruppen und andere schutzbedürftige Gruppen wie Menschen mit Behinderungen. Untersuchen Sie auch die gesundheitlichen Auswirkungen von minderwertigem Wohnraum. [#48, GT]
8. Die internationale Dimension des Gesundheitswesens zu berücksichtigen und anzuerkennen, dass Arzneimittel allgemein verfügbar sein sollten, auch in den ärmsten Ländern. [NL2]



„Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“

Einführung

Wir leben unter außergewöhnlichen Umständen, und die Europäische Union wird ihre Bemühungen um einen stärkeren Ausweg aus den derzeitigen Krisen mit einem nachhaltigeren, inklusiveren, wettbewerbsfähigeren und widerstandsfähigeren Wachstumsmodell beurteilen. Die Invasion Russlands in die Ukraine und die COVID-19-Pandemie haben das Gesicht der EU verändert. Die Konferenz muss auch die sozialen und wirtschaftlichen Folgen dieses Krieges in einem bereits sehr schwierigen Kontext nach der Pandemie behandeln. Gleichzeitig stellt der Klimawandel nach wie vor eine Bedrohung für die Menschheit dar und wird dramatische Auswirkungen auf die Wirtschaft und unsere Gesellschaften haben. Aus den eingegangenen Empfehlungen geht eindeutig hervor, dass die Bürgerinnen und Bürger ein stärkeres Handeln der EU fordern. Ungelöste transnationale Herausforderungen wie Ungleichheit, Wettbewerbsfähigkeit, Gesundheit, Klimawandel, Migration, Digitalisierung oder faire Besteuerung erfordern geeignete europäische Lösungen. Aus den Empfehlungen und Diskussionen geht auch klar hervor, dass wir eine umfassende Strategie brauchen, um ein größeres Wohlergehen der europäischen Bürger in den verschiedenen Aspekten ihres Lebens zu gewährleisten. Einige Elemente dieser Strategie sind Bestandteil der bestehenden Politiken und können unter uneingeschränkter Nutzung des bestehenden institutionellen Rahmens auf europäischer und nationaler Ebene erreicht werden; andere erfordern neue Politiken und in einigen Fällen Vertragsänderungen. Neue Politiken und Vertragsänderungen sollten jedoch als Mittel zur Verbesserung des Wohlergehens und nicht als Ziele an sich betrachtet werden. Es ist möglich und notwendig, die Union neu zu definieren, um ihre strategische Autonomie, ihr nachhaltiges Wachstum, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und den menschlichen Fortschritt zu gewährleisten, ohne die Ressourcen unseres Planeten im Rahmen eines erneuerten Sozialvertrags zu erschöpfen oder zu zerstören. Mit diesen Empfehlungen sollen diese Ziele erreicht werden. Die folgenden Vorschläge sollten unter Berücksichtigung der Tatsache gelesen werden, dass die Bürgerinnen und Bürger in ganz Europa unterschiedliche Standpunkte und Empfehlungen formuliert haben. Es ist diese Vielfalt der Standpunkte, die eine der unvergleichlichen Stärken Europas ist.

11. Vorschlag: Nachhaltiges Wachstum und Innovation

Ziel: Wir schlagen vor, dass die EU den Übergang zu einem nachhaltigen und widerstandsfähigen Wachstumsmodell unter Berücksichtigung des ökologischen und digitalen Wandels mit einer starken sozialen Dimension im Europäischen Semester unterstützt und den Bürgern, Gewerkschaften und Unternehmen die Möglichkeit gibt, Maßnahmen zu ergreifen. Die konventionellen makroökonomischen Indikatoren und das BIP könnten durch neue Indikatoren ergänzt werden, um den neuen europäischen Prioritäten wie dem europäischen Grünen Deal oder der europäischen Säule sozialer Rechte Rechnung zu tragen und den ökologischen und digitalen Wandel und das Wohlergehen der Menschen besser widerzuspiegeln. Dies könnte durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

Maßnahmen⁸:

1. Förderung umweltfreundlicherer Produktionsprozesse durch Unternehmen, Unterstützung von Unternehmen bei der Suche nach den besten Lösungen und Bereitstellung positiver und negativer Anreize. (PCE 11 und 12) und Steigerung der lokalen Produktion und des Verbrauchs (Diskussionen).
2. Auf eine nachhaltigere Kreislaufwirtschaft hinarbeiten, indem das Problem der geplanten Obsoleszenz angegangen und das Recht auf Wiedergutmachung gewährleistet wird (PCE 14).
3. Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU und des Europäischen Semesters, um sicherzustellen, dass der ökologische und digitale Wandel, die soziale Gerechtigkeit und der soziale Fortschritt mit wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit einhergehen, ohne dabei den wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Charakter des Europäischen Semesters zu ignorieren. Darüber hinaus müssen die Sozialpartner und die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften besser in die Umsetzung des Europäischen Semesters einbezogen werden, um dessen Umsetzung und Rechenschaftspflicht (Online-Plattform, Diskussionen) zu verbessern.
4. Bekämpfung der Verwendung von Einweg-Kunststoffverpackungen/-containern (PCE 12).
5. Ausweitung des Einsatzes der europäischen Technologie und Schaffung einer praktikablen Alternative zur ausländischen Technologie (Diskussionen).
6. Förderung der Forschung in neuen Materialien und Technologien sowie der innovativen Verwendung bestehender Materialien unter Vermeidung doppelter Forschungsanstrengungen (PCE 9, NL 1).
7. Prüfung der Frage der Nachhaltigkeit, Erschwinglichkeit und Zugänglichkeit von Energie unter Berücksichtigung von Energiearmut und Abhängigkeit von Drittländern durch Erhöhung des Anteils der nachhaltig erzeugten Energie (PCE 10, LT 3, IT 1.1).
8. Sensibilisierung von Unternehmen und Bürgern für nachhaltigeres Verhalten und Gewährleistung eines gerechten Übergangs auf der Grundlage des sozialen Dialogs und hochwertiger Arbeitsplätze (EP 12 und Online-Plattform).
9. Aufnahme ehrgeiziger Standards in den Bereichen Soziales, Arbeit und Gesundheit, insbesondere in Bezug auf Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, in die neuen Handelsabkommen der EU. (LT8)

12. Vorschlag: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Union und weitere Vertiefung des Binnenmarkts

Ziel: Wir schlagen vor, die Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft, des Binnenmarkts und der Industrie der Europäischen Union zu stärken und strategische Abhängigkeiten zu beseitigen. Wir müssen eine unternehmerische Kultur in der Union fördern, in der innovative Unternehmen jeder Größe, insbesondere Kleinunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen sowie Start-ups, gefördert werden und gedeihen können, um zu widerstandsfähigeren und solidarischeren Gesellschaften beizutragen. Eine starke und tragfähige Marktwirtschaft ist erforderlich, um die Vision eines sozialeren Europas zu erleichtern. Dies könnte durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

Maßnahmen⁹:

1. Entwicklung einer klaren Vision für die europäische Wirtschaft und Nutzung der Stärken, der Qualität und der Vielfalt Europas unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sonstigen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten und Förderung der Zusammenarbeit und des Wettbewerbs zwischen den Unternehmen. (NL 1 & 2)
2. Konsolidierung dessen, was in Bezug auf die einheitliche Währung und die Vernetzung der Zahlungs- und Telekommunikationssysteme geschehen ist. (IT 4.a.2)
3. Verringerung der Standardisierung von Produkten und Anerkennung lokaler und regionaler Besonderheiten in Kultur und Produktion (Respekt der Produktionstraditionen). (IT 2.2)
4. Stärkung der sozialen und wirtschaftlichen Aufwärtskonvergenz im Binnenmarkt durch die Vollendung bestehender Initiativen wie die Banken- und Kapitalmarktunion und die Umsetzung einer zukunftsorientierten Reform unserer Wirtschafts- und Währungsunion (Diskussionen).
5. Förderung einer soliden industriellen Basis und Innovation in Schlüsseltechnologien sowie einer zukunftsorientierten Klimapolitik in Verbindung mit einer starken sozialen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, die auf dem sozialen Dialog und gut funktionierenden Arbeitsbeziehungen beruht (Diskussionen).
6. Bei allen neuen Initiativen sollte den KMU, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden, besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Der Grundsatz „Vorfahrt für KMU“ muss in allen Legislativvorschlägen der Union beachtet werden, und der KMU-Test sollte in den Folgenabschätzungen der Kommission im Einklang mit klaren Grundsätzen unter uneingeschränkter Achtung der Sozial- und Umweltstandards und der Verbraucherrechte (Diskussionen) gestärkt werden.
7. Gewährleistung der Beteiligung von KMU an Finanzierungsanträgen, Ausschreibungen und Netzen mit möglichst geringem Verwaltungsaufwand. Der Zugang zu Finanzmitteln für KMU mit hochriskanten Innovationsprojekten sollte von Einrichtungen wie dem Europäischen Innovationsrat und der Europäischen Investitionsbank (Diskussionen) weiter ausgebaut werden.
8. Schaffung eines besseren Rahmens für Full-Investitionen, um nachhaltigere und biodiversitätsreichere Geschäftsmodelle zu schaffen (CEP 10, 11 und 14); Fokus auf Technologie und Innovation als Wachstumstreiber. (IT 1.3)
9. Förderung der kollektiven Wirtschaftsleistung durch eine autonome und wettbewerbsfähige Industrie. (FR3)
10. Ermittlung und Entwicklung strategischer Sektoren, einschließlich Raumfahrt, Robotik und KI. (De 3 & 9)
11. Investitionen in die Tourismus- und Kulturwirtschaft und Wertschätzung der vielen kleinen Reiseziele in Europa. (IT 1.2)
12. Gewährleistung der Versorgungssicherheit durch Diversifizierung der Eingangsquellen/ Rohstoffe und Erhöhung der Herstellung wichtiger Güter in Europa wie Gesundheit,

- Ernährung, Energie, Verteidigung und Verkehr. (DE 9, LT 1, IT 1.4)
13. Förderung der Digitalisierung europäischer Unternehmen, z. B. durch ein spezielles Scoreboard, das es den Unternehmen ermöglicht, ihren Digitalisierungsgrad zu vergleichen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. (AB 2.1)
 14. Förderung des digitalen Zusammenhalts als Beitrag zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt im Sinne des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Diskussionen).
 15. Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zur Stärkung des Zusammenhalts und der Widerstandsfähigkeit innerhalb und außerhalb der Regionen durch Förderung des europäischen grenzübergreifenden Mechanismus und ähnlicher Instrumente (Diskussionen).
 16. Stärkung und Förderung grenzüberschreitender Ausbildungsmöglichkeiten, um die Kompetenzen der europäischen Arbeitskräfte zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und gleichzeitig die Kompetenzen der Bürger im Wirtschaftsbereich zu stärken. (VON 2.2, LT7). Förderung des Austauschs zwischen Arbeitnehmern in Europa durch ein Europäisches Zentrum für Beschäftigung; (IT 6.1) Ermutigung junger Menschen, wissenschaftliche Fächer zu studieren. (IT 1.5)
 17. Verringerung der Bürokratie (Genehmigungen, Zertifizierungen) in Fällen, in denen sie nicht wesentlich ist. (IT 2.1)
 18. Bekämpfung von Fälschungen und unlauterem Wettbewerb. (IT 2.4)
 19. Gewährleistung einer stärkeren Beteiligung von Start-up-Unternehmen und KMU an Innovationsprojekten, da dadurch ihre Innovationskraft, ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihre Vernetzung gestärkt werden (Online-Plattform, Diskussionen).
 20. Die Konsolidierung und der Schutz des Binnenmarkts sollten weiterhin Priorität haben; Maßnahmen und Initiativen auf nationaler und EU-Ebene sollten den Binnenmarkt nicht beeinträchtigen und zum freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr beitragen (Diskussionen).
 21. Die neuen strategischen Initiativen der Union sollten einer „Wettbewerbsfähigkeitskontrolle“ unterzogen werden, um ihre Auswirkungen auf Unternehmen und ihr Geschäftsumfeld (Kosten der Wirtschaftstätigkeit, Innovationsfähigkeit, internationale Wettbewerbsfähigkeit, gleiche Wettbewerbsbedingungen usw.) zu analysieren. Diese Kontrolle steht im Einklang mit dem Übereinkommen von Paris und den Zielen für nachhaltige Entwicklung, einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter, und berührt nicht den Schutz der Menschenrechte, der sozialen Rechte und der Arbeitnehmerrechte sowie die Normen für Umweltschutz und Verbraucherschutz. Zu diesem Zweck schlagen wir auch die Einrichtung eines europäischen beratenden Gremiums für Wettbewerbsfähigkeit vor, das die Kontrolle der Wettbewerbsfähigkeit überwacht und insbesondere die kumulativen Auswirkungen der Rechtsvorschriften bewertet und Vorschläge zur Verbesserung der geeigneten Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der Union unterbreitet. Dieses Gremium sollte die organisierte Zivilgesellschaft und die Sozialpartner in ihre Governance einbeziehen; (Diskussionen)

13. Vorschlag: Inklusive Arbeitsmärkte

Ziel: Wir schlagen vor, die Funktionsweise der Arbeitsmärkte zu verbessern, um fairere Arbeitsbedingungen zu gewährleisten und die Gleichstellung der Geschlechter und die Beschäftigung, insbesondere für junge Menschen und schutzbedürftige Gruppen, zu fördern. Die Union, die Mitgliedstaaten und die Sozialpartner müssen sich bemühen, der Armut der Arbeitnehmer ein Ende zu setzen, die Rechte von Plattformarbeitern zu stärken, unbezahlte Praktika zu verbieten und eine gerechte Arbeitskräftemobilität in der Union zu gewährleisten. Wir müssen den sozialen Dialog und Tarifverhandlungen fördern. Wir müssen für die vollständige Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte, einschließlich ihrer wichtigsten Ziele für 2030, auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene in den Bereichen „Chancengleichheit und Zugang zum Arbeitsmarkt“ und „gerechte Arbeitsbedingungen“ sorgen und gleichzeitig die Zuständigkeiten und die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit achten und ein Protokoll über den sozialen Fortschritt in die Verträge aufnehmen. Dabei müssen die nationalen Traditionen und die Autonomie der Sozialpartner geachtet und mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Dies könnte durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

Maßnahmen¹⁰:

1. Sicherstellen, dass die gesetzlichen Mindestlöhne für jeden Arbeitnehmer eine angemessene und vergleichbare Lebensqualität in allen Mitgliedstaaten gewährleisten. Bei der Festlegung der Mindestlöhne sollten klare Kriterien (z. B. Lebenshaltungskosten, Inflation, ein Niveau oberhalb der Armutsgrenze, Durchschnitts- und Medianlohn auf nationaler Ebene) festgelegt werden. Die Höhe der gesetzlichen Mindestlöhne sollte regelmäßig anhand dieser Kriterien überprüft werden, um sicherzustellen, dass sie angemessen sind. Besondere Aufmerksamkeit sollte der wirksamen Umsetzung dieser Vorschriften und der Überwachung und Überwachung der Verbesserung des Lebensstandards gewidmet werden. Gleichzeitig sollten die Tarifverhandlungen in der gesamten Union gestärkt und gefördert werden (CEP 1 und 30; 4.2; Online-Plattform).
2. Die Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinie (Richtlinie 2003/88/EG) und anderer einschlägiger Rechtsvorschriften zur Gewährleistung einer gesunden Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben zu überprüfen und weiter zu verbessern und gleichzeitig neue nationale Maßnahmen in diesem Bereich zu erwägen (EKP 2).
3. Einführung oder Verschärfung der bestehenden Rechtsvorschriften für „intelligente Arbeit“ und Anreize für Unternehmen, diese neue Arbeitsweise zu fördern. (CEP 7) Die Union sollte das Recht auf Nichterreichbarkeit gewährleisten, mehr tun, um die digitale Kluft am Arbeitsplatz anzugehen und die Auswirkungen der Telearbeit auf die Gesundheit, die Arbeitszeit und die Leistungsfähigkeit der Unternehmen zu bewerten. Eine gerechte Digitalisierung auf der Grundlage der Menschenrechte, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Tarifverhandlungen (Diskussionen) muss sichergestellt werden.
4. Integration der Beschäftigungspolitik auf EU-Ebene, wo aktive Arbeitsmarktpolitik nach wie vor zentral und zunehmend koordiniert ist (IT 6.2), während sich die Mitgliedstaaten darauf konzentrieren, ihre Reformbemühungen fortzusetzen, um günstige Bedingungen für die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze zu schaffen (Diskussionen).
5. Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass die sozialen Rechte in vollem Umfang geschützt sind und Vorrang vor den wirtschaftlichen Freiheiten im Konfliktfall haben, einschließlich der Aufnahme eines Protokolls über den sozialen Fortschritt in die Verträge (Online-Plattform, Diskussionen).
6. Gewährleistung der Gleichstellung der Geschlechter im Einklang mit der EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025. Die EU sollte die

Gleichstellung der Geschlechter weiterhin anhand eines Gleichstellungsindex (Einstellungen, Lohngefälle, Beschäftigung, Führung usw.) messen, die Strategie jährlich überwachen, Transparenz in Bezug auf die erzielten Ergebnisse zeigen, den Austausch von Fachwissen und bewährten Verfahren fördern und einen möglichen direkten Mechanismus für die Rückmeldung der Bürger (z. B. einen Bürgerbeauftragten) einrichten (z. B. ein Bürgerbeauftragter); IT 5.a.1). Es ist notwendig, das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu beseitigen und Quoten für höhere Führungspositionen einzuführen. Unternehmerinnen sollten im Unternehmensumfeld stärker unterstützt werden, ebenso wie Frauen in den Bereichen Naturwissenschaften, Technologie, Ingenieurwesen und Mathematik (Diskussionen).

7. Förderung der Beschäftigung junger Menschen, unter anderem durch finanzielle Unterstützung für Unternehmen, aber auch durch zusätzliche Unterstützung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern (NL 4) und Unterstützung für Jungunternehmer und junge Selbstständige, z. B. durch Bildungsinstrumente und Kurse (Diskussionen).

8. Förderung der Beschäftigung benachteiligter Gruppen (NL 4), insbesondere für Menschen mit Behinderungen (Online-Plattform).
9. Förderung von Beschäftigung und sozialer Mobilität, damit die Menschen alle Chancen auf persönliche Entfaltung und Selbstbestimmung haben. (IT 5.a.4 und IT 6.1) Es könnte eine langfristige Strategie geben, um sicherzustellen, dass jeder in unserer Gesellschaft über die richtigen Fähigkeiten verfügt, um einen Arbeitsplatz zu finden und sein Talent, insbesondere die jüngere Generation, zu fördern (Diskussionen). Es ist wichtig, in Kompetenzen zu investieren, die den sich wandelnden Bedürfnissen des Arbeitsmarkts angepasst sind, und das lebenslange Lernen unter anderem durch ein Austauschprogramm in allen Phasen des Lebens zu fördern und das Recht auf lebenslanges Lernen und das Recht auf Ausbildung zu gewährleisten. (FR 6; Zu diesem Zweck ist es notwendig, die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und Anbietern von Berufsbildungsdiensten (Diskussionen) zu verstärken.

14. Vorschlag: Stärkere Sozialpolitik

Ziel: Wir schlagen vor, Ungleichheiten zu verringern, soziale Ausgrenzung und Armut zu bekämpfen. Wir müssen eine umfassende Strategie zur Armutsbekämpfung entwickeln, die unter anderem eine Stärkung der Kindergarantie und der Jugendgarantie, die Einführung von Mindestlöhnen, einen gemeinsamen europäischen Rahmen für Mindesteinkommensregelungen und einen angemessenen Sozialwohnungsbau umfassen könnte. Wir müssen für die vollständige Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte, einschließlich ihrer wichtigsten Ziele für 2030, auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene in den Bereichen „sozialer Schutz und soziale Eingliederung“ sorgen und gleichzeitig die jeweiligen Zuständigkeiten und die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit achten und ein Protokoll über den sozialen Fortschritt in die Verträge aufnehmen. Dies könnte durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

Maßnahmen¹¹:

1. Stärkung der sozialpolitischen Zuständigkeiten der Union und Vorschlag für unionsweit harmonisierte Rechtsvorschriften zur Förderung der Sozialpolitik und zur Gewährleistung gleicher Rechte, auch im Gesundheitsbereich, unter Berücksichtigung der erlassenen Vorschriften und Mindestanforderungen im gesamten Hoheitsgebiet. (CEP 19 & 21) Die EU könnte die Politik der Mitgliedstaaten unterstützen und ergänzen, indem sie unter anderem einen gemeinsamen Rahmen für ein Mindesteinkommen vorschlägt, damit niemand zurückgelassen wird. Diese Maßnahmen sollten im Rahmen der vollständigen Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte und ihres Aktionsplans (Diskussionen) durchgeführt werden.
2. Keine Kompromisse in Bezug auf soziale Rechte eingehen (öffentliche Gesundheit, öffentliche Bildung, Arbeitspolitik). (IT 4.a.1)
3. Förderung der Sozial- und Gesundheitsforschung in der EU unter Berücksichtigung vorrangiger Leitlinien, die von den Mitgliedstaaten als von öffentlichem Interesse anerkannt und gebilligt werden, und Bereitstellung einer angemessenen Finanzierung. Dies könnte zum Teil durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Fachgebieten, Ländern und Studienzentren (Universitäten usw.) erreicht werden (CEP 20).
4. Allen Personen unter 16 Jahren in der gesamten EU Zugang zu medizinischen Dienstleistungen zu gewähren, wenn diese im nationalen Kontext nicht verfügbar sind (Diskussionen).
5. Sicherzustellen, dass die EU gemeinsam mit den Sozialpartnern und den nationalen Regierungen den gezielten Zugang zu menschenwürdigem Sozialwohnungsbau für die Bürger entsprechend ihren spezifischen Bedürfnissen unterstützt; die finanziellen Anstrengungen sollten zwischen privaten Gebern, Eigentümern, Wohnungsbauempfangern, Regierungen der Mitgliedstaaten auf zentraler und lokaler Ebene und der Europäischen Union (CEP 25) aufgeteilt werden.

15. Vorschlag: Demografischer Übergang

Ziel: wir schlagen vor, die Herausforderungen, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben, als kritischer Bestandteil der globalen Resilienz Europas, insbesondere der niedrigen Geburtenraten und der ständigen Alterung der Bevölkerung, zu bewältigen, indem die Menschen während ihres gesamten Lebens unterstützt werden. Es sollte eine umfassende Maßnahme für alle Generationen sein, von Kindern und Jugendlichen bis hin zu Familien, Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, älteren Menschen, die noch erwerbstätig sind, sowie Menschen im Ruhestand oder Pflegebedürftigen. Dies könnte durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

Maßnahmen¹²:

1. Gewährleistung hochwertiger, erschwinglicher und zugänglicher Kinderbetreuungsdienste in der gesamten Union, damit Mütter und Väter ihr Berufs- und Familienleben mit Vertrauen vereinbaren können. Dies könnte gegebenenfalls auch Möglichkeiten der Kinderbetreuung am Arbeitsplatz oder in der Nähe des Arbeitsplatzes umfassen. In einigen Mitgliedstaaten steht auch Nachtbetreuung zur Verfügung, was als Beispiel dienen sollte. Darüber hinaus könnten diese Maßnahmen mit Unterstützungsmaßnahmen wie ermäßigten MwSt-Sätzen auf Kinderausrüstung einhergehen. Es ist von entscheidender Bedeutung, Kinderarmut und soziale Ausgrenzung zu verhindern. (PCE 22 und 26) Die Stärkung der Kindergarantie durch die Gewährleistung des Zugangs bedürftiger Kinder zu Dienstleistungen wie Bildung und Kinderbetreuung, Gesundheitsversorgung, Ernährung und Wohnraum könnte ein Instrument sein, um dies zu erreichen (Online-Plattform, Diskussionen).
2. Spezielle Unterstützung und Arbeitsschutz für junge Menschen. Die Maßnahmen für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sollten den Zugang von Müttern und Vätern zu Wissen bei der Rückkehr in die Arbeit umfassen (PCE 22). Die Stärkung der Jugendgarantie könnte ein Instrument sein, um den Zugang junger Menschen unter 30 Jahren zu einem hochwertigen Angebot an Arbeitsplätzen, Weiterbildung, Lehrstellen oder Praktika zu verbessern. (Diskussionen)
3. Förderung des Rechts auf Freizügigkeit der Bildung innerhalb der Union, insbesondere durch die gegenseitige Anerkennung von Diplomen, Besoldungsgruppen, Kompetenzen und Qualifikationen. (Diskussionen)
4. Verbesserung der Rechtsvorschriften und ihrer Umsetzung, um Familien in allen Mitgliedstaaten zu unterstützen, z. B. in Bezug auf Elternurlaub, Geburtsgeld und Kinderbetreuungsgeld. (PCE 26 und IT 5.a.1) Wohnen spielt eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung von Familien und sollte angegangen werden (Online-Plattform, Diskussionen).
5. Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass alle Familien in allen Mitgliedstaaten die gleichen Familienrechte genießen. Dies sollte das Recht auf Ehe und Adoption umfassen. (PCE 27)
6. Förderung eines flexiblen Renteneintrittsalters unter Berücksichtigung der besonderen Situation älterer Menschen. Bei der Bestimmung des Renteneintrittsalters ist nach Beruf zu differenzieren und daher eine besonders anspruchsvolle Arbeit, sowohl mental als auch körperlich, zu berücksichtigen. (PCE 21 und IT 5.a.1)
7. Verhinderung der Armut älterer Menschen durch Einführung von Mindestrenten. Diese Mindestniveaus sollten dem Lebensstandard, der Armutsgrenze und der Kaufkraft in dem betreffenden Mitgliedstaat Rechnung tragen. (PCE 21)
8. Gewährleistung einer angemessenen Sozialfürsorge und Gesundheitsfürsorge für ältere Menschen. Dabei ist es wichtig, sich sowohl für gemeindenaher als auch für häusliche Pflege zu interessieren. Ebenso müssen bei den Maßnahmen sowohl Pflegebedürftige als auch

Leistungserbringer berücksichtigt werden.
(PCE 23)

9. Gewährleistung der nachhaltigen Entwicklung und der demografischen Widerstandsfähigkeit der Regionen mit Entwicklungsrückstand, um sie auch durch die Kohäsionspolitik dynamischer und attraktiver zu machen. (Online-Plattform und Diskussionen)
10. Koordinierte Maßnahmen auf europäischer Ebene zu ergreifen, um nach Faktoren wie

Geschlecht aufgeschlüsselte Daten zu erheben und demografische Trends zu analysieren, bewährte Verfahren und Wissen auszutauschen und die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung und Umsetzung geeigneter politischer Maßnahmen zu unterstützen, unter anderem durch die Einrichtung einer EU-Einrichtung, die auf diesem Gebiet spezialisiert ist. (Online-Plattform und Diskussionen).

16. Vorschlag: Haushalts- und Steuerpolitik

Ziel: wir schlagen vor, dass die EU zukunftsorientierte Investitionen mit Schwerpunkt auf dem ökologischen und digitalen Wandel mit einer starken sozialen und geschlechtsspezifischen Dimension fördert und dabei die Beispiele für Next Generation EU und das Europäische Instrument zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in Notsituationen (SURE) berücksichtigt. Die Union muss die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine und die Verbindung zwischen ihrer wirtschaftspolitischen Steuerung und dem neuen geopolitischen Umfeld berücksichtigen, indem sie ihren eigenen Haushalt mit neuen Eigenmitteln aufstockt. Die Bürgerinnen und Bürger wollen, dass sich die Besteuerung von Bürgern und KMU abwendet, Steuerbetrug, große Umweltverursacher und Steuern auf digitale Giganten anspricht, und gleichzeitig wünschen, dass die EU die Fähigkeit der Mitgliedstaaten und der lokalen Behörden unterstützt, sich selbst zu finanzieren und EU-Mittel zu verwenden. Dieses Ziel sollte durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

Maßnahmen¹³:

1. Harmonisierung und Koordinierung der Steuerpolitik in den EU-Mitgliedstaaten, um Steuerbetrug und Steuervermeidung zu verhindern, Steueroasen in der Union zu vermeiden und die Verlagerung innerhalb Europas anzuvisieren, insbesondere indem sichergestellt wird, dass Steuerentscheidungen im Rat der EU mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden können. Auf der anderen Seite gibt es Empfehlungen der Bürgerforen, dass die Besteuerung in die Zuständigkeit der einzelnen Länder fällt, die ihre eigenen Ziele und Umstände haben. (PCE 13 und 31, IT 4.b.3, NL 2.3)
2. Förderung der Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten, um sicherzustellen, dass alle Unternehmen in der EU ihren gerechten Anteil an Steuern zahlen; Einführung einer gemeinsamen Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKB) oder eines effektiven Mindestsatzes. (NL 3)
3. Sicherstellen, dass Unternehmen Steuern dort zahlen, wo Gewinne erzielt werden. (PCE 13)
4. Sicherstellen, dass die Steuerpolitik die europäische Industrie unterstützt und Arbeitsplatzverluste in Europa verhindert. (PCE 13 und 31)
5. Eingehendere Prüfung der Möglichkeit gemeinsamer Anleihen auf EU-Ebene mit dem Ziel, günstigere Kreditbedingungen zu schaffen und gleichzeitig eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik auf der Ebene der Mitgliedstaaten aufrechtzuerhalten. (LT 9)
6. Verstärkte Überwachung der Aufnahme und Verwendung von EU-Mitteln, auch auf lokaler und kommunaler Ebene. (LT 10)



Die EU in der Welt

17. Vorschlag: Verringerung der wirtschaftlichen Abhängigkeit der EU von ausländischen Akteuren in strategischen Sektoren

Ziel: Wir schlagen der EU vor, Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Autonomie in wichtigen strategischen Sektoren wie landwirtschaftlichen Erzeugnissen, strategischen Wirtschaftsgütern, Halbleitern, Medizinprodukten, innovativen digitalen und ökologischen Technologien und Energie durch folgende Maßnahmen zu stärken:

Maßnahmen:

1. Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation und Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Partnern in diesem Bereich.
2. Aufrechterhaltung einer ehrgeizigen Agenda für Handelsverhandlungen, die dazu beitragen kann, die Widerstandsfähigkeit und Diversifizierung der Lieferketten, insbesondere bei Rohstoffen, zu stärken und gleichzeitig die Vorteile des Handels gerechter und mit mehr Partnern zu teilen, wodurch unser Engagement und unsere Abhängigkeit von einer kleinen Zahl von Lieferanten, die ein Risiko¹⁴ darstellen können, begrenzt werden.
3. Stärkung der Resilienz der EU-Lieferketten durch die Förderung von Investitionen in strategische Sektoren in der Union, die Speicherung kritischer Produktionen und Geräte und die Diversifizierung der Bezugsquellen für kritische Rohstoffe.
4. Neue Investitionen in die Vollendung des Binnenmarkts und die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen, um die Produktion und den Kauf dieser Waren in der Europäischen Union attraktiver zu machen.
5. Unterstützung, die die Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit dieser Produkte für die europäischen Verbraucher ermöglicht und dazu beiträgt, die Abhängigkeit von außen zu verringern, z. B. durch Struktur- und Regionalpolitik, Steuererleichterungen, Subventionen, Investitionen in Infrastruktur und Forschung, Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU sowie Bildungsprogramme, um die entsprechenden Kompetenzen und Arbeitsplätze in Europa zu erhalten, die für die Sicherung der Grundbedürfnisse relevant sind¹⁵.
6. Ein europäisches Programm zur Unterstützung lokaler Kleinerzeuger strategischer Sektoren in allen¹⁶ Mitgliedstaaten mit verstärkter Nutzung von EU-Programmen und Finanzinstrumenten wie InvestEU.
7. Bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Steuerung des Risikomanagements im Zusammenhang mit der Lieferkette.¹⁷

18. Vorschlag: Verringerung der Abhängigkeit der EU von ausländischen Akteuren im Energiebereich

Ziel: Wir schlagen vor, dass die EU im Rahmen des laufenden ökologischen Wandels eine größere Autonomie bei der Energieerzeugung und -versorgung erreichen sollte, und zwar durch folgende Maßnahmen:

Maßnahmen:

1. Die Annahme einer Strategie, um sie bei der Energieerzeugung autonom zu machen. Eine europäische Einrichtung sollte bestehende europäische Energieagenturen einbeziehen, die Entwicklung erneuerbarer Energien koordinieren und den Wissensaustausch fördern¹⁸.
2. Aktive Unterstützung für öffentliche Verkehrs- und Energieeffizienzprojekte, ein europäisches Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnnetz für den Güterverkehr, die Ausweitung der Versorgung mit sauberer und erneuerbarer Energie (insbesondere Solarenergie und Windenergie), alternative Technologien (wie Wasserstoff oder die energetische Verwertung von Abfällen) sowie den Übergang von einer Kultur des Individualverkehrs zu einer Kultur des öffentlichen Verkehrs, des Teilens von Elektroautos und des Fahrrads in städtischen Gebieten¹⁹.
3. Gewährleistung eines gerechten und gerechten Übergangs, insbesondere durch Unterstützung schutzbedürftiger Bürger, die beim Übergang zur Klimaneutralität die größten Herausforderungen haben und die aufgrund der Energieabhängigkeit und der jüngsten Verdreifachung der Energiepreise bereits unter steigenden Energiepreisen leiden.
4. Verstärkte Zusammenarbeit bei der Bewertung der Nutzung der Kernenergie im Rahmen des laufenden ökologischen Übergangs zu erneuerbaren Energien in Europa unter Berücksichtigung kollektiver Fragen, die sie lösen oder schaffen könnte, da sie nach wie vor von vielen Mitgliedstaaten genutzt wird²⁰.
5. Zusammenarbeit mit internationalen Partnern, um in verschiedenen internationalen Foren, darunter die G7 und die G20, ehrgeizigere Klimaschutzziele zu erreichen.
6. Verknüpfung des Außenhandels mit klimapolitischen Maßnahmen (z. B. Einführung eines Investitionspakets für klimafreundliche Technologien und Innovationen, einschließlich Finanzierungsprogrammen)²¹.
7. Gemeinsame Beschaffung importierter Energie und nachhaltige Energiepartnerschaften, um die Abhängigkeit Europas von Energieeinfuhren, insbesondere in den Bereichen Gas und Erdöl, zu verringern und die inländischen Energiequellen der EU zu entwickeln.

19. Vorschlag: Festlegung von Standards innerhalb und außerhalb der EU in Handels- und Investitionsbeziehungen

Ziel: Wir schlagen vor, dass die EU die ethische Dimension ihrer Handels- und Investitionsbeziehungen durch folgende Maßnahmen stärkt:

Maßnahmen:

1. Erhaltung und Reform unserer regelbasierten multilateralen Handelsarchitektur und Partnerschaft mit gleichgesinnten Demokratien.
2. Wirksame und verhältnismäßige EU-Rechtsvorschriften, mit denen sichergestellt werden soll, dass menschenwürdige Arbeitsnormen in den globalen Wertschöpfungsketten, auch in den Produktionsprozessen und Beschaffungsprozessen der EU, uneingeschränkt durchgesetzt werden und dass eingeführte Güter die ethischen Qualitätsnormen, die nachhaltige Entwicklung und die Menschenrechtsnormen, einschließlich der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte, einhalten, indem eine Zertifizierung für Produkte vorgeschlagen wird, die diesen EU-Rechtsvorschriften entsprechen,²² und einen EU-weiten Dialogprozess einzuleiten, der darauf abzielt, über die ökologischen und ethischen Auswirkungen strategischer Veränderungen im internationalen Handel zu informieren und aufzuklären.
3. Beschränkungen der Einfuhr und des Verkaufs von Erzeugnissen aus Ländern, die Zwangsarbeit und Kinderarbeit zulassen, eine regelmäßig aktualisierte schwarze Liste der Unternehmen und die Sensibilisierung der Verbraucher für Kinderarbeit durch Informationen, die von offiziellen EU-Kanälen veröffentlicht werden²³.
4. Überwachung und Anwendung der Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung, die in den Freihandelsabkommen der EU durchsetzbar sind, einschließlich der Möglichkeit eines Mechanismus auf der Grundlage von Sanktionen als letztes Mittel.
5. Die Reform des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) der EU, um strenge Cross-Compliance-Bestimmungen und wirksame und angemessene Überwachungs-, Berichterstattungs- und Dialogverfahren aufzunehmen, um die möglichen Auswirkungen des APS auf Handel, Menschenrechte und Entwicklung in den Partnerländern zu verbessern und Handelspräferenzen im Falle von Verstößen zurückzuziehen.

20. Vorschlag: Festlegung von Normen für die Umweltpolitik innerhalb und außerhalb der EU

Ziel: Wir schlagen vor, dass die EU die Umweltdimension ihrer Handelsbeziehungen durch folgende Maßnahmen stärkt:

Maßnahmen:

1. Harmonisierung und Verschärfung der Umweltkennzeichnung und obligatorische Angabe eines europäischen Umweltverträglichkeitsindikators (Ökoscore) für alle Verbraucherprodukte. Der Ökoscore würde auf der Grundlage der Emissionen aus Produktion und Transport sowie der Schädlichkeit des Inhalts auf der Grundlage einer Liste gefährlicher Produkte berechnet. Der Ökoscore sollte von einer europäischen Behörde verwaltet und überwacht werden²⁴.
2. Höhere Umweltstandards für die Ausfuhr von Abfällen sowie strengere Kontrollen und Sanktionen, um illegale Ausfuhren zu beenden. Die Union sollte die Mitgliedstaaten dazu anhalten, ihre eigenen Abfälle zu recyceln und für die Energieerzeugung zu nutzen²⁵.
3. Die Festlegung eines Ziels für die Beseitigung umweltschädlicher Verpackungen durch die Förderung umweltfreundlicherer Verpackungen oder umweltfreundlicherer Verpackungen²⁶ und die Entwicklung von Partnerschaften mit Entwicklungsländern, die Unterstützung ihrer Infrastrukturen und die Erwähnung von für beide Seiten vorteilhaften Handelsabkommen, um sie beim Übergang zu umweltfreundlichen Energiequellen zu unterstützen²⁷.
4. Die Möglichkeit, Länder, die hohe Nachhaltigkeitsstandards anwenden, dadurch zu belohnen, dass ihnen ein zusätzlicher Zugang zum EU-Markt für ihre langlebigen Waren und Dienstleistungen gewährt wird, entweder einseitig über das Allgemeine Präferenzsystem APS+, bilateral durch ausgehandelte Handelsabkommen oder durch Initiativen der Welthandelsorganisation.

21. Vorschlag: Beschlussfassung und Kohäsion in der EU

Ziel: Wir schlagen vor, dass die EU ihre Fähigkeit verbessern sollte, im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) rasche und wirksame Entscheidungen zu treffen, indem sie mit einer Stimme spricht und als wirklich globaler Akteur auftritt, um eine positive Rolle in der Welt zu zeigen und in Reaktion auf jede Krise einen Unterschied zu machen, einschließlich:

Maßnahmen:

1. Indem sichergestellt wird, dass die derzeit einstimmig gefassten Fragen, insbesondere im Bereich der GASP, in der Regel mit qualifizierter Mehrheit behandelt werden²⁸.
2. Die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf den kürzlich vereinbarten strategischen Kompass stützen und die Europäische Friedensfazilität nutzen²⁹.
3. Stärkung der Rolle des Hohen Vertreters, um sicherzustellen, dass die EU mit einer Stimme spricht³⁰.
4. Eine starke Vision und eine gemeinsame Strategie zur Stärkung der Einheit und Entscheidungsfähigkeit der EU zur Vorbereitung der Union auf weitere Erweiterungen vereinbart³¹.
5. Schnellere Ratifizierung der kürzlich abgeschlossenen Handelsabkommen, ohne auf eine angemessene Überprüfung und Diskussion zu verzichten.

22. Vorschlag: Transparenz der EU und ihrer Beziehungen zu den Bürgern

Ziel: wir schlagen vor, dass die EU, insbesondere im Rahmen ihrer internationalen Maßnahmen, einschließlich ihrer Handelsverhandlungen, ihre Zugänglichkeit für die Bürger verbessert, indem sie Informationen, Bildung, Bürgerbeteiligung und Transparenz verbessert, insbesondere durch:

Maßnahmen:

1. Stärkung der Beziehungen zu den Bürgern und lokalen Institutionen, um die Transparenz zu verbessern, die Bürger zu erreichen und besser mit ihnen über konkrete Initiativen der EU auf internationaler Ebene zu kommunizieren³².
2. Stärkere Beteiligung der Bürger an der internationalen Politik der EU und Veranstaltungen zur direkten Bürgerbeteiligung wie die Konferenz zur Zukunft Europas auf nationaler, lokaler und europäischer Ebene³³ und unter aktiver Beteiligung der organisierten Zivilgesellschaft³⁴.
3. Uneingeschränkte Unterstützung aller relevanten Interessenträger für Bürgerinnen und Bürger, die sich für eine Beteiligung an Organisationen der organisierten Zivilgesellschaft entscheiden, wie dies bei COVID-19 und der Ukraine der Fall war.
4. Die Zuweisung eines spezifischen Budgets für die Entwicklung von Bildungsprogrammen über die Funktionsweise der EU und ihre Werte, die den Mitgliedstaaten, die dies wünschen, vorgeschlagen werden könnten, damit sie sie in ihre Lehrpläne (Primär-, Sekundar- und Hochschulprogramme) integrieren können. Darüber hinaus könnte für Studierende, die im Rahmen des Erasmus-Programms in einem anderen europäischen Land studieren möchten, ein spezieller Kurs über die EU und ihre Funktionsweise angeboten werden. Studierende, die sich für diesen Kurs entscheiden, hätten Vorrang für diese Erasmus-Programme.
5. Verbesserung der EU-Medienstrategie durch eine größere Sichtbarkeit in den sozialen Medien und eine aktive Förderung ihrer Inhalte; Förderung von Innovationen durch Verbesserung der Zugänglichkeit der Präsenz der EU in den sozialen Medien³⁵.

23. Vorschlag: Die EU als weltweit führender Akteur im Bereich Frieden und Sicherheit

Ziel: wir schlagen vor, dass die EU weiterhin tätig wird, um den Dialog zu fördern und Frieden und eine regelbasierte internationale Ordnung zu gewährleisten, den Multilateralismus zu stärken und sich auf die langjährigen Friedensinitiativen der EU zu stützen, die 2012 zur Verleihung des Nobelpreises beigetragen haben, und gleichzeitig ihre gemeinsame Sicherheit durch folgende Maßnahmen zu stärken:

Maßnahmen³⁶³⁷:

1. Gemeinsame Streitkräfte, die zur Selbstverteidigung eingesetzt werden und dazu bestimmt sind, aggressive militärische Aktionen jeglicher Art zu verhindern, die in Krisenzeiten, auch bei Naturkatastrophen, Hilfe leisten können. Außerhalb der europäischen Grenzen könnten sie unter außergewöhnlichen Umständen eingesetzt werden, vorzugsweise im Rahmen eines gesetzlichen Mandats des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und damit unter Wahrung des Völkerrechts,³⁸ ohne mit der NATO in Wettbewerb zu treten oder sich mit ihr zu überschneiden und die verschiedenen nationalen Beziehungen zur NATO zu achten; in diesem Zusammenhang sollte im Rahmen der Debatte über die strategische Autonomie der EU eine Bewertung der Beziehungen der EU zur NATO vorgenommen werden.
2. Eine führende Rolle bei der Schaffung der Weltsicherheitsordnung nach dem Krieg in der Ukraine auf der Grundlage des kürzlich angenommenen strategischen Kompasses der EU.
3. Schutz seiner strategischen Forschung und seiner Kapazitäten in vorrangigen Bereichen wie Raumfahrt, Cybersicherheit, Medizin und Umwelt³⁹.
4. Stärkung der operativen Kapazitäten, die erforderlich sind, um die Wirksamkeit der Klausel über gegenseitige Amtshilfe gemäß Artikel 42 Absatz 7 des Vertrags über die Europäische Union zu gewährleisten, die einen angemessenen Schutz der EU für jeden Mitgliedstaat gewährleistet, der von einem Drittland angegriffen wird.
5. Eine Reflexion darüber, wie Desinformation und Propaganda objektiv und sachlich bekämpft werden können.

24. Vorschlag: Die EU als weltweit führender Akteur beim Aufbau von Beziehungen

Ziel: Wir schlagen vor, dass die EU in ihren Beziehungen zu Drittländern

Maßnahmen:

1. Sein kollektives politisches und wirtschaftliches Gewicht stärker ausnutzt, indem er mit einer Stimme spricht und geeint handelt, ohne dass einige Mitgliedstaaten die Union durch unangemessene bilaterale Interventionen spalten⁴⁰.
2. Stärkt seine Fähigkeit, Staaten, Regierungen, Entitäten, Gruppen oder Organisationen sowie Personen, die die grundlegenden Grundsätze, Vereinbarungen und Gesetze nicht einhalten, zu sanktionieren und sicherzustellen, dass bereits bestehende Sanktionen rasch umgesetzt und durchgesetzt werden. Sanktionen gegen Drittländer sollten in einem angemessenen Verhältnis zu den Maßnahmen stehen, die sie ausgelöst haben, wirksam sein und rechtzeitig⁴¹ verhängt werden.
3. Förderung eines nachhaltigen und regelbasierten Handels bei gleichzeitiger Erschließung neuer Handels- und Investitionsmöglichkeiten für europäische Unternehmen. Während bilaterale Handels- und Investitionsabkommen für die Förderung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit von entscheidender Bedeutung sind, sind Normen und Vorschriften erforderlich, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu

gewährleisten. Die EU muss ein aktiver und zuverlässiger Partner bleiben, indem sie Handelsabkommen aushandelt, schließt und umsetzt, in denen auch hohe Nachhaltigkeitsstandards festgelegt werden.

4. Die wichtigsten Abkommen über die internationale Zusammenarbeit durch die Vertretung der Europäischen Union und nicht der einzelnen Länder geschlossen⁴².
5. Reform der Handels- und Investitionspolitik der EU zur Wiederbelebung des globalen Multilateralismus mit dem Ziel der Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze und des Schutzes der grundlegenden Menschenrechte, einschließlich der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte, der Erhaltung der Umwelt und der biologischen Vielfalt sowie der Einhaltung des Übereinkommens von Paris über den Klimawandel, der Gewährleistung hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen und der Stärkung der industriellen Basis Europas. Die EU sollte zur Wiederbelebung des globalen Multilateralismus beitragen, indem sie eine tiefgreifende Reform auf der Grundlage von Demokratie und Frieden, Solidarität und Achtung der Menschenrechte, der sozialen und ökologischen Rechte sowie eine stärkere Rolle für die IAO leistet.
6. Umfasst die Bekämpfung von Menschenhandel und irregulärer Einwanderung sowie die Zusammenarbeit bei möglichen Rückführungsaktionen in Kooperations- und Investitionsabkommen mit Drittländern.
7. Aufbau von Partnerschaften mit Entwicklungsländern, um ihre Infrastruktur zu unterstützen und gegenseitig vorteilhafte Handelsabkommen in Betracht zu ziehen, um sie beim Übergang zu grünen Energiequellen zu unterstützen⁴³.
8. Entwicklung einer wirksameren und einheitlicheren Politik gegenüber autokratischen und hybriden Regimen und Entwicklung von Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in diesen Ländern.
9. Erhöhung der Ressourcen der EU-Wahlbeobachtungsmissionen.
10. Bietet Kandidatenländern und potenziellen Kandidatenländern eine glaubwürdige Beitrittsperspektive, um Frieden und Stabilität in Europa zu fördern und Millionen Europäern Wohlstand zu verschaffen⁴⁴.

HINWEIS: Mehrere Mitglieder der Arbeitsgruppe sind der Auffassung, dass die Vorschläge „Verringerung der Abhängigkeit der EU von ausländischen Akteuren im Energiebereich“ und „Transparenz der EU und ihrer Beziehungen zu den Bürgerinnen und Bürgern“ insbesondere anderen Arbeitsgruppen zuzuordnen sind. Einige Mitglieder wollten neben der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auch andere Lösungen als die Einstimmigkeit im Rat ansprechen, wie z. B. die variable Geometrie, die Nichtteilnahmeklauseln und die Verstärkte Zusammenarbeit. Einige Mitglieder der Arbeitsgruppe plädierten für die Verwendung des Begriffs „nachhaltig“ statt „Ethik“ im Vorschlag „Normen innerhalb und außerhalb der EU in Handels- und Investitionsbeziehungen festlegen“. Es besteht eine Meinungsverschiedenheit darüber, ob der Beitritt neuer Mitgliedstaaten weiterhin eine einstimmige Einigung aller derzeitigen Mitgliedstaaten erfordern sollte. In Bezug auf den wünschenswerten Grad der Errichtung gemeinsamer Streitkräfte wurde eine Reihe unterschiedlicher Standpunkte aufgezeigt. Zwei Mitglieder sprachen über die Aussicht der irischen Einheit für den Fall, dass Nordirland entsprechend den Bestimmungen des Karfreitagsabkommens abstimmen sollte, und die Notwendigkeit, dass die Union auf eine solche Möglichkeit vorbereitet wird.



„Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“

25. Vorschlag: Rechtsstaatlichkeit, demokratische Werte und europäische Identität

Ziel: Systematische Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten, einschließlich:

Maßnahmen⁴⁵:

1. Indem sichergestellt wird, dass die in den EU-Verträgen und in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Werte und Grundsätze nicht verhandelbar und unumkehrbar sind und grundlegende Voraussetzungen für die Mitgliedschaft und den Beitritt zur Union darstellen. Die Werte der Union müssen in allen Mitgliedstaaten uneingeschränkt geachtet werden; Sie sollten auch als internationaler Standard fungieren und durch Diplomatie und Dialog einen Anziehungspunkt darstellen. Die Erweiterung der Union sollte den Besitzstand der Union in Bezug auf die Grundwerte und die Rechte der Bürger nicht beeinträchtigen⁴⁶.
2. Indem die europäischen Werte für die Bürgerinnen und Bürger der Union greifbar werden, insbesondere durch eine interaktivere und direktere Beteiligung; zu diesem Zweck sollte die Unionsbürgerschaft gestärkt werden, z. B. durch einen Unionsbürgerstatus mit bürgerspezifischen Rechten und Freiheiten sowie ein Statut für europäische grenzüberschreitende Vereinigungen und gemeinnützige Organisationen. Ebenso sollten die europäischen Werte durch einen „Integrationskoffer“ gefördert werden, der didaktische Elemente und Informationsmaterial für die Bürger umfasst. Schließlich sollte eine europäische Öffentlichkeit geschaffen werden, in der audiovisuelle und Online-Medien durch neue EU-Investitionen, die Verbesserung bestehender Medienplattformen und eine stärkere Unterstützung der mehr als 500 europäischen Verbindungsbüros auf lokaler Ebene zusammengeführt werden⁴⁷.
3. Es ist wichtig, dass die Charta der Grundrechte der Europäischen Union allgemein anwendbar ist. Darüber hinaus sollten (im Anschluss an den Bericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit) jährliche Konferenzen zur Rechtsstaatlichkeit organisiert werden, an denen Delegationen aus allen Mitgliedstaaten teilnehmen, die sich aus Bürgerinnen und Bürgern, Beamten, Parlamentariern, lokalen Behörden, Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft zusammensetzen, die nach dem Zufallsprinzip und auf vielfältige Weise ausgewählt werden. Auch die Organisationen der Zivilgesellschaft, die die Rechtsstaatlichkeit vor Ort fördern, müssen stärker unterstützt werden⁴⁸.
4. Anwendung der Cross-Compliance-Verordnung, Bewertung des Geltungsbereichs der Verordnung und anderer Rechtsstaatlichkeitsinstrumente sowie Ausweitung ihres Anwendungsbereichs auf neue Bereiche, unabhängig von ihrer Relevanz für den Unionshaushalt. Alle erforderlichen Rechtswege, einschließlich Vertragsänderungen, sollten in Betracht gezogen werden, um Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit zu ahnden⁴⁹.
5. Förderung von Bildungs- und Medienprogrammen, die die Werte der Union in den Mittelpunkt des Prozesses der Integration von Migranten stellen und die Interaktion zwischen EU-Bürgern und Migranten fördern, um ihre erfolgreiche

Integration in die Gesellschaften der Union zu ermöglichen und die Bürgerinnen und

Bürger der Union für Migrationsfragen zu sensibilisieren.⁵⁰

26. Vorschlag: Datenschutz & Datenschutz

Ziel: Gewährleistung einer stärker schützenden und stärkeren Datenverarbeitungspolitik für die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere:

Maßnahmen⁵¹:

1. Vollständige Anwendung und Überprüfung der geltenden Datenschutzvorschriften, um zu bewerten, ob verstärkte Mechanismen zur Überwachung der Einhaltung der Vorschriften durch die mit personenbezogenen Daten befassten Stellen erforderlich sind, die derzeit in die Zuständigkeit unabhängiger nationaler Datenschutzbehörden fallen, die das Subsidiaritätsprinzip achten. Diese Einrichtungen sollten im Verhältnis zu ihrem Jahresumsatz (bis zu 4 %) oder durch ein Verbot ihrer Tätigkeiten strenger bestraft werden als im Rahmen der derzeitigen Anwendung der Rechtsvorschriften und einer unabhängigen jährlichen Prüfung unterzogen werden⁵²⁵³.
2. Dem Grundsatz des Datenschutzes von vornherein oder von vornherein eine größere Wirkung zu verleihen, z. B. durch die Bewertung und Erstellung von einfach verständlichen, prägnanten und intuitiven Einwilligungsformularen für die Datenverarbeitung, aus denen klar hervorgeht, was erforderlich ist und was nicht. Die Nutzer müssen in der Lage sein, ihre Einwilligung zur Datenverarbeitung auf einfache, schnelle und dauerhafte Weise zu erteilen oder zu widerrufen.^{54 55}
3. Die Bewertung und Einführung klarerer und besser schützender Vorschriften für die Verarbeitung von Daten über Minderjährige, möglicherweise in der EU-DSGVO, insbesondere durch die Schaffung einer speziellen Kategorie für sensible Daten von Minderjährigen und die Harmonisierung des Mindestalters für die Einwilligung in den Mitgliedstaaten. Während der Großteil der Umsetzung der Vorschriften über den Schutz der Privatsphäre und die Sensibilisierung weiterhin in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen sollte, insbesondere durch mehr Investitionen und Ressourcen auf nationaler Ebene, sollte die Union auch eine wichtigere Rolle spielen, beispielsweise durch die Schaffung europäischer Kompetenzen im Bereich der staatsbürgerlichen Bildung im Bereich des Datenschutzes⁵⁶.
4. Bessere Einhaltung der Zulassungskriterien für europäische und nationale Datenschutzbehörden in Bezug auf Qualifikationen und Fähigkeiten, um eine größtmögliche Unabhängigkeit ihrer Mitglieder zu gewährleisten.^{57 58}

27. Vorschlag: Medien, Fake News, Desinformation, Faktenprüfung, Cybersicherheit

Ziel: Bekämpfung von Desinformation durch verstärkte Förderung der Unabhängigkeit und des Pluralismus der Medien sowie durch Medienkompetenz, insbesondere:

Maßnahmen⁵⁹:

1. Einführung von Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Bedrohungen der Medienunabhängigkeit durch unionsweite Mindeststandards, einschließlich einer Überarbeitung des Medienwirtschaftsmodells, um die Integrität und Unabhängigkeit des europäischen Medienmarkts zu gewährleisten⁶⁰.
2. Strikte Anwendung der EU-Wettbewerbsregeln im Mediensektor, um die Schaffung großer Medienmonopole zu verhindern und den Pluralismus und die Unabhängigkeit der Medien von unerwünschten Einmischungen aus Politik, Wirtschaft und/oder Ausland zu gewährleisten. Ein qualitativ hochwertiger Journalismus mit anerkannten und hohen

ethischen und Selbstregulierungsstandards sollte ebenfalls gefördert werden⁶¹.

3. Einrichtung einer EU-Einrichtung zur Bekämpfung gezielter Desinformation und Einmischung, Verbesserung der Lagewahrnehmung und Stärkung von Faktenverifikationsorganisationen und unabhängigen Medien. „Notrufnummern“ und Websites wie Europe Direct, die es Bürgern und nationalen Medien ermöglichen, überprüfte Informationen über EU-Strategien und -Politiken anzufordern und zu erhalten, sollten ebenfalls stärker unterstützt und aktiver gefördert werden.⁶²
⁶³
4. Förderung der Medienkompetenz und der Sensibilisierung der Bürger für Desinformation und die unbeabsichtigte

Verbreitung von Infox, insbesondere durch Schulpflicht. Die Mitgliedstaaten sollten auch ermutigt werden, angemessene personelle und finanzielle Ressourcen für diesen Zweck bereitzustellen.⁶⁴

5. Aufbauend auf bestehenden Initiativen wie dem Verhaltenskodex gegen Desinformation und der Europäischen Beobachtungsstelle für digitale Medien (EDMO), um Online-Plattformen zu verpflichten, klare Informationen über die von ihnen verwendeten Algorithmen zu veröffentlichen (wobei es den Nutzern überlassen wird, zuzustimmen oder nicht) und über die Risiken von Desinformation, denen die Nutzer ausgesetzt sind, wobei das Recht auf Redefreiheit und das Recht auf Achtung der Privatsphäre gewahrt werden.^{65 66}

28. Vorschlag: Medien, Fake News, Desinformation, Faktenprüfung, Cybersicherheit (bis)

Ziel: Stärkung der Rolle der Union bei der Bekämpfung von Cybersicherheitsbedrohungen, insbesondere:

Maßnahmen:

1. Stärkung der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA), um Personen, Organisationen und Institutionen besser vor Cyberangriffen und der Nutzung künstlicher Intelligenz für kriminelle Zwecke zu schützen. Gleichzeitig sollten die Vertraulichkeit und der Schutz personenbezogener Daten gewahrt werden.^{67 68}
2. Die Koordinierung der nationalen Cybersicherheitsbehörden verbessert und weitere Anstrengungen unternommen werden, um eine wirksame Umsetzung der EU-Vorschriften auf nationaler Ebene zu gewährleisten.^{69 70}

29. Vorschlag: Bekämpfung von Diskriminierung, Gleichheit und Lebensqualität

ZIEL: Maßnahmen zur Harmonisierung der Lebensbedingungen in der gesamten Union und zur Verbesserung der sozioökonomischen Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger, insbesondere:

Maßnahmen⁷¹:

1. Entwicklung transparenter Indikatoren für die Lebensqualität, einschließlich wirtschaftlicher, sozialer und rechtsstaatlicher Kriterien, in Absprache mit Sachverständigen und den Sozialpartnern, um einen klaren und realistischen Zeitplan für die Anhebung der Sozialstandards und die Schaffung einer gemeinsamen sozioökonomischen Struktur der Union, insbesondere durch die Anwendung der europäischen Säule sozialer Rechte, festzulegen. Diese Maßnahmen sollten in den Rahmen der wirtschaftspolitischen Steuerung und das Europäische Semester einbezogen werden⁷²⁷³.
2. Erhöhung und Erleichterung öffentlicher Direktinvestitionen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, physische Infrastruktur und Pflege für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen. Zusätzliche Investitionen sollten auch darauf abzielen, eine ausgewogene Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für die Bürger zu gewährleisten. Diese Investitionen sollten in einer völlig transparenten Weise getätigt werden, die eine Überwachung des gesamten Prozesses ermöglicht⁷⁴.
3. Förderung der Besteuerung von Großunternehmen, Bekämpfung des Zugangs zu Steueroasen und Beseitigung ihrer Existenz in der EU, um die öffentlichen Investitionen in vorrangige Bereiche wie Bildung (Stipendien, Erasmus) und Forschung zu erhöhen. Die Bekämpfung der Steuervermeidung auf Unionsebene sollte auch ein Mittel zur Mobilisierung von Mitteln für aus öffentlichen Mitteln finanzierte Initiativen sein⁷⁵⁷⁶.
4. Festlegung unionsweiter Kriterien für die Bekämpfung von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und Förderung der Einstellung von Personen, die in der Regel am stärksten von Diskriminierung betroffen sind (insbesondere junge Menschen, ältere Menschen, Frauen und Angehörige von Minderheiten), durch private Unternehmen, unter anderem durch Zuschüsse und in einem zweiten Schritt durch befristete Quoten. Die Sozialpartner sollten eng in diese Bemühungen eingebunden werden. Diskriminierung außerhalb des Arbeitsmarktes sollte ebenfalls gesetzlich verboten und Gleichberechtigung gefördert werden⁷⁷.
5. Die Einrichtung und Erleichterung öffentlicher und privater Kindergärten zu

erschwinglichen Preisen sowie die kostenlose Kinderbetreuung für die Bedürftigen gewährleisten⁷⁸.

30. Vorschlag: Tierrechte, Landwirtschaft

Ziel: Entschlossene Maßnahmen zur Förderung und Gewährleistung einer umweltfreundlicheren und klimafreundlicheren Landwirtschaft zu ergreifen, insbesondere: Maßnahmen⁷⁹:

1. Festlegung detaillierter, messbarer und termingebundener Mindestkriterien für den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere mit dem Ziel, höhere Tierschutzstandards im Einklang mit der Einführung von Nachhaltigkeitszielen und auf der Grundlage eines integrierten Ansatzes für das Lebensmittelsystem zu gewährleisten^{80 81}.
2. Finanzielle Sanktionen für negative Auswirkungen der landwirtschaftlichen Tätigkeit (z. B. Treibhausgasemissionen, Einsatz von Pestiziden, übermäßiger Wasserverbrauch, Transport über große Entfernungen usw.) entsprechend ihren Auswirkungen auf die Umwelt. Landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in die Union eingeführt werden, sollten auch auf dieser Grundlage, einschließlich Zöllen, bewertet werden, um Wettbewerbsvorteile zu beseitigen, die sich aus niedrigeren Umweltstandards⁸² ergeben.
3. Verringerung der Subventionen für die landwirtschaftliche Massenproduktion, wenn sie nicht zu einem nachhaltigen Übergang beiträgt, und Umleitung dieser Ressourcen, um eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft zu unterstützen und gleichzeitig die Erschwinglichkeit von Lebensmitteln zu gewährleisten.^{83 84}



„Digitale Transformation“

Europa muss weltweit führend sein und Standards für den digitalen Wandel setzen und einen europäischen Weg zu einer ethischen, auf den Menschen ausgerichteten, transparenten und sicheren Gesellschaft ebnen. Europa muss sich für einen ehrgeizigen Ansatz entscheiden und die Chancen der Digitalisierung voll ausschöpfen und gleichzeitig die Risiken und Herausforderungen der Digitalisierung bewältigen. Die Digitalisierung betrifft alle Bereiche unserer Gesellschaft und muss systematisch berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang wurde die Europäische Erklärung über digitale Rechte und Grundsätze für die digitale Dekade erwähnt, und es wurde vorgeschlagen, die mögliche Ausarbeitung einer Charta der digitalen Rechte für die Zukunft in Betracht zu ziehen.

Die russische Aggression in der Ukraine bestätigt nur viele Elemente, die in den Vorschlägen behandelt werden, wie die Notwendigkeit digitaler Souveränität, mehr Aufmerksamkeit für Cyberabwehr und Schutz vor Desinformation. Sie beweist auch, dass aktuelle Konflikte Auswirkungen auf die digitale Sphäre haben, und wirft neue Fragen auf, wie z. B. die langfristigen Folgen des Missbrauchs personenbezogener Daten und der unrechtmäßigen Nutzung dieser Daten in der Zukunft.

31. Vorschlag: Zugang zu digitalen Infrastrukturen

Ziel: Der gleichberechtigte Zugang zum Internet ist ein Grundrecht für jeden europäischen Bürger. Wir schlagen vor, dass jeder in Europa tatsächlich Zugang zum Internet und zu digitalen Diensten hat und dass die Souveränität der digitalen Infrastruktur der EU gestärkt wird, indem die folgenden Maßnahmen umgesetzt werden:

Maßnahmen⁸⁵:

1. Investitionen in hochwertige und innovative europäische digitale Infrastrukturen (einschließlich der Entwicklung von 5G und 6G in Europa) (Empfehlungen Nr. 40 und 47 des PCE 1 und Nr. 1 des niederländischen NCP).
2. Gewährleistung eines raschen, erschwinglichen, sicheren und stabilen Internetzugangs in der gesamten Union, einschließlich Roaming, mit Vorrang für den Aufbau von Internetverbindungen in „weißen/toten Gebieten“, ländlichen Gebieten, abgelegenen und abgelegenen Gebieten und Regionen in Randlage, um die digitale Kluft zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten zu überwinden und sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird (Empfehlungen Nr. 17 und 47 des EKP 1 und Nr. 1 des niederländischen NPC).
3. Förderung des Ausbaus der digitalen und elektrischen Infrastruktur im öffentlichen und privaten Raum, die die Nutzung elektrischer und autonomer Fahrzeuge ermöglicht (Aussprache innerhalb der Arbeitsgruppe)⁸⁶.
4. Maßnahmen zu ergreifen, um einen fairen und offenen Wettbewerb zu gewährleisten und Monopole, Lieferantenabhängigkeit, Datenkonzentration und Abhängigkeit von Drittländern in Bezug auf Infrastruktur und Dienstleistungen zu verhindern; Verbesserung der Märkte aus Sicht der Verbraucher (Empfehlung Nr. 17 des EKP 1).
5. Kinder, Familien, ältere Menschen und schutzbedürftige Gruppen zu einer Priorität in Bezug auf den Zugang zum Internet und zu IT-Geräten zu machen, insbesondere im Hinblick auf den Zugang zu Bildung, öffentlichen Dienstleistungen und

Gesundheit (Empfehlung 17 des EKP 1 und Debatte in der Arbeitsgruppe).

6. Verbesserung des barrierefreien digitalen Zugangs zu wichtigen öffentlichen und privaten Diensten für Bürger und Unternehmen, z. B. in Bezug auf Verwaltungsverfahren, und Gewährleistung des Zugangs aller zu diesen Diensten und der damit verbundenen Unterstützung, z. B. durch Unterstützungsdienste (Aussprache innerhalb der Arbeitsgruppe, mehrsprachige digitale Plattform).
7. Harmonisierung hochwertiger digitaler Standards und Verbesserung der sicheren

Datenmobilität, um die grenzüberschreitende Interoperabilität zu erleichtern (Aussprache innerhalb der Arbeitsgruppe, mehrsprachige digitale Plattform).

8. Überlegungen zu den Auswirkungen der digitalen Infrastruktur und der Digitalisierung auf die Umwelt, um den digitalen Wandel nachhaltig zu gestalten und eine umweltfreundliche digitale Gesellschaft anzustreben (Aussprache in der Arbeitsgruppe, mehrsprachige digitale Plattform).

32. Vorschlag: Digitale Kenntnisse und Kompetenzen, die Menschen befähigen

Ziel: Wir schlagen vor, dass die EU dafür sorgt, dass alle europäischen Bürgerinnen und Bürger die Vorteile der Digitalisierung nutzen können, indem sie ihnen die notwendigen digitalen Kompetenzen und Möglichkeiten vermitteln, indem sie die folgenden Maßnahmen ergreifen:

Maßnahmen⁸⁷:

1. Gewährleistung des Zugangs zu Schulungen und Bildung, einschließlich formaler und nicht formaler Lehrpläne, zu digitalen Kompetenzen und lebenslangem Wissen auf der Grundlage bestehender europäischer Initiativen unter besonderer Berücksichtigung der Inklusion schutzbedürftiger Gruppen und älterer Menschen sowie der Stärkung der digitalen Kompetenzen von Kindern in einer Weise, die mit ihrer guten Entwicklung vereinbar ist, und der Bekämpfung digitaler Ungleichheiten, einschließlich der digitalen Kluft zwischen Männern und Frauen (Empfehlung 8 des EKP 1, Empfehlung 5.2 des italienischen NPC und Debatte innerhalb der Arbeitsgruppe).
2. Gewährleistung einer sinnvollen Nutzung des Internets, indem die Mitgliedstaaten ermutigt werden, Schulungen zu digitalen Kompetenzen für alle Altersgruppen mit harmonisierten Programmen und Inhalten auf europäischer Ebene einzurichten, z. B. zu den Risiken und Möglichkeiten des Internets, zu den Online-Rechten der Nutzer und zur Kennzeichnung (Empfehlung 47 des EKP 1 und Debatte in der Arbeitsgruppe).
3. Alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass ältere Menschen nicht von der Digitalisierung der Gesellschaft ausgeschlossen werden und dass ihnen die Technologie zugänglich ist, indem sie entsprechende Programme und Initiativen fördern, z. B. Kurse, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind. Gleichzeitig sollte sichergestellt werden, dass die wesentlichen Dienste auch persönlich und nicht digital zugänglich sind (Empfehlungen 34 und 47 des EKP 1).
4. Einführung einer europäischen Zertifizierung für digitale Kompetenzen in Schulen, die junge Menschen auf den künftigen Arbeitsmarkt vorbereiten wird (Empfehlung 8 des EKP 1).
5. Umsetzung koordinierter Ausbildungsinitiativen auf EU-Ebene zur Umschulung und Weiterqualifizierung von Arbeitnehmern, damit sie auf dem Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig bleiben, wobei auch und vor allem die in kleinen und mittleren Unternehmen erforderlichen Kompetenzen und Qualifikationen zu

- berücksichtigen sind, und um digitale Fachkräfte auszubilden (Empfehlung 8 des EKP 1 und Debatte in der Arbeitsgruppe).
6. Sensibilisierung für bestehende digitale Plattformen, die die Bürger mit Arbeitgebern verbinden und ihnen dabei helfen, einen Arbeitsplatz in der EU zu finden, wie etwa EURES (Empfehlung Nr. 8 des EKP 1).
 7. Verstärkte Investitionen und Anstrengungen zur Förderung der Digitalisierung der Bildung, einschließlich der Hochschulbildung (Aussprache innerhalb der Arbeitsgruppe/mehrsprachige digitale Plattform).

33. Vorschlag: Eine sichere und vertrauenswürdige digitale Gesellschaft – Cybersicherheit und Desinformation

Ziel: wir schlagen vor, dass die EU zur Schaffung einer sicheren, widerstandsfähigen und vertrauenswürdigen digitalen Gesellschaft die wirksame und rasche Umsetzung der geltenden Rechtsvorschriften gewährleistet und über mehr Kompetenzen verfügt, um die Cybersicherheit zu verbessern, illegale Inhalte und Cyberkriminalität zu bekämpfen, Cyberbedrohungen von nichtstaatlichen Akteuren und autoritären Staaten abzuwehren und deren Folgen zu beheben und Desinformation zu bekämpfen, indem sie folgende Maßnahmen durchführt:

Maßnahmen⁸⁸:

1. Ausbau der Kapazitäten von Europol/des Europäischen Zentrums zur Bekämpfung der Cyberkriminalität in Bezug auf finanzielle und personelle Ressourcen, um einen proaktiveren Ansatz zur Bekämpfung der Cyberkriminalität zu ermöglichen und gemeinsame europäische Cyberabwehrkapazitäten gegen groß angelegte Angriffe zu stärken, auch durch eine bessere Zusammenarbeit (Empfehlung 39 des EPC 1, Empfehlungen Nr. 2.6 des litauischen NKS und Nr. 1 des niederländischen NPC und Debatte in der Arbeitsgruppe).
2. Die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um auf groß angelegte Angriffe und Betriebsunterbrechungen vorbereitet zu sein und diese rasch zu überwinden, z. B. durch Sicherstellung widerstandsfähiger Infrastrukturen und alternativer Kommunikationskanäle (Aussprache innerhalb der Arbeitsgruppe).
3. Gewährleistung ähnlicher Sanktionen und ihrer raschen und wirksamen Durchsetzung in den Mitgliedstaaten im Falle von Cyberkriminalität durch eine bessere Koordinierung der lokalen, regionalen und nationalen Cybersicherheitszentren und -behörden (Empfehlung 39 des EKP 1).
4. Verbesserung des digitalen Wissens und des kritischen Denkens als Mittel zur Bekämpfung von Desinformation, Online-Bedrohungen und Hassreden sowie gefälschte Schnittstellen und Vorzugspreise (Aussprache innerhalb der Arbeitsgruppe).
5. Bekämpfung von Desinformation durch die Annahme von Rechtsvorschriften und Leitlinien, mit denen sichergestellt wird, dass Online-Plattformen und Social-Media-Unternehmen ihre Schwachstellen im Zusammenhang mit Desinformation beheben und Transparenzmaßnahmen ergreifen, beispielsweise durch Algorithmen auf der Grundlage künstlicher Intelligenz, die die Zuverlässigkeit von Informationen in sozialen Medien und neuen Medien hervorheben können, indem den Nutzern verifizierte Informationsquellen zur Verfügung gestellt werden. Im Falle der Verwendung von Algorithmen sollte die letztendliche Kontrolle in Entscheidungsprozessen vom Menschen getragen werden (Empfehlung 46 des EKP 1 und Debatte innerhalb der Arbeitsgruppe).
6. Unterstützung digitaler Plattformen, die zum Medienpluralismus beitragen und Ressourcen und Initiativen bereitstellen, um die Zuverlässigkeit und Unparteilichkeit von Informationen aus traditionellen Medien (Fernsehen, Printmedien, Radio) und

anderen Medien unter uneingeschränkter Achtung des Grundsatzes der Medienfreiheit zu bewerten und den

Bürgern Informationen über die Qualität der Informationen bereitzustellen (Empfehlung 46 des EKP 1).

34. Vorschlag: Eine sichere und vertrauenswürdige digitale Gesellschaft – Datenschutz

Ziel: Wir unterstützen die Datensouveränität, die Sensibilisierung und die wirksamere Umsetzung und Durchsetzung der bestehenden Datenschutzvorschriften (DSGVO), um die Kontrolle der Personen über ihre Daten zu verbessern und den Missbrauch von Daten durch folgende Maßnahmen zu begrenzen:

Maßnahmen⁸⁹:

1. Bessere Erläuterung der Datenschutzvorschriften (DSGVO), Verbesserung der Transparenz und Verbesserung der Kommunikation durch die Ausarbeitung von Leitlinien für Einwilligungstexte, die eine einfache, klare und verständliche Sprache für alle verwenden, einschließlich einer visuelleren Darstellung, um der Nutzung der Daten zuzustimmen, indem sie sie mit einer Informationskampagne unterstützen, und sicherzustellen, dass die für die Datenverarbeitung Verantwortlichen über die erforderlichen Kompetenzen verfügen und diejenigen, die Hilfe benötigen, beraten (Empfehlungen 42 und 45 des PCE 1 und Nr. 2 des niederländischen NPC).
2. Durchsetzung des geltenden Verbots der Standardeinwilligung in Bezug auf die Weiterverwendung oder den Weiterverkauf von Daten (Empfehlung Nr. 42 des EKP 1).
3. Sicherstellen, dass den Anträgen der Nutzer auf endgültige Löschung von Daten innerhalb einer bestimmten Frist stattgegeben wird (Empfehlung Nr. 42 des EKP 1).
4. Bereitstellung klarer und knapper Informationen für die Nutzer darüber, wie und von wem die Daten verwendet werden (Empfehlung Nr. 42 des EKP 1)
5. Sicherstellen, dass Nicht-EU-Unternehmen die EU-Datenschutzvorschriften einhalten (Empfehlungen 42 und 43 des EKP 1).
6. Förderung der Einrichtung eines Zertifizierungssystems auf EU-Ebene, das die Einhaltung der DSGVO auf zugängliche, klare und einfache Weise bescheinigt, auf Websites und Plattformen sichtbar ist und von einem unabhängigen Zertifizierungsprüfer auf europäischer Ebene ausgestellt werden sollte. Dies sollte für kleine und mittlere Unternehmen keine unverhältnismäßige Belastung darstellen (Empfehlung 44 des EKP 1 und Debatte in der Arbeitsgruppe).
7. Gewährleistung einer wirksamen und raschen Unterstützung von Bürgern, die Schwierigkeiten haben, sich der Verarbeitung ihrer Daten zu widersetzen oder ihre Einwilligung zu widerrufen. Zu diesem Zweck sollten auf europäischer Ebene das aufdringliche Verhalten besser definiert und Leitprinzipien und Mechanismen entwickelt werden, die es den Bürgern ermöglichen, der Verarbeitung ihrer Daten zu widersprechen und deren Löschung zu erhalten und Betrüger zu identifizieren und zu ahnden (Empfehlung 43 des EKP 1 und Debatte in der Arbeitsgruppe).
8. Verhängung von Sanktionen, einschließlich einer Geldstrafe, die dem Umsatz der Unternehmen entspricht, und Beschränkungen ihrer Geschäftstätigkeit, z. B. vorübergehende oder endgültige Verbote der ungewollten Datenverarbeitung, und Unterstützung des Europäischen Datenschutzbeauftragten und der nationalen Agenturen bei der Gewährleistung ihrer Umsetzung (Empfehlungen 42 und 43 des EKP 1 und Aussprache in der Arbeitsgruppe).

35. Vorschlag: Digitale Innovation zur Stärkung der sozialen und nachhaltigen Wirtschaft

Ziel: Wir schlagen vor, dass die EU Digitalisierungsmaßnahmen fördert, die die Wirtschaft und den Binnenmarkt auf faire und nachhaltige Weise stärken, Europa in den Bereichen Technologie und Innovation wettbewerbsfähiger machen, den digitalen Binnenmarkt für Unternehmen aller Größenordnungen verbessern und Europa bei der digitalen Transformation und Digitalisierung weltweit führend machen, indem sie folgende Maßnahmen ergreifen:

Maßnahmen⁹⁰:

1. Einführung oder Verschärfung der bestehenden Rechtsvorschriften über „mobile Arbeit“ (mit Schwerpunkt auf Menschen) unter Berücksichtigung ihrer Auswirkungen auf die körperliche und geistige Gesundheit der Arbeitnehmer, z. B. durch Gewährleistung eines Rechts auf Nichterreichbarkeit. Ein „menschlicher“ Ansatz setzt den Grundsatz der „menschlichen Kontrolle“ voraus (Empfehlung Nr. 7 des EKP 1 und Debatte innerhalb der Arbeitsgruppe)⁹¹.
2. Rechtsvorschriften auf EU-Ebene, um die Unternehmen dazu anzuhalten, sozial verantwortlich zu sein und hochwertige „mobile Arbeitsplätze“ in Europa zu erhalten, wodurch eine Verlagerung dieser Arbeitsplätze in Länder mit geringeren Kosten vermieden wird. Die Anreize können finanzieller Art sein und/oder dem Image des Unternehmens Rechnung tragen und sollten international anerkannte Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien (ESG) berücksichtigen. Zu diesem Zweck sollte die Union eine Arbeitsgruppe aus Sachverständigen aller interessierten Kreise einsetzen, um diese Rechtsvorschriften zu prüfen und zu stärken (Empfehlung 7 des EKP 1).
3. Gewährleistung der menschlichen Kontrolle über Entscheidungsprozesse, bei denen künstliche Intelligenz am Arbeitsplatz eingesetzt wird, und Transparenz der verwendeten Algorithmen; Berücksichtigung der nachteiligen Auswirkungen der uneingeschränkten digitalen Überwachung am Arbeitsplatz; Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer vor der Einführung digitaler Technologien, die sich auf die Arbeitsbedingungen auswirken; Gewährleistung, dass neue Beschäftigungsformen, z. B. Plattformarbeit, mit den Arbeitnehmerrechten im Einklang stehen und angemessene Arbeitsbedingungen bieten (Aussprache innerhalb der Arbeitsgruppe).
4. Ergreifung von Initiativen zur Unterstützung der Telearbeit, z. B. durch die Schaffung von Büroräumen mit Zugang zu einer schnellen und zuverlässigen Internetverbindung, die Organisation digitaler Schulungen und die Bereitstellung von Ressourcen für ergonomische Geräte für die Arbeit zu Hause (Empfehlung 17 des EKP 1 und Debatte in der Arbeitsgruppe).
5. Einrichtung eines öffentlich zugänglichen digitalen Dashboards, mit dem ein Ranking-System erstellt wird, das den aktuellen Digitalisierungsgrad von EU-Unternehmen anzeigt und vergleicht.
6. Aufbau einer starken und wettbewerbsfähigen digitalen Wirtschaft und gerechter Austausch der Vorteile des digitalen Wandels in ganz Europa, indem der Schwerpunkt auf Technologie und Innovation als Wachstumsmotoren gelegt wird, fortschrittliche transformative Forschung gefördert wird und Innovationsökosysteme in allen Regionen flächendeckend genutzt werden, indem das Betriebsumfeld für KMU und Start-up-Unternehmen verbessert und ein fairer Zugang zu Finanzmitteln geschaffen wird und rechtliche oder sonstige Belastungen, die grenzüberschreitende Tätigkeiten behindern, beseitigt werden (Empfehlung 1.3 des italienischen NKS, Debatte in der Arbeitsgruppe und mehrsprachige digitale Plattform). Aufbau einer auf europäischen Werten basierenden Dateninfrastruktur; Anwendung der Grundsätze der „digitalen Priorität“ und der „einheitlichen Übermittlung von Informationen“ und Erleichterung des digitalen und sicheren Zugangs zu Daten für Innovation und Unternehmen; Förderung

- der Digitalisierung öffentlicher Dienste (Aussprache innerhalb der AG und mehrsprachige digitale Plattform). Das Potenzial der vertrauenswürdigen und verantwortungsvollen Nutzung künstlicher Intelligenz voll auszuschöpfen und das Potenzial der Blockchain-Technologie und Cloud-Dienste auszuschöpfen, indem Garantien und Standards festgelegt werden, die Transparenz und Interoperabilität gewährleisten, Vertrauen schaffen, die Nutzung erleichtern und diskriminierende oder voreingenommene Algorithmen ausschließen (Diskussion innerhalb der AG und mehrsprachige digitale Plattform).
9. Förderung von freier Software, ihrer Nutzung in der allgemeinen und beruflichen Bildung und des freien Zugangs zu öffentlich finanzierter Forschung und Software (Aussprache innerhalb der AG und mehrsprachige digitale Plattform).
 10. Einführung einer gemeinsamen europäischen digitalen Identität zur Erleichterung grenzüberschreitender digitaler Transaktionen und Dienste durch einen Rahmen europäischer Standards und Leitprinzipien, die die erforderlichen Garantien vorsehen (Aussprache innerhalb der Arbeitsgruppe und mehrsprachige digitale Plattform).
 11. Bewertung, ob es möglich wäre, Informationen über Konsum- und Lebensmittelprodukte mithilfe einer standardisierten europäischen Anwendung zu digitalisieren, die einen nutzerfreundlicheren Zugang zu Informationen und zusätzliche Informationen über Produkte und die Produktionskette ermöglichen würde (Empfehlung Nr. 16 des EKP 1).



„Europäische Demokratie“

36. Vorschlag: Information der Bürger, Partizipation und Jugend

Ziel: Stärkung der Bürgerbeteiligung und der Beteiligung junger Menschen an der Demokratie auf EU-Ebene, um ein „vollständiges Bürgererlebnis“ für die Europäer zu schaffen; sicherzustellen, dass ihre Stellungnahmen, auch außerhalb der Wahlperioden, berücksichtigt werden und dass sie tatsächlich teilnehmen. Daher sollte ermittelt werden, welche Form der Beteiligung für jedes Thema am besten geeignet ist, z. B.:

1. Entwicklung neuer Mechanismen für die Beteiligung der Bürger und Verbesserung bestehender Mechanismen im Einklang mit dem europäischen Besitzstand und Verbesserung der Kommunikation über alle diese Mechanismen. Idealerweise sollten alle Informationen über partizipative Räume⁹² auf einer vollständigen offiziellen Website mit verschiedenen Funktionen zusammengefasst werden⁹³. Ein Mechanismus zur Überwachung politischer und legislativer Initiativen, die sich aus den Prozessen der partizipativen Demokratie ergeben, sollte entwickelt werden⁹⁴. Die partizipativen Mechanismen sollten sich an die gesamte Bevölkerung richten, um ein vielfältiges Publikum zu erreichen. Der Inhalt, die angesprochenen Themen und die Kompetenzen der Moderatoren sollten beachtet werden. Diese Mechanismen sollten auf einer Analyse der Auswirkungen der betreffenden Maßnahmen, insbesondere auf Frauen und schutzbedürftige Personen, beruhen⁹⁵.
2. Die Häufigkeit der Online- und Offline-Interaktionen zwischen den EU-Organen und den Bürgerinnen und Bürgern auf verschiedenen Wegen zu erhöhen, um sicherzustellen, dass diese am Prozess der europäischen Politikgestaltung teilnehmen, ihre Ansichten äußern und Rückmeldungen erhalten können, und indem sie eine Charta über die Beteiligung der Bürger an EU-Beamten verfassen⁹⁶.
3. Bereitstellung einer benutzerfreundlichen digitalen Plattform, auf der die Bürgerinnen und Bürger – insbesondere junge Menschen – ihre Ideen äußern, Vertreter der EU-Institutionen Fragen stellen und ihre Ansichten zu wichtigen europäischen Fragen sowie zu Legislativvorschlägen äußern können. Ferner sollte die Möglichkeit vorgesehen werden, Online-Umfragen auf dieser Plattform durchzuführen⁹⁷.
4. Verbesserung und Harmonisierung der bestehenden Mechanismen auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene, um sie sicherer, zugänglicher, sichtbarer und inklusiver zu machen⁹⁸.
5. Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen, regionaler und lokaler Behörden sowie bestehender Gremien wie des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) und des Ausschusses der Regionen (⁹⁹AdR) in die Bürgerbeteiligung¹⁰⁰.
6. Schaffung eines Systems lokaler Berater der Union, um die europäischen Institutionen den europäischen Bürgern näher zu bringen¹⁰¹.
7. Regelmäßige Zusammenführung von Bürgerversammlungen auf einer rechtsverbindlichen Grundlage des Unionsrechts. Die Teilnehmer werden nach Repräsentativitätskriterien verlost, und die Teilnahme wird nachdrücklich gefördert. Bei Bedarf werden Fachpersonen den Mitgliedern der Versammlung die für ihre Beratungen relevanten Informationen zur Verfügung stellen. Wenn die Organe die Schlussfolgerungen dieser Versammlungen nicht berücksichtigen, müssen sie ihre

Entscheidung¹⁰² begründen. Es ist wichtig, dass gewählte Vertreter die Bürger und die Zivilgesellschaft konsultieren, bevor sie politische Entscheidungen treffen und deren Beiträge berücksichtigen. Die Europäische Union beruht auf der repräsentativen Demokratie: bei den Europawahlen senden die Bürger ihren Vertretern eine klare Botschaft und äußern sich indirekt zur Politik der Union¹⁰³.

8. Verstärkte finanzielle oder sonstige strukturelle Unterstützung der Zivilgesellschaft, insbesondere der Jugend, und der lokalen Behörden bei der Einrichtung lokaler Jugendräte¹⁰⁴; die Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner könnte ein vollwertiger Pfeiler des Aktionsplans für Demokratie in Europa sein, und eine spezifische Strategie könnte der Zivilgesellschaft gewidmet werden¹⁰⁵.
9. Einführung einer „Jugendkontrolle“ der Rechtsvorschriften, die eine Folgenabschätzung und einen Konsultationsmechanismus für die Jugendvertreter umfassen würde, wenn sich die Rechtsvorschriften auf junge Menschen auswirken könnten¹⁰⁶.

10. Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Unionsgesetzgebern und Organisationen der Zivilgesellschaft, um deren Verbindungen zwischen Entscheidungsträgern und Bürgern zu nutzen¹⁰⁷.

11. Zusammenfassung der Punkte zur Beteiligung der Bürger in einer Europäischen Charta für den Beitrag der Bürger zu EU-Angelegenheiten.

37. Vorschlag: Information der Bürger, Partizipation und Jugend (bis)

Ziel: Die Europäische Union verständlicher und zugänglicher zu machen; Stärkung der gemeinsamen europäischen Identität, insbesondere:

1. ¹⁰⁸Gewährleistung eines Mindestumfangs an Bildung über die Europäische Union, insbesondere über ihre demokratischen Prozesse, ohne dabei die Geschichte der europäischen Integration und der Unionsbürgerschaft zu vernachlässigen. Personen aller Altersgruppen sollten von diesen Programmen profitieren können, die attraktiv und altersgerecht gestaltet werden sollten, z. B. die Entwicklung spezifischer Lehrpläne und Lehrmaterialien für Kinder, Schulen¹⁰⁹ und Organisationen der Zivilgesellschaft, die im nichtformalen Unterricht tätig sind¹¹⁰.
sollten eine leichter zugängliche Sprache verwenden und die Verwendung eines bürokratischen Jargons in ihrer Kommunikation unter Beibehaltung der Qualität und des technischen Niveaus der bereitgestellten Informationen vermeiden und die Informationen an die verschiedenen Kommunikationskanäle und Empfängerprofile anpassen.¹¹¹ Sie sollten beispielsweise die Einrichtung einer mobilen Anwendung erwägen, die Informationen über die Politik der Union in klarer Sprache enthält¹¹². Besondere Anstrengungen sind erforderlich, um junge Menschen in sozialen Netzwerken anzusprechen, aber auch über Jugendbewegungen und verschiedene „Botschafter“ (Organisationen und Einzelpersonen), die¹¹³ das europäische Projekt erläutern¹¹⁴.
2. Inklusive Gewährleistung, dass alle Bürgerinnen und Bürger einen einfachen Zugang zu zuverlässigen Informationen über die Union haben. Die EU-Organe

3. Verstärkte Nutzung von Technologien der künstlichen Intelligenz und der maschinellen Übersetzung, um¹¹⁵ die Sprachbarriere zu überwinden¹¹⁶, indem sichergestellt wird, dass alle digitalen Werkzeuge für Menschen mit Behinderungen zugänglich¹¹⁷ und einfach zu bedienen sind.
4. Die Freiheit, den Pluralismus und die Unabhängigkeit der Medien zu verteidigen und zu unterstützen und sie, einschließlich öffentlicher Rundfunkanstalten, öffentlicher Nachrichtenagenturen und europäischer Medien, dazu zu ermutigen, regelmäßiger über europäische Angelegenheiten zu berichten und gleichzeitig ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu achten, damit diese Berichterstattung regelmäßig und umfassend in allen EU-Mitgliedstaaten erfolgt, indem¹¹⁸ sie sich verstärkt gegen Desinformation und ausländische Einmischungen einsetzt und Journalisten schützt¹¹⁹.
5. Indem Europa den Bürgerinnen und Bürgern näher gebracht wird, indem auf lokaler Ebene spezialisierte¹²⁰ Kontaktstellen und Hubs („Europahäuser“) gestärkt werden, die den Bürgern Ressourcen, Informationen und Beratung zu europäischen Fragen anbieten, ihre Anliegen hören und mit Verbänden diskutieren, um dazu beizutragen, die Ansichten der Bürgerinnen und Bürger auf europäischer Ebene wiederzubeleben¹²¹.
6. Indem neue Maßnahmen ergriffen werden, um eine gemeinsame Identität unter den Europäern zu stärken, z. B. durch einen EU-Fonds, der Online- und Offline-Interaktionen (z. B. Austauschprogramme, Panels oder Sitzungen) zwischen EU-Bürgern mit mehr oder weniger langer Dauer fördert, europäische Sportveranstaltungen organisiert, gemeinsame Teams gründet oder den 9¹²². Mai (Europatag) zu einem zusätzlichen Feiertag¹²³ für alle europäischen Bürger macht.

38. Vorschlag: Demokratie und Wahlen

Ziel: Stärkung der europäischen Demokratie durch Stärkung ihrer Stiftungen, Anreize für die Bürger zur Teilnahme an den Europawahlen, Förderung transnationaler Debatten über europäische Fragen und Gewährleistung einer starken Verbindung zwischen den Bürgern und ihren gewählten Vertretern, insbesondere

1. Gewährleistung der Wahrung der in den Verträgen verankerten europäischen Werte, einschließlich der Rechtsstaatlichkeit und eines robusten Sozialmodells¹²⁴, die das Herzstück der europäischen Demokratie bilden. In ihren Beziehungen zur übrigen Welt sollte die Union den gemeinsamen demokratischen Werten in den Grenzländern Vorrang einräumen. Erst wenn sie dieses Ziel erreicht hat, kann sie sich zur Botschafterin unseres demokratischen Modells in den Ländern machen, die die Fähigkeiten und den Willen haben, dies durch Diplomatie und Dialog zu erreichen¹²⁵.
2. Indem auf Initiative des Europäischen Parlaments ausnahmsweise die Möglichkeit geschaffen wird, auf Initiative des Europäischen Parlaments ein Referendum in der gesamten Union einzuberufen, wenn sich ein Thema als besonders wichtig für alle europäischen Bürger erweist¹²⁶.
3. Änderung des Wahlrechts der Union, um die Modalitäten der Wahlen zum Europäischen Parlament (Alter der Wahlmehrheit, Wahldatum, Anforderungen an Wahlkreise, Kandidaten, politische Parteien und deren Finanzierung) zu harmonisieren und zu europaweiten oder transnationalen Listen^x mit Kandidaten aus verschiedenen Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung¹²⁷ der Meinungen der Bürger der Mitgliedstaaten zu diesem Thema zu wechseln¹²⁸.

X Die Vertreter der Europäischen Kommission erklärten, dass eine Übergangsphase erforderlich sei, um eine zu plötzliche Entwicklung zu vermeiden.

- Einige Mitglieder des Europäischen Parlaments sollten auf europaweiten Listen gewählt werden, während die anderen auf der Ebene der Mitgliedstaaten ausgewählt würden¹²⁹.
 - Diese Reform sollte auch darauf abzielen, digitale Abstimmungsmodalitäten zu erleichtern¹³⁰ und das tatsächliche Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten¹³¹.
4. Stärkung der Beziehungen zwischen den Bürgern und ihren gewählten Vertretern unter Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten: die Bürger wollen das Gefühl haben, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments und die nationalen Parlamentarier ihnen nahestehen und ihre Anliegen mit spezifischen Maßnahmen beantworten¹³². Es handelt sich um ein universelles Problem, und Menschen jeden Alters sollten einbezogen werden¹³³.
- Die europäischen Bürgerinnen und Bürger sollten bei der Wahl des Kommissionspräsidenten mehr Gewicht haben. Dieses Ziel könnte durch die Direktwahl des Kommissionspräsidenten¹³⁴ oder durch das System der Spitzenkandidaten verwirklicht werden^{XI}.

XI Standpunkt des Parlaments: der Spitzenkandidat der europäischen politischen Partei, die bei den Europawahlen die meisten Stimmen erhalten hat und von einer Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments unterstützt wird, sollte zum Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt werden. Für den Fall, dass keine Mehrheit auf der Grundlage einer Koalition entsteht, sollte das Amt wieder an die Spitze der folgenden Liste zurückkehren. Zu diesem Zweck könnten die europäischen politischen Parteien Kandidaten ernennen, die für das Amt des Präsidenten der Kommission kandidieren würden. Paulo Rangel: um den Prozess der Spitzenkandidaten zu stärken, sollten die Rollen des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates umgekehrt werden, was eine Änderung der Verträge erfordert: der Präsident der Kommission würde vom Parlament vorgeschlagen und vom Europäischen Rat gebilligt. PNM (Schlussbericht Kantar: „eine Beitragsgruppe befasst sich mit der Wahl des Kommissionspräsidenten und der Ernennung der Kommissionsmitglieder und verweist

- Das Europäische Parlament sollte das Recht auf legislative Initiative haben, um Diskussionsthemen vorzuschlagen¹³⁵ und dann die erforderlichen Texte anzunehmen, um den Empfehlungen, die sich aus den Beratungen¹³⁶ ergeben, nachzukommen.
 - Das Europäische Parlament sollte über den EU-Haushalt entscheiden, wie es die Parlamente auf nationaler Ebene tun^{XII}.¹³⁷
 - Politische Parteien, Organisationen der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften sollten dynamischer und zugänglicher sein, damit sich die Bürger stärker für die europäische Demokratie engagieren und engagieren¹³⁸. Dies würde auch die Einbeziehung europäischer Fragen in die von politischen Parteien, Organisationen der Zivilgesellschaft und Sozialpartner organisierten öffentlichen Debatten fördern, sei es im Vorfeld der Europawahl oder im Hinblick auf nationale, regionale oder lokale Wahlen¹³⁹.
5. Demokratie wird in den Institutionen und in der Gesellschaft allgemein verkörpert, auch am Arbeitsplatz durch die Sozialpartner¹⁴⁰.

insbesondere auf das System der Spitzenkandidaten.“) EYE, S. 23: „Die Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten sollten nicht im Rahmen von hinter den Kulissen geführten Verhandlungen zwischen den Gewinnerparteien gewählt werden. Wir sollten das Spitzenkandidatensystem anwenden, bei dem jede Partei vor dem Wahlkampf den Kandidaten ankündigt, der Präsident der Kommission wird, wenn diese Partei die Mehrheit gewinnt. Durch die aktive Teilnahme an der Kampagne und die direkte Interaktion mit den europäischen Bürgerinnen und Bürgern könnte der künftige Präsident den Bürgerinnen und Bürgern der EU näher kommen.“ Diskussion in GT.

XII Der Rat ist der Auffassung, dass dieser Vorschlag nicht auf einer Empfehlung der Bürger beruht. Sie entspricht daher nicht der vereinbarten Methode. Siehe auch die Position der Bürgerkomponente auf Seite 42.

39. Vorschlag: Der Entscheidungsprozess der Union

Ziel: Verbesserung des Entscheidungsprozesses der Union zur Gewährleistung ihrer Handlungsfähigkeit unter Berücksichtigung der Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten und Gewährleistung eines transparenten und für die Bürger verständlichen Prozesses, insbesondere

1. Überprüfung der Regeln für die Beschlussfassung und Abstimmung in den EU-Organen. Die Frage der Einstimmigkeit verdient besondere Aufmerksamkeit, da sie jede Einigung sehr schwierig macht. Bei der Stimmengewichtung ist auf Fairness zu achten, um die Interessen der kleinen Länder zu schützen¹⁴¹.
 - Alle derzeit einstimmig gefassten Beschlüsse sollten künftig mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden. Die einzigen Ausnahmen sollten die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten in die Europäische Union und die Änderung der in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union und in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundprinzipien der Union sein¹⁴².
2. Die Transparenz des Entscheidungsprozesses zu gewährleisten, unabhängige Bürgerbeobachter in die Lage zu versetzen, diesen Prozess genau zu verfolgen, ein breiteres Recht auf Zugang zu Dokumenten anzuwenden¹⁴³ und auf dieser Grundlage engere Verbindungen und einen verstärkten Dialog zwischen den Bürgern und den europäischen Institutionen herzustellen¹⁴⁴.
 - Die Union muss die Transparenz ihres Entscheidungsprozesses und ihrer Organe verbessern. So sollten beispielsweise Sitzungen des Rates und des Europäischen Parlaments, einschließlich Abstimmungen, auf die gleiche Weise online verbreitet werden. Dies würde es interessierten Bürgern ermöglichen, die Politikgestaltung der Union zu verfolgen und die politischen Entscheidungsträger zur Rechenschaft zu ziehen¹⁴⁵. Auch das Untersuchungsrecht des Europäischen Parlaments sollte gestärkt werden.¹⁴⁶ Änderung Nr. 44A der AG.
 - Der Entscheidungsprozess der Union sollte weiter ausgebaut werden, um die nationalen, regionalen und lokalen Vertreter, die Sozialpartner und die Organisationen der Zivilgesellschaft stärker einzubeziehen¹⁴⁷. Die interparlamentarische Zusammenarbeit und der Dialog sollten gestärkt werden. Das Europäische Parlament sollte auch die nationalen Parlamente stärker in das europäische Gesetzgebungsverfahren einbeziehen, indem es sie beispielsweise zu Anhörungen einlädt¹⁴⁸. Darüber hinaus wäre es sinnvoll, eine stärkere Beteiligung der subnationalen Behörden und des AdR zu erreichen, um ihren Erfahrungen bei der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften besser Rechnung zu tragen¹⁴⁹.
3. In Erwägung ziehen, die Namen der EU-Organe zu ändern, um die Rolle und Rolle der einzelnen Organe im Entscheidungsprozess der Union in den Augen der Bürger zu klären¹⁵⁰.
 - Der Entscheidungsprozess der Union sollte auf einer klareren und verständlicheren Struktur beruhen, die den nationalen Systemen ähnelt¹⁵¹ und ausdrücklich auf die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen den EU-Organen und den Mitgliedstaaten hinweist¹⁵².
 - Beispielsweise könnte der Rat der Europäischen Union in „Senat der Union“ und die Europäische Kommission „Exekutivkommission der Union“ umbenannt werden¹⁵³.
4. Stärkung der Kapazitäten der Union zur Erzielung von Ergebnissen in Schlüsselbereichen¹⁵⁴.
5. Gewährleistung von Mechanismen des sozialen Dialogs und der Bürgerkonsultation in allen Phasen des Entscheidungsprozesses der Union, von der Folgenabschätzung bis zur Konzipierung und Durchführung der Maßnahmen¹⁵⁵.
6. Reform der Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere durch engere Einbeziehung der Sozialpartner und der Organisationen der Zivilgesellschaft. Die bestehenden Strukturen müssen gestärkt

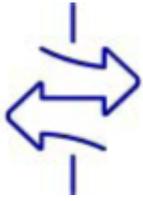
werden, damit der Entscheidungsprozess den Bedürfnissen und Erwartungen der europäischen Bürgerinnen und Bürger, die einen zentralen Platz in der europäischen Demokratie einnehmen, besser Rechnung trägt. In diesem Zusammenhang muss der EWSA die Mittel erhalten, um eine wichtigere institutionelle Rolle zu übernehmen, nämlich als Garant und Förderer für Aktivitäten der partizipativen Demokratie, wie z. B. der strukturierte Dialog mit Organisationen der

Zivilgesellschaft und Bürgerforen. Eine dynamische Zivilgesellschaft ist für das demokratische Leben der Union von entscheidender Bedeutung¹⁵⁶.

7. Durch die Eröffnung der Debatte über die Verfassung, wenn dies relevant ist, um unsere Werte klar zu definieren. Eine Verfassung könnte präziser werden, die Bürger mobilisieren und eine Einigung über die Regeln des Entscheidungsprozesses ermöglichen¹⁵⁷.

40. Vorschlag: Subsidiarität

1. Aktive Subsidiarität und Multi-Level-Governance sind wesentliche Grundsätze für ein demokratisches und rechenschaftspflichtiges Handeln der Europäischen Union¹⁵⁸;
2. Die EU muss den Mechanismus überarbeiten, mit dem die nationalen Parlamente prüfen, ob die europäischen Legislativvorschläge die nationalen Zuständigkeiten beeinträchtigen oder nicht; die nationalen Parlamente sollten den EU-Organen Legislativinitiativen vorschlagen können. Diese Mechanismen sollten auf alle regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen ausgeweitet werden¹⁵⁹.
3. Der AdR sollte reformiert werden, um geeignete Wege für einen Dialog mit den Regionen, Städten und Gemeinden zu schaffen. Es sollte eine wichtigere Rolle¹⁶⁰ in der institutionellen Architektur spielen, wenn es um Themen mit territorialen Folgen geht¹⁶¹.
4. Der systematische Rückgriff auf eine gemeinsame Definition der Subsidiarität, die von allen europäischen Institutionen gebilligt wird, könnte klarer definieren, auf welcher Ebene (europäische, nationale oder regionale) Entscheidungen zu treffen sind¹⁶².
5. Die Sozialpartner und die Organisationen der Zivilgesellschaft, die in der europäischen Demokratie eine zentrale Rolle spielen, sollten besser in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. Eine dynamische Gesellschaft ist für das demokratische Leben der Union von entscheidender Bedeutung.¹⁶³
6. Wir appellieren an die EU-Organe, die Schlussfolgerungen dieser Arbeitsgruppe umzusetzen und wirksam zu machen. Dies könnte durch die bestehenden Bestimmungen des Vertrags von Lissabon und erforderlichenfalls durch die Forderung nach einem Europäischen Übereinkommen geschehen¹⁶⁴.



Migration

41. Vorschlag: Legale Migration

Ziel: Stärkung der Rolle der EU bei der legalen Migration

Maßnahmen¹⁶⁵:

1. Einleitung einer Kommunikationskampagne auf europäischer Ebene, damit EURES (Europäisches Netz der Arbeitsverwaltungen), das EU-Portal zur Einwanderung und das europäische Instrument zur Profilerstellung von Drittstaatsangehörigen den europäischen Bürgern besser bekannt und häufiger von EU-Unternehmen bei der Einstellung genutzt werden (Empfehlung 6).
2. Schaffung einer europäischen Einrichtung für den Zugang von Migranten zum EU-Arbeitsmarkt oder in Ermangelung eines solchen Ausbaus der Kompetenzen des Europäischen Netzes der Arbeitsvermittlungen (EURES), z. B. Verbesserung von Projekten im Rahmen der Partnerschaft zur Anwerbung von Talenten (Empfehlung 7 und Debatte innerhalb der Arbeitsgruppe) mit der Möglichkeit, im Ausgangsland auf der Grundlage von Bewertungskriterien (Empfehlung 9 und Debatte in der Arbeitsgruppe) das Angebot und die Nachfrage nach Kompetenzen online zu treffen. Die Union sollte die Mitgliedstaaten dazu anhalten, den Prozess der Aufnahme und Integration legaler Migranten und ihren Zugang zum EU-Arbeitsmarkt zu vereinfachen, indem sie die Interoperabilität zwischen den verschiedenen zuständigen Verwaltungen verbessert (Aussprache innerhalb der Arbeitsgruppe).
3. Verbesserung der Funktionsweise und Umsetzung der Richtlinie über die Blaue Karte, um Qualifikationen anzuziehen, die die Wirtschaft der Union benötigt (Empfehlung 7 und Debatte in der Arbeitsgruppe), wobei das Risiko der Abwanderung von Fachkräften angemessen zu berücksichtigen ist (gemäß Maßnahme 1 des Vorschlags Nr. 42).
4. Förderung einer harmonischen Aufwärtskonvergenz bei den Arbeitsbedingungen in der gesamten Union, um Ungleichheiten bei den Arbeitsbedingungen zu bekämpfen, eine wirksame europäische Arbeitsmigrationspolitik zu gewährleisten und die Rechte der Arbeitnehmer zu verteidigen. In diesem Zusammenhang soll die Rolle der Gewerkschaften auf nationaler und transnationaler Ebene gestärkt werden (Empfehlung 28 und Debatte in der Arbeitsgruppe) in Zusammenarbeit mit Arbeitgeberorganisationen (Aussprache im Plenum).
5. Verstärkte Anstrengungen zur Information und Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten über Migrations- und Integrationsfragen (Empfehlung Nr. 30, Empfehlung 9 des LT-Panels und Debatte in der Arbeitsgruppe).

42. Vorschlag: Irreguläre Migration

Ziel: Stärkung der Rolle der EU bei der Bekämpfung aller Formen der irregulären Migration und Stärkung des Schutzes der Außengrenzen der Europäischen Union unter Wahrung der Menschenrechte

Maßnahmen¹⁶⁶:

1. Aktive Beteiligung, z. B. durch Partnerschaftsabkommen, an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von Ländern außerhalb der Europäischen Union, aus denen es einen großen Zustrom von Migranten gibt, um die Ursachen der Migration, einschließlich des Klimawandels, anzugehen. Diese Maßnahmen sollten transparent sein und greifbare Ergebnisse mit messbaren Auswirkungen erzielen, die den EU-Bürgern eindeutig mitgeteilt werden sollten (Empfehlung 27, Empfehlung Nr. 3 und Debatte in der Arbeitsgruppe).
2. Gewährleistung des Schutzes der gesamten Außengrenzen durch Verbesserung der Transparenz und Rechenschaftspflicht von Frontex und Stärkung seiner Rolle (Empfehlung 8 und Debatte innerhalb der Arbeitsgruppe) und Anpassung der Rechtsvorschriften der Union an die derzeitigen Herausforderungen der irregulären Migration wie Menschenhandel, Menschenhandel, sexuelle Ausbeutung, hybride Angriffe von Staaten, die Migranten instrumentalisieren, und Menschenrechtsverletzungen (LT-Empfehlung Nr. 10 und Debatte innerhalb der Arbeitsgruppe).

43. Vorschlag: Irreguläre Migration (bis)

Ziel: In allen Mitgliedstaaten einheitliche gemeinsame Vorschriften für die Erstaufnahme von Migranten anwenden

Maßnahmen¹⁶⁷:

1. Entwicklung von EU-weiten Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Gesundheit aller Migranten, insbesondere schwangerer Frauen, Kinder, unbegleiteter Minderjähriger und aller schutzbedürftigen Personen (Empfehlungen Nr. 10 und 38 und Debatte in der Arbeitsgruppe).
2. Aufstockung der finanziellen, logistischen und operativen Unterstützung der EU, auch an lokale Behörden, regionale Entscheidungsträger und Organisationen der Zivilgesellschaft, für die Verwaltung der Erstaufnahme, was möglicherweise zur Integration von Flüchtlingen oder legalen Migranten in der EU und zur Rückführung irregulärer Migranten führt (Empfehlung 35 und Debatte in der Arbeitsgruppe).

44. Vorschlag: Asyl, Integration

Ziel: Stärkung der Rolle der EU und Reform des europäischen Asylsystems auf der Grundlage der Grundsätze der Solidarität und der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten

Maßnahmen¹⁶⁸:

1. Annahme gemeinsamer EU-Vorschriften für Verfahren zur Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz in den Mitgliedstaaten, die einheitlich für alle Asylbewerber gelten. Diese Verfahren müssen die Menschenwürde und das Völkerrecht achten (Empfehlung 29, IT-Empfehlungen Nr. 3.8 und 4.4, S. 15 und Aussprache in der Arbeitsgruppe). Da an der Aufnahme von Asylbewerbern unterschiedliche Akteure auf nationaler Ebene beteiligt sind, sollte die Union die Mitgliedstaaten dazu anhalten, diesen Prozess zu vereinfachen und zu beschleunigen, indem die Interoperabilität zwischen den verschiedenen zuständigen Verwaltungen verbessert wird, und ein einheitliches Büro (zentrale Anlaufstelle oder zentrale Eingangsstelle) für Asylbewerber einzurichten, um die nationalen Verwaltungsverfahren zu rationalisieren (Empfehlung 37 und Debatte in der Arbeitsgruppe).
2. Überprüfung des Dublin-Systems, um Solidarität und gerechte Aufteilung der Verantwortlichkeiten zu gewährleisten, einschließlich der Verteilung der Migranten auf die Mitgliedstaaten; auch andere Formen der Unterstützung könnten in Betracht gezogen werden (Empfehlungen 33, 36, 37, 40; Empfehlung LT Nr. 2; Empfehlungen IT 3.8 (S. 15) und NL 2, Aussprache in der Arbeitsgruppe und Aussprache im Plenum).
3. Stärkung der in der Richtlinie 2013/33/EU festgelegten Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern durch strengere Rechtsvorschriften zur Verbesserung der Aufnahmestrukturen und der Unterbringung (Empfehlung 31, IT-Empfehlungen Nr. 5.6, S. 11 und Debatte in der Arbeitsgruppe).
4. Besondere Aufmerksamkeit sollte schwangeren Frauen, Kindern und insbesondere unbegleiteten Minderjährigen gewidmet werden (Empfehlung 38 und Debatte in der Arbeitsgruppe).
5. Stärkung und Ausbau der finanziellen und personellen Ressourcen sowie der Verwaltungskapazitäten der Asylagentur der Europäischen Union, um die Umsiedlung von Asylbewerbern innerhalb der EU-Mitgliedstaaten zu koordinieren und zu steuern, um eine gerechte Verteilung zu erreichen (Empfehlungen 36 und 37, Empfehlung LT Nr. 3 und Aussprache in der Arbeitsgruppe).

45. Vorschlag: Asyl, Integration(bis)

Ziel: Verbesserung der Integrationspolitik in allen Mitgliedstaaten

Maßnahmen¹⁶⁹:

1. Die Union stellt auch unter Beteiligung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und des Beitrags der Organisationen der Zivilgesellschaft sicher, dass alle Asylbewerber und Flüchtlinge an Sprach- und Integrationskursen und -aktivitäten sowie an Berufsausbildungen teilnehmen, während ihr Wohnsitzantrag geprüft wird (Empfehlung Nr. 32, Empfehlung FR 13, Aussprache in der Arbeitsgruppe und Aussprache im Plenum).
2. Asylbewerber, die über die entsprechenden Qualifikationen verfügen, sollten möglichst unionsweit Zugang zum Arbeitsmarkt haben, um ihre Autonomie zu stärken (Empfehlung 7 und Debatte in der Arbeitsgruppe).



„Bildung, Kultur, Jugend und Sport“

46. Vorschlag: Bildung

Ziel: Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten sich bemühen, bis 2025 einen inklusiven europäischen Bildungsraum zu schaffen, in dem alle Bürger gleichberechtigten Zugang zu hochwertiger Bildung und lebenslangem Lernen haben, auch für Menschen in ländlichen und abgelegenen Gebieten. Zu diesem Zweck sollten die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten insbesondere

Maßnahmen:

1. Koordinierung des Niveaus aller unterschiedlichen Bildungsprogramme in der Europäischen Union durch die Annahme nationaler, regionaler und lokaler Inhalte und Schaffung engerer Verbindungen zwischen den Bildungssystemen, insbesondere durch Äquivalenz der Abschlüsse¹⁷⁰. Ein zertifizierter Mindeststandard für den Unterricht in Schlüsselfächern sollte ab der Grundschule¹⁷¹ angenommen werden. Im Bildungsbereich sollten geteilte Zuständigkeiten geschaffen werden, zumindest was die staatsbürgerliche Bildung betrifft, und die Ausübung dieser Zuständigkeit durch die Union darf die Mitgliedstaaten nicht daran hindern, ihre eigenen Befugnisse auszuüben. Diplome und Berufsausbildungen sollten in allen Mitgliedstaaten der Union validiert und gegenseitig anerkannt werden¹⁷². Die Europäische Union sollte auch die Anerkennung des nichtformalen und informellen Lernens¹⁷³ und der Jugendorganisationen, die dies anbieten, sowie von Lernzeiten im Ausland nutzen.
2. Entwicklung einer zukunftsfähigen Bildung und lebenslangen Lernens in Europa – im Einklang mit dem Recht auf Ausbildung am Arbeitsplatz für alle – mit Schwerpunkt auf folgenden Aspekten:
 - Staatsbürgerliche Aufklärung über demokratische Prozesse und die Werte der EU und die Geschichte Europas¹⁷⁴. Es sollte zu einem gemeinsamen Lehrmodul in allen Mitgliedstaaten werden. Auch das Wissen

über die Wirtschaft sollte verbessert werden, um ein besseres Verständnis des europäischen Integrationsprozesses zu ermöglichen¹⁷⁵.

– Digitale Kompetenzen¹⁷⁶.

– STIAM¹⁷⁷

– Unternehmertum und Forschung.

– Entwicklung des kritischen Geistes. Die Medienkompetenz sollte verbessert werden, um die Online-Sicherheit zu gewährleisten und es den Bürgern in allen Mitgliedstaaten zu ermöglichen, unabhängig zu bewerten, ob Informationen glaubhaft sind oder nicht, sowie Falschinformationen zu identifizieren und gleichzeitig die Möglichkeiten des Internets zu nutzen. Diese Bildung sollte durch die Organisation spezifischer Kurse auf der Ebene der Grundbildung erfolgen und sollte in anderen öffentlichen Räumen Bürgern aller Altersgruppen unter der Schirmherrschaft einer spezialisierten Einrichtung auf Unionsebene unter Nutzung bewährter Verfahren in allen Mitgliedstaaten angeboten werden. Die EU sollte sicherstellen, dass die speziell für diese Tätigkeiten bereitgestellten Mittel für die vorgesehenen Zwecke verwendet werden¹⁷⁸.

– Einbeziehung nichttechnischer Kompetenzen in alle Kurse in die Lehrpläne der Schulen. Unter nichttechnischen Kompetenzen versteht man: gegenseitiges Zuhören, Dialog, Resilienz, Verständnis, Respekt und Wertschätzung für andere, kritisches Denken, Selbstlernen sowie neugierig und ergebnisorientiert bleiben¹⁷⁹;
– Allen Menschen die Möglichkeit zu geben, mehr über die ökologische Nachhaltigkeit

und ihre Verbindungen zur Gesundheit zu erfahren. Biodiversität sollte ein Pflichtfach in der Schule sein. Sie sollte in der Schule mit spezifischen Themen beginnen, die sich mit allen Umweltproblemen befassen, und mit Hilfe eines Finanzierungsprogramms Exkursionen enthalten, die dazu dienen, relevante reale Beispiele zu präsentieren¹⁸⁰.

Bekämpfung von Mobbing in der Schule und Rassismus.

3. Unterstützung der Ausbildung von Lehrkräften¹⁸¹, um Lehren aus bewährten Verfahren zu ziehen und aktualisierte innovative und kreative Lehrtechniken zu nutzen, die die Entwicklung der pädagogischen Methoden widerspiegeln, einschließlich praktischer Tätigkeiten, auch auf der Grundlage der Lehren aus der COVID-19-Pandemie und anderen Arten von Krisen, und die Mobilitätsmöglichkeiten zu fördern¹⁸².

4. Um den Bildungsbedürfnissen aller Kinder und Familien gerecht zu werden, sollte dem Zugang zu Geräten und einer effizienten Breitbandanbindung Vorrang eingeräumt werden¹⁸³.
5. Einrichtung einer Informationsplattform für den unionsweiten Wissens- und Erfahrungsaustausch, indem Informationen über länderübergreifende allgemeine und berufliche Bildung in der EU ausgetauscht werden, Beispiele bewährter Verfahren vorgestellt werden und den Bürgern die Möglichkeit geboten wird, neue Ideen für den grenzüberschreitenden Austausch vorzulegen. Sie sollte Unterrichtsmaterial zu Klimawandel, Umweltfragen und Digitalisierung bereitstellen und Informationen über bestehende Fachforen zu den wichtigsten Themen bereitstellen¹⁸⁴. — Diese Einrichtung könnte von einem Finanzierungsprogramm begleitet werden, um die Nutzung und Nutzung der Informationen der Plattform zu unterstützen.

47. Vorschlag: Fragen zur europäischen Jugend

Ziel: Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich in allen relevanten Politikbereichen, einschließlich der EU-Regionalpolitik, auf die spezifischen Bedürfnisse junger Menschen konzentrieren, um ihnen die bestmöglichen Voraussetzungen für das Studium und die Arbeit sowie für ein unabhängiges Leben zu bieten und sie in das demokratische Leben und die Beschlussfassung, auch auf europäischer Ebene, einzubinden. Jugendorganisationen spielen eine Schlüsselrolle. Um dieses Ziel zu erreichen, schlagen wir Folgendes vor:

Maßnahmen:

1. Den jungen Menschen mehr Möglichkeiten zur Beteiligung und Vertretung in demokratischen Prozessen und Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen zu bieten und bestehende Programme in diesem Bereich zu unterstützen, unter anderem durch die Organisation von Bürgerforen mit Kindern (z. B. im Alter von 10 bis 16 Jahren) in Schulen. Die europäischen Vertreter könnten Schülerinnen und Schüler in ihren Schulen treffen, um die Nähe und das Verständnis Europas für die Bürger schon in jungen Jahren zu stärken¹⁸⁵. Damit alle politischen Entscheidungen der EU durch das Prisma junger Menschen analysiert werden können, sollte ein „Jugendtest“ auf europäischer

Ebene entwickelt werden, damit alle neuen politischen Maßnahmen und Legislativvorschläge einer Folgenabschätzung unterzogen werden, die auf junge Menschen ausgerichtet ist, einschließlich einer Jugendkonsultation.

2. Die Gewährung des Wahlrechts ab 16 Jahren bei den Wahlen zum Europäischen Parlament und eine Stärkung der Unions- und Staatsbürgerschaftserziehung sollten diskutiert und in Erwägung gezogen werden. Die nationalen politischen Parteien sollten auch sicherstellen, dass jüngere Kandidaten für die Wahlen zum Europäischen Parlament auf ihre Listen gesetzt werden¹⁸⁶.

3. Bessere Vorbereitung junger Menschen auf den Eintritt ins Erwerbsleben, indem Schülern (ab 12 Jahren) die Möglichkeit gegeben wird, in enger Zusammenarbeit zwischen Schulen, lokalen Gebietskörperschaften und den betroffenen Organisationen und Unternehmen an hochwertigen Beobachtungsbesuchen bei gemeinnützigen und gemeinnützigen Organisationen teilzunehmen¹⁸⁷. Diese Besuche müssen im Rahmen eines umfassenderen Prozesses der beruflichen Orientierung in der formalen Bildung betrachtet werden, um jungen Menschen den ersten Kontakt mit der Arbeitswelt zu ermöglichen, damit sie ihre beruflichen Entscheidungen orientieren und/oder Unternehmer werden können.
4. Mehr EU-Mittel im Rahmen von NextGenerationEU sollten auch für die Umsetzung der verstärkten Europäischen Jugendgarantie bereitgestellt werden, einschließlich eines stärkeren Engagements, einer stärkeren Sensibilisierung, der Verbesserung der Qualität des Angebots, der Finanzierung und des Handelns aller Mitgliedstaaten und der einschlägigen Ebenen der zuständigen Behörden. Da Jugendorganisationen besser in der Lage sind, die Bedürfnisse junger Menschen zu ermitteln, sollten die nationalen Regierungen im Wege eines engen Dialogs mit diesen Organisationen zusammenarbeiten, um die wirksamste Umsetzung der Jugendgarantie zu gewährleisten.
5. Sicherzustellen, dass Praktika und Arbeitsplätze junger Menschen den Qualitätsstandards, insbesondere in Bezug auf die Entlohnung, entsprechen, indem die Mindestlöhne für junge Menschen und andere diskriminierende Bestimmungen des Arbeitsrechts für junge Menschen abgeschafft werden und unbezahlte Praktika auf dem Arbeitsmarkt und außerhalb der formalen Bildung durch ein Rechtsinstrument verboten werden¹⁸⁸.
6. Gewährleistung eines angemessenen Lebensstandards für junge Menschen, einschließlich des Zugangs zu Sozialschutz und Wohnraum. Junge Menschen sollten Zugang zu einem Sozialschutzniveau haben, das dem anderer Altersgruppen gleichwertig ist. Auch der Zugang junger Menschen zu erschwinglichem Wohnraum sollte erleichtert werden, insbesondere durch EU-Mittel¹⁸⁹.
7. Es sind spezifische Maßnahmen erforderlich, um die Abwanderung von Fachkräften aus bestimmten Regionen und Ländern innerhalb der Union zu verhindern, da die Chancen für junge Menschen unzureichend sind, und Europa attraktiver zu machen, um die Abwanderung von Talenten und Arbeitskräften aus der EU in Drittländer zu verhindern, um eine Beeinträchtigung des territorialen Zusammenhalts zu vermeiden, insbesondere in Regionen, die einen erheblichen Verlust junger Talente erleiden, auch durch EU-Mittel¹⁹⁰.
8. Im Falle einer schweren Krise (z. B. Gesundheitskrise, Krieg) sollten gut durchdachte Pläne mit detaillierten Szenarien flexibel eingesetzt werden, um die Auswirkungen auf die Bildung, die Berufsbildung, den Übergang zum Arbeitsmarkt und das psychische Wohlbefinden junger Menschen zu minimieren¹⁹¹.

48. Vorschlag: Kultur & Austausch

Ziel: Um eine Kultur des Austauschs zu fördern und die europäische Identität und Vielfalt in verschiedenen Bereichen zu fördern, sollten die Mitgliedstaaten mit Unterstützung der Europäischen Union

Maßnahmen¹⁹²:

1. Förderung des europäischen Austauschs in verschiedenen Bereichen, sowohl physisch als auch digital, einschließlich

Bildungsaustausch, Partnerschaften, Reisen und beruflicher Mobilität (insbesondere für Lehrkräfte und lokale Mandatsträger). Zu¹⁹³ diesem Zweck sollte

die Union u. a. die bestehenden Austausch- und Mobilitätsprogramme auf Unionsebene wie das Europäische Solidaritätskorps, Erasmus+ und DiscoverEU stärken, eine breitere und vielfältigere Teilnahme an diesen Programmen sicherstellen und die Hinzufügung neuer Elemente in Erwägung ziehen, wie z. B. ein zusätzliches Ziel des Freiwilligendienstes (für das Europäische Solidaritätskorps) und „Kulturzugangstitel“ (für DiscoverEU). Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften unter der Schirmherrschaft des Ausschusses der Regionen müssen in diesem Bereich eine führende Rolle spielen.

2. Förderung der Mehrsprachigkeit als Brücke zu anderen Kulturen schon in jungen Jahren. Regional- und Minderheitensprachen benötigen zusätzlichen Schutz unter Berücksichtigung des Übereinkommens des Europarats über Minderheitensprachen und des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten. Die EU sollte die Einrichtung einer Institution zur Förderung der Sprachenvielfalt auf europäischer Ebene in Erwägung ziehen. Kinder sollten bereits in der Grundschule dazu verpflichtet werden, Kompetenzen in einer anderen aktiven EU-Sprache als ihrer eigenen auf dem höchstmöglichen Niveau zu erwerben. Um die Fähigkeit der europäischen Bürger zu erleichtern, mit größeren Gruppen anderer Europäer zu kommunizieren, und als Faktor des europäischen Zusammenhalts, sollten die Mitgliedstaaten das Erlernen der Sprache der EU-Mitgliedstaaten, die direkt an die Grenzregionen angrenzen, und den Erwerb

eines zertifizierten Englischniveaus fördern¹⁹⁴.

3. Schaffung von Möglichkeiten für den Austausch europäischer Kulturen, die Annäherung der Völker und die Förderung einer gemeinsamen europäischen Identität, z. B. durch Veranstaltungen und Versammlungen unter Einbeziehung aller Zielgruppen und an verschiedenen Orten. Beispiele hierfür sind die Organisation von Weltkunsttagen¹⁹⁵, eine europäische Ausstellung mit pädagogischen Veranstaltungen oder die Umwandlung des Europatags (9. Mai) in einen offiziellen europäischen Urlaubstag für alle Unionsbürger¹⁹⁶.
4. Schutz des europäischen Kulturerbes und der europäischen Kultur¹⁹⁷, insbesondere durch Anerkennung der lokalen und regionalen Besonderheiten in den Bereichen Kultur und Produktion,¹⁹⁸ durch neue Initiativen, die darauf abzielen, es zu bewahren und zu feiern, durch Mobilität zur Förderung des Austauschs von kulturellem Erbe und durch die Förderung bestehender Maßnahmen wie Kreatives Europa, das neue Europäische Bauhaus, Städtepartnerschaftsprogramme und Kulturhauptstädte im Einklang mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung.
5. Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Kulturschaffende auf EU-Ebene, insbesondere in künftigen Krisen, durch die Annahme eines Rechtsstatus auf europäischer Ebene ausreichend geschützt werden.

49. Vorschlag: Sport

Ziel: Sport ist für unsere Gesellschaften von entscheidender Bedeutung – um unsere Werte zu verteidigen, einen gesunden Lebensstil zu führen und gesund zu altern, eine Kultur des Austauschs zu fördern und die Vielfalt des europäischen Erbes zu feiern. Aus diesem Grund sollten die Mitgliedstaaten mit Unterstützung der Europäischen Union Folgendes anstreben:

Maßnahmen:

1. Hervorhebung von Werten, insbesondere Gleichstellung der Geschlechter, Gerechtigkeit und Inklusion, die sich in der Ausübung eines Sports während des

gesamten Bildungswegs konkret widerspiegeln können.

2. Sensibilisierung für die gesundheitlichen Vorteile von Sport und körperlicher Aktivität¹⁹⁹.

3. Einbeziehung von Sportaktivitäten in Austausch- und Mobilitätsprogramme auf EU-Ebene²⁰⁰200.
4. Verbesserung der Aufmerksamkeit, die nicht nur dem professionellen und kommerziellen Sport, sondern auch dem lokalen und traditionellen Sport als Zeugen der kulturellen Vielfalt Europas beigemessen wird, um das kulturelle Erbe zu fördern und Sportmeister in einem nicht-professionellen Rahmen zu unterstützen.
5. Parallel dazu soll die europäische Identität gefördert werden, indem mehr intereuropäische Sportveranstaltungen organisiert, EU-Sportmannschaften gegründet oder europäische Flaggen oder Symbole bei europäischen Sportveranstaltungen gezeigt werden.
6. Mehr in Kommunikation wie die Europäische Woche des Sports investieren, damit die Bürgerinnen und Bürger in der gesamten EU gemeinsam von erstklassigen Möglichkeiten profitieren können.

Abschließende Erwägungen des Exekutivausschusses

Das Hauptziel der Konferenz zur Zukunft Europas bestand darin, sicherzustellen, dass die Europäische Union bereit ist, aktuelle und künftige Herausforderungen zu bewältigen, indem den Bürgern die Möglichkeit gegeben wird, ihre Anliegen und Bestrebungen zum Ausdruck zu bringen und in Zusammenarbeit mit Vertretern der drei Organe, der nationalen Parlamente und anderer Interessenträger Orientierungshilfen für die Zukunft zu geben. Um dieses Ziel zu erreichen, sollte die Konferenz eine bürgerorientierte und auf einem Bottom-up-Ansatz beruhende Übung sein, die in der Lage ist, einen neuen Raum zu schaffen, in dem die Prioritäten Europas erörtert und ein Überblick darüber geschaffen werden kann, was die Bürgerinnen und Bürger von der Europäischen Union erwarten.

Die Konferenz konnte diese Rolle tatsächlich spielen. An der Konferenz nahmen europäische Bürgerinnen und Bürger aus allen Hintergründen und aus allen Ecken der EU teil und formulierten in Zusammenarbeit mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments, des Rates und der Europäischen Kommission sowie Vertretern aller nationalen Parlamente, des Ausschusses der Regionen, der regionalen und lokalen Mandatsträger, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft sowie anderer wichtiger Akteure Vorschläge für die Zukunft Europas. Die Instrumente und Methoden, die für diesen Prozess entwickelt wurden, sind ein einzigartiges Bündel von Ressourcen, die als Grundlage für künftige Übungen der Bürgerbeteiligung und der deliberativen Demokratie auf EU-Ebene dienen könnten.

Dank einer Vielzahl von Veranstaltungen und Debatten in der gesamten Union, der interaktiven mehrsprachigen digitalen Plattform, der europäischen und nationalen Bürgerforen und der Plenarversammlung der Konferenz hat die Konferenz nun einen Abschlussbericht vorgelegt, der einen Überblick über die in diesem Jahr auf nachhaltige Weise geleistete Arbeit sowie die Vorschläge des Plenums für die Zukunft Europas enthält. Aus diesen Vorschlägen geht eindeutig hervor, dass die EU handeln muss, um den ökologischen und digitalen Wandel erfolgreich zu gestalten, die Widerstandsfähigkeit Europas und seinen Sozialvertrag zu stärken, Ungleichheiten zu beseitigen und dafür zu sorgen, dass die Europäische Union eine gerechte, nachhaltige, innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaft ist, die niemanden zurücklässt.

Die Entwicklung der geopolitischen Lage während der Konferenz, insbesondere der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine, hat auch gezeigt, dass sich die EU stärker behaupten muss, indem sie auf der Weltbühne eine führende Rolle bei der Förderung ihrer Werte und Standards in einer zunehmend angespannten Welt spielt.

Die Konferenz lieferte eine klare Orientierung in diesen Bereichen, und die drei EU-Institutionen müssen nun prüfen, wie den geäußerten Anliegen, Erwartungen und Ideen Rechnung getragen werden kann. Der nächste Schritt in diesem Prozess ist die Ausarbeitung konkreter Maßnahmen der EU auf der Grundlage der Ergebnisse der Konferenz, die in diesem Abschlussbericht enthalten sind. Daher werden die EU-Organe nun diesen Bericht und seine Folgemaßnahmen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und im Einklang mit den Verträgen prüfen. Im Herbst 2022 wird eine Folgeveranstaltung stattfinden, um die Bürgerinnen und Bürger darüber zu informieren, wie die Institutionen ihrer Verpflichtung nachkommen werden, dafür zu sorgen, dass sie gehört werden und die Zukunft Europas in ihren Händen halten.



Anhang I – Empfehlungen der vier europäischen Bürgerforen



Europäisches Bürgerpanel Nr. 1: „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung/Bildung, Kultur, Jugend und Sport/digitaler Wandel“

VOM GREMIUM ANGENOMMENE EMPFEHLUNGEN (VOR DEM PLENUM VORZULEGEN)

Achse 1: Arbeiten in Europa

Unterachse 1.1 Arbeitsmarkt

1. Wir empfehlen die Einführung eines Mindestlohns, um eine ähnliche Lebensqualität in allen Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Wir sind uns der laufenden Bemühungen im Rahmen der EU-Richtlinie KOM(2020) 682 zur Harmonisierung der Lebensweise bewusst. Der Mindestlohn muss ein Netto-Mindesteinkommen gewährleisten, um ein wesentliches Ziel zu erreichen: alle, die in Not sind, sollten ein höheres Einkommen haben. Der Mindestlohn sollte folgenden Aspekten Rechnung tragen:

- **die EU sollte ihre wirksame Umsetzung gewährleisten, da derzeit nicht alle Mitgliedstaaten den Arbeitnehmerschutz ordnungsgemäß anwenden;**
- **der Überwachung der Verbesserung des Lebensstandards sollte besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden;**
- **der Mindestlohn muss die Kaufkraft in den verschiedenen Ländern berücksichtigen. Es ist ein regelmäßiges Überprüfungsverfahren erforderlich, um es an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten anzupassen (z. B. um der Inflation Rechnung zu tragen).**

Wir geben diese Empfehlung aus, weil ein Mindestlohn die soziale Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt stärkt und die konkreten Lebensbedingungen der Arbeitnehmer in allen

Mitgliedstaaten verbessert, was vor dem Hintergrund eines sich rasch verändernden Arbeitsumfelds, beispielsweise aufgrund der Digitalisierung, besonders wichtig ist.

2. Es gibt bereits einen EU-Rechtsakt (EU-Arbeitszeitrichtlinie 2003/88/EG), der jedoch nicht ausreicht, um eine gesunde Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu gewährleisten. Zunächst empfehlen wir, den bestehenden Rahmen zu überprüfen, um sicherzustellen, dass er den aktuellen Umständen entspricht. Anschließend sollte die EU einen strengeren Überwachungsmechanismus einrichten, um dessen Umsetzung in allen Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Besonderes Augenmerk sollte auf die verschiedenen Bereiche gelegt werden, die sowohl in psychologischer als auch in physischer Hinsicht unterschiedliche Belastungen und Belastungen aufweisen. Gleichzeitig sind andere Sektoren jedoch auf eine größere Flexibilität ihrer Mitarbeiter angewiesen, um sich an die spezifischen Bedürfnisse der Unternehmen anzupassen.

Wir geben diese Empfehlung aufgrund der Bedeutung einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben stärkt den sozialen Zusammenhalt und trägt zur Schaffung gleicher Bedingungen für die Arbeitnehmer bei. Darüber hinaus wirkt es sich positiv auf das individuelle Wohlbefinden der Arbeitnehmer aus.

Unterachse 1.2 Jugend und Beschäftigung

3. Wir empfehlen, das Niveau aller Bildungsprogramme in der EU zu harmonisieren, indem nationale Inhalte akzeptiert werden. Daher empfehlen wir, dass alle Berufsabschlüsse in allen EU-Mitgliedstaaten validiert und gegenseitig anerkannt werden.

Wir geben diese Empfehlung aus, weil wir die Mobilität der europäischen Arbeitskräfte erleichtern und den Verwaltungsaufwand verringern wollen.

4. Wir empfehlen, Schülern der Sekundarstufe (ab 12 Jahren) einen Überblick über ihren zukünftigen Arbeitsmarkt zu geben, indem sie ihnen die Möglichkeit geben, an verschiedenen hochwertigen Beobachtungsbesuchen in gemeinnützigen und gemeinnützigen Organisationen teilzunehmen. Wir schlagen vor, Unternehmen zu ermutigen, Schüler für Beobachtungspraktika aufzunehmen, indem wir ihnen Zuschüsse gewähren. In abgelegenen Regionen mit geringeren Möglichkeiten müssen lokale Schulen, Behörden, Organisationen und Unternehmen eng zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass diese Beobachtungsbesuche ebenfalls zur Verfügung stehen.

Wir geben diese Empfehlung, weil wir wollen, dass junge Menschen sich ein Bild von den verschiedenen Möglichkeiten des Arbeitsmarktes machen, damit sie ihr Studium und ihre berufliche Zukunft besser auswählen und verstehen können, wie wichtig es ist, sich für eine gute Ausbildung zu entscheiden. Dies würde ihnen auch das Verantwortungsbewusstsein und die Achtung des Arbeitsmarktes vermitteln und ihnen dabei helfen, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren, was allen zugutekommen würde.

5. Wir empfehlen, die Praxis der nicht-technischen Fähigkeiten in allen Kursen der Lehrpläne zu integrieren. Unter nichttechnischen Kompetenzen verstehen wir: gegenseitiges Zuhören, Dialog, Widerstandsfähigkeit, Verständnis, Respekt und Wertschätzung für andere, kritisches Denken, Selbstlernen sowie neugierig und ergebnisorientiert bleiben. Lehrer sollten in enger Zusammenarbeit mit Sozialarbeitern und/oder Psychologen in der Vermittlung dieser Kompetenzen geschult werden. Weitere

Vorschläge für die Umsetzung: die Organisation von Schüleraustauschprogrammen zwischen den Schulen, die Teilnahme an Sport- und Kulturveranstaltungen zwischen den Schulen usw.

Wir geben diese Empfehlung an, denn nicht-technische Kompetenzen sind notwendige Grundfertigkeiten, die im digitalen Zeitalter verloren gehen und die unsere jungen Menschen in ihrem zukünftigen Leben unbedingt brauchen werden. Deshalb bestehen wir darauf, diese Fähigkeiten in die Lehrpläne zu integrieren, um jungen Menschen zu helfen, widerstandsfähig zu sein und psychische Probleme zu vermeiden oder zu überwinden, die sie in ihrem zukünftigen Leben erleben könnten. Soziale Kompetenzen stärken die zwischenmenschlichen Beziehungen und helfen den Menschen daher, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden.

6. Wir empfehlen, dass im Falle einer schweren Krise (Gesundheitskrise, Krieg usw.) gut durchdachte Pläne mit detaillierten Szenarien flexibel eingesetzt werden können, um die Auswirkungen auf das Studium, die Berufsausbildung und das psychische Wohlbefinden unserer Jugendlichen auf ein Minimum zu reduzieren. höhere Kosten für das Studium oder die Ausbildung, obligatorische Verlängerung des Studiums, Unmöglichkeit der Durchführung von Praktika, erhöhte psychische Probleme. Diese Pläne müssen so umgesetzt werden, dass die Auswirkungen auf junge Menschen und ihren Übergang in den Arbeitsmarkt so gering wie möglich gehalten werden.

Wir geben diese Empfehlung ab, da sich junge Menschen in Krisenzeiten in einer sehr verletzlichen Situation befinden.

Unterachse 1.3 Digitale Transformation am Arbeitsplatz

7. Wir empfehlen der EU, bestehende Rechtsvorschriften im Bereich der mobilen Arbeit einzuführen oder zu verschärfen („Smart Working“, d. h. Online- und Fernarbeit, z. B. von zu Hause aus oder von einem anderen online vernetzten Ort). Wir empfehlen der EU auch, Rechtsvorschriften zu erlassen, um Unternehmen dazu zu bewegen, sozial verantwortlich zu sein und hochwertige mobile Arbeitsplätze in der EU zu erhalten. Die Anreize können finanzieller Art sein und/oder dem Image des Unternehmens Rechnung tragen und sollten international anerkannten Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien (ESG) Rechnung tragen. Zu diesem Zweck sollte die EU eine Arbeitsgruppe aus Sachverständigen aller interessierten Kreise einsetzen, um diese Rechtsvorschriften zu überprüfen und zu stärken.

Wir geben diese Empfehlung aus, weil wir hochwertige mobile Arbeitsplätze fördern und deren Verlagerung in Drittländer mit geringeren Kosten vermeiden müssen. Die COVID-19-Pandemie und die globalen Wirtschaftstrends verstärken die Dringlichkeit, Arbeitsplätze in der EU zu schützen und mobile Arbeit zu regulieren.

8. Wir empfehlen, dass die EU allen EU-Bürgern das Recht auf digitale Bildung garantiert. Insbesondere könnten die digitalen Kompetenzen junger Menschen durch die Einführung eines EU-Zertifikats an Schulen gestärkt werden, das sie auf den künftigen Arbeitsmarkt vorbereiten würde. Wir empfehlen auch eine spezifische Ausbildung auf EU-Ebene zur Umschulung und Weiterbildung von Arbeitnehmern, damit sie auf dem Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig bleiben. Schließlich empfehlen wir der EU, die bestehenden digitalen Plattformen besser bekannt zu machen, die die Bürgerinnen und Bürger mit Arbeitgebern verbinden und ihnen dabei helfen, einen Arbeitsplatz in der EU zu finden, z. B. EURES.

Wir geben diese Empfehlung aus, da zertifizierte digitale Kompetenzen für den Zugang zum Arbeitsmarkt und für die Umschulung und Wettbewerbsfähigkeit von Arbeitnehmern von entscheidender Bedeutung sind.

Schwerpunkt 2 Eine zukunftsorientierte Wirtschaft

Unterachse 2.1 Innovation und europäische Wettbewerbsfähigkeit

9. Wir empfehlen der EU, für verschiedene Einrichtungen (Universitäten, Unternehmen, Forschungsinstitute usw.) Investitionsmöglichkeiten in Forschung und Innovation zu schaffen, um Folgendes zu entwickeln:

- **neue, nachhaltigere und biodiversifizierte Materialien, die die derzeit verwendeten ersetzen;**
- **innovative Verwendung vorhandener Materialien (unter anderem auf Recycling und modernste Techniken mit dem geringsten ökologischen Fußabdruck).**

Wir empfehlen, dass dies ein dauerhaftes und langfristiges Engagement der EU (mindestens bis 2050) ist.

Wir geben diese Empfehlung, weil wir auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen leben. Wenn wir eine Zukunft haben wollen, müssen wir das Klima schützen und nach Alternativen suchen, die den Planeten respektieren. Wir wollen auch, dass die EU in diesem Bereich mit einem starken Wettbewerbsvorteil auf internationaler Ebene zu einem führenden Akteur wird. Ziel der Empfehlung ist es, innovative Ergebnisse zu erzielen, die in großem Maßstab umgesetzt und in verschiedenen Bereichen und Ländern umgesetzt werden können. Sie würde sich auch positiv auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt auswirken, da neue Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich nachhaltiger Innovation geschaffen würden. Sie könnte zum Kampf gegen soziale Ungerechtigkeiten beitragen, da die heutigen Produktionsmittel, die auf Ausbeutung beruhen, durch andere, ethischere ersetzt werden.

10. Wir empfehlen der EU, sich langfristig kontinuierlich zu verpflichten, ihren Anteil an nachhaltig erzeugter Energie durch den Einsatz eines breiten Spektrums erneuerbarer Energiequellen mit dem niedrigsten ökologischen Fußabdruck (auf der Grundlage einer umfassenden Lebenszyklusanalyse) deutlich zu erhöhen. Darüber hinaus sollte die EU in die Verbesserung und Aufrechterhaltung der Qualität der Strominfrastruktur und des Stromnetzes investieren. Wir empfehlen auch, dass der Zugang zu Energie und die Erschwinglichkeit der Energie als Grundrecht der Bürger anerkannt werden.

Wir geben diese Empfehlung aus folgenden Gründen:

- die Diversifizierung der Energiequellen (einschließlich Solarenergie, Windenergie, Wasserstoff, Meerwasser oder andere künftige nachhaltige Methoden) würde die EU energetisch unabhängiger machen;
- sie würde die Stromkosten für die EU-Bürger senken;
- es würde Arbeitsplätze schaffen und den Energiemarkt umstrukturieren (insbesondere in den bisher von fossilen Brennstoffen abhängigen Regionen);
- sie könnte die wissenschaftliche Entwicklung innovativer Energieversorgungstechniken fördern;

- die Qualität der Strominfrastruktur und des Stromnetzes ist genauso wichtig wie die Energiequellen, da sie eine reibungslose, effiziente und erschwingliche Energieverteilung und -übertragung ermöglicht.

11. Wir empfehlen der EU, umweltverträglichere Produktionsprozesse aktiv zu fördern, indem Unternehmen, die in die Senkung der Umweltkosten ihrer Produktion investieren, subventioniert oder anderweitig belohnt werden. Wir fordern auch, dass Anstrengungen unternommen werden, um postindustrielle Standorte neu zu kultivieren und um bestehende Standorte herum geschützte Grünflächen zu schaffen. Die Unternehmen sollten verpflichtet sein, diese Anstrengungen zumindest teilweise aus eigenen Mitteln zu finanzieren.

Wir geben diese Empfehlung aus, da Produktionsprozesse ein wichtiger Bestandteil der Lieferkette sind. Wenn sie umweltfreundlicher sind, könnten unsere Auswirkungen auf das Klima erheblich reduziert werden. Wir sind der Ansicht, dass Unternehmen und Industrien dafür verantwortlich gemacht werden sollten, wie sie ihre Produkte herstellen (einschließlich Wiederanbaumaßnahmen und Umweltschutzmaßnahmen). Die Ökologisierung der Produktionsprozesse bereitet Unternehmen auch auf die Zukunft vor und stärkt ihre Widerstandsfähigkeit (um Arbeitsplätze zu schützen).

Unterachse 2.2 Nachhaltige Wirtschaft/Unterachse 2.3 Steuern

12. Wir empfehlen, Kunststoffverpackungen aufzugeben und wiederverwendbare Verpackungen zu verallgemeinern. Es sollten Anreize für Verbraucher und Unternehmen geschaffen werden, so dass es für einen Verbraucher nicht teurer ist, Schüttgüter („in bulk“ auf Englisch oder „Sfuso“ auf Italienisch) zu kaufen als verpackte Produkte. Unternehmen, die zu diesem Übergang beitragen, sollten Steuervorteile erhalten und andere, mehr Steuern zahlen. Produkte, die nicht wiederverwendet werden können, sollten recycelbar und/oder biologisch abbaubar sein. Es ist notwendig, eine öffentliche Einrichtung oder eine Aufsichtsbehörde einzurichten, die für die Überwachung, die Festlegung der Regeln und deren Verbreitung an alle zuständig ist. Es wird empfohlen, über diese Maßnahmen – auch über soziale Medien – aufzuklären und zu kommunizieren, und zwar sowohl an Unternehmen als auch an Verbraucher, um ihr langfristiges Verhalten zu ändern. Unternehmen (z. B. Bauunternehmen) sollten ermutigt und dabei unterstützt werden, die besten Lösungen für ihre Abfälle zu finden.

Wir geben diese Empfehlung, denn wir alle müssen für unser Handeln verantwortlich sein. Deshalb müssen wir alle Produktionsprozesse überdenken. Recycling erfordert viele Ressourcen (Wasser, Energie) und kann daher nicht die einzige Lösung sein, weshalb wir anbieten, Schüttgut zu verkaufen. Recycling sollte nur für leicht recycelbare Materialien verwendet werden, und wir haben aus dem finnischen Beispiel gelernt, dass es möglich ist, in großem Maßstab zu recyceln.

13. Wir empfehlen, bei der Besteuerung überall in Europa gleich zu sein und die Steuerpolitik in der gesamten EU zu harmonisieren. Die Harmonisierung in diesem Bereich sollte es den einzelnen Mitgliedstaaten ermöglichen, ihre eigenen Vorschriften festzulegen und gleichzeitig Steuerhinterziehung zu vermeiden. Sie wird schädlichen Steuerpraktiken und Steuerwettbewerb ein Ende setzen. Die Steuern sollten den Geschäftsverkehr dort betreffen, wo sie stattfinden: wenn ein Unternehmen in einem Land verkauft, sollte es in diesem Land Steuern zahlen. Ziel dieser neuen Vorschriften wäre es,

Standortverlagerungen zu verhindern und dafür zu sorgen, dass Produktion und Transaktionen zwischen europäischen Ländern stattfinden.

Wir geben diese Empfehlung aus, um Beschäftigung und Wirtschaftstätigkeit in Europa auf eine Weise zu schützen und zu entwickeln, die allen Mitgliedstaaten gerecht wird. Auf diese Weise wird Europa über ein gemeinsames Steuersystem verfügen und der absurden Monopolstellung sehr großer Unternehmen, die im Vergleich zu kleineren Unternehmen nicht genügend Steuern zahlen, ein Ende setzen. Darüber hinaus werden die Finanzmittel dort umgelenkt, wo die Geschäftstätigkeit ausgeübt wird.

14. Wir empfehlen, das geplante Obsoleszenzsystem von allen elektronischen Geräten zu entfernen. Die Änderung sollte sowohl auf individueller als auch auf kommerzieller Ebene erfolgen, um sicherzustellen, dass die Geräte langfristig repariert und aufgerüstet und lange aufbewahrt werden können. Wir empfehlen, aufgearbeitete Geräte zu bewerben. Eine Regulierung sollte Unternehmen dazu verpflichten, das Recht auf Reparatur, einschließlich Software-Upgrades und -Updates, zu gewährleisten und alle Geräte langfristig zu recyceln. Es wird auch empfohlen, dass jedes Unternehmen Standard-Anschlüsse verwendet.

Wir geben diese Empfehlung, weil Produkte in der modernen Welt zwei Jahre dauern und unser Wunsch ist, dass sie eine wesentlich längere Lebensdauer von etwa 10 Jahren haben. Dieser Vorschlag wird sich positiv auf den Klimawandel und die Ökologie auswirken. Sie wird auch die Kosten für die Verbraucher und den Konsum verringern.

15. Wir empfehlen, jedem dabei zu helfen, mehr über unsere Umwelt und ihre Verbindungen zur individuellen Gesundheit durch Bildung zu erfahren. Die Bildungswege helfen jedem, seine eigenen persönlichen Strategien zu definieren, um diese Themen in seinen Alltag zu integrieren. Diese Bildung sollte in der Schule mit spezifischen Fächern beginnen, die sich mit allen ökologischen Fragen befassen, und wir sollten uns unser ganzes Leben lang (z. B. bei der Arbeit) weiterbilden. Sie wird zur Abfallreduzierung und zum Schutz der Umwelt und der menschlichen Gesundheit beitragen und den lokalen Verbrauch gesunder und unverarbeiteter Erzeugnisse lokaler Erzeuger fördern. Diejenigen, die nichts tun, um ihren Abfall zu reduzieren, müssen eine kostenlose Schulung in diesem Bereich absolvieren. Um diese Anpassung des Lebensstils zu ermöglichen, müssen die Preise sowohl für den Erzeuger als auch für den Verbraucher fair sein. Daher schlagen wir vor, dass kleine, umweltfreundliche lokale Produzenten von Steuerbefreiungen profitieren.

Wir geben diese Empfehlung, weil wir glauben, dass sich viele Menschen noch nicht von diesen Fragen betroffen fühlen. Deshalb muss eine Bildung für alle in diesem Bereich geschaffen werden. Darüber hinaus sind lokale und gesunde Produkte für viele Menschen unerschwinglich. Wir müssen dafür sorgen, dass lokale Produkte für alle zugänglicher sind.

Unterachse 2.4 Landwirtschaft/Unterachse 2.5 Digitale Infrastruktur

16. Wir empfehlen die Einführung eines gemeinsamen europäischen Kennzeichnungssystems für Konsum- und Ernährungsprodukte, das leicht verständlich ist (z. B. Allergene, Herkunftsland usw.); wir empfehlen die Transparenz laufender Zulassungsverfahren und die Digitalisierung von Produktinformationen durch eine standardisierte europäische Anwendung, die einen nutzerfreundlicheren Zugang zu Informationen und zusätzliche Informationen über Produkte und die Produktionskette

ermöglichen würde. Wir sehen auch die Notwendigkeit eines wirklich unabhängigen Gremiums, das Lebensmittelnormen in der gesamten EU regelt und über Gesetzgebungsbefugnisse verfügt, damit Sanktionen verhängt werden können.

Wir geben diese Empfehlungen aus, denn alle EU-Bürger sollten auf dieselbe Lebensmittelqualität setzen können. Die Integrität der Lebensmittel ist notwendig, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Diese Empfehlungen wurden formuliert, um die Kontrolle der Zulassungsverfahren und die Transparenz der Lebensmittelproduktion auf harmonisierte Weise zu verbessern.

17. Wir empfehlen, dass die Infrastruktur dem Staat gehört, um das Entstehen von Monopolen im Bereich Telekommunikation und Internetdienste zu verhindern. Der Zugang zum Internet sollte ein Recht sein; es sollte Priorität haben, die Internetverbindung in „weiße/tote Zonen“ (Zonen ohne Internetzugang) zu bringen. Wenn es um den Zugang zum Internet und zu IT-Geräten geht, haben Kinder und Familien eine Priorität, insbesondere in Bezug auf die Bildung und insbesondere in Zeiten der Pandemie. Eine Initiative ist erforderlich, um die Telearbeit zu unterstützen, z. B. durch die Schaffung von Büroräumen mit Zugang zu einer schnellen und zuverlässigen Internetverbindung oder durch die Organisation digitaler Schulungen.

Wir geben diese Empfehlung aus, weil wir dafür sorgen müssen, dass die digitale Transformation fair verläuft. Der Zugang zum Internet ist für die Demokratie von grundlegender Bedeutung und ein Recht aller europäischen Bürger.

18. Wir empfehlen, lokale Insekten zu respektieren und vor invasiven Arten zu schützen. Wir schlagen auch vor, die Verpflichtung, Grünflächen in neuen Urbanisierungsprojekten vorzusehen, zu fördern und zu verteidigen. Wir fordern, dass die biologische Vielfalt in Schulen zu einem Pflichtfach wird und schulische Aktivitäten, z. B. praktische Aktivitäten, zum Gegenstand haben. Wichtig ist eine stärkere Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die biologische Vielfalt durch Medienkampagnen und EU-weite „Wettbewerbe“ (Wettbewerbe auf lokaler Ebene). Wir empfehlen, in allen EU-Mitgliedstaaten verbindliche nationale Ziele für die Wiederaufforstung durch einheimische Bäume und die Wiedereinführung der lokalen Flora festzulegen.

Wir geben diese Empfehlung aus, weil die biologische Vielfalt für die Umwelt, die Lebensqualität und die Bekämpfung des Klimawandels von entscheidender Bedeutung ist.

Achse 3 Eine gerechte Gesellschaft

Unterachse 3.1 Soziale Sicherheit

19. Wir empfehlen, die Gleichstellung der Rechte und Sozialpolitiken, einschließlich der Gesundheitspolitik, zu fördern, die EU-weit harmonisiert sind und die erlassenen Vorschriften und Mindestanforderungen im gesamten Land berücksichtigen.

Wir geben diese Empfehlung an, da es zwischen den Mitgliedstaaten große Unterschiede in der Sozialpolitik gibt, die abgebaut werden müssen, um ein menschenwürdiges Leben für alle Bürger

zu gewährleisten und schutzbedürftigen Menschen aus verschiedenen Gründen (Gesundheit, Alter, sexuelle Orientierung usw.) die notwendige Betreuung und Unterstützung zu bieten.

20. Der Hof empfiehlt, die Forschung in den Bereichen Soziales und Gesundheit in der EU zu fördern, indem vorrangige Linien verfolgt werden, die von öffentlichem Interesse sind und von den Mitgliedstaaten gebilligt werden, und eine angemessene Finanzierung vorsehen. Wir müssen die Zusammenarbeit zwischen Fachgebieten, Ländern, Studienzentren (Universitäten usw.) verstärken.

Wir geben diese Empfehlung aus, denn es gibt viele Bereiche, in denen wir Fortschritte machen und unser Wissen vertiefen müssen. Die Erfahrung mit der Pandemie liefert uns ein Beispiel dafür, dass Forschung für die Verbesserung des Lebens von entscheidender Bedeutung ist, dass die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor und zwischen den Regierungen unerlässlich ist und dass finanzielle Unterstützung erforderlich ist.

21. Wir empfehlen, dass die EU über mehr sozialpolitische Kompetenzen verfügt, um die Mindestvorschriften und Rentenleistungen in der gesamten EU auf der Grundlage einer eingehenden Diagnose zu harmonisieren und neue zu entwickeln. Die Mindestrente muss über der Armutsgrenze des Landes liegen. Das Rentenalter sollte je nach Berufskategorie variieren und für geistig und körperlich anspruchsvolle Berufe niedriger sein. Gleichzeitig sollte das Recht auf Arbeit für ältere Menschen, die weiterhin auf freiwilliger Basis arbeiten möchten, gewährleistet werden.

Wir geben diese Empfehlung, weil die Lebenserwartung steigt und die Geburtenrate sinkt. Die europäische Bevölkerung wird älter, weshalb wir weitere Maßnahmen ergreifen müssen, um das Risiko der Marginalisierung älterer Menschen zu vermeiden und ihnen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

22. Wir empfehlen die Annahme eines Maßnahmenpakets, um eine Erhöhung der Geburtenrate zu fördern und geeignete Lösungen für die Kinderbetreuung zu gewährleisten. Diese Maßnahmen sollten unter anderem erschwingliche und barrierefreie Kinderbetreuungsdienste (am Arbeitsplatz, nachts, Mehrwertsteuerermäßigung für Kinderausrüstungen), Wohnraum, stabile Beschäftigung, Mutterschaftsunterstützung, spezifische Unterstützung und Arbeitsschutz für Jugendliche und Eltern sowie Unterstützung von Müttern und Vätern in Form des Zugangs zu Wissen bei der Rückkehr in die Arbeit umfassen.

Wir machen diese Empfehlung, weil sich die EU durch niedrige Geburtenraten auszeichnet, die ebenfalls zur Alterung der europäischen Bevölkerung beitragen und sofortige Maßnahmen erfordern. Das vorgeschlagene Maßnahmenpaket zielt darauf ab, jungen Familien die notwendige Stabilität bei der Kinderbetreuung zu gewährleisten.

23. Wir empfehlen, Sozialhilfe und Gesundheitsfürsorge für ältere Menschen zu Hause und in Pflegeheimen zu gewährleisten. Es ist auch notwendig, die Unterstützung für ältere Menschen (in der Nähe) zu verbessern.

Wir geben diese Empfehlung an, da die Lebenserwartung steigt und die Geburtenrate sinkt; die europäische Bevölkerung wird älter, weshalb wir weitere Maßnahmen ergreifen müssen, um das

Risiko der Marginalisierung älterer Menschen zu vermeiden und ihnen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

24. Wir empfehlen der EU, die Palliative Care und den assistierten Tod [Euthanasie] anhand konkreter Regeln und Vorschriften zu unterstützen.

Wir geben diese Empfehlung, da dies die Schmerzen von Patienten und Familien reduzieren und ein anständiges Ende des Lebens garantieren würde.

Unterachse 3.2 Gleichstellung der Rechte

25. Wir empfehlen der EU, den gezielten Zugang der Bürger zu angemessenen Sozialwohnungen entsprechend ihren spezifischen Bedürfnissen zu unterstützen. Die finanziellen Anstrengungen sollten zwischen privaten Gebern, Eigentümern, Wohnungsempfängern, Regierungen der Mitgliedstaaten auf zentraler und lokaler Ebene und der Europäischen Union aufgeteilt werden. Ziel sollte es sein, den Bau/die Instandsetzung des bestehenden Sozialwohnungsbestands zu erleichtern, einschließlich der Nutzung von Genossenschaften, der Vermietung und des Kaufs. Die Beihilfe sollte auf der Grundlage klarer Kriterien gewährt werden (z. B. Höchstfläche/zu subventionierende Person, Einkommen der Begünstigten usw.).

Wir geben diese Empfehlung aus, denn eine Verbesserung des Zugangs zu Wohnraum würde sicherstellen, dass die Unionsbürgerinnen und -bürger greifbare gleiche Rechte genießen und die sozialen Spannungen abfedern. Die EU ist in erster Linie aufgerufen, den Unterstützungsmechanismus zu überwachen. Die nationalen und lokalen Behörden sollten sich stärker um die Lösung von Wohnungsproblemen bemühen.

26. Wir empfehlen der EU, die Regulierung und einheitliche Umsetzung von Maßnahmen zur Unterstützung von Familien mit Kindern in allen Mitgliedstaaten zu verbessern. Zu diesen Maßnahmen gehören insbesondere: eine Erhöhung der Dauer des Elternurlaubs, der Höhe des Geburtsgelds und des Kinderbetreuungsgelds.

Wir geben diese Empfehlung aus, weil wir der Meinung sind, dass diese Maßnahmen dazu beitragen würden, das demografische Problem, mit dem die EU konfrontiert ist, zu mildern. Sie würden auch die Gleichstellung der Geschlechter zwischen den Eltern verbessern.

27. Wir empfehlen der EU, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass alle Familien in allen Mitgliedstaaten die gleichen Familienrechte genießen. Diese Rechte umfassen das Recht auf Eheschließung und Adoption.

Wir geben diese Empfehlung aus, weil wir der Meinung sind, dass alle EU-Bürger gleiche Rechte genießen sollten, auch in Bezug auf die Rechte der Familie. Die Familie ist die Grundform der sozialen Organisation. Eine glückliche Familie trägt zu einer gesunden Gesellschaft bei. Mit der Empfehlung soll sichergestellt werden, dass alle Bürger unabhängig von Geschlecht, Erwachsenenalter, ethnischer Herkunft oder körperlicher Gesundheit die Rechte der Familie genießen.

Unterachse 3.3 Gleichheit/Unterachse 3.4 Zugang zum Sport

28. Der Hof empfiehlt, dass die EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025 nachdrücklich gefördert wird und als dringendes Thema, das von den Mitgliedstaaten wirksam angegangen wird, hohe Priorität genießt. Die EU sollte a) Indikatoren (Einstellungen, Lohngefälle, Beschäftigung, Führung usw.) festlegen, die Strategie jährlich überwachen und die erzielten Ergebnisse transparent machen; und b) Einrichtung eines Ombudsmanns, um direkte Rückmeldungen der Bürger zu erhalten.

Wir geben diese Empfehlung aus, weil wir der Ansicht sind, dass die Gleichstellung der Geschlechter in der EU bei weitem nicht zufrieden stellend ist. Es bedarf einer Harmonisierung der Gleichstellung der Geschlechter und der Bürgerrechte auf europäischer Ebene, um die diesbezüglichen Ziele in allen Ländern und nicht nur in jenen Ländern zu erreichen, in denen der Kompromiss stärker ist. Wir legen Wert auf die Präsenz und den Beitrag von Frauen in Führungspositionen und in jeder Art von Beruf, um eine vielfältige und erfolgreiche Europäische Union zu erreichen. Frauen sind in vielen Situationen benachteiligt (auch wenn sie ein gutes Bildungsniveau haben/haben einen Hochschulabschluss oder andere Privilegien), so dass eine solche Strategie absolut notwendig ist.

29. Wir empfehlen der EU, Sport und körperliche Aktivität in allen Mitgliedstaaten zu fördern und dafür zu sensibilisieren, weil sie gesundheitliche Vorteile haben. Sport und körperliche Aktivität sollten in die Sozialpolitik, die Politik im Bereich der psychischen und körperlichen Gesundheit sowie in die Bildungs- und Arbeitspolitik einbezogen werden (d. h. Förderung der Verschreibung von Sport und/oder körperlicher Betätigung durch Ärzte und gegebenenfalls Gewährleistung des Zugangs zu Sporteinrichtungen; 1 Stunde Arbeit/Woche für körperliche Aktivität usw.).

Wir geben diese Empfehlung an, da es sich um eine langfristige Investition handelt. Investitionen in Sport und körperliche Aktivität reduzieren Kosten und Belastungen für das Gesundheitswesen. Zum Beispiel würden Sport und körperliche Aktivität als Gesundheitsintervention die Dauer der Behandlungen verkürzen und wirksamer machen. Diese Strategie wird bereits in einigen Ländern wie Deutschland erfolgreich umgesetzt. Sport ist eine Möglichkeit, Werte wie Engagement, Anstrengung, Selbstwertgefühl, Respekt oder Kameradschaft aufzubauen. Sitzende Lebensstile sind häufiger als bei früheren Generationen, unter anderem aufgrund einer größeren Anzahl von Bürojobs und/oder Änderungen der Freizeitgewohnheiten.

30. Wir empfehlen der EU, jeden Mitgliedstaat dazu zu verpflichten, über einen Mindestlohn zu verfügen, der sich nach den Lebenshaltungskosten in seinem Hoheitsgebiet richtet und als gerechter Lohn gilt, der Mindestbedingungen über der Armutsgrenze ermöglicht. Jeder Mitgliedstaat muss dies überwachen.

Wir geben diese Empfehlung, weil es unfair ist, dass wir nicht das Ende des Monats erreichen können, wenn wir arbeiten. Faire Löhne sollten zur Lebensqualität auf sozialer Ebene beitragen. Unfaire Löhne haben hohe Kosten für die Staaten (Sicherheit, Steuervermeidung, höhere soziale Kosten usw.).

31. Wir empfehlen eine EU-weite Steuerharmonisierung in den Mitgliedstaaten (um Steueroasen in der EU zu vermeiden und Standortverlagerungen innerhalb Europas zu

bekämpfen) sowie steuerliche Anreize, um der Verlagerung von Arbeitsplätzen außerhalb Europas entgegenzuwirken.

Wir machen diese Empfehlung, weil wir uns Sorgen über die Auswirkungen der Verlagerung von Arbeitsplätzen aus Europa machen und glauben, dass sie den Steuerwettbewerb zwischen den EU-Mitgliedstaaten verhindern würde.

Schwerpunkt 4 Lernen in Europa

Unterachse 4.1 Europäische Identität/Unterachse 4.2 Digitale Bildung

32. Wir empfehlen, die Mehrsprachigkeit schon in jungen Jahren zu fördern, zum Beispiel schon im Kindergarten. Ab der Grundschule sollte es verpflichtend sein, dass Kinder in einer anderen aktiven EU-Sprache ein C1-Niveau erreichen.

Wir machen diese Empfehlung, weil Mehrsprachigkeit ein Instrument ist, das die Bürger und eine Brücke zu anderen Kulturen verbindet, indem sie andere Länder und ihre Kulturen zugänglicher macht. Es stärkt die europäische Identität und den interkulturellen Austausch. Es ist wichtig, andere Kulturen im Kontext der Europäischen Union kennenzulernen. Daher würde die Fähigkeit, auf einem guten Niveau in zwei Sprachen zu sprechen, dazu beitragen, eine gemeinsame europäische Identität zu schaffen und andere europäische Kulturen zu verstehen. Die EU muss eng mit den Bildungseinrichtungen zusammenarbeiten, um gute Bildungsergebnisse zu erzielen. Darüber hinaus ist ein spezifisches Programm (z. B. digitale Plattformen, erweiterte Erasmus-Programme usw.) erforderlich, um die Mehrsprachigkeit ausschließlich zu fördern. Die derzeitigen Europäischen Schulen können in dieser Hinsicht als Vorbild dienen. Die EU sollte mehr Schulen dieser Art einrichten und aktiv fördern.

33. Wir empfehlen der EU, junge Menschen stärker für die Gefahren des Internets und der Digitalisierung zu sensibilisieren, indem sie ein Pflichtfach in der Primarschule schafft. Die EU sollte Instrumente entwickeln und gemeinsame Ausbildungsräume schaffen, in denen junge Menschen gemeinsam lernen können.

Wir geben diese Empfehlung aus, da die laufenden Initiativen oder Programme in diesem Bereich nicht ausreichen. Darüber hinaus kennen viele EU-Bürger die bestehenden EU-Initiativen in diesen Bereichen nicht. Kinder sind sich der Gefahren des Internets nicht ausreichend bewusst, weshalb wir viel mehr tun sollten, um die jüngere Generation zu sensibilisieren.

34. Wir empfehlen der EU, die Technologie für ältere Menschen zugänglicher zu machen, indem sie Programme und Initiativen fördert, z. B. in Form von Kursen, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind. Die EU sollte das Recht garantieren, digitale Medien für diejenigen zu nutzen, die dies wünschen, und Alternativen für diejenigen vorschlagen, die dies nicht wollen.

Wir geben diese Empfehlung aus, da die EU sicherstellen sollte, dass ältere Menschen an der digitalen Welt teilnehmen können und niemand diskriminiert wird. Für Generationen, die weniger Erfahrung mit der Nutzung bestimmter Technologien haben, sollten vereinfachte Instrumente eingeführt werden, um sie in die heutige Welt zu integrieren. Wir empfehlen, bereits bestehende

Initiativen besser zu fördern, damit die Bürger davon erfahren. Ältere Menschen sollten in der EU nicht diskriminiert werden, wenn es um den Einsatz von IT-Instrumenten geht. (Dies bedeutet nebenbei, dass die Bürger in der Lage sein sollten, ihr Leben zu leben, ohne über ein Internet gehen zu müssen.) Die EU sollte für ältere Menschen ständige kostenlose Unterstützung organisieren und ihnen zur Verfügung stellen, um den Zugang zu digitalen Werkzeugen zu erleichtern.

Unterachse 4.3 Kulturaustausch/Unterachse 4.4 Umweltbildung

35. Wir empfehlen der EU, eine Plattform zu schaffen, auf der Lehrmaterialien über Klimawandel, Nachhaltigkeit und Umweltfragen für Bildungszwecke zur Verfügung gestellt werden. Diese Informationen sollten auf Fakten beruhen, von Sachverständigen überprüft und an die einzelnen Mitgliedstaaten angepasst werden. Die Plattform:

- sollte Lehren für verschiedene Zielgruppen umfassen, z. B. für Menschen, die in städtischen oder ländlichen Gebieten leben, alle Altersgruppen und alle Niveaus der Vorkenntnisse;
- muss allen Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden und leicht zugänglich sein;
- bei seiner Umsetzung einen Absatzförderungsplan enthalten sollte, an dem die betreffenden Unternehmen beteiligt sein sollten;
- könnte zusammen mit einem Finanzierungsprogramm zur Unterstützung der Nutzung und Umsetzung der auf der Plattform verfügbaren Informationen zur Verfügung gestellt werden. Mit diesen Mitteln sollten auch Besuche vor Ort unterstützt werden, um konkrete Beispiele zu präsentieren.

Wir geben diese Empfehlung ab, weil Menschen jeden Alters Zugang zu Fakten über den Klimawandel, die Nachhaltigkeit und Umweltfragen haben müssen. Wichtige Begriffe wie der ökologische Fußabdruck müssen von allen verstanden werden, insbesondere von jungen Menschen, denn das, was wir als Kinder lernen, begleitet uns unser ganzes Leben lang. Diese Themen sind komplex und Desinformation ist weit verbreitet. Wir brauchen eine zuverlässige Quelle, und die EU verfügt über die Glaubwürdigkeit und die Ressourcen, um diese Rolle zu übernehmen. Dies ist auch wichtig, weil der Kenntnisstand und der Zugang zu glaubwürdigen Informationen von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich sind.

36. Wir empfehlen der EU, vorrangig dafür zu sorgen, dass Austauschprogramme für alle zugänglich sind (Altersgruppen, Mitgliedstaaten, Bildungsniveaus und finanzielle Leistungsfähigkeit) und Praktika oder Austausch zwischen Sektoren, Ländern, Bildungseinrichtungen, Städten und Unternehmen ermöglichen. Die EU sollte für die Einleitung, Vermittlung und Finanzierung des kulturellen und sozialen Austauschs in der gesamten EU sowohl physisch als auch digital verantwortlich sein. Die EU muss diese Initiativen aktiv fördern und auf Personen abzielen, die noch keine Kenntnis von kulturellen und sozialen Austauschprogrammen haben. Die Konferenz zur Zukunft Europas, für die die Bürgerinnen und Bürger zufällig ausgewählt wurden, ist das perfekte Beispiel für einen europäischen Austausch. Wir wollen mehr Initiativen dieser Art, aber wir wollen auch kleinere Initiativen sowie den Austausch in den Bereichen Sport, Musik, (soziale) Praktika usw.

Wir geben diese Empfehlung, weil es wichtig ist, ein Gefühl der Zugehörigkeit und des Zusammenhalts zu schaffen und Toleranz gegenüber unserer großartigen Vielfalt und unseren unterschiedlichen Sichtweisen sowie der Entwicklung individueller Kompetenzen zu fördern. Dieser

Prozess wird Freundschaften, gegenseitiges Verständnis und kritisches Denken entwickeln. Wir möchten das Engagement aller Mitglieder unserer Gemeinschaften fördern, auch derjenigen, die bisher nicht an solchen Initiativen teilgenommen haben.

Unterachse 4.5 Qualität, Finanzierung und Zugang zu Bildung/Unterachse 4.6 Harmonisierung der Bildung

37. Wir empfehlen allen Mitgliedstaaten, bereits in der Grundschule einen zertifizierten Mindeststandard für den Unterricht in den Kernfächern festzulegen und anzunehmen. Es geht darum, sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigter Zugang zu hochwertiger Bildung haben, die für Gleichheit und Gleichheit sorgt.

Wir geben diese Empfehlung aus folgenden Gründen:

- die Existenz eines Mindeststandards würde das Vertrauen von Eltern, Lehrern und Schülern in ihre Bildungssysteme stärken und gleichzeitig Raum für Initiative und Vielfalt schaffen.
- Wenn sie umgesetzt wird, wird unsere Empfehlung die gemeinsame europäische Identität stärken und stärken und den Zusammenhalt, die Einheit und das Zugehörigkeitsgefühl fördern.
- Die Umsetzung dieser Empfehlung würde die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen Schulen in der gesamten EU stärken, was die Beziehungen zwischen Lehrkräften und Schülern verbessern und Austauschprogramme erheblich erleichtern würde.

38. Wir empfehlen, dass Englisch als Hauptfach an Grundschulen in allen EU-Mitgliedstaaten nach einem zertifizierten Standard unterrichtet wird, um die Fähigkeit der europäischen Bürger zur effektiven Kommunikation zu erleichtern und zu stärken.

Wir geben diese Empfehlung aus folgenden Gründen:

- dies würde mehr Einheit und Gleichheit ermöglichen, indem die Fähigkeit der Bürger, miteinander zu kommunizieren, gestärkt und eine stärkere gemeinsame europäische Identität gefördert würde;
- dies würde den Arbeitsmarkt erweitern und ihn flexibler und zugänglicher machen, was den Bürgern das nötige Vertrauen geben würde, in allen anderen Mitgliedstaaten zu arbeiten und zu kommunizieren, die mehr persönliche und berufliche Perspektiven bieten.
- ein solcher Ansatz würde die Verbreitung einer gemeinsamen europäischen Sprache innerhalb kürzester Zeit ermöglichen;
 - die Verwendung einer gemeinsamen Sprache beschleunigt den Informationsaustausch, was der Zusammenarbeit, der gemeinsamen Krisenreaktion, der humanitären Hilfe und der Annäherung zwischen Europa und den Europäern zugute käme.

Schwerpunkt 5 Ethische und sichere digitale Transformation

Unterachse 5.1 Demokratisierung des digitalen Wandels/Unterachse 5.2 Cybersicherheit

39. Wir empfehlen, dass die EU über mehr Befugnisse verfügt, um illegale Inhalte und Cyberkriminalität zu bekämpfen. Wir empfehlen den Ausbau der Kapazitäten von Europol/des Europäischen Zentrums zur Bekämpfung der Cyberkriminalität, einschließlich:

- durch Erhöhung der finanziellen Ressourcen und des Personalbestands
- Gewährleistung ähnlicher Sanktionen in jedem Land
- Gewährleistung einer raschen und wirksamen Kontrolle der Rechtmäßigkeit

Wir geben diese Empfehlung aus, um die Freiheit im Internet zu gewährleisten und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass Diskriminierung, Missbrauch und Belästigung sanktioniert werden. Wir unterstützen die Idee einer europäischen öffentlichen Einrichtung, weil wir die Regulierung von Online-Plattformen nicht allein privaten Unternehmen überlassen wollen. Online-Plattformen müssen die Verantwortung für die verteilten Inhalte übernehmen, aber wir wollen sicherstellen, dass nicht ihre Interessen Vorrang haben. Die Regulierung von Inhalten und die Strafverfolgung von Verantwortlichen muss schnell und wirksam sein, damit sie auch schädliche Personen abschrecken.

40. Wir empfehlen der EU, in hochwertige und innovative digitale Infrastrukturen zu investieren (z. B. in Europa in Entwicklung befindliche 5G), um die Autonomie Europas zu gewährleisten und der Abhängigkeit von Drittländern oder privaten Unternehmen vorzubeugen. Die EU sollte auch den Investitionen in ihren Regionen mit Entwicklungsrückstand besondere Aufmerksamkeit widmen.

Wir geben diese Empfehlung aus, weil die digitale Infrastruktur eine wichtige Rolle in der europäischen Wirtschaft und im Alltag der Europäer spielt, die sie erleichtern. Europa braucht daher eine hochwertige digitale Infrastruktur. Wenn es von Dritten abhängig ist, kann Europa anfällig für negative Einflüsse privater Unternehmen oder ausländischer Unternehmen sein. Europa sollte daher in digitale Infrastrukturen investieren, um seine Autonomie zu verbessern. Es ist auch wichtig, die digitale Inklusion zu gewährleisten, indem sichergestellt wird, dass weniger digital entwickelte Regionen in den Genuss von Investitionen kommen.

41. Wir empfehlen der EU, die Aufklärung über Falschmeldungen, Desinformation und Online-Sicherheit in europäischen Schulen zu fördern. Sie sollte sich an Beispielen bewährter Verfahren aus der gesamten EU orientieren. Die EU sollte eine Organisation einrichten, die speziell für die Förderung dieser Arbeit und die Abgabe von Empfehlungen an die Bildungssysteme zuständig ist. Sie sollte auch die nichtformale Bildung und innovative und kreative Unterrichtstechniken (z. B. partizipative Spiele) fördern.

Wir geben diese Empfehlung, weil die Einführung von Kursen über Online-Sicherheit und digitale Sicherheitskultur (Bekämpfung von Online-Betrug, Falschmeldungen usw.) in der Schule wichtig ist, um jedem die notwendigen Werkzeuge zu geben, um sich vor Online-Bedrohungen zu schützen. Es ist wichtig, junge Menschen anzusprechen, die dieser Art von Bedrohungen sehr ausgesetzt sind. Schulen können auch mit den Eltern kommunizieren, um bewährte Praktiken zu fördern. Diese Kurse können sich an Beispielen bewährter Verfahren in Europa (z. B. in Finnland) orientieren und sich gleichzeitig an die Bedürfnisse der einzelnen Länder anpassen.

Unterachse 5.3 Datenschutz

42. Wir empfehlen, den Missbrauch von Daten durch „Datenspeicher“ weiter einzuschränken, indem die DSGVO (Datenschutz-Grundverordnung) besser durchgesetzt wird, EU-weit einheitlichere Mechanismen geschaffen werden und dass auch nicht-europäische Unternehmen, die in der EU tätig sind, diese Verordnung einhalten. Diese Verbesserung sollte eine klare und knappe Erläuterung der Bedingungen für die Datennutzung umfassen, um Unklarheiten zu vermeiden und zusätzliche Informationen darüber bereitzustellen, wie und von wem die Daten verwendet werden, und zu vermeiden, dass die Zustimmung zur Weiterverwendung und Weiterveräußerung der Daten die Standardoption darstellt. Sie sollte sicherstellen, dass die Daten auf Antrag eines Bürgers endgültig gelöscht werden. Sie sollte auch die Kohärenz der Überwachung der Einhaltung der Vorschriften in Bezug auf die Profilerstellung von Personen auf der Grundlage ihrer Online-Aktivitäten verbessern. Wir schlagen zwei Arten von Sanktionen vor: eine Geldbuße, die dem Umsatz des Unternehmens und den Beschränkungen der Geschäftstätigkeit des Unternehmens entspricht.

Wir geben diese Empfehlung an, da die Transparenz derzeit in Bezug auf die Art der erhobenen Daten, die Art der Verarbeitung und die Identität der Daten, an die sie verkauft werden, sehr begrenzt ist. Wir müssen den Machtmissbrauch durch Datenriesen weiter einschränken und sicherstellen, dass die Bürger der Verarbeitung ihrer Daten in voller Kenntnis der Sachlage zustimmen.

43. Wir empfehlen die Einrichtung einer unabhängigen europaweiten Agentur, die das aufdringliche Verhalten (z. B. Spam) klar definieren und Leitlinien entwickeln sollte, wie Bürger der Verarbeitung ihrer Daten widersprechen und diese löschen können, insbesondere von Dritten. Diese Agentur muss den Auftrag haben, Betrüger und Organisationen, die die Regeln nicht einhalten, zu identifizieren und zu bestrafen. Sie sollte sicherstellen, dass Einrichtungen, die ihren Sitz außerhalb der EU haben, aber dort tätig sind, die EU-Vorschriften einhalten. Sie würde von den EU-Organen finanziert und würde aus einem gemischten Rat unabhängiger Einrichtungen (d. h. Experten aus akademischen Kreisen und Einrichtungen, die Fachleute vertreten) bestehen. Sie sollte über ein rotierendes Praesidium verfügen. Wir schlagen zwei Arten von Sanktionen vor: eine Geldbuße im Verhältnis zum Umsatz der Unternehmen und zu den Beschränkungen der Geschäftstätigkeit der Unternehmen.

Wir geben diese Empfehlung aus, da es keine zentrale Agentur mit einem soliden Mandat gibt, die den Bürgern helfen kann, insbesondere wenn sie ein Problem haben und Hilfe, Beratung oder Unterstützung benötigen. Es gibt keine klaren und verbindlichen Regeln, die die Unternehmen befolgen müssen. Sanktionen werden nicht angewendet oder haben unerhebliche Auswirkungen auf die Unternehmen.

44. Wir empfehlen, ein EU-Zertifizierungssystem einzurichten, das die Einhaltung der DSGVO (Datenschutz-Grundverordnung) auf transparente Weise bescheinigt und sicherstellen würde, dass Datenschutzinformationen leicht zugänglich, klar und einfach dargestellt werden. Dieses Zertifikat wäre obligatorisch und auf Websites und Plattformen sichtbar. Es sollte von einem zu diesem Zweck bestehenden oder eingerichteten unabhängigen europäischen Zertifizierungsprüfer ausgestellt werden, der weder mit den nationalen Regierungen noch mit dem Privatsektor verbunden ist.

Wir geben diese Empfehlung an, da es derzeit keine oder nur geringe Transparenz darüber gibt, wie die Daten von jedem Unternehmen geschützt werden, und Benutzer/Kunden können keine fundierte Entscheidung treffen.

45. Wir empfehlen, die DSGVO besser zu erläutern und die Kommunikation darüber zu verbessern, indem ein Standardtext zur Einhaltung der Verordnung erstellt wird, der eine einfache und klare Sprache verwendet, die für alle verständlich ist. Dieser Text sollte eine Schlüsselbotschaft und/oder Grundprinzipien enthalten. Das Zustimmungsverfahren sollte visueller sein (z. B. ein Antrag auf ausdrückliche Genehmigung des Zugangs zum Telefon über eine App). Sie sollte von einer Informationskampagne (insbesondere im Fernsehen) und systematisch von obligatorischen Kursen (zumindest für diejenigen, die mit Daten arbeiten) und der Beratung derer, die Hilfe benötigen, begleitet werden.

Wir geben diese Empfehlung aus, da der Wortlaut der DSGVO derzeit zu vage und zu technisch ist und die Menge an Informationen überwältigend ist und nicht für jedermann zugänglich ist. Die Kommunikation ist auch von Land zu Land nicht ähnlich und schließt oft verschiedene Gruppen aus, vor allem ältere Menschen und Menschen, die vor der Digitalisierung geboren wurden.

Unterachse 5.4 Digitale Transformation und Gesundheit

46. Wir empfehlen der EU, das Problem der „falschen Informationen“ mit zwei Mitteln anzugehen:

- **Rechtsvorschriften, die es Social-Media-Unternehmen ermöglichen, Algorithmen für maschinelles Lernen zu implementieren, die die Zuverlässigkeit von Informationen in sozialen Medien und neuen Medien hervorheben können, indem sie dem Nutzer verifizierte Informationsquellen zur Verfügung stellen. Wir empfehlen, dass Algorithmen von Experten kontrolliert werden, um sicherzustellen, dass sie ordnungsgemäß funktionieren;**
- **die Einrichtung einer digitalen Plattform, die Informationen aus traditionellen Medien (z. B. Fernsehen, Printmedien, Radio) unabhängig von politischen und wirtschaftlichen Interessen bewertet und die Bürger über die Qualität der Informationen informiert, ohne irgendeine Form der Zensur anzuwenden. Diese Plattform sollte der öffentlichen Kontrolle unterliegen und den höchsten Transparenzstandards genügen, und die EU sollte sicherstellen, dass die ihr zugewiesenen Mittel für die vorgesehenen Zwecke verwendet werden.**

Wir geben diese Empfehlung an, da verschiedene Medientypen betroffen sind, und wir sind der Meinung, dass Sanktionen oder die Entfernung von Inhalten zu Zensur führen und die Meinungsfreiheit und die Pressefreiheit untergraben können. Wir empfehlen Experten, das ordnungsgemäße Funktionieren des Algorithmus zu überprüfen und zu kontrollieren, um sicherzustellen, dass er ordnungsgemäß funktioniert. Schließlich empfehlen wir, dass die Plattform unpolitisch und unabhängig ist, um Transparenz und Meinungsfreiheit zu gewährleisten. Da es nicht möglich ist, Falschmeldungen vollständig loszuwerden, wird die Bereitstellung dieser Instrumente für die Bürgerinnen und Bürger dazu beitragen, ihre Auswirkungen in Europa zu verringern.

47. Wir empfehlen der EU, verschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um eine gesunde Nutzung des Internets zu gewährleisten:

- **erstens muss die EU den Mangel an Infrastruktur und Ausrüstung beheben, der den Bürgern den Zugang zum Internet verwehrt;**

- **dann empfehlen wir der EU, die Mitgliedstaaten zu ermutigen, Schulungen über das Internet und seine Risiken für alle Altersgruppen einzuführen. Dies könnte durch die Einführung von Kursen in Schulen für Kinder und Jugendliche und durch die Schaffung verschiedener Programme und Lehrpläne geschehen, um erwachsene und ältere Bürger zu erreichen. Der Inhalt dieser Kurse sollte auf europäischer Ebene von einer Gruppe unabhängiger Sachverständiger festgelegt werden.**
- **Schließlich fordern wir die EU auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Digitalisierung der Gesellschaft ältere Menschen nicht ausschließt, und dafür zu sorgen, dass grundlegende Dienstleistungen auch persönlich zugänglich sind.**
- **Die EU sollte sicherstellen, dass die speziell für diese Tätigkeiten bereitgestellten Mittel für die vorgesehenen Zwecke verwendet werden.**

Wir geben diese Empfehlung aufgrund des Mangels an Infrastruktur und Ausrüstung (z. B. Geräte) an einigen Orten in Europa und der Notwendigkeit, die Verbindung zu gewährleisten, bevor die Bürger erzogen werden, da wir wissen, dass der Internetzugang in einigen Regionen und für bestimmte Profile begrenzt ist. Wir empfehlen, Kurse zu organisieren, um Kindern beim Erwerb digitaler Fähigkeiten zu helfen, andere Programme vorzusehen, um älteren Menschen beim digitalen Wandel zu helfen, und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass der digitale Wandel die Rechte älterer Menschen nicht beeinträchtigt.

48. Wir empfehlen der EU, die Aufklärung der Bürger in jedem Mitgliedstaat zu fördern, um kritisches Denken, Skepsis und Faktenprüfung zu stärken und ihnen beizubringen, unabhängig zu beurteilen, ob Informationen zuverlässig sind oder nicht. Diese Bildung sollte durch die Organisation spezifischer Kurse auf Grundbildungsebene erfolgen und sollte in anderen öffentlichen Räumen Bürgern aller Altersgruppen angeboten werden, die davon profitieren wollen. Die EU sollte sicherstellen, dass die speziell für diese Tätigkeiten bereitgestellten Mittel für die vorgesehenen Zwecke verwendet werden.

Wir geben diese Empfehlung, weil wir glauben, dass es unmöglich ist, falsche Informationen vollständig loszuwerden. Diese Schulung wird den Bürgern helfen, sie selbst zu erkennen. Dadurch werden die Auswirkungen falscher Informationen auf die Gesellschaft und die Bürger selbst verringert. Dies würde den Bürgern auch größere Handlungsmöglichkeiten bieten, anstatt auf die Institutionen angewiesen zu sein, um verlässliche Informationen zu erhalten.

Anhang: WEITERE VOM GREMIUM GEPRÜFTE EMPFEHLUNGEN, DIE NICHT ANGENOMMEN WURDEN

Achse 3 Eine gerechte Gesellschaft

Unterachse 3.2 Gleichstellung der Rechte

Wir empfehlen der EU, einen Mechanismus einzurichten, mit dem die Rechte von Minderheiten überwacht und geachtet werden (z. B. ein Portal oder ein Büro, in dem Personen Beschwerden einreichen können).

Wir geben diese Empfehlung, weil wir glauben, dass jeder seine Meinung äußern kann und das Recht hat, Hilfe zu suchen und zu erhalten. Ein solches Büro ist notwendig, um die Spannungen zwischen Minderheiten und der Mehrheit zu verringern.

Unterachse 3.3 Gleichheit/Unterachse 3.4 Zugang zum Sport

Wir empfehlen, dass die EU durch die „Rollenmodellierung“ für körperliche Aktivität sensibilisiert und dabei Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens einlädt (d. h. die vom Parlament organisierten Veranstaltungen sollten für einige Sekunden jede Form körperlicher Aktivität oder Bewegung umfassen, wie z. B. Dehnung, Gehen oder Sprünge).

Wir machen diese Empfehlung, denn die Mobilisierung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens für körperliche Aktivität wird die Öffentlichkeit sensibilisieren.

Schwerpunkt 5 Ethische und sichere digitale Transformation

Unterachse 5.3 Datenschutz

Wir empfehlen die Erstellung einer Web-ID, die personenbezogene Daten und sensible Daten speichert, aber nur den Behörden und der Polizei zur Verfügung stellt. Online-Plattformen und -Verkäufer verwenden den mit dieser Web-ID verknüpften Online-Code und die für eine bestimmte Aktivität erforderlichen Daten. Die Standardeinstellung für die gemeinsame Nutzung von Daten über diese Kennung sollte die Nichteinwilligung sein. Die Daten sollten nur an unmittelbar betroffene Parteien und nicht an Dritte weitergegeben werden. Wenn die Daten an Dritte weitergegeben werden, sollte ein Bürger leicht widersprechen können. Die Daten sollten nur für einen begrenzten Zeitraum oder für eine bestimmte Transaktion verfügbar sein. Die Erlaubnis zur Verwendung der Daten sollte zeitlich begrenzt sein oder klar definieren, was Unternehmen mit diesen Daten tun können.

Wir geben diese Empfehlung an, da Unternehmen derzeit alle Daten, einschließlich personenbezogener und sensibler Daten, sammeln und für viele Zwecke verwenden können, ohne offenzulegen, wie und warum genau. Die Betreiber erhalten daher mehr Informationen, als sie tatsächlich benötigen, um uns Dienstleistungen zu erbringen, und können dann ohne unsere Zustimmung andere Daten weiterverkaufen oder wiederverwenden. Gleichzeitig wird dadurch die Rechenschaftspflicht der Internetnutzer unter Wahrung ihrer relativen Anonymität gewährleistet.

Europäisches Bürgerpanel 2: „Europäische Demokratie; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“

VOM GREMIUM ANGENOMMENE EMPFEHLUNGEN (IM PLENUM VORZULEGEN)

Achse 1: Gewährleistung von Rechten und Nichtdiskriminierung

Unterachse 1.1 Nichtdiskriminierung/Unterachse 1.2 Gleichstellung der Geschlechter

1. Wir empfehlen, dass die EU Kriterien für die Bekämpfung von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt festlegt (Quoten für junge Menschen, ältere Menschen, Frauen, Minderheiten). Wenn Unternehmen diese Kriterien erfüllen, erhalten sie Subventionen oder Steuererleichterungen.

Wir empfehlen, die Mitarbeiter für folgende Themen zu sensibilisieren:

- **supranationale und nationale Institutionen (z. B. Gewerkschaften);**
- **Mechanismen, mit denen sichergestellt wird, dass die Unternehmen die geltenden Vorschriften über die Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz einhalten;**
- **Qualifikationsprogramme für soziale Gruppen, die auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert werden (Jugendliche, ältere Menschen, Frauen, Minderheiten).**

Wir empfehlen die Annahme eines zweistufigen EU-Rechtsakts. Erstens sollten Beihilfen für die Einstellung von Arbeitnehmern aus bestimmten Kategorien vorgesehen werden, die diskriminiert werden können. Zweitens sollte der Gesetzgebungsakt die Arbeitgeber verpflichten, diese Gruppen für einen Mindestzeitraum zu beschäftigen.“

Denn die Union ist für die Wahrung eines Gleichgewichts zwischen den Interessen des freien Marktes und dem Schutz schutzbedürftiger Gruppen zuständig, die rechtlich geschützt werden müssen. Heterogene Gruppen sind für Unternehmen wünschenswert, da sie unterschiedliche Qualifikationen bieten. Subventionen stellen einen zusätzlichen Anreiz für Unternehmen dar.

2. Wir empfehlen der EU, ein Anreizprogramm zu schaffen, das die Schaffung erschwinglicher Kindergärten und Spielplätze in großen und kleinen Unternehmen erleichtert. Gemeinsame Anlagen sind auch eine praktikable Lösung für kleine Unternehmen, die in den Genuss des Zuschusses kommen.

Wir empfehlen, dass die EU Unternehmen dazu verpflichtet, Kindergärten entsprechend der Anzahl der Beschäftigten einzurichten.

Wir empfehlen dies, weil die Vereinbarkeit von Familie und Beruf die berufliche Leistungsfähigkeit verbessert, die Arbeitslosigkeit reduziert und Eltern, vor allem Frauen, in eine Situation versetzt, die es ihnen ermöglicht, ihre Karriere fortzusetzen. Die auf die soziale Dimension ausgerichtete Lösung garantiert die Sicherheit der Kinder und reduziert die Ängste der Eltern.

Unterachse 1.3: Schutz der Menschenrechte und der Natur- und Tierrechte

3. „Wir empfehlen, das Wohlergehen der Tiere und die Nachhaltigkeit der Tierhaltung durch Änderung der Richtlinie 98/58/EG über den Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Betrieben zu wahren. Es müssen detailliertere Mindestkriterien festgelegt werden. Sie müssen präzise, messbar und zeitlich begrenzt sein. Die Mindestkriterien müssen so festgelegt werden, dass sie zu höheren Tierschutzstandards führen und gleichzeitig den Übergang zu nachhaltigem Klima und Umwelt und ökologischer Landwirtschaft ermöglichen.

Als Bürger halten wir es für wichtig, dass in der EU strengere Mindeststandards für die Tierhaltung festgelegt werden. Wir sind uns bewusst, dass der Übergang in einigen Agrarsektoren, für die Subventionen gewährt werden, und für diejenigen, die sich im Übergang zu einer ökologischen und nachhaltigen Landwirtschaft befinden, zu Problemen führen könnte. Wir halten es jedoch für sehr wichtig, dafür zu sorgen, dass dieser Übergang stattfindet.

4. Wir empfehlen, eine umweltfreundlichere und klimafreundliche Landwirtschaft in Europa und weltweit zu fördern, indem beispielsweise alle negativen Emissionen, Pestizide und die extreme Wassernutzung je nach ihren Auswirkungen auf die Umwelt besteuert werden. Zölle auf alle in die Union eingeführten landwirtschaftlichen Erzeugnisse müssen dazu beitragen, die Wettbewerbsvorteile von Drittländern zu beseitigen, die nicht dieselben Standards wie die Union erfüllen. Um eine tierfreundliche Landwirtschaft zu fördern, empfehlen wir, Emissionen aus Tiertransporten über weite Strecken zu besteuern.

Mit einem solchen System glauben wir, dass es möglich ist, den Übergang zu einer klima- und umweltverträglichen Landwirtschaft zu unterstützen.

5. Während in letzter Zeit viele Falschmeldungen zirkulieren, empfehlen wir, eine unabhängigere, objektivere und ausgewogenere Berichterstattung in den Medien zu fördern, indem wir folgende Maßnahmen ergreifen: 1. Ausarbeitung einer EU-Richtlinie zur Festlegung von Mindeststandards für die Unabhängigkeit der Medien; 2. Förderung der Entwicklung von Medienkompetenzen für jeden Bürger auf Unionsebene.“

Die EU muss eine Richtlinie erarbeiten, um die Unabhängigkeit der Medien und das Recht auf freie Meinungsäußerung zu gewährleisten.

6. Wir empfehlen, die Subventionierung der landwirtschaftlichen Massenproduktion einzustellen, wenn sie nicht zu einem Übergang zu einer klimatischen, ökologischen und nachhaltigen Landwirtschaft führt. Stattdessen empfehlen wir, die Subventionen neu auszurichten, um einen nachhaltigen Übergang zu unterstützen.

Anstatt den Agrarsektor der Massentierhaltung zu subventionieren, sollten die Subventionen auf Betriebe ausgerichtet werden, die sich im Übergang befinden, um die neuen Mindeststandards für den Tierschutz zu erfüllen.

Unterachse 1.4 Recht auf Privatsphäre

7. „Wir empfehlen, dass Einrichtungen, die personenbezogene Daten verarbeiten, auf EU-Ebene zugelassen werden. Diese Stellen müssen auch einer jährlichen externen und unabhängigen Datenschutzprüfung unterzogen werden. Diese Unternehmen werden wegen Datenschutzverletzungen im Verhältnis zu ihrem Jahresumsatz strenger bestraft als im Rahmen der geltenden Verordnung. Die Zulassung sollte nach zwei aufeinander folgenden Verstößen und unmittelbar nach einem schweren Verstoß entzogen werden.“

Wir empfehlen solche Maßnahmen, da die derzeitige Regelung (DSGVO) nicht ausreicht und die Unternehmen besser kontrolliert und sanktioniert werden müssen, um sicherzustellen, dass sie den Datenschutz und das Recht auf Privatsphäre nicht beeinträchtigen.

8. „Wir empfehlen, die Zuständigkeiten der EU in folgenden Bereichen zu stärken: 1. Datenschutzerziehung, 2) Sensibilisierung für den Datenschutz und 3) Schutz personenbezogener Daten von Minderjährigen. Wir empfehlen, die Regeln für die Verarbeitung von Daten von Minderjährigen in der DSGVO zu präzisieren und zu verschärfen, einschließlich der Regeln für die Einwilligung, die Altersüberprüfung und die Kontrolle durch gesetzliche Vormunde. Wir empfehlen auch, in die DSGVO eine spezielle Kategorie für sensible Daten von Minderjährigen aufzunehmen (z. B. Strafregister, Gesundheitsinformationen, Nacktheit), damit Minderjährige vor jeglicher Form von Missbrauch und Diskriminierung geschützt werden.

Diese Empfehlung ist notwendig, weil Minderjährige besonders anfällig für Datenschutz- und Datenschutzverletzungen sind und die allgemeine Bevölkerung (insbesondere Minderjährige, Lehrer und Erziehungsberechtigte) derzeit nicht ausreichend für den Datenschutz sensibilisiert ist. Sie alle müssen lernen, Online- und Offline-Datendienste zu nutzen und das Recht auf Privatsphäre von Kindern zu schützen. Darüber hinaus können Erziehungsberechtigte oft in die Verarbeitung der Daten von Kindern einwilligen, ohne sich vollständig bewusst oder informiert zu sein, und Kinder können die elterliche Einwilligung fälschen. Schließlich ist diese Empfehlung notwendig, weil es keine echte EU-weite Sensibilisierungskampagne für den Datenschutz gibt, die sich insbesondere an Minderjährige, Erziehungsberechtigte und Lehrkräfte richtet, obwohl eine solche Kampagne unerlässlich ist.

9. Wir empfehlen, standardisierte Datenschutzrichtlinien und einfach verständliche, prägnante und intuitive Einwilligungsformulare zu entwickeln, die eindeutig angeben, welche Datenverarbeitung unbedingt erforderlich ist und was optional ist. Wir empfehlen, dass der Widerruf der Einwilligung einfach, schnell und dauerhaft ist. Wir empfehlen, Unternehmen zu verbieten, ihre Dienste mehr als notwendig einzuschränken, wenn die Einwilligung nicht für eine freiwillige Datenverarbeitung erteilt wurde.

Wir empfehlen dies, da die derzeitigen EU-Vorschriften nicht genau genug sind, dass der Widerruf der Einwilligung zeitaufwändig, zeitweilig und komplex ist und die Unternehmen kein Interesse daran haben, Bürgern, die sich auf ihr Recht auf Datenschutz berufen, ihre Dienste anzubieten.

Achse 2: Schutz der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit

Unterachse 2.1 Schutz der Rechtsstaatlichkeit

10. „Wir empfehlen, die Cross-Compliance-Verordnung (2020/2092, angenommen am 16. Dezember 2020) dahingehend zu ändern, dass sie für alle Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit gilt und nicht nur für Verstöße, die Auswirkungen auf den EU-Haushalt haben.“

Die Cross-Compliance-Verordnung ermöglicht es, die Auszahlung von EU-Mitteln an Mitgliedstaaten, die gegen die Rechtsstaatlichkeit verstoßen, auszusetzen. In seinem derzeitigen Wortlaut gilt er jedoch nur für Verstöße, die Auswirkungen auf den EU-Haushalt haben oder haben könnten. Darüber hinaus schützt die derzeitige Formulierung der Cross-Compliance-Verordnung den Haushalt der Union und die EU-Organe und nicht die Bürger der betroffenen Mitgliedstaaten. Wir empfehlen daher, den derzeitigen Wortlaut der Verordnung dahingehend zu ändern, dass er alle Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit abdeckt.

11. „Wir empfehlen der EU, nach der Veröffentlichung des Jahresberichts über die Rechtsstaatlichkeit (dem Mechanismus der Kommission zur Überwachung der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit durch die Mitgliedstaaten) jährliche Konferenzen zur Rechtsstaatlichkeit zu veranstalten. Die Mitgliedstaaten sollten verpflichtet sein, verschiedene nationale Delegationen auf sozialer Ebene zur Konferenz zu entsenden, die sowohl Bürger als auch Beamte umfassen.“

Diese Konferenz würde den Dialog zwischen den EU-Bürgern über Fragen der Rechtsstaatlichkeit und den Dialog zwischen Bürgern und Sachverständigen fördern, die die Jahresberichte über die Rechtsstaatlichkeit erstellen. Wir glauben, dass die Teilnehmer in einem Klima der gegenseitigen Wertschätzung und des Austauschs bewährte Verfahren und Ideen in ihre Heimatländer zurückbringen können. Darüber hinaus würde die Konferenz dazu beitragen, den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit sowie die Schlussfolgerungen und Verfahren, die dem Jahresbericht über die Rechtsstaatlichkeit zugrunde liegen, bekannt zu machen und zu verstehen. Sie würde auch die Aufmerksamkeit der Medien auf sich ziehen und es den Bürgern ermöglichen, Erfahrungen auszutauschen und sie mit den Schlussfolgerungen des Berichts zu vergleichen.

Unterachse 2.2 Schutz und Stärkung der Demokratie/Unterachse 2.4 Medien und Desinformation

12. Wir empfehlen, dass die EU ihre Wettbewerbsregeln im Mediensektor strenger durchsetzt, um den Medienpluralismus in allen Mitgliedstaaten zu schützen. Die Union sollte große Medienmonopole und politische Ernennungen in Medienvorständen verhindern. Wir empfehlen auch, dass der künftige EU-Rechtsakt zur Medienfreiheit Vorschriften enthält, mit denen verhindert werden soll, dass Politiker Medien besitzen oder einen starken Einfluss auf deren Inhalte haben.“

Wir empfehlen diese Maßnahme, da die Anwendung der EU-Wettbewerbsregeln eine pluralistische Medienlandschaft fördert, in der die Bürger die Wahl haben. Da die Kommission derzeit einen Rechtsakt (über die Medienfreiheit) für die Integrität des EU-Medienmarkts ausarbeitet, sollte auch vorgesehen werden, dass die Medien nicht von politischen Entscheidungsträgern gehalten oder beeinflusst werden dürfen.

Unterachse 2.3 Sicherheit

13. „Wir empfehlen den EU-Organen, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Instrumenten, einschließlich der nationalen Cybersicherheitszentren und der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA), eine größere Rolle zu spielen, um Bürger, Organisationen und Institutionen vor neuen Bedrohungen zu schützen, die sich aus Verstößen gegen die Cybersicherheit und der Nutzung künstlicher Intelligenz für kriminelle Zwecke ergeben. Darüber hinaus empfehlen wir, dass die Richtlinien, die von Europa und seinen Agenturen stammen, ordnungsgemäß umgesetzt und in allen Mitgliedstaaten verbreitet werden.

Wir empfehlen dies, weil sich die Bürger hilflos fühlen und sich nicht bewusst sind, was die Europäische Union tut, um diese Bedrohungen zu bekämpfen. Wir empfehlen diese Maßnahme, da diese Bedrohungen ein ernstes nationales und europäisches Sicherheitsproblem darstellen. Wir empfehlen dies, weil Europa ein echter Innovationsmotor in diesem Bereich sein sollte.

14. Wir empfehlen, dass die Union in ihren Beziehungen zu Drittländern zunächst die gemeinsamen demokratischen Werte an ihren Grenzen stärkt. Erst nachdem wir dieses Ziel erreicht haben, empfehlen wir, dass die Union die Botschafterin unseres demokratischen Modells in den Ländern wird, die bereit sind, dieses Modell durch Diplomatie und Dialog umzusetzen.

Wir empfehlen diese Maßnahme, weil wir nach innen schauen müssen, bevor wir nach außen schauen. Weil Europa den Mitgliedstaaten helfen kann und muss, ihre Demokratien zu stärken. Denn wir schützen uns auch, indem wir mit gutem Beispiel vorangehen und die Bemühungen externer Länder für Demokratie unterstützen.

Achse 3: Reform der Europäischen Union

Unterachse 3.1 Institutionelle Reform

15. Wir empfehlen, die Namen der EU-Organe zu ändern, um ihre Aufgaben zu präzisieren. Zum Beispiel könnte der Rat der Europäischen Union als Senat der Europäischen Union bezeichnet werden. Die Europäische Kommission könnte sich die Exekutivkommission der Europäischen Union nennen.

Wir empfehlen diese Maßnahme, da es für die Bürger derzeit schwierig ist, die Rollen und Funktionen der einzelnen Organe der Union zu verstehen. Ihre Namen spiegeln ihre Funktionen nicht wider. Man kann von den Bürgern nicht erwarten, dass sie es schaffen, zwischen dem Rat der Europäischen Union, dem Europäischen Rat und dem Europarat zu unterscheiden. Es ist wichtig, Überschneidungen zu vermeiden.

16. Wir empfehlen die Verabschiedung eines Wahlgesetzes für das Europäische Parlament, das die Wahlbedingungen harmonisiert (Alter des Wahlrechts, Wahldatum, Anforderungen an Wahlkreise, Kandidaten, politische Parteien und deren Finanzierung). Die europäischen Bürger sollten das Recht haben, auf EU-Ebene für verschiedene Parteien zu stimmen, die sich jeweils aus Kandidaten aus mehreren Mitgliedstaaten zusammensetzen. Während einer ausreichenden Übergangszeit könnten die Bürger noch für nationale und transnationale Parteien stimmen.

Wir empfehlen dies, weil die Union ein Gefühl der Einheit entwickeln muss, das durch eine wirklich einheitliche Wahl des Europäischen Parlaments entstehen könnte. Diese gemeinsame Wahl wird es ermöglichen, die Mitglieder des Europäischen Parlaments zur Rechenschaft zu ziehen und den Wahlkampf auf gemeinsame europäische Themen auszurichten.

Unterachse 3.2 Entscheidungsfindung

17. Wir empfehlen, eine Online-Plattform einzurichten, auf der die Bürger Informationen finden und anfordern können, die durch Fakten überprüft werden. Die Plattform sollte klar mit den EU-Organen verbunden, thematisch strukturiert und leicht zugänglich sein (z. B. durch die Bereitstellung einer Hotline). Die Bürger sollten die Möglichkeit haben, kritische Fragen an Experten (z. B. Akademiker, Journalisten) zu stellen und sachliche Antworten aus Quellen zu erhalten.

Der freie Zugang zu Fakten ist für unsere Gesellschaft von größter Bedeutung, damit die Bürger gut informiert und vor Falschmeldungen und Desinformation geschützt werden. Wir brauchen eine glaubwürdige und unabhängige Informationsquelle, die nicht von politischen, wirtschaftlichen und nationalen Interessen beeinflusst wird. Darüber hinaus kann die Plattform eine Brücke (d. h. eine direkte Beziehung) zwischen den Bürgern und der Union schaffen.

18. Wir empfehlen, dass ein Referendum auf EU-Ebene in Ausnahmefällen zu Fragen stattfindet, die für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger von größter Bedeutung sind. Das Referendum sollte vom Europäischen Parlament eingeleitet werden und sollte rechtsverbindlich sein.

Die EU-Bürger sollten einen direkten Einfluss auf wichtige Entscheidungen im Zusammenhang mit EU-Fragen haben. Die Referenden sollten jedoch nur unter außergewöhnlichen Umständen stattfinden, da sie aufgrund ihrer hohen Kosten nicht regelmäßig organisiert werden können. Wir sind uns bewusst, dass diese Empfehlung eine Änderung des Vertrags und die Anpassung der nationalen Verfassungen erfordern könnte.

19. Wir empfehlen, eine multifunktionale digitale Plattform zu schaffen, über die die Bürgerinnen und Bürger bei Online-Wahlen und Wahlen abstimmen können. Die Bürgerinnen und Bürger sollten Gelegenheit haben, über wichtige Fragen und Legislativvorschläge der EU-Institutionen abzustimmen. Diese Plattform sollte für jeden Bürger sicher, allgemein zugänglich und gut sichtbar sein.

Ziel dieser Plattform ist es, die Beteiligung an der europäischen Politik zu erhöhen und den Bürgern den Zugang zu Konsultationen und Abstimmungen zu erleichtern. Die vorhandenen Tools und Prozesse sind nicht sichtbar genug, weshalb wir ein neues integriertes Tool für diese verschiedenen Funktionen benötigen. Eine stärkere Beteiligung führt zu besseren Entscheidungen, mehr Vertrauen unter den europäischen Bürgern und einem besseren Funktionieren der Union im Allgemeinen.

20. Wir empfehlen, dass die Abstimmungssysteme in den EU-Organen neu bewertet werden, wobei der Schwerpunkt auf der Frage der Einstimmigkeit liegt. Die „Gewichtung“

der Stimmen sollte fair berechnet werden, um die Interessen der kleinen Länder zu schützen.

Die Einstimmigkeit stellt eine große Herausforderung für die Beschlussfassung in der Union dar. Angesichts der großen Zahl von Mitgliedstaaten ist es sehr schwierig, eine Einigung zu erzielen. Bei Bedarf sollten die EU-Verträge geändert werden, um die Frage der Einstimmigkeit zu regeln.

Unterachse 3.3 Schärfste Integration

21. Wir empfehlen der EU, öffentliche Investitionen zu tätigen, die zur Schaffung geeigneter Arbeitsplätze und zur Verbesserung und Harmonisierung der Lebensqualität in der gesamten Union, zwischen den Mitgliedstaaten und innerhalb der Mitgliedstaaten (d. h. auf regionaler Ebene) führen. Es ist notwendig, bei der Umsetzung öffentlicher Investitionen eine wirksame Überwachung, Transparenz und Kommunikation gegenüber den Bürgern zu gewährleisten und die Bürger in die Lage zu versetzen, den gesamten Investitionsprozess zu verfolgen. Im Interesse einer besseren Lebensqualität sollten unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der einzelnen Mitgliedstaaten in Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Wohnraum, physische Infrastruktur, Pflege für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen investiert werden. Die zusätzlichen Investitionen sollten darauf abzielen, eine angemessene Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu erreichen, um einen gesunden Lebensstil zu ermöglichen.

Wir empfehlen dies, da die Harmonisierung des Lebensstandards in der EU den wirtschaftlichen Fortschritt in der gesamten Union verbessern wird, was zu einer einheitlichen Europäischen Union führen wird. Dies ist ein grundlegender Indikator für die weitere Integration der Union. Obwohl einige dieser Mechanismen bereits vorhanden sind, glauben wir, dass sie noch verbessert werden können.

22. „Wir empfehlen, eine gemeinsame Grundlage für alle Mitgliedstaaten zu schaffen, die auf einer Reihe von Wirtschaftsindikatoren und Indikatoren für die Lebensqualität beruht, um die gleichen Chancen zu bieten und alle gleichberechtigt zu machen, um eine gemeinsame Wirtschaftsstruktur zu erreichen. Diese gemeinsame Grundlage sollte nach einem klaren und realistischen Zeitplan festgelegt werden, der von den Organen auf Empfehlung der Sachverständigen festgelegt wird. Die Sachverständigen sollten auch zu der Form konsultiert werden, die eine solche gemeinsame Wirtschaftsstruktur annehmen sollte. Es ist auch wichtig, dass die Indikatoren, auf denen diese gemeinsame Grundlage beruht, mit Hilfe von Experten genauer definiert werden.“

Wir empfehlen diese Maßnahme, denn wenn wir eine gerechte Union haben, werden wir ein geeintes Europa haben. Um fair zu sein, müssen wir gleiche Chancen und eine gemeinsame Grundlage für die gesamte Union bieten. Eine gemeinsame Wirtschaftsstruktur kann erst erreicht werden, wenn eine gemeinsame Grundlage geschaffen wird.

23. Wir empfehlen, Großunternehmen und Einkommen großer Unternehmen als Beitrag zu öffentlichen Investitionen zu besteuern und Steuern zu nutzen, um in Bildung und Entwicklung jedes Landes zu investieren (F & E, Stipendien – Erasmus usw.). Außerdem muss dafür gesorgt werden, dass Steueroasen in der EU beseitigt werden.“

Wir empfehlen diese Maßnahme, da sie dazu beitragen wird, Steuerhinterziehung und die Schaffung von Steueroasen zu verhindern und die Einhaltung der Rechtsvorschriften zu fördern.

Achse 4: Aufbau der europäischen Identität

Unterachse 4.1 Demokratiebildung

24. Wir empfehlen, dafür zu sorgen, dass die Demokratieerziehung in der EU dazu beiträgt, ein Mindestmaß an Wissen in allen Mitgliedstaaten zu verbessern und zu erreichen. Diese Bildung sollte sich nicht auf demokratische Prozesse und allgemeine Informationen über die Union beschränken, die in allen EU-Mitgliedstaaten vermittelt werden sollten. Sie sollte durch verschiedene Konzepte bereichert werden, die darauf abzielen, den demokratischen Prozess zu lehren, die attraktiv und an das Alter der Schüler angepasst sein sollten.

Diese Empfehlung und die Gründe dafür sind wichtig, denn wenn sie umgesetzt werden, wird sie zu einem harmonischeren und demokratischeren Leben in der Union führen. Die Begründungen lauten wie folgt: junge Menschen würden in demokratischen Prozessen erzogen werden; diese Bildung könnte dazu beitragen, Populismus und Desinformation in der öffentlichen Debatte einzudämmen; Sie könnte die Diskriminierung verringern; und schließlich würde sie es ermöglichen, die Bürger über ihre bloße Wahlpflicht hinaus für die Demokratie zu erziehen und zu mobilisieren.

25. „Wir empfehlen, bestehende und neu entstehende Übersetzungstechnologien wie künstliche Intelligenz weiterzuentwickeln, zu verbessern und zugänglicher zu machen, um Sprachbarrieren zu verringern und die gemeinsame Identität und Demokratie in der EU zu stärken.“

Diese Empfehlung und die Gründe dafür sind wichtig, denn wenn diese Empfehlung umgesetzt wird, wird sie zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Identität beitragen, indem sie die Kommunikation zwischen den Bürgern aller Mitgliedstaaten verbessert.

26. „Wir empfehlen, dass überprüfbare Informationen für die Bürger leicht und verständlich über eine App für Mobilgeräte zugänglich gemacht werden, um die Transparenz, die öffentliche Debatte und die Demokratie zu verbessern. Diese Anwendung könnte genutzt werden, um Informationen über z. B. Rechtsvorschriften, Diskussionen in der Union, Vertragsänderungen usw. zu verbreiten.

Diese Empfehlung und die Gründe dafür sind wichtig, denn wenn diese Empfehlung umgesetzt wird, wird sie die Kommunikation erleichtern, da sie eine fundiertere Debatte zwischen den Bürgern der verschiedenen Mitgliedstaaten durch eine Anwendung ermöglicht, die viele unterschiedliche Funktionen haben könnte. Diese Anwendung sollte so gestaltet werden, dass sie für alle von Interesse ist und in der Lage ist, mehr Neugier zu wecken und technische Informationen zugänglicher und attraktiver zu machen. Die Anwendung sollte als ergänzende Quelle betrachtet werden, die Informationen verbreitet, die von der EU amtlich geprüft werden, um das Vertrauen und die Transparenz in die öffentliche Debatte zu verbessern und zum Aufbau einer gemeinsamen europäischen Identität beizutragen.

Unterachse 4.2 Europäische Werte und Identität

27. „Wir empfehlen, dass die EU einen speziellen Fonds für Online- und Offline-Interaktionen (d. h. Austauschprogramme, Panels, Sitzungen) zwischen EU-Bürgern einrichten sollte, um die europäische Identität zu stärken. Die Teilnehmer sollten für die Gesellschaft in der Union repräsentativ sein und insbesondere aus Gruppen stammen, die gezielt auf der Grundlage verschiedener Kriterien, d. h. der demografischen, sozioökonomischen und beruflichen Kriterien, ausgewählt werden. Die Ziele dieses Fonds müssen eindeutig festgelegt werden, um die europäische Identität zu fördern, und der Fonds muss in regelmäßigen Abständen bewertet werden.“

Wir empfehlen diese Maßnahme, da diese Art von Interaktion es den Bürgern ermöglicht, Ideen auszutauschen, und ein längerer Austausch ermöglicht es ihnen, verschiedene Kulturen zu verstehen und Erfahrungen auszutauschen, einschließlich beruflicher Praktiken. Ein EU-Fonds ist notwendig, da es wichtig ist, dass sich alle beteiligen können, auch diejenigen, die normalerweise nicht teilnehmen.

28. „Wir empfehlen, dass die EU rasch in die Bekämpfung von Desinformation investiert, indem sie bestehende Organisationen und Initiativen wie den Verhaltenskodex gegen Desinformation und die Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien sowie vergleichbare Initiativen in den Mitgliedstaaten unterstützt. Es könnten verschiedene Gegenmaßnahmen ergriffen werden: die Überprüfung der Fakten, die Sensibilisierung für Desinformation, die Erstellung leicht zugänglicher Statistiken, die Verhängung geeigneter Sanktionen im Rahmen eines Rechtsrahmens für diejenigen, die Desinformation verbreiten, und die Bekämpfung von Desinformationsquellen.

Diese Empfehlung ist wichtig, da Fehlinformationen und Desinformation innerhalb und außerhalb der Union zu Konflikten zwischen den EU-Bürgern führen, die Gesellschaft polarisieren, die Demokratie gefährden und die Wirtschaft schädigen. Angesichts der Komplexität des Themas sind umfangreiche personelle und finanzielle Ressourcen erforderlich.

29. „Wir empfehlen, 1) die Häufigkeit der Online- und Offline-Interaktionen zwischen der EU und ihren Bürgerinnen und Bürgern zu erhöhen (d. h. indem die Bürger direkt zu EU-Fragen befragt werden und eine benutzerfreundliche Plattform geschaffen wird, um sicherzustellen, dass jeder Bürger mit den Organen und Verantwortlichen der Union interagieren kann), und 2) sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger an der Politikgestaltung der Union teilnehmen, ihre Ansichten äußern und Rückmeldungen einholen können, und wir empfehlen, eine Charta oder einen Verhaltenskodex oder Leitlinien für EU-Beamte zu erstellen. Es sollten verschiedene Möglichkeiten der Interaktion bestehen, damit jeder Bürger teilnehmen kann.

Wir empfehlen diese Maßnahme, da es mehrere Möglichkeiten gibt, mit den europäischen Institutionen in Kontakt zu treten (Online-Plattformen, Vertretungsorgane), aber sie sind nicht bekannt, nicht wirksam und nicht transparent. Die Zugänglichkeit ist von Land zu Land sehr unterschiedlich. Häufigere und bessere Interaktionen werden zu einem Gefühl der Eigenverantwortung für die Unionsbürgerschaft führen.

30. Wir empfehlen, dass europäische Identität und Werte (d. h. Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Solidarität) einen besonderen Platz im Prozess der Integration von

Migranten einnehmen. Es können verschiedene Maßnahmen in Betracht gezogen werden, z. B. die Einrichtung von Programmen oder die Unterstützung bereits bestehender (lokaler) Programme zur Förderung der sozialen Interaktion zwischen Migranten und EU-Bürgern oder die Beteiligung von Unternehmen an Programmen zur Unterstützung der Integration von Migranten. Gleichzeitig sollten ähnliche Programme ins Leben gerufen werden, um die Bürgerinnen und Bürger der Union für Migrationsfragen zu sensibilisieren.“

Diese Empfehlung ist wichtig, da Programme zur sozialen Interaktion Migranten in ihrem neuen Leben helfen können und Nicht-Migranten das tägliche Leben von Migranten besser verstehen können. Wenn Migranten in Ghettos leben, gibt es keine Möglichkeit, sie auf nationaler oder EU-Ebene in die Gesellschaft zu integrieren. Eine gemeinsame Politik ist notwendig, denn sobald Migranten in die EU einreisen, können sie in alle EU-Länder reisen. Lokale Initiativen sollten unterstützt werden, da die lokalen Regierungen die Mittel effizienter einsetzen werden als auf nationaler Ebene.

Unterachse 4.3 Informationen über die EU

31. Wir empfehlen, dass die EU die europäischen Bürger besser informiert. Um dies zu erreichen, sollte die Union alle erforderlichen Mittel einsetzen und gleichzeitig die Freiheit und Unabhängigkeit der Medien achten. Sie sollte den Medien allgemeine und zuverlässige Informationen über die Tätigkeiten und Maßnahmen der Union zur Verfügung stellen. Die Union sollte sicherstellen, dass die Informationen in allen Mitgliedstaaten gleichmäßig von den nationalen und europäischen Medien verbreitet werden, und dafür Sorge tragen, dass die Mitgliedstaaten öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten und öffentliche Nachrichtenagenturen dazu ermutigen, sich mit EU-Fragen zu befassen.“

Wir empfehlen diese Maßnahme, da die Mehrheit der europäischen Bürger sich nach unserer persönlichen Erfahrung und den Daten des Eurobarometers über die traditionellen Medien (Presse, Radio und Fernsehen) informiert, und diese Kanäle bieten derzeit nur sehr wenige Informationen über die Union. Die Medien, insbesondere die öffentlichen Medien, haben eine öffentlich-rechtliche Funktion. Es ist daher unerlässlich, europäische Fragen zu behandeln, die die europäische Bevölkerung betreffen, um diese Aufgabe zu erfüllen. Wir empfehlen, dass die in den einzelnen Mitgliedstaaten verbreiteten Informationen über die Union gleich sind, um die Integration zu fördern, und wir empfehlen, die Verbreitung unterschiedlicher Informationen über unterschiedliche Themen in den einzelnen Ländern zu vermeiden. Es ist bequemer und kostengünstiger, bereits bestehende Medienkanäle zu nutzen, als einen neuen Kanal zu schaffen, der das gleiche Ergebnis ermöglicht. Die bereits bestehenden Kanäle haben auch den Vorteil, dass sie den Bürgern bereits bekannt sind. Kein Bürger sollte zwischen verschiedenen Kanälen wählen müssen, um auf andere (nationale oder europäische) Inhalte zugreifen zu können.

32. „Wir empfehlen der EU, mehrsprachige Online-Foren und Offline-Sitzungen einzurichten und zu fördern, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, eine Debatte mit EU-Vertretern unabhängig von dem Thema und dem geografischen Geltungsbereich des aufgeworfenen Themas anzustoßen. Die Antworten auf die in diesen Online-Foren und Offline-Sitzungen gestellten Fragen sollten innerhalb einer bestimmten kurzen Frist erfolgen. Alle Informationen über diese Bereiche sollten auf einer integrierten offiziellen Website mit unterschiedlichen Merkmalen zentralisiert werden, wie z. B. einem Raum für häufig gestellte Fragen, der Möglichkeit, Ideen, Vorschläge oder Anliegen mit anderen Bürgern auszutauschen, und einem Mechanismus, mit dem die am meisten unterstützten

Personen angegeben werden können. In jedem Fall sollte der Zugang zu dieser Website einfach sein und eine unbürokratische Sprache verwendet werden.

Wir empfehlen dies, weil es eine Möglichkeit ist, eine direkte Brücke zwischen den europäischen Bürgern und den europäischen Vertretern zu schaffen, um miteinander zu sprechen und sich zu engagieren, den Bürgern einen einfachen Zugang zu Informationen über die Union zu verschaffen und ihnen die bereits verfügbaren Informationen besser zur Verfügung zu stellen. Dies wird dazu beitragen, eine transparentere und offene Union zu schaffen und die Bürgerinnen und Bürger dabei zu unterstützen, ihre Probleme und Überlegungen auszutauschen und politische Antworten und Lösungen zu erhalten, und es den Bürgern ermöglichen, sich zu engagieren und Perspektiven und Erfahrungen mit anderen Bürgern auszutauschen.

33. Wir empfehlen den EU-Organen und -Vertretern, eine leichter zugängliche Sprache zu verwenden und die Verwendung von bürokratischen Begriffen in ihrer Kommunikation zu vermeiden und gleichzeitig die Qualität und das technische Niveau der bereitgestellten Informationen zu wahren. Die Union sollte die Informationen, die sie den Bürgern zur Verfügung stellt, auch über verschiedene Kommunikationskanäle und unterschiedliche Zielgruppen (z. B. Zeitungen, Fernsehen, soziale Medien) anpassen. Die EU sollte besondere Anstrengungen unternehmen, um die Kommunikation an digitale Medien anzupassen, um ihre Fähigkeit zu verbessern, sich an junge Menschen zu wenden.“

Wir empfehlen diese Maßnahme, denn verständliche Informationen werden es der Union ermöglichen, mehr europäische Bürger zu erreichen, nicht nur diejenigen, die engagiert sind. Dank neuer, moderner Instrumente, die auf bestimmte Zielgruppen ausgerichtet sind, werden die Bürgerinnen und Bürger die Aktivitäten und Maßnahmen der EU besser verstehen, insbesondere junge Menschen, die sich der Union nicht nahe fühlen oder der Union verpflichtet sind.

Achse 5: Stärkung der Bürgerbeteiligung

Unterachse 5.1 Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger

34. Wir empfehlen, dass unabhängige Bürgerbeobachter in allen Entscheidungsprozessen der EU anwesend sind. Es sollte ein Forum oder ein ständiges Gremium von Bürgervertretern geben, das für die Verbreitung nützlicher und wichtiger Informationen an alle Bürgerinnen und Bürger der Union, die als solche definiert sind, zuständig wäre. Diese Bürger würden sich mit allen anderen EU-Bürgern für einen Top-down/down-down-Ansatz einsetzen, um den Dialog zwischen den Bürgern und den EU-Organen weiter auszubauen.

Die Bürger verdienen es natürlich, über alle Fragen auf dem Laufenden zu bleiben, und es ist wichtig, dafür zu sorgen, dass die politischen Entscheidungsträger nicht in der Lage sind, den Bürgern bestimmte Fragen zu verschleiern, die sie lieber ignorieren würden. Dies würde dazu beitragen, die Kluft zwischen Bürgern und gewählten Vertretern zu schließen, indem neue Wege des Vertrauens geschaffen werden.

35. Wir empfehlen, dass die Union die Diskussion über die Verfassung Europas wieder aufnimmt, um eine Verfassung zu entwickeln, die von den Bürgern der Union inspiriert wird. Die Bürgerinnen und Bürger sollten über die Ausarbeitung einer solchen Verfassung

abstimmen können. Um Konflikte mit den Mitgliedstaaten zu vermeiden, sollten die Werte der Menschenrechte und der Demokratie vorrangig in diese Verfassung aufgenommen werden. Bei der Ausarbeitung einer solchen Verfassung sind frühere Anstrengungen zu berücksichtigen, die nie zu einer Verfassung geführt haben.

Denn diese Verfassung würde junge Menschen in die Politik auf EU-Ebene einbinden und den zunehmenden Kräften des Nationalismus entgegenwirken. Sie würde eine gemeinsame Definition von Demokratie in Europa liefern und in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen umgesetzt werden. Weil die EU gemeinsame Werte in Bezug auf Demokratie und Menschenrechte teilt. Denn die Bürgerinnen und Bürger hätten dadurch die Möglichkeit, in den Entscheidungsprozess eingebunden zu werden und sich mit der EU zu identifizieren, indem sie an diesem Prozess beteiligt waren.

36. Wir empfehlen, dass Politiker mehr Verantwortung dafür übernehmen, wie sie die Bürger vertreten, die sie gewählt haben. Insbesondere junge Menschen sind besonders losgelöst von der Politik und werden bei der Teilnahme nicht ernst genommen. Aber Desinteresse ist ein universelles Problem, und Menschen jeden Alters sollten stärker engagiert sein, als sie derzeit sind.

Weil es notwendig ist, die Definition von Demokratie zu aktualisieren. Wir müssen uns daran erinnern, was Demokratie wirklich ist. Weil junge Menschen genug davon haben und von Politikern enttäuscht werden, die sie als Eliten betrachten, die ihre Ansichten nicht teilen. Deshalb müssen die Bürgerinnen und Bürger auf originelle und attraktive Weise stärker mobilisiert werden. Das Bildungssystem, die sozialen Medien und alle anderen Formen der Medien könnten diese Rolle während des gesamten Lebenszyklus und in allen Sprachen erfüllen.

Unterachse 5.2 Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger

37. Wir empfehlen der EU, sich den Bürgern stärker zu nähern. Um dies zu erreichen, müssen die Mitgliedstaaten an der Förderung der Beteiligung der Bürger an der Union beteiligt werden. Die Union sollte die Nutzung von Mechanismen der Bürgerbeteiligung fördern, indem sie Marketing- und Werbekampagnen durchführt. Nationale und lokale Regierungen sollten verpflichtet werden, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Die Union sollte die Wirksamkeit der Plattformen für partizipative Demokratie sicherstellen.“

Wir empfehlen dies, weil die bereits bestehende Plattform gestärkt und effizienter gestaltet werden muss: es muss mehr Rückmeldungen der Bürger in die EU geben und umgekehrt. Es gibt nicht genügend Debatten innerhalb der Union, sowohl zwischen den Bürgern als auch zwischen den Regierungen. Weil die Bürger keine Petitionen einreichen, entweder weil sie nicht wissen, dass der Mechanismus existiert, oder weil sie nicht glauben, dass solche Petitionen erfolgreich sein können.

38. „Wir empfehlen der EU, Programme für Schulen zu entwickeln und umzusetzen, die sich mit den Beteiligungsmechanismen in der EU befassen. Solche Programme sollten in die Lehrpläne über Unionsbürgerschaft und Ethik mit altersgerechten Inhalten integriert werden. Es sollte auch Programme für Erwachsene geben. Den Bürgern sollten Programme für lebenslanges Lernen zur Verfügung gestellt werden, um ihr Wissen über die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in der Union zu vertiefen.“

Wir empfehlen diese Maßnahme, weil sie für die Zukunft unserer Kinder wichtig ist. Die Bürger wollen wissen, wie sie ihre Stimme ausdrücken können. Es ist wichtig, dass sie die genauen Mechanismen und die Art und Weise kennen, wie sie eingesetzt werden können, damit ihre Stimme von der Union gehört wird. Dies ist wichtig, damit alle europäischen Bürger gleichgestellt werden. Als europäische Bürger müssen wir wissen, wie wir unsere Rechte nutzen können. Als europäische Bürger haben wir das Recht, diese Informationen zu kennen.

Unterachse 5.3 Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger

39. Wir empfehlen, dass die Union Bürgerversammlungen organisiert. Wir empfehlen dringend, dass sie auf der Grundlage eines rechtsverbindlichen und verbindlichen Gesetzes oder Reglements umgesetzt werden. Diese Bürgerversammlungen sollten alle 12 bis 18 Monate stattfinden. Die Beteiligung der Bürger sollte nicht verpflichtend sein, sondern gefördert werden, aber auf der Grundlage begrenzter Mandate organisiert werden. Die Teilnehmer müssen nach Kriterien der Repräsentativität nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden. Sie dürfen keine Organisationen jeglicher Art vertreten und dürfen aufgrund ihrer beruflichen Funktion nicht zur Teilnahme aufgerufen werden, wenn sie Mitglieder der Versammlung sind. Erforderlichenfalls wird von Sachverständigen unterstützt, damit die Mitglieder der Versammlung über ausreichende Informationen verfügen, um zu beraten. Die Entscheidungsfindung liegt in den Händen der Bürger. Die Union muss sicherstellen, dass sich die politischen Entscheidungsträger für die Entscheidungen der Bürger in Bürgerversammlungen einsetzen. Wenn die Vorschläge der Bürger ignoriert oder ausdrücklich abgelehnt werden, müssen die europäischen Institutionen darüber Bericht erstatten und die Gründe mitteilen, aus denen diese Entscheidung getroffen wurde.

Wir empfehlen die Einrichtung von Bürgerversammlungen, denn wir wollen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger den europäischen Institutionen näher fühlen und direkt an der Entscheidungsfindung mit den politischen Entscheidungsträgern mitwirken, um das Gefühl der Zugehörigkeit und der direkten Effizienz zu stärken. Darüber hinaus wollen wir, dass die politischen Parteien verpflichtet werden, den Bürgern Bericht zu erstatten, auch über ihre Wahlprogramme.

Anhang: WEITERE EMPFEHLUNGEN, DIE VOM GREMIUM GEPRÜFT, ABER NICHT ANGENOMMEN WURDEN

Achse 1: Gewährleistung von Rechten und Nichtdiskriminierung

Unterachse 1.1 Nichtdiskriminierung/Unterachse 1.2 Gleichstellung der Geschlechter

Wir empfehlen der EU, Minderheiten aktiv in die Politikgestaltung in Bezug auf Schlüsselaspekte der staatlichen Institutionen (z. B. Polizei und NRO) einzubeziehen. Wir empfehlen der EU, einen direkt von Minderheiten gewählten Beirat einzurichten. Es sollte sich hauptsächlich aus Vertretern von Minderheiten zusammensetzen, wobei Vertreter von NRO vertreten sein sollten. Er sollte eine ausbildende Rolle bei der Sensibilisierung der Beamten für die Bedürfnisse von Minderheiten spielen. Dieses Gremium sollte ein Vetorecht in Minderheitenfragen haben.

Wir empfehlen dies, weil Minderheitenstimmen nicht ausreichend gehört werden. Sie sollten sich in ihrem eigenen Namen, selbstbestimmt und auf beruflicher Ebene äußern; deshalb haben wir die Vertretung durch Abstimmung und Fachwissen kombiniert.

Achse 2: Schutz der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit

Unterachse 2.2 Schutz und Stärkung der Demokratie/Unterachse 2.4 Medien und Desinformation

Wir empfehlen die Einrichtung einer Überwachungsagentur für audiovisuelle Medien, Printmedien und digitale Medien auf europäischer Ebene. Diese Agentur sollte überprüfen, ob die nationalen Medien einen unparteiischen und objektiven Prozess bei der Erstellung ihrer Inhalte durchlaufen. Um Desinformation zu verhindern, sollte die Agentur ein System zur Bewertung der Zuverlässigkeit der nationalen Medien vorsehen. Dieses Ratingsystem sollte für die Bürger leicht verständlich sein.

Wir empfehlen dies, da wir eine Bewertung der Medien und ihrer Zuverlässigkeit, aber auch die Vielfalt der Medien in den EU-Ländern benötigen. Eine europäische Agentur wäre das objektivste Organ, um eine solche Aufgabe zu gewährleisten. Darüber hinaus ermöglicht ein solches Ratingsystem es den Bürgern, fundierte Entscheidungen zu treffen, und regt die Medien an, verlässliche Informationen bereitzustellen. Sollte das Ratingsystem nicht ausreichen, um die Zuverlässigkeit der Medien zu gewährleisten, sollte die Agentur auch befugt sein, Sanktionen zu verhängen.

Achse 5: Stärkung der Bürgerbeteiligung

Unterachse 5.1 Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger

„Wir empfehlen die Einrichtung eines Bürgervertretungsgremiums, das den Entscheidungsprozess erörtert und einen wichtigen Beitrag dazu leistet – immer dann, wenn über ein für die Unionsbürger wesentliches Thema auf EU-Ebene entschieden wird (je nach Entscheidung der Bürger – möglicherweise mittels einer Umfrage). Es sollte eine heterogene Gruppe von etwa 100 Bürgern aus allen EU-Ländern sein, in der jedes Land gleichberechtigt vertreten ist. Es sollte sich um eine Gruppe mit Rollen handeln, deren Mitglieder regelmäßig ersetzt werden.

Weil es wichtig ist, Probleme wie Korruption, die sich aus einem ständigen Vertretungsorgan ergeben könnten, zu vermeiden, und es ist von entscheidender Bedeutung, dass ein solches Gremium eine gleichberechtigte Vertretung aller Länder hat, um unfaire Entscheidungsbefugnisse zu vermeiden. Weil diese Betriebsart Probleme mit der Installation oder dem ständigen Einsatz von Technologien aus der Ferne vermeiden würde.

Europäisches Bürgerpanel Nr. 3: „Klimawandel und Umwelt/Gesundheit“

VOM GREMIUM ANGENOMMENE EMPFEHLUNGEN (VOR DEM PLENUM VORZULEGEN)

Achse 1: Bessere Lebensweisen

Unterachse 1.1 Gesunde Lebensweisen

1. Wir empfehlen, dass die EU Subventionen für den ökologischen Landbau, einschließlich Anreize für biologische Pestizide, gewährt, um ökologische Erzeugnisse erschwinglicher zu machen. Darüber hinaus muss die EU die Erziehung der Landwirte zu ökologischem und nachhaltigem Landbau unterstützen, und landwirtschaftliche Monokulturen sollten vermieden werden. Kleine ökologische/biologische Betriebe, nichtintensive Betriebe und Betriebe mit kurzen Versorgungsketten sollten gefördert werden, damit sie wettbewerbsfähiger werden können.

Eine Subventionierung von Bio-Produkten würde sie erschwinglicher machen. Wir sollten Supermärkten mit kürzeren Versorgungsketten und Kleinbauern helfen, indem wir ihnen Möglichkeiten bieten, ihre Produkte zu verkaufen. Dadurch wird der Zugang zu frischen Produkten erweitert. Darüber hinaus spiegeln die niedrigen Preise für nichtökologische Erzeugnisse nicht die dadurch verursachte Schädigung wider.

2. Wir empfehlen, Innovationen in der vertikalen Landwirtschaft durch EU-Investitionen zu finanzieren.

Die vertikale Landwirtschaft spart Bodenraum, der eher für die Forstwirtschaft genutzt werden könnte. Sie erfordert auch keine Pestizide, so dass wir mehr Bio-Lebensmittel produzieren können. Darüber hinaus ist es nicht von schlechten Wetterbedingungen betroffen, die aufgrund des Klimawandels immer häufiger auftreten, und es ermöglicht eine Verkürzung der Versorgungskreise.

3. Die EU sollte Mindeststandards für die Lebensmittelqualität, die Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln und den Verzehr von saisonalen Produkten in Schulkantinen festlegen. Daher sollten gesunde Inhaltsstoffe für Schulkantinen subventioniert werden, um den Schülern eine erschwingliche und qualitativ hochwertige Ernährung zu bieten.

Wir erwerben schon in jungen Jahren Gewohnheiten, die unsere Einstellung zur Gesundheit prägen; gute Gewohnheiten sollten in der Schule gefördert werden und die Schüler können sie zu Hause reproduzieren. Es handelt sich auch um eine Frage der sozialen Gerechtigkeit: jeder Schüler in der EU sollte Anspruch auf hochwertige Lebensmittel in der Schule haben.

4. Wir empfehlen, in neue Radwege und in die Verbesserung der bestehenden Pisten zu investieren, um das Fahrrad sicher und attraktiv zu machen und sicherzustellen, dass alle Altersgruppen in Europa von einer Schulung in den Straßenverkehrsregeln profitieren können, insbesondere für E-Bike-Nutzer und Personen ohne Führerschein. Hersteller von E-

Bikes sollten verpflichtet werden, Informationen über die Nutzung des E-Bikes und die damit verbundenen Risiken bereitzustellen. Radfahrer sollten bei Unfällen mit einem Fahrzeug Rechtsschutz erhalten (siehe niederländische Regelung). Wir sind für autofreie Gebiete in den Städten (ohne dass dies den Handelszonen schadet). Insgesamt empfehlen wir, Radfahrern und Fußgängern gegenüber motorisierten Fahrzeugen zusätzliche Priorität und Rechte einzuräumen und gleichzeitig die Straßenverkehrssicherheit und die Einhaltung der Verkehrsregeln zu gewährleisten.

Diese Empfehlungen sind wichtig, da das Fahrrad Vorteile in Bezug auf die individuelle Gesundheit und die öffentliche Gesundheit, die Luftqualität, den Lärmpegel, das Klima und den Verkehr in den Stadtzentren bietet. Radfahrer und Fußgänger müssen sich angesichts der Risiken, die mit der verstärkten Nutzung des E-Bikes verbunden sind, sicher fühlen. Manchmal fehlen Radwege oder sind in schlechtem Zustand.

5. Wir empfehlen, die Nahrungsmittelproduktion in die öffentliche Bildung zu integrieren. Wir empfehlen, die Einrichtung von Gärten in Schulen, wenn möglich, und städtische Gartenprojekte in öffentlichen und privaten Räumen zu subventionieren und zu unterstützen. Die Rahmen für die Stadtplanung müssen den Bedarf an Raum, Wasser und unterstützender Infrastruktur berücksichtigen. So könnten beispielsweise alte Parkplätze für Ökologisierungprojekte genutzt werden, vertikale Gartenprojekte könnten an Gebäuden durchgeführt werden oder Baugenehmigungen könnten durch die Integration von Grünflächen bedingt werden. Wir empfehlen den Austausch innovativer Verfahren und bewährter Verfahren in allen Mitgliedstaaten.

Gartenprojekte fördern die Widerstandsfähigkeit von Städten und ihren Bewohnern, indem sie Menschen unterschiedlicher Altersgruppen und gesellschaftlichen Gruppen zusammenbringen. Die Vermehrung von Grünflächen verbessert die Lebensqualität, die Luftqualität, die geistige und körperliche Gesundheit und die Umwelt.

Unterachse 1.2 Umweltbildung

6. Wir empfehlen der EU, eine Richtlinie zu erlassen, die vorschreibt, dass Stadtentwicklungsprogramme spezifische Umweltaforderungen erfüllen, um Städte grüner zu machen. Diese Richtlinie sollte für private und öffentliche Güter und Räume gelten, insbesondere für neue Gebäude, die in Planung sind. Sie muss Mindeststandards festlegen, um sicherzustellen, dass die Gebäude und Räume so grün wie möglich sind. Das Adjektiv „grün“ bezieht sich hier auf den Einsatz erneuerbarer Energiequellen, einen reduzierten Energieverbrauch, niedrige CO₂-Emissionen und die Einbeziehung von Pflanzen in architektonische Projekte.

Grünere Städte tragen aktiv zur Verringerung der Auswirkungen des Klimawandels und der CO₂- und Ozonemissionen bei, die sich negativ auf die Gesundheit der Bürger auswirken. Investitionen in grünere Städte tragen zu einer nachhaltigen Entwicklung der Gemeinschaften bei, die langfristig wirtschaftliche und soziale Vorteile bringt.

7. Wir empfehlen der EU, mit Unterstützung der Mitgliedstaaten eine gemeinsame Europäische Charta zu entwickeln, anzunehmen und umzusetzen, die sich auf Umweltfragen in ihrer Komplexität konzentriert. Die Charta wird den Mitgliedstaaten einen Rahmen für die Durchführung regelmäßiger Informations- und Schulungskampagnen bieten, die über alle verfügbaren Medienkanäle und über ein neues Informationsportal

verbreitet werden. Diese Kampagnen sollten in der gesamten EU und auf allen Ebenen durchgeführt werden, um das Umweltbewusstsein aller Bürger zu erhöhen.

Die mangelnde Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten behindert die Wirksamkeit bestehender Kampagnen und verlangsamt die Bemühungen, diese globale Herausforderung des Klimawandels anzugehen. Eine gemeinsame Charta wird Synergien zwischen den Aktionsplänen der Mitgliedstaaten fördern, um eine größere Effizienz der Bemühungen zu gewährleisten. Darüber hinaus wird sie sicherstellen, dass den Bürgern kohärente und homogene Informationen über die Auswirkungen ihrer alltäglichen Handlungen, wie die Wahl ihres Verkehrsmittels und die Behandlung ihrer Abfälle, bereitgestellt werden.

Achse 2: Unsere Umwelt und unsere Gesundheit schützen

Unterachse 2.1 Gesunde natürliche Umwelt

8. Wir empfehlen ein einheitliches Öko-Score-System, das den ökologischen Fußabdruck jedes in der EU gekauften Produkts anzeigt. Produkte aus Drittländern müssen dieses Öko-Score-System transparent einhalten. Dieses System sollte auf klaren Klassifizierungskriterien für die Produkte selbst beruhen und beispielsweise einen QR-Code verwenden, der detailliertere Produktinformationen enthält.

Diese Informationen über den Produktlebenszyklus sind für alle EU-Bürger von grundlegender Bedeutung, damit die Verbraucher beim Einkauf aktiv werden können. Auf diese Weise können die EU-Bürger verantwortungsbewusste Entscheidungen treffen, die zum Schutz ihrer Umwelt beitragen.

9. Wir empfehlen, dass mehr Investitionen in die Erforschung neuer umweltfreundlicher Energiequellen getätigt und bis zum Einsatz dieser neuen Energiequellen zusätzliche Investitionen in die bestehenden optimalen Energieerzeugungslösungen getätigt werden. Wir empfehlen auch, die europäischen Bürger transparent über bestimmte Energiequellen zu informieren und aufzuklären. Wir empfehlen nachdrücklich, alle ökologischen und sozialen Auswirkungen des Energieerzeugungsprozesses für die heutigen und zukünftigen Generationen zu berücksichtigen.

Wir sind mit sehr hohen CO₂-Emissionen und anderen toxischen Stoffen aus der Energieerzeugung konfrontiert, die das Klima und die Luftqualität beeinträchtigen. Um den EU-Richtlinien, den Empfehlungen der IPCC-Berichte und den Zielen der COP26 nachzukommen, müssen wir Forschung und Investitionen verstärken, um eine klimaneutrale Energieerzeugung zu erreichen.

Unterachse 2.2 Schutz unserer biologischen Vielfalt

10. Wir empfehlen, den Einsatz von Pestiziden und chemischen Düngemitteln in allen Arten der Landwirtschaft drastisch zu reduzieren, indem strengere gemeinsame Normen angewandt, die Erforschung natürlicher Alternativen beschleunigt und die Einführung neuer Lösungen, einschließlich der Ausbildung von Landwirten, unterstützt werden.

Obwohl bei alternativen Düngemitteln und Pestiziden Fortschritte erzielt wurden, sind die meisten von ihnen für große Betriebe noch nicht nutzbar. Daher müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, um neue Lösungen zu entwickeln. Die Forschung sollte durch öffentliche

Ausgaben und strengere Standards für den Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln gefördert werden. Die Forschungsergebnisse müssen rasch auf EU-Ebene verbreitet werden.

11. Wir empfehlen die Ausweitung der Schutzgebiete für die Erhaltung der biologischen Vielfalt (Säugetiere, Vögel, Insekten und Pflanzen) und die Stärkung des Vorrangs des Rechts auf menschliche Eingriffe in diesen Gebieten. Schutzgebiete werden nicht nur als Inseln betrachtet, sondern auch als Kontinuum mit grüneren städtischen Gebieten im Einklang mit harmonisierten EU-Normen.

Die biologische Vielfalt leidet stark unter der Entwaldung. Die Schaffung von Schutzgebieten ist eines der wichtigsten Mittel, um die biologische Vielfalt an Land zu schützen. Es ist jedoch schwierig, Schutzgebiete in der Nähe von verschmutzten Städten zu erhalten oder menschliche Eingriffe zu vermeiden, wenn die umliegenden Gebiete wenig Raum für die Natur lassen. Wir müssen die Wohngebiete grün machen und sie in ihre umliegende Natur integrieren.

12. Wir empfehlen, generische Subventionen für die Landwirtschaft in erster Linie auf Projekte zur Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft umzulenken, bei der die Achtung der Natur und der Arbeitnehmer berücksichtigt wird. Die Begünstigten sollten klare Umweltstandards einhalten und streng überwacht werden.

Wir sind der Ansicht, dass nur eine nachhaltige Landwirtschaft gefördert werden sollte, was bedeutet, dass die Mittel, die derzeit für generische Subventionen verwendet werden, neu zugewiesen werden. Darüber hinaus ist es möglich, die Effizienz der eingesetzten Mittel zu steigern, indem der Schwerpunkt auf transformative Projekte und innovative Lösungen anstatt auf jährliche Zahlungen gelegt wird. Die Umweltauswirkungen landwirtschaftlicher Tätigkeiten und Projekte sollten besser überwacht werden. Auch die Menschenrechte der Arbeitnehmer müssen als integraler Bestandteil der Nachhaltigkeit betrachtet werden.

13. Wir empfehlen der EU, für einen fairen Wettbewerb umweltfreundliche landwirtschaftliche Erzeugnisse zu sorgen, indem strengere Standards sowohl für EU-Produkte als auch für eingeführte Erzeugnisse festgelegt werden, indem ihre Rückverfolgbarkeit, Kennzeichnung und Qualitätskontrolle gewährleistet werden.

Die geringste Produktivität nachhaltiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse beeinträchtigt ihre Kostenwettbewerbsfähigkeit. Eingeführte Produkte sollten die gleichen strengen Standards für die Umweltauswirkungen ihrer Produktion erfüllen. Unsere Behörden sollten in der Lage sein, die Rückverfolgbarkeit der importierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu gewährleisten.

14. Wir empfehlen eine schnelle und massive Aufforstung und Aufforstung in der EU durch eine optimierte Landnutzung. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Wiederaufforstung bewirtschafteter oder zerstörter Wälder und der Aufforstung von Gebieten mit geschädigten Böden gewidmet werden. Es sollten neue, verantwortungsvollere Lösungen für eine bessere Nutzung von Holz gefördert werden, z. B. um Kunststoffe und andere chemische Stoffe zu ersetzen, eine höhere Energieeffizienz aus Biomasse zu erreichen und Holzprodukte zu recyceln.

Die Aufforstung hat eindeutig positive Auswirkungen auf die Umwelt und die biologische Vielfalt im Allgemeinen. Gleichzeitig müssen wir weniger Holz zum Heizen verwenden, aber mehr, um es zu

Produkten mit hohem Mehrwert zu machen; um beispielsweise Kunststoffe zu ersetzen, ist die Verwendung von Holz von größter Bedeutung.

Unterachse 2.3 Sichere und gesunde Lebensmittel

15. Wir empfehlen die schnelle und schrittweise Abschaffung nicht nachhaltiger Verpackungen, die für Lebensmittel verwendet werden, einschließlich Kunststoffverpackungen und Verpackungen aus anderen Materialien, die nicht biologisch abbaubar sind. Zu diesem Zweck schlagen wir vor, Unternehmen, die auf vollständig biologisch abbaubare Verpackungsformen umstellen, finanzielle Anreize zu bieten, in die Suche nach Alternativen zu investieren und Sanktionen für Unternehmen einzuführen, die keine biologisch abbaubaren Verpackungen verwenden.

Kunststoffabfälle, insbesondere Mikroplastik, werden immer häufiger und verschlechtern sich langsam. Der Kunststoffverbrauch beeinträchtigt die Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln und birgt gleichzeitig Risiken für die Gesundheit von Mensch und Tier. Darüber hinaus sind die bestehenden EU-Rechtsvorschriften zur Verringerung nicht biologisch abbaubarer Verpackungen unzureichend.

16. Wir empfehlen den schrittweisen Verzicht auf die Intensivhaltung, einschließlich des Endes der erniedrigenden Lebensbedingungen für Tiere. Wir schlagen vor, gemeinsame Zuchtstandards (z. B. Höchstanzahl der Tiere, angepasster Außenraum) einzuführen und mehr in nicht intensive Methoden (extensive und nachhaltige Landwirtschaft) zu investieren, indem Landwirte finanzielle Anreize und Schulungen zur Unterstützung dieser Entwicklung erhalten.

Das allmähliche Verschwinden der intensiven Landwirtschaft wird die Umweltverschmutzung senken und den Naturschutz stärken. Darüber hinaus wird der Ausstieg aus der Intensivhaltung die Menge der zur Bekämpfung von Tierseuchen benötigten Medikamente verringern und die Qualität unserer Ernährung verbessern. Auch bei der intensiven Tierhaltung wird das Tierwohl nicht berücksichtigt, aber es gibt nachhaltigere Haltungsformen, wie z. B. extensive Tierhaltung; Landwirten müssen Zuschüsse gewährt werden, damit sie diesen Weg beschreiten können.

17. Wir empfehlen, die Kontrollen in Bezug auf das Verbot der überflüssigen Verwendung von Antibiotika und anderen Tierarzneimitteln in Futtermittelzusatzstoffen zu verstärken: lassen Sie uns dafür sorgen, dass diese Initiative Wirklichkeit wird! Wir schlagen vor, dass der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung nur dann zulässig ist, wenn dies unbedingt erforderlich ist, um die Gesundheit und das Wohlbefinden der Tiere zu schützen und nicht vorbeugend. Darüber hinaus ist es notwendig, mehr in die Erforschung wirksamerer Antibiotika zu investieren, indem Alternativen entwickelt und gleichzeitig auf der laufenden Forschung in diesem Bereich aufgebaut werden.

Die Resistenz des Menschen gegen Antibiotika wird durch den Verzehr von Lebensmitteln reduziert, die von Tieren stammen, denen Antibiotika verabreicht wurden. Darüber hinaus braucht es Zeit, um geeignete Lösungen zu entwickeln, um bestehende Antibiotika zu ersetzen und dafür zu sorgen, dass die Landwirte informiert und bereit sind, sie zu verwenden. Wir erkennen an, dass es EU-Antibiotika-Richtlinien gibt; diese wurden jedoch nicht in allen Mitgliedstaaten auf die gleiche Weise umgesetzt. Schließlich werden Tierarzneimittel zu Dopingzwecken missbraucht; daher werden strengere Rechtsvorschriften dazu beitragen, das Wohlergehen der Tiere zu verbessern und ihre Lebensqualität zu verbessern.

18. Wir empfehlen, dass die EU-Rechtsvorschriften vorschreiben, dass die Verwendung von Hormonen und endokrinen Disruptoren bei der Herstellung von Lebensmitteln gemeldet werden muss, um Art, Menge und Exposition des verwendeten Endprodukts festzulegen. Auf der Verpackung aller betroffenen Lebensmittel müssen Etiketten angebracht sein, auf denen die vorhandenen Stoffe und die Gründe für ihre Verwendung deutlich angegeben sind. Darüber hinaus sollte die Forschung über die Auswirkungen von Hormonen und endokrinen Disruptoren auf die menschliche Gesundheit beschleunigt werden.

Derzeit ist die Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln unzureichend, insbesondere in Bezug auf Hormone und endokrine Disruptoren. Wir sind der Ansicht, dass Transparenz bei der Lebensmittelproduktion erforderlich ist, um der Rechenschaftspflicht gerecht zu werden. Darüber hinaus sollten die Verbraucher in der Lage sein, die Zusammensetzung der Lebensmittel, die sie konsumieren, als Ganzes zu kennen und frei wählen zu können, was sie essen. Darüber hinaus ist die Untersuchung der Auswirkungen (und der potenziellen Risiken) auf den Menschen durch den Verzehr von Lebensmitteln, die hormonelle Substanzen und endokrine Disruptoren enthalten, unzureichend.

19. Wir empfehlen, dem Verzehr verarbeiteter Lebensmittel entgegenzuwirken, indem gesundheitsschädliche Steuern auf Lebensmittel erhoben und Gelder in gesunde Lebensmittel investiert werden. Wir schlagen vor, auf europäischer Ebene ein Bewertungssystem für gesunde Lebensmittel einzuführen, das auf bewährten Verfahren in den Mitgliedstaaten beruht, und Etiketten auf Lebensmitteln anzubringen, um die Verbraucher über ihre gesundheitlichen Auswirkungen zu informieren.

Auf diese Weise können die gesammelten Mittel dazu verwendet werden, Sensibilisierungsmaßnahmen und Werbekampagnen zu entwickeln, gesunde Ernährung im Bildungssektor zu priorisieren und gesundheitsschädliche Lebensmittel in Supermärkten weniger sichtbar zu machen. Investitionen in gesunde Lebensmittel tragen auch dazu bei, den allgemeinen Gesundheitszustand der Bevölkerung zu verbessern und damit die öffentlichen Ausgaben zu senken, die erforderlich sind, um gesundheitliche Probleme infolge einer schlechten Ernährung anzugehen. Darüber hinaus glauben wir, dass Steuern und Subventionen Unternehmen dazu ermutigen werden, gesündere Lebensmittel zu produzieren.

Achse 3: Neuorientierung unserer Wirtschaft und unseres Konsums

Unterachse 3.1 Regelung der Überproduktion und des Überkonsums

20. Wir empfehlen der EU, mehr Maßnahmen zu ergreifen, um den Verbrauchern die Möglichkeit zu geben, Produkte länger zu nutzen und sie dazu anzuregen. Die EU sollte die geplante Obsoleszenz bekämpfen, indem sie die Produktgarantie verlängert und nach Ablauf der Garantiefrist einen Höchstpreis für Ersatzteile festlegt. Alle Mitgliedstaaten sollten eine Steuerermäßigung für Reparaturdienstleistungen einführen, wie dies in Schweden der Fall ist. Die Hersteller sollten verpflichtet werden, die voraussichtliche Lebensdauer ihrer Produkte anzugeben. Die EU sollte Informationen darüber bereitstellen, wie Produkte über eine Website und durch Bildungsmaßnahmen wiederverwendet und repariert werden können.

Unsere Verschwendungsgesellschaft ist nicht lebensfähig, da sie zu viel Abfall verursacht. Durch die Anwendung der vorgeschlagenen Maßnahmen werden wir zu einem Unternehmen werden, in

dem Produkte wiederverwendet und repariert werden, deren Zahl sinken wird, wodurch der Überkonsum reduziert wird.

21. Wir empfehlen der EU, strengere Umweltstandards anzuwenden und faire Arbeitsbedingungen entlang der gesamten Produktionskette zu gewährleisten. Die EU-Produktionsstandards sollten nachhaltiger und harmonisierter zwischen den Mitgliedstaaten sein und auf eingeführte Waren angewandt werden. Diese Normen müssen auch sozialer Natur sein, einschließlich eines angemessenen Einkommens für Arbeitnehmer und zufrieden stellender Arbeitsbedingungen in den Fabriken. Dies sollte Folgen für Waren haben, die diesen Normen nicht entsprechen.

Es ist wichtig, ökologisch und sozial homogene Herstellungsstandards in Europa festzulegen, um sicherzustellen, dass alle angebotenen Produkte nachhaltig hergestellt werden. Diese Maßnahmen sind von entscheidender Bedeutung, um unsere Wirtschaft neu auszurichten und die Produktionsmodelle der Unternehmen zu verändern.

22. Wir empfehlen, dass die EU und die Mitgliedstaaten Maßnahmen ergreifen, um die Werbung für umweltschädliche Produkte zu begrenzen. Für Produkte mit geringer Nachhaltigkeit sollte eine Haftungsausschlussklausel in allen Formen der Werbung gelten, die zeigen, dass sie umweltschädlich sind. Die EU sollte die Werbung für Produkte verbieten, die überhaupt nicht nachhaltig sind.

Werbung fördert den Konsum; Produkte, die der Umwelt schaden, sollten nicht hervorgehoben werden. Auf diese Weise werden die Verbraucher weniger geneigt sein, umweltschädliche Produkte zu kaufen.

23. Wir empfehlen der EU, die Pfandsysteminfrastruktur für alle Primärverpackungen aus Glas, Kunststoff, Aluminium usw. in der gesamten EU einheitlich einzurichten und auszubauen. Die Hersteller sollten die protokollierten Verpackungen so weit wie möglich wiederverwenden, indem sie sie sterilisieren, anstatt die Materialien einfach zu recyceln. Neben Verpackungen für Lebensmittel und Getränke sollte sich das Gerät auch auf andere Arten von Flaschen und Behältern wie Shampooflaschen beziehen.

Derzeit werfen die Verbraucher zu viele Verpackungen weg, die unsere Ökosysteme verschmutzen und zerstören. Pfandsysteme tragen zur Abfallreduzierung bei, indem sie die Bürger dazu anhalten, Verpackungen zurückzubringen, anstatt sie zu entsorgen. Durch die Entwicklung dieses Geräts werden wir weniger Ressourcen nutzen; die Menge der anfallenden Abfälle wird reduziert.

Unterachse 3.2 Abfallreduzierung

24. Wir empfehlen, eine verstärkte Umsetzung der Maßnahmen für die Kreislaufwirtschaft auf europäischer Ebene zu fördern, die sowohl auf Unternehmen als auch auf die Bürger ausgerichtet sind, und zwar in Form finanzieller Anreize für diejenigen, die diese Politik einhalten.

Viele Menschen werden am Ende arbeitslos werden, wenn die Produktionsunternehmen ihre Belegschaft reduzieren oder sogar in den Zustand der Zahlungseinstellung/Fermentierung geraten. Maßnahmen zur Umschulung von Arbeitslosen werden umweltverträgliche Praktiken fördern und

gleichzeitig die Arbeitslosigkeit begrenzen und die Modernisierung einer diversifizierten Wirtschaft fördern.

25. Wir empfehlen, dass die EU die Verwendung umweltverträglicher Verpackungen (d. h. Verpackungen aus biologisch abbaubaren oder recycelbaren oder nachhaltigeren Materialien) und/oder die Verwendung von weniger großen Verpackungen, die auch über einen QR-Code verfügen, der Informationen enthält, die für das Recycling und/oder die Entsorgung von Verpackungen nach der Verwendung relevant sind, regelt.

Diese Empfehlung wird zu einer Verringerung der Verpackungen, zu einer Verringerung der Abfälle und folglich zu einer Verringerung der Umweltverschmutzung führen; dadurch wird die Umwelt sauberer und letztlich der CO₂-Fußabdruck geringer. Die Steuerlast für die Erzeuger wird ebenfalls geringer sein.

Unterachse 3.3 Faire Produkte, gleichberechtigter Zugang und fairer Verbrauch

26. Wir empfehlen der Europäischen Union, einen Rechtsrahmen zu schaffen, um allen europäischen Verbrauchern einen erschwinglichen und verbesserten Zugang zu hochwertigen und lokalen Lebensmitteln zu gewährleisten.

Denn derzeit gibt es auf EU-Ebene keine gemeinsame Auslegung dessen, was als lokale und hochwertige Lebensmittel zu betrachten ist. Diese Lücke muss geschlossen werden.

Die Einfuhr minderwertiger Erzeugnisse hat direkte negative Auswirkungen auf die Umwelt. Um den Klimawandel zu bekämpfen, müssen wir all seine Ursachen bekämpfen, einschließlich der Einfuhr minderwertiger Produkte: es gilt, die Transportdistanz zu verringern und saisonale Produkte zu fördern.

Diese Empfehlung ist vielversprechend, da sie auch für Non-Food-Produkte gelten könnte.

27. Wir empfehlen der Europäischen Union, Forschung und Entwicklung durch Förderprogramme zu fördern, um sicherzustellen, dass auf dem europäischen Markt nachhaltigere und erschwinglichere Produkte verfügbar sind. Die Europäische Union muss auch Konsultationen mit den Bürgern auf allen Entscheidungsebenen, auch auf lokaler Ebene, durchführen, um deren Bedarf an nachhaltigen Produkten zu ermitteln.

Wir sind der Ansicht, dass die Forschung zu nachhaltigen Produkten unzureichend ist, und es ist dringend erforderlich, mehr Finanzmittel für die Forschung bereitzustellen, damit die Europäer Zugang zu erschwinglicheren nachhaltigen Produkten erhalten.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. Das Programm für Forschungs- und Innovationsmaßnahmen muss gemeinsam mit den Bürgern erstellt werden. Sie sollten über das Follow-up informiert und über die Ergebnisse informiert werden.

28. Wir empfehlen der Europäischen Union, einen Regelungsmechanismus für Modeartikel einzuführen, die auf den Gemeinsamen Markt gelangen. Mit diesem Mechanismus soll ein besserer Verbrauch durch einen Indikator gefördert werden, der sicherstellt, dass das Produkt Nachhaltigkeitskriterien erfüllt.

Die Modebranche, die außerhalb der europäischen Grenzen zu viele minderwertige Waren produziert, wendet keine ethischen Standards an und nimmt kein nachhaltiges Verhalten an.

Wir müssen einen fairen Mechanismus finden, der es den Verbrauchern ermöglicht, besser zu konsumieren. Es ist jedoch wichtig, die Steuern nicht zu erhöhen, was sich negativ auf die Verbraucher auswirken würde, indem sie ihre Kaufkraft verringern.

Die Verbraucher sollten wissen, unter welchen Bedingungen die von ihnen gekauften Produkte hergestellt werden und ob sie nachhaltige Qualitätsstandards erfüllen.

Achse 4: auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft

Unterachse 4.1 Erneuerbare Energien – ab sofort

29. Wir empfehlen der EU, Maßnahmen zu ergreifen, um CO₂-Filter, insbesondere für Kohlekraftwerke, während einer Übergangszeit obligatorisch zu machen, solange wir weiterhin auf konventionelle Energie angewiesen sind. Darüber hinaus empfehlen wir der EU, Mitgliedstaaten, die über keine finanziellen Mittel für die Umsetzung von CO₂-Filtern verfügen, finanzielle Unterstützung zu gewähren. Die Unterstützung hängt von der Einhaltung der EU-Klimapolitik im Zusammenhang mit dem Übereinkommen von Paris, dem Grünen Deal und allen neuen Klimagesetzen ab.

Dies ist ein konkreter Schritt, der parallel zur Fortsetzung der Investitionen in die Forschung zur Sicherheit der Energieerzeugung zu ergreifen ist und den EU-Mitgliedstaaten dabei helfen soll, die gemeinsamen Ziele zur Verringerung der CO₂-Emissionen schrittweise zu erreichen.

Wir wissen, dass die Verwendung konventioneller Brennstoffe zu Treibhausgasemissionen führt, und die EU-Mitgliedstaaten müssen die Nutzung dieser Art von Energie reduzieren, um das Übereinkommen von Paris einzuhalten. Da es nicht möglich ist, die CO₂-Emissionen sofort zu stoppen und wir immer noch auf Kohle angewiesen sind, müssen wir kurz- und mittelfristige Maßnahmen ergreifen.

Die Verringerung der CO₂-Emissionen ist von gemeinsamem Interesse, das alle Bürgerinnen und Bürger sowohl in den Mitgliedstaaten als auch außerhalb der EU betrifft; die EU hat als Institution ihre eigene Verantwortung, und das Organ gibt Empfehlungen ab und ermöglicht Lösungen, da die Mitgliedstaaten die Ziele allein nicht erreichen können.

30. Wir empfehlen, die intensive industrielle Tierhaltung zu reduzieren, um die Methanproduktion und die Wasserverschmutzung zu reduzieren. Zu diesem Zweck überarbeitet die EU ihre gemeinsame Agrarpolitik, um ihre Subventionen auf eine nachhaltige und lokale Landwirtschaft auszurichten, insbesondere durch ein Kennzeichnungssystem, das es den Verbrauchern ermöglicht, nachhaltige Fleischerzeugnisse zu erkennen. Darüber hinaus ermutigen wir die EU, in Verfahren zur Wiederverwendung von Abfällen aus der Tierproduktion und anderen Industriezweigen zu investieren.

Die Bevölkerung wächst, was in Zukunft zu einer steigenden Nachfrage nach Fleisch führen wird. Deshalb muss der Fleischkonsum reduziert werden.

Da Methan Treibhausgas erzeugt, halten wir es für ganz natürlich, die Emissionen aus der Tierhaltung zu reduzieren.

Wir alle wissen, dass es notwendig ist, weniger Fleisch zu essen und die Anzahl der Rinder entsprechend zu reduzieren.

31. Obwohl die Erzeugung von grünem Wasserstoff ein kostspieliger Prozess ist, da 75 % Energie benötigt wird, um 25 % Wasserstoff zu erhalten, hat diese Art von Energie viele positive Aspekte. Die beste Lösung kann sein, parallel zur Entwicklung von grünem Wasserstoff CO2-freie Energie zu erzeugen. Windenergie sollte für die Erzeugung von grünem Wasserstoff genutzt werden, und die EU sollte mehr investieren, die Erzeugung von Windenergie erhöhen und sie für spätere Zwecke speichern.

Grüner Wasserstoff ist flexibel und kann bei Bedarf zur Verwendung gelagert werden. Es verursacht keine CO2-Verschmutzung.

Unterachse 4.2 Unterstützung des Wandels

32. Wir empfehlen der EU ein Zwangs- und Belohnungssystem zur Bekämpfung der Verschmutzung, einschließlich Wasser, Boden, Luft und Strahlung. Gegen Verschmutzer müssen Geldbußen verhängt werden, die mit der obligatorischen Unterstützung durch eine spezialisierte Organisation einhergehen, die speziell darauf ausgerichtet ist, Unternehmen bei der Beseitigung der Umweltverschmutzung und der Wiederherstellung des Ökosystems zu unterstützen. Diese Fachorganisation sollte eine führende Rolle bei der Verhütung und Kontrolle des Verschmutzungsniveaus spielen.

Weil es wichtig ist, die Verantwortung der Verursacher zu betonen und Unternehmen dazu zu bewegen, die Umweltverschmutzung durch Null-Schadstoff zu verringern. Es ist wichtig, einen gesunden Planeten zu haben, da er direkt mit unserem Wohlbefinden und unserer zukünftigen Existenz verbunden ist.

33. Wir empfehlen der EU, eine spezielle Website/Plattform einzurichten, die von mehreren Experten geprüft wird – mit vielfältigen und regelmäßig aktualisierten wissenschaftlichen Informationen im Umweltbereich -, die für alle Bürger leicht zugänglich und transparent sind. Diese Website/Plattform wird mit einem Forum kombiniert, in dem Bürger und Experten interagieren können. Wir empfehlen auch dringend, eine Medienkampagne zu starten, um diese Website/Plattform zu bewerben (z. B. über soziale Medien wie YouTube, TikTok und LinkedIn).

Alle Bürger müssen über unabhängige, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierende Informationsquellen verfügen, um die Herausforderungen des Klimawandels (die Folgen und Maßnahmen, die zu ihrer Umkehr erforderlich sind) zu verstehen und Falschmeldungen entgegenzuwirken. Die Medienkampagne wird sie für die Existenz dieser Plattform/Website sensibilisieren. Es ist auch wichtig, dass die von der Website/Plattform bereitgestellten Informationen für alle Bürger verständlich sind und für diejenigen, die das Thema vertiefen möchten, Zugang zu Quellmaterial haben.

34. Wir empfehlen, dass die EU die Menge der eingeführten Waren verringert, die nicht den EU-Standards für den ökologischen Fußabdruck entsprechen.

Denn damit stellen wir sicher, dass die in die EU importierten Waren einen grüneren Fußabdruck haben. Ziel ist es, die Umweltverschmutzung weltweit zu reduzieren. Es ist auch wichtig, den Ländern die einzuhaltenden Standards vorzulegen, wenn sie Waren in die EU ausführen wollen.

35. Wir empfehlen, dass die EU den Dialog über den Klimawandel auf allen Entscheidungsebenen von der sehr lokalen (nationalen, internationalen und interkontinentalen) Ebene auf globaler (nationaler, internationaler und interkontinentaler) Ebene fördert, fördert und erleichtert, um den Anliegen aller Beteiligten Rechnung zu tragen.

Dialog und Konsens sind der beste Weg, um die Herausforderungen des Klimawandels zu bewältigen: wenn sich die Parteien gegenseitig verstehen, besteht eine größere Bereitschaft, eine gemeinsame Grundlage zu finden.

Unterachse 4.3 umweltfreundlicher Verkehr

36. Wir empfehlen, dass die EU die EU-Mitgliedstaaten finanziell unterstützt, um die Anbindung ländlicher Gebiete zu verbessern. Zu diesem Zweck sollte ein europäisches öffentliches Verkehrsnetz entwickelt werden, das auf erschwinglichen Preisen (mit Vorrang für die Eisenbahn) und Anreizen für die Nutzung des öffentlichen Verkehrs beruht. Zu diesem Zweck sollte die Internetanbindung auch in einem kurzen und realistischen Zeitraum in ländlichen Gebieten ausgebaut werden.

Wir geben diese Empfehlung an, weil es keinen gleichberechtigten Zugang zum öffentlichen Verkehr und zur Internetanbindung zwischen ländlichen und städtischen Gebieten gibt. Ein gemeinsames europäisches Projekt würde gestärkt, da alle Bürger das Gefühl hätten, die gleichen Rechte zu haben. Die Stärkung des öffentlichen Verkehrsnetzes und der Internetanbindung würde die Bevölkerung dazu bewegen, sich in ländlichen Gebieten niederzulassen. Dies würde die Umweltverschmutzung verringern, da weniger Menschen in überfüllten Städten leben würden.

37. Wir empfehlen, die bestehende Verkehrsinfrastruktur zu verbessern, die veraltet ist oder aus ökologischer Sicht noch verbessert werden kann (Einbau von Elektrozügen). Dieses Verfahren sollte durchgeführt werden, ohne Umweltschutzgebiete zu beeinträchtigen.

Die Verbesserung der bestehenden Infrastruktur würde verhindern, dass zu viele Ressourcen aufgewendet werden und Schutzgebiete, die für die Erhaltung der biologischen Vielfalt wichtig sind, beschädigt werden. Die Zunahme der Eisenbahninfrastruktur würde zu einer Verringerung der CO₂-Emissionen führen und die Mobilität der Bevölkerung von städtischen Gebieten in ländliche Gebiete fördern.

38. Wir empfehlen, dass die EU den Kauf von Elektrofahrzeugen fördert, die gute Standards für die Batterielebensdauer erfüllen. Zu diesem Zweck könnte die EU Anreize für alle Mitgliedstaaten ergreifen und die Strominfrastruktur verbessern. Gleichzeitig sollte die EU in die Entwicklung anderer umweltfreundlicher Technologien wie Biokraftstoffe und Wasserstoff für Fahrzeuge, deren Elektrifizierung schwierig ist, wie Schiffe und Lastkraftwagen, investieren.

Wir formulieren diese Empfehlung, da Strom der schnellste Weg ist, um die Emissionen von Fahrzeugen zu reduzieren, zusammen mit anderen Energiequellen wie Wasserstoff und Biokraftstoffen. Die schnellste, wirtschaftlichste und erreichbare Lösung ist Strom, gefolgt von Biokraftstoffen. Langfristig sollte grüner Wasserstoff eine ergänzende Rolle bei der Abdeckung von Verkehrsträgern spielen, die nicht elektrifiziert werden können.

Achse 5 Pflege für alle

Unterachse 5.1 Stärkung des Gesundheitssystems

39. Wir empfehlen, dass die Europäische Union gemeinsame Gesundheitsnormen garantiert, aber auch für angemessene Mindestlöhne, eine Höchstzahl von Arbeitsstunden und gleiche Ausbildungsstandards für dieselben Qualifikationen für Angehörige der Gesundheitsberufe in der gesamten Europäischen Union plädiert.

Wenn es keine gemeinsamen Standards für Gesundheitsversorgung, Löhne und gemeinsame Schulungen für Angehörige der Gesundheitsberufe gibt, könnten Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zu unausgeglichene Situationen in der gesamten Europäischen Union führen. Die Standardisierung der Gesundheitsversorgung könnte zur Schaffung eines robusteren, effizienteren und widerstandsfähigeren Systems beitragen (z. B. die COVID-19-Krise im Hinblick auf die Stabilität unserer Systeme). Sie würde auch den Austausch von Wissen und Informationen im Gesundheitssektor erleichtern.

40. Wir empfehlen, dass die Europäische Union dafür Sorge trägt, dass die Behandlung in der gesamten EU von gleicher Qualität und zu fairen lokalen Kosten ist. Dies könnte beispielsweise durch die Ausweitung der Zuständigkeiten der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) oder durch die Einrichtung einer neuen europäischen Agentur für das öffentliche Beschaffungswesen gewährleistet werden, die für die Verhandlungen und die Beschaffung geeigneterer Arzneimittelpreise für alle Mitgliedstaaten zuständig wäre. Das Risiko von Monopolen in der Pharmaindustrie muss auf ein Minimum reduziert werden.

Die Gleichheit der medizinischen Bestimmungen und Behandlungen in der EU gewährleistet die gleichen gesundheitlichen Rechte aller europäischen Bürgerinnen und Bürger. Erhöhte Kaufkapazitäten garantieren bessere Kaufbedingungen. Dies darf jedoch nicht zu Monopolstrukturen und pharmazeutischer Lobbyarbeit führen. Die Bewältigung der COVID-19-Krise war ein gutes Beispiel für das kooperative Gesundheitsmanagement der Europäischen Union als Ganzes.

41. Wir empfehlen die Einrichtung einer europäischen Datenbank zur Gesundheitsversorgung, in der die Patientenakten in Not- oder Krankheitsfällen zugänglich sind. Die Teilnahme sollte fakultativ sein und der Schutz personenbezogener Daten muss gewährleistet sein.

Der Zugriff auf die Daten und die Nutzung von Daten ermöglichen eine schnelle Reaktion in Fällen, in denen das Leben bedroht ist. Piraterie oder Missbrauch stellen eine große Bedrohung für ein solches europäisches Gesundheitsdatenbanksystem dar, weshalb es notwendig ist, Daten zu sichern, während die Beteiligung freiwillig bleibt und selbstverständlich Sicherheitsbedrohungen vorbeugt.

42. Wir empfehlen der Europäischen Union, bestehende Forschungs- und Innovationsprogramme im Gesundheitsbereich weiterzuentwickeln und zu synchronisieren, wie dies im Rahmen des bestehenden Programms Horizont Europa der Fall ist. Die Ergebnisse der Studien sollten in allen Mitgliedstaaten frei zugänglich sein.

Die wissenschaftliche Zusammenarbeit auf EU-Ebene könnte die wissenschaftlichen Fähigkeiten und Erkenntnisse einzelner Forscher bereichern. Der Wissensaustausch könnte beispielsweise zu

einer frühzeitigen Diagnose und besseren Behandlung führen, um schwere und lebensbedrohliche Krankheiten in ganz Europa zu reduzieren. Es würde auch die europäische Selbstversorgung in Bezug auf Arzneimittel und Ausrüstung fördern.

43. Wir empfehlen der Europäischen Union, ihre Mittel für gemeinsame Forschungs- und Innovationsprojekte im Gesundheitsbereich aufzustocken (ohne Kürzungen in anderen gesundheitsbezogenen EU-Programmen). Dies würde auch die europäischen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen insgesamt stärken.

Forschung und Investitionen im Gesundheitswesen werden die Präventivmedizin langfristig stärken und die Gesundheitskosten senken. Eine höhere Finanzierung könnte die Abwanderung europäischer Fachkräfte in andere Industrieländer mit höheren FuE-Mitteln im Gesundheitsbereich verhindern. Diese Finanzierung sollte nicht aus bereits vorhandenen finanziellen Mitteln für die Gesundheitsversorgung stammen.

Unterachse 5.2 Eine breitere Sicht auf Gesundheit

44. Wir empfehlen die Einführung einer Gesundheitswoche als Initiative der Europäischen Union in der gleichen Woche in allen Mitgliedstaaten, die sich mit allen Gesundheitsfragen befasst und sich auf die psychische Gesundheit konzentriert. In dieser Woche werden alle wichtigen Themen im Zusammenhang mit der psychischen Gesundheit gemeinsam behandelt und gefördert, sowie andere bereits bestehende Initiativen wie die der Organisation „Mentale Gesundheit Europa“.

Wir geben diese Empfehlung ab, weil sich alle europäischen Bürgerinnen und Bürger akzeptiert und einbezogen fühlen müssen, insbesondere wenn sie unter psychischen Problemen leiden. Darüber hinaus ist es notwendig, das Bewusstsein für psychische Gesundheitsprobleme zu normalisieren und zu verbessern und damit verbundene soziale Probleme wie Diskriminierung zu verhindern. Da die psychischen Probleme mit der Pandemie zugenommen haben und sich wahrscheinlich fortsetzen werden, ist diese Initiative umso wichtiger.

45. Wir empfehlen, dass Damenhygieneprodukte nicht mehr als Luxusprodukte steuerlich betrachtet werden, da sie wesentliche Produkte sind. Wir empfehlen auch, dass hormonelle Verhütungsmittel, die aus medizinischen Gründen wie Fibromyalgie und Endometriose verwendet werden, als regelmäßige medizinische Behandlung besteuert werden. Wir empfehlen ferner, dass die Europäische Union die Harmonisierung der Behandlungen für ärztlich unterstützte Reproduktionen für alle Frauen (Lediger oder Verheiratete) in allen Mitgliedstaaten fördert.

In einigen europäischen Ländern werden Damenhygieneprodukte als Luxusprodukte besteuert, was unfair ist. Einige hormonelle Kontrazeptiva werden für medizinische Zwecke verwendet und sollten daher entsprechend besteuert werden. Weil reproduktive Behandlungen für Frauen, wie In-vitro-Fertilisation und Methoden zum Einfrieren von Eizellen, in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedliche Zulassungsbedingungen aufweisen und die Europäische Union ihre Harmonisierung anstreben muss.

46. Wir empfehlen, dass die Europäische Union einen festen Standpunkt einnimmt, um alle Mitgliedstaaten dazu zu bewegen, gegebenenfalls Fragen der psychischen Gesundheit und der Sexualerziehung in ihre Lehrpläne aufzunehmen. Um die Mitgliedstaaten bei der Übernahme dieser Fragen in die Lehrpläne zu unterstützen, sollte die Europäische Union

ein Standardprogramm für psychische Gesundheit und sexuelle Fragen entwickeln und zur Verfügung stellen.

Diskriminierung und Tabus im Zusammenhang mit psychischen Gesundheitsproblemen müssen reduziert werden. Desinformation und nicht-wissenschaftliche Ansätze müssen vermieden werden. Darüber hinaus ist Sexualerziehung von grundlegender Bedeutung für ein gesundes Leben und eine gesunde Gemeinschaft und verhindert Probleme wie Teenagerschwangerschaften.

47. Wir empfehlen, dass die Europäische Union ein besseres Kommunikationssystem für alle ihre Initiativen im Bereich der psychischen Gesundheit entwickelt, nämlich das Portal für öffentliche Gesundheit zu bewährten Verfahren innerhalb der Mitgliedstaaten und für alle Bürger. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments könnten sich diese bewährten Verfahren gegenseitig vorstellen, um sie in allen Mitgliedstaaten bekannter zu machen.

Die Bürger sind nicht gut über die Initiativen der Europäischen Union informiert, und der Austausch bewährter Verfahren ermöglicht es uns, voneinander zu lernen.

Unterachse 5.3 Gleichstellung des Zugangs zu Gesundheit für alle

48. Wir empfehlen der EU, Mindeststandards für eine hochwertige Zahnbehandlung, einschließlich der Prophylaxe, für alle EU-Mitgliedstaaten festzulegen und zu fördern. Kinder, einkommensschwache Gruppen und andere schutzbedürftige Gruppen sollten kostenlos zahnärztlich behandelt werden können. Innerhalb von 15 bis 20 Jahren sollte die EU sicherstellen, dass erschwingliche Zahnbehandlungen für alle zugänglich sind.

Wir geben diese Empfehlung ab, da Zahnbehandlungen derzeit für viele Menschen in der EU nicht erschwinglich sind. Der Mangel an Zahnpflege und Zahnprophylaxe schadet ihrer Gesundheit und ihren Lebensperspektiven. Die EU sollte mit der Festlegung eines Mindeststandards für die zahnärztliche Versorgung beginnen und eine kostenlose Zahnbehandlung für Kinder und einkommensschwache Gruppen verlangen. Langfristig sollte jeder Anspruch auf eine qualitativ hochwertige Zahnbehandlung haben.

49. Wir empfehlen, Gesundheit und Gesundheitsversorgung in die geteilte Zuständigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten einzubeziehen. Um diese neue geteilte Zuständigkeit aufzunehmen, ist es erforderlich, Artikel 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) zu ändern.

Wir geben diese Empfehlung aus, weil die Europäische Union derzeit nicht über ausreichende Befugnisse verfügt, um Rechtsvorschriften im Gesundheitswesen zu erlassen. Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass die EU in der Gesundheitspolitik stärker vertreten sein muss. Diese Vertragsänderung wird es der EU ermöglichen, mehr zu tun, um die Gesundheitsversorgung für alle EU-Bürger zu gewährleisten und verbindliche Verordnungen und Beschlüsse zu veröffentlichen.

50. Wir empfehlen, dass die EU kostenlose Erste-Hilfe-Kurse für alle EU-Bürger anbietet. Die EU könnte erwägen, diese Kurse für Studierende und am Arbeitsplatz (sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor) obligatorisch zu machen. Diese Kurse müssen auch praktisch, wiederholt und an das Alter der Schüler angepasst sein. Eine Mindestanzahl

von Defibrillatoren sollte auch an öffentlichen Orten in allen EU-Mitgliedstaaten verfügbar sein.

Wir empfehlen dies, weil viele Menschen in der Europäischen Union nicht darauf vorbereitet sind, zu handeln, wenn jemand Hilfe benötigt, und weil sie keine Erste-Hilfe-Techniken kennen. Das ist der Grund, warum viele Leben verloren gehen. An einigen öffentlichen Orten ist kein Defibrillator verfügbar.

51. Wir empfehlen, dass die Europäische Union dafür Sorge trägt, dass private Gesundheitsdienstleister nicht zu Unrecht öffentliche Mittel erhalten und nicht aus den Ressourcen der öffentlichen Gesundheitssysteme greifen. Die Europäische Union sollte entschlossene Empfehlungen an die Mitgliedstaaten richten, um die Finanzierung der öffentlichen Gesundheitsversorgung zu erhöhen.

Wir geben diese Empfehlung ab, da die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten verpflichtet sind, allen ihren Bürgern den Zugang zur Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Darüber hinaus erfordert ein stärkeres öffentliches Gesundheitssystem auch eine bessere Vorbereitung auf künftige Pandemien.

Anhang: WEITERE VOM GREMIUM GEPRÜFTE EMPFEHLUNGEN, DIE NICHT ANGENOMMEN WURDEN

Achse 1: Bessere Lebensweisen

Unterachse 1.1 Gesunde Lebensweisen

Wir empfehlen, dass die EU allen Mitgliedstaaten eine Empfehlung zu bewährten Verfahren zum Verbot oder zur Beschränkung der Werbung für Alkohol und Tabak in allen Medienformen und für alle Altersgruppen, jedoch mit besonderem Augenmerk auf junges Publikum, ausspricht. Die EU sollte für die Durchsetzung der Gesetze sorgen, die den Verkauf solcher Produkte an Minderjährige beschränken. Alle Mitgliedstaaten sollten dafür sorgen, dass die Rechtsvorschriften über das Rauchen in öffentlichen Räumen, insbesondere in Schulen, mit Sanktionen umgesetzt werden und Raucherbereiche eingerichtet werden.

Gesundheitsschädliche Lebensweisen können nicht in der Werbung erscheinen und sollten im öffentlichen Leben weniger sichtbar sein. Da Alkohol und Tabak zu den am häufigsten verwendeten Schadstoffen gehören, wird diese Empfehlung auch verhindern, dass Alkohol und Tabak missbraucht werden.

Wir empfehlen, dass die EU die Mitgliedstaaten ermutigt, Kurse in die nationalen Schulprogramme aufzunehmen, um zu lernen, wie man auf nachhaltige, gesunde und schmackhafte Weise kocht. Zu diesem Zweck kann die EU sowohl online als auch in gedruckter Form gesunde Kochführer zur Verfügung stellen. Junge Menschen sollten durch aktive Werbung in den traditionellen Medien und in den sozialen Medien erreicht werden. Wir sollten die Eltern auch erziehen, damit sie lernen, wie sie Nahrung für einen gesunden Lebensstil am besten nutzen können. Die Forschung in diesem Bereich sollte gefördert und erweitert werden.

Die Organisation von Koch- und Ernährungskursen in der Schule würde die Gesundheit junger Menschen verbessern und den Verzehr von Fast-Food-Lebensmitteln verhindern. Die Erziehung der Jugendlichen würde es ihnen ermöglichen, ihren Eltern zu erklären, was sie gelernt haben. Die Erziehung der Eltern zu einem gesunden Lebensstil würde es ihnen ermöglichen, ihren Kindern mit gutem Beispiel voranzugehen.

Wir empfehlen, die öffentliche Kampagne der Europäischen Kommission für eine gesunde Lebensweise mit dem Titel „HealthyLifestyle4All“ und die positiven Auswirkungen sozialer Aktivitäten durch konkrete Beispiele und eine umfassende Strategie zu intensivieren. Es sollten Informationskampagnen für gut strukturierte Zielgruppen entwickelt und geeignete Kommunikationsmittel für jede dieser Gruppen ausgewählt werden. Darüber hinaus ist es wichtig, Belohnungs- und Anreizsysteme einzurichten, um positive Verhaltensweisen zu fördern. Kampagnen sollten Influencer, Prominente oder Behörden einbeziehen. Sie müssen die doppelten Vorteile sowohl für die Gesundheit als auch für die Umwelt und das Klima hervorheben. Darüber hinaus sollten in allen Mitgliedstaaten Zuschüsse zur Förderung der kostenlosen öffentlichen Sportinfrastruktur zur Verfügung stehen.

Gesündere Lebensstile wirken sich positiv auf das Gesundheitssystem aus, da sie Gesundheitsprobleme reduzieren. Körperliche Gesundheit wirkt sich auf die psychische Gesundheit und das Glück aus. Die aktuellen Kampagnen sind nicht ausreichend bekannt. Sie sind effektiver und motivierender, wenn Persönlichkeiten und Influencer damit verbunden sind.

Wir empfehlen eine Informationskampagne über gesunde Ernährung und Ernährung. Die EU sollte eine höhere Besteuerung von Fleisch und Zucker in den Mitgliedstaaten fördern. Sie sollte prüfen, ob gesunde Lebensmittel von gesundheitsschädlichen Lebensmitteln unterschieden werden können, und eine differenzierte Mehrwertsteuer auf sie anwenden. Wir empfehlen, sehr klare Warnsignale auf sehr gesundheitsschädliche Produkte (z. B. Tabakprodukte) zu setzen. Darüber hinaus empfehlen wir ein EU-weites Ernährungsbewertungssystem mit relevanten Informationen und einem QR-Code, mit dem Verbraucher fundierte Entscheidungen treffen können. Prüfung der Möglichkeiten, gesunde Lebensmittel billiger als Junk Food zu machen, und Anreize für Landwirte, gesunde Produkte zu produzieren.

Gesunde Ernährung ist die Grundlage für ein gesundes Leben. Es ist notwendig, sowohl auf der Seite der Erzeuger als auch auf der Seite der Verbraucher einzugreifen. Die Produktion gesunder Produkte wirkt sich auch positiv auf die Umwelt aus und kann zur Unterstützung lokaler Landwirte beitragen. Wenn die Produktion gesunder Lebensmittel steigt, sinken die Preise und die Nachfrage steigt.

Unterachse 1.2 Umweltbildung

Wir empfehlen, dass die EU einen Finanzierungsmechanismus einführt, um die Einbeziehung eines langfristigen Umweltbildungsprogramms in die nationalen Bildungssysteme für Kinder in Grund- und Sekundarschulen zu fördern. Dieser Finanzierungsmechanismus sollte Mittel für Eltern umfassen, die finanzielle Unterstützung benötigen.

Die derzeitigen Bildungssysteme enthalten nicht genügend praktische Elemente, die direkte und tiefe Interaktionen zwischen Kindern und der Umwelt erleichtern. Die bestehenden Programme, die kurzfristig konzipiert sind, sind heterogen und fördern nicht die notwendige Änderung der Einstellung. Eltern sollten unterstützt werden, um sicherzustellen, dass alle Kinder gleichberechtigt

in den Genuss des Programms kommen und keine Kinder aus finanziellen Gründen ausgeschlossen werden.

Achse 2: Unsere Umwelt und unsere Gesundheit schützen

Unterachse 2.1 Gesunde natürliche Umwelt

Wir empfehlen, unverzüglich den höchstmöglichen Wasserqualitätsstandard in der gesamten EU umzusetzen. Um Wasser zu sparen, bieten wir ein auf Wasserpreisen basierendes Belohnungssystem an, um einen geringeren Verbrauch zu fördern und zu fördern, zum Beispiel: 1) durch die Schaffung eines dynamischen Systems, das die Verbraucher davon abhält, den Durchschnitt des Wasserverbrauchs zu überschreiten (d. h. ein Anstieg des Wasserverbrauchs um 10 % führt zu einer Erhöhung des Preises um 11 %), 2) durch die Schaffung eines Systems für Zertifikate für verunreinigtes Wasser durch die verarbeitenden Unternehmen, das dem bereits bestehenden Markt für CO₂-Emissionsgenehmigungen ähnelt.

Diese Empfehlung ist dadurch gerechtfertigt, dass die Preiserhöhung alle Nutzer dazu veranlasst, fundiertere Entscheidungen zu treffen. Angesichts der unterschiedlichen Gegebenheiten in den EU-Ländern und mit dem Ziel, ein sozial gerechtes System zu schaffen, können wir die ärmeren Bevölkerungen bei der Wasserbewirtschaftung durch Ko-Investitionen in die Wasserversorgungsinfrastruktur und die Forschung in diesem Bereich unterstützen.

Achse 3: Neuorientierung unserer Wirtschaft und unseres Konsums

Unterachse 3.1 Regelung der Überproduktion und des Überkonsums

Wir empfehlen, dass die EU Bußgelder gegen Unternehmen verhängt, die die durch Überproduktion verursachten unverkauften Produkte beseitigen.

In einigen Fällen glauben Unternehmen, dass es profitabler ist, Unverkaufte zu entsorgen, anstatt sie zu recyceln oder wiederzuverwenden. Daher ist es wichtig, der Überproduktion durch die Verhängung von Geldbußen entgegenzuwirken, damit diese Praxis für die Erzeuger nicht mehr rentabel ist.

Unterachse 3.2 Abfallreduzierung

Wir empfehlen der EU, eine Abfallbewirtschaftungspolitik für Haushalte und Bürger zu konzipieren und umzusetzen, indem sie auf die tatsächliche Abfallmenge aufmerksam macht und die notwendigen Maßnahmen zur Sensibilisierung der Bürger für die Vorteile einer Verringerung der Abfallerzeugung und der getrennten Sammlung von Abfällen enthält. Es sollten auch Maßnahmen ergriffen werden, die auf sozial benachteiligte Familien (z. B. junge Familien mit Kindern, ältere Menschen usw.) abzielen, wobei der Grundsatz „niemanden zurückgelassen“ zu beachten ist.

Eine solche Politik zielt darauf ab, einen einheitlichen Ansatz für die Abfallbewirtschaftung in Haushalten zu entwickeln; Sie erleichtert auch den Umweltschutz durch Abfallreduzierung, fördert die Kreislaufwirtschaft und erhöht die Effizienz der Abfallsammlung. Was nicht zu vernachlässigen ist, sensibilisiert die Bürger und stärkt das Gefühl der Umweltverantwortung.

Wir empfehlen, dass die EU den freien Wettbewerb fördert und den Privatsektor dazu anhält, aktiver zur Behandlung von Abfällen, einschließlich Abwasser, sowie zu Recycling- und Verwertungstätigkeiten beizutragen.

Die EU ist zur Umsetzung dieser Empfehlung geeignet, da sie die Abfallrahmenrichtlinie und den Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft ergänzt. Darüber hinaus wird die Umsetzung der Empfehlung innovative Lösungen für die Abfallbewirtschaftung stärken, die Qualität der Abfallbewirtschaftung verbessern und die Menge der behandelten Abfälle erhöhen, da sich mehr Unternehmen an diesen Tätigkeiten beteiligen werden.

Unterachse 3.3 Faire Produkte, gleichberechtigter Zugang und fairer Verbrauch

Wir empfehlen, die Industrie in die Europäische Union zu verlagern, um hochwertige faire Produkte zu liefern und Klimaprobleme zu beeinflussen.

Die Europäische Union verfügt über ein Know-how, das auf ihrem eigenen Markt gefördert werden muss.

Aufgrund der Verlagerung von Industriezweigen außerhalb der EU, insbesondere nach Asien, werden auch bestimmte berufliche Kompetenzen verlagert. Diese Empfehlung beinhaltet die Berufsausbildung europäischer Arbeitnehmer. Wir betonen, dass eine Verlagerung zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten vermieden werden muss, um unlauteren Wettbewerb zu vermeiden.

Wir haben festgestellt, dass die massive Verlagerung von Industriezweigen weltweit Auswirkungen auf die europäischen Industrien hat. Daher wird die lokale Produktion dazu beitragen, die Gesundheit der Bürger und der Umwelt zu verbessern.

Achse 4: auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft

Unterachse 4.3 umweltfreundlicher Verkehr

Wir empfehlen, dass Großstädte aufgrund der Umwelt- und Umweltleistung ihres öffentlichen Verkehrs (Elektrofahrzeuge, umweltfreundlicher öffentlicher Verkehr, Schaffung von Fußgängerzonen, Förderung der Fahrradnutzung usw.) mit Geldstrafen belegt oder subventioniert werden. Insbesondere sollten die Geldbußen oder Subventionen für die lokalen Behörden einer Stadt unter Berücksichtigung der Veränderungen des ökologischen Verkehrs im Vergleich zur Ausgangssituation in dieser Stadt festgelegt werden. Die Europäische Union sollte mit ihren Rechtsvorschriften Leistungsindikatoren für Maßnahmen zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung festlegen und die proportionale Verringerung festlegen. Dabei sollte der Ausgangspunkt jeder Stadt berücksichtigt werden.

Wir geben diese Empfehlung, weil die Städte von Luftverschmutzung betroffen waren, was gesundheitliche Probleme verursacht hat. Die Entwicklung des grünen Verkehrs würde das Leben und die Gesundheit der Menschen verbessern und den Treibhauseffekt verringern. Subventionen und Sanktionen sind wirksame Maßnahmen zur Förderung von Veränderungen und zur Erleichterung der Anpassung an die unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Städten.

Wir empfehlen, dass die EU-Rechtsvorschriften die Nutzung von Kurzstreckenflügen und Kreuzfahrtschiffen einschränken und regeln. Den Menschen sollten ökologische Alternativen im Verkehr angeboten werden. Eine dieser Alternativen sollte die Normalisierung der Eisenbahnstrecken sein, um die europäischen Hauptstädte zu verbinden. Wir empfehlen ferner, dass die EU Zuschüsse gewährt, um den Güterverkehr

umweltfreundlicher zu gestalten, einschließlich des Schienen- und Schiffsverkehrs (für Kurzstreckenfahrten).

Wir geben diese Empfehlung, weil Kurzstrecken zu häufig, umweltschädlich und leicht zu ersetzen sind. Die Begrenzung von Kreuzfahrtschiffen würde die Meeresverschmutzung (ein großes Umweltproblem) und die negativen Auswirkungen auf die Küstenstädte verringern. Deshalb müssen wir im Vergleich zu umweltschädlicheren Alternativen erschwinglichere Alternativen einführen. Die Vereinheitlichung der Spurweite würde die Schienenverbindungen zwischen den europäischen Hauptstädten verbessern.

Achse 5: Pflege für alle

Unterachse 5.2 Eine breitere Sicht auf Gesundheit

Wir empfehlen, dass die Europäische Union im Einklang mit ihrer Kampagne HealthyLife4All auch Initiativen wie soziale Sportveranstaltungen, sportliche Aktivitäten in der Schule, halbjährliche Olympiaden für alle Altersgruppen und Sportarten [nicht für Profis] fördert. Wir empfehlen auch die Entwicklung einer kostenlosen europäischen Sport-App, um kollektive sportliche Aktivitäten zu fördern. Diese App sollte Menschen helfen, sich durch den Sport zu treffen. Darüber hinaus sollten diese Initiativen umfassend bekannt gemacht und verbreitet werden.

Um die Gesundheit der europäischen Bevölkerung zu verbessern, muss die Europäische Union Sport und gesunde Lebensweisen fördern. Darüber hinaus ist sich die Bevölkerung sehr oft nicht bewusst, welche Beziehung zwischen Sport und einem gesunden Lebensstil besteht. Die Anwendung ist wichtig, da die Menschen gerne Sport treiben, wenn sie dies gemeinsam tun.

Europäisches Bürgerpanel 4: „Die EU in der Welt/Migration“

VOM GREMIUM ANGENOMMENE EMPFEHLUNGEN (VOR DEM PLENUM VORZULEGEN)

Achse 1: Selbstversorgung und Stabilität

Unterachse 1.1 – Autonomie der EU

1. Wir empfehlen, strategische europäische Fertigungsprodukte (z. B. landwirtschaftliche Erzeugnisse, Halbleiter, Medizinprodukte oder innovative digitale und ökologische Technologien) stärker zu fördern und finanziell zu unterstützen, damit sie für europäische Verbraucher verfügbar und zugänglich sind und die Abhängigkeit von Lieferanten außerhalb Europas so weit wie möglich verringert wird. Diese Unterstützung könnte u. a. durch strukturelle und regionale Maßnahmen, Unterstützung für die Erhaltung der Industrie und Lieferketten in der Union, Steuererleichterungen, Zuschüsse, eine aktive KMU-Politik oder Bildungsprogramme zur Erhaltung relevanter Qualifikationen und Arbeitsplätze in Europa erfolgen. Eine aktive Industriepolitik sollte jedoch selektiv sein und sich auf innovative Produkte oder Produkte konzentrieren, die für die Sicherung der Grundgüter und -dienstleistungen unerlässlich sind.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil Europa in Schlüsselbereichen, die zu diplomatischen Konflikten führen und zu einem Mangel an grundlegenden oder strategisch wichtigen Produkten oder Dienstleistungen führen können, viel zu stark von außereuropäischen Lieferanten abhängig ist. Da die Produktionskosten in der EU in der Regel höher sind als anderswo in der Welt, wird eine aktive Förderung und Unterstützung dieser Produkte es den Europäern ermöglichen, wettbewerbsfähige europäische Produkte zu kaufen und dazu anzuregen. Diese Politik wird auch die europäische Wettbewerbsfähigkeit stärken und die Zukunftsindustrien und Arbeitsplätze in Europa erhalten. Darüber hinaus wird eine stärkere Regionalisierung der Produktion dazu beitragen, die Transportkosten zu senken und Umweltschäden zu vermeiden.

2. Wir empfehlen, dass die EU ihre Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten verringert. Dazu sollten öffentliche Verkehrs- und Energieeffizienzprojekte, ein europäisches Hochgeschwindigkeitsbahnnetz für den Güterverkehr, die Ausweitung der Versorgung mit sauberer und erneuerbarer Energie (insbesondere Solarenergie und Windenergie) sowie alternative Technologien (wie Wasserstoff oder die energetische Verwertung von Abfällen) aktiv unterstützt werden. Die Europäische Union sollte auch einen Mentalitätswandel fördern und die Aufgabe des Individualautos zugunsten des öffentlichen Verkehrs, des Fahrgemeinschaften mit Elektrofahrzeugen und des Fahrrads fördern.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil sie eine Situation schaffen, die sowohl die Autonomie Europas durch die Verringerung der Abhängigkeit von außen als auch die Verwirklichung ehrgeiziger Klimaziele und der Verringerung der CO₂-Emissionen fördert. Sie werden es Europa auch ermöglichen, ein wichtiger Akteur in Zukunftstechnologien zu werden, seine Wirtschaft zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen.

3. Wir empfehlen, dass auf EU-Ebene ein Gesetz verabschiedet wird, um sicherzustellen, dass alle Herstellungs- und Beschaffungsprozesse der EU und die eingeführten Waren den europäischen Qualitäts-, Ethik- und Nachhaltigkeitsstandards sowie allen einschlägigen

europäischen Menschenrechtsnormen entsprechen und dass Produkte, die diesen Kriterien entsprechen, zertifiziert werden.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, da sie Verbrauchern und Händlern einen einfachen Zugang zu Informationen über die Produkte ermöglichen, die sie kaufen oder verkaufen. Um dies zu tun, konsultieren Sie einfach das Zertifizierungssystem. Die Zertifizierung verringert auch die Diskrepanz zwischen Billigprodukten und teuren Produkten, die auf dem Markt erhältlich sind. Billige Produkte werden die geforderten Kriterien nicht erfüllen und können sich daher nicht als von guter Qualität präsentieren. Durch die Erfüllung der Zertifizierungskriterien wird die Umwelt geschützt, wodurch Ressourcen eingespart und ein verantwortungsbewusster Verbrauch gefördert wird.

4. Wir empfehlen die Umsetzung eines europäischen Programms zur Unterstützung lokaler Kleinerzeuger strategischer Sektoren aus allen Mitgliedstaaten. Diese Hersteller würden Berufsausbildung, finanzielle Unterstützung durch Subventionen und (wenn Rohstoffe in der EU verfügbar sind) einen Anreiz erhalten, mehr Waren zu produzieren, die die Kriterien zulasten der Einfuhren erfüllen.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, da die Union durch die Unterstützung von Herstellern strategischer Sektoren in der Union ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit in diesen Sektoren erlangen kann. Dies kann nur dazu beitragen, den gesamten Produktionsprozess zu stärken und somit die Innovation zu fördern. Dies wird zu einer nachhaltigeren Rohstoffproduktion in der EU führen, die die Transportkosten senken und die Umwelt schützen wird.

5. Wir empfehlen, die Umsetzung der Menschenrechte auf europäischer Ebene wie folgt zu verbessern: stärkere Sensibilisierung der Länder, die die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) oder die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten nicht einhalten; Gewährleistung einer strengen, von der Europäischen Union und dem Justizbarometer koordinierten Überwachung des Ausmaßes, in dem die Menschenrechte in den einzelnen Mitgliedstaaten geachtet werden, und Gewährleistung ihrer strikten Einhaltung durch verschiedene Formen von Sanktionen.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil die Menschenrechte bereits von den Mitgliedstaaten akzeptiert wurden, als sie die Europäische Menschenrechtskonvention ratifiziert haben, aber jetzt ihre Akzeptanz in jedem Mitgliedstaat verbessert werden muss, damit die Menschenrechte in diesen Mitgliedstaaten bekannt und aktiv umgesetzt werden.

6. Wir empfehlen die Einleitung einer Überarbeitung und eine intensive Kommunikationskampagne auf europäischer Ebene, damit EURES (Europäisches Netz der Arbeitsverwaltungen), das EU-Portal zur Einwanderung und das europäische Instrument zur Profilerstellung von Drittstaatsangehörigen den europäischen Bürgern besser bekannt und von EU-Unternehmen häufiger für die Veröffentlichung und Veröffentlichung von Stellenangeboten genutzt wird.

Wir empfehlen, keine neue Online-Plattform für die Veröffentlichung von Stellenangeboten für junge Menschen in Europa einzurichten. Auf europäischer Ebene gibt es bereits mehr als genug derartige Initiativen. Wir sind der Ansicht, dass es besser ist, die bestehenden Arbeitskräfte und die Beschäftigungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene bekannter zu machen, was bereits vorhanden ist.

Unterachse 1.2 – Grenzen

7. Wir empfehlen die Einführung eines Mechanismus für die Zuwanderung von Arbeitskräften in die EU, der auf den tatsächlichen Bedürfnissen der europäischen Arbeitsmärkte beruht. Es sollte ein einheitliches System der Anerkennung von Berufs- und Hochschulabschlüssen in der Europäischen Union und in Drittländern geben. Es sollten berufliche Qualifikationsangebote sowie kulturelle und sprachliche Integrationsangebote für qualifizierte Migranten bestehen. Asylbewerber, die über die entsprechenden Qualifikationen verfügen, sollten Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Es sollte eine integrierte Agentur geben, deren Grundlage das Europäische Netz der Arbeitsverwaltungen bilden könnte.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil Europa in einigen Sektoren qualifizierte Arbeitskräfte benötigt, in denen es nicht möglich ist, die Nachfrage von Arbeitnehmern in der EU vollständig zu decken. Es gibt heute nicht genügend tragfähige Möglichkeiten, eine Arbeitserlaubnis in der EU legal zu beantragen. Ein europäisches System zur Anerkennung von Berufs- und Hochschulabschlüssen wird es erleichtern, diesen Bedarf zu decken und die Arbeitsmigration innerhalb der Union und die Zuwanderung von Arbeitskräften aus Ländern außerhalb der Union zu vereinfachen. Auf diese Weise könnte die Nachfrage nach Arbeitskräften besser befriedigt und die illegale Einwanderung besser gesteuert werden. Die Öffnung des Mechanismus für die Zuwanderung von Arbeitskräften für Asylbewerber würde ihre Integration in die europäischen Volkswirtschaften und Gesellschaften beschleunigen.

8. Wir empfehlen der Europäischen Union, ihre Rechtsvorschriften zu stärken, um Frontex mehr Macht und Unabhängigkeit zu verleihen. Auf diese Weise kann er in allen Mitgliedstaaten tätig werden, um den Schutz aller Außengrenzen der Union zu gewährleisten, doch sollte die Union die Organisationsprozesse von Frontex überprüfen, da diese transparent funktionieren müssen, um jegliche Art von Missbrauch zu vermeiden.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil es unserer Meinung nach inakzeptabel ist, dass Frontex der Zugang zu den Grenzen verweigert wird, insbesondere wenn es zu Menschenrechtsverletzungen kommt. Wir wollen sicher sein, dass Frontex die EU-Rechtsvorschriften anwendet. Frontex selbst muss kontrolliert und überprüft werden, um unangemessenes Verhalten innerhalb der Frontex zu vermeiden.

9. Wir empfehlen der Europäischen Union, insbesondere für Wirtschaftsmigranten die Möglichkeit zu schaffen, die Bürgerinnen und Bürger im Herkunftsland (auf der Grundlage ihrer nachgewiesenen Kompetenzen, ihres Werdegangs usw.) auszuwählen, um zu ermitteln, wer je nach den Bedürfnissen der Wirtschaft und den freien Stellen des Gastlandes in der EU arbeiten könnte. Diese Auswahlkriterien müssen öffentlich sein und für alle zugänglich sein. Zu diesem Zweck sollte eine Europäische Einwanderungsagentur (online) eingerichtet werden.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil auf diese Weise kein illegaler Grenzübertritt mehr nötig wäre. Der Zustrom von Menschen, die in die EU einreisen, würde kontrolliert, was zu einer Verringerung des Drucks an den Grenzen führen würde und gleichzeitig den Arbeitskräftebedarf der Aufnahmeländer leichter decken würde.

10. Wir empfehlen der Europäischen Union, sicherzustellen, dass die Aufnahmepolitik und die Einrichtungen an allen Grenzen identisch sind, die Menschenrechte achten und die Sicherheit und Gesundheit aller Migranten (z. B. schwangere Frauen und Kinder) gewährleisten.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil wir der Gleichbehandlung von Migranten an allen Grenzen große Bedeutung beimessen. Wir wollen verhindern, dass Migranten zu lange an den Grenzen bleiben und die Mitgliedstaaten von Migrantenströmen überwältigt werden. Die Mitgliedstaaten müssen gut ausgestattet sein, um sie aufzunehmen.

Achse 2: Die EU als internationaler Partner

Unterachse 2.1 – Handel und Beziehungen aus ethischer Sicht

11. Wir empfehlen, dass die EU Einfuhrbeschränkungen für Produkte aus Ländern vorschreibt, die Kinderarbeit zulassen. Zu diesem Zweck sollte eine schwarze Liste von Unternehmen erstellt werden, die je nach Entwicklung regelmäßig aktualisiert wird. Ferner wird empfohlen, Kindern, die die Arbeit einstellen, den schrittweisen Zugang zu Bildung zu gewährleisten und die Verbraucher für Kinderarbeit durch Informationen zu sensibilisieren, die von der Europäischen Union offiziell verbreitet werden, z. B. im Rahmen von Kampagnen oder durch Storytelling.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil wir davon überzeugt sind, dass es einen Zusammenhang zwischen fehlender Schulbildung und Kinderarbeit gibt. Mit dieser Empfehlung wollen wir die Verbraucher sensibilisieren und die Nachfrage nach Produkten, die von Kindern hergestellt werden, reduzieren, damit diese Praxis schließlich verschwindet.

12. Wir empfehlen, dass die Europäische Union Partnerschaften mit Entwicklungsländern eingeht, um ihre Infrastruktur und den Austausch von Kompetenzen im Austausch für für beide Seiten vorteilhafte Handelsabkommen zu unterstützen, um sie beim Übergang zu umweltfreundlichen Energiequellen zu unterstützen.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, um den Übergang von Entwicklungsländern zu erneuerbaren Energiequellen durch Handelspartnerschaften und diplomatische Abkommen zu erleichtern. Die Europäische Union und die Entwicklungsländer würden langfristig gute Beziehungen aufbauen, was zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen würde.

13. Wir empfehlen, dass die Europäische Union einen Indikator für die Umweltauswirkungen (ecoscore) für alle Konsumgüter vorschreibt. Der ecoscore werde anhand der Emissionen aus Produktion und Transport sowie nach der Schädlichkeit des Inhalts auf der Grundlage einer Liste gefährlicher Produkte berechnet. Der ecoscore sollte von einer europäischen Behörde verwaltet und überwacht werden.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, damit die europäischen Verbraucher besser für den ökologischen Fußabdruck der von ihnen gekauften Produkte sensibilisiert werden. Der ecoscore würde es in einem europaweit einheitlichen Maßstab ermöglichen, leicht aufzuzeigen, inwieweit ein Produkt umweltfreundlich ist. Der ecoscore sollte einen QR-Code auf der Rückseite des Produkts enthalten, um zusätzliche Informationen über seinen Umweltfußabdruck einsehen zu können.

Unterachse 2.2 – Internationales Klimaschutzprogramm

14. Wir empfehlen, dass die Europäische Union eine Strategie verfolgt, um sie bei der Energieerzeugung unabhängiger zu machen. Eine europäische Einrichtung, die die derzeit für Energie zuständigen europäischen Institutionen zusammenbringt, sollte die Entwicklung erneuerbarer Energien entsprechend den Bedürfnissen, Kapazitäten und Ressourcen der Mitgliedstaaten koordinieren und gleichzeitig deren Souveränität achten. Die Institutionen würden den Wissensaustausch untereinander fördern, um diese Strategie umzusetzen.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil unsere derzeitige Abhängigkeit uns im Falle politischer Spannungen mit den Ländern, deren Energie wir importieren, verwundbar macht. Das sehen wir derzeit mit der Stromkrise. Diese Koordinierung sollte jedoch die Souveränität jedes Landes respektieren.

15. Wir empfehlen eine Verschärfung der Umweltstandards für die Ausfuhr von Abfällen innerhalb und außerhalb der EU sowie strengere Kontrollen und Sanktionen, um illegale Ausfuhr zu beenden. Die EU sollte die Mitgliedstaaten dazu anhalten, ihre eigenen Abfälle weiter zu recyceln und für die Energieerzeugung zu nutzen.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, um den Umweltschäden von Ländern, die ihre Abfälle entsorgen, auf Kosten anderer Länder ein Ende zu setzen, insbesondere wenn die Umweltstandards nicht eingehalten werden.

16. Wir empfehlen, dass die EU den laufenden ökologischen Wandel mit dem Ziel, umweltschädliche Verpackungen zu entsorgen, entschlossener fördert. Um dies zu erreichen, sollten Anreize zur Reduzierung von Verpackungen oder zur Förderung umweltfreundlicherer Verpackungen geschaffen werden. Damit sich kleine Unternehmen anpassen können, sollten sie Unterstützung und Anpassungen erhalten.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil wir die Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere von Rohstoffen aus Ländern außerhalb der EU, reduzieren müssen. Wir müssen auch den Schaden, den die Europäer unserem Planeten und seinem Klima zufügen, reduzieren. Es ist wichtig, kleine Unternehmen besser zu unterstützen, damit sie sich anpassen können, ohne ihre Preise erhöhen zu müssen.

17. Wir empfehlen, dass die Länder der Europäischen Union gemeinsam die Frage der Kernenergie ernster prüfen. Die Zusammenarbeit bei der Bewertung der Nutzung der Kernenergie und ihrer Rolle bei der Umstellung Europas auf grüne Energien sollte intensiviert werden.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil die Atomfrage von einem Land nicht isoliert gelöst werden kann. In der Hälfte der Mitgliedstaaten gibt es heute mehr als 100 Reaktoren und neue Reaktoren sind im Bau. Da wir ein gemeinsames Stromnetz haben, kommt der CO₂-arme Strom, den sie erzeugen, allen Europäern zugute und trägt dazu bei, die Energieautonomie unseres Kontinents zu stärken. Darüber hinaus würde die Aufgabe von Atommüll oder ein Unfall mehrere Länder betreffen. Unabhängig davon, ob die Nutzung der Kernenergie beschlossen wird oder nicht, müssen die Europäer gemeinsam darüber diskutieren und konvergierendere Strategien entwickeln und gleichzeitig die nationalen Souveränitäten respektieren.

Unterachse 2.3 – Förderung europäischer Werte

18. Die EU sollte den Bürgern näher sein. Wir empfehlen, dass die EU Verbindungen zu Bürgern und lokalen Institutionen wie lokalen Behörden, Schulen und Gemeinden knüpft und diese Verbindungen stärkt. Ziel ist es, die Transparenz zu verbessern, die Bürger zu erreichen, sie über konkrete EU-Initiativen zu informieren und allgemeine Informationen über die EU besser zu vermitteln.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, weil die aktuellen Informationen über die EU nicht für alle sozialen Gruppen ausreichend zugänglich sind und die normalen Bürger nicht betreffen. Sie sind oft langweilig, schwer zu verstehen und unfreundlich. Dies muss sich ändern, damit die Bürgerinnen und Bürger ein klares Bild von den Maßnahmen und der Rolle der EU haben. Um das Interesse der Bevölkerung zu wecken, müssen Informationen über die EU leicht zu finden, motivierend, interessant und in gängiger Sprache verfasst sein. Hier sind unsere Vorschläge: Organisation von Besuchen europäischer Politiker in Schulen, Radiokampagnen in Form von Podcasts, Briefen, Presseartikeln, Werbebussen und sozialen Medien, lokalen Bürgerversammlungen und der Einrichtung einer speziellen Arbeitsgruppe zur Verbesserung der EU-Kommunikation. Diese Maßnahmen werden es den Bürgern ermöglichen, Informationen über die EU zu erhalten, die nicht von den nationalen Medien gefiltert werden.

19. Wir empfehlen eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Politik der Union. Wir schlagen die Organisation von Veranstaltungen vor, bei denen die Bürger nach dem Vorbild der Konferenz zur Zukunft Europas direkt teilnehmen. Sie sollten auf nationaler, lokaler und europäischer Ebene organisiert werden. Die EU sollte eine kohärente Strategie und zentrale Leitlinien für diese Ereignisse festlegen.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, da diese Übungen der partizipativen Demokratie dazu beitragen werden, korrekte Informationen über die EU bereitzustellen und die Qualität der EU-Politik zu verbessern. Die Veranstaltungen sollten so organisiert werden, dass die Grundwerte der Union – Demokratie und Bürgerbeteiligung – gefördert werden. Dies würde den politischen Entscheidungsträgern die Gelegenheit geben, den Bürgern zu beweisen, wie wichtig es für sie ist, dass die Bürger über die laufenden Ereignisse informiert und in ihre Definition einbezogen werden. Zentrale Leitlinien werden die Kohärenz und Einheitlichkeit der nationalen und lokalen Konferenzen gewährleisten.

Achse 3: Eine starke EU in einer Welt im Frieden

Unterachse 3.1 – Sicherheit und Verteidigung

20. Wir empfehlen, dass künftige „gemeinsame Streitkräfte der Europäischen Union“ vor allem für Verteidigungszwecke eingesetzt werden. Jede aggressive militärische Aktion, gleich welcher Art, ist ausgeschlossen. Dies würde es in Europa ermöglichen, in Krisensituationen, insbesondere bei Naturkatastrophen, Hilfe zu leisten. Außerhalb der europäischen Grenzen würde es möglich sein, Mittel zur Verfügung zu stellen, die in Gebieten mit außergewöhnlichen Umständen eingesetzt würden, und zwar ausschließlich im Rahmen eines gesetzlichen Mandats des UN-Sicherheitsrates und damit unter Einhaltung des Völkerrechts.

Wenn diese Empfehlung umgesetzt würde, würde sie es der Europäischen Union ermöglichen, auf internationaler Ebene als glaubwürdiger, verantwortlicher, starker und friedlicher Partner zu gelten.

Seine verstärkte Fähigkeit, auf Krisensituationen im In- und Ausland zu reagieren, sollte somit dazu beitragen, seine Grundwerte zu schützen.

Unterachse 3.2 – Entscheidungsfindung und Außenpolitik der EU

21. Wir empfehlen, dass in allen Bereichen, in denen Beschlüsse einstimmig gefasst werden, nun Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden. Die einzigen Ausnahmen sollten die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten in die Union und die Änderung der in Artikel 2 des Vertrags von Lissabon und in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundprinzipien der Union sein.

Dies würde dazu beitragen, die Position der EU in der Welt durch eine vereinte Front gegenüber Drittländern zu stärken und ihre Reaktionsfähigkeit im Allgemeinen und insbesondere ihre Krisenreaktion zu erleichtern.

22. Wir empfehlen der Europäischen Union, ihre Fähigkeit zur Verhängung von Sanktionen gegen Mitgliedstaaten, Regierungen, Entitäten, Gruppen oder Organisationen sowie Einzelpersonen zu stärken, die ihre Grundprinzipien, Vereinbarungen und Gesetze nicht einhalten. Es ist unerlässlich, dass die bereits bestehenden Sanktionen rasch umgesetzt und wirksam durchgesetzt werden. Sanktionen gegen Drittländer sollten in einem angemessenen Verhältnis zu den Maßnahmen stehen, die sie ausgelöst haben, wirksam sein und rechtzeitig verhängt werden.

Damit die EU glaubwürdig und zuverlässig ist, muss sie Sanktionen gegen diejenigen verhängen, die gegen ihre Grundsätze verstoßen. Diese Sanktionen sollten wirksam und rasch verhängt und kontrolliert werden.

Unterachse 3.3 – Nachbarländer und Erweiterung

23. Wir empfehlen der Europäischen Union, für die Entwicklung von Bildungsprogrammen, die der Funktionsweise der EU und ihren Werten gewidmet sind, einen spezifischen Haushalt zuzuweisen. Diese Programme werden dann den Mitgliedstaaten angeboten, die dies wünschen, damit sie sie in ihre Schulprogramme (Primär- und Sekundarschulbildung und Universitäten) integrieren können. Darüber hinaus könnte für Studierende, die im Rahmen des Erasmus-Programms in einem anderen europäischen Land studieren möchten, ein spezieller Kurs über die EU und ihre Funktionsweise angeboten werden. Studierende, die sich für diesen Kurs entscheiden, hätten Vorrang für diese Erasmus-Programme.

Wir empfehlen diese Maßnahmen, um das Zugehörigkeitsgefühl zur EU zu erhöhen. Auf diese Weise werden sich die Bürgerinnen und Bürger besser mit der Union identifizieren und deren Werte vermitteln. Darüber hinaus werden diese Maßnahmen die Transparenz über das Funktionieren der EU und die Vorteile ihrer Mitgliedschaft sowie die Bekämpfung antieuropäischer Bewegungen verbessern. Diese Maßnahmen sollten die Mitgliedstaaten davon abhalten, die EU zu verlassen.

24. Wir empfehlen der EU, ihr politisches und wirtschaftliches Gewicht in ihren Beziehungen zu anderen Ländern stärker zu nutzen, um zu verhindern, dass einige Mitgliedstaaten unter bilateralem wirtschaftlichem, politischem und sozialem Druck stehen.

Wir empfehlen diese Maßnahmen aus drei Gründen. Erstens werden sie das Gefühl der Einheit innerhalb der EU stärken. Zweitens wird eine einseitige Reaktion eine klare, starke und rasche Reaktion sein, um jegliche Einschüchterung oder Unterdrückung durch Drittländer gegen EU-Mitgliedstaaten zu vermeiden. Schließlich werden sie dazu beitragen, die Sicherheit der Union zu erhöhen und sicherzustellen, dass sich kein Mitgliedstaat verlassen oder ignoriert fühlt. Die bilateralen Reaktionen spalten die EU und stellen eine Schwäche dar, die Drittländer gegen uns einsetzen.

25. Wir empfehlen der EU, ihre Kommunikationsstrategie zu verbessern. Zum einen sollte die EU ihre Sichtbarkeit in den sozialen Netzwerken erhöhen und ihre Inhalte aktiv fördern. Andererseits sollte sie auch weiterhin jedes Jahr Konferenzen wie die Konferenz zur Zukunft Europas veranstalten. Darüber hinaus empfehlen wir, die Innovation durch die Förderung eines zugänglichen europäischen sozialen Netzwerks weiter zu fördern.

Diese Vorschläge würden nicht nur junge Menschen erreichen, sondern auch das Interesse und die Beteiligung der europäischen Bürger durch ein attraktiveres und effizienteres Kommunikationsinstrument stärken. Die Organisation von Veranstaltungen wie der Konferenz zur Zukunft Europas sollte es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, stärker in den Entscheidungsprozess eingebunden zu werden und sicherzustellen, dass ihre Stimme gehört wird.

26. Wir empfehlen den Mitgliedstaaten, eine starke Vision und eine gemeinsame Strategie zur Harmonisierung und Festigung der europäischen Identität und Einheit zu verfolgen, bevor sie die Union weiter ausweiten.

Wir halten es für wichtig, die EU zu stärken und die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken, bevor die Integration anderer Länder in Betracht gezogen wird. Je mehr Mitgliedstaaten in die EU einbezogen werden, desto komplizierter wird die Entscheidungsfindung. Daher ist es wichtig, die Einstimmigkeit in den Entscheidungsprozessen zu überprüfen.

Achse 4: Migration aus menschlicher Sicht

Unterachse 4.1 – Beseitigung der Ursachen der Auswanderung

27. Wir empfehlen, dass sich die Europäische Union aktiv an der wirtschaftlichen Entwicklung der Drittländer und der Länder beteiligt, aus denen die größten Migrationsströme stammen. Mit Unterstützung von zuständigen Stellen (lokale NRO und lokale politische Entscheidungsträger, Experten vor Ort usw.) sollte die EU nach Wegen suchen, um in den Ländern, aus denen die größten Migrantenströme stammen und die Modalitäten der Zusammenarbeit akzeptiert haben, aktiv und effizient zu intervenieren. Diese Maßnahmen sollten greifbare und messbare Auswirkungen haben, die klar herausgestellt werden sollten, damit die europäischen Bürger die Entwicklungspolitik der EU verstehen können. Daher sollten die EU-Maßnahmen im Bereich der Entwicklungshilfe stärker sichtbar werden.

Auch wenn die EU an der internationalen Entwicklung arbeitet, muss sie ihre Arbeit fortsetzen und in Transparenz und Sichtbarkeit ihrer Politik investieren.

28. Wir empfehlen die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Rahmens für die Harmonisierung der Arbeitsbedingungen in der gesamten Union (Mindestlohn, Arbeitszeit usw.). Die EU sollte sich bemühen, gemeinsame grundlegende Arbeitsnormen zu schaffen,

um zu verhindern, dass Bürger ihr Land verlassen, um anderswo nach besseren Arbeitsbedingungen zu suchen. Im Rahmen dieser Standards sollte die EU die Rolle der Gewerkschaften auf transnationaler Ebene stärken. Damit würde die EU anerkennen, dass die interne Wirtschaftsmigration (Migration der EU-Bürger) ein ernstes Problem darstellt.

Diese Empfehlung ergibt sich aus der Feststellung, dass eine große Zahl von Menschen in der EU aufgrund der unterschiedlichen Arbeitsbedingungen zwischen den Mitgliedstaaten aus wirtschaftlichen Gründen auswandern. Diese Abwanderung von Fachkräften muss verhindert werden, damit die Mitgliedstaaten ihre Talente und Arbeitskräfte behalten. Wir unterstützen die Freizügigkeit der Bürger, sind jedoch der Ansicht, dass die Migration von EU-Bürgern zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten, wenn sie nicht gewollt ist, auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen ist. Deshalb ist es wichtig, einen gemeinsamen Rahmen für die Arbeit zu schaffen.

Unterachse 4.2 – Humane Erwägungen

29. Wir empfehlen die Umsetzung einer gemeinsamen Migrationspolitik auf der Grundlage des Solidaritätsprinzips. Wir wollen, dass der Schwerpunkt auf das Flüchtlingsproblem gelegt wird. Ein gemeinsames Verfahren für alle EU-Mitgliedstaaten sollte auf den Praktiken beruhen, die sich in allen EU-Ländern als am wirksamsten erwiesen haben. Dieses Verfahren sollte von den nationalen Behörden und der EU-Verwaltung gezielt umgesetzt werden.

Das Flüchtlingsproblem betrifft alle Mitgliedstaaten. Derzeit haben diese Staaten zu unterschiedliche Praktiken, was sich negativ auf Flüchtlinge und EU-Bürger auswirkt. Daher ist ein kohärenter und einheitlicher Ansatz erforderlich.

30. Wir empfehlen der EU, ihre Anstrengungen zu intensivieren, um die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten über Migrationsfragen zu informieren und aufzuklären. Dieses Ziel sollte erreicht werden, indem Kinder so früh wie möglich, ab Beginn der Grundschule, über Themen wie Migration und Integration unterrichtet werden. Wenn wir diese frühe Bildung mit den Aktivitäten von NRO und Jugendorganisationen sowie mit groß angelegten Medienkampagnen kombinieren, könnten wir unser Ziel voll und ganz erreichen. Darüber hinaus könnten viele Kommunikationsmedien verwendet werden: Faltblätter, Fernsehen und soziale Netzwerke unter anderem.

Es ist wichtig zu zeigen, dass die Migration auch viele positive Aspekte aufweist, wie z. B. zusätzliche Arbeitskräfte. Wir möchten betonen, wie wichtig es ist, für beide Prozesse zu sensibilisieren, damit die Bürger die Gründe und Folgen der Migration verstehen, um die Stigmatisierung zu beseitigen, die sich aus der Wahrnehmung als Migrant ergibt.

Unterachse 4.3 – Grenzen

31. Wir empfehlen, dass die Richtlinie 2013/33/EU über Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten durch eine verbindliche EU-Verordnung ersetzt wird, die in allen Mitgliedstaaten einheitlich gelten wird. Der Verbesserung der Aufnahme- und Beherbergungsstrukturen sollte Vorrang eingeräumt werden. Wir empfehlen die Einrichtung eines speziellen EU-Überwachungsgremiums für die Umsetzung der Verordnung.

Die Richtlinie wird nämlich nicht in allen Mitgliedstaaten einheitlich umgesetzt. Es ist zu vermeiden, dass die Bedingungen, die im Flüchtlingslager Moria festgestellt wurden, nachgeahmt werden. Die empfohlene Verordnung sollte daher umgesetzt werden und verbindliche Sanktionen vorsehen. Die Überwachungsstelle sollte solide und zuverlässig sein.

32. Wir empfehlen der EU, sicherzustellen, dass alle Asylsuchenden und Flüchtlinge Sprach- und Integrationskurse besuchen, während ihr Antrag auf Aufenthalt geprüft wird. Die Kurse sollten obligatorisch, kostenlos sein und persönliche Unterstützung für die Erstintegration beinhalten. Sie sollten innerhalb von zwei Wochen nach Einreichung des Aufenthaltsantrags beginnen. Es sollten auch Anreiz- und Sanktionsmechanismen geschaffen werden.

Das Erlernen der Sprache und das Verständnis der Kultur, Geschichte und Ethik des Ankunftslandes sind ein wesentlicher Schritt in der Integration. Die Dauer der Frist vor Beginn des anfänglichen Integrationsprozesses wirkt sich negativ auf die soziale Assimilation von Migranten aus. Sanktionsmechanismen können dazu beitragen, den Integrationswillen von Migranten zu ermitteln.

Achse 5: Verantwortung und Solidarität in der EU

Unterachse 5.1 – Verteilung der Migranten

33. Wir empfehlen, das Dublin-System durch einen rechtsverbindlichen Vertrag zu ersetzen, der eine gerechte, ausgewogene und verhältnismäßige Verteilung der Asylbewerber in der EU auf der Grundlage von Solidarität und Gerechtigkeit gewährleisten soll. Derzeit sind Flüchtlinge verpflichtet, ihren Asylantrag im ersten Ankunftsmitgliedstaat zu stellen. Dieser Systemwechsel muss so schnell wie möglich erfolgen. Der Vorschlag der Europäischen Kommission für ein neues EU-Migrations- und Asylpaket ab 2020 ist ein guter Anfang und sollte eine Rechtsform annehmen, da er Quoten für die Verteilung von Flüchtlingen auf die EU-Mitgliedstaaten vorsieht.

Wir empfehlen dies, da das derzeitige Dublin-System den Grundsätzen der Solidarität und der Gerechtigkeit nicht entspricht. Er belastet die Mitgliedstaaten in der Nähe der EU-Außengrenzen, die Asylbewerber bei der Einreise in die EU überschreiten, mit einer erheblichen Belastung. Alle Mitgliedstaaten müssen die Verantwortung für die Bewältigung der Flüchtlingsströme in der EU übernehmen. Die EU ist eine Gemeinschaft gemeinsamer Werte und muss entsprechend handeln.

34. Wir empfehlen der EU, ihre Mitgliedstaaten bei der schnelleren Bearbeitung von Asylanträgen nach gemeinsamen Standards zu unterstützen. Darüber hinaus sollten den Flüchtlingen humanitäre Unterkünfte zur Verfügung gestellt werden. Um die ankommenden Länder zu entlasten und ihren Asylantrag anderswo bearbeiten zu können, empfehlen wir, dass Flüchtlinge nach ihrer ersten Ankunft in der EU rasch und effizient in die verschiedenen Mitgliedstaaten umgesiedelt werden. Zu diesem Zweck sind finanzielle Unterstützung durch die EU und organisatorische Unterstützung durch die EU-Asylagentur erforderlich. Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, müssen wirksam in ihr Herkunftsland zurückgeführt werden, sofern ihr Herkunftsland als sicher gilt.

Wir empfehlen dies, weil Asylverfahren derzeit zu lange dauern und von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich sein können. Durch die Beschleunigung der Asylverfahren verbringen

die Flüchtlinge weniger Zeit bis zur endgültigen Entscheidung in vorübergehenden Unterkünften. Asylsuchende können schneller integriert werden.

35. Wir empfehlen eine starke finanzielle, logistische und operative Unterstützung der EU für die Verwaltung der ersten Aufnahme, die möglicherweise zur Integration oder Rückführung irregulärer Migranten führt. Empfänger dieser Hilfe sind die EU-Grenzstaaten, die die Zuwanderungslast tragen.

Aufgrund ihrer geografischen Lage sind einige Mitgliedstaaten am stärksten vom Zustrom von Migranten betroffen.

36. Wir empfehlen, das Mandat der EU-Asylagentur zu stärken, um eine gerechte Verteilung der Asylbewerber in den Mitgliedstaaten zu erreichen. Um dies zu erreichen, müssen die Bedürfnisse dieser Asylbewerber sowie die logistischen und wirtschaftlichen Kapazitäten der Mitgliedstaaten und ihre Bedürfnisse auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigt werden.

Eine koordinierte und zentral verwaltete Verteilung der Asylbewerber, die von den Mitgliedstaaten und ihren Bürgern als gerecht angesehen wird, wird dazu beitragen, chaotische Situationen und soziale Spannungen zu vermeiden und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken.

Unterachse 5.2 – Gemeinsamer Ansatz für das Asylrecht

37. Wir empfehlen entweder die Schaffung einer umfassenden europäischen Institution oder die Stärkung der EU-Asylagentur, damit sie Asylanträge für die gesamte Europäische Union bearbeiten und auf der Grundlage einheitlicher Standards entscheiden kann. Diese Agentur sollte auch für die gerechte Verteilung der Flüchtlinge zuständig sein. Darüber hinaus sollte sie die sicheren und unsicheren Herkunftsstaaten festlegen und für die Rückführung von Asylbewerbern, deren Antrag abgelehnt wurde, verantwortlich sein.

Die derzeitige Asylpolitik ist durch unklare Verantwortlichkeiten und unterschiedliche Standards zwischen den EU-Mitgliedstaaten gekennzeichnet. Die Behandlung von Asylverfahren ist daher in den einzelnen Mitgliedstaaten nicht gleich. Darüber hinaus übt die Asylagentur der Europäischen Union derzeit nur eine Einflussbefugnis aus. Sie kann die Mitgliedstaaten nur in Asylfragen beraten.

38. Wir empfehlen die unverzügliche Einrichtung spezialisierter Asylzentren für unbegleitete Minderjährige in allen EU-Mitgliedstaaten. Ziel ist es, Minderjährige entsprechend ihren besonderen Bedürfnissen und so schnell wie möglich aufzunehmen und zu betreuen.

Wir formulieren diese Empfehlung, weil:

- 1) Viele Minderjährige sind wahrscheinlich traumatisiert (weil sie aus Konfliktgebieten stammen);
- 2) unterschiedliche Kinder haben unterschiedliche Bedürfnisse (je nach Alter, Gesundheit usw.);
3. Wenn diese Empfehlung umgesetzt würde, würde sie sicherstellen, dass gefährdete und traumatisierte Minderjährige so schnell wie möglich die notwendige Versorgung erhalten;
- 4) Diese Minderjährigen sind künftige europäische Bürger und sollten daher, wenn sie angemessen behandelt werden, einen positiven Beitrag zur Zukunft Europas leisten.

39. Wir empfehlen ein gemeinsames, schnelles und transparentes System für die Bearbeitung von Asylanträgen. Dieser Prozess sollte Mindeststandards vorsehen und in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen angewandt werden.

Wir formulieren diese Empfehlung, weil:

1. Wenn diese Empfehlung umgesetzt würde, wäre die Bearbeitung von Asylanträgen schneller und transparenter;
- 2) Die Langsamkeit der derzeitigen Verfahren führt zu Illegalität und Kriminalität;
3. Zu den in unserer Empfehlung vorgesehenen Mindeststandards sollten die Achtung der Menschenrechte, die Gesundheit und der Bildungsbedarf von Asylbewerbern gehören;
4. Die Umsetzung dieser Empfehlung würde zu einem besseren Zugang zu Beschäftigung und Selbstversorgung führen, was einen positiven Beitrag zur europäischen Gesellschaft ermöglichen würde; Asylbewerber, deren Beschäftigungsstatus legalisiert ist, sind weniger wahrscheinlich Opfer von Missbrauch in ihrem Arbeitsumfeld; dies könnte nur die Integration aller Betroffenen fördern;
- 5) längere Aufenthalte in Asylzentren wirken sich nachteilig auf die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden der Bewohner aus.

40. Wir empfehlen dringend eine umfassende Überarbeitung aller Abkommen und Rechtsvorschriften über Asyl und Einwanderung in Europa. Wir empfehlen einen Ansatz für ganz Europa.

Wir formulieren diese Empfehlung, weil:

1. Seit 2015 sind alle bestehenden Abkommen nicht durchsetzbar, unpraktisch und ungeeignet.
2. Die EU sollte als die wichtigste „Agentur“ betrachtet werden, die alle anderen Agenturen und NRO leitet, deren Aufgabe es ist, sich direkt mit Asylfragen zu befassen;
3. Die Mitgliedstaaten, die am meisten darunter leiden, sind diejenigen, die weitgehend allein mit dem Problem zu kämpfen haben; die „à-la-carte“-Optionen einiger Mitgliedstaaten vermitteln kein einheitliches Bild.
- 4) Durch gezielte neue Rechtsvorschriften würde die Zukunft aller Asylbewerber verbessert und die Einheit Europas gestärkt.
- 5) Lücken in den geltenden Rechtsvorschriften führen zu Konflikten und mangelnder Harmonisierung in ganz Europa und führen zu einer zunehmenden Intoleranz der europäischen Bürger gegenüber Migranten.
6. Eine strengere und relevantere Gesetzgebung würde die Kriminalität und den Missbrauch des derzeitigen Asylsystems verringern.

Anhang: WEITERE VOM GREMIUM GEPLANTE, ABER NICHT ANGENOMMENE EMPFEHLUNGEN

Achse 1: Selbstversorgung und Stabilität

Unterachse 1.1 – Autonomie der EU

Wenn die Entwicklungsländer dies wünschen, empfehlen wir, Interventionsprogramme für die wirtschaftliche Entwicklung auf der Grundlage von Partnerschaften zu entwickeln, die auf die Bedürfnisse der einzelnen Länder zugeschnitten sind, und/oder auf der Grundlage von Handelsabkommen. Um dies zu erreichen, muss zunächst das wirtschaftliche Potenzial der betreffenden Länder bewertet und dann die notwendige wirtschaftliche Unterstützung und die notwendige berufliche Bildung bereitgestellt werden.

Dies würde zu einer größeren industriellen Unabhängigkeit führen und die Migrationssituation insgesamt verbessern, indem Arbeitsplätze geschaffen werden; dies würde auch bessere Handelsabkommen in den Entwicklungsländern ermöglichen.

Achse 2: Die EU als internationaler Partner

Unterachse 2.1 – Ethische Perspektive der Geschäftsbeziehungen

Der Hof empfiehlt der EU, Vorschriften einzuführen, die Unternehmen verpflichten, ihre Lieferkette zu überprüfen und regelmäßig einen umfassenden Auditbericht vorzulegen sowie Bestimmungen zur Belohnung oder Beschränkung von Einfuhren auf der Grundlage ethischer Kriterien vorzulegen. Die Unternehmen sollten entsprechend ihrer Größe einen internen und/oder externen Auditbericht vorlegen.

Der ethische Aspekt des Handels mit der EU muss weiterentwickelt werden. Dies kann durch die Überwachung der Aktivitäten von Unternehmen in internationalen Lieferketten geschehen und die Unternehmen ermutigen, sich nach ethischen Kriterien zu verhalten, z. B. in Bezug auf gefährliche Produkte, Arbeitsrechte und Arbeitsbedingungen, Kinderarbeit und Umweltschutz. Diese Empfehlung gilt nicht für Online-Produkte, die direkt vom Verbraucher gekauft werden.

Achse 3: Eine starke EU in einer Welt im Frieden

Unterachse 3.1 – Sicherheit und Verteidigung

Wir empfehlen, die derzeitige europäische Sicherheitsarchitektur zu einer effizienteren und leistungsfähigeren supranationalen Struktur mit verbesserten Kapazitäten im Hinblick auf die Schaffung einer gemeinsamen Armee der Europäischen Union zu überdenken. Zu diesem Zweck sollten die nationalen Streitkräfte schrittweise fusioniert und umgewandelt werden. Ziel ist es, dass diese Verschmelzung der militärischen Fähigkeiten der gesamten Europäischen Union auch die langfristige europäische Integration fördert. Die Schaffung einer gemeinsamen EU-Armee würde auch ein neues Kooperationsabkommen mit den EU-Mitgliedstaaten und außereuropäischen NATO-Mitgliedern erfordern.

Wenn diese Empfehlung umgesetzt wird, glauben wir, dass die militärischen Strukturen in der Europäischen Union kosteneffizienter werden und bei Bedarf besser reagieren und handeln können. Dieser integrierte Ansatz würde die Fähigkeit der Europäischen Union stärken, in kritischen Situationen entschlossen und koordiniert zu handeln.

Achse 4: Auswanderung aus menschlicher Sicht

Unterachse 4.1 – Beseitigung der Ursachen der Auswanderung

Wir empfehlen der EU, im Vorfeld der nächsten Migrationskrise, der Klimaflüchtlinge, ein Aktionsprotokoll einzuführen. Im Rahmen dieses Protokolls muss die EU die Definition von Flüchtlingen und Asylbewerbern auf die vom Klimawandel betroffenen Personen ausweiten. Da das Herkunftsland vieler Migranten unbewohnbar geworden ist, muss das Protokoll auch sicherstellen, dass neue Nutzungsmöglichkeiten für die vom Klimawandel betroffenen Gebiete gefunden werden, um die Menschen zu unterstützen, die diese Gebiete verlassen haben. Zum Beispiel könnten überflutete Gebiete genutzt werden, um Windparks zu schaffen.

Wir geben diese Empfehlung, weil wir alle für die Klimakrise verantwortlich sind. Wir haben also eine Verantwortung gegenüber denen, die am meisten betroffen sind. Auch wenn wir keine

Prognosen oder konkreten Daten über künftige Flüchtlinge haben, wird sich der Klimawandel zweifellos auf Millionen von Menschen auswirken.

Unterachse 4.2 – Humane Erwägungen

Wir empfehlen eine unverzügliche Aufstockung und Finanzierung legaler und humanitärer Routen und Transportmittel, damit Flüchtlinge organisiert aus Krisengebieten reisen können. Die eigens zu diesem Zweck eingerichtete Stelle sollte ein spezielles Sicherheitssystem für europäische Gleiswege einrichten und regeln. Diese Agentur muss nach dem Gesetzgebungsverfahren eingerichtet werden und über besondere Befugnisse verfügen, die in ihrer Geschäftsordnung festgelegt sind.

Menschenhandel und Schleuserkriminalität sind ernste Fragen, die beantwortet werden müssen. Unsere Empfehlung würde diese Bedenken sicherlich verringern.

Unterachse 4.3 – Grenzen

Wir empfehlen, dass eine EU-Richtlinie sicherstellt, dass in jedem Lebensraum in jedem Mitgliedstaat nicht mehr als 30 % der Einwohner von Drittländern leben. Dieses Ziel sollte bis 2030 erreicht werden, und die EU-Mitgliedstaaten müssen bei der Umsetzung dieses Ziels unterstützt werden.

Wir geben diese Empfehlung aus, weil eine gerechtere geografische Verteilung zu einer besseren Akzeptanz der Migranten durch die lokale Bevölkerung und damit zu einer besseren Integration führen wird. Dieser Prozentsatz stützt sich auf eine kürzlich in Dänemark erzielte politische Einigung.

II A- Nationale Panels: Belgien



Hier finden Sie alle Empfehlungen der 50 Bürger des Bürgerpanels, das unter der Schirmherrschaft der stellvertretenden Premierministerin und Ministerin für auswärtige und europäische Angelegenheiten Sophie Wilmès als Beitrag der belgischen Bundesregierung zur Konferenz zur Zukunft Europas organisiert wurde. Das Thema des Panels lautete „Wie die Bürger stärker in die Demokratie Europas eingebunden werden können“. Obwohl sich die Konferenz sehr wohl bewusst ist, dass sie einen breiteren Anwendungsbereich hat als die EU-Angelegenheiten, verdeutlicht das Thema, warum so viele explizite Verweise auf die EU und ihre Institutionen gemacht werden. Gegebenenfalls wird auf Europa im Allgemeinen hingewiesen.

Um allen Beiträgen der Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu tragen, werden in diesem Bericht alle Empfehlungen dargelegt, auch diejenigen, die in der Schlussabstimmung über alle Empfehlungen keine einfache Mehrheit erhalten haben. Sie sind aufgrund des Prozentsatzes **in Rot und Fett deutlich erkennbar**. Darüber hinaus stehen einige Empfehlungen im Widerspruch zueinander, und selbst in den abschließenden Diskussionen blieben die Bürger unschlüssig. Diese Empfehlungen sind erkennbar, weil sie *kursiv sind*. Für eine einzige Empfehlung war die Aufteilung so klar, dass die Abstimmung mit einem *ex aequo endete*, dies ist **orange und fett** angegeben. Die Bürgerinnen und Bürger teilen die Tatsache, dass die Meinungen zu diesen Empfehlungen unterschiedlich waren. Sie schlagen daher vor, dass die Organe des CoFE und die EU-Organe bei der Umsetzung dieser Empfehlungen wachsam sind, da es eine Form der Abstimmung gibt.

1. Kommunikation

Probleme	Empfehlungen	Unterstützt durch (%)
1. Die Mitteilung über die EU ist nicht zufriedenstellend	1.1 Wir schlagen vor, bereits ab der dritten Stufe der Grundschule Kurse über die Europäische Union in die Schulwege aufzunehmen. Ziel ist es, alle Bürgerinnen und Bürger zu erreichen und das Wissen über die Europäische Union zu verbessern.	88,4 %
	1.2 Die Europäische Union und insbesondere die Kommission sollten den Bildungsministerien der einzelnen Mitgliedstaaten ein Bildungsmaterial über die Funktionsweise Europas zur Verfügung stellen. Neben den Erläuterungen zu Arbeitsweise, Zusammensetzung und Befugnissen der Institutionen sollten diese Schulungen auch einen kurzen Überblick über die Geschichte der europäischen Integration bieten. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Verwendung einer klaren, verständlichen, zugänglichen Sprache sowie pädagogischer Instrumente wie Dokumentarfilme, Clips oder Schulfernsehprogramme in allen 24 Sprachen geschenkt werden.	95,0 %
2. Das europäische Projekt bleibt den Bürgern fremd	2.1 Wir schlagen den EU-Organen vor, in ihrer Kommunikation dafür zu sorgen, dass sie besser erklären, was in den Zuständigkeitsbereich der EU fällt, aber auch, was nicht in ihre Zuständigkeit fällt.	97,6 %
	2.2 Die Europäische Union sollte in ihre Mitteilung vertraute Beispiele aus dem Alltag der Europäer einbeziehen. Diese Erklärungen sollten innerhalb der Mitgliedstaaten durch Vereinbarungen zwischen den europäischen Institutionen und den nationalen öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern weitergegeben werden, um ein breites Publikum zu erreichen.	80,5 %
	2.3 Darüber hinaus sollten die Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten regelmäßig über die Rolle der Europäischen Union in den anderen Mitgliedstaaten informiert werden, z. B. durch Videoclips. Damit würden die Vor- und Nachteile Europas in den Debatten über die Zukunft Europas besser ins Blickfeld rücken.	85,7 %
	2.4 Um die europäische Identität zu stärken, schlagen wir vor, regelmäßig Informationen über das Leben der Europäer ohne die EU und ihre konkreten Errungenschaften in Erinnerung zu rufen und zugänglich zu machen.	92,7 %
	2.5 Wir schlagen außerdem vor, den Europatag (9. Mai) zu einem europäischen Feiertag für alle EU-Bürger zu machen.	81,4 %
	2.6 Wir empfehlen den europäischen Institutionen, die Vereinfachung, das Verständnis und die Zugänglichkeit der Informationen zu den auf europäischer Ebene behandelten	97,6 %

	vorrangigen Themen noch stärker zu gewährleisten.	
	2.7 Wir empfehlen der Europäischen Union, für jedes Land einen Anzeiger vorzulegen, in dem die von der EU für jedes vorrangige Thema zugewiesenen Mittel angegeben werden. Alle diese Informationen sollten über die Website der Europäischen Union zugänglich sein.	93,0 %
	2.8 Wir empfehlen der Europäischen Union eine klare Darstellung der laufenden legislativen Arbeit. Alle diese Informationen sollten über die Website der Europäischen Union zugänglich sein.	90,7 %
	2.9 Wir wünschen uns, dass die europäischen Institutionen für die Europäer besser zugänglich sind. Ihre Teilnahme an den Debatten auf den Tagungen des Europäischen Parlaments sollte erleichtert werden.	79,0 %
	2.10 Wir empfehlen, die Teilnahme am Erasmus-Programm auf alle Studierenden auszudehnen, unabhängig von ihrem Bildungsweg (berufliche Technik, duale Ausbildung). Alle sollten am europäischen Austausch teilnehmen können.	79,5 %
	2.11 Wir empfehlen, den Erwerbstätigen die Möglichkeit zu geben, von europäischen Austauschprogrammen unabhängig von der Branche auch für lokale Unternehmen zu profitieren. Alle sollten am europäischen Austausch teilnehmen können.	83,7 %
	2.12 Wir empfehlen die Einrichtung von Unionsbürgerschaftskursen für alle europäischen Bürger.	83,7 %
3. Die EU-Rechtsvorschriften werden in den Mitgliedstaaten nicht in gleicher Weise angewandt.	3.1 Wir empfehlen, dass die Europäische Union häufiger von den Rechtsvorschriften Gebrauch macht, die in den Mitgliedstaaten unmittelbar anwendbar sind. Dies würde die nationalen Unterschiede bei der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften verringern, wodurch das europäische Projekt geschwächt wird. Dies würde auch dazu beitragen, die wichtigsten europäischen Errungenschaften wie den Binnenmarkt, den Euro und den Schengen-Raum aufzuwerten.	81,4 %
4. Die europäische Demokratie ist bedroht.	4.1 Wir empfehlen, dass die Mitteilung der EU über die europäische Demokratie unermüdlich und unmissverständlich daran erinnert, was sie für die Europäer in Europa bedeutet.	78,0 %
	4.2 Die Werte und Grundsätze der Verträge der Europäischen Union, die die Mitgliedstaaten bei ihrem Beitritt unterzeichnet haben, sind unumkehrbar. Ihr Schutz muss weiterhin gewährleistet sein.	81,0 %
	4.3 Der Schutz der Werte und Grundsätze der Verträge wird vom Europäischen Gerichtshof gewährleistet und kann von den Mitgliedstaaten nicht in Frage gestellt werden.	81,0 %
5. Informationen über die EU sind unzugänglich und	5.1 Wir empfehlen, die Überprüfung von Informationen zu EU-Fragen zu verstärken. Diese von den Organen verbreiteten und überprüften Informationen müssen der europäischen	83,3 %

schwer verständlich	Öffentlichkeit und den nationalen Medien in jedem Mitgliedstaat leicht zugänglich sein.	
6. Die nationalen Medien vermitteln oft ein negatives Bild der EU	6.1 Die EU muss auch im Alltag der Europäer stärker präsent sein, indem sie proaktiver kommuniziert. (Z. B. Sponsoring von kulturellen Veranstaltungen, die die Bürgerinnen und Bürger zusammenbringen und sie stolz machen, EU-Bürger zu sein. Die Erstellung von Berichten und Teasern würde es den Europäern auch ermöglichen, Zugang zu kontextualisierten Informationen über die EU zu erhalten).	85,7 %
7. Die Bürger wissen nicht, wer sie im Europäischen Parlament vertritt.	7.1 Wir empfehlen den Parlamentariern, sich vor allem außerhalb der Wahlperioden in ihrem Heimatland besser bekannt zu machen. Sie müssen zugänglicher sein. Die Motive für ihre Abstimmungen im Europäischen Parlament müssen den europäischen Bürgern über die Website der Europäischen Union leichter zugänglich gemacht werden.	92,7 %
	7.2 Wir empfehlen den nationalen politischen Parteien, dafür zu sorgen, dass die Kandidaten auf den bei den Wahlen zum Europäischen Parlament vorgelegten Listen verjüngt werden. Ein solches Mandat darf nicht als Belohnung für gute und loyale Dienste in der nationalen Politik angesehen werden.	74,4 %
8. Die Kommunikation der EU ist zu einheitlich; dabei wird die Vielfalt der Bevölkerung nicht berücksichtigt.	8.1 Um sich an ein breites und abwechslungsreiches Publikum zu wenden, empfehlen wir, dass die EU bereits bei ihrer Konzeption den Schulgrad der betroffenen Personen und ihre möglichen Behinderungen durch inklusive Kommunikation berücksichtigt. Darüber hinaus empfehlen wir auch, Personen und Organisationen (Straßenerzieher, Nachbarschaftsbeamte, ÖSHZ, Zivilgesellschaft) in die Übermittlung dieser Kommunikation einzubeziehen.	73,2 %
	8.2 Um die Erwerbsbevölkerung zu erreichen, empfehlen wir, mehr in die Nutzung der bestehenden Kommunikationskanäle zu investieren, um regelmäßig angemessene Informationen über die EU bereitzustellen, z. B. durch Aufklärungsprogramme. Darüber hinaus empfehlen wir, sich auf Botschafter (sowohl Einzelpersonen als auch Organisationen) zu stützen, die das EU-Projekt fördern.	83,7 %
	8.3 Um junge Menschen und Studenten zu erreichen, empfehlen wir, neben bestehenden Kanälen wie Bildung und betroffenen Jugendbewegungen auch Botschafter hinzuzuziehen, die sich insbesondere an Influencer richten, die über soziale Medien junge Menschen erreichen können. Eine weitere Empfehlung wäre, einen europaweiten Wettbewerb zu veranstalten, um eine Comicfigur zu schaffen, die jungen Menschen gefällt und ihnen europäische Botschaften zukommen lässt.	69,8 %
	8.4 Für Senioren empfehlen wir, dieselben Kanäle wie für die Erwerbsbevölkerung zu nutzen. Darüber hinaus empfehlen wir, die richtige Balance zwischen digitaler und nicht-digitaler Kommunikation (Presse, Radio, Präsenzveranstaltungen) zu	85,7 %

	suchen, um die Bedürfnisse jedes Einzelnen zu erfüllen, auch diejenigen, die sich in einer digitalen Umgebung weniger wohl fühlen, ebenso wie diejenigen, die in der Gesellschaft weniger mobil sind.	
	8.5 Wir empfehlen, dass sich die EU im Rahmen der Integrationskurse, die in vielen Mitgliedstaaten bereits existieren, verpflichtet, die „neuen Europäer“ (die Personen, die über das eine oder andere legale Einwanderungsverfahren ihren Wohnsitz in der EU haben) einzubeziehen und ihnen die anderen traditionellen Kanäle, über die die EU kommuniziert, bekannt zu machen. Schließlich empfehlen wir auch, der lokalen Vereinswelt einen Platz zu geben.	76,7 %
	8.6 Darüber hinaus empfehlen wir, die EU mit inklusiver Kommunikation auf die Straße zu bringen. So könnten beispielsweise (digitale) Werbetafeln sowie neue Kommunikationsmittel wie QR-Codes und traditionelle Mittel verwendet werden.	62,8 %
	8.7 Weitere Empfehlungen bestünden darin, die EU (durch kleine Filme oder Infografiken) visuell zu gestalten, eine europäische Sportbewegung zu gründen, um Verbindungen/Zugehörigkeit zu schaffen und die europäische Hymne besser bekannt zu machen.	68,2 %

2. Desinformation

Probleme	Empfehlungen	Unterstützt durch (%)
1. Das Risiko von Desinformation wächst in den Medien	1.1 Wir empfehlen, das Medienfinanzierungsmodell sowie die obligatorische Veröffentlichung der Einnahmequellen klar und zugänglich zu überarbeiten. Das Finanzierungsmodell der Medien treibt sie zum Sensationalismus, und so Informationen aus ihrem Kontext zu veröffentlichen, die sie in Desinformation verwandeln.	73,8 %
	1.2 Wir empfehlen die obligatorische Nennung der Quellen durch die Medien, indem wir Links zu ihrer Überprüfung zur Verfügung stellen. Andernfalls ist eine Information als ungeprüft auszuweisen.	90,2 %
	1.3 Wir empfehlen, dass die für die Bekämpfung von Desinformation zuständige europäische Regulierungsbehörde (siehe Ziffer 2) auch für die Akkreditierung von Organisationen zuständig ist, die die Überprüfung von Informationen durchführen („fact checkers“).	85,4 %
	1.4 Wir empfehlen, in jedem Mitgliedstaat eine unabhängige Behörde einzurichten, die für die Überprüfung der Medienneutralität zuständig ist. Diese	75,6 %

	Behörde sollte von der Europäischen Union finanziert und überwacht werden.	
	1.5 Wir empfehlen, Informationen über die URLs der offiziellen Websites der Europäischen Union zu verbreiten, um die Bürger über die Herkunft der Informationen zu beruhigen.	90,2 %
2. Viele Bürger zweifeln an Medienneutralität	2.1 Wir empfehlen die Einrichtung einer europäischen Regulierungsbehörde zur Bekämpfung von Desinformation. Die Regulierungsbehörde habe u. a. die Aufgabe, die Kriterien für ein Neutralitätssiegel festzulegen und gegebenenfalls ein System von Sanktionen oder Anreizen im Zusammenhang mit der Einhaltung der Neutralitätsstandards zu schaffen. Alternativ könnte der Beitritt zu einer Ethikcharta in Betracht gezogen werden. Das Siegel würde von der unabhängigen nationalen Behörde vergeben und würde den Maßnahmen der Medien zur Bekämpfung von Desinformation Rechnung tragen.	87,5 %
	2.2 Wir empfehlen die Einrichtung einer europäischen Hotline, die es den Bürgern ermöglicht, Desinformation über europäische Kompetenzen (Politik und Wirtschaft) anzuprangern.	82,1 %
3. Die Bürger kennen die Gefahr von Desinformation, denen sie ausgesetzt sind, nicht.	3.1 Wir empfehlen, dass Plattformen verpflichtet sind, klare und verständliche Informationen über die Risiken von Desinformation zu veröffentlichen, denen ihre Nutzer ausgesetzt sind. Diese Informationen sollten automatisch mitgeteilt werden, sobald ein Konto eröffnet wird.	85,7 %
	3.2 Wir empfehlen eine obligatorische Mediens Schulung, die von klein auf auf die verschiedenen Ebenen des Bildungssystems zugeschnitten ist.	74,4 %
	3.3 Wir empfehlen, dass die Europäische Union wiederholte Kampagnen gegen Desinformation durchführt. Diese Kampagnen könnten durch ein Logo oder ein Maskottchen identifiziert werden. Die Europäische Union könnte die sozialen Netzwerke dazu zwingen, diese durch die Verbreitung von Spots weiterzuleiten.	87,5 %
4. Die Mittel zur Bekämpfung von Desinformation sind unzureichend.	4.1 Wir empfehlen die Veröffentlichung von Informationen über Algorithmen, die die von Plattformnutzern empfangenen Nachrichten organisieren, in klarer und verständlicher Sprache.	83,3 %
	4.2 Wir empfehlen, dass Benutzer Algorithmen, die Verhaltensmuster verstärken, auf einfache Weise	80,0 %

	deaktivieren können. Die Verpflichtung, den Nutzern Zugang zu anderen Quellen zu gewähren, die unterschiedliche Standpunkte zu einem Thema vertreten, könnte ebenfalls geprüft werden.	
	4.3 Wir empfehlen, dass die Europäische Union die Einrichtung einer Social-Media-Plattform unterstützt, die ihren eigenen Standards in Bezug auf Neutralität und Bekämpfung von Desinformation entspricht. Alternativ könnte die mehrsprachige Plattform zur Unterstützung der Konferenz zur Zukunft Europas neue Funktionen erhalten.	56,4 %

3. Bürgerpanels

Probleme	Empfehlungen	Unterstützt durch (%)
1. Schwierigkeiten bei der Gewährleistung der Repräsentativität eines Bürgerpanels. Am Ende ist nur ein kleiner Teil der Bevölkerung beteiligt.	1.1 Wir empfehlen, die neuesten wissenschaftlichen Arbeiten zur deliberativen Demokratie in Bezug auf Probenahme, Entwicklung und wissenschaftliche Validierung der Auswahlmethode zu verfolgen, um die bestmögliche Repräsentativität zu gewährleisten.	89,7 %
	1.2 Wir empfehlen, dass genügend Menschen am Tisch sind, um die Vielfalt der Meinungen und Profile zu gewährleisten, einschließlich – aber nicht nur – der Personen, die direkt von dem Thema betroffen sind.	90,2 %
	1.3 Wir empfehlen, zusätzlich zu den traditionellen Kriterien wie Geschlecht, Alter, Wohnort oder Bildungsniveau das Kriterium der Elternschaft (z. B. ob die Person Kinder hat oder nicht?) in die Stichprobenkriterien aufzunehmen.	33,3 %
	1.4 Wir empfehlen, Quoten für jedes geografische Gebiet festzulegen, d. h. festzulegen, dass ein europäisches Bürgerpanel aus X Personen je europäischem geografischem Gebiet bestehen muss (noch festzulegen), damit dieses Gremium wirklich als europäisch eingestuft und wirksam beraten werden kann.	73,2 %
	1.5 Wir empfehlen, die Bevölkerungsregister (oder deren Äquivalent je nach Land) als erste Datenbanken für die Auslosung zu verwenden, um allen die gleiche Chance zu geben, ausgewählt zu werden und Interesse an einem Thema in der Bevölkerung zu wecken.	70,0 %
	1.6 Wir empfehlen, die Teilnehmer zu entschädigen, um ihre Investition zu schätzen und Menschen anzuziehen, die nicht teilnehmen würden, wenn sie nicht entschädigt würden.	87,5 %
	1.7 Wir empfehlen, zu informieren – ziemlich minimal:	82,9 %

	weder zu viele Informationen noch zu komplizierte Informationen – im Vorfeld die Teilnehmer durch Präsentationen von Experten, um sicherzustellen, dass sich auch Menschen ohne Vorkenntnisse wohl fühlen, an den Diskussionen teilzunehmen.	
	1.7.2 Wir empfehlen, das Thema des Bürgerpanels im Voraus mitzuteilen, damit die Menschen wissen können, zu welchem Thema sie sich zur Diskussion verpflichten.	78,6 %
	1.8 Wir empfehlen, Bürger nicht zur Teilnahme zu verpflichten.	97,6 %
	2.1 Wir empfehlen, dass die Sitzungen des europäischen Bürgerpanels in einem hybriden Format (Präsenz-/Distanzialformat) stattfinden können. Menschen, die sich nicht körperlich bewegen können, könnten genauso teilnehmen.	70,0 %
2. Es ist schwierig, ein Panel auf europäischer Ebene zu organisieren.	2.2 Wir empfehlen der Europäischen Union, die Organisation von Bürgerforen (zu europäischen Themen) auf unterschiedliche nationale Ebene zu übertragen, um Zugang und Organisation zu erleichtern.	69,0 %
	2.3 Wir empfehlen, dass ein und dasselbe Thema von einem auf europäischer Ebene organisierten Gremium ausgewählt wird. Alle Teilnehmer werden das gleiche Thema diskutieren, unabhängig davon, woher sie nach Europa kommen.	80,5 %
3. Vermeiden, dass das Panel Bürger dürfen nicht für andere als die angegebenen Zwecke missbraucht werden.	3.1 Wir empfehlen, dass jeder Bürger ein Thema zur Diskussion stellen kann und dass dieses Recht nicht der Politik oder der Lobbywelt vorbehalten ist.	82,1 %
	3.2 Wir empfehlen, dass das Initiativrecht dem Europäischen Parlament zusteht, damit das Europäische Parlament das zu erörternde Thema festlegt und anschließend die Texte annimmt, die für die Weiterverfolgung der Empfehlungen, die aus den Beratungen hervorgehen, erforderlich sind.	63,4 %
4. Schwierigkeiten, die beste Art und Weise, den Prozess für eine bessere Vertretung der Bürger zu organisieren, zu stoppen.	4.1.1 Wir empfehlen, neben dem Parlament ein ständiges Bürgerpanel einzurichten, das bestimmte Aufgaben übernimmt. Er würde regelmäßig erneuert werden. Dies würde es ermöglichen, die Bürger langfristig zusammenzubringen und sich die nötige Zeit für die Debatten zu nehmen. Die Zeit ermöglicht es, Debatten zu nuancieren und einen Konsens zu erzielen. Neben diesem ständigen Panel erörtern punktuelle Bürgerforen die vom ständigen Gremium ausgewählten Themen. Wir schlagen vor, dem Modell der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu folgen.	54,8 %
	4.1.2 Wir empfehlen, nur ein oder mehrere nicht-ständige europäische Bürgerforen einzurichten, die nur	58,5 %

	zusammenkommen, um ein bestimmtes Thema nur für einen bestimmten Zeitraum zu erörtern.	
	4.2 Wir empfehlen, keine europäischen Bürgerforen für dringende Fragen zu organisieren, da genügend Zeit benötigt wird, um die Qualität der Debatten zu gewährleisten.	63,4 %
5. Allzu oft erhalten Bürger, die an partizipativen Demokratieinitiativen nach dem Vorbild der Bürgerpanels teilnehmen, weder kurzfristig noch langfristig eine Rückmeldung über die Überwachung ihrer Arbeit.	5.1 Wir empfehlen, den Bürgerinnen und Bürgern eine Rückmeldung über die Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen aus europäischen Bürgerforen zu geben. Werden die Empfehlungen nicht befolgt, müssen die beteiligten EU-Organen ihre Entscheidung begründen (z. B. fehlende Zuständigkeit). Zu diesem Zweck empfehlen wir, während des gesamten Prozesses nach einem Panel regelmäßige Zusammenfassungen zu erstellen.	97,5 %
	6.1 Wir empfehlen, Bürgerforen auch mit Kindern ab dem frühesten Alter (z. B. 10 bis 16 Jahre) zu organisieren, um sie für die Teilnahme und die Debatte zu sensibilisieren. Das kann man in den Schulen organisieren.	59,5 %

4. Referendums

Probleme	Empfehlungen	Unterstützt durch (%)
	0.1 Wir empfehlen, dass auf europäischer Ebene Referendums über EU-Angelegenheiten abgehalten werden können.	73,3 %
1. Die Kultur des Referendums ist von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr unterschiedlich	1.1 Wir empfehlen, Forschung darüber zu beauftragen, wie eine gemeinsame Volksabstimmungskultur in Europa geschaffen werden kann.	70,7 %
	1.2 Wir empfehlen, Untersuchungen (von unabhängigen Sachverständigen) in Bezug auf die Notwendigkeit und die Möglichkeit eines Referendums zu einem bestimmten Thema auf europäischer Ebene durchzuführen.	77,5 %
2. Die Formulierung der Frage, die in einem Referendum gestellt wird, kann sich negativ auswirken, ebenso wie die Tatsache, dass man nur mit	2.1 Wir empfehlen die Einsetzung eines Wissenschaftlichen Ausschusses, der darüber nachdenken sollte, wie Fragen gestellt werden können, die Gegenstand eines europäischen Referendums sind, so objektiv wie möglich.	87,2 %
	2.2 Wir empfehlen, Multiple-Choice-Fragen zu stellen, die über die einfache Alternative zwischen „Ja“ und „Nein“ hinausgehen, um Nuancen zu bringen oder sogar	65,0 %

„Ja“ oder „Nein“ antworten kann, was oft Debatten und Gesellschaften polarisiert.	Bedingungen mit „Ja“ und „Nein“ zu verbinden (z. B. ‚ja wenn...‘, ‚Nein, wenn...‘).	
	2.3 Wir empfehlen, bei der Berechnung der Mehrheit (einfache Mehrheit oder absolute Mehrheit) weiße Abstimmungen nicht zu berücksichtigen. Dennoch muss es genügend Stimmen geben (das Quorum muss eingehalten werden).	75,0 %
Auch die Wahl des Themas ist heikel.	2.4.1 Wir empfehlen, dass eine Frage, die im Rahmen eines europäischen Referendums gestellt wird, zu jedem europäischen Thema gehört, das in den Zuständigkeitsbereich der Europäischen Union fällt.	87,5 %
	2.4.2 Wir empfehlen, Themen auszuschließen, die zu Konflikten zwischen den Mitgliedstaaten führen könnten.	39,0 %
	2.5 Wir empfehlen, dass auch technische und schwierige Fragen mit einer klaren Formulierung gestellt werden können, weil die Menschen in der Lage sind, ausreichend informiert zu werden.	77,5 %
3. Das Referendum ist kein demokratisches Instrument, wenn nur die Politik entscheiden kann, eines zu organisieren.	3.1 Wir empfehlen, dass das Europäische Parlament ein Initiativrecht hat, um europäische Referenden zu organisieren, und dass es dann sein Ergebnis umsetzen kann (die Europäische Kommission und der Rat sollten folgen, ohne dass die Möglichkeit einer Blockade besteht).	67,5 %
	3.2 Wir empfehlen, dass die Initiative auch von den Bürgerinnen und Bürgern selbst kommen sollte (z. B. Regeln, die denen für die Umsetzung der Europäischen Bürgerinitiative ähnlich sind).	77,5 %
	3.3 Wir empfehlen, dass die praktische Organisation eines EU-Referendums neutral ist.	75,0 %
4. Der beratende oder verbindliche Aspekt des Referendums muss klar definiert.	4.1.1 Wir empfehlen, dass das Ergebnis eines EU-Referendums nur dann verbindlich ist, wenn bestimmte Teilnahmebedingungen erfüllt sind.	92,7 %
	4.1.2 Wir empfehlen, dass die Ergebnisse eines Referendums nur verbindlich sind, wenn bestimmte Mehrheiten erreicht werden (51/49, 70/30). Diese Bedingungen werden vor jedem Referendum festgelegt.	72,5 %
	4.2 Wir empfehlen, dass das Ergebnis eines EU-Referendums verbindlich ist, wenn die Initiative seiner Organisation von Bürgern ergriffen wurde (die es geschafft hätten, eine Reihe von Unterschriften zu diesem Zweck zu sammeln), aber indikativ ist, wenn die Initiative von einer politischen Institution ergriffen wurde.	47,5 %
	4.3 Wir empfehlen, das Ergebnis eines EU-Referendums	40,0 %

	nur für bestimmte Themen verbindlich zu machen, nicht aber für diejenigen, bei denen die Folgen der Abstimmung sehr schwerwiegend sein könnten.	
5. Die Bevölkerung ist oft wenig informiert, bevor sie im Rahmen eines Referendums abstimmen muss. Gleichzeitig ist es wichtig, die übermittelten Informationen zu kontrollieren, um schädliche (interne oder ausländische) Einflussnahme auf die Abstimmung zu vermeiden.	5.1 Wir empfehlen, dass die Bevölkerung vor einem europäischen Referendum über die Auswirkungen des Abstimmungsergebnisses auf ihr tägliches Leben durch Broschüren wie in der Schweiz und/oder durch Informationsveranstaltungen klar informiert wird.	97,5 %
	5.2 Wir empfehlen, für jedes europäische Referendum einen wissenschaftlichen Ausschuss einzusetzen, der für die Neutralität der mitgeteilten Informationen sorgt.	87,2 %
6. Obwohl ein Referendum die gesamte Bevölkerung dazu auffordert, sich direkt zu äußern (im Gegensatz zum Bürgerpanel), gibt es immer noch eine gewisse, mehr oder weniger wichtige Absenz.	6.1.1 Wir empfehlen, dass die Teilnahme an der Abstimmung an einem EU-Referendum obligatorisch ist.	43,6 %
	6.1.2 Wir empfehlen, dass die Abstimmung in einem Europareferendum freiwillig ist.	52,5 %
	6.2 Um das Absentismus zu reduzieren, empfehlen wir, die elektronische Stimmabgabe zusätzlich zur Papierabstimmung zuzulassen (oder zusätzlich zu anderen Abstimmungsarten, wie z. B. Briefwahlen). Das E-Voting ist insbesondere für Urlauber interessant und motiviert auch weniger Interessierte zur Stimmabgabe, da die Reisezwänge nicht mehr vorhanden sind.	90,0 %
7. Allzu oft erhalten Bürger, die an partizipativen Demokratieinitiativen im Sinne von Referenden teilnehmen, weder kurzfristig noch langfristig eine Rückmeldung über die Überwachung ihrer Abstimmung.	7.1 Wir empfehlen, den Bürgerinnen und Bürgern eine Rückmeldung über das Follow-up (oder nicht) der Entscheidung der Bürger im Rahmen eines europäischen Referendums zu geben.	92,5 %

5. Bestehende Tools

5.1. Europawahlen.

Probleme	Empfehlungen	Unterstüt
----------	--------------	-----------

		zt durch (%)
1. In den einzelnen Mitgliedstaaten gibt es unterschiedliche Regelungen.	1.1 Wir schlagen vor, dass das Europäische Parlament an der obligatorischen Abstimmung teilnehmen sollte, aber mit ausreichenden Informationen, damit die Bürger die Gründe dafür verstehen.	50,0 %
	1.2 Unsere Empfehlung ist, die Regeln für die Wahlen zum Europäischen Parlament in allen Ländern, einschließlich des Mindestalters, so weit wie möglich zu vereinheitlichen.	87,2 %
2. Es gibt keine ausreichenden Unterschiede in Bezug auf Alter, Herkunft und Geschlecht der MdEP.	2.1.1 Wir schlagen vor, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments alle Altersgruppen und Herkunft haben.	82,1 %
	2.1.2 Wir schlagen vor, dass sich die Abgeordneten bewusst für eine europäische Laufbahn entscheiden und nicht nur, weil sie sich am Ende ihrer Karriere befinden.	82,5 %
	2.1.3 Wir schlagen vor, sich für eine ausgewogene Geschlechterverteilung zu entscheiden, z. B. durch den Wechsel der Geschlechter in den Wählerverzeichnissen. Die EU muss diese Kriterien festlegen und prüfen, ob sie in der Zusammensetzung entsprechend der Quote eingehalten werden. Wenn ein Kandidat seine Amtszeit ablehnt, wird der nächste Kandidat in der Reihenfolge der Präferenz und des gleichen Geschlechts seinen Platz einnehmen.	82,5 %
	2.1.4 Wir empfehlen, dass Kandidaten auf den europäischen Listen ihr Mandat ausüben, wenn sie gewählt werden.	89,2 %
3. Wir stimmen für das Europäische Parlament und haben kein Mitspracherecht über die Zusammensetzung des Ausschusses.	3.1 Wir schlagen eine Vertragsänderung vor, durch die die größte Partei im Europäischen Parlament den Präsidenten der Europäischen Kommission ernennen kann.	48,6 %
	3.2 Wir empfehlen, die Zusammensetzung der Europäischen Kommission nach bestimmten Grundregeln transparenter zu gestalten, damit die Zusammensetzung die Stimme des Bürgers widerspiegelt und der Bürger weiß, wie die Auswahl stattgefunden hat.	88,9 %
4. Es gibt nicht viele Informationen über die Kandidaten, es ist nicht viel über sie und ihr Programm sowie über die politische Fraktion, die sie im Europäischen Parlament vertreten werden,	4.1 Wir schlagen vor, dass sich die europäischen Kandidaten mit ihren Zielen und Programmen auf verschiedenen Kanälen vor Ort konkreter präsentieren (Kommunikation).	84,2 %

bekannt.		
----------	--	--

5.1.2 Europäischer Bürgerbeauftragter

Probleme	Empfehlungen	Unterstützt durch (%)
1. Die Website in anderen Sprachen als Englisch enthält nur Informationen in englischer Sprache auf den ersten beiden Seiten. Dies schafft eine Barriere für Bürger, die Englisch nicht beherrschen	1.1 Wir schlagen vor, die Informationen auf der Homepage in der Sprache jedes Bürgers zu platzieren und, wenn es nicht möglich ist, sie zu übersetzen, Nachrichten ins Englische an anderer Stelle auf der Website zu posten.	89,2 %
2. Der Ombudsmann ist nicht an der Sanktion und etwaigen Entschädigungen für den Beschwerdeführer beteiligt.	2.1 Wir schlagen vor, dass der Ombudsmann Teil des Prozesses der Suche und Implementierung der Lösung/Sanktion/Schaden ist und eine Stimme hat.	71,1 %
3. Die Frist für die Registrierung auf der Website ist manchmal sehr lang (Validierungs-E-Mail) Dies dauert manchmal 24 Stunden und demotiert den Bürger, der auf etwas anderes übergeht.	3.1 Wir schlagen die Einführung eines Systems zur sofortigen Validierung vor.	47,4 %
4. Wenn wir eine Beschwerde einreichen, wird uns die Frage gestellt: haben Sie alle möglichen Verfahren angewendet? Der Bürger kennt nicht immer alle Verfahren und kann die Frage nicht beantworten.	4.1 Wir schlagen vor, einen Link zu einer einfachen Darstellung/Erklärung der anderen Verfahren hinzuzufügen	89,5 %
5. Die Website des Bürgerbeauftragten ist gut gemacht, hat aber kein klares europäisches Image, was zu Fragen für den Bürger führt (befinde ich mich auf der richtigen Website, ist es glaubwürdig? ...).	5.1 Wir schlagen vor, die Grafikcharta der Website zu überarbeiten und stärker an die der EU anzupassen (erster Rat: die EU-Flagge oben auf der Seite hochziehen). Beim ersten „Klick“ muss klar sein, dass sich der Bürger auf der Website des Bürgerbeauftragten der Institutionen befindet.	78,4 %

5.1.3 Öffentliche Konsultation

Probleme	Empfehlungen	Unterstützt durch

		(%)
1. Die Website der Konsultationen hat sich geändert und der Bürger wird in erster Instanz auf eine veraltete Website geschickt. Sie müssen suchen, um die Adresse der neuen Website zu finden.	1.1. Wir schlagen vor, die alte Website zu entfernen und zuerst auf die neue Website zu verweisen.	81,6 %
2. Der Fahrplan (Englisch) und die Stellungnahmen (Bürgersprache) einer Konsultation werden nicht in die Sprache des Bürgers übersetzt.	2.1. Wir empfehlen dringend, den Fahrplan in die Sprache des Bürgers zu übersetzen. Die englischsprachige Roadmap blockiert jeden Bürger, der Englisch in seiner Teilnahme nicht beherrscht.	81,6 %
	2.2. Wir schlagen vor, bei jeder Bewertung eine Registerkarte/Symbol „automatische Übersetzung“ zu setzen, die mit einer Open-Source-Übersetzungs-Engine wie Google Translate oder DeepL verknüpft wird.	65,8 %
3. Sie müssen abonnieren, um die Konsultation zu verfolgen	3.1. Wir schlagen vor, den Prozess automatisch an jede Person zu senden, die reagiert hat, mit der Möglichkeit, sich abzumelden.	89,5 %
4. Wir wissen nicht, ob die Anzahl der Stellungnahmen in gewisser Weise den Ausschuss beeinflusst oder ob ähnliche Stellungnahmen als eine einzige Stellungnahme (Gewichtung oder Nichtgewichtung) betrachtet werden. Wenn die Anzahl der Stellungnahmen in einer Richtung zählt, sind wir besorgt über das Gewicht der Lobbyisten/Aktivisten/Großunternehmen in den Konsultationen und de facto die Maßnahmen der EU gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und der Vereinswelt	4.1. Wir empfehlen eine klare Information auf der Website zu diesem Thema.	81,6 %
	4.2. Wenn die Anzahl der Stellungnahmen in einer Richtung Auswirkungen hat, empfehlen wir, ein System einzurichten, das Lobbyisten/Aktivisten/Großunternehmen usw. herausfiltert, um ihnen kein unverhältnismäßiges Gewicht zu geben.	60,5 %
	4.3. Wir empfehlen, eine Software für künstliche Intelligenz zu erstellen, die unterschiedliche Bewertungen einordnet und gegenteilige oder günstige Bewertungen erfasst.	47,4 %
	4.4. Wir schlagen vor, Brücken zwischen Bürgern und Verbänden (Aktivisten) zu organisieren: Orte, an denen die Bürger ihre Meinung äußern könnten, in Form von „Häusern Europas“, die dazu beitragen könnten, die Meinungen der Bürger auf europäischer Ebene zu verbreiten. Diese Orte sollten an verschiedenen Orten, lokal, verlagert werden.	62,2 %
5. Das Mitteilungsformular ist unklar: es gibt eine offene Frage und einen Fragebogen. Welche Rolle spielt jedes	5.1 Klären Sie diese Informationen auf der Website.	81,6 %

Dokument, was ist zu erfüllen?		
6. Es gibt zu viele Kompetenzniveaus in Bezug auf Werkzeuge	6.1 Wir schlagen vor, ein Dispatching-Center einzurichten, das es ermöglicht, Anfragen auf die kompetente Machtebene auszurichten.	78,9 %

5.1.4 Europäische Bürgerinitiative

Problem	Empfehlungen	Unterstützt durch (%)
1. Bürger, die kein Internet haben, sind schwieriger zu erreichen.	1.1 Wir schlagen vor, dass lokale Behörden oder Bibliotheken, die unabhängig von der Regierung sind, in die Verbreitung dieser Initiative und das Sammeln von Unterschriften einbezogen werden können. Sowohl elektronisch als auch auf Papier. Die EU sollte eine länderspezifische Bestandsaufnahme des Netzes erstellen und den Bürgerinnen und Bürgern, die Initiatoren sind, zur Verfügung stellen.	71,1 %
2. Die Zahl der Länder, die teilnehmen müssen, ist zu gering, um ausreichende Unterstützung zu erhalten.	2.1 Wir schlagen vor, die Zahl der Länder, aus denen Unterschriften gesammelt werden, auf 13 Länder zu erhöhen, um den Vorschlag stärker zu unterstützen. Die Anzahl der Unterschriften muss im Verhältnis zur Einwohnerzahl eingehalten werden.	64,9 %
3. Die Kosten und der Aufwand, die Unterschriften zu sammeln, sind hoch	3.1 Wir schlagen vor, dass EU-Mittel zur Unterstützung dieser Initiativen bereitgestellt werden.	71,1 %
	3.2 Wir schlagen vor, dass ein Gremium eingerichtet wird, um die Koordinierung zwischen den einzelnen Ländern zu erleichtern.	75,7 %
4. Das Verfahren ist für die Bürger komplex.	4.1 Wir schlagen vor, einen Helpdesk einzurichten, um den Bürgern dabei zu helfen, diese Schritte zu ergänzen.	83,8 %
5. Das Ergebnis der Bürgerinitiative ist unklar.	5.1 Wir schlagen vor, die Europäische Kommission zu verpflichten, zu diskutieren und daran zu arbeiten, den Vorschlag weiterzuverfolgen und nicht nur zu antworten und den Empfang zu bestätigen. Wenn die Kommission beschließt, nicht auf den Vorschlag einzugehen, muss sie dies begründen.	100,0 %
	5.2 Wir schlagen vor, bei Erhalt einer Europäischen Bürgerinitiative eine Bürgerkonsultation zu organisieren, um sie um ihre Stellungnahme zu dieser Initiative zu ersuchen, bevor die Kommission sie weiterverfolgt. Dies würde verhindern, dass nur extreme Stellungnahmen/Abstimmungen für die Initiative vorliegen und die Meinung von Personen, die nicht unterzeichnet haben, eingeholt wird. Abgesehen davon, wenn alle Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung äußern, wird der Vorschlag auf EU-Ebene und seine Folgemaßnahmen mehr	55,3 %

	Gewicht haben.	
--	----------------	--

5.1.5 Petitionsrecht

Problem	Empfehlungen	Unterstützt durch (%)
1. Die Europäische Kommission hat die endgültige Entscheidung, es gibt keine Gewissheit über das Ergebnis	1.1 Wir schlagen vor, dass der Ausschuss der Empfehlung des Europäischen Parlaments folgt.	81,1 %
2. Es gibt wenig Transparenz über den Prozess und die Begründung der Entscheidung.	2.1 Wir schlagen vor, die Person, die die Petition eingereicht hat, regelmäßig über den Fortgang und die Entscheidungen auf dem Laufenden zu halten. Die endgültige Schlussfolgerung muss ebenfalls begründet werden.	94,4 %
3. Es ist für die Bürger schwierig, die Notwendigkeit neuer Rechtsvorschriften zu demonstrieren.	3.1 Unsere Empfehlung lautet, dass eine Petition auch als Instrument zum Nachweis der Notwendigkeit neuer Rechtsvorschriften verwendet werden sollte.	78,4 %

II B Nationale Panels: Frankreich



L'avenir est **entre** **vos mains**

Contribution citoyenne à
la Conférence sur l'avenir
de l'Europe

Dieses Dokument ist eine Zusammenfassung des Berichts über den „Bürgerbeitrag zur Konferenz zur Zukunft Europas“, der von Frankreich organisiert wurde. Die vollständige Version des Berichts in französischer Sprache ist unter folgendem Link abrufbar:

[11/20211126%20-%20COFE%20-%20Rapport%20final.pdf](https://ec.europa.eu/eip/eip-11-2021-1126-20-cofe-20-rapport-final.pdf)



WAVESTONE



MAKE.
ORG

In der Nähe

II B Panels nationaux : France.....	192
Introduction.....	194
Présentation des principaux résultats.....	197
Présentation des panels des conférences régionales.....	199
Engagements et partis pris méthodologiques.....	201
Première partie: présentation des résultats des conférences régionales sur l'avenir de l'Europe	207
Seconde partie: présentation des résultats de la consultation « Parole aux Jeunes ».....	218
Conclusion.....	221

Einführung

Die Konferenz zur Zukunft Europas ist eine beispiellose Bürgerbeteiligung, die es ermöglicht, die Bürger der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu konsultieren, um sie in den Mittelpunkt der für die kommenden Jahre und Jahrzehnte zu fassenden Entscheidungen zu stellen. Die Bürgerinnen und Bürger der EU werden aufgefordert, sich Gehör zu verschaffen, um Veränderungen und konkrete Maßnahmen vorzuschlagen, die es Europa ermöglichen, neue Ziele zu definieren und die globalen Herausforderungen zu bewältigen, denen es heute gegenübersteht.

Die französische Regierung unterstützt die Initiativen des Dreivorsitzes der Konferenz zur Zukunft Europas, indem sie insbesondere ihre Bürgerinnen und Bürger ermutigt, einen wesentlichen Beitrag zur Online-Plattform zu leisten und Veranstaltungen in ganz Europa zu organisieren.

Parallel zu diesen europäischen Initiativen wollte die Regierung eine partizipative Übung auf nationaler Ebene durchführen.

Mit Unterstützung des Ministeriums für Beziehungen zum Parlament und Bürgerbeteiligung (MRPCC) und der Expertise des Interministeriellen Zentrums für Bürgerbeteiligung (CIPC) organisierte das Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten (MEAE) eine Bürgerübung, die auf starken methodischen Vorurteilen beruhte (siehe unten „Methodische Verpflichtungen und Übernahmen“). Das MEAE stützte sich bei der Umsetzung des Programms auf ein Dienstleistungskonsortium, das sich aus Roland Berger, Wavestone, Public Missions und Harris Interactive zusammensetzte. Die regionalen Präfekturen spielten schließlich eine Schlüsselrolle bei der Organisation der 18 Konferenzen im ganzen Land.

Im Rahmen dieser Konsultation wurde den Teilnehmern eine einzige Frage gestellt: ***Welche Veränderungen wünschen Sie sich als französische Bürger für Europa?*** „(Vgl. Anhang IV „Teilnahmeauftrag“).

Diese nationale Übung erfolgte in Form von 18 Regionalkonferenzen in den 13 französischen Metropolregionen und den fünf ultramarinen Regionen Frankreichs, die an drei Wochenenden im September und Oktober 2021 stattfanden und jeweils zwischen 30 und 50 Bürgerinnen und Bürgern zusammenkamen (insgesamt 746). Die Zusammenfassung dieser 18 regionalen Panels wurde anschließend auf einer nationalen Konferenz erstellt, die vom 15. bis 17. Oktober 2021 im Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat (EWSA) in Paris stattfand und an der 98 freiwillige Bürger unter den Teilnehmern der Regionalkonferenzen teilnahmen.

Ergänzend und um das Wort der jungen Franzosen vor dem Europäischen Jahr der Jugend 2022 hervorzuheben, wurde vom Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten in Partnerschaft mit *Make.org* eine Online-Konsultation mit dem Titel „Wort an die Jugend“ organisiert. Mehr als 50.000 Jugendliche im Alter von 15 bis 35 Jahren brachten ihre Ideen und Prioritäten für das Europa von 2035 zum Ausdruck.

Dieser Bericht legt die wichtigsten Ergebnisse der beiden von der Regierung durchgeführten Konsultationen dar.

Methodik der Konsultation

Die Rekrutierung von Bürgern, die an regionalen Konferenzen teilnehmen, kombinierte eine zufällige Auswahl der Teilnehmer nach dem Los ihrer Telefonnummer und eine gezielte Auswahl

der Profile, um ein möglichst repräsentatives Panel für die Vielfalt der einzelnen Gebiete zu erreichen.

In den regionalen Panels äußerten sich die Teilnehmer abwechselnd mit Gruppenarbeitszeit, einem Tisch von 6 bis 8 Bürgern in Begleitung eines Moderators und Präsentationen in der Plenarversammlung. Während der Bedenkzeit waren Experten anwesend, um Fragen der Bürger zu beantworten und Klarheit zu schaffen und gleichzeitig eine neutrale Position zu wahren.

Die Bürgerinnen und Bürger wurden zunächst eingeladen, sich über ihre gegenwärtige Wahrnehmung Europas auszutauschen. Anschließend äußerten sie ihre **Wünsche für das Europa von 2035** in der Gruppe und dann im Plenum. Bei diesen Gesprächen konnten zwischen 3 und 8 Wünsche pro Region identifiziert werden. Für jeden dieser Wünsche formulierten die Bürger dann die **Änderungen**, die sie für notwendig hielten, um das gewünschte Europa zu erreichen, und veranschaulichten sie mit konkreten Vorschlägen, die umgesetzt werden sollten. Dies führte zu insgesamt 515 Änderungen und 1301 konkreten Vorschlägen auf nationaler Ebene.

Für jede Regionalkonferenz wurde ein regionaler zusammenfassender Bericht erstellt, der allen Teilnehmern im Vorfeld der nationalen Konferenz vorgelegt wurde.

An der nationalen Synthesekonferenz nahmen 98 Bürger aus den 18 Regionalkonferenzen teil. Um eine Vielfalt des nationalen Panels zu gewährleisten, wurden 6 Bürger aus den Freiwilligen der Regionalkonferenzen in Metropole und Réunion und 4 Bürger für die Ultramarin-Konferenzen ausgewählt, wobei bei jeder regionalen Auslosung die Parität und die Altersunterschiede berücksichtigt wurden (siehe Anhang II).

Zur Vorbereitung der nationalen Konferenz wurden die 515 auf den Regionalkonferenzen festgestellten Veränderungen analysiert und zusammengefaßt, wenn ihre zugrunde liegende Absicht ähnlich oder nahe erschien, um 14 Änderungsgruppen zu bilden, die einen gemeinsamen Wunsch für Europa widerspiegeln (siehe Teil 6). Diese 14 europäischen Wünsche dienten als Arbeitsgrundlage für die 98 Teilnehmer der nationalen Konferenz, die die Arbeit in den Regionen bereichern und europäische Wünsche, Veränderungen und Vorschläge mit Hilfe von rund 20 Sachverständigen zu einer Liste vorrangiger Änderungen zusammenbringen sollten. Jede Gruppe wählte schließlich drei wichtige Änderungen aus, von denen der erste allen 98 Bürgern zur Abstimmung vorgelegt wurde, wodurch eine endgültige Rangfolge der 14 vorrangigen Änderungen festgelegt wurde. In einem zusammenfassenden Bericht wird die gesamte Arbeit dieser Konferenz konsolidiert.

Die Online-Konsultation „Parole aux Jeunes“ in Zusammenarbeit mit Make.org fand von Mai bis Juli 2021 statt. Mehr als 50 000 Teilnehmer nahmen daran teil und reichten fast 3.000 Vorschläge für Europa ein. Auf der Grundlage aller Reaktionen junger Bürger konnten 35 wichtige Ideen identifiziert werden, von denen 22 weitgehend befürwortet wurden und 13 unter den Teilnehmern kontrovers diskutiert wurden (siehe Teil 11).

Ausstiegspunkt und Pflicht sofort

Der vorliegende Bericht wird der Regierung am 29. November 2021 in Anwesenheit der französischen Abgeordneten der Plenarversammlung der Konferenz zur Zukunft Europas vorgelegt. Er wird dem Dreivorsitz der Konferenz während der französischen Ratspräsidentschaft der Europäischen Union übergeben.

Im Anschluss an die nationale Synthesekonferenz im EWSA und um den hohen Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden, wurde ein Bürgerbegleitausschuss eingesetzt, der das Folgerecht der Teilnehmer verkörpert. Der aus 15 Mitgliedern bestehende Ausschuss – 14 Vertreter der Regionalkonferenzen und ein Vertreter der Konsultation „Parole aux Jeunes“ – soll die Bürger über die Zukunft ihrer Vorschläge informieren. Bei jeder Sitzung der Plenarversammlung der Konferenz nimmt eines oder eines der Mitglieder des Begleitausschusses als Vertreter der französischen Übung teil, um die in diesem Bericht dargelegten Vorschläge hervorzuheben und gleichzeitig einen gemeinsamen Standpunkt mit allen vertretenen europäischen Bürgern zu konzipieren.

Alle Dokumente der französischen Konsultation werden auf der Bürgerbeteiligungsplattform des französischen Staates öffentlich und für alle zugänglich sein: Beteiligungsauftrag, regionale Zusammenfassungen, nationale Zusammenfassung, Bürgerbericht und Abschlussbericht.

Präsentation der wichtigsten Ergebnisse

(das Original war in Form einer Illustration)



Panorama de la contribution française à la conférence sur l'avenir de l'Europe

Les citoyens tirés au sort devaient répondre à la question :
« En tant que citoyens français, quels changements souhaitez-vous pour l'Europe ? »

TOP 10 DES CHANGEMENTS PRIORITAIRES POUR L'EUROPE DE 2035



1. Développer la **sobriété énergétique** pour consommer moins en arrêtant le superflu



2. Renforcer la **défense et la sécurité communes** de l'Union européenne



3. Favoriser la **performance économique collective** à travers une industrie autonome, compétitive et valorisée par l'UE



4. Mettre en place un **pouvoir citoyen** à plusieurs échelons : participation, décision, contrôle



5. Tendre vers une **fédération d'États d'Europe** dotée de compétences fortes dans des domaines d'intérêt commun



6. Proposer des **programmes d'échanges** tout au long de la vie

Source : Changements ayant recueilli le plus de votes lors de la conférence nationale sur l'avenir de l'Europe (15-17 octobre 2021).

Quelle: Änderungen mit den meisten Stimmen auf der nationalen Konferenz zur Zukunft Europas (15.-17. Oktober 2021)

Überblick über den französischen Beitrag zur Konferenz zur Zukunft Europas

Die aus dem Los gezogenen Bürger mussten die Frage beantworten: „Welche Veränderungen wünschen Sie sich als französische Bürger für Europa?“

Top 10 vorrangige Änderungen für Europa von 2035

1. Entwickeln Sie Energienüchternheit, **um** weniger zu verbrauchen, indem Sie das Überflüssige stoppen

2. Stärkung der **Verteidigung und der gemeinsamen Sicherheit** der Europäischen Union

3. Förderung der **kollektiven Wirtschaftsleistung** durch eine autonome, wettbewerbsfähige und von der EU geförderte Industrie

4. Schaffung einer Bürgermacht **auf** mehreren Ebenen: Beteiligung, Entscheidung, Kontrolle

5. Ausrichtung auf eine **Föderation europäischer Staaten** mit starken Kompetenzen in Bereichen von gemeinsamem Interesse

6. **Programme für den lebenslangen Austausch** anbieten



7. Partager les cultures européennes par des **manifestations et des événements fédérateurs**



8. Harmoniser la **santé** et la rendre accessible à tous les Européens par une politique commune de santé



9. Développer et piloter au niveau européen les **filières stratégiques** pour assurer notre souveraineté



10. Améliorer la **protection des milieux et des écosystèmes** et créer des **zones protégées** au cœur des zones urbaines, périurbaines et rurales

Consultation en ligne « Parole aux jeunes »



Le 9 mai 2021, le secrétaire d'État chargé des Affaires européennes a lancé une consultation « Parole aux Jeunes » menée par Make.org qui s'est déroulée entre mai et juillet 2021.

50 000 jeunes âgés de 15 à 30 ans ont répondu à la question : « Quelles sont vos **priorités pour l'Europe de demain ?** », avec 2 918 propositions déposées.

Les **idées plébiscitées par les Jeunes français** dans le cadre de cette consultation en ligne s'intègrent à la contribution citoyenne à la Conférence sur l'avenir de l'Europe (cf. détails dans la 2^e partie de ce rapport)

7. Gemeinsame europäische Kulturen durch gemeinsame **Veranstaltungen und Veranstaltungen**

8. Die **Gesundheit** harmonisieren und allen Europäern durch eine gemeinsame Gesundheitspolitik zugänglich machen

9. Entwicklung und Lenkung **strategischer Lieferketten** auf europäischer Ebene zur Sicherung unserer Souveränität

10. Verbesserung des **Schutzes von Lebensräumen und Ökosystemen** und Schaffung von **Schutzgebieten** im

Online-Konsultation „Wort an die Jugendlichen“

Am 9. Mai 2021 leitete der Staatssekretär für europäische Angelegenheiten eine Konsultation „Wort an die Jugendlichen“ von Make.org ein, die zwischen Mai und Juli 2021 stattfand.

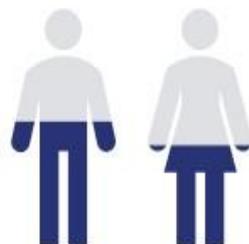
50 000 junge Menschen im Alter von 15 bis 30 Jahren beantworteten die Frage: „Was sind Ihre Prioritäten für das Europa von morgen?“, mit 2918 eingereichten Vorschlägen.

Die von französischen Jugendlichen im Rahmen dieser Online-Konsultation befürworteten Ideen sind Teil des Bürgerbeitrags zur Konferenz zur Zukunft Europas (siehe Einzelheiten im zweiten Teil dieses Berichts).

Präsentation der Panels der regionalen Konferenzen

Ein vielfältiges Panel von 746 Bürgern

Überblick der Teilnehmer an den 18 Regionalkonferenzen

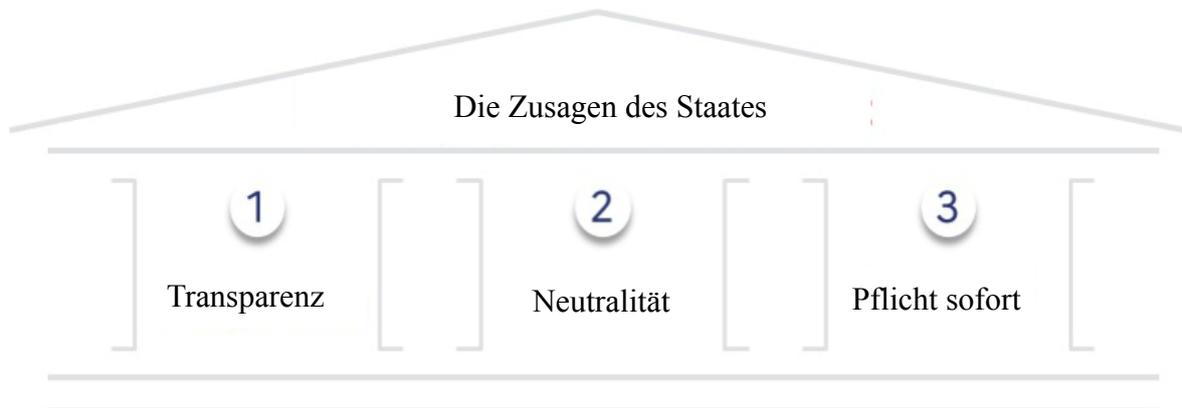


Konferenzen zur Zukunft Europas in ganz Frankreich
18 Regionalkonferenzen, 13 in der Metropole und 5 Übersee

18 à 24 ans	25 à 34 ans	35 à 49 ans	50 à 64 ans	65 ans et plus
10%	15%	28%	29%	18%



6



Methodische Vorurteile

	Territorialisation et proximité	<ul style="list-style-type: none"> - Consultations organisées dans 13 régions métropolitaines et 5 régions d'outre-mer - Une consultation nationale de synthèse
	Diversité des profils et tirage au sort	<ul style="list-style-type: none"> - Tirage au sort par génération aléatoire de numéros de téléphone - Panels représentatifs de la diversité de la population et des points de vue sur l'Europe
	Transparence de la démarche	<ul style="list-style-type: none"> - Supervision par un collège de 3 garants - Publication en ligne de l'ensemble des documents de synthèse
	Débat ouvert sans thématique imposée	<ul style="list-style-type: none"> - Liberté totale des thèmes traités laissée aux citoyens - Absence de cadrage thématique
	Expertise inversée	<ul style="list-style-type: none"> - Pas d'apport d'information préalable - Réflexion collective basée sur le vécu et les opinions des citoyens, apport d'expertise sur demande des citoyens
	Collégialité et gouvernance agile	<ul style="list-style-type: none"> - Gouvernance hebdomadaire avec l'ensemble des parties prenantes
	Devoir de suite	<ul style="list-style-type: none"> - Mise en place d'un comité de suivi citoyen - Engagement du gouvernement à porter la parole citoyenne dans l'exercice européen

Verpflichtungen und methodische Abwägungen

a. Verpflichtungen des Staates im Bereich der partizipativen Demokratie

Der französische Teil der Konferenz zur Zukunft Europas ist Teil der Verpflichtungen des Staates zur partizipativen Demokratie, die sich auf drei Grundsätze stützen: **Transparenz, Neutralität und Folgepflicht**.

Ein partizipativer Ansatz verpflichtet den Veranstalter, eine strenge Methodik einzuhalten. Die Methode der Bürgerbeteiligung muss es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich unter den bestmöglichen Bedingungen zu beteiligen und ihren Standpunkt frei und begründet darzulegen.

Transparenz

Das Organisationsteam der Konferenz hat sich verpflichtet, den Bürgern alle Informationen über die Konzertierung zugänglich zu machen:

- Der Rahmen für die Konzertierung;
- Die gegenüber den Bürgern eingegangenen Verpflichtungen;
- Die Ziele der Konzertierung;
- Die Ergebnisse der Konzertierung.

So wurde die Methodik der Konferenz zur Zukunft Europas mit dem ständigen Ziel entwickelt, die Transparenz des Vorgehens für die Bürger zu gewährleisten. Die Methodik für die Einstellung von Bürgern durch das Los, die methodischen Vorurteile und die Behandlung des Bürgerworts wurden klar dargelegt. Darüber hinaus erhielten die Teilnehmer per E-Mail eine Zusammenfassung ihrer Regionalkonferenz. Darüber hinaus werden alle Arbeits- und Ausreisedokumente nach Abschluss der Regelung auf der Plattform für die Bürgerbeteiligung des Staates veröffentlicht^{xiii}.

XIII www.participation-citoyenne.gouv.fr

Neutralität

Bei einer Konzertierung muss das Organisationsteam dafür Sorge tragen, dass es bei der Animation des Austauschs und bei der Erstellung der Zusammenfassungen der Ergebnisse neutral bleibt. Die Interessenträger – Animateure, Moderatoren, Experten – dürfen nicht ihre eigene Meinung äußern oder versuchen, die Debatte subjektiv zu lenken.

Das Ziel der Neutralität wurde in allen Phasen der Konzipierung dieser Konsultation verfolgt, unter anderem durch die Gewährleistung einer unvoreingenommenen Auswahl der Teilnehmer, der völligen Freiheit in den Debatten und der fehlenden Einflussnahme des Sponsors oder der Interessenträger auf das Bürgerwort. Dieser Neutralitätserfordernis wurde durch einen objektiven und transparenten Prozess der Rekrutierung der Teilnehmer, durch kohärente methodische Vorurteile (umgekehrtes Fachwissen, fehlende thematische Ausrichtung der Debatten) und ein besonderes Augenmerk auf die Haltung der verschiedenen Referenten (Animateure, Moderatoren, Experten) verwirklicht. Schließlich achtete das Organisationsenteam darauf, alle Wortmeldungen aufzuwerten und die Bürgervorschläge nicht zu filtern.

Ein **Kollegium von 3 Garanten**, das von den Präsidenten der Nationalversammlung und des Europäischen Parlaments und der Regierung ernannt wurde, hat außerdem dafür gesorgt, dass alle Stellungnahmen eingehalten und berücksichtigt werden.

Pflicht sofort

Die Bürgerinnen und Bürger, unabhängig davon, ob sie an der Konzertierung teilgenommen haben oder nicht, haben das Recht, darüber informiert zu werden, was aus welchen Gründen aus ihren Vorschlägen und ihren Stellungnahmen ausgewählt wurde. Dies wird als **Folgepflicht bezeichnet**.

Es wird vom Interministeriellen Zentrum für Bürgerbeteiligung (CIPC) und der Interministeriellen Direktion für den öffentlichen Wandel (DITP) als Verpflichtung des öffentlichen Entscheidungsträgers definiert, den Bürgern eine klare und lesbare Antwort auf die geplanten Folgemaßnahmen zu geben. Konkret besteht die Folgepflicht darin, zu den Bürgern zurückzukehren, um ihnen zu erläutern, wie ihre Beiträge berücksichtigt werden und Auswirkungen auf die Entscheidungsfindung und die Verwaltungspraxis haben.

Die Regierung hat diese Folgepflicht im Rahmen der Konferenz über die Zukunft Europas *übernommen und am Ende der im nächsten Teil dieses Berichts beschriebenen nationalen Konferenz ein ehrgeiziges Überwachungssystem angekündigt (siehe „Methodische Standpunkte“)*.

b. methodische Partien

Diese drei Verpflichtungen des Staates spiegeln sich in der Konsultationsmethode in Form von **sieben starken methodischen Vorstellungen wider**.

1. Territorialisierung und Nähe

Der nationale Teil der Konferenz zur Zukunft Europas erfolgte in Form von 18 regionalen Konferenzen in den 13 Metropolregionen und den 5 französischen ultramarinen Regionen, gefolgt von einer nationalen Konferenz in Paris. Mit dieser Wahl, Panels auf lokaler Ebene zu organisieren, war es der Wunsch, **ein Wort möglichst bürgernah zu sammeln**. Diese Voreingenommenheit hat auch die Konsultation bereichert, indem die Linien des Konsenses und der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Gebieten zu verschiedenen Themen aufgezeigt wurden.

2. Vielfalt der Bürgerprofile und Auslosung

Im Vorfeld wurde ein Ziel für die Rekrutierung von 50 Bürgern pro Regionalkonferenz festgelegt, mit Ausnahme der Ultramarin-Konferenzen in Martinique, Mayotte, Guadeloupe und Guyana mit je 30 bis 40 Bürgern und der Grand Est Conference, an der auch fünf deutsche Bürger der drei Grenzländer teilnahmen.

Eine **zufällige Generierung** von Telefonnummern ermöglichte es, die Bürger, die zur Teilnahme an regionalen Konferenzen eingeladen wurden, zu verlosen.

Um in Frage kommen zu können, mussten die ausgelosten Bürger über 18 Jahre alt sein und Franzose oder Daueraufenthaltsberechtigte sein. Jedes regionale Bürgerpanel sollte **repräsentativ für die Vielfalt der regionalen Bevölkerung** sein und eine **Vielfalt von Ansichten über Europa umfassen**. Die genaue Methodik für die Einstellung durch Auslosung ist in Anhang II dargelegt.

3. Transparenz des Vorgehens

Ein **Kollegium aus drei Garanten**, die vom Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, dem Präsidenten der Nationalversammlung und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments ernannt wurden, überwachte den gesamten Prozess, um dessen Neutralität und Ordnungsmäßigkeit zu gewährleisten. Die Bürger haben unter anderem: überprüfte die Aufrichtigkeit der Rekrutierung von aus dem Los gezogenen Bürgern, formulierte Empfehlungen für die Auswahl der Sachverständigen und sorgte dafür, dass die Debatten ordnungsgemäß geführt wurden. Nach Abschluss der Regelung veröffentlichen die Garanten ihre Meinung zur Konsultation. Dieses Dokument wird auf der Plattform für die Bürgerbeteiligung des Staates online gestellt.

Darüber hinaus werden auf der Plattform der Bürgerbeteiligung des Staates veröffentlicht: die Zusammenfassungen der achtzehn Regionalkonferenzen, das zusammenfassende Dokument aller auf den Regionalkonferenzen geäußerten Änderungen, die Zusammenfassung der nationalen Konferenz und schließlich der Abschlussbericht, der der Regierung vorgelegt wurde.

4. Offene Debatte ohne aufgezwungene Thematik

Im Rahmen dieser nationalen Konsultation wurde eine einzige Frage an die teilnehmenden Bürger gerichtet: „*Welche Veränderungen wünschen Sie sich als französische Bürger für Europa?*“

Durch den Ablauf und die angewandte Methodik konnten die Bürger selbst bestimmen, wie die gewünschten Änderungen auf die Tagesordnung gesetzt werden, ohne dass sie durch ein bestimmtes Thema oder eine vorherige normative Ausrichtung eingeschränkt wurden.

Der Wunsch war es, den Bürgerinnen und Bürgern der Regionalkonferenzen völlige Freiheit in den Themen zu ermöglichen, die sie behandeln wollten. So hat sich das Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten für den nationalen Teil der Konferenz zur Zukunft Europas entschieden, einen komplementären Ansatz für die europäische Übung zu entwickeln, der sich auf neun Themen konzentriert: Klimawandel und Umwelt; Gesundheit; eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung; die EU in der Welt; Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit; digitale Transformation; Europäische Demokratie; Migration; Bildung, Kultur, Jugend und Sport; andere Ideen^{xiv}.

Die Themen des Austausches der Regionalkonferenzen wurden somit von den Bürgern selbst und nicht vom Auftraggeber der Veranstaltung festgelegt.

5. Umgekehrte Expertise

Um die Teilnehmer bei der Ermittlung ihrer Wünsche für Europa so wenig wie möglich zu beeinflussen, wurde die Entscheidung getroffen, **keine vorherigen Informationen oder Fachkenntnisse** (z. B. über das derzeitige Projekt der Europäischen Union, ihre Zuständigkeiten oder die Arbeitsweise der Institutionen) bereitzustellen, sondern von den Fragen der Bürger selbst auszugehen. Diese methodische Voreingenommenheit beruht auf dem Grundsatz des „*umgekehrten Fachwissens*“, wonach **kollektives Denken** auf der Grundlage der Erfahrungen und Meinungen der Bürger aufgebaut wird, die dann Experten befragen, um ihre Diskussionen zu stützen und ihre Arbeitshypothesen zu konsolidieren.

XIV <https://futureu.europa.eu/processes?locale=fr>

Um dieses Ziel zu erreichen, wurden **Experten** in den verschiedenen Regionen (durchschnittlich drei) mobilisiert, insbesondere aus der akademischen Welt und den Europe Direct-Informationszentren der betroffenen Gebiete. Sie waren samstags und sonntags anwesend, um Fragen der Bürger zu beantworten, die nur auf ihre Anfrage eingingen. **Faktenprüfer** (*Fact Checkers*) waren ebenfalls erreichbar, um die Tatsachenfragen der Bürger schnell zu überprüfen.

Auf der nationalen Synthesekonferenz im EWSA nahmen 19 hochrangige Experten aus akademischen Kreisen, Think Tanks und diplomatischen Korps in Arbeitsgruppen teil. Diese Experten begleiteten das ganze Wochenende eine Gruppe, die es ihnen ermöglichte, die Veränderungen in den Regionen zu vertiefen.

6. Kollegialität und agile Governance

Der gesamte Prozess wurde vom Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten (MEAE) **gemeinsam aufgebaut**.

mit Unterstützung der partizipativen Strategie des Interministeriellen Zentrums für Bürgerbeteiligung (CIPC) der Interministeriellen Direktion für den öffentlichen Wandel (DITP) und des Ministeriums für die Beziehungen zum Parlament und der Bürgerbeteiligung (MRPC). Das Programm wurde von einem Anbieterkonsortium aus Roland Berger, Wavestone, Public Missions und Harris Interactive für die Steuerung des Vorgehens, die Veranstaltung von Konferenzen, die Auslösung der Bürger und die Erstellung von Berichten und Zusammenfassungen in Zusammenarbeit mit den regionalen Präfekturen für die lokale Organisation regionaler Konferenzen umgesetzt.

Für ein Projektteam unter dem Vorsitz des MEAE wurde eine **spezifische Governance** eingerichtet, in der das CIPC, das MRPC und das Anbieterkonsortium zusammenkamen.

7. Folgepflicht und Verzahnung mit der europäischen Übung

Anlässlich der Nationalen Konferenz wurden mehrere Elemente **der Folgepflicht der französischen Institutionen** nach der für die Konferenz zur Zukunft Europas durchgeführten Übung angekündigt:

- **Bereitstellung aller Informationen** über das Vorgehen, dieses Dokument und der zusammenfassenden Berichte der regionalen und nationalen Konferenzen in transparenter und für alle zugänglicher Weise auf der neuen Plattform für Bürgerbeteiligung, die anlässlich der Rückgabe an die Regierung eingeleitet wurde;

Organisation einer **Veranstaltung zur Rückgabe des Abschlussberichts** des nationalen Teils der Konferenz zur Zukunft Europas im November 2021 an die Regierung;

- Einsetzung eines **Begleitausschusses für Bürger, der** dafür sorgt, dass die Folgemaßnahmen mit den unterbreiteten Vorschlägen in Einklang stehen. Der Ausschuss besteht aus 15 Bürgerinnen und Bürgern, darunter 14 Teilnehmer regionaler Konferenzen und einem Teilnehmer an der Konsultation „*Wort an die Jugendlichen*“.

Abgabe **des französischen Beitrags zur Konferenz zur Zukunft Europas an die europäischen Institutionen** im Januar 2022;

Die Vorschläge der französischen Bürger werden in die kollektiven Überlegungen der Mitgliedstaaten und der europäischen Institutionen einfließen. Als Land, das im ersten Halbjahr 2022 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat, ist es Sache Frankreichs, die Stimme seiner Bürgerinnen und Bürger zu tragen und gleichzeitig einen gemeinsamen Standpunkt auf Kontinentesebene festzulegen.

Erster Teil: Vorstellung der Ergebnisse der regionalen Konferenzen zur Zukunft Europas

Auf jeder der 18 Regionalkonferenzen äußerten die Bürgerinnen und Bürger einzeln und dann in Gruppen ihre Wünsche für das Europa von 2035. So sind in jeder Region zwischen 3 und 8 Wunschgruppen entstanden, so dass insgesamt **101 gewünschte Europa im gesamten französischen Hoheitsgebiet erreicht** werden können. Anschließend formulierten die Bürger Änderungen, die sie für notwendig hielten, um das gewünschte Europa zu erreichen, und veranschaulichten sie mit konkreten Maßnahmen. Dies führte zu insgesamt **515 Änderungen** und **1 301 konkreten Maßnahmen** in ganz Frankreich.

In den Wochen, in denen die Regionalkonferenzen und die nationale Konferenz getrennt wurden, führte das Projektteam eine Zusammenfassung von 515 Änderungen in kohärente Gruppen durch. Alle Veränderungen in der Region wurden einer lexikologischen Analyse unterzogen, wenn ihre zugrunde liegende Absicht ähnlich oder nahe schien, so dass für die nationale Konferenz Arbeitsgruppen mit gemeinsamem Wunsch für Europa gebildet wurden. Schließlich **wurden die in der Region festgestellten Veränderungen in 14 getrennten Europawünschen zusammengefasst.**



Fragen an die Bürger	Was ist Ihr Wunsch für das Europa von 2035?	Welche Änderungen sind erforderlich, um dieses gewünschte Europa zu erreichen?	Welche konkreten Vorschläge würden Sie zur Umsetzung dieser Änderungen machen?
Ergebnis der Regionalkonferenzen	101 Wünsche	515 Änderungen	1301 konkrete Vorschläge
	Verordnung der 515 regionalen Änderungen in 14 kohärenten Wünschen durch das Organisationsteam	Zusammenfassung, Priorisierung und Detaillierung der Veränderungen durch die Teilnehmer während der nationalen Konferenz	
Ergebnis der nationalen Konferenz	14 Wünsche	80 Änderungen	Wichtige Umsetzungsschritte und Erfolgskriterien für jede Änderung

a. Einreihung der 14 europäischen Wünsche

Am Ende jeder regionalen Konferenz stimmten die teilnehmenden Bürger dafür zu, die von den verschiedenen Arbeitsgruppen festgestellten Veränderungen zu unterstützen.

Auf der Grundlage der Zusammenschlüsse im Vorfeld der nationalen Synthesekonferenz ist es möglich, durch Abstimmungen über die Veränderungen in jeder Region die Wünsche Europas zu ermitteln, die von den Bürgerinnen und Bürgern am meisten angenommen wurden. So wurden die Wünsche „*ein Europa, das Bildung in den Vordergrund stellt*“ und „*ein engeres und zugänglicheres Europa*“ weitgehend begrüßt, wobei durchschnittlich 56 % der Bürgerinnen und Bürger auf regionalen Konferenzen Veränderungen unterstützten.

Rangliste der Wünsche Europas nach Beliebtheitsraten

1. Ein
- den V
2. Ein
- zugän
- Ein E
- Kultur
4. Ein
- Klima
5. Ein
6. Ein
- schütz
7. Ein
- der G
8. Ein
- innov
9. Ein
- nachh
10. Ei
11. Ei
- effizie
12. Ei
- Inter
13. Ei
- Welt
14. Ei
- Inter
- Vorra

b. Vorstellung der 14 vorrangigen Änderungen, die aus der Nationalen Konferenz hervorgegangen sind

Auf der nationalen Synthesekonferenz arbeiteten die 100 teilnehmenden Bürger an einer der 14 etablierten Wunschgruppen. Nach Abschluss der Arbeiten wählte jede Gruppe **einen vorrangigen Wandel aus, der bis 2035 eingeführt werden sollte, um ihren Wunsch nach Europa** zu vertreten. Diese 14 vorrangigen Änderungen wurden dann am letzten Tag der nationalen Konferenz zur Abstimmung der 100 Bürgerinnen und Bürger vorgeschlagen. Das Ergebnis dieser Abstimmung wird nachstehend in absteigender Reihenfolge nach der Anzahl der Stimmen für jede Änderung dargestellt.

Die Änderung, die von den 100 Bürgern der nationalen Konferenz die meisten Stimmen erhalten hat, lautet „*Entwicklung der energetischen Nüchternheit, um weniger zu verbrauchen, indem man das Überflüssige aufhört*“.

14 Schlüsseländerungen für Europa von 2035

- (1) Entwickeln Sie Energienüchternheit, um weniger zu verbrauchen, indem Sie das Überflüssige stoppen
- (2) Stärkung der gemeinsamen Verteidigung und Sicherheit der Europäischen Union
- (3) Förderung der kollektiven Wirtschaftsleistung durch eine autonome, wettbewerbsfähige und von der Europäischen Union geschätzte Industrie
- (4) Die Schaffung einer Bürgermacht auf mehreren Ebenen: Beteiligung, Entscheidung, Kontrolle
- (5) Auf dem Weg zu einer Föderation europäischer Staaten mit starken Kompetenzen in Bereichen von gemeinsamem Interesse
- (6) Programme für den lebenslangen Austausch
- (7) Die europäischen Kulturen durch gemeinsame Veranstaltungen und Veranstaltungen teilen
- (8) Harmonisierung und Zugänglichkeit der Gesundheit für alle Europäer durch eine gemeinsame Gesundheitspolitik
- (9) Entwicklung und Lenkung strategischer Lieferketten auf europäischer Ebene zur Sicherung unserer Souveränität
- (10) Verbesserung des Schutzes von Lebensräumen und Ökosystemen und Schaffung von Schutzgebieten im Herzen städtischer, stadtnaher und ländlicher Gebiete
- (11) Einrichtung europäischer Relais in den Gebieten, um den Bürgern zuzuhören und zu beraten
- (12) Vereinheitlichung der Art und Weise, wie das Europäische Parlament für die 27 Staaten gewählt wird, und Verbesserung der Bürgernähe, indem die derzeitige Wahl durch eine einzige Wahl auf regionaler Ebene ersetzt wird
- (13) Festlegung einer gemeinsamen Politik zur Verbesserung der Aufnahme und der sozialen und beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten (einschließlich irregulärer Migranten)
- (14) Erhaltung der Besonderheiten (Lebensmittelzeichen, handwerkliche Produktion, Traditionen) der verschiedenen europäischen Regionen, um eine Vereinheitlichung der Lebensweise zu vermeiden und die

Rückverfolgbarkeit und Qualität der Erzeugnisse zu gewährleisten

Für jede vorrangige Änderung legten die Bürgerinnen und Bürger der betreffenden Gruppe eine Definition des Wandels vor, schlugen konkrete Maßnahmen vor, die zu ihrer Umsetzung durchgeführt werden sollten, und gaben die Kriterien für den Erfolg bis 2035 an.

Änderung 1 – Entwickeln Sie Energienüchternheit, um weniger zu verbrauchen, indem Sie das Überflüssige stoppen

Wunsch eines assoziierten Europa: Ein Europa, das sich der Klima- und Umweltherausforderung stellt

Was bedeutet diese Veränderung?

Schlagworte: Entwicklung erneuerbarer Energien, Senkung des Energieverbrauchs

Diese Änderung zielt darauf ab, die Senkung des Energieverbrauchs in Europa und die Entwicklung erneuerbarer Energien zu fördern. Seine Priorisierung durch die Bürgerinnen und Bürger unterstreicht ihren Willen, Europa und seine Bürger in einen **entschlossenen Ansatz** zur Bewältigung der Klima- und Umweltherausforderungen zu verankern.

Was sind die wichtigsten Etappen und Erfolgskriterien?

Dies geschieht durch die Entwicklung ehrgeiziger **Forschungsprogramme für** erneuerbare Energiequellen und die **Einführung europäischer Investitionsfonds**, die direkt an Unternehmen des Sektors beteiligt sind.

Für die Bürger wäre dieser Wandel erfolgreich, wenn **verbindliche Ziele** für die Senkung des Energieverbrauchs und **wichtige Indikatoren für die Nüchternheit** wie der Rückgang des europäischen Fuhrparks oder der Fleischkonsum eingeführt würden. Ziel ist es auch, **sektorspezifische Verbrauchsquoten** unter Berücksichtigung der Verbrauchsschwankungen der Unternehmen und unter Wahrung der Vertraulichkeit ihrer Daten festzulegen.

Änderung 2 – Stärkung der gemeinsamen Verteidigung und Sicherheit der Europäischen Union

Wunsch eines assoziierten Europa: Ein mächtiges Europa in der Welt

Was bedeutet diese Veränderung?

Schlagworte: Europäische Armee, strategische Autonomie

Dieser Wandel entspricht dem einstimmigen Willen der Bürger, in Europa **Autonomie** in Bezug auf Verteidigung und Sicherheit zu erreichen, um nicht von ausländischen Mächten abhängig zu sein.

Was sind die wichtigsten Etappen und Erfolgskriterien?

Der Erfolg dieses Wandels würde vor allem für die Bürger die Ernennung eines für Verteidigung und Sicherheit zuständigen EU- **Kommissars** zur Folge haben.

Im Bereich der Verteidigung würde die Schaffung einer **dauerhaften, reaktiven und projizierbaren Armee** auf der ganzen Welt es Europa ermöglichen, seine Grenzen zu schützen und gegebenenfalls auf Ersuchen von Drittländern einzugreifen.

Im Hinblick auf die Sicherheit sollte Europa in den Augen der Bürger die **Versorgungssicherheit** gewährleisten und seine **strategische Forschung** in vorrangigen Bereichen wie Raumfahrt, Cybersicherheit, Medizin und Umwelt schützen. Ein besserer **Schutz der Außengrenzen** sollte auch dazu beitragen, illegale Einwanderung und illegalen Handel einzudämmen.

Wandel 3 – Förderung der kollektiven Wirtschaftsleistung durch eine autonome, wettbewerbsfähige und von der Europäischen Union geschätzte Industrie

Wunsch eines assoziierten Europa: Ein Europa, das seine Interessen vertritt

Was bedeutet diese Veränderung?

Schlagworte:

Europäischer Vorzug, Schutz des Know-hows, Entwicklung europäischer Meister

Diese Änderung zielt darauf ab, drei Ziele zu erreichen: Stärkung einer Politik der „**europäischen Präferenz**“ in der EU, Gewährleistung des **Schutzes wesentlicher Güter und Know-how** und Schaffung von „**europäischen Champions**“.

Was sind die wichtigsten Etappen und Erfolgskriterien?

Die Erreichung dieser Ziele erfolgt zunächst durch die Umsetzung einer **Politik der „europäischen Präferenz“** im Rahmen der Ausschreibungen und durch die Einführung einer CO₂ -**Steuer** auf Einfuhren.

Der Schutz des Know-hows würde zu einer verstärkten Kontrolle von Übernahmen und ausländischen Investitionen und zur Entwicklung von Umsiedlungsbeihilfen **führen**.

Schließlich bedeutet die Schaffung von „europäischen Champions“ die Förderung europäischer **Industrieallianzen** in strategischen Sektoren und die Förderung öffentlicher Risikokapitalinvestitionen.

Der Erfolg dieses Wandels wird für die Bürger durch die Entwicklung europäischer Industrieallianzen in Schlüsselsektoren, die Erhöhung der Zahl der Umsiedlungen von Unternehmen und die Verbesserung der Handelsbilanz verwirklicht.

Änderung 4 – Schaffung einer Bürgermacht auf mehreren Ebenen: Beteiligung, Entscheidung, Kontrolle

Wunsch eines assoziierten Europa: Ein demokratischeres Europa

Was bedeutet diese Veränderung?

Schlagworte: Erhöhung der Wahlbeteiligung, Europäisches Zufriedenheitsbarometer, allgemeine Bürgerkonsultation

Mit diesem Wandel schlagen die Bürgerinnen und Bürger vor, ein „*vollständiges Bürgererlebnis*“ für die Europäer zu entwickeln, indem sie ihre **Beteiligung** in allen Phasen des Entscheidungsprozesses erhöhen. Es spiegelt die Bereitschaft der Bürger wider, **ihre Stimme Gehör zu verschaffen** und die öffentliche Politik zu beeinflussen, die ihren Alltag beeinflusst.

Was sind die wichtigsten Etappen und Erfolgskriterien?

Es geht in erster Linie um die Entwicklung und Nachhaltigkeit von Bürgerbeteiligungsinitiativen. **Zu diesem Zweck** könnten mehrere Hebel eingesetzt werden: die Bildung einer **ständigen beratenden Kammer**, die Aufnahme der **Bürgermacht** in die europäischen Verträge oder die Schaffung eines **Siegels**, das die Gesetze bescheinigt, die Gegenstand einer Bürgerkonsultation waren.

Der Erfolg dieses Wandels würde sich durch die Entwicklung von Indikatoren wie **Wahlbeteiligung, Interesse und Vertrauen** in die Europäische Union oder durch **den Besuch europäischer Websites manifestieren**. Die steigende Zahl von Entscheidungen, die nach einer Bürgerkonsultation getroffen wurden, und der verstärkte Einsatz **europäischer Bürgerinitiativen (IEC)** sind ebenfalls ein Erfolgsmerkmal.

Änderung 5 – Auf dem Weg zu einer Föderation europäischer Staaten mit starken Kompetenzen in Bereichen von gemeinsamem Interesse

Wunsch eines assoziierten Europa: Ein vereintes Europa

Was bedeutet diese Veränderung?

Schlagworte: institutionelle Einigung, gewählter Präsident, Stärkung der Zuständigkeiten der EU

Dieser Wandel spiegelt den Ehrgeiz der Bürger wider, die europäischen politischen Institutionen **zu vereinheitlichen**. Das dargestellte Modell ist das einer Föderation von Staaten mit dem Ziel, **die geteilten oder ausschließlichen Zuständigkeiten der Europäischen Union zu stärken**, ohne jedoch einen föderalen Staat anzustreben.

Was sind die wichtigsten Etappen und Erfolgskriterien?

Auf interner Ebene könnte dieser Wandel durch die Entwicklung der **Bürgerbeteiligung**, die Einrichtung **von Ministerien Europas** in den Mitgliedstaaten und längerfristig durch die allgemeine **Wahl** des Präsidenten der Europäischen Kommission **erfolgen**.

Auf externer Ebene würde die Stärkung der europäischen Stimme im Ausland durch eine **Inkarnation** durch einen **einzigsten Vertreter Europas auf der internationalen Bühne konkretisiert**.

Dieser Staatenbund würde auch von einem höheren **EU-Haushalt profitieren, mit dem Ziel**, 10 % des BIP zu erreichen (gegenüber derzeit 2 %).

Change 6 – Programme für den lebenslangen Austausch vorschlagen

Wunsch eines assoziierten Europa: Ein Europa, das Bildung in den Vordergrund stellt

Was bedeutet diese Veränderung?

Schlagworte: Schulaustausch, Erasmus

Dieser weithin anerkannte Wandel spiegelt die Bedeutung von Begegnungen und Erfahrungen im Ausland in den Augen der Bürgerinnen und Bürger als mächtige Schließung des europäischen Gefühls wider. Ziel ist es, „ von akademischem Wissen zu einem **gelebten, erfahrenen und sensiblen Ansatz für Europa** zu übergehen“ und Bildung im weiteren Sinne wie **lebenslanges Lernen zu verstehen**.

Was sind die wichtigsten Etappen und Erfolgskriterien?

Der Erfolg eines solchen Wandels ist in erster Linie auf die Entwicklung eines **erweiterten Mobilitätsangebots** zurückzuführen, das u. a. Schulaustausch, Partnerschaften, Reisen und berufliche Mobilität umfasst. Für die Bürger muss dieses Angebot für alle zugänglich sein, insbesondere für Menschen mit geringen Ressourcen oder Menschen mit Behinderungen. Das Erasmus-Programm könnte beispielsweise alle Europäer ohne Alters- oder Ressourcenbeschränkung betreffen. Diese Programme müssen als **vielfältig, inklusiv und mit vereinfachten Verwaltungsverfahren zugänglich sein**.

Neben der Mobilität wurde auch darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, **Brücken zwischen Bildungssystemen (Gleichwertigkeit von Abschlüssen usw.) zu entwickeln** und die Attraktivität Europas zu erhöhen, um die Abwanderung von Talenten ins Ausland zu verhindern.

Veränderung 7 – Teilen der europäischen Kulturen durch gemeinsame Veranstaltungen und Veranstaltungen

Wunsch eines assoziierten Europa: Ein Europa mit gemeinsamen Kulturen und Identitäten

Was bedeutet diese Veränderung?

Schlagworte: Europäisches Festival, Europäischer Feiertag, Weltausstellung Europas

Dieser Wandel zielt darauf ab, **einen europäischen Geist durch gemeinsame Erfahrungen, Veranstaltungen und festliche Veranstaltungen hervorzubringen und zu leben**.

Was sind die wichtigsten Etappen und Erfolgskriterien?

Die von den Bürgern entworfenen Veranstaltungen sind **spielerisch, verbindend und beliebt**, um von möglichst vielen geteilt zu werden. Um dies zu erreichen, sollten sie **alle Zielgruppen** (insbesondere Kinder, Schulpublikum, Jugendliche und Erasmus-Studenten) einbeziehen und **an verschiedenen Orten** (Rentenhäuser, Schulen, öffentliche Verwaltungen, Gefängnisse usw.) teilnehmen.

Insbesondere wurden zwei Veranstaltungen ins Auge gefasst, um die Europäer zusammenzubringen: eine **Weltausstellung Europas**, die es ermöglichen würde, alle Mitgliedstaaten zu vertreten, und eine **Neufassung des Europatags** am 9. Mai, einschließlich einer pädagogischen Veranstaltung, um „den Frieden und seine Werte Europas nicht zu vergessen“. Gleichzeitig könnten europäische Vertreter die Schüler des Kontinents in ihren Schulen treffen, um die Nähe und das Verständnis Europas für die Bürger schon in jungen Jahren zu stärken.

Änderung 8 – Harmonisierung der Gesundheit und Zugänglichkeit für alle Europäer durch eine gemeinsame Gesundheitspolitik

Wunsch eines assoziierten Europa: Ein solidarisches Europa, das schützt

Was bedeutet diese Veränderung?

Schlagworte: allgemeine Gesundheitsversorgung, Harmonisierung der Betreuung, Gesundheit als Grundrecht

Um den Zugang zu Gesundheit für alle Europäer zu gewährleisten und dem „Bedürfnis nach Schutz und Solidarität“ gerecht zu werden, wurde einstimmig ein **supranationales Gesundheitssystem** vorgeschlagen. Dies würde auf einer gerechten Finanzierung zwischen den Mitgliedstaaten beruhen und sich an den besten EU-Systemen orientieren. Ein solcher Wandel spiegelt den Wunsch der Bürger wider, dass Europa eine aktivere Rolle beim Schutz seiner Bürger übernimmt, insbesondere im Bereich der Gesundheit, in dem die Maßnahmen bisher als zu zögerlich angesehen werden.

Was sind die wichtigsten Etappen und Erfolgskriterien?

Um diesen Wandel umzusetzen, wurde der Grundsatz der **allgemeinen europäischen Sozialversicherung** mit Mehrheit gebilligt. Die Modalitäten für die Umsetzung dieses Systems konnten jedoch nicht geklärt werden. Einige plädieren dafür, „die Daten zu zentralisieren, die es [europäischem] Gesundheitspersonal ermöglichen, auf die gesamte Krankengeschichte des Patienten zuzugreifen“, während andere diese Maßnahme als „zusätzlichen Freiheitsentzug und Kontrollsystem“ betrachten.

Die **Transparenz und Harmonisierung der diesbezüglichen regulatorischen Anforderungen** auf dem gesamten Kontinent sowie ein **europäischer Gesundheitsplan** wurden jedoch als Voraussetzung für jede sinnvolle Transformation identifiziert.

Change 9 – Entwicklung und Lenkung strategischer Lieferketten auf europäischer Ebene zur Sicherung unserer Souveränität

Wunsch eines assoziierten Europa: Ein wettbewerbsfähiges und innovatives Europa

Was bedeutet diese Veränderung?

Schlagworte: Entwicklung europäischer Champions, Kontrolle ausländischer Investitionen, digitale Autonomie und Energie

Die Steuerung auf europäischer Ebene in strategisch wichtigen Bereichen wie Gesundheit, Ernährung, Energie, Digitalisierung, Verteidigung, Transport und neue Materialien entspricht dem **von den Bürgern erkannten Bedarf an Souveränität**. Diese Steuerung würde dazu beitragen, den Wettbewerb zwischen den europäischen Unternehmen einzuschränken, **kontinentale Champions** zu fördern **und Europa** durch eine europäische Präferenz zu reinindustrialisieren.

Was sind die wichtigsten Etappen und Erfolgskriterien?

Um diese Souveränität zu erreichen, könnte eine **europäische Behörde** für die Steuerung dieser Sektoren zuständig sein, indem sie Genehmigungen für Übernahmen europäischer Unternehmen durch ausländische Wettbewerber erteilt und dafür sorgt, dass die eingeführten Produkte den gleichen Standards entsprechen wie die EU-Produktion. Mittelfristig sollen **30 % bis 50 %** des europäischen Verbrauchs in diesen strategischen Sektoren **auf dem Kontinent und langfristig bis zu 70 % produziert** werden. Die Erfüllung dieser Kriterien würde die **Selbstversorgung**, die **Ausstrahlung** und sogar den **Export** des europäischen Industriemodells gewährleisten.

Änderung 10 – Verbesserung des Schutzes von Lebensräumen und Ökosystemen und Schaffung von Schutzgebieten im Herzen von städtischen, stadtnahen und ländlichen Gebieten

Wunsch eines assoziierten Europa: Ein Europa, das eine nachhaltige Entwicklung fördert

Was bedeutet diese Veränderung?

Schlagworte: umweltfreundlichere Urbanisierung, Bodenschutz und Respekt

Ziel ist es, die **negativen Auswirkungen der Urbanisierung auf den Boden zu begrenzen**. Starke Maßnahmen würden es ermöglichen, **Katastrophen im Zusammenhang mit der Bodenzerstörung wie Erdbeben zu begrenzen** und die **Lebensqualität in städtischen Gebieten zu verbessern**, insbesondere durch die Anpflanzung von Bäumen.

Was sind die wichtigsten Etappen und Erfolgskriterien?

Es wurde vorgeschlagen, auf zwei Ebenen tätig zu werden: erstens, **den Trend bei Neubauten umzukehren**, um das Tempo der Bodenversiegelung zu verringern, und zum anderen die **Wiederherstellung der Böden zu fördern**, um „*der Natur das zurückzugeben, was ihr gehört*“.

Änderung 11 – Einrichtung europäischer Relais in den Gebieten, um den Bürgern zuzuhören und sie zu beraten

Wunsch eines assoziierten Europa: Ein Europa, das näher und zugänglicher ist

Was bedeutet diese Veränderung?

Schlagworte: Häuser Europas, Bezugspunkt Lokales Europa, besserer Zugang zu Informationen

Ziel dieses Wandels ist es, konkrete Antworten auf den **von vielen Teilnehmern festgestellten Mangel an Verkörperung der Europäischen Union** im Alltag zu geben und auf die Annäherung zwischen Europa und seinen Bürgern hinzuarbeiten.

Was sind die wichtigsten Etappen und Erfolgskriterien?

Um diesen Abstand zwischen der EU und den Bürgerinnen und Bürgern zu beseitigen, **könnte** in jedem Rathaus ein Fachreferent mit einer Aufgabe des Zuhörens und der Beratung der Bürger ernannt werden. Die durch diesen Bericht bereitgestellten Informationen könnten sozioökonomischer Art sein, insbesondere über den Zugang zu EU-Mitteln oder Informationen, z. B. über die Rolle der Lobbyisten. Die bereitgestellten Informationen sollten sowohl für die breite Öffentlichkeit als auch für Fachleute bereitgestellt werden, insbesondere um KMU zu beraten und Projektträgern den Zugang zu EU-Mitteln zu erleichtern. Langfristig könnte diese Änderung dazu führen, dass **Orte geschaffen werden, die Europa gewidmet** sind, ähnlich den bestehenden europäischen Häusern, aber auf kommunaler Ebene, die ein feines territoriales Netz ermöglichen.

Der Erfolg dieses Wandels wäre vollständig, wenn jeder Bürger die Existenz dieses Bezugspunkts und dieses Ortes an Ressourcen für Europa „*als Selbstverständlichkeit*“ kennt, die Ressourcen, Zuhörer, Informationen und Beratung bieten.

Änderung 12 – Vereinheitlichung der Art und Weise, wie das Europäische Parlament für die 27 Staaten gewählt wird, und Verbesserung der Bürgernähe, indem die derzeitige Wahl durch eine einzige Wahl auf regionaler Ebene ersetzt wird

Wunsch eines assoziierten Europa: Ein Europa mit einer effizienteren Governance

Was bedeutet diese Veränderung?

Schlagworte: institutionelle Änderung, Überwachung der Maßnahmen durch die Bürger während des gesamten Mandats

Diese Änderung spiegelt den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger wider, ihre **Nähe zu den gewählten Vertretern** zu stärken und deren Tätigkeit während ihres gesamten Mandats zu verfolgen. Er reagiert auf die weit verbreitete Feststellung, dass die Anliegen der Bürger von den gewählten Vertretern des Europäischen Parlaments nicht in konkrete Maßnahmen umgesetzt wurden.

Was sind die wichtigsten Etappen und Erfolgskriterien?

Die Änderung der Wahlweise würde eine **Vereinheitlichung des Wahlverfahrens** auf europäischer Ebene und den Übergang von nationalen Wahlkreisen zu regionalen Wahlkreisen umfassen, die bis 2035 für möglich gehalten werden.

Änderung 13 – Festlegung einer gemeinsamen Politik zur Verbesserung der Aufnahme und der sozialen und beruflichen Integration von Migranten (einschließlich irregulärer Migranten)

Wunsch eines assoziierten Europa: Ein Europa, das die Achtung der Grundrechte garantiert

Was bedeutet diese Veränderung?

Schlagworte: Europäisches Amt für Migration, Gewährleistung einer angemessenen Aufnahme in ganz Europa

Diese Änderung zielt darauf ab, die Aufnahme von Migranten in der Europäischen Union zu verbessern, ein Problem, das von den Bürgern einstimmig als **Dringlichkeit** bezeichnet wird. Im Bruch mit der gegenwärtigen Situation scheint die Einführung einer **gemeinsamen, konzertierten und solidarischen Einwanderungspolitik** ein wichtiger Faktor für den Frieden zu sein.

Was sind die wichtigsten Etappen und Erfolgskriterien?

Der Erfolg eines solchen Wandels würde sich in der schrittweisen Umsetzung einer gemeinsamen Politik für die Aufnahme von Migranten niederschlagen.

Eine **Bürgerinitiative** sollte die Kommission mit der Angelegenheit befassen und mittelfristig die Annahme einer **gemeinsamen Norm** ermöglichen, die einen Rahmen für die Aufnahme und soziale Integration von Migranten schafft. Langfristig würde diese Norm durch die Einrichtung eines **Europäischen Amtes für Einwanderung und die** Anerkennung der Migrationspolitik als Zuständigkeit der Europäischen Union unterstützt.

Änderung 14 – Erhaltung der Besonderheiten (Lebensmittelzeichen, handwerkliche Produktion, Traditionen) der verschiedenen europäischen Regionen, um eine einheitliche Lebensweise zu vermeiden und die Rückverfolgbarkeit und Qualität der Erzeugnisse zu gewährleisten

Wunsch eines assoziierten Europa: Ein Europa, in dem die Interessen der einzelnen Staaten Vorrang haben

Was bedeutet diese Veränderung?

Schlagworte: Europäische Labels, Aufwertung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen

Ziel dieses Wandels ist es, die **Vielfalt der europäischen Traditionen und Produktionen** zu bewahren und eine **Vereinheitlichung der Lebensweisen zu vermeiden**, die oft als Kritik an der Europäischen Union bezeichnet wird.

Was sind die wichtigsten Etappen und Erfolgskriterien?

Für die Bürger geht es in erster Linie darum, die bestehende Datenbank mit den verschiedenen

europäischen und nationalen Gütesiegeln zugänglicher zu machen. Zu diesem Zweck wird die Einrichtung einer Website mit „*drei Klicks*“ vorgeschlagen: ein Klick, um auf die Website zuzugreifen, ein zweites, um eine Karte der Regionen der Europäischen Union anzuzeigen, und ein letzter, um die Beschreibung der Siegel der einzelnen Regionen anzuzeigen.

Der Erfolg dieses Wandels würde in einer verstärkten **Kommunikation** über die bestehenden Errungenschaften bestehen, was zu einer besseren **Kenntnis** der Bürger über die Vielfalt der europäischen Kulturen führt.

Zweiter Teil: Vorstellung der Ergebnisse der Konsultation „Wort an die Jugendlichen“

Die Termine der Konsultation

vom 09.05.2021 bis zum 18.07.2021

Die Teilnahmezahlen

50008 Teilnehmer

2918 Vorschläge

338.330 Stimmen

Die Konsultation „Jugendwort“ wurde auf Initiative des Staatssekretariats für europäische Angelegenheiten eingeleitet. Diese Konsultation ist Teil der Konferenz zur Zukunft Europas, einer beispiellosen partizipativen Demokratie der europäischen Institutionen, deren Ziel es ist, allen europäischen Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich zu dem zu äußern, was sie von der Europäischen Union erwarten. Die Erkenntnisse aus der Konsultation werden in die Arbeit der Konferenz zur Zukunft Europas und des französischen Ratsvorsitzes der Europäischen Union einfließen.

4 Hauptlehre

1. Eine massive Mobilisierung junger Menschen: mehr **als 50.000 junge französische Bürger nahmen** an der Konsultation in allen Regionen teil.

2. Der wichtigste **Konsens** betrifft die europäische Politik zur Bekämpfung des **Klimawandels**, **die Verlagerung der Produktion nach Europa**, die **Wiederbelebung der europäischen Demokratie**, **das Gewicht der EU in der Welt** (Wirtschaft, Forschung, Menschenrechte, Diplomatie).

3. Die **Idee eines stärkeren und geeinten Europas durchläuft die gesamte Konsultation** und ist in mehreren Punkten einig:

Ein wirtschaftlich stärkeres Europa (insbesondere durch Umsiedlung) zur Bewältigung Chinas oder der USA

Ein diplomatisches Europa, das mehr auf der internationalen Bühne lastet

Ein führendes Europa im Kampf gegen den Klimawandel in der Welt

Ein Europa, das von seiner Jugend zusammengebracht wird

Ein vereintes Europa in Forschung und Innovation

4. **Vier Ideen**, die sich aus den Bürgerforen ergänzen, **wurden auch von jungen Menschen befürwortet**:

Eine ökologisch und sozial verantwortliche europäische Wirtschaft

Ein geografisch stärker mit der Schiene verbundenes Europa

Ein steuerlich gerechteres Europa

Ein starkes Engagement der Europäischen Union für die Rechte der Frauen

22 beliebte und 13 umstrittene Ideen in den neun Themenbereichen der Konferenz zur Zukunft Europas

Die populären Ideen basieren auf den Vorschlägen, die mehrheitlich von den Vernehmlassungsteilnehmern unterstützt werden. Die am meisten befürworteten Vorschläge sind die Vorschläge, die im Durchschnitt 79 % der „für-Stimmen“ nutzen.

Die umstrittenen Ideen basieren auf den Vorschlägen, die von den Konsultationsteilnehmern am meisten diskutiert werden, mit einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Ja- und Nein-Stimmen. Bei den umstrittenen Vorschlägen handelt es sich um die am stärksten diskutierten Vorschläge der Konsultation, die durchschnittlich 40 % der „für-“ und 38 % der „Gegenstimmen“ nutzen.

Die Analyse dieser Vorschläge ergab 22 beliebte und 13 umstrittene Ideen. Diese 22 populären Ideen und 13 umstrittenen Ideen wurden in neun Schwerpunkte aufgeteilt, die den großen Themen der Konferenz zur Zukunft Europas entsprechen.

Zusammenfassung der populären und umstrittenen Ideen

Klimawandel und Umwelt			
Aufbau einer stärkeren europäischen Umweltpolitik	Fortschritte auf dem Weg zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft	Stärkeres Handeln für den Schutz der biologischen Vielfalt	
Ausbau des Schienenverkehrs in der EU	Beschleunigung der Energiewende	Begrenzung der Verpackungen und Verbesserung der Abfallbewirtschaftung	
Sensibilisierung für die Umwelt	Förderung umweltverträglicher Bauprozesse	Mehr in die Kernenergie investieren	
Europäische Demokratie			
Bessere Kommunikation über die Rolle und die Arbeit der EU	Weiterentwicklung der demokratischen Funktionsweise der Europäischen Union	Bekämpfung von Desinformation	
Europa zu einer Föderation machen	Den Mitgliedstaaten mehr Autonomie gewähren	Aufbau einer stärkeren europäischen Exekutive	
Jungen Menschen in den EU-Institutionen einen Platz einräumen			
Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung			
Verlagerung der Produktion nach Europa für mehr Autonomie	Verantwortungsvollere Geschäftspraktiken und Handel	Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steueroptimierung	
Harmonisierung der europäischen Löhne	Einführung eines universellen Einkommens	Neuausrichtung Europas auf ein antikapitalistisches Modell	
Bildung, Kultur, Jugend und Sport		Digitale Transformation	
Ermöglichung eines verstärkten Austauschs junger Menschen mit anderen EU-Ländern	Förderung des Erlernens von Sprachen außerhalb des Englischen	Investitionen in wissenschaftliche, digitale und ökologische Forschung	Sensibilisierung für die Digitalisierung und ihre Gefahren
Obligatorische EU-Aufenthalte für junge Menschen		Entwicklung von Kryptowährungen in Europa	
Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit		Gesundheit	
Stärkung der EU-Maßnahmen zur Achtung der Menschenrechte	Stärkung der Rechte von Frauen	Investieren in die Gesundheit	Verbesserung der Qualität unserer Lebensmittel
Die EU in der Welt		Immigration	
Die EU in die Lage versetzen, auf internationaler Ebene Einfluss zu nehmen	Schaffung einer europäischen Streitkräfte	Die Einwanderung nach Europa reduzieren oder begleiten	

Vorherrschende Idee (> 10 beliebte Vorschläge)

Einzigartige Idee (<10 beliebte Vorschläge)

Umstrittene Idee (> 3 umstrittene Vorschläge)

II C Nationale Panels: Deutschland

Nationales Bürgerpanel zur Zukunft Europas in Berlin

— Empfehlungen der Bürger —

Deutschland hielt am 5., 8., 15. und 16. Januar sein nationales Bürgerpanel zur Zukunft Europas ab. Das Verfahren zur Auswahl der Bürgerinnen und Bürger folgte der zufälligen Auswahl der Teilnehmer an den europäischen Bürgerforen. 12 000 deutsche Bürger wurden zur Teilnahme eingeladen; unter den Befragten wurden rund 100 ausgewählt, wobei die aktuellen Daten aus der Volkszählung der Bundesrepublik Deutschland berücksichtigt wurden, um die Vielfalt der deutschen Gesellschaft und der Bevölkerung insgesamt widerzuspiegeln. Im Rahmen des nationalen Bürgerpanels erörterten die Teilnehmer fünf Themen: die EU in der Welt; eine stärkere Wirtschaft; Klimawandel und Umwelt; soziale Gerechtigkeit; die europäischen Werte und die Rechtsstaatlichkeit. Anschließend erarbeiteten sie konkrete Empfehlungen für jedes dieser Themen, die auf der abschließenden Plenartagung am 16. Januar angenommen wurden: www.youtube.com/watch?v=cefqmarZXzY

Runder Tisch 1:

Verknüpfung von Außenhandelsinteressen und klimapolitischen Maßnahmen

Wir empfehlen der EU (insbesondere der Europäischen Kommission), ein Investitionspaket für klimafreundliche Technologien und Innovationen, einschließlich Finanzierungsprogramme, einzuleiten. Dieses Paket sollte durch klimabezogene Einfuhrzölle finanziert werden, die speziell betroffen und als finanzieller Ausgleich für Klimaschäden abgewälzt würden. In diesem Zusammenhang würde für bestimmte Produkte ein Punktesystem zur Bewertung der Nachhaltigkeit eingeführt. Eine klare Position der EU und ein starkes und innovatives Europa würden dazu beitragen, die globalen Klimaziele zu erreichen. Dies würde dazu beitragen, die Rolle der Europäischen Union als weltweit verantwortungsvolles Pionier und Modell zu festigen, das Wohlstand sicherstellt und weltweit nachhaltige Veränderungen bewirken kann. Diese Ziele sind uns wichtig, da die EU einen nachhaltigen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels leistet, was langfristig eine entscheidende Rolle bei der Festigung des Weltfriedens spielen könnte.

Runder Tisch 2:

Schaffung von Anreizen für die Einführung der Produktion in der EU, insbesondere in Bezug auf Rohstoffe

Um die Produktion von Rohstoffen in der EU zu erleichtern, empfehlen wir, die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und zu standardisieren, die Bürokratie zu verringern und Unternehmen, die in der EU ansässig sind und/oder Produktionsstätten in der EU errichten, Subventionen zu gewähren. Die EU sollte die erneuerbaren Energien massiv fördern, um die Energiekosten zu senken.

Mit diesen Maßnahmen wollen wir die Lieferketten verkürzen und klimafreundlicher gestalten, zur Stärkung der EU beitragen und Arbeitsplätze schaffen, in denen die Menschenrechte geachtet werden.

Diese Ziele sind für uns wichtig, da die Verlagerung der Produktion in die EU die EU international unabhängiger und politisch weniger anfällig machen würde.

Runder Tisch 1:

Digi-Score – ein Punktesystem für eine starke digitale Wirtschaft auf EU-Ebene

Wir schlagen die Einrichtung eines öffentlich zugänglichen digitalen Dashboards (Digi-Score) vor, das von der Europäischen Kommission (GD CNECT) verwaltet wird. Es würde sich um ein genaues Klassifizierungssystem handeln, das es ermöglicht, den aktuellen Stand der digitalen Reife der Unternehmen in der EU anzugeben und zu vergleichen. Mit diesem Vorschlag wollen wir Anreize für mehr Digitalisierung in ganz Europa schaffen. Unternehmen mit einem niedrigen digitalen Wert hätten das Recht, gezielte Unterstützung zu erhalten, um ihnen zu helfen, ihren Rückstand aufzuholen.

Dieses Ziel ist uns wichtig, da es dazu beitragen würde, den Weg für mehr Produktivität, Effizienz und Absatz zu ebnen und so die Rolle Europas als Produktionsbasis zu stärken.

Runder Tisch 2:

Informationsplattform für den Wissens- und Erfahrungsaustausch auf EU-Ebene

Wir empfehlen der EU, eine Informationsplattform für den Wissens- und Erfahrungsaustausch auf EU-Ebene einzurichten. Unser Ziel ist es, Informationen über die bestehenden transnationalen Aktivitäten der allgemeinen und beruflichen Bildung in der EU zu bündeln, Beispiele für bewährte Verfahren vorzustellen und den Bürgern die Möglichkeit zu geben, neue Ideen für den grenzüberschreitenden Austausch vorzustellen. Darüber hinaus könnten weitere Informationen in den verfügbaren Fachforen (z. B. Energie, Umwelt oder Digitalisierung) bereitgestellt werden.

Wir halten dies für wichtig, da die Bürger Transparenz in Bezug auf die zur Verfügung stehenden grenzüberschreitenden Aktivitäten im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung benötigen. Sie sollten auf EU-Ebene bessere Leitlinien für bestehende Foren und Plattformen erhalten.

Runder Tisch 1:

Verordnung über die Gewährleistung der Lebensdauer von Produkten

Wir empfehlen der EU, Rechtsvorschriften zu erlassen, mit denen für jedes in der EU hergestellte und verkaufte Produkt eine längere, garantierte und spezifische Lebensdauer festgelegt und die Transparenz gegenüber den Verbrauchern in dieser Hinsicht gewährleistet wird.

Die Ressourcen sind begrenzt, und dies würde zu Einsparungen und Verringerung des Abfallaufkommens führen, was der Umwelt, dem Klima und den Verbrauchern zugute käme.

Damit wollen wir die Hersteller ermutigen, nachhaltigere und reparierbare Produkte auf den Markt zu bringen.

Runder Tisch 2:

Langfristige EU-Kampagne für nachhaltigen Konsum und eine nachhaltige Lebensweise

Wir empfehlen, dass eine europäische Einrichtung, einschließlich Außenstellen in den EU-Ländern, über eigene Mittel verfügt und diese Kampagne leitet.

Unser Ziel ist es, dafür zu sorgen, dass sich alle EU-Bürger in einer gemeinsamen Identität erkennen, sich der Notwendigkeit eines nachhaltigen Konsums und einer nachhaltigen Lebensweise bewusst werden und diesen Lebensstil annehmen.

Diese Ziele sind uns wichtig, weil wir eine intrinsische Motivation für einen nachhaltigen Lebensstil wecken wollen.

Runder Tisch 1:

Mehr Austauschmöglichkeiten für Studierende in Europa schaffen

Wir empfehlen der Europäischen Union, zusätzlich zum Erasmus-Programm eine Verordnung über ein Austauschprogramm für Schüler und Studierende zwischen 14 und 25 Jahren zu verabschieden, unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Bildungsniveau. Dieses Austauschprogramm sollte von den Schulen auf lokaler Ebene systematisch aufgelegt und gefördert werden. Jeder Schüler oder Student sollte jederzeit während seiner Schulzeit am Austauschprogramm teilnehmen können. Zu diesem Zweck sollte die Europäische Kommission dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat einen Vorschlag vorlegen.

Unser Ziel ist es, Schülern und Studenten unabhängig von ihren schulischen Leistungen und der finanziellen Unterstützung ihrer Eltern die Möglichkeit zu geben, an Austauschprogrammen in ganz Europa teilzunehmen. Eine europäische Austauschkultur sollte bereits im Schulalter gefördert werden. Vor allem ist es wichtig, dass Austauschprogramme leicht zugänglich und frei von Verwaltungsformalitäten sind. Mit diesem Austauschprogramm wollen wir europäische Solidarität schaffen und Sprachbarrieren verringern. In diesem Zusammenhang muss die Gleichberechtigung im Unterricht und die Teilnahme an der Bildung im Auge behalten werden, um interkulturelle und kommunikative Kompetenzen zu stärken.

Diese Ziele sind uns wichtig, da sie dazu beitragen können, den europäischen Zusammenhalt zu fördern, die Achtung und Zusammenarbeit zu stärken und die europäischen Werte schon in jungen Jahren zu vermitteln, damit die Vielfalt Europas als Chance wahrgenommen werden kann.

Runder Tisch 2:

Einführung eines beschäftigungsspezifischen Grundgehalts

Wir empfehlen dem Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, dem Europäischen Parlament einen Vorschlag zur Einführung eines beschäftigungsspezifischen Grundgehalts in allen Mitgliedstaaten vorzulegen. Dieser Grundlohn sollte aus einem Mindesteinkommen bestehen, das ausreicht, um den Lebensunterhalt zu sichern, und eine spezifische Ergänzung zur Beschäftigung.

Unser Ziel ist es sicherzustellen, dass die berufliche Leistung und die Löhne in der EU vergleichbar sind, um die soziale Gerechtigkeit zu stärken. Dieses Ziel ist uns wichtig, da es sicherstellen würde, dass der Arbeitsmarkt einem Grundprinzip der EU entspricht: vergleichbare Lebens- und Arbeitsbedingungen, unabhängig vom Wohnort und Beruf einer Person.

Runder Tisch 1:

Die europäischen Werte verkörpern und mit Hilfe von Emotionen kommunizieren

Wir empfehlen, die europäischen Werte konkreter zu gestalten und mit mehr Emotionen zu kommunizieren. Dies könnte beispielsweise durch ein Integrationspaket erreicht werden, das die Medien, interaktive Elemente und eine stärkere Bürgerbeteiligung umfasst.

Unser Ziel ist es, dass jeder Mensch, der in der EU lebt, die gemeinsamen Werte kennt und zu eigen macht.

Dieses Ziel ist uns wichtig, da es die Grundlage für unser Zusammenleben in unserer Wertegemeinschaft bildet. Diese Werte sind zu wenig bekannt, da die persönliche Bindung fehlt. Wir müssen diese Verbindung herstellen.

Runder Tisch 2:

Das Leben in der EU

Wir empfehlen der EU, ein eigenes Bildungs- und Informationsprogramm einzurichten, um alle EU-Bürger für unsere gemeinsamen Werte zu sensibilisieren und einen einfachen und ungehinderten Zugang zu diesen Informationen für alle zu gewährleisten. Diese Ziele sind uns wichtig, da wir die öffentliche Meinung in jedem EU-Land besser verstehen wollen. Auf diese Weise wollen wir die gemeinsame Basis stärken und dazu beitragen, die Bürgerinnen und Bürger zusammenzubringen, um mehr Solidarität zu fördern und sie in Rechtsstaatlichkeit zu schulen, um die Demokratie zu erhalten.

II D Nationale Panels: Italien

Bürgerpanel zur Abgabe von Empfehlungen für
die Konferenz zur Zukunft Europas, 11./12. März
2022

Zusammenfassender Bericht

Rom, den 16. März 2022



Inhaltsverzeichnis:

II D Panels nationaux : Italie.....	227
1. Principes directeurs du processus d'organisation du panel.....	229
2. Sélection des participants et modalité de participation.....	230
3. Organisation du panel.....	233
4. Programme de travail.....	233
5. Recommandations formulées.....	235
Une économie plus forte, justice sociale et emploi.....	235
1. Dépasser le modèle de production du siècle passé.....	235
2. Règlements génératifs et inclusifs en matière de production.....	235
3. Mesurer la croissance à l'aune du bonheur au sein de la population plutôt que de la quantité de produits.....	236
4. Une plus grande intégration parmi les États.....	237
5. Politiques d'inclusion.....	238
6. Emploi.....	239
L'Europe dans le monde.....	240
1. Renforcer l'identité européenne.....	240
2. Renforcer l'économie et les institutions.....	240
3. Coopération et partenariats.....	241
4. Référence politique et culturelle.....	242
6. Évaluation finale par les participants.....	242

1. Leitprinzipien für den Organisationsprozess des Panels

Der gesamte Umsetzungsprozess des Gremiums wurde so konzipiert, dass er den Vorgaben der Leitlinien für die nationalen Bürgerforen im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas entspricht. Genauer gesagt:

- **Zweck:**

Alle Teilnehmer, die zur Teilnahme an dem Panel eingeladen wurden, füllten einen Fragebogen zur Teilnahme aus, in dem die Ziele und Ziele des Projekts aufgeführt waren, mit spezifischen Verweisen auf die Konferenz zur Zukunft Europas, die behandelten Themen und die Teilnahmemodalitäten.

- **Transparenz:**

Alle Dokumente, die die Initiative darstellen, wurden den Teilnehmern auf verschiedenen Wegen zur Verfügung gestellt, wobei stets auf die offizielle Website der Konferenz verwiesen wird. Die Unterlagen wurden allen Teilnehmern per E-Mail zugesandt.

- **Inklusivität:**

Die Einladung zur Teilnahme wurde über verschiedene Kanäle gesendet: zum Beispiel E-Mail an Mitglieder der **SWG**-Community und Verbreitung des Links zum Bewerbungsformular via Twitter und LinkedIn. Dies führte zu insgesamt mehr als 400 Zugang zum Bewerbungsformular und 245 Bewerbungen. Die (zufällige) Auswahl der Teilnehmer wurde durchgeführt, um sicherzustellen, dass Personen unterschiedlichen Geschlechts, Alters, sozialer Herkunft, Wohnort und Beschäftigungsstatus anwesend sind.

- **Repräsentativität:**

Obwohl der Stichprobenumfang im statistischen Sinne nicht repräsentativ ist, wurde die Stichprobe so konzipiert, dass die maximale Heterogenität zwischen den Teilnehmern erreicht wurde, um einen Mikrokosmos der Zielgruppe zu reproduzieren.

- **Informationen:**

Alle Teilnehmer erhielten ein breites Spektrum an Informationen über die Konferenz und die im Rahmen des Panels behandelten Themen. Die Projektziele und -modalitäten wurden den Teilnehmern im einleitenden Teil im Einklang mit den Grundsätzen der Neutralität und Vollständigkeit mitgeteilt. Alle Teilnehmer erhielten die Möglichkeit, über die direkten Telefonnummern der Projektleiter innerhalb der **SWG** weitere Informationen und Details zur Veranstaltung anzufordern.

- **Beratungsgruppen:**

Hauptziel des gesamten Prozesses war es, konkrete, von den Teilnehmern weitgehend geteilte Empfehlungen an die Europäische Union zu formulieren. Die Art und Weise, wie die Arbeit organisiert und die geleiteten Gruppen organisiert wurden, führte zu einem Prozess, der sich auf die Sammlung der Angaben der Teilnehmer, deren Verarbeitung und Zusammenfassung sowie deren Überprüfung und Validierung durch die Gruppen selbst in einer späteren Arbeitssitzung konzentrierte.

- **Zeitplan:**

Während der Arbeitssitzungen wurde eine entspannte Atmosphäre geschaffen, die den Teilnehmern die nötige Zeit gibt, um die Themen zu vertiefen, zu denen sie eingeladen wurden, zu beraten, ihre Meinung zu äußern und denen anderer zuzuhören. Aus

demselben Grund wurde beschlossen, die beiden Hauptgruppen in zwei Untergruppen aufzuteilen. Darüber hinaus wurden die Arbeiten über zwei Tage verteilt, um die formulierten Ideen ruhen zu lassen.

- **Follow-up:**

Am letzten Tag überprüften und validierten alle Gruppen den ersten Entwurf der Empfehlungen, die in der ersten Phase der Arbeiten abgegeben wurden. Nachdem der Bericht über die Ergebnisse der Abteilung für europäische Politik des Vorsitzes des Ministerrats vorgelegt und die Genehmigung dazu erteilt worden war, wurde allen Teilnehmern des Gremiums die endgültige Fassung der Empfehlungen übermittelt. In jedem Fall wurden die Teilnehmer aufgefordert, die Aktivitäten der Konferenz auf der Website und über die zu veröffentlichenden Aktualisierungen weiter zu verfolgen.

- **Integrität:**

Der gesamte Arbeitsprozess wurde vom **SWG** nach dem erhaltenen Auftrag eigenständig durchgeführt. Die Abteilung für europäische Politik des Vorsitzes des Ministerrates wurde laufend über die verschiedenen Etappen der Initiative und die Ergebnisse informiert.

- **Schutz der Privatsphäre:**

Der Schutz der Privatsphäre der Teilnehmer wurde in vollem Umfang gewährleistet. Um zur Teilnahme am Panel zugelassen zu werden, mussten alle Bewerber das gesetzlich vorgeschriebene Einwilligungsfomular nach Aufklärung unterzeichnen.

- **Bewertung:**

Am Ende des Prozesses wurde ein Fragebogen an alle Teilnehmer geschickt, um ihre Erfahrungen zu bewerten. Die Ergebnisse sind in diesem Bericht zusammengefasst.

2. Auswahl der Teilnehmer und Teilnahmemodalitäten

Auswahl

Ziel der Kommunikationsphase vor der Veranstaltung war es, mindestens 50 an der Initiative interessierte italienische Bürger auszuwählen.

Zu diesem Zweck wurde ein kurzes Bewerbungsformular in Form eines Online-Fragebogens auf der **SWG** -Plattform erstellt, mit dem sich alle an der Initiative beteiligten Personen bewerben konnten, wobei die Daten angegeben wurden, die für die Aufnahme in die Gruppen erforderlich waren, aus denen die Teilnehmer nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden. Die Voraussetzungen für die Teilnahme waren: eine Internetverbindung, ein Gerät mit Mikrofon und Videokamera sowie die Unterzeichnung der Konferenzcharta.

Das Bewerbungsformular wurde über die Konten der **SWG** in den sozialen Netzwerken verbreitet. Zu diesem Zweck wurden sechs Posts auf Twitter und einen auf LinkedIn mit folgenden Ergebnissen veröffentlicht:

Soziales Netzwerk	Termine & Termin	Anzahl der Aufrufe	Zugang zum Bewerbungsformular
 Twitter	6 Posts zwischen dem 8. und 10. März	889	31
 LinkedIn	1 Post am 8. März	410	25

Gleichzeitig wurden die Mitglieder der **SWG** -Gemeinschaft aufgefordert, sich im Einklang mit einer Einladungsstrategie zu bewerben, um eine maximale Repräsentativität der italienischen Bevölkerung zu gewährleisten, und zwar nicht nur in Bezug auf soziale Merkmale, sondern auch in

Bezug auf Ideen, kulturelle Orientierungen und Werte.

Die Bewerbungen konnten zwischen dem 8. März, 8.00 Uhr und dem 10. März 2022 um 16.00 Uhr eingereicht werden. Insgesamt generierte der Prozess 420 Zugriff auf das Bewerbungsformular und 225 vollständige Bewerbungen gingen ein.

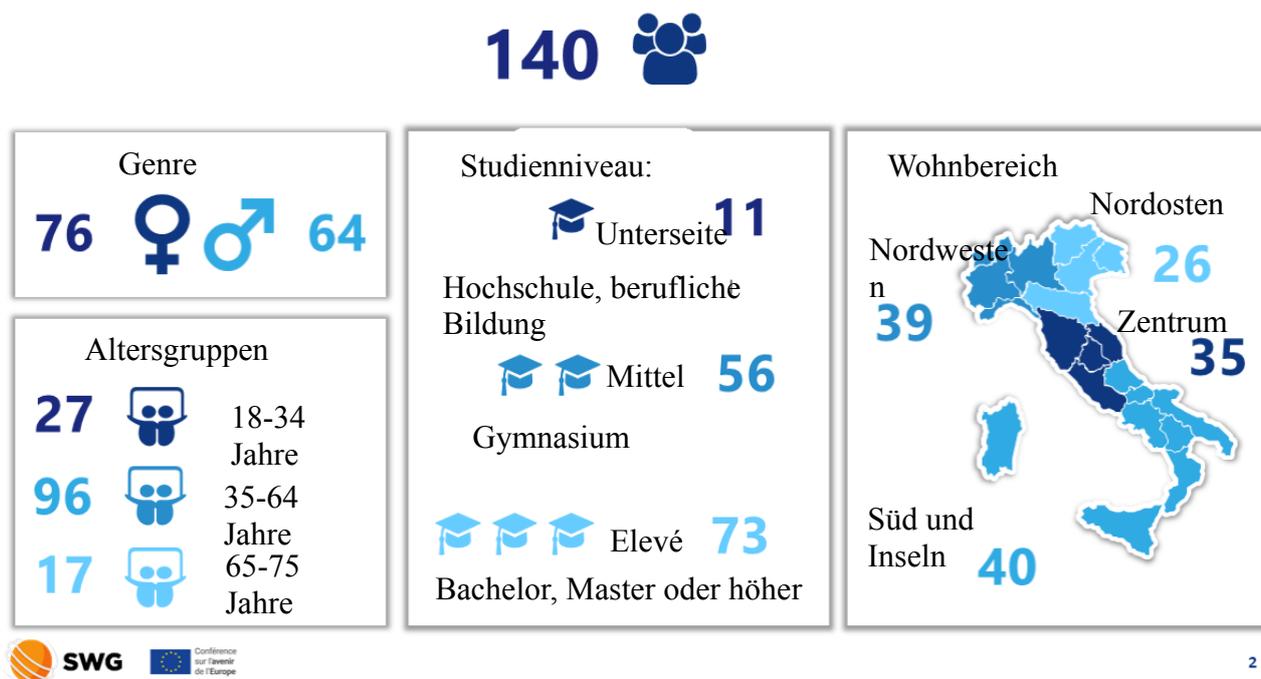
Insgesamt waren **140** Personen förderfähig, von denen 70 auf der Grundlage eines Kriteriums ausgewählt wurden, das eine ausgewogene Präsenz in Bezug auf Geschlecht, geografische Verteilung, Alter und Bildungsniveau gewährleisten soll.

Im Rahmen des Auswahlverfahrens wurde dem Grundsatz der fairen Wahrscheinlichkeit bei der Auswahl der Teilnehmer besondere Aufmerksamkeit gewidmet, zusammen mit Verfahren, die auf einem Zufallskriterium beruhen.

Die Zufälligkeit der Auswahl war ein zentrales Element des Projekts, um einen fairen Zugang zu gewährleisten. Im Sinne der Initiative erschien es jedoch wichtig, eine Strategie zu entwickeln, die nicht nur darauf abzielt, möglichst viele Menschen einzubeziehen, sondern auch eine maximale Heterogenität der ausgewählten Personen zu gewährleisten, um eine größtmögliche Inklusion zu fördern.

Zusammenfassend ergab sich die Verteilung der förderfähigen Personen wie folgt:

Verteilung der förderfähigen Bewerber

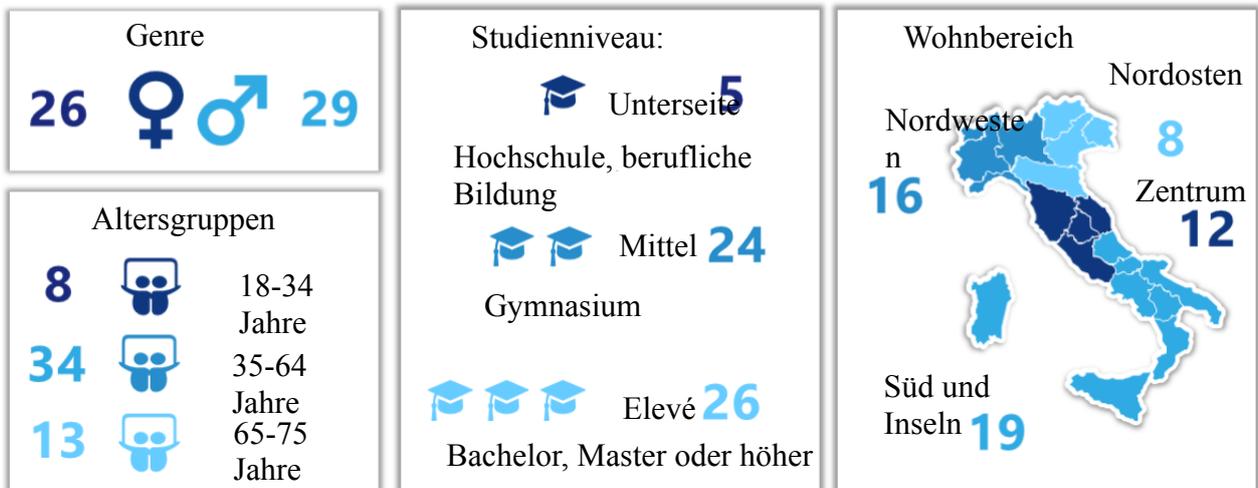


Nachdem die 70 Kandidaten am Morgen der Veranstaltung ausgewählt waren, erhielten sie einen Telefonanruf, um ihre Teilnahme zu bestätigen. Diese Anrufe wurden vom **SWG**-Kontaktzentrum nach der CATI-Methode (computergestützte Telefonbefragung) durchgeführt. Insgesamt haben am Ende dieser Phase 59 Personen ihre Teilnahme bestätigt und registriert. **55** davon nahmen aktiv am Panel teil.

Die Sozial- und Altersverteilung der Mitglieder des Gremiums war wie folgt:

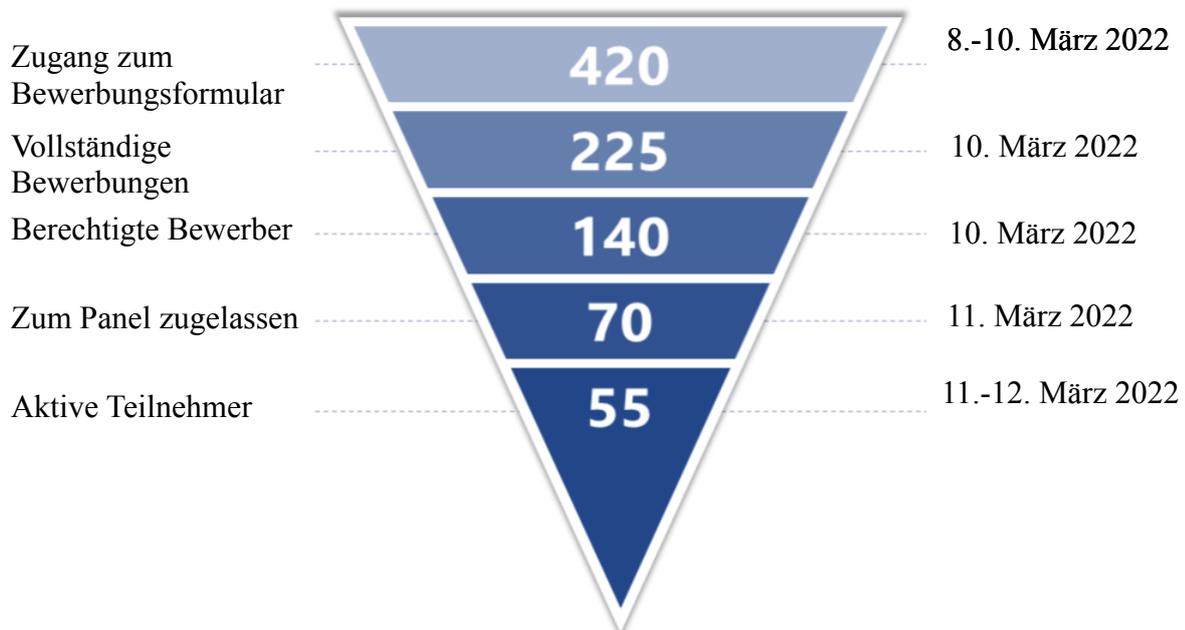
Verteilung der aktiven Teilnehmer

55 



Hier kurz die Ergebnisse der Schritte des Auswahlprozesses:

Der Bewerbungsprozess



Material für die Kommunikation

Um ein hohes Maß an Motivation und Beteiligung von Anfang an zu gewährleisten, wurden allen Teilnehmern folgende Dokumente zur Verfügung gestellt:

- **die Präsentationsbögen der Konferenz zur Zukunft Europas und der nationalen Foren;**
- **die Charta der Konferenz zur Zukunft Europas;**
- **Themen, die in den Panels erörtert werden sollten;**
- **technische und organisatorische Informationen, die für die Teilnahme erforderlich sind.**

3. Organisation des Panels

Um eine maximale Teilnahme, einschließlich Personen mit beruflichen Verpflichtungen, zu ermöglichen, wurde das Panel an zwei aufeinanderfolgenden halben Tagen, von denen einer am Wochenende stattfindet, nach folgendem Zeitplan organisiert:

- **Freitag, 11. März von 16 bis 20 Uhr**
- **Samstag, 12. März von 10 bis 12 Uhr**

Diese Entscheidung zielte einerseits darauf ab, die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Initiative zu erleichtern und andererseits die Anwesenheitszeit aufzuteilen, um mehr Aufmerksamkeit und Partizipation zu fördern und eingehendere Überlegungen zu den vorgelegten Themen und Vorschlägen zu ermöglichen. Die Teilnehmer des Panels haben sich über die GoToMeeting-Plattform in die beiden Arbeitssitzungen eingeloggt und in vier Gruppen (zwei für jeden Themenbereich) unter der Leitung eines SWG-Moderators und Stellvertreter einer Person aufgeteilt, die für die Erstellung des Berichts zuständig ist. Die Moderatoren haben die Gruppen mit zwei verschiedenen Diskussionswegen (eine für jeden Themenbereich) animiert, um alle ausgewählten Personen so weit wie möglich einzubinden und einen auf größtmöglicher Inklusion und Neutralität basierenden Ansatz zu gewährleisten.

4. Arbeitsplan/Arbeitsprogramm

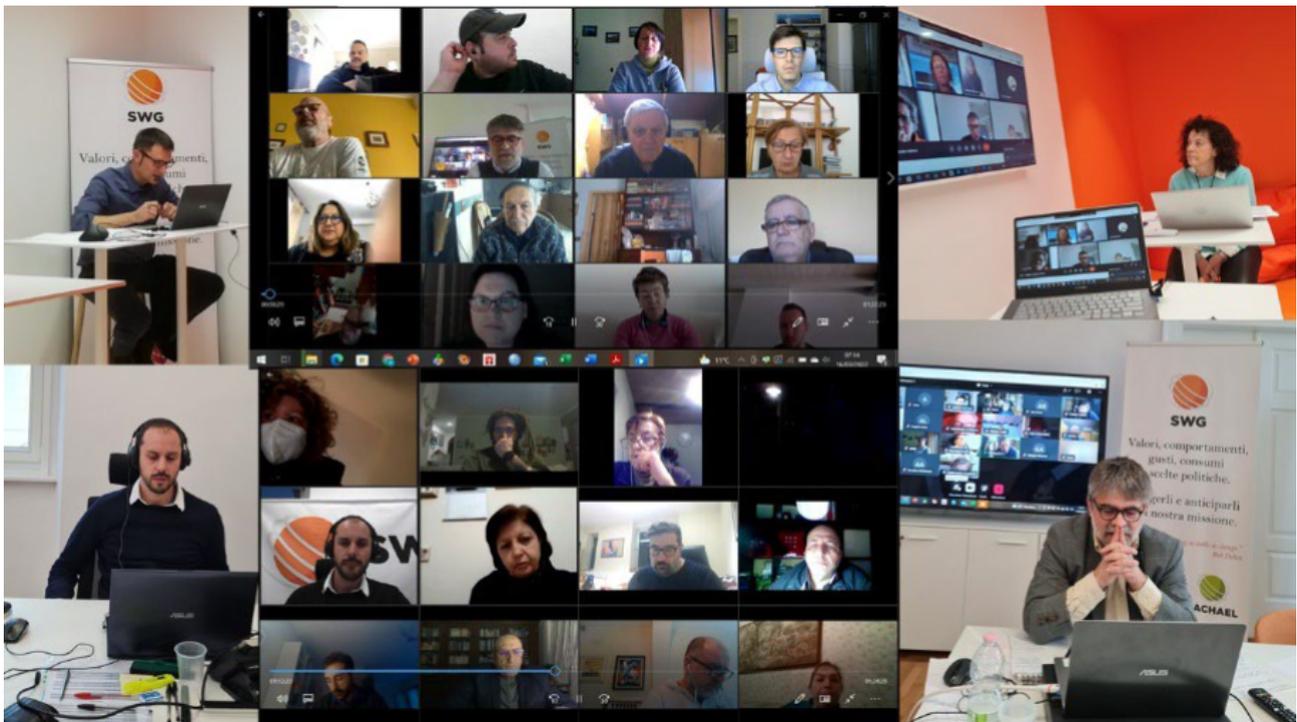
Erste Sitzung (Freitag, 11. März 2022)

- 15.00 Uhr – Eröffnung des virtuellen Raums und Möglichkeit für die Teilnehmer, sich mit der Plattform zu verbinden, um zu überprüfen, ob ihre Audio- und Videosysteme ordnungsgemäß funktionieren.
- 16.00 Uhr – Einführung durch den Moderator: Erläuterung der Gründe für die Initiative und Beschreibung der Struktur der Arbeiten.
- 16.15 Uhr – Aufteilung der Teilnehmer in Gruppen auf der Grundlage der in der Bewerbungsphase angegebenen Präferenzen.
- 16.20 Uhr – Beginn der Gruppendiskussion.

- 20.00 Uhr – Ende der Sitzung.

Zweite Tagung (Samstag, 12. März 2022)

- 10.00 Uhr – Wiederaufnahme der Arbeiten durch Lektüre der Ergebnisse der Arbeiten vom ersten Tag.
- 10.15 Uhr – Weitere Erörterungen, Vertiefungen und Kommentare der Teilnehmer.
- 12.00 Uhr – Abschluss der Arbeiten.



5. Empfehlungen abgegeben

Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung

1. Über das Produktionsmodell des vergangenen Jahrhunderts hinaus

Die Teilnehmer des Panels waren der Ansicht, dass die jüngsten globalen Ereignisse (die COVID-19-Pandemie und der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine) offensichtlich die Grenzen des derzeitigen europäischen Produktionsmodells aufzeigten, und wiesen darauf hin, dass ein Ansatz überarbeitet werden muss, der von vielen als Teil des vergangenen Jahrhunderts beschrieben wird.

Die Beweise für die Abhängigkeit Europas von Energie- und Lebensmittelimporten aus Ländern außerhalb der Europäischen Union sowie die (während der Pandemie) festgestellte Tatsache, dass wir nicht allein in der Lage sind, die Menge an Medizinprodukten und Impfstoffen zu produzieren, die erforderlich sind, um die Ausbreitung des Virus zu bekämpfen, haben den Eindruck erweckt, dass unser Wirtschaftssystem an einer strukturellen Schwäche leidet, die mit mangelnder Selbstversorgung verbunden ist.

Gleichzeitig sind die Teilnehmer eindeutig der Ansicht, dass eine stärkere Wirtschaft, die in einem Kontext sozialer Gerechtigkeit Arbeitsplätze schaffen kann, in der Lage sein muss, wichtige technologische Stärken zu schaffen. Um dies zu erreichen, ist es von entscheidender Bedeutung, ein Bildungssystem zu unterstützen, das den MINT-Themen immer mehr Aufmerksamkeit schenkt.

Technologische Innovation, nachhaltige Energie, aber auch Tourismus und Kultur sind drei Grundpfeiler für die Entwicklung der europäischen Wirtschaft von morgen, mit besonderem Schwerpunkt auf der Aufrechterhaltung der Grundproduktion, um die Gefahr einer übermäßigen Abhängigkeit von Drittländern bei der Versorgung mit wichtigen Rohstoffen und Rohstoffen zu vermeiden.

EMPFEHLUNGEN IN KÜRZE

- 1. Wirksame Maßnahmen in Bezug auf den Klimawandel und alternative Energien zu ergreifen.**
- 2. Investitionen in die Tourismus- und Kulturwirtschaft und Wertschätzung der vielen kleinen Reiseziele in Europa.**
- 3. Fokus auf Technologie und Innovation als Wachstumstreiber.**
- 4. Verringerung der Abhängigkeiten von anderen Ländern in Bezug auf Rohstoffe, Energiequellen und Landwirtschaft.**
- 5. Junge Menschen ermutigen, wissenschaftliche Fächer zu studieren.**

2. Generative und inklusive Produktionsvorschriften

Um die ökonomische Logik des vergangenen Jahrhunderts zu überwinden, müssen auch die Regeln und Verfahren überprüft werden, die die Geschäftstätigkeit der Unternehmen regeln. In diesem Sinne gibt es vier Empfehlungen, die alle einer gemeinsamen Logik entsprechen: zum einen die Vereinfachung der Vorschriften und zum anderen die Aufrechterhaltung eines hohen

Maßes an Wachsamkeit gegenüber Fehlverhalten (insbesondere in Bezug auf Fälschungen und unlauteren Wettbewerb).

Besondere Aufmerksamkeit gilt der Notwendigkeit wirtschaftlicher Regeln, die vor allem generativ sind, wobei die Wahlmöglichkeiten, die eine Normalisierung der Produktionsprozesse erfordern (die spezifische lokale Produktion mit tiefen kulturellen Wurzeln gefährdet), aber auch die Zerstörung landwirtschaftlicher Güter aufgrund der Notwendigkeit, vorherbestimmte Produktionsmengen aufrechtzuerhalten, so gering wie möglich sind.

EMPFEHLUNGEN IN KÜRZE

- 1. Bürokratieabbau (Genehmigungen, Zertifizierungen)**
- 2. Verringerung der Standardisierung von Produkten und Anerkennung lokaler und regionaler Besonderheiten in Kultur und Produktion (Respekt der Produktionstraditionen).**
- 3. Über die Logik der Quoten in der landwirtschaftlichen Erzeugung und die daraus resultierende Zerstörung der Überschussproduktion hinauszugehen.**
- 4. Bekämpfung von Fälschungen und unlauterem Wettbewerb.**

3. Messung des Wachstums nach Glück in der Bevölkerung und nicht nach der Menge der Produkte

Die Überwindung des Produktionsmodells des vergangenen Jahrhunderts bedeutet nicht nur, die Produktionsmethoden zu ändern, sondern auch eine neue Kultur zu entwickeln, in der sich die Wachstumsindikatoren nicht nur auf die Menge der produzierten Waren konzentrieren, sondern auch auf die Fähigkeit, den Bürgern ein Ziel des Glücks zu garantieren. In dieser neuen Wirtschaft können Waren nicht im Mittelpunkt von Impact- und Investitionsüberlegungen stehen, aber dieser Platz muss den Menschen zukommen. Dies bedeutet den Übergang von einem System von Indikatoren basierend auf der Menge der produzierten Waren (BIP) zu einem System, das in der Lage ist, das Wohlbefinden der Menschen zu messen (BIB – Bruttoinlandsglück).

EMPFEHLUNG IN KÜRZE

- 1. Entwicklung einer Wirtschaft, die eher auf die Glücksproduktion (Bruttoinlandsglück) als auf Waren (Bruttoinlandsprodukt) ausgerichtet ist.**

4. Stärkere Integration unter den Staaten

Für alle, auch unter denen, die mit der gegenwärtigen Organisation und den bisherigen Ergebnissen der Europäischen Union weniger zufrieden sind, ist klar, dass eine Währungsunion nicht ausreicht und dass Europa sich mit zunehmender Kraft als kohärentes politisches Gebilde entwickeln kann, das in der Lage ist, mit einer Stimme nach außen zu verhandeln und mit größerer Solidarität auf interner Ebene zu handeln. Eine stärkere Union ist ein wesentlicher Aspekt der Stärkung der politischen, handelspolitischen und produktiven Stärke der Europäischen Union: die Homogenität der Grundgesetze und ein integriertes und kohärentes System der Unternehmens- und Bürgerbesteuerung, in dem Löhne und Dienstleistungen für die Bürger angeglichen werden. Nur auf diese Weise wird ein Europa in der Lage sein, soziale Unterschiede zu verringern und die Lebensqualität zu fördern.

Dies bedeutet, die Errungenschaften der letzten Jahre nicht rückgängig zu machen und das Konzept des Wohlfahrtsstaats zu bewahren, das von den Panelteilnehmern als der fortschrittlichste der Welt bezeichnet wurde und am meisten darauf bedacht ist, den Bürgern Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit zu garantieren.

EMPFEHLUNGEN IN KÜRZE

- 1. Keine Kompromisse in Bezug auf soziale Rechte eingehen (öffentliche Gesundheit, öffentliche Bildung, Arbeitspolitik).**
- 2. Konsolidierung dessen, was in Bezug auf die einheitliche Währung und die Vernetzung der Zahlungs- und Telekommunikationssysteme geschehen ist.**

Heute scheint jedoch alles, was in der Vergangenheit getan wurde, nicht mehr ausreichend zu sein, und das Europa der Zukunft muss bei der Integration zwischen den Mitgliedstaaten einen entscheidenden Sprung machen, und zwar nach einer internen Vision, die nicht mehr auf Wettbewerb beruht, sondern auf der Zusammenarbeit, die dafür sorgt, dass jeder europäische Bürger in allen Mitgliedstaaten der Union über die gleichen Systeme von Garantien und Möglichkeiten verfügen kann.

EMPFEHLUNGEN IN KÜRZE

- 1. Neben dem Egoismus der Staaten und der Tendenz, individuelle Vorteile auf Kosten anderer zu suchen.**
- 2. Einführung eines Systems, das in allen Ländern die gleichen Gesetze, Steuersysteme, Rechte und Pflichten vorsieht.**
- 3. Zwischen den einzelnen Staaten koordinierte Steuerregelungen, insbesondere in Bezug auf Unternehmen (keine Freizonen oder niedrige Steuern).**
- 4. Einheitliche Preise für Produkte und Gewährleistung gleicher Kaufkraft zwischen den einzelnen Staaten.**
- 5. Verringerung des Lohngefälles zwischen den einzelnen Staaten und geografischen Regionen innerhalb eines Landes.**
- 6. Die öffentliche Verschuldung mehrerer Mitgliedstaaten zu einer gemeinsamen Verantwortung zu machen.**

5. Integrationspolitiken

Ein gerechtes Europa, das in der Lage ist, seinen Bürgerinnen und Bürgern Glück zu verschaffen, ist ein inklusives Europa, das dem Kampf gegen Ungleichheiten stets große Aufmerksamkeit schenkt. In den Empfehlungen wird der Weg für die Verwirklichung langjähriger Ziele (wie die Gleichstellung der Geschlechter) festgelegt und neue Anforderungen im Zusammenhang mit dem kulturellen Wandel in der heutigen Gesellschaft (digitale Ungleichheit und Recht auf Leben in einer gesunden Umwelt) festgelegt.

EMPFEHLUNGEN IN KÜRZE

- 1. Verwirklichung einer vollständigen Gleichstellung der Geschlechter, insbesondere durch Stärkung des Elternurlaubs und der Kinderbetreuungseinrichtungen.**
- 2. Bekämpfung digitaler Ungleichheiten.**
- 3. Gewährleistung, dass alle europäischen Bürger in einer gesunden und nachhaltigen Umwelt leben können.**
- 4. Gewährleistung von Möglichkeiten der sozialen Mobilität und damit aller Chancen auf persönliche Entfaltung und Selbstbestimmung.**
- 5. Förderung des Generationenwechsels auf allen Ebenen.**
- 6. Steuerung der Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten in ausgewogener Weise zwischen den einzelnen Staaten.**

Wieder einmal scheint die Rolle der Schulen und der Bildungspolitik von zentraler Bedeutung zu sein, nicht nur, wenn es darum geht, jungen Menschen die Kompetenzen zu vermitteln, die sie für den Einstieg in den Arbeitsmarkt benötigen, sondern auch für den Aufbau einer europäischen Kultur. Nach dem Aufbau eines Europa der Institutionen ist es wichtig, ein Europa der Völker aufzubauen. In diesem Zusammenhang wird der zentrale Charakter einer gemeinsamen Sprache hervorgehoben, um den Dialog zwischen den Bürgern verschiedener Länder und den gleichberechtigten Zugang zu Dienstleistungen zu ermöglichen. Da der Traum von Esperanto zusammengebrochen ist, hat der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union Zweifel an der Möglichkeit aufgeworfen, Englisch, eine Schlüsselsprache der internationalen Beziehungen, sowie innerhalb des wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Systems als gemeinsame Sprache zu übernehmen.

EMPFEHLUNGEN IN KÜRZE

- 1. Förderung der Annahme einer gemeinsamen Sprache.**
- 2. Investitionen in Schulen und in den Unterricht in der Geschichte Europas und nicht in den einzelnen Ländern, sowie in die politische Ökonomie und die politische Bildung.**
- 3. Zugang zu Kultur, Bildung und Austausch zwischen Studierenden und Bürgern aus den verschiedenen Mitgliedstaaten.**

Inklusionsmaßnahmen spielen eine entscheidende Rolle, um sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger Zugang zu Möglichkeiten haben. In diesem Zusammenhang wiesen die Panelteilnehmer darauf hin, dass Italien häufig nicht in der Lage gewesen sei, die zu diesem Zweck bereitgestellten EU-Mittel zu verwenden. Inklusion und Barrierefreiheit bedeuten, dass die europäischen Institutionen ihren Bürgern näher kommen müssen, und diese Konzepte gehen Hand in Hand mit mehr Informationen und einem besseren Bewusstsein für die Rechte der europäischen Bürger als solche. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Bedeutung einer direkten Beziehung zwischen den Organen der Union und den Bürgern deutlich geworden, ohne dass sie zwangsläufig Gegenstand einer Vermittlung durch die Mitgliedstaaten sein muss.

EMPFEHLUNGEN IN KÜRZE

- 1. Förderung der Verwendung von EU-Mitteln zum Abbau von Ungleichheiten.**
- 2. Zugänglichkeit und Bürgernähe der EU-Institutionen.**
- 3. Den Bürgern ihre Rechte und die ihnen gebotenen Möglichkeiten klar vermitteln und den direkten Zugang der Bürger zu ihnen fördern.**

6. Jobs & Jobs

Die Beschäftigungsfrage hat sich kontinuierlich als bereichsübergreifendes Element und als direkte Auswirkung der Fähigkeit der Europäischen Union zur Umsetzung ihrer Empfehlungen herausgestellt. In der Debatte **unter** den Teilnehmern war klar, dass die Frage der Beschäftigung im Mittelpunkt des Lebens der Bürger steht, aber mit der Stärkung der Fragen der Wirtschaft und der sozialen Gerechtigkeit einherging. Eine Europäische Union, in der aktive arbeitspolitische Maßnahmen weiterhin zentral und zunehmend koordiniert sind, wird dringend erwartet.

EMPFEHLUNGEN IN KÜRZE

- 1. Förderung des Austauschs zwischen Arbeitnehmern in Europa durch ein Europäisches Zentrum für Beschäftigung.**
- 2. Über integrierte Beschäftigungspolitiken auf EU-Ebene verfügen.**
- 3. Schaffung von Anreizen für Unternehmen, die Arbeitsplätze anbieten.**

Europa in der Welt

Die jüngsten internationalen Ereignisse und insbesondere der Krieg zwischen Russland und der Ukraine hatten einen großen Einfluss auf die Wahrnehmung der Rolle, die Europa auf internationaler Ebene spielen wird. Die Empfehlungen konzentrierten sich in erster Linie auf einen Schwerpunkt, der darauf abzielte, die Union (sowohl in Bezug auf Identität als auch als Wirtschaftsmacht) zu stärken und sie als Referenz- und Konjunkturmodell in ihren Beziehungen zu anderen Ländern zu positionieren.



1. Stärkung der europäischen Identität

Um über ihre Grenzen hinweg anerkannt zu werden, muss die Europäische Union zunächst intern Zusammenhalt zeigen, nicht nur in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht, sondern auch in Bezug auf Identität und Werte. Eine Identität, die nicht durch die Anerkennung, sondern durch die Aufwertung lokaler Besonderheiten innerhalb eines Rahmens gemeinsamer Kernwerte geschaffen wird.

Darüber hinaus wurde über eine mögliche Erweiterung des Umfangs der Union nachgedacht: einige Teilnehmer des Panels sind der Ansicht, dass sie nicht undifferenziert, sondern eher auf die gegenseitige Anerkennung von Kultur und Werten als auf wirtschaftliche Standards ausgerichtet sein sollten.

EMPFEHLUNGEN IN KÜRZE

- 1. Stärkung der europäischen kulturellen Werte und Merkmale sowie der regionalen Besonderheiten.**
- 2. Schaffung eines Instituts für europäische Kultur, um eine Kultur des gegenseitigen Respekts und der gegenseitigen Bereicherung zwischen Bürgern verschiedener Staaten zu fördern.**
- 3. Neudefinition der Zugehörigkeitsgrundsätze für die neuen Kandidatenländer, wobei Faktoren wie kulturelle Identität und Werte gestärkt werden.**

2. Stärkung der Wirtschaft und der Institutionen

Das Europa von morgen wird auf internationaler Ebene eine führende Rolle spielen, da diese Rolle nur mit einer starken und von anderen Ländern unabhängigen Union wahrgenommen werden kann. Es wird allgemein anerkannt, dass die EU-Länder rohstoffarm sind, doch scheint es von entscheidender Bedeutung, dass die Union in der Lage ist, eine größere Unabhängigkeit in Bezug auf Energieversorgung, Landwirtschaft und technologische Produkte zu gewährleisten.

Dies erfordert präzise Investitionen, um den Rückstand in Bereichen wie der Technologie (in denen die Europäische Union derzeit keine führende Rolle zu spielen scheint), aber auch im Lebensmittel- und Energiesektor aufzuholen.

Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine hat auch die Bedeutung einer integrierten europäischen Verteidigungspolitik mit einer spezifischen Identität und größerer Autonomie gegenüber der NATO in den Mittelpunkt der Debatte gestellt, ohne die Zugehörigkeit zur NATO in Frage zu stellen.

Schließlich erfordert dies präzise Entscheidungen für die Zukunft, begleitet von erheblichen Investitionen in Wissenschaft und Forschung, um die Kompetenzen junger Europäer zu verbessern.

EMPFEHLUNGEN IN KÜRZE

- 1. Stärkung der internen Produktionskapazität: Nahrungskette (insbesondere Weizen) und Technologie (Mikrokronen).**
- 2. Aufwertung der typischen regionalen und europäischen Produktionen.**
- 3. Stärkung der europäischen Industriezentren (z. B. Stahl).**
- 4. Stärkung der lokalen Energieerzeugung aus ökologischer Sicht (Gas, Solar, Wind).**
- 5. Entwicklung von Luft- und Raumfahrttechnologien.**
- 6. Einrichtung europäischer wissenschaftlicher Laboratorien (Europäische Virusbank).**
- 7. Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee, die im Rahmen der NATO agiert, aber auch dazu beiträgt, darüber hinaus zu gehen.**
- 8. Investitionen in die Ausbildung von Ausbildern (Europäischer Lehreraustausch, Erasmus für Lehrkräfte).**
- 9. Steigerung der Mobilität europäischer Forscher durch den Aufbau neuer europäischer wissenschaftlicher Einrichtungen.**
- 10. Förderung der Entstehung innovativer Start-ups.**

3. Zusammenarbeit und Partnerschaften

Die Vision des Europas von morgen ist nicht die einer Festung, die seinen Reichtum verteidigt, sondern die eines Protagonisten auf der internationalen Bühne, der in der Lage ist, mit allen Ländern der Welt in Dialog zu treten. Ein Dialog, der von einer Handelsmacht ausgeht und auf wirtschaftliche Führung ausgerichtet sein sollte, und der durch den Aufbau internationaler Partnerschaften und Projekte konsolidiert werden kann.

All dies im Hinblick auf die Zusammenarbeit und die Aufmerksamkeit für die schwächsten Regionen der Welt mit Ad-hoc-Projekten zur Aufwertung der ärmsten Länder sowie des kulturellen und wirtschaftlichen Austauschs mit den östlichen Ländern.

Besondere Aufmerksamkeit wird auch dem Thema Migration gewidmet, mit einer besseren Koordinierung zwischen den Ländern und der Anwendung gemeinsamer Verfahren für die Bearbeitung von Anträgen und Personen.

EMPFEHLUNGEN IN KÜRZE

- 1. Exporte anzukurbeln.**

- 2. Förderung grenzüberschreitender europäischer Tourismusrouten.**
- 3. Entwicklung eines Handelssystems für Verhandlungen auf europäischer Ebene (nicht einzeln als Staaten oder Unternehmen, sondern als Union), um über eine größere Verhandlungsmacht zu verfügen, aber mit Einschränkungen im Zusammenhang mit der Achtung der Menschenrechte.**
- 4. Führen Sie wichtige internationale Projekte wie die Internationale Raumstation.**
- 5. Finanzierung von Projekten in Afrika für den Bau von Schulen und Krankenhäusern ohne koloniale Haltung, sondern durch Achtung der europäischen Werte und Rechte.**
- 6. Investitionen in die Ausbildung vor Ort (insbesondere für Frauen) in den ärmsten Ländern.**
- 7. Förderung des Austauschs von Technikern und Ausbildern.**
- 8. Einführung eines Systems gemeinsamer Regeln für den Zugang von Migranten mit unterschiedlichen Prozessen zwischen humanitärer und wirtschaftlicher Migration und mit einer gerechten Verteilung zwischen den einzelnen Staaten, jedoch mit gemeinsamen Regeln (Volkszählung und Kontrolle von Verhaltensweisen und Beschäftigung).**

4. Politische und kulturelle Referenz

In dem oben beschriebenen Szenario ist Europa aufgerufen, einen klaren politischen und kulturellen Bezugspunkt auf globaler Ebene in Bezug auf Rechte und Ethik zu bilden und dabei mit gutem Beispiel voranzugehen, indem es Entscheidungen zur Gewährleistung einer gesunden Umwelt, der Achtung der Menschenrechte und des Dialogs zwischen Ost und West mit gutem Beispiel voranbringt.

EMPFEHLUNGEN IN KÜRZE

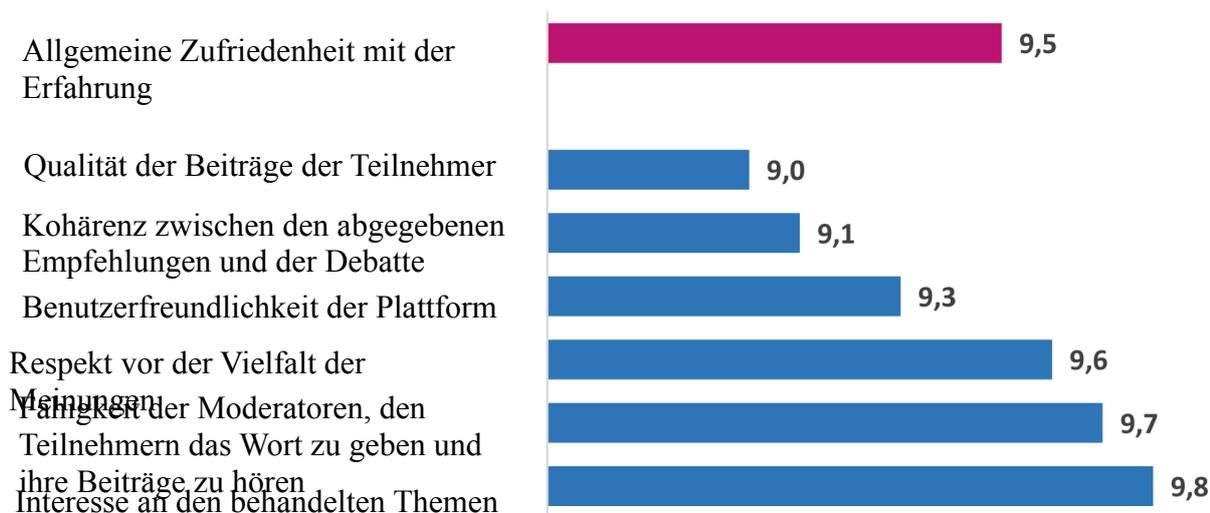
- 1. Als grüner Kontinent den Weg weisen, vor allen anderen emissionsfrei sein und die Erzeugung sauberer Energie (Wind- und Solarenergie) steigern.**
- 2. Export von Technologien zur Herstellung von Gütern mit Nulleffekt.**
- 3. Als Zusammenfluss (öffentlicher Ort, Agora) zwischen Ost und West dienen, indem der kulturelle Austausch und gemeinsame kulturelle Initiativen gefördert werden (z. B. der Weltkunsttag, der abwechselnd in den verschiedenen europäischen Hauptstädten organisiert wird, mit einem künstlerischen Programm für westliche und orientalische Künstler).**
- 4. Schaffung eines europäischen ethischen Modells für die Steuerung der Migrationsprozesse, das auf internationaler Ebene geteilt werden kann.**

6. Abschließende Bewertung durch die Teilnehmer

Am Ende der beiden Arbeitstage wurden alle Teilnehmer aufgefordert, einen kurzen Fragebogen auszufüllen, um ihre Erfahrungen zu bewerten. Der Bewertungsfragebogen wurde zwei Tage nach Abschluss des Panels versandt, um allen Teilnehmern Zeit zu geben, sich von den Erfahrungen zurückzuziehen und objektiver zu antworten.

Die Ergebnisse zeigen ein besonders hohes Maß an Zufriedenheit, sowohl in Bezug auf das Interesse als auch in Bezug auf die Leichtigkeit der Beteiligung, das Gefühl des Zuhörens und der Inklusion.

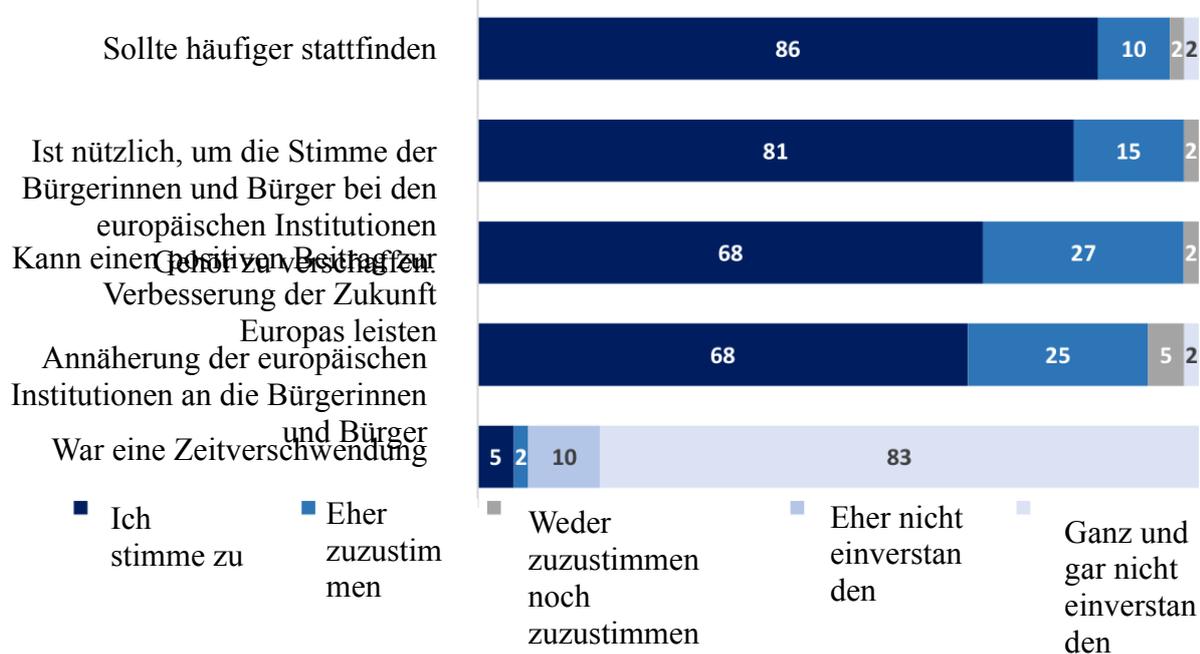
Zufriedenheit mit der Teilnahme am Panel



Obwohl die Teilnehmer zu Beginn unterschiedliche Erfahrungen, Fähigkeiten und Motivationen hatten, fühlten sich die Teilnehmer stark beteiligt: 98 % der Befragten des Bewertungsfragebogens gaben an, dass sie aktiv an der Debatte beteiligt waren und einen positiven Beitrag geleistet hätten.

Im Allgemeinen wurde der Nutzen dieser Erfahrung, die vor allem als Möglichkeit zur aktiven Teilnahme wahrgenommen wurde und die ein Gefühl der Nähe zu den europäischen Institutionen vermittelte, sehr stark empfunden. Dies hat fast alle Befragten dazu veranlasst, eine Wiederholung dieser Art von Initiative im Laufe der Zeit zu fordern.

BEWERTUNG DER BEDEUTUNG DES „ITALIENISCHEN PANELS FÜR DIE KONFERENZ ZUR ZUKUNFT EUROPAS“



Alle Teilnehmer wiesen darauf hin, dass sie, wenn eine solche Initiative wieder organisiert werden sollte, nicht nur gerne daran teilnehmen würden, sondern auch ihren Freunden empfehlen würden, daran teilzunehmen.

II E Nationale Panels: Litauen

Litauisches Bürgerpanel zur Zukunft Europas

Bericht

Der vorliegende Bericht besteht aus vier Teilen. Die erste erläutert kurz den Ablauf der Veranstaltung. Im zweiten Teil werden die Empfehlungen der Teilnehmer des Bürgerpanels für die Politik der EU und Litauens dargelegt. Die dritte enthält eine kurze Analyse der Diskussionen in den Gruppen und der wichtigsten Ergebnisse des Forums. In der vierten Studie werden die Ergebnisse des Bürgerpanels mit den Ergebnissen der litauischen Bürgerbefragungen zum Zustand und zur Zukunft Europas verglichen.

1. Ablauf des nationalen Bürgerpanels

Im Einklang mit den Leitlinien für die Organisation nationaler Bürgerforen im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas entwickelte das Meinungsforschungsinstitut Kantar TNS LT im Dezember 2021 auf Ersuchen des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten (MAE) eine Methode zur zufälligen Auswahl einer repräsentativen Stichprobe der litauischen Bevölkerung, auf deren Grundlage Kantar TNS 25 litauische Bürger im Alter von 18 bis 65 Jahren ausgewählt hat, die für die verschiedenen sozioökonomischen Gruppen und alle geografischen Regionen Litauens repräsentativ sind^{xv}.

Am 4. Januar wurden die ausgewählten Bürger zu einer virtuellen Einführungssitzung eingeladen, in der die Idee des nationalen Bürgerpanels vorgestellt und über die für die Zukunft Europas relevantesten Themen diskutiert wurde. Im Anschluss an die Veranstaltung erhielten die Teilnehmer ein Informationsdokument mit einer detaillierten Beschreibung der erörterten Themen und Informationsquellen.

Am 15. Januar fand im Rahmen des Europäischen Haftbefehls ein Panel nationaler Bürger zur Zukunft Europas statt, das vom osteuropäischen Studienzentrum des Europäischen Haftbefehls (RESC) und dem Umfrageinstitut Kantar TNS LT organisiert wurde, an dem 25 ausgewählte Bürger direkt teilnahmen.

Die Teilnehmer erörterten zwei Fragen im Zusammenhang mit der EU-Politik: **die Rolle und die Zuständigkeiten, die die EU in der Außenpolitik haben könnte**, sowie **die wirtschaftliche Rolle der EU**. Bei dieser Veranstaltung wurde jede dieser Fragen in einer gesonderten Sitzung behandelt, in der die EU-Politikexperten Linas Kojala (RESC) und Ramūnas Vilpišauskas (Professor an der Universität Vilnius) die Bürgerinnen und Bürger kurz über die Aktualität und Problematik des Themas der Tagung informierten. Im Laufe der Diskussion konnten die Bürger Fragen stellen und ihren Standpunkt darlegen. Nach den Expertenvorträgen wurden die Teilnehmer in drei kleinere repräsentative Gruppen eingeteilt, die jeweils über ein anderes Thema im Zusammenhang mit dem Thema der Sitzung nachdenken sollten. Die außenpolitischen Fragen wurden wie folgt behandelt:

1.1. Braucht es eine eigenständige Verteidigungs- und Außenpolitik der EU?

1.2. Was müssen die Beziehungen der EU zu ihren osteuropäischen Nachbarn, zu

XV Stichprobe von Bürgern, die die Städte Vilnius, Kaunas, Klaipėda, Šiauliai und Panevėžys sowie die Bezirke Vilnius, Kaunas, Klaipėda, Šiauliai, Panevėžys, Alytus, Marijampolė, Tauragė, Telšiai und Utena auf der Grundlage von Daten der litauischen Statistik (Lietuvos statistikos departamentas) vertreten.

Nordafrika und zur Türkei sein?

1.3. Was muss die EU-Migrationspolitik sein?

Auf der Tagung zur wirtschaftlichen Rolle der EU wurden folgende Themen erörtert:

2.1. Bedarf es einer stärkeren Umschichtung der Mittel aus dem EU-Haushalt, der gemeinsamen Verschuldung der EU?

2.2. Müssen Sozialstandards auf EU-Ebene geregelt werden?

2.3. Wie kann die EU-Wirtschaft gestärkt werden?

Am Ende der Tagung musste jede Gruppe die wichtigsten Schlussfolgerungen der Diskussion formulieren, Grundsatzklärungen oder konkrete Vorschläge zu Themen abgeben, die Anlass zur Sorge um die EU-Politik geben. In der Diskussion mit dem gesamten Gremium erläuterte der Vertreter der einzelnen Gruppen diese Schlussfolgerungen den anderen Teilnehmern. Diejenigen, die in anderen Gruppen gewesen waren, konnten Fragen stellen und die Vorschläge mit ihren Ideen ergänzen. Nach den Vorstellungen und Debatten stimmten die Bürgerinnen und Bürger unter diesen Schlussfolgerungen jeweils zwei Stimmen ab und stimmten über den wichtigsten Vorschlag oder die Erklärung für die Rolle Litauens bei der Stärkung der EU und den Erfolg der EU selbst in ganz Europa ab. und die andere Abstimmung für die Erklärung oder den Vorschlag, die ihnen persönlich am wichtigsten erscheint, in ihrem Interesse als EU-Bürger. Nach dieser Abstimmung fand im Panel eine Aussprache statt, bei der die wichtigsten Ideen erörtert wurden, die aus den Diskussionen hervorgegangen waren.

In der Woche nach der Veranstaltung erörterten Experten den Inhalt der Diskussionen und erläuterten die Essenz der von den Bürgern vorgeschlagenen Ideen. Am 25. Januar fand eine zusammenfassende virtuelle Sitzung statt, und die Empfehlungen aus dem Inhalt ihrer Diskussionen wurden den Bürgern mitgeteilt. Die Bürger hatten die Möglichkeit zu sagen, ob sie den Empfehlungen zustimmen, sie inhaltlich zu ergänzen und zu bewerten. Alle Teilnehmer hatten diese Möglichkeit noch eine Woche nach der Zusammenfassenden Sitzung, wobei sie ihre Stellungnahmen und Anmerkungen an die Organisatoren des Gremiums richteten.

2. Ergebnisse des nationalen Bürgerpanels

In diesem Teil des Berichts werden die Ergebnisse des Bürgerpanels sowie die Empfehlungen der Teilnehmer der Arbeitsgruppen und ihre Standpunkte zur Rolle der EU in der Außenpolitik und in der Wirtschaft dargelegt.

Erste Sitzung: Rolle und Zuständigkeiten der EU in der Außenpolitik

1. Wir fordern die EU auf, eine wirksamere Politik gegenüber China zu entwickeln. Litauen muss entschlossener unterstützt werden, aber es sollte seine Position auch besser mit den EU-Partnern vereinbaren. Um sicherzustellen, dass die Interessen innerhalb der EU besser ausgewogen sind und es nur eine Politik gegenüber China und anderen außenpolitischen Fragen gibt, empfehlen wir, die Möglichkeit eines EU-Außenministers in Erwägung zu ziehen.
2. Wir plädieren dafür, die Frage der Migrantenquoten auf EU-Ebene wieder auf die Tagesordnung zu bringen.
3. Wir empfehlen, auf EU-Ebene eine spezielle Kommission zur Lösung von Migrationsproblemen einzusetzen, die eine schnellere Reaktion auf Migrationskrisen und das Recht der Mitgliedstaaten, ihre nationalen Interessen zu erläutern und zu verteidigen, gewährleisten würde und die gemeinsame Leitlinien für die Migrationssteuerung ausarbeiten und umsetzen würde.
4. Wir empfehlen, die wirtschaftlichen und humanitären Beziehungen zu den Ländern Nordafrikas zu stärken, ohne die politischen Realitäten aus den Augen zu verlieren, insbesondere um den Einfluss Chinas, Russlands und anderer Staaten in dieser Region zu verringern.
5. Wir empfehlen, die Beziehungen zu Osteuropa zu stärken und wirtschaftliche Maßnahmen auf

persönlicher Ebene zu fördern.

6. Wir fordern nachdrücklich, dass die von der EU gegen ausländische Akteure verhängten Sanktionen strenger und zielgerichteter sind und wichtige Persönlichkeiten des sanktionierten Staates (z. B. Politiker) betreffen.

7. Wir fordern nachdrücklich, dass die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU auf dem Grundprinzip der Solidarität zwischen den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten und den verschiedenen europäischen Regionen und Gesellschaften beruht.

8. Wir empfehlen der EU, die bisherige Politik der Offenheit im Bereich der Migration zu überdenken, die zu Sicherheitsproblemen, zu einer Zunahme der Kriminalität und zur Bildung von Gemeinschaftspolitiken in der Gesellschaft führt.

9. Wir fordern Litauen auf, sich aktiver zu Fragen der Migrationspolitik zu äußern und Gespräche über Migrationsfragen einzuleiten.

10. Wir fordern, dass die EU eine aktive und rigorose Politik gegenüber Staaten verfolgt, die Migrationsströme bei hybriden Angriffen als Waffe einsetzen: auf der einen Seite durch die Anwendung strengerer Sanktionen und auf der anderen Seite im Dialog mit ihnen im Sinne der Deeskalation.

Zweite Sitzung: die wirtschaftliche Rolle der EU

1. Wir empfehlen der EU, die Versorgungssicherheit für wesentliche Güter auf verschiedene Weise zu verbessern: Vorrang für den Handel innerhalb der EU, Förderung der Produktion von Spitzentechnologien und weitere Diversifizierung der Importquellen. Wir empfehlen auch, neue Exportmärkte zu erkunden.

2. Wir empfehlen, die Handelspraktiken für Erdgasverträge mit dem Ziel sowohl kurzfristiger als auch langfristiger Verträge zu überprüfen. Wir empfehlen, die Diversifizierung der Energiequellen fortzusetzen.

3. Der Hof empfiehlt, dass die Maßnahmen des Grünen Deals und ihre Umsetzung unter Berücksichtigung möglicher negativer sozioökonomischer Auswirkungen bewertet werden. Zur Umsetzung der Ziele des Grünen Deals empfehlen wir, neben der Nutzung erneuerbarer Energiequellen auch Kernenergie und Erdgas einzusetzen.

4. Wir betonen, dass es besonders wichtig ist, dass alle Mitgliedstaaten den Grundsatz des Vorrangs des EU-Rechts einhalten. Wir fordern nachdrücklich, dass Litauen in dieser Frage eine klare grundsätzliche Haltung einnimmt.

5. Wir empfehlen, dass Litauen aktiver auf bewährte Verfahren der EU-Länder zurückgreifen sollte, um höhere Sozialstandards, wirtschaftliche Expansion und eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung zu erreichen.

6. Wir empfehlen, der Verbesserung der Cybersicherheit sowie dem Schutz von Daten und Infrastrukturen mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

7. Wir empfehlen, dass die EU und die Mitgliedstaaten der Entwicklung des wirtschaftlichen Grundwissens bei den Bürgern, der Bildung und der Verbreitung von Informationen Vorrang einräumen.

8. Wir empfehlen, dass die neuen Handelsabkommen der EU ehrgeizige Standards in den Bereichen Soziales, Arbeit und Gesundheit enthalten. Wir empfehlen die Erstellung von Leitlinien auf EU-Ebene, in denen festgelegt ist, was zu tun ist und welche Social-Media-Plattformen personenbezogene Verbraucherdaten und Informationen über sie verarbeiten.

9. Wir empfehlen, weiter darüber nachzudenken, ob eine gemeinsame Anleihe auf EU-Ebene möglich ist, um die bestmöglichen Kreditbedingungen zu erreichen. Wir empfehlen auch, eine finanziell solide und verantwortungsbewusste Politik zu entwickeln, um den Schuldenbedarf der Mitgliedstaaten zu verringern.

10. Wir empfehlen eine verstärkte Überwachung der Ausschöpfung und Verwendung von EU-Mitteln, indem die lokalen Gebietskörperschaften dabei unterstützt werden, eine echte Praxis zur Anpassung der Mittelverwendung einzuführen. Da sich die objektive Situation der Empfänger von EU-Mitteln ändern kann, ist die Verknüpfung zwischen Transparenz und Flexibilität von besonderer Bedeutung.

11. Wir empfehlen Litauen, weiterhin aktiv die wirtschaftliche Entwicklung und Investitionen in den Regionen des Landes zu fördern.

3. Diskussionen im nationalen Bürgerpanel und Analyse der Ergebnisse

Die Teilnehmer des nationalen Bürgerpanels befassten sich mit den wichtigsten aktuellen Problemen Litauens (die auf nationaler Ebene auf politischer Ebene und in den Medien ausführlich diskutiert wurden) und wie diese gelöst werden können. Die allgemeine Abstimmung über die wichtigsten Schlussfolgerungen des Gremiums ergab, dass fast 45 % der in beiden Sitzungen abgegebenen Stimmen den Vorschlägen zu zwei Themen gewidmet waren: die Beziehungen zu China und die Kontrolle der Migrationsströme (siehe nachstehende Tabelle). Auch dem Thema Energiepolitik wurde viel Aufmerksamkeit geschenkt. Es gab nur einen Vorschlag, der jedoch von fast 10 % der Teilnehmer abgegeben wurde. Das Ergebnis dieser Abstimmungen deutet darauf hin, dass die Vorstellung der Bürger über die Zukunft Europas für die heutigen (nationalen) politischen Probleme und Neuigkeiten von entscheidender Bedeutung sein könnte.

Empfehlung	Abstimmung
Erste Sitzung: Rolle und Zuständigkeiten der EU in der Außenpolitik	
1. Wir fordern die EU auf, eine wirksamere Politik gegenüber China zu entwickeln. Die derzeitige Unterstützung für Litauen ist nicht ausreichend, aber Litauen hat seine Position auch nicht ausreichend an die der EU-Partner angeglichen. Um sicherzustellen, dass die Interessen innerhalb der EU besser ausgewogen sind und es nur eine Politik gegenüber China und anderen außenpolitischen Fragen gibt, empfehlen wir, die Möglichkeit eines EU-Außenministers in Erwägung zu ziehen.	11 (22,9 %) wichtig für ganz Europa: 8; in persönlicher Eigenschaft: 3
2. Wir plädieren dafür, die Frage der Migrantenquoten auf EU-Ebene wieder auf die Tagesordnung zu bringen.	9 (18,8 %) wichtig für ganz Europa: 9
3. Wir empfehlen, auf EU-Ebene eine spezielle Kommission zur Lösung von Migrationsproblemen einzusetzen, die eine schnellere Reaktion auf Migrationskrisen und das Recht der Mitgliedstaaten gewährleisten würde, ihre nationalen Interessen zu erläutern und zu verteidigen und gemeinsame Leitlinien für die Migrationssteuerung auszuarbeiten und umzusetzen.	7 (14,6 %) wichtig für ganz Europa: 3; in persönlicher Eigenschaft: 4
4. Wir empfehlen, die wirtschaftlichen und humanitären Beziehungen zu den Ländern Nordafrikas zu stärken, ohne die politischen Realitäten aus den Augen zu verlieren, insbesondere um den Einfluss Chinas, Russlands und anderer Staaten in dieser Region zu verringern.	6 (12,5 %) persönlich wichtig: 6
5. Wir empfehlen, die Beziehungen zu Osteuropa zu stärken und wirtschaftliche Maßnahmen auf der Ebene der Menschen umzusetzen.	5 (10,4 %) persönlich wichtig: 5
Zweite Sitzung: die wirtschaftliche Rolle der EU	
1. Wir empfehlen der EU, verschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um die Versorgungssicherheit für wesentliche Güter zu erhöhen: dem Handel innerhalb der EU Vorrang einzuräumen, die Produktion von Spitzentechnologien innerhalb der EU zu fördern und die Diversifizierung der Einfuhrquellen fortzusetzen. Wir empfehlen auch, neue Exportmärkte zu erkunden.	9 (19,6 %) wichtig für ganz Europa: 3; persönlich: 6

2. Wir empfehlen, die Handelspraktiken für Erdgasverträge mit dem Ziel sowohl kurzfristiger als auch langfristiger Verträge zu überprüfen. Wir empfehlen, die Diversifizierung der Energiequellen fortzusetzen.	9 (19,6 %) wichtig für ganz Europa: 9
3. Der Hof empfiehlt, dass die Maßnahmen des Grünen Deals und ihre Umsetzung unter Berücksichtigung möglicher negativer sozioökonomischer Auswirkungen bewertet werden. Zur Umsetzung der Ziele des Grünen Deals empfehlen wir, neben der Nutzung erneuerbarer Energiequellen auch Kernenergie und Erdgas einzusetzen.	6 (13 %) persönlich wichtig: 6
4. Wir betonen, wie wichtig es ist, dass alle Mitgliedstaaten den Grundsatz des Vorrangs des EU-Rechts einhalten. Wir fordern nachdrücklich, dass Litauen in dieser Frage eine klare grundsätzliche Haltung einnimmt.	4 (8,7 %) wichtig für ganz Europa: 2; in persönlicher Eigenschaft: 2

Darüber hinaus sind die für die Bürger wichtigsten Fragen, nämlich die Beziehungen zu China, Migration oder Energie, nicht vorübergehend: ihre Entscheidung wird grundlegende Auswirkungen auf die langfristige Zukunft Europas haben. Daher ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Bürgerinnen und Bürger, die über die Zukunft nachdenken, dem, was derzeit wichtig ist, Vorrang einräumen, kein Problem. Da der Aufbau der Zukunft heute mit einer Vielzahl von kleinen Schritten beginnt, ist die Wahrnehmung der kurzfristigen Erwartungen der Bürger eine unabdingbare Voraussetzung, um langfristig eine solide Prozesskontrolle und Problemlösung zu gewährleisten. Die nachfolgende Analyse der wichtigsten Ergebnisse des nationalen Bürgerpanels beruht gerade auf dieser Feststellung.

Die Resolution mit der höchsten Stimmenzahl (11, d. h. fast 12 %) lautet, dass **die EU eine wirksamere Politik gegenüber China benötigt**. Diese allgemeine Schlussfolgerung umfasste mehrere konkretere Behauptungen. Erstens wiesen die Teilnehmer darauf hin, dass die Unterstützung der EU für Litauen angesichts des wirtschaftlichen Drucks durch China zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ausreichte. Zweitens wiesen die Vertreter der Gruppe, die die Schlussfolgerung übermittelten, darauf hin, dass Litauen sich selbst stärker darum bemühen müsse, seine Politik gegenüber China mit der Politik der EU-Partner in Einklang zu bringen, insbesondere weil es für die gesamte EU wichtig sei, weiterhin Handel mit China zu führen. Drittens sprachen sich die Bürgerinnen und Bürger davon aus, dass die Koordinierung der Standpunkte und die Entwicklung einer gemeinsamen Politik insbesondere in Bezug auf China wirksamer sein könnten, wenn die Funktion des EU-Außenministers geschaffen würde. Acht Teilnehmer erklärten diese Schlussfolgerung als besonders wichtig für ganz Europa, und drei andere erklärten sie persönlich für wichtig.

Das Problem der Beziehungen zu China ist eng mit zwei weiteren Vorschlägen verbunden, die eine große Anzahl von Stimmen von Bürgern erhalten haben. Neun Teilnehmer stimmten für die Schlussfolgerung der zweiten Tagung, dass die **EU die Versorgungssicherheit verbessern muss** (drei Teilnehmer gaben an, dass dies für ganz Europa von besonderer Bedeutung ist, sechs für sie persönlich). Diese Schlussfolgerung enthielt auch mehrere Aspekte. Erstens unterstrichen die Bürger die Notwendigkeit, EU-Märkten Vorrang einzuräumen, die sich durch zuverlässige Lieferanten und Produkte mit hohen Standards auszeichnen. Zweitens wiesen die Teilnehmer auf die Notwendigkeit hin, die Produktionskapazitäten für Spitzentechnologien in Europa selbst zu fördern. Drittens sprachen sich die Bürger für eine stärkere Diversifizierung der Importquellen aus. Bei der Formulierung dieser Empfehlungen sprachen die Diskussionsteilnehmer ständig über den chinesischen Faktor: die Sicherheitsbedrohungen chinesischer Waren, die Abhängigkeit von chinesischen Rohstoffen, die für die Herstellung modernster Technologien erforderlich sind, sowie die Praktiken des Kopierens und Diebstahls von Technologien durch China von westlichen

Unternehmen, die auf seinem Markt tätig sind. Der Vorschlag, **die wirtschaftliche und humanitäre Zusammenarbeit der EU mit den nordafrikanischen Ländern auszubauen**, erhielt ebenfalls sechs (persönliche) Stimmen mit der Begründung, dass es in dieser Region wichtig sei, den Einfluss Chinas, Russlands und anderer unfreundlicher Staaten zu verringern.

Die Abstimmungsergebnisse spiegelten auch die Sorgen der Bürger über Migrationsfragen wider. Zwei der drei Schlussfolgerungen, die im Bereich der Außenpolitik die meisten Stimmen erhielten, waren der Migration gewidmet. Neun Teilnehmer stimmten für den Vorschlag, **dass die EU auf die Einführung eines Systems verbindlicher Quoten für die Aufnahme von Migranten für die Mitgliedstaaten zurückkommen** sollte (alle betonten, dass dieser Vorschlag für ganz Europa von besonderer Bedeutung ist). Die Teilnehmer, die zu dieser Schlussfolgerung gelangten, sprachen sich dafür aus, dass die nationalen Quoten auf der Grundlage der Einwohnerzahl festgelegt werden und dass eine EU-Kofinanzierung vorgesehen wird, um die Bedürfnisse der Migranten zu decken, die nach diesen Quoten aufgeteilt werden. Sieben Teilnehmer stimmten noch für den Vorschlag, auf **EU-Ebene einen ständigen Fachausschuss zur Lösung von Migrationsproblemen einzusetzen, in den Vertreter der Mitgliedstaaten entsandt würden** (drei Teilnehmer halten diesen Vorschlag für ganz Europa für von besonderer Bedeutung, vier für sie persönlich). Die Teilnehmer betonten, dass eine solche Einrichtung die EU in die Lage versetzen könnte, schneller auf Migrationskrisen zu reagieren und gleichzeitig ein Gleichgewicht zwischen der angemessenen Einhaltung der allgemeinen Grundsätze der EU und dem Recht der Mitgliedstaaten, ihre nationalen Interessen und ihre Sicherheit zu verteidigen, sicherzustellen.

In der Debatte über die Migrationspolitik befassten sich die Teilnehmer mit zwei verschiedenen Krisen zur Steuerung der Migrationsströme: 2016 die Migrationskrise im Mittelmeer und 2010 der hybride Angriff Weißrusslands auf Litauen, Lettland und Polen, bei dem Minsk Migranten aus dem Nahen Osten und Afrika eingesetzt hat. Eine Reihe von Panelteilnehmern behauptete, die Krise im Jahr 2016 sei für sie weit entfernt und uninteressant, sowohl für Litauen als Ganzes als auch für sie persönlich, und der damals angesprochene Vorschlag, ein System von Migrantenquoten einzuführen, erschien ihnen nicht angemessen. Nach Angaben der Teilnehmer hat die Erfahrung des hybriden Angriffs das Migrationsproblem in Osteuropa näher gebracht und dazu gezwungen, Quoten als geeignetes, wirksames und solidarisches Instrument der Migrationspolitik anzugehen. Einige Teilnehmer wiesen darauf hin, dass es während der Krise im Jahr 2021 schwierig geworden sei, Flüchtlinge, Migranten und Menschen, die eine Bedrohung darstellten, zu unterscheiden. Alle Teilnehmer kamen überein, dass die derzeitige „offene“ Migrationspolitik der EU die von der Migration ausgehenden Bedrohungen, die nationalen Interessen der Mitgliedstaaten, ihre Fähigkeit zur Integration von Migranten usw. nicht ausreichend berücksichtigt. Die Bürgerinnen und Bürger kritisierten auch die EU wegen ihrer Langsamkeit oder mangelnden Reaktion auf die Bedürfnisse Litauens und der Weigerung, den Bau einer Mauer an den Außengrenzen zu finanzieren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die litauischen Bürgerinnen und Bürger Litauens im Jahr 2021 – die Beziehungen zu China und die Steuerung der Migrationsströme – dazu anhalten, von der EU ein stärkeres Eingreifen und eine wirksamere gemeinsame Politik zu fordern. Die Bürger sind besorgt über die Politik Chinas und ihren zunehmenden Einfluss in Europa und in der Nachbarschaft der EU. Es muss anerkannt werden, dass Chinas wirtschaftlicher Einfluss Europa zwingt, nach geeigneten und ausgewogenen politischen Maßnahmen zu suchen. Nach Ansicht der Bürger besteht die wichtigste Lösung darin, die gemeinsamen außenpolitischen Instrumente der EU, die Industriepolitik und die Zusammenarbeit mit Nachbarn zu stärken. In ähnlicher Weise waren die Bürger der Ansicht, dass ein einheitliches Vorgehen auf EU-Ebene und ein mögliches neues System von Migrationsquoten wahrscheinlich das geeignetste Mittel sind, um Sicherheitsbedrohungen durch Migration zu vermeiden und die Migrationsströme nach Europa schnell und effizient zu kontrollieren. Nach Ansicht der Panelteilnehmer wäre die beste Antwort auf

den wachsenden Druck Chinas und auf den hybriden Angriff auf Belarus eine vertiefte und verstärkte gemeinsame EU-Politik.

Diese Stellungnahme zu den Krisen, die Gegenstand der Debatte sind, lässt sich mit den Vorschlägen der Teilnehmer des Energie- und Klimagremiums vergleichen. Ende 2021 mussten viele litauische Bürger direkt mit steigenden Heizpreisen fertig werden, und die Energiepreiskrise erwies sich rasch als eine der wichtigsten Nachrichten für Litauen. Die Sorge um die Energiepreise spiegelt sich auch in der Abstimmung der Teilnehmer wider: neun Bürger stimmten sogar für die Schlussfolgerung, dass dieses Thema für ganz Europa am wichtigsten ist. Die Hauptempfehlung der Teilnehmer bestand darin, **die derzeitige Praxis der Mitgliedstaaten durch den Abschluss von Energielieferverträgen mit verschiedenen Anbietern zu überprüfen und sich um einen kurzfristigen und langfristigen Abschluss zu bemühen**. Mit anderen Worten, die Bürger unterstützten die Politik der Diversifizierung der Energiequellen, gaben jedoch keine Empfehlungen zu den allgemeinen EU-Politiken ab und empfahlen nicht, die Energiepolitik weiter zu integrieren.

In Bezug auf die Klimapolitik empfahlen die Bürgerinnen und Bürger, **die Maßnahmen des Grünen Deals unter Berücksichtigung der erwarteten sozioökonomischen Auswirkungen und ihrer Ambitionen zu bewerten**. Der Vorschlag erhielt die Stimme von sechs Teilnehmern, die ihn persönlich für wichtig hielten. Einige Teilnehmer äußerten Bedenken über das zu schnelle Tempo des sogenannten „grünen Übergangs“ und erklärten, Litauen müsse genauer prüfen, ob eine solche Politik den Interessen des Landes und seiner Bürger schaden würde. Einige Teilnehmer stellten auch fest, dass nicht nur erneuerbare Energien, sondern auch Kernenergie und Erdgas genutzt werden müssen. Zur Stützung dieser Position bezogen sie sich auf die Entscheidung Deutschlands, weiterhin auf Erdgas zurückzugreifen, sowie auf das Potenzial der sogenannten „modularen“ Kernreaktoren der nächsten Generation. In Bezug auf die Klimapolitik haben die Teilnehmer des Gremiums daher der Politik der Mitgliedstaaten Vorrang eingeräumt, die den nationalen Erfordernissen entspricht, und nicht einer ehrgeizigen gemeinsamen Politik der EU im Bereich der Klimapolitik.

Angesichts der relativ geringen Zahl von Panelteilnehmern und der unterschiedlichen Reaktionen der Bürger (mehr Handlungseinheit oder mehr Flexibilität) auf die verschiedenen Krisen wäre es falsch, hier zusammenfassende und weitgehend anwendbare Maßnahmen in Betracht zu ziehen. Diese Dynamik der Meinungsäußerung kann jedoch dazu führen, dass Themen vorgeschlagen werden, die für künftige Meinungsstudien der litauischen Bürger zu Fragen der EU-Integration interessant sind, bei denen berücksichtigt werden sollte, was die Bürgerinnen und Bürger über die autonomen EU-Politiken, die Entwicklung der institutionellen Bestimmungen und die Unterschiede sagen.

4. Ergebnisse des Bürgerpanels im allgemeineren Kontext der öffentlichen Meinung in Litauen

Um die Ergebnisse der nationalen Bürgergruppe zu kontextualisieren, werden diese im letzten Teil kurz mit den Ergebnissen zweier aktueller Meinungsumfragen sowie mit den Zwischenergebnissen anderer Vorbereitungsarbeiten für die Konferenz zur Zukunft Europas verglichen. Der erste Teil dieses Berichts bezieht sich auf eine im Oktober und November 2020 [durchgeführte](#) Bürgerbefragung über die Konferenz zur Zukunft Europas. Die zweite Ausgabe des letzten [Standard-Eurobarometers](#), das im Sommer 2021 durchgeführt wurde. Da sich ein Teil der Themen dieser Studien auf andere politische Themen und Erwartungen der Bürger in Bezug auf die Konferenz selbst konzentrierte, wird im Folgenden ein Vergleich mit den Fragen vorgenommen, die im Rahmen des Panels wirklich behandelt wurden. Die Prüfung der Ergebnisse der Vorbereitungsarbeiten für die Konferenz zur Zukunft Europas stützte sich auf den vorläufigen

Bericht des RESC, in dem die Erklärungen der Bürgerinnen und Bürger enthalten sind, die an der Arbeit zu verschiedenen Fragen der EU-Politik teilgenommen haben.

Die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfragen deuten darauf hin, dass die Diskussionen und Stimmen der Teilnehmer des Bürgerpanels die in der litauischen Gesellschaft vorherrschenden Ansichten recht gut widerspiegeln. Die Empfehlungen der Teilnehmer des Gremiums, die Gemeinsame Außen- und Migrationspolitik zu stärken, indem sie einen Teil der Entscheidungen auf EU-Ebene treffen, entsprechen den Ergebnissen der breiter angelegten öffentlichen Meinungsumfragen:

- Litauische Bürger befürworten mehr als der EU-Durchschnitt für die gemeinsame Verteidigungspolitik der EU (90 % gegenüber 78 %);
 - Litauische Bürger unterstützen die gemeinsame Migrationspolitik der EU stärker als der EU-Durchschnitt (76 % gegenüber 71 %; dieser Unterschied liegt in der Fehlermarge);
 - Litauische Bürger betrachten Migration als eines der beiden größten Probleme der EU;
- Die litauischen Bürger wünschen sich mehr, dass die Probleme auf EU-Ebene gelöst werden (49 % gegenüber 42 %).

Die litauischen Bürgerinnen und Bürger, die an den Vorbereitungsveranstaltungen für die Konferenz zur Zukunft Europas teilnahmen, betonten auch, wie wichtig die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich ist, und dass die gemeinsame Migrationspolitik der EU und die EU-Außenpolitik Bereiche sind, in denen Litauen an einer stärkeren EU-Intervention interessiert wäre.

Die Daten der Eurobarometer-Studien könnten Aufschluss über die Ansichten der Panelteilnehmer zu den Beziehungen zu China und zu den Energiepreisen geben: die Litauer sind mehr besorgt als der EU-Durchschnitt über das Zerbrechen der Beziehungen zwischen den Ländern der Welt und die daraus resultierenden wachsenden geopolitischen Spannungen (33 % gegenüber 18 %). Auch die Schlussfolgerungen der Panelteilnehmer zur Notwendigkeit einer ehrgeizigeren Politik gegenüber China decken sich mit dem oben genannten Standpunkt für eine Beschlussfassung auf EU-Ebene und eine gemeinsame Verteidigungspolitik der EU. Darüber hinaus kann die Besorgnis der Teilnehmer des Gremiums in Bezug auf verschiedene Entscheidungen zur Senkung der Energiepreise damit zusammenhängen, dass die Litauer angesichts der steigenden Inflation und des Preisanstiegs (53 % gegenüber 23 %) weit über dem EU-Durchschnitt besorgt sind. Die steigende Inflationssensitivität ist darauf zurückzuführen, dass die Kontrolle des Preisanstiegs wichtiger erscheint als die allgemeine Politikgestaltung der EU oder andere politische Ziele.

Die Eurobarometer-Daten deuten auch auf eine interessante Entwicklung der politischen Wahrnehmung der Migrationsfrage durch die Litauer hin. In der Erhebung von 2020 nannten die Litauer die Migration seltener als der EU-Durchschnitt als eine große Herausforderung für die Zukunft der EU (16 % gegenüber 27 %); In der Umfrage von 2021 betrachteten 32 % der litauischen Befragten Migration als eines der größten Probleme in der EU (im Durchschnitt 25 % in der EU). Diese Änderung der Sichtweise mag zwar auf Unterschiede in der Formulierung der Frage zurückzuführen sein, aber sie überschneidet sich mit dem, was die Panelteilnehmer in den Diskussionen über die Entwicklung ihrer Ansichten zu Migrationsfragen gesagt haben.

Darüber hinaus zeigt der Vergleich der Ergebnisse des Bürgerpanels mit den Daten der Eurobarometer-Umfrage eine Diskrepanz zwischen einer relativ vorsichtigen Sicht der Teilnehmer des Gremiums in Bezug auf die EU-Politik einerseits und einer Besorgnis der litauischen Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf den Klimawandel andererseits. Obwohl die Teilnehmer des Gremiums aufgefordert haben, zu bewerten, ob der Grüne Deal nicht zu ehrgeizig ist und den Interessen Litauens nicht schaden wird, bezeichnen die Litauer laut Eurobarometer-Studien den

Klimawandel ständig als eine der wichtigsten Herausforderungen für die EU. In der Umfrage von 2020 betrachteten 47 % der litauischen Befragten das Klima als eine der größten Herausforderungen für die Zukunft Europas (im Durchschnitt 45 % in der EU); In der Umfrage 2021 war dies bei 28 % der litauischen Befragten der Fall (im EU-Durchschnitt waren es 25 %). Es sei darauf hingewiesen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die an anderen Veranstaltungen zur Vorbereitung der Konferenz zur Zukunft Europas teilgenommen haben, auch die Klimapolitik als einen der Bereiche bezeichnet haben, in denen Litauen am meisten an einer stärkeren EU-Intervention interessiert wäre. Diese Verzögerung lässt sich wahrscheinlich durch die Motive für die Abstimmung der Panelteilnehmer erklären: alle, die für die Empfehlung gestimmt haben, die Maßnahmen des Grünen Deals neu zu bewerten, haben dieses Thema für sie persönlich als wichtig bezeichnet. Mit anderen Worten, eine persönliche Opposition wäre nicht unvereinbar mit der Feststellung, dass der Klimawandel eine der größten Herausforderungen für die EU-Politik darstellt.

II F Nationale Panels: Die Niederlande



Unsere Vision von Europa

Stellungnahmen, Ideen und Empfehlungen

Themen & Themen

- Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit
- Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung
- Europäische Demokratie
- Digitale Transformation
- Bildung, Kultur, Jugend und Sport

3. Dezember 2021

Dieses Dokument ist eine Übersetzung des Berichts mit dem Titel "Onze kijk op Europa; Meningeën, ideeën en Aanbevelingen", ("Unsere Vision von Europa: Stellungnahmen, Ideen und Empfehlungen"), die am 3. Dezember 2021 in niederländischer Sprache auf der Website www.kijkopeuropa.nl veröffentlicht wurde. Bei dieser Übersetzung handelt es sich um eine vereinfachte Fassung des Berichts, in der die Originaldarstellung (Abbildungen und andere grafische Elemente) zum Zwecke der Übersetzung geändert wurde.

Unsere Vision von...

Zusammenfassung des Berichts: alle Empfehlungen in Kürze

Im Rahmen des Bürgerdialogs zum Thema „Vision of Europe“ haben wir die Ansichten und Vorstellungen der niederländischen Bürger zur Zukunft Europas gesammelt. Dies führte für die ersten fünf Themen zu folgenden Empfehlungen an die Europäische Union:

Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit

Es ist wichtig, dass die EU die Rechtsstaatlichkeit schützt. Gleichzeitig sind die Niederländer der Ansicht, dass der Vielfalt der Traditionen und Kulturen in Europa Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Die Zusammenarbeit innerhalb der EU kann viele Vorteile in unterschiedlicher Form mit sich bringen, muss jedoch einen Mehrwert für alle Beteiligten bieten. Dies gilt auch für den Austausch von Sicherheitsinformationen. Der Austausch aller Informationen macht die Zusammenarbeit schnell unwirksam.

1. Sicherstellen, dass sich jeder frei und sicher fühlt
2. Erweiterung der EU nur dann, wenn dies einen Mehrwert bringt
3. Zusammenarbeit in erster Linie bei der Bekämpfung der internationalen Kriminalität und des Terrorismus

Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung

Die Niederländer glauben, dass es viele Möglichkeiten gibt, die europäische Wirtschaft zu stärken. Aber die Länder können nicht immer miteinander verglichen werden. Insbesondere das Steuersystem sollte gerechter und klarer sein. Und in Europa sollten wir uns stärker auf unsere Stärken wie Qualität und Vielfalt konzentrieren. Darüber hinaus können die EU-Länder zusammenarbeiten, um Chancengleichheit auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu gewährleisten.

4. Berücksichtigen Sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede
5. Stärkere Nutzung der Stärken Europas
6. Entwicklung eines fairen und klaren Steuersystems
7. Sicherstellen, dass alle an der **Europäischen**

Demokratie teilnehmen können

Die Niederländer brauchen nicht alles über die Europäische Union zu wissen, sondern wollen mehr Transparenz und mehr Informationen. Die Kenntnis der Ansichten anderer EU-Länder kann beispielsweise zu einem besseren Überblick beitragen. Darüber hinaus sind die Niederländer der Ansicht, dass die EU häufiger und vorzugsweise dauerhaft mit den Bürgern in Kontakt treten sollte. Dabei ist es nicht nur wichtig, den unterschiedlichen Interessen Rechnung zu tragen, sondern auch schneller Entscheidungen zu treffen, als dies derzeit der Fall ist.

1. Einen besseren Überblick über Europa geben

2. Neue Wege finden, um den Bürgern ständig zuzuhören
3. Mehr Transparenz und Klarheit in Bezug auf die angenommenen Beschlüsse
4. Stellen Sie sicher, dass schwierige Fragen schneller gelöst werden können

Digitale Transformation

Die Gesellschaft ist zunehmend vom Internet abhängig, und große Technologieunternehmen werden immer stärker. Das beunruhigt die Niederländer manchmal sehr. Daher ist es sinnvoll, dass die EU europäische Vorschriften und Normen (zum Schutz der Privatsphäre) ausarbeitet. Es ist jedoch wichtig, dass jeder diese Regeln und Normen verstehen und anwenden kann. Die Niederländer bevorzugen Unterstützung und Informationen von den nationalen Behörden in ihrer eigenen Sprache.

1. Überall ein schnelles, sicheres und stabiles Internet gewährleisten
2. Festlegung klarer Regeln und Standards für Internetunternehmen
3. Anpassung der Datenschutzvorschriften an praktische Umsetzung und Erläuterungen

Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Junge Menschen, die im Ausland studieren, sollten in der Lage sein, mehr vom Gastland zu lernen, als es heute der Fall ist. Und Länder mit einem niedrigeren Wissensstand sollten nicht all ihre Talente verlieren, die ins Ausland gehen. Die Niederländer sind der Ansicht, dass Themen wie Kultur und Missbrauch im Sport eher die Mitgliedstaaten selbst betreffen sollten. Und sie halten es für sehr wichtig, eine eigene Landessprache zu haben. Im Allgemeinen muss sich in Europa vor allem jeder Mensch frei fühlen und er selbst sein können.

1. Studenten ermutigen, intelligent im Ausland zu studieren
2. Die Mitgliedstaaten sollten sich vorrangig mit Themen wie Kultur und Sport befassen.
3. Gewährleistung, dass die Europäer einander besser kennen und respektieren

Einführung

Der Bürgerdialog „Vision of Europe“, der vom 1. September bis Mitte November stattfand, ermöglichte es allen Niederländern, ihre Ansichten und Ideen zur Zukunft Europas darzulegen. Die Niederlande legen der Europäischen Union (EU) die Empfehlungen vor, zu denen der Dialog geführt hat, sowie die geäußerten Ideen und Standpunkte. In diesem Bericht konzentrieren wir uns auf die ersten fünf Themen. Die weiteren vier Themen werden Anfang 2022 in einem nächsten Bericht behandelt. **Über „Vision of Europe“**

Die Europäische Union möchte, dass ihre Bürger ihr mitteilen, was sie von Europa denken. Deshalb organisiert die EU die Konferenz zur Zukunft Europas. Die Meinungen und Ideen der Bürger in der gesamten Europäischen Union werden dann in die Pläne für die Zukunft Europas einfließen. Im Rahmen der Konferenz organisierten die Niederlande den Bürgerdialog „Vision of Europe“ auf nationaler Ebene.

Der Dialog „Vision of Europe“ begann am 1. September mit der Online-Sammlung von Stellungnahmen und Ideen durch eine Umfrage eines repräsentativen Gremiums. Um die ersten Ergebnisse der Umfrage bei einem Panel zu vertiefen und konkrete Empfehlungen zu formulieren, haben wir thematische Online-Dialoge organisiert. Jeder, der es wollte, konnte daran teilnehmen. Wir reisten auch durch das Land, um Gespräche mit jungen Menschen und anderen (schwierig zu erreichenden) Gruppen zu führen.

Von Schülern, Schülern der Sekundarstufe II und Studenten bis hin zu Ministern, Landwirten und Migranten

In den Monaten Oktober und November fanden insgesamt acht thematische Online-Dialoge mit durchschnittlich 30 Teilnehmern pro Sitzung statt. Wir haben auch einen thematischen Online-Dialog und sieben thematische Dialoge vor Ort mit verschiedenen niederländischen Bürgergruppen organisiert. So haben wir mit der türkischen Gemeinde in Schiedam gesprochen und von den Freiwilligen der Piëzo-Stiftung nach Zoetermeer eingeladen. Bei dieser letzten Gelegenheit war auch Außenminister Ben Knapen am Ende des Dialogs anwesend. Der Minister führte eine Aussprache mit den Teilnehmern über den Dialog und die geäußerten Ansichten zur Zukunft Europas. Schließlich haben wir sechs Treffen mit verschiedenen Jugendgruppen organisiert. Wir wurden zum Beispiel an einer Sekundarschule in Helmond, an einer professionellen Sekundarschule in Doetinchem und an der Universität Leyde empfangen.

*Ich mag es immer, meine Meinung vor der Kaffeemaschine auszudrücken.
Deshalb habe ich gedacht, dass ich mitmachen muss.*

Teilnahme am thematischen Dialog

Über diesen Bericht

Auf der Grundlage der Ideen und Meinungen, die wir in den letzten Monaten gesammelt haben, haben wir eine Reihe von Empfehlungen erarbeitet, die die niederländischen Bürger an die Europäische Union richten. Während der Diskussionen unter den niederländischen Bürgern fand ein interessanter Meinungs austausch statt, und es wurden innovative Ideen herausgebracht. Auch im Rahmen des Panels und der öffentlichen Erhebung wurden Vorschläge unterbreitet. Einige dieser Ideen wurden in diesen Bericht aufgenommen. Der Inhalt dieses Berichts ist daher die Stimme der Niederlande: unsere Vision von Europa.

So wie es Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ländern und den europäischen Bürgern gibt, sind wir in den Niederlanden natürlich auch nicht immer einer Meinung. Genau diese Meinungsverschiedenheiten sind wertvoll: Sie sind ein wichtiges Merkmal einer Demokratie. Die Empfehlungen beziehen sich auf die am häufigsten von den Teilnehmern der „Vision of Europe“-Umfrage geäußerten Ideen und Meinungen. Wir beschreiben auch Bedenken, Ideen und Gefühle, die vielleicht weniger verbreitet sind, aber unsere Aufmerksamkeit während der Online-Dialoge und Umfragen auf sich gezogen haben.

Es war schön, in kleinen Gruppen mit Anhängern und Gegnern sprechen zu können. Das unterscheidet sich sehr von der Art und Weise, wie Diskussionen normalerweise in sozialen Medien stattfinden.

Teilnahme am thematischen Dialog

Für die Konferenz zur Zukunft Europas wurden neun Themen festgelegt. Diese Themen stehen auch im Mittelpunkt des Dialogs „Vision of Europe“, der mit den niederländischen Bürgern stattgefunden hat. Im Oktober veröffentlichte der Hof einen Zwischenbericht mit einem ersten Überblick über die Ergebnisse und ergänzenden Fragen auf der Grundlage einer Panel-Umfrage. In diesem zweiten Bericht erläutern wir die Stellungnahmen, Ideen und Empfehlungen zu den ersten fünf Themen für die Plenarsitzung der Konferenz zur Zukunft Europas im Dezember. Der folgende Bericht, in dem die verbleibenden vier Themen behandelt werden, wird Mitte Januar veröffentlicht.

Aktueller Bericht – Dezember 2021

- Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit
- Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung
- Europäische Demokratie
 - Digitale Transformation
 - Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Nächster Bericht – Januar 2022

- Klimawandel und Umwelt
- Migration
- Gesundheit
- Die EU in der Welt

Die nächsten Schritte

• Die Konferenz zur Zukunft Europas bringt Ideen, Meinungen und Empfehlungen aller EU-Bürger zusammen. Die Sitzungen konzentrieren sich nicht nur auf die Ergebnisse aller Bürgerdialoge auf nationaler Ebene, sondern auch auf die Ergebnisse anderer Initiativen, die im Rahmen der Konferenz eingeleitet wurden. Zum Beispiel gibt es auch europäische Bürgerforen, und alle EU-Bürger (also auch niederländische) können auf eine europäische digitale Plattform zugreifen.

„Es ist gut, dass die EU diese Initiative ergreift. Ich hoffe, dass die Ergebnisse wirklich berücksichtigt werden.“

Teilnahme am thematischen Dialog

- Die Konferenz endet im Frühjahr 2022. Die Niederlande werden dann einen Abschlussbericht über den Bürgerdialog erstellen: eine Zusammenstellung dieses Berichts und des folgenden Berichts (einschließlich der anderen Themen). Im Anschluss an die Konferenz werden Empfehlungen an den Vorsitz der Konferenz abgegeben: die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Ministerrates und der Europäischen Kommission. Sie verpflichteten sich, zu prüfen, wie die Empfehlungen umgesetzt werden können. Für die niederländische Regierung sind die Ergebnisse zudem ein wertvoller Beitrag zur Gestaltung der europäischen Politik der Niederlande.
- Kurz gesagt, der Prozess, der bis zum Frühjahr 2022 dauern wird, wird wie folgt organisiert:

Chronologie

Vision von Europa

1. Sieben.	12. Oktober	22./23. Oktober	15. Nov.	17./18. Dezember	21./22. Januar	22./24. April		
Ideen online sammeln								
Thematische Dialoge								
		Zwischenergebnisse (Zwischenbericht)		Zwischenbericht zu den Themen „Wirtschaft“ und „Demokratie“	Zwischenbericht zu den Themen „Klima“ und „EU in der Welt“	Abschlussbericht „Unsere Vision von Europa“		
		Tagung der Konferenz		Tagung der Konferenz	Tagung der Konferenz	Abschluss der Konferenz	→	Empfehlungen für die Präsidenten • Europäisches Parlament • Europäische Kommission • Ministerrat
				↑	↑	↑		
Mehr Meinungen und Ideen zur Zukunft Europas:								
Dialoge mit den Bürgern			Europäische Bürgerforen		Europäische digitale Plattform (auch für niederländische Bürger)			

Erläuterungen zur Erleichterung des Lesens

In diesem Bericht haben wir fünf Themen behandelt. Für jedes Thema haben wir sukzessive aufgeführt: Empfehlungen auf der Grundlage aller Aspekte des Dialogs mit den Bürgern; Überblick über Meinungen, Ideen und Meinungen (online und mit physischer Präsenz) während der thematischen Dialoge und Anregungen aus der Online-Umfrage in Worten und Bildern.

Eine Beschreibung der im Rahmen der Erhebung angewandten Methodik ist am Ende dieses Berichts zu finden.

Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit

Die EU überwacht die Rechtsstaatlichkeit in allen EU-Ländern und versucht, Ungleichheiten innerhalb der EU zu verringern. Die EU will auch alle Europäer vor Terrorismus und Kriminalität schützen. Um dies zu erreichen, führt die EU Maßnahmen und Regeln ein, und die EU-Länder arbeiten intensiv zusammen.

Was ist die Auffassung der Niederlande zu diesem Thema?

Empfehlungen – Unsere Vision von Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit

68 % der Niederländer sind der Ansicht, dass Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit ein wichtiges Thema sind und dass die EU in diesem Bereich tätig werden muss.

1. Sicherstellen, dass sich jeder frei und sicher fühlt

78 % der Niederländer halten es für wichtig, dass die EU die Rechtsstaatlichkeit sowie unsere Grundrechte und Grundfreiheiten schützt. Und wir legen auch Wert auf den Schutz der Verbraucherrechte: die überwiegende Mehrheit der Bürger hält es für eine gute Sache, dass die EU die Hersteller dazu zwingt, in allen Ländern dieselben Informationen auf den Etiketten anzugeben. Viele Niederländer sind jedoch der Ansicht, dass die EU den Unterschieden in Europa in Bezug auf Traditionen und Kulturen (Governance) Rechnung tragen muss. Und dies unter anderem, weil es sonst schwierig wäre, effizient zusammenzuarbeiten. Wir halten es vor allem für wichtig, dass sich alle in Europa frei und sicher fühlen. Dazu gehören unter anderem ein Dach über dem Kopf, aber auch Bildung und Pflege. Und das gilt auch für die Tatsache, dass die Produkte, die sich in europäischen Geschäften befinden, immer sicher.

2. Erweiterung der EU nur dann, wenn dies einen Mehrwert bringt

44 % der Niederländer glauben nicht, dass sich die EU auf mehr Länder ausdehnen sollte. 25 % sind dagegen für eine Erweiterung. Wir stellen fest, dass es bereits viele Debatten zwischen den derzeitigen Mitgliedstaaten gibt. Viele Niederländer sind der Meinung, dass wir uns zuerst auf dieses Thema konzentrieren müssen. Und wenn neue Länder der Union beitreten, müssen sie wirklich in der Lage sein, unsere Bedingungen zu erfüllen. Heute und in Zukunft. Viele Niederländer sind der Ansicht, dass auch die derzeitigen Mitgliedstaaten den Mehrwert einer Erweiterung wahrnehmen müssen. Darüber hinaus sind wir der Ansicht, dass es weitere Möglichkeiten gibt, als Land für Sicherheit und Stabilität zusammenzuarbeiten. Zum Beispiel sind wir manchmal besorgt über den Einfluss Russlands auf die Länder an der östlichen EU-Grenze. Es ist wichtig, dass die EU darauf achtet.

„Eine Erweiterung darf sich nicht auf Kosten und Nutzen konzentrieren, sondern auf eine Vision von Stabilität.“

3. Zusammenarbeit in erster Linie bei der Bekämpfung der internationalen Kriminalität und des Terrorismus

68 % der Niederländer sind der Meinung, dass die Sicherheitsdienste der EU-Länder Informationen austauschen sollten. Wir halten es jedoch für wichtig, dass die Länder auch weiterhin teilweise selbst entscheiden können, welche Informationen sie bereitstellen möchten oder nicht. Der Austausch aller Informationen macht die Zusammenarbeit schnell unwirksam. Und die EU ist heute so groß, dass wir weiterhin kritisch prüfen müssen, wo sensible Informationen ankommen oder ankommen werden. Wir wollen weiterhin Vertrauen in die Tatsache haben, dass unsere Privatsphäre geschützt ist. Wir halten es für sinnvoll, bei der Bekämpfung der schweren internationalen Kriminalität, wie Cyberkriminalität, Drogenhandel und Terrorismus, zusammenzuarbeiten.

Wenn Sie in den Niederlanden einmal ein rotes Licht verbrennen, gibt es in Spanien wirklich keinen Grund, das zu wissen.

Diskussionen und Ideen online und vor Ort

Wenn Sie ein Land bestrafen, das die Regeln missachtet, dann sind die ärmsten Bewohner dieses Landes die ersten Opfer. Deshalb bin ich der Meinung, dass es besser ist zu sprechen, als zu sanktionieren.

Wir müssen zunächst die Stabilität im aktuellen Club sicherstellen. Und dann nur noch an eine Erweiterung denken.

Wir müssen auch unsere eigene Rechtsstaatlichkeit kritisch prüfen. Es gibt sicherlich auch die eine oder andere Fehlfunktion.

DIE IDEE: Strenge Integritätsregeln für politische Entscheidungsträger in ganz Europa festlegen, um zu verhindern, dass sie zu leicht beeinflusst werden.

DIE IDEE: „Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz in den EU-Ländern“.

Schüler der beruflichen Sekundarstufe Doetinchem: Wer Teil der EU werden will, muss sich an die Regeln halten

Am Graafschap College in Doetinchem diskutierten etwa 20 Pfligestudentinnen und -studenten die Frage, welche Vorteile für sie die größten Vorteile der EU darstellen: der freie Markt, der Euro als gemeinsame Währung und die Tatsache, dass man als Europäer sich leicht in anderen EU-Ländern niederlassen und arbeiten kann. Und die Tatsache, dass sich die EU-Länder gegenseitig unterstützen können. Die Union macht die Kraft", sagte einer der anwesenden Schüler. Es ging auch um die Bedeutung der Regeln. Wenn die Länder sie nicht respektieren, ist es oft schwierig, sie hart zu sanktionieren. Laut den Schülern könnte es hilfreich sein, wenn es etwas einfacher wird. Einer von ihnen sprach auch von der abschreckenden Wirkung. Wenn man strenge Sanktionen verhängt, sehen andere Länder, was passieren kann, wenn man die Regeln missachtet.

Hindustanis von Suriname in Utrecht: „Manchmal fehlt es an Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit“

Die Asha Foundation ist eine Organisation von hinduistischen Freiwilligen aus Suriname in der Gemeinde Utrecht. Die Teilnehmer des thematischen Dialogs erörterten insbesondere die Bedeutung der Bürgerrechte: das Recht auf ein Dach über dem Kopf, aber auch das Recht auf Nichtdiskriminierung. Nach Ansicht der anwesenden Freiwilligen muss es Regeln geben, die diese Rechte für alle europäischen Bürger schützen. Es ist nicht immer bekannt, was derzeit in den Niederlanden geregelt ist und was auf europäischer Ebene ist. Daher ist es manchmal schwierig, Vertrauen in die öffentliche Hand zu haben. Dies gilt umso mehr, als es zuweilen gewisse Missstände in der öffentlichen Hand gibt. „Sie mögen sagen, dass die Behörden mich verteidigen müssen, aber manchmal schaffen sie es, Padai zu säen, wie es bei den Zulagen der Fall war“, sagte einer der Teilnehmer. „Die EU sollte dafür sorgen, dass die Vorschriften tatsächlich eingehalten werden“, sagte ein anderer Teilnehmer.

Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung

Kleine und mittlere Unternehmen bilden das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Die EU wünscht daher, dass die EU-Länder zusammenarbeiten, um wirtschaftlich stärker aus der COVID-19-Krise herauszukommen. Langfristig besteht das Ziel der EU darin, die europäische Wirtschaft gesünder, grüner und digitaler zu machen. Was ist die Auffassung der Niederlande zu diesem Thema?

Empfehlungen – Unsere Vision von Wirtschaft und Beschäftigung

61 % der Niederländer sind der Ansicht, dass Wirtschaft und Beschäftigung ein wichtiges Thema sind und dass die EU in diesem Bereich tätig werden muss.

1. Berücksichtigen Sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede

71 % der Niederländer sind der Meinung, dass die EU dafür sorgen sollte, dass die Unternehmen stärker zusammenarbeiten, um die europäische Wirtschaft zu stärken. Allerdings ist nur ein kleiner Teil der Befragten der Meinung, dass die EU den Unternehmen mehr Geld auszahlen muss. Wir sind in erster Linie der Ansicht, dass die Zusammenarbeit effizienter sein kann. Heute stellen wir fest, dass verschiedene Unternehmen in die gleiche neue Technologie investieren, manchmal sogar mit öffentlichen Geldern. Wenn wir eine europäische Vision für die Wirtschaft hätten, könnten wir dieses Geld effizienter einsetzen. Dabei ist den Unterschieden zwischen den Ländern jedoch weiterhin besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Der Agrarsektor in den Niederlanden ist so modern. Es ist nicht immer möglich, es mit denen anderer Länder zu vergleichen.

2. Stärkere Nutzung der Stärken Europas

Die Niederländer glauben, dass es viele Möglichkeiten gibt, die europäische Wirtschaft zu stärken, aber es müssen Entscheidungen getroffen werden. Deshalb sind wir der Meinung, dass sich die EU vor allem auf ihre Stärken konzentrieren muss. Wir halten es beispielsweise für gut, dass Europa in

Bereiche wie Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Infrastruktur. Und was vielleicht noch wichtiger ist: wir setzen uns für Qualität und Vielfalt ein. Es ist genau die Vielfalt unseres Kontinents mit unterschiedlichen Meinungen und Ideen, die wir viel mehr als einen wirtschaftlichen Vorteil nutzen müssen. Das kann Europa beispielsweise von der chinesischen Wirtschaft abheben.

3. Entwicklung eines fairen und klaren Steuersystems

82 % der Niederländer glauben, dass die EU-Länder gemeinsam dafür sorgen müssen, dass alle Unternehmen in der EU faire Steuern zahlen. Dazu gehören auch sehr große Unternehmen. Heute ziehen sie manchmal in andere Länder ein, weil sie dort weniger Steuern zahlen. Die EU sollte diesem Phänomen entgegenwirken, indem sie beispielsweise einen Mindestsatz für alle Länder festlegt. Auf der anderen Seite sind wir der Meinung, dass die Besteuerung eine Zuständigkeit ist, die den Ländern obliegt, die ihre eigenen Ziele und Kontexte haben. Wir sind der Meinung, dass die Besteuerung im Allgemeinen ein komplexes Thema ist. Genau aus diesem Grund möchten wir ein besseres Steuersystem, das allen in Europa gerecht und klar ist.

Gurken müssen überall die gleiche Form haben, aber die Steuervorschriften sind unterschiedlich. Das ist doch verrückt, oder?

4. Stellen Sie sicher, dass alle mitmachen können

71 % der Niederländer sind der Meinung, dass die EU zur Beschäftigungsförderung beitragen sollte. In diesem Zusammenhang sind wir der Ansicht, dass bestimmten Gruppen, wie jungen Menschen und Menschen, die vom Arbeitsmarkt fern sind, besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Dies kann durch Regeln oder Subventionen für Unternehmen geschehen, aber auch durch gezielte Unterstützung von Arbeitgebern und

Arbeitnehmern. Wir denken beispielsweise an Sensibilisierungsmaßnahmen oder sehr praktische Fragen. Es ist möglich, dass eine solche Unterstützung in einigen Fällen auf EU-Ebene wirksamer organisiert werden kann und in anderen Fällen eher Aufgabe der Mitgliedstaaten selbst ist. Die EU-Länder sollten letztlich zusammenarbeiten, um Chancengleichheit auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu gewährleisten.

Diskussionen und Ideen online und vor Ort

Beschleunigen Sie die Automatisierung in Europa, damit die Waren, die derzeit aus China stammen, hier wieder hergestellt werden.

Nehmen Sie die Revolution von Bitcoins und anderen Kryptowährungen ernst. Menschen, die daran interessiert sind, werden als Steuerbetrüger behandelt, während diese Art von Blockchain-Technologien die Zukunft ist.

„Die Aktionäre sind nicht die einzigen Akteure der europäischen Wirtschaft. Ohne die Arbeitnehmer ist nichts möglich.“ Europa muss mehr für Menschen mit Behinderungen tun. Es ist für sie heute viel zu schwierig, einen geeigneten Job zu finden.

Viele europäische Regeln sind komplex und ändern sich regelmäßig. Deshalb ist es für Unternehmen schwierig, innovativ zu sein.

Bei Umbauarbeiten in meinem Unternehmen hätte mein lokaler Unternehmer schon lange beginnen können. Aber zuerst musste ich eine europäische Ausschreibung durchführen. Das ist eine Schande.

Teilnehmer am Online-Dialog: „Gemeinsam über die Frage der großen Unternehmen nachdenken“

In einem der thematischen Online-Dialoge entstand eine Debatte über die wachsende Macht der Großunternehmen. Einige Teilnehmer wünschen sich, dass die EU diesbezüglich entschlossener Maßnahmen ergreift. In der Tat erzielen einige Unternehmen mitunter erhebliche Gewinne, auf die sie dank ausgefeilter Gestaltungen nur wenig Steuern zahlen. Andere Teilnehmer riefen dazu auf, sich die Dinge als Ganzes anzusehen: diese Unternehmen schaffen ein hohes Beschäftigungsniveau und profitieren der Volkswirtschaft. „Man darf sie nicht verjagen“, sagte jemand. Ein anderer Teilnehmer hielt es für wichtig, dass die EU-Länder gemeinsam über dieses Thema nachdenken. Große Unternehmen können derzeit den Wettbewerb zwischen den Ländern ausspielen. Das ist der Grund, warum wir als EU eine einheitlichere Front haben müssen.

Landwirte, die die Art berücksichtigen: „Ziele statt Quoten festlegen“

BoerenNatuur ist ein Verband landwirtschaftlicher Vereinigungen. Eine kleine Gruppe von Mitgliedern erörterte unter anderem die EU-Vorschriften für Landwirte. Einerseits sind sie der Ansicht, dass die EU viel Gutes bringt, wie z. B. die Erleichterung des Exports in andere Länder. Auf der anderen Seite glauben sie, dass die Politik oft noch expliziter sein könnte. „Aber jeder arbeitet schon immer mehr in die gleiche Richtung“, sagte jemand dazu. Insbesondere bei den Verfahren sind Verbesserungen möglich: Sie sind oft noch sehr administrativ und zeitaufwändig. Nach Ansicht eines Teilnehmers sollte die Regelung vor allem nicht zu detailliert sein. Bevorzugen Sie klare Ziele, zum Beispiel sauberes Wasser. Dann können wir selbst entscheiden, wie breit ein Graben ist.

Europäische Demokratie

Die EU ermutigt die Europäer zur Abstimmung und möchte sie auch in die Entscheidungsfindung und die Politik der EU außerhalb der Wahlperiode einbeziehen. Die EU ergreift auch Initiativen zur Stärkung der Demokratie, z. B. durch die Ausarbeitung eines Aktionsplans, der sich auf freie und faire Wahlen und die Pressefreiheit konzentriert. Was ist die Auffassung der Niederlande zu diesem Thema?

Empfehlungen – Unsere Vision der europäischen Demokratie

60 % der Niederländer sind der Ansicht, dass die europäische Demokratie ein wichtiges Thema ist und dass die EU in diesem Bereich tätig werden muss.

1. Einen besseren Überblick über Europa geben

Die Niederländer weisen darauf hin, dass Europa in den Medien häufig in Krisensituationen auftaucht. Wir haben jedoch nur wenige Informationen über die täglichen Entscheidungen. Als Bürger brauchen wir nicht alles zu wissen, aber um sich eine gute Meinung bilden zu können, wäre es gut, einen besseren Überblick zu haben. Zum Beispiel wäre es interessant, die Ansichten anderer Länder zur EU häufiger zu hören. Medien und Bildung können dabei eine wichtige Rolle spielen. Aber die Medien müssen in der Lage sein, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen. Weil die Niederländer der Meinung sind, dass Pressefreiheit in unserer Demokratie sehr wichtig ist.

„Meistens hören wir von der EU nur im Krisenfall. Aus diesem Grund bleibt das Gefühl gegenüber Europa negativ.“

2. Neue Wege finden, um den Bürgern ständig zuzuhören

51 % der Niederländer glauben, dass sich die EU nicht ausreichend bewusst ist, was in der Gesellschaft vor sich geht. Um dies zu verbessern, sollte die EU häufiger und vorzugsweise dauerhaft mit den Bürgern in Kontakt treten. Viele Niederländer halten die Konferenz zur Zukunft Europas daher für eine gute Initiative. Referenden können auch ein wertvolles Instrument sein, aber die Niederländer haben unterschiedliche Meinungen darüber. Für einige Themen muss man manchmal auch Fachkenntnisse haben. In jedem Fall sollte das Gespräch mit den Bürgern keine bloße Formalität sein. Wir halten es für wichtig, dass wir ernst genommen werden.

3. Mehr Transparenz und Klarheit in Bezug auf die angenommenen Beschlüsse

Die Niederländer finden Europa manchmal ziemlich kompliziert. Nicht jeder hat das gleiche Niveau an Grundkenntnissen. Dies muss von der EU stärker berücksichtigt werden. Wir wollen, dass die EU transparenter wird und es einfacher wird, sich auf dem Laufenden zu halten. Auch die niederländischen Behörden müssen dabei eine Rolle spielen. Viele Niederländer interessieren sich für europäische Entscheidungen, glauben aber, dass offizielle Kanäle zu schwer zu finden oder zu komplex sind. Darüber hinaus hat jeder unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse. Es sollte also möglich sein, die Themen auszuwählen, zu denen wir mehr erfahren möchten. Junge Menschen sind oft an Europa interessiert, aber sie sehen zum Beispiel nur wenige Informationen darüber in ihren sozialen Netzwerken.

Während ich im Urlaub in Ungarn war, sah ich ein großes Schild in der Nähe einer neuen Waldplantage, die besagt: ‚Diese Anpflanzung konnte dank der EU erfolgen.‘ Obwohl ich gegenüber Europa skeptisch bin, fühlte ich mich trotzdem stolz.“

4. Stellen Sie sicher, dass schwierige Fragen schneller gelöst werden können

Die Niederländer haben Schwierigkeiten, die Funktionsweise der europäischen Demokratie zu verstehen, aber es scheint ihnen, dass die Entscheidungsfindung in der EU oft sehr langsam ist. Bei den Europawahlen sehen wir vor allem Bündnisse zwischen nationalen Parteien. Vielleicht gibt es auch andere Möglichkeiten, europäische Interessen anzugehen. Etwa ein Drittel der Niederländer glaubt, dass es bei den Wahlen zum Europäischen Parlament möglich sein sollte, ausländische Kandidaten zu wählen. Eine ungefähr gleiche Anzahl von Bürgern ist

der Ansicht, dass dies nicht möglich sein sollte. Am wichtigsten ist, dass den unterschiedlichen Interessen ausreichend Rechnung getragen wird. Und gleichzeitig, dass es möglich ist, die heiklen Fragen schneller zu lösen, als es heute der Fall ist.

Ich wünschte, ich könnte mich mit jemandem identifizieren und wissen, was er oder sie verteidigt. Das muss nicht unbedingt ein Landsmann oder Landsmann sein.

Diskussionen und Ideen online und vor Ort

Das Vetorecht der Länder aufzuheben. Die Mehrheit muss entscheiden.

„Für wichtige Entscheidungen sollten Diskussionsgruppen gebildet werden, die sich aus Bürgern zusammensetzen, vielleicht sogar auf einer obligatorischen (halb-) Basis, wie dies für Jurys in den Vereinigten Staaten der Fall ist.“

Sicherstellen, dass Politiker und EU-Beamte regelmäßig ins Hinterland reisen und nicht vollständig in ihre Brüsseler Blase eingesperrt bleiben.

DIE IDEE: In der Tat sollte die Fernsehzeitung in jedem ihrer Ausgaben ein paar Minuten Europa widmen. Oder man könnte eine tägliche oder wöchentliche Zeitung über Europa auf den Markt bringen.

DIE IDEE: Vielleicht sollten europäische Politiker häufiger an Fernsehsendungen teilnehmen.

Als junger Mensch lese ich fast nie etwas über Europa. Ich bin jedoch neugierig, mehr darüber zu erfahren, aber ohne zu viel Mühe machen zu müssen, um Informationen zu bekommen.

Junge Mitglieder von Coalitie-Y in Utrecht: Diskussion über den Rückgriff auf Referenden

Die Mitglieder von Coalitie-Y – eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Jugendorganisationen – führten eine lebhaftige Debatte über den Rückgriff auf Referenden. Die Gegner sprachen über das Risiko, Debatten zu führen, in denen alles schwarz oder weiß ist, während die Themen oft viel komplexer sind. Einer der Teilnehmer erklärte ferner: Wir können für die EU stimmen und uns als Kandidaten vorstellen. Die Referenden haben gesagt, dass sie es für nützlich halten, dass die politischen Entscheidungsträger wissen, was die Bürger über ein bestimmtes Thema halten: dies könnte helfen, Orientierung zu geben. Die Referenden könnten auch dazu beitragen, die Öffentlichkeit insgesamt für die EU zu sensibilisieren: welche Themen stehen auf der Tagesordnung und welche Entscheidungen zu treffen sind?

Soziale Freiwillige: Es bedarf eines besseren gegenseitigen Verständnisses zwischen den Ländern.

Die Stiftung Piëzo in Zoetermeer setzt sich aus Freiwilligen zusammen, die auf vielfältige Weise im Bereich der sozialen Teilhabe tätig sind. Die Teilnehmer des thematischen Dialogs äußerten ihre Besorgnis über die wachsende Kluft in Europa. Dies sind zum Beispiel die Ansichten, die die Länder in Bezug auf die LGBTIQ-Gemeinschaft haben. Wenn die Länder ihre Ansichten nicht verstehen, ist es schwierig, zusammenzuarbeiten. „Aus diesem Grund ist es wichtig, sich besser kennenzulernen“, sagt ein Teilnehmer. Heute wissen wir einfach nicht, was die Menschen in anderen Ländern denken. Wir verstehen die Kultur und den Kontext unserer jeweiligen Länder nicht ausreichend. Das ist wichtig, wenn wir gemeinsam gute Entscheidungen treffen wollen.

Digitale Transformation

In der virtuellen Welt werden die Anforderungen an Internetverbindung, Sicherheit und Datenschutz immer höher. Die EU fühlt sich in dieser Hinsicht verantwortlich und verpflichtet sich, dafür zu sorgen, dass in der digitalen Gesellschaft niemand zurückgelassen wird. Darüber hinaus investiert die EU in digitale Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen. Was ist die Auffassung der Niederlande zu diesem Thema?

Empfehlungen – Unsere virtuelle Weltanschauung

45 % der Niederländer sind der Ansicht, dass die virtuelle Welt ein wichtiges Thema ist und dass die EU in diesem Bereich tätig werden muss.

1. Überall ein schnelles, sicheres und stabiles Internet gewährleisten

61 % der Niederländer sind der Meinung, dass die EU dafür sorgen sollte, dass jeder in Europa Zugang zu einem schnellen und stabilen Internet hat. Wir alle sehen, dass das Internet eine immer wichtigere Rolle in unserem Leben spielt. Unsere Kinder wachsen mit digitalem Unterricht auf. Die Kommunikation erfolgt zunehmend über das Internet, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Manchmal sind wir besorgt über die starke Abhängigkeit vom Internet. Viele Niederländer sind daher der Ansicht, dass die EU am besten in der Lage ist, Mittel dafür bereitzustellen, sofern diese effizient eingesetzt werden. Der Schutz vor Online-Kriminalität ist unserer Meinung nach das wichtigste Thema auf europäischer Ebene. Die Bekämpfung der Internetkriminalität auf nationaler Ebene sollte jedoch auch weiterhin beachtet werden.

Die Idee eines Cyberangriffs auf unser Wasserschutzsystem macht mich verwundbar.

2. Festlegung klarer Regeln und Standards für Internetunternehmen

75 % der Niederländer sind der Meinung, dass die EU sicherstellen sollte, dass Online-Einkäufe in allen EU-Ländern mit dem gleichen Sicherheitsniveau getätigt werden können. Wir alle kaufen immer mehr im Ausland und teilen so sensible personenbezogene Daten. Das klingt manchmal gefährlich. Es ist schwer zu bestimmen, welche Websites vertrauenswürdig sind. Es ist gut, dass die EU europäische Datenschutzvorschriften und -standards entwickelt, die jeder verstehen kann. Die Macht der großen Internet-Unternehmen ist auch für uns ein regelmäßiger Anlass zur Sorge. Wir glauben, dass es in unserer Verantwortung liegt, bei der Verwendung unserer Daten Vorsicht zu üben. Wir glauben aber auch, dass die EU in dieser Hinsicht eine Rolle spielen kann. Die EU-Länder müssen zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass Unternehmen wie Google und Facebook nicht zu viel Macht haben.

Angesichts eines globalen Akteurs wie Facebook sind wir als kleines Land relativ hilflos.

3. Anpassung der Datenschutzvorschriften an praktische Umsetzung und Erläuterungen

Mit der Einführung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) wissen die Niederländer, dass alle Länder dieselben Datenschutzgesetze und -vorschriften einhalten müssen. Wir finden es gut, darauf zählen zu können, denn der Schutz der Privatsphäre ist ein wichtiges Thema. Einige Niederländer sind jedoch der Ansicht, dass die Vorschriften zum Schutz der Privatsphäre manchmal übertrieben oder unlogisch sind. Darüber hinaus kann diese Gesetzgebung viel Arbeit für Unternehmer schaffen. Wir sind daher der Ansicht, dass der praktischen Umsetzung der Datenschutzvorschriften mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte: Unterstützung und Information sowohl für die Bürger als auch für die Unternehmen. Wir sind insbesondere der Ansicht, dass den Mitgliedstaaten eine Rolle zukommt. Probleme oder Fragen im Zusammenhang mit dem Schutz der Privatsphäre sind am besten in der Lage, von unseren nationalen Behörden in unserer eigenen Sprache behandelt zu werden.

Diskussionen und Ideen online und vor Ort

DIE IDEE: Strengere Kriterien für Programmierer und Unternehmen festlegen, indem gefährliche Programmiersprachen verboten werden.

Eine kostenlose europäische Antivirensoftware vorschlagen, um eine europäische Firewall zu schaffen.

Wenn ich die Grenze nach Deutschland überquere, habe ich plötzlich kein Netz mehr auf meinem Handy. Das sollte doch nicht mehr passieren, oder?

Mit unseren iPhones können wir alle unsere Reisen verfolgen. Auch wir selbst tragen unseren Teil der Verantwortung.

Es ist nicht praktisch, in jedem Land eine andere Art von Datenschutzformular auszufüllen.

DIE IDEE: Es sollte eine europäische Cyberpolizei eingerichtet werden. Das ist eindeutig etwas für die EU.

Teilnehmer am Online-Dialog: Überall einen hochwertigen Internetzugang zu haben, liegt auch in unserem eigenen Interesse.

In einem der thematischen Online-Dialoge entstand eine interessante Debatte über die Rolle der EU in der virtuellen Welt. Alle Teilnehmer waren sich einig, dass es gut und wichtig ist, sich auf eine gute Internetverbindung in ganz Europa verlassen zu können. Aber ist es Sache der EU, sich darum zu kümmern? Mehrere Teilnehmer wiesen darauf hin, dass dies eine Aufgabe sei, die in erster Linie den einzelnen Mitgliedstaaten obliege. Ein weiterer Teilnehmer betonte, dass ein stabiles und hochwertiges Internet im Ausland auch für die Niederlande von Vorteil sei: Wir verdienen Milliarden durch den Handel mit anderen EU-Ländern. Es liegt in unserem Interesse, dass diese Länder gut funktionieren.

Schüler in Helmond: „Gleiche Regeln und Sanktionen für Cyberkriminelle“

Am Dr. Knippenberg College in Helmond diskutierten 15- und 16-Jährige das Problem der Internetkriminalität. Sie hören regelmäßig über die Informationen. Zum Beispiel, wenn es ein Datenleck in einem Unternehmen gab. Oder wenn ein Land wie Russland oder China versucht, Daten zu stehlen. Da Cyberkriminelle oft grenzüberschreitend arbeiten, halten sie es für sinnvoll, dass die Länder Europas zusammenarbeiten. In diesem Zusammenhang denken sie an die Ausarbeitung von Regeln, aber auch an die Festlegung von Sanktionen. Wenn russische Cyberpiraten versuchen, bei uns einzudringen, muss die EU energische Maßnahmen ergreifen, um sie daran zu hindern.

Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Die EU-Länder sind in den Bereichen Bildung, Kultur, Jugend und Sport unmittelbar verantwortlich. Die EU kann und möchte sie dabei unterstützen, indem sie beispielsweise hochwertige Bildung, Mehrsprachigkeit, den Schutz des Kulturerbes und die Unterstützung des Kultur- und Sportsektors fördert. Was ist die Auffassung der Niederlande zu diesem Thema?

Empfehlungen – Unsere Vision von Bildung, Kultur, Jugend und Sport

45 % der Niederländer sind der Ansicht, dass Bildung ein wichtiges Thema ist und dass die EU in diesem Bereich tätig werden muss. Für die Jugend, die Kultur und den Sport beträgt diese Zahl 39 %, 23 % bzw. 19 %.

1. Studenten ermutigen, intelligent im Ausland zu studieren

Viele Niederländer glauben, dass sich das Studium im Ausland positiv auf junge Menschen auswirkt. Dies trägt zur persönlichen Entfaltung bei. Darüber hinaus kann das Studium im Ausland den Europäern helfen, sich besser zu verstehen. Dies kann auch zu einer besseren Integration beitragen. Viele Niederländer finden daher positiv, dass es ein Erasmus-Programm gibt, das das Studium im Ausland fördert. Wir sind jedoch der Ansicht, dass die EU diese Frage auch weiterhin kritisch behandeln sollte. In der Praxis zum Beispiel scheint es, dass internationale Studenten hauptsächlich untereinander bleiben und nicht immer viel über das Land lernen, in dem sie sich aufhalten. Die EU muss auch verhindern, dass Länder mit einem niedrigeren Wissensstand sich „leeren“, weil alle Talente im Ausland studieren werden.

„Auch Austauschprogramme auf der Ebene der Sekundarstufe II entwickeln.“

2. Die Mitgliedstaaten sollten sich vorrangig mit Themen wie Kultur und Sport befassen.

58 % der Niederländer sind der Meinung, dass die EU das kulturelle Erbe in Europa besser schützen sollte. Wir denken zum Beispiel an die Tempel in Griechenland. Auf der anderen Seite finden wir, dass die lokale Kultur in erster Linie in die Verantwortung der Länder selbst fällt. Gleiches gilt beispielsweise für Missbräuche im Sport. Wir halten dies für ein wichtiges Thema, aber keine Hauptaufgabe der EU. Europa muss notwendigerweise Prioritäten setzen, und für andere Fragen sind erhebliche Finanzmittel erforderlich. Wir können manchmal einen finanziellen Beitrag leisten, aber manchmal auch auf andere Weise zusammenarbeiten, zum Beispiel durch den Austausch von Wissen und Ideen.

Der Schutz der Kultur ist Sache der Länder selbst. Aber wenn das Welterbe vernachlässigt wird, dann muss die EU eingreifen.

3. Gewährleistung, dass die Europäer einander besser kennen und respektieren

Die Niederländer schätzen es, wenn andere Europäer gut Englisch sprechen. Das macht es einfacher, wenn wir im Ausland sind. Und wenn wir zum Beispiel mit Wanderarbeitnehmern in den Niederlanden kommunizieren wollen. Gleichzeitig halten es viele Niederländer für sehr wichtig, dass wir weiterhin unsere eigene Sprache sprechen und schätzen. Wir wünschen uns daher auch, dass andere Unterschiede in Europa respektiert werden. Ob Kultur, Bildung oder Sport – jeder Mensch muss sich frei fühlen und er selbst sein können. Unterschiede können manchmal zu Spannungen führen, aber sie machen auch den Reichtum des europäischen Kontinents aus. Viele Niederländer sind daher der Meinung, dass den Ländern Zeit gegeben werden sollte, sich mit ihren jeweiligen Gewohnheiten und Vorstellungen vertraut zu machen.

Für mich ist die EU wie eine Gruppe von Freunden. Wir respektieren unsere Unterschiede und ich kann um Hilfe bitten, wenn ich sie brauche.

Diskussionen und Ideen online und vor Ort

DIE IDEE: „Neben dem lokalen Programm sollte ein gemeinsames europäisches Programm auf allen Bildungsebenen eingeführt werden.“

DIE IDEE: Neben einer Kulturhauptstadt sollten Sie auch jedes Jahr eine Hauptstadt (oder ein Land) in den Bereichen Bildung, Jugend und Sport wählen.

Was uns in der EU vereint, ist die Tatsache, dass wir alle eine eigene nationale Kultur haben. Und deshalb nicht unter dem Banner einer einzigen Kultur versammelt werden können.

Anstatt negative Dinge hervorzuheben, ist es besser, den Sport zu fördern.

Ich bin hier integriert, ich zahle Steuern, aber ich bin und bleibe Lateinamerikaner. Ich liebe meine Zunge, meine Musik und mein Essen. Das betrifft nicht Europa.

Man spricht zu viel von Wirtschaft in Europa. Und zu wenig Wohlbefinden.

Studenten der Universität Leyde: Sprache ist wichtig, aber sie muss eine freie Wahl bleiben

An der Universität Leyde haben sich Geschichtsstudenten untereinander unterhalten. Sie halten es für wichtig, dass die Menschen mehrere Sprachen sprechen. Die Beherrschung mehrerer Sprachen sei großartig für ihre persönliche Entwicklung und gut für die handelspolitischen und politischen Beziehungen innerhalb der EU. Sie sind jedoch der Ansicht, dass Sprachen in der Schule angeboten und nicht obligatorisch gemacht werden sollten. Ebenso glauben sie, dass eine zweite Sprache nicht unbedingt eine europäische Sprache sein muss. „Wenn Sie in Osteuropa leben und sich entscheiden, Russisch zu lernen, ist das Ihr Recht“, sagte einer der Teilnehmer.

Türkische Gemeinschaft Schiedam: Bei der Hakder-Stiftung in Schiedam debattierte die türkische Gemeinschaft vor allem über die Bedeutung fairer Beschäftigungsmöglichkeiten für alle. Alle Teilnehmer waren sich einig, dass die EU Unternehmen verpflichten sollte, Praktika oder Arbeitsplätze für junge Menschen mit eingeschränkter Perspektive anzubieten. Sie wiesen darauf hin, dass insbesondere junge Migranten Schwierigkeiten haben, ein Praktikum oder einen Arbeitsplatz zu finden. Manchmal wagen sie es nicht einmal zum Hausarzt zu gehen, weil sie Angst haben, den Besuch selbst bezahlen zu müssen. Ganz zu schweigen davon, sich für ein Praktikum oder einen Job zu bewerben“, sagte einer der Teilnehmer. „Die Unternehmen müssen aufmerksamer sein, und die EU kann sie dazu ermutigen.“

Beschreibung der im Rahmen der Erhebung angewandten Methodik

Die Umfrage „Vision of Europe“ umfasst verschiedene Formen des Dialogs, mit denen die Ansichten und Vorstellungen der niederländischen Bürger zur Zukunft Europas und der EU eingeholt werden können. In diesem Kapitel wird die Methodik beschrieben, mit der sichergestellt werden soll, dass die damit verbundenen Formen des Dialogs mit den Leitlinien für die nationalen Bürgerforen im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas im Einklang stehen.

Design verknüpfter Dialogformen Die folgenden Dialogformen werden verwendet:

4. Umfrage bei einem Panel

Umfrage anhand einer repräsentativen Stichprobe der niederländischen Bevölkerung.

5. Thematische Dialoge im Internet zur Vertiefung

Dialoge, die jeweils mit einer Gruppe von Niederländern geführt werden, um die Schlussfolgerungen des ersten Zwischenberichts „Unsere Vision für Europa“ (8. Oktober 2021) zu vertiefen, der einen ersten Überblick über die Ergebnisse und ergänzenden Fragen gibt.

6. Dialoge mit bestimmten Gruppen

Begegnungen mit Niederländern, die nicht daran gewöhnt sind, an Umfragen und Panels teilzunehmen (online).

7. Dialoge mit Jugendlichen

Begegnungen mit den wichtigsten europäischen Themen für junge Menschen.

8. Öffentliche Online-Umfrage: Fragebogen und „Swipen Naar de toekomst“ (Swiper in die Zukunft)

Der Fragebogen für die Umfrage im Panel konnte auch von allen Niederländern ausgefüllt werden, einschließlich derjenigen mit Wohnsitz im Ausland. Dieser Fragebogen war vom 1. September 2021 bis zum 14. November 2021 zugänglich. Darüber hinaus konnte jeder Holländer im selben Zeitraum an der Aktion „Swipen Naar de toekomst“ (Swiper in die Zukunft) teilnehmen, einem Online-Tool mit 20 Behauptungen.

1. Umfrage bei einem Panel

Der niederländische Bürgerdialog „Vision of Europe“ begann am 1. September mit einer Umfrage eines Panels. In dieser Beschreibung der Methodik für die Erhebung erläutern wir kurz die Konzeption und Umsetzung dieser Umfrage in einem Panel.

Ziel und Zielgruppe

Die Umfrage „Vision of Europe“ begann mit einem Online-Fragebogen, in dem untersucht wurde, wie die Niederländer die Zukunft Europas sehen. Dieser Fragebogen wurde einem repräsentativen Panel vorgelegt und steht allen Niederländern (einschließlich derjenigen mit Wohnsitz im Ausland) offen. Darüber hinaus konnte jeder an der Aktion „Swipen Naar de toekomst“ (Swiper in die Zukunft) teilnehmen, einem Online-Tool mit 20 Behauptungen. Die Ergebnisse der Podiumsdiskussion wurden in mehrere thematische Dialoge einfließen lassen, die im weiteren Prozess des Bürgerdialogs „Vision of Europe“ organisiert wurden.

Die Zielgruppe der Panel-Umfrage umfasst alle Niederländer im Alter von 18 Jahren oder älter, die zum Zeitpunkt des Beginns der Feldarbeit als Einwohner im Bevölkerungsregister eingetragen waren. Nach Angaben des Nationalen Statistischen Amtes (Centraal Bureau voor de Statistiek – CBS) zählte diese Zielgruppe am 1. Januar 2021 14 190 874 Personen. Die untere Grenze von 18 Jahren entspricht der Wahlmehrheit. Wir nennen es die Bevölkerung der Panel-Umfrage.

Vor-Ort-Arbeit

Ein Panel mit mehr als 100.000 Teilnehmern aus allen Teilen des Landes (ISO-zertifiziert, Research Keurmerk groep, Nederlandse marktonderzoek Associatie) wurde verwendet, um ein digitales Bild des „mittleren Niederländers“ zu erhalten. Diese Teilnehmer meldeten sich für das Umfragegremium an, um regelmäßig zu einer Vielzahl von Themen Stellung zu nehmen. Neben ihrer inhärenten Motivation, ihren Beitrag zu leisten, werden sie für die Beantwortung der Fragebögen vergütet. Mehrere wissenschaftliche Studien zeigen, dass die Befragten, die eine Entschädigung für das Ausfüllen eines Fragebogens erhalten, keine wesentlich unterschiedlichen Antworten abgeben (Quelle: Does use of survey incentives degrade data quality? Cole, J. S., Sarraf, S. A., Wang, X., 2015).

Die Feldarbeit begann am 11. August 2021 und endete am 19. September 2021. Für die Umsetzung wurde nur eine Methode zur Datenerhebung verwendet, nämlich die Internet-Umfrage. Die Mitglieder des Umfragegremiums erhielten eine E-Mail mit einem persönlichen Link zum Online-Fragebogen. Nach zwei Wochen erhielten die Teilnehmer des Panels eine Mahnung. Die Einladungen zur Teilnahme wurden in Losen und geschichtet (unter Gewährleistung einer gleichmäßigen Aufteilung der Untergruppen) verschickt, bis die Anzahl der erforderlichen Teilnehmer erreicht war.

Probenahme und Verteilung

Die Konzeption der Erhebung beruht auf dem Grundsatz, dass mindestens 3 600 Teilnehmer an der Erhebung teilnehmen müssen, um eine gute statistische Zuverlässigkeit zu gewährleisten. Darüber hinaus ermöglicht diese Zahl eine gute Verteilung zwischen den verschiedenen allgemeinen Merkmalen der Bevölkerung. Es gibt nicht nur einen Holländer. Daher haben wir im Voraus dafür gesorgt, dass die Stichprobe auf eine Reihe von Merkmalen verteilt ist. Die Niederlande sind ein relativ kleines Land, aber die Meinungen können sich je nach Region unterscheiden. Die Positionierung in Bezug auf die Themen und die Bedeutung, die man ihnen beimisst, kann (teilweise) von der Region, in der man lebt, bestimmt werden. So können beispielsweise die Bewohner ländlicher Gebiete ein Thema wie Sicherheit anders verstehen als in städtischen Gebieten. Untersuchungen des niederländischen Büros für den Sozial- und Kulturplan zeigen auch, dass Menschen mit einem höheren Bildungsniveau häufiger für die EU sind als Menschen mit einem niedrigeren Bildungsniveau und junge Menschen häufiger für die EU sind als ältere Menschen (Quelle: Wat willen Nederlanders van de Europese Unie? Niederländisches Büro für Sozial- und Kulturplan, Den Haag, 2019).

Aus diesem Grund haben wir vorab die folgenden drei Merkmale proportional verteilt, um die Repräsentativität der Stichprobe zu gewährleisten: (1) Wohnsitz in den Regionen COROP, (2) Alter und (3) Bildungsniveau. Die Stichprobenverteilung wurde auch anhand der folgenden allgemeinen Merkmale dargestellt: Geschlecht, Herkunft, Hauptbeschäftigung, politische Orientierung.

Die COROP-Regionen wurden auf der Grundlage des Nodal-Prinzips (ein „Herz“ mit einem Anziehungsgebiet oder einer regionalen Funktion) auf der Grundlage der Pendlerströme entwickelt. Einige Verstauchungen des Nodal-Prinzips wurden gewährt, so dass die Regionen den Landesgrenzen folgen. Nach der Neuorganisation der Gemeinden über die COROP-Grenzen hinaus wurde die Verteilung angepasst (Quelle: niederländisches Statistisches Amt). Innerhalb der COROP-Regionen haben wir eine gute Verteilung auf die Altersgruppen mit folgender Aufschlüsselung sichergestellt: von 18 bis 34 Jahren, von 35 bis 54 Jahren, von 55 bis 75 Jahren und über 75 Jahren.

Schließlich haben wir für eine repräsentative Verteilung der Bildungsniveaus gesorgt. In der Stichprobe entspricht die Verteilung der Befragten der folgenden Verteilung des höchsten Bildungsniveaus auf nationaler Ebene:

Höchstes Bildungsniveau

Niedrig: Primarbildung, Vorschulbildung, 1. bis 3. Klasse der allgemeinen Sekundarstufe II/Vorschulbildung, berufsbildende Sekundarstufe 1	32,1 %
Mittelstufe: Oberstufe der allgemeinen Sekundarstufe II/Voruniversität, berufsbildende Sekundarstufe 2 bis 4	44,6 %
Hoch: höhere berufliche Bildung oder universitäre Bildung	22,9 %
Unbekannt	0,4 %

Die Antwortrate

Insgesamt nahmen 4 086 Personen an der Umfrage pro Panel teil. Damit wird das Ziel von 3.600 vollständig ausgefüllten Fragebögen erreicht.

Antworten nach COROP-Regionen und Alter	18 bis 34 Jahre	35 bis 54 Jahre	55 bis 75 Jahre	mehr als 75 Jahre
Der Norden der Drenthe	11	14	17	5
Südosten der Drenthe	10	12	14	4
Südwesten der Drenthe	7	10	11	3
Flevoland	29	33	28	6
Nordfriesland	20	22	25	8
Südostfriesland	12	13	14	3
Südwestfriesland	8	11	11	4
Achterhoek	22	27	34	11
Arnhem/Nimwegen	52	53	55	15
Veluwe	44	48	51	17
Südwesten von Gelderland	16	18	20	5
Große Delfzijl	2	4	5	1
Orientalische Groningen	7	10	12	3
Rest von Groningen	36	26	28	8
Limburg Zentral	13	17	21	7

Nord-Limburg	17	20	23	7
Süd-Limburg	38	40	52	17
Zentrum von Nordbrabant	34	35	35	11

Antworten nach COROP-Regionen und Alter

18 bis 34 Jahre

35 bis 54 Jahre

55 bis 75 Jahre

mehr als 75 Jahre

Nordosten von Nordbrabant	41	43	51	14
West von Nordbrabant	40	47	49	15
Südosten von Nordbrabant	55	56	58	18
Ballungsraum Haarlem	13	18	18	7
Alkmaar und Umgebung	14	19	19	6
Große Amsterdam	116	104	88	23
Gooi und Vechtstreek	13	21	19	7
IJmond	12	14	15	4
Nordholland Pointe	22	27	30	9
Region Zaan	11	13	12	3
Nördlich von Overijssel	25	28	25	8
Twente	41	44	46	14
Südwesten von Overijssel	10	11	12	3
Utrecht	96	100	89	27
Der Rest von Zeeland	16	21	23	8
Neuseeland Flandern	6	8	9	3
Ballungsraum Leyde und Region der Zwiebeln	30	31	31	10
Ballungsraum Den Haag	63	70	57	18
Delft und Westland	19	15	15	4
Große Rijnmond	103	107	99	31

Ost-Südholland	22	24	25	8
Südosten Südhollands	24	26	26	9

Antworten nach Bildungsniveau

Schwach	1382	34 %
Intermediär	1747	43 %
Hoch	915	22 %
Unbekannt	42	1 %

Zuverlässigkeit und Repräsentativität

Die Zahl der Befragten von 4 086 ermöglicht Beobachtungen für die gesamte Grundgesamtheit mit einem Konfidenzniveau von 95 % und einer Fehlermarge von 1,53 %. Das Konfidenzniveau und die Fehlerspanne der Ergebnisse werden durch den Stichprobenumfang bestimmt. Je größer die Stichprobe ist, desto zuverlässiger und präziser können die Ergebnisse auf die gesamte Bevölkerung extrapoliert werden.

Das Konfidenzniveau ist definiert als 1 (100 %) abzüglich der Bedeutungsstufe. Es ist üblich, sich auf eine Bedeutungsstufe von 5 % zu stützen. Man spricht von einem Konfidenzniveau von 95 %. Mit anderen Worten, wenn die Untersuchung auf die gleiche Weise und unter den gleichen Bedingungen wiederholt würde, wären die Ergebnisse in 95 % der Fälle identisch.

Die Genauigkeit (ausgedrückt durch die Fehlerspanne) zeigt die Bandbreite der Werte an, innerhalb deren sich der tatsächliche Wert in der Grundgesamtheit befindet. Mit anderen Worten: was wäre die maximale Abweichung zwischen den Ergebnissen der Stichprobe und den Ergebnissen, die in der gesamten Bevölkerung erzielt würden? Eine Fehlermarge von 1,53 % bedeutet, dass der tatsächliche Wert innerhalb der Grundgesamtheit um höchstens 1,53 % höher oder niedriger als der Stichprobenwert sein kann. Wenn beispielsweise eine Umfrage unter einer Stichprobe von Personen zeigt, dass 50 % der Befragten ein bestimmtes Thema für wichtig halten, liegt der tatsächliche Prozentsatz um höchstens 1,53 % über oder unter diesem Prozentsatz von 50 %, d. h. zwischen 48,47 und 51,53 %. Eine Fehlermarge von maximal 5 % ist üblich und wird in quantitativen (statistischen) Studien allgemein akzeptiert.

Neben der Zuverlässigkeit ist die Repräsentativität der Stichprobe wichtig. Da die Einladungen zur Teilnahme in Losen und geschichtet versandt wurden, sind die Ergebnisse repräsentativ für die Merkmale der COROP-Region und der Altersgruppen nach COROP-Regionen. Die Antworten sind auch in Bezug auf das Bildungsniveau im Vergleich zum höchsten Bildungsniveau auf nationaler Ebene repräsentativ.

Weitere allgemeine Merkmale

Eine Reihe weiterer kontextbezogener Fragen wurde den Teilnehmern der Umfrage durch das Panel gestellt. Dazu gehören das Geschlecht, die Positionierung gegenüber der EU, die Herkunft, die Hauptbeschäftigung und die politische Partei, für die die Person im Falle von Wahlen wählen würde.

49 % der Befragten sind Männer, 50 % Frauen und 1 % bevorzugen es, diese Frage nicht zu beantworten.

51 % der Befragten halten es für eine gute Sache, dass die Niederlande Mitglied der EU sind, 13 % halten dies für eine schlechte Sache und 36 % sind neutral oder haben keine Meinung.

95 % der Befragten wurden in den Niederlanden geboren. 89 % der Befragten gaben an, dass beide Elternteile in den Niederlanden geboren wurden. 5 % wurden von zwei im Ausland geborenen Eltern geboren.

Aktuelle politische Ausrichtung der Befragten

Die Party	%
VVD (Volkspartei für Freiheit und Demokratie)	14 %
PVV (Freiheitspartei)	13 %
SP (Sozialistische Partei)	8 %
D66 (Demokrat 66)	6 %
CDA (Christdemokraten)	6 %
PvdA (Labour Party)	6 %
Partij voor de Dieren (Partei für Tiere)	4 %
GroenLinks (Grüne Linke)	4 %
ChristenUnie (Christliche Union)	3 %
JA21	3 %
BoerBurgerBeweging (Landwirt-Bürgerbewegung)	2 %
Forum voor Democratie (Forum für Demokratie)	2 %
SGP (reformierte politische Partei)	2 %
Volt	2 %
DENK	1 %
Groep Van Haga	1 %
BIJ1	1 %
Fractie Den Haan	0 %
Sonstiges	2 %
Weißer Abstimmung	3 %

Ich antworte lieber nicht	13 %
Ich stimme nicht zu	5 %

Was ist derzeit Ihre Hauptbeschäftigung?

Besetzung	%
Schüler/Studenten	6 %
Teilzeitbeschäftigter	16 %
Vollzeitbeschäftigter	31 %
Unabhängiger Unternehmer	3 %
Niemand zu Hause	5 %
Arbeitssuchender	2 %
Freiwillig	2 %
In Arbeitsunfähigkeit	6 %
Rentner	27 %
Sonstiges	1 %
Ich antworte lieber nicht	1 %

Fragebögen

Der Fragebogen und der vorliegende Bericht wurden von einer unabhängigen externen Organisation auf Ersuchen des Außenministeriums erstellt. Der Fragebogen ist modular aufgebaut und umfasst die folgenden Fragenblöcke entsprechend den für die Konferenz zur Zukunft Europas ermittelten Themen: Wichtige Themen und Rolle Europas

Klimawandel und Umwelt

Gesundheit

Wirtschaft & Beschäftigung

Die Rolle der Europäischen Union in der Welt

Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit

Die virtuelle Welt

Europäische Demokratie

Migration und Flüchtlinge

Bildung/Kultur/Jugend/Sport

Bei der Ausarbeitung des Fragebogens wurde der Qualität, Zuverlässigkeit und Gültigkeit der Fragen große

Aufmerksamkeit gewidmet. Aus diesem Grund wurde eine neutrale, nicht-direktive Formulierung von Fragen, Aussagen und Antwortoptionen gesucht, und es wurde geprüft, ob die Fragen in verständlicher Sprache (Stufe B1) formuliert wurden.

Der Fragebogen wurde durch persönliche Interviews mit Testteilnehmern der Zielgruppe qualitativ hochwertige Tests unterzogen. Auf diese Weise wurde untersucht, wie Fragen von verschiedenen Arten von Befragten verstanden werden. Wenn eine Frage eine zu große (zu komplexe) kognitive Belastung darstellte, war diese angemessen.

Die Analysemethoden

In dieser Erhebung wurden zwei Analysemethoden verwendet:

Univarierte Analysen

Beschreibende Statistiken werden verwendet, um die Variablen einer Umfrage zu beschreiben. Im Rahmen dieser Erhebung werden Frequenzen und Durchschnittswerte verwendet.

Bivariate Analysen

Bivariate Analysen ermöglichen es, den Zusammenhang zwischen zwei Variablen zu untersuchen, d. h. den Zusammenhang zwischen der Bedeutung der verschiedenen Themen und der Frage, ob die EU in diesem Bereich tätig werden soll, und dem allgemeinen Merkmal des Alters. Es wurde untersucht, ob die verschiedenen Altersgruppen einem Thema unterschiedliche Bedeutung beimessen und ob es unterschiedliche Meinungen darüber gibt, inwieweit es sich um Themen handelt, in denen die EU tätig werden soll.

Veröffentlichung von Informationen und Vollständigkeit

Dieser Bericht enthält eine (visuelle) Darstellung der Ergebnisse aller an die Befragten des Umfragegremiums gestellten Fragen. Für einige Fragen hatte der Befragte die Möglichkeit, „offene“ (d. h. nicht vorgegebene) Antworten zu geben. Die offenen Antworten wurden dann kategorisiert und in die Veröffentlichung aufgenommen. Die von den Befragten in den freien Kommentaren geteilten Ideen werden genutzt, um in die verschiedenen thematischen Dialoge einfließen zu lassen, die im weiteren Prozess des Bürgerdialogs „Vision of Europe“ organisiert werden.

2. Thematische Dialoge im Internet zur Vertiefung

Die Themen, die im Mittelpunkt der Konferenz zur Zukunft Europas stehen, wurden im Rahmen von acht thematischen Online-Dialogen vertieft. Diese Dialoge zielten darauf ab, die Gründe für die geäußerten Meinungen sowie die Motive und Gefühle, die ihnen zugrunde liegen, aufzudecken. Welche Bedenken und Chancen werden wahrgenommen? Die Diskussionssitzungen ermöglichten es den Teilnehmern auch, Anregungen und Ideen zu diesen Themen zu formulieren und Themen zu formulieren, die nicht Teil der Konferenz sind, aber dennoch für sie wichtig sind.

Die thematischen Dialoge fanden am 12. und 14. Oktober sowie am 9./11. November statt. Im Oktober fanden vier thematische Online-Dialoge zu den Themen „Wirtschaft“ und „Demokratie“ statt. Im November fanden vier thematische Online-Dialoge zu den Themen „Klima“ und „EU in der Welt“ statt. Im Durchschnitt nahmen 29 Personen an jeder Diskussionsrunde teil (insgesamt 231). Die Teilnehmer wurden aus den Panelmitgliedern (siehe Ziffer 1) und über die sozialen Medien rekrutiert.

3. Dialoge mit bestimmten Gruppen

Einigen niederländischen Gruppen ist bekannt, dass sie weniger daran gewöhnt sind, an Umfragen und Panels teilzunehmen (online). Um ein repräsentatives Bild der „Stimme der Niederlande“ zu erhalten, war es wichtig, dass diese Bürger auch ihre Ideen und Meinungen zum Ausdruck bringen konnten. Deshalb haben wir auch eine Reihe von Dialogen vor Ort für die Umfrage „Vision of Europe“ organisiert. Die Meinungen und Ideen, die wir so gesammelt haben, wurden (unter anderen) als Grundlage für die Formulierung der Empfehlungen herangezogen.

Zielgruppen

Schwer erreichbare Zielgruppen können nicht eindeutig definiert werden. Studien und Erfahrungen ermöglichen es uns, zu wissen, dass Niederländer mit **nicht-westlicher Herkunft** wesentlich weniger selbst an Umfragen und Diskussionen teilnehmen. Da dies eine große Gruppe darstellt (14 % der Niederländer¹), wurden sie für die Teilnahme am Dialog „Vision of Europe“ ausgewählt. Die gleiche Argumentation wurde in Bezug auf **wenig gebildete Personen** verfolgt. Es handelt sich auch um eine große Gruppe (2,5 Mio. Niederländer²), die sich teilweise mit der Gruppe der Migranten überschneidet (39 %). Schließlich wurde ein Dialog mit einer Gruppe von Personen geführt, die wenig in Umfragen und Diskussionen zu finden **sind, die für Europa zwar kritisch sind, aber für die Europa eine wichtige berufliche Rolle spielt**. Die Unternehmer des Agrarsektors wurden ausgewählt.

Die oben genannten Gruppen wurden von Organisationen angesprochen, denen sie angehören, wie Migrantenorganisationen, Interessenverbänden und Berufsverbänden. Da wir die Anzahl der Dialoge auf acht beschränkt haben, konnten wir nicht vollständig „vollständig“ sein. Dies macht die Wahl der Teilnehmer etwas willkürlich. Bei dieser Auswahl haben wir vor allem auch die Begeisterung für die Teilnahme berücksichtigt und dabei geholfen, ihre Basis zu mobilisieren, sowie praktische Fragen wie die Verfügbarkeit je nach Datum und Standort.

Vor Ort fanden Dialoge mit den Mitgliedern folgender Organisationen statt:

- Hakder-Stiftung, Alevie-Gemeinschaft, Schiedam
- Asha Foundation, Hindu-Gemeinschaft, Utrecht (zwei Diskussionssitzungen)
- Piëzo, Organisation der Zivilgesellschaft, Zoetermeer

Taal doet Meer, Organisation für wenig gebildete Menschen, Utrecht

- BoerenNatuur, Verband landwirtschaftlicher Vereinigungen
- Marokkanen Dialog Overvecht, marokkanische Gemeinschaft, Utrecht
- Women for Freedom, Interessenvertretung für Frauen mit Migrationshintergrund, Den Haag

Insgesamt nahmen 110 Personen an diesen Gesprächsrunden teil.

4. Dialoge mit Jugendlichen

Junge Menschen sind eine vorrangige Zielgruppe der Konferenz zur Zukunft Europas. Um ihre Teilnahme am Bürgerdialog „Vision of Europe“ aktiv zu fördern und die Meinungen und Ideen dieser Gruppe gut zu Gehör zu bringen, wurden fünf physische Diskussionstreffen speziell für junge Menschen organisiert. Ein sechstes Treffen mit jungen Menschen konnte aufgrund der restriktiven Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Coronavirus nicht stattfinden.

Die Treffen fanden in folgenden Institutionen statt:

Vereinigung der Geschichtsstudenten, Universität Leyde

Dr. Knippenberg College, Sekundarschule, Helmond

Coalitie-Y, Jugendplattform des Wirtschafts- und Sozialrats

Graafschap College, berufliche Sekundarbildung, Doetinchem

CSG Jan Arentsz, Sekundarschulbildung mit Schwerpunkt auf technologischen Fächern, Alkmaar

Insgesamt nahmen 95 Jugendliche an den Diskussionstreffen teil.

Verwendete Wartungstechniken

Die thematischen Online-Dialoge, die Dialoge mit bestimmten Gruppen und die Dialoge mit jungen Menschen wurden nach der so genannten „sokratischen“ Gesprächsmethode geführt. Diese Methode wird seit vielen Jahren am Tag des Dialogs angewendet, an dem Menschen in den Niederlanden über Fragen interagieren, die sie betreffen. Im Rahmen der sokratischen Instandhaltungsmethode berücksichtigt der Moderator folgende Grundsätze:

Lassen Sie den anderen seine Geschichte erzählen

- Nicht sofort mit einer anderen Geschichte antworten
- Umgang mit Respekt

Aus eigener Sicht zu sprechen („ich finde“ statt „man sagt“)

- Weitere Erläuterungen verlangen, wenn sich die geäußerten Standpunkte auf Allgemeinheiten beschränken
- Urteile vermeiden und analysieren

Geben Sie Momente der Stille, wenn die Menschen für einen Moment nachdenken müssen

Während der Dialoge wird der folgende Rhythmus verwendet: Divergenz – Konvergenz – Divergenz. Das Prinzip ist, dass Sie zuerst voneinander abweichen müssen (direkt individuelle Gefühle und Meinungen ausdrücken), bevor Sie konvergieren können (über mögliche Wege sprechen) und schließlich wieder auseinandergehen (z. B. individuelle Empfehlungen sammeln). Erfahrung und Theorie zeigen, dass dieser Rhythmus einen optimalen Dialogablauf gewährleistet.

Alle Dialoge wurden von professionellen Vermittlern geführt.

5. Öffentliche Online-Umfrage: Fragebogen und „Swipen Naar de toekomst“ (Swiper in die Zukunft)

Der Fragebogen für die Umfrage des Panels wurde auch für alle Niederländer, einschließlich derjenigen mit Wohnsitz im Ausland, geöffnet. Dieser Fragebogen war vom 1. September 2021 bis zum 14. November 2021 zugänglich. Darüber hinaus konnte jeder Holländer im selben Zeitraum an der Aktion „Swipen Naar de toekomst“ (Swiper in die Zukunft) teilnehmen, einem Online-Tool mit 20 Behauptungen.

Antworten & Nutzung

Insgesamt füllten 1 967 Teilnehmer den Fragebogen aus und 6.968 waren bis zum Ende des Bildschirm-Scan-Tools. Sowohl der Fragebogen als auch das Bildschirmscan-Tool waren offen für alle: es gab keine Vorbedingungen und Auswahlkriterien für die Teilnahme. Im Fragebogen war es möglich, Fragen zu stellen (es gab keine obligatorischen Fragen), um die Antwortquote zu maximieren. Die Teilnehmer wählten viel häufiger „Ich antworte lieber nicht“ als im Rahmen der repräsentativen Panel-Umfrage.

Die allgemeinen Merkmale der Teilnehmer des offenen Fragebogens und des Screen-Scan-Tools unterscheiden sich in mehreren Punkten von denen der Teilnehmer des repräsentativen Panels. Im Gegensatz zur Panel-Umfrage sind die Ergebnisse des offenen Fragebogens und des Bildschirmscan-Tools nicht repräsentativ. Die Ergebnisse der Online-Umfrage wurden zur Ergänzung der Panelumfrage herangezogen. Sie geben Einblicke in die Gefühle und Ideen, die in den Niederlanden zirkulieren. Die in den Eingabefeldern genannten Verbesserungsvorschläge wurden im Abschnitt „Diskussionen und Ideen online und vor Ort“ verwendet. Das Bildschirmscan-Tool wurde verwendet, um einige Gefühle, die in den Niederlanden zirkulieren, besser zu verstehen. Diese Ergebnisse wurden bei der Ausarbeitung der Empfehlungen berücksichtigt. Aufgrund des Erfordernisses der Repräsentativität wurden die Ergebnisse der Online-Umfrage in diesem Bericht nur begrenzt berücksichtigt.

Dieser Bericht wird vom Außenministerium veröffentlicht. www.kijkopeuropa.nl



Nationale Regierung der Niederlande

Unsere Vision von Europa

Bericht vom Januar 2022

Stellungnahmen, Ideen und Empfehlungen

Themen & Themen

- Klimawandel und Umwelt
- Migration
- Gesundheit
- Die EU in der Welt
-
- 14. Januar 2022
-
- Dieses Dokument ist eine Übersetzung des Berichts mit dem Titel "Onze kijk op Europa; Meningeën, ideeën en Aanbevelingen", ("Unsere Vision von Europa: Stellungnahmen, Ideen und Empfehlungen"), die am 14. Januar 2022 in niederländischer Sprache auf der Website www.kijkopeuropa.nl veröffentlicht wurde. Bei dieser Übersetzung handelt es sich um eine vereinfachte Fassung des Berichts, in der die Originaldarstellung (Abbildungen und andere grafische Elemente) zum Zwecke der Übersetzung geändert wurde.

Unsere Vision von...

Zusammenfassung des Berichts: alle Empfehlungen in Kürze

Im Rahmen des Bürgerdialogs zum Thema „Vision of Europe“ haben wir die Ansichten und Vorstellungen der niederländischen Bürger zur Zukunft Europas gesammelt. Dies führte für die letzten vier Themen (von insgesamt neun Themen) zu folgenden Empfehlungen an die Europäische Union:

Klimawandel und Umwelt

- 1. Eine klare Orientierung für den europäischen Klimaschutzansatz wählen**
- 2. Sicherstellen, dass Länder und Unternehmen enger zusammenarbeiten, um gezielte Lösungen zu finden. Schaffung eines fairen und praktikablen CO2-Systems**
- 4. Klarere und positivere Kommunikation in Bezug auf den Klimaschutzansatz**

Die Niederländer sind der Ansicht, dass die EU bei der Bekämpfung des Klimawandels eine führende Rolle spielen muss. Die Mitgliedstaaten müssen ihre eigenen Entscheidungen treffen können, müssen jedoch zusammenarbeiten, um die gleichen Ziele zu erreichen. Anstatt sich gegenseitig mit dem Finger zu zeigen, sollten die EU-Länder mehr Energie für den Wissensaustausch und die Suche nach gemeinsamen Lösungen aufwenden. Ein System zur Besteuerung von CO2-Emissionen kann wirksam sein, muss aber auch fair, praktisch und klar sein. In der Regel vertreten die Niederländer die Auffassung, dass die EU wirksamer und positiver über das Klima kommunizieren sollte.

Migration

- 1. Vermeiden, dass die Flüchtlingsdebatte zu wenig nuanciert wird**
- 2. Definieren, was eine gerechte und praktische Verteilung der Flüchtlinge ist**
- 3. Nutzung des Wissens und der gewonnenen Erfahrungen zur Unterstützung der Regionen, aus denen Flüchtlinge stammen**

Die Niederländer halten es für wichtig, zwischen Menschen, die aus gefährlichen Gebieten fliehen, und Wirtschaftsflüchtlingen zu unterscheiden. Den Debatten über Migration und Integration mangelt es oft an Nuancen. Um eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa zu erreichen, müssen innerhalb der EU klare Kriterien vereinbart werden, bei denen sowohl die Mitgliedstaaten als auch die Menschen, die geflohen sind, berücksichtigt werden. Schließlich schlagen die Niederländer vor, dass die EU die Regionen, aus denen Flüchtlinge stammen, nicht nur finanziell, sondern auch durch Wissen unterstützt.

Gesundheit

- 1. Bessere Kontrolle über das Management einer Pandemie**
- 2. Gewährleistung der Verfügbarkeit erschwinglicher und zuverlässiger Arzneimittel für alle**
- 3. Die Länder müssen sich vor allem darum bemühen, ihr Gesundheitssystem zu verbessern und gerechter zu gestalten.**

Die Niederländer sind der Ansicht, dass die EU-Länder bei der Bekämpfung einer Pandemie stärker zusammenarbeiten müssen. Die Art und Weise, wie die Coronavirus-Krise gehandhabt wird, verursacht manchmal Verwirrung. Die Regeln sollten kohärenter sein, aber nicht überall gleich sein. Was Impfstoffe oder Medikamente betrifft, so wünschen sich die Niederländer, dass die Preise so niedrig wie möglich bleiben, aber sie wollen sich auf Qualität und verantwortungsvolle Produktion verlassen können. Darüber hinaus halten wir es für wichtig, dass Großunternehmen ihre Macht nicht missbrauchen, und wir sind der Ansicht, dass die Gesundheitsversorgung weiterhin in erster Linie auf nationaler Ebene angesiedelt sein muss.

Die Rolle der EU in der Welt

- 1. Nutzung der Stärke der EU in wichtigen internationalen Themen**
- 2. Sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas wählen Sie die Zusammenarbeit statt den Kampf.**
- 3. Nachdenklich Hilfe bei Konflikten anbieten**

Die Niederländer sind der Ansicht, dass die europäische Zusammenarbeit in erster Linie auf die großen gemeinsamen Interessen ausgerichtet sein muss. Auch die Zusammenarbeit der EU mit Drittländern muss in diesem Sinne berücksichtigt werden. Neben dem Klimawandel und der Coronavirus-Pandemie geht es beispielsweise um die internationale Sicherheit und den Schutz der europäischen Wirtschaft vor unlauteren Handelspraktiken. Sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas ziehen die Niederländer die Zusammenarbeit dem Kampf vor. Auch in Bezug auf den Umgang mit Konflikten ist es immer besser, sie ohne Gewalt zu lösen.

Einführung

Der Bürgerdialog „Vision of Europe“, der vom 1. September bis Mitte November stattfand, ermöglichte es allen Niederländern, ihre Ansichten und Ideen zur Zukunft Europas darzulegen. Die Niederlande legen der Europäischen Union (EU) die Empfehlungen vor, zu denen der Dialog geführt hat, sowie die geäußerten Ideen und Standpunkte. In diesem Bericht befassen wir uns mit den letzten vier Themen (von insgesamt neun Themen). Die ersten fünf Themen wurden bereits in dem am 3. Dezember 2021 veröffentlichten Bericht behandelt.

Über „Vision of Europe“

Die Europäische Union möchte, dass ihre Bürger ihr mitteilen, was sie von Europa denken. Deshalb organisiert die EU die Konferenz zur Zukunft Europas. Die Meinungen und Ideen der Bürger in der gesamten Europäischen Union werden dann in die Pläne für die Zukunft Europas einfließen. Im Rahmen der Konferenz organisierten die Niederlande den Bürgerdialog „Vision of Europe“ auf nationaler Ebene.

Der Dialog „Vision of Europe“ begann am 1. September mit der Online-Sammlung von Stellungnahmen und Ideen durch eine Umfrage eines repräsentativen Gremiums. Um die ersten Ergebnisse der Panel-Umfrage zu vertiefen und konkrete Empfehlungen zu formulieren, haben wir thematische Online-Dialoge organisiert. Jeder, der es wollte, konnte daran teilnehmen. Wir reisten auch durch das Land, um Gespräche mit jungen Menschen und anderen (schwierig zu erreichenden) Gruppen zu führen.

Von Schülern, Schülern der Sekundarstufe II und Studenten bis hin zu Ministern, Landwirten und Migranten

In den Monaten Oktober und November fanden insgesamt acht thematische Online-Dialoge mit durchschnittlich 30 Teilnehmern pro Sitzung statt. Wir haben auch einen thematischen Online-Dialog und sieben thematische Dialoge vor Ort mit verschiedenen niederländischen Bürgergruppen organisiert. So haben wir mit der türkischen Gemeinde in Schiedam gesprochen und von den Freiwilligen der Piëzo-Stiftung nach Zoetermeer eingeladen. Bei dieser letzten Gelegenheit war auch Außenminister Ben Knapen am Ende des Dialogs anwesend. Der Minister führte eine Aussprache mit den Teilnehmern über den Dialog und die geäußerten Ansichten zur Zukunft Europas. Schließlich haben wir sechs Treffen mit verschiedenen Jugendgruppen organisiert. Wir wurden zum Beispiel an einer Sekundarschule in Helmond, an einer professionellen Sekundarschule in Doetinchem und an der Universität Leyde empfangen.

Es geht um die Zukunft unserer Kinder. Deshalb halte ich es für wichtig, mitzumachen.

Teilnahme am thematischen Dialog

Über diesen Bericht

Auf der Grundlage der Ideen und Meinungen, die wir in den letzten Monaten gesammelt haben, haben wir eine Reihe von Empfehlungen erarbeitet, die die niederländischen Bürger an die Europäische Union richten. Während der Diskussionen unter den niederländischen Bürgern fand ein interessanter Meinungs austausch statt, und es wurden innovative Ideen und Anregungen abgegeben. Einige dieser Ideen und Vorschläge wurden in diesen Bericht aufgenommen. Der Inhalt dieses Berichts ist daher die Stimme der Niederlande: unsere Vision von Europa.

So wie es Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ländern und den europäischen Bürgern gibt, sind wir in den Niederlanden natürlich auch nicht immer einer Meinung. Genau diese Meinungsverschiedenheiten sind wertvoll: Sie sind ein wichtiges Merkmal einer Demokratie. Die Empfehlungen beziehen sich auf die am häufigsten von den Teilnehmern der „Vision of Europe“-Umfrage geäußerten Ideen und Meinungen. Wir beschreiben auch Bedenken, Ideen und Gefühle, die vielleicht weniger verbreitet sind, aber unsere Aufmerksamkeit während der Online-Dialoge und Umfragen auf sich gezogen haben.

Ich habe es genossen, meine Meinung zu Themen äußern zu können, die mir wichtig erscheinen. Und das Gefühl gehabt zu haben, gehört zu werden.

Teilnahme am thematischen Dialog

Für die Konferenz zur Zukunft Europas wurden neun Themen festgelegt. Diese Themen stehen auch im Mittelpunkt des Dialogs „Vision of Europe“, der mit den niederländischen Bürgern stattgefunden hat. Im Oktober veröffentlichte der Hof einen Zwischenbericht mit einem ersten Überblick über die Ergebnisse und ergänzenden Fragen auf der Grundlage der Panel-Umfrage. Anfang Dezember wurde ein neuer Bericht veröffentlicht, in dem Stellungnahmen, Ideen und Empfehlungen zu den ersten fünf Themen behandelt wurden. In diesem Bericht werden die verbleibenden vier Themen behandelt.

Vorheriger Bericht – Dezember 2021

Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit

Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung Europäische Demokratie

Digitale Transformation

Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Aktueller Bericht – Januar 2022

Klimawandel und Umwelt

Migration

Gesundheit

Die EU in der Welt

Die nächsten Schritte

Auf der Konferenz zur Zukunft Europas werden die Ideen, Meinungen und Empfehlungen aller EU-Bürger zusammengeführt. Die Sitzungen konzentrieren sich nicht nur auf die Ergebnisse aller Bürgerdialoge auf nationaler Ebene, sondern auch auf die Ergebnisse anderer Initiativen, die im Rahmen der Konferenz eingeleitet wurden. Zum Beispiel gibt es auch europäische Bürgerforen, und alle EU-Bürger (also auch niederländische) können auf eine europäische digitale Plattform zugreifen.

Ich hoffe, dass die Staats- und Regierungschefs der EU meiner Meinung nach Rechnung tragen. Und das wird ihnen helfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Teilnahme am thematischen Dialog

Die Konferenz endet im Frühjahr 2022. Die Niederlande werden dann einen Abschlussbericht über den Bürgerdialog erstellen: eine Zusammenstellung des vorliegenden Berichts und des vorangegangenen Berichts mit Empfehlungen zu allen neun Themenbereichen. Im Anschluss an die Konferenz werden Empfehlungen an den Vorsitz der Konferenz abgegeben: die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Ministerrates und der Europäischen Kommission. Sie verpflichteten sich, zu prüfen, wie die Empfehlungen umgesetzt werden können. Für die niederländische Regierung sind die Ergebnisse zudem ein wertvoller Beitrag zur Gestaltung der europäischen Politik der Niederlande.

Kurz gesagt, der Prozess, der bis zum Frühjahr 2022 dauern wird, wird wie folgt organisiert:

Chronologie

Vision von Europa

1. September	12. Oktober	22./23. Oktober	15. November	3. Dezember	14. Januar	21./22. Januar	Februar	18./19. Februar	11. – 12. März	22./24. April		
Ideen online sammeln												
Thematische Dialoge												
		Zwischenergebnisse (Zwischenbericht)		Zwischenbericht zu den Themen „Wirtschaft“ und „Demokratie“	Zwischenbericht zu den Themen „Klima“ und „EU in der Welt“			Abschlussbericht „Unsere Vision von Europa“				
		Tagung der Konferenz				Tagung der Konferenz		Treffen von die Konferenz	(möglicherweise) Sitzung der Konferenz	Abschlussveranstaltung der Konferenz	→	Empfehlungen für die Präsidenten • Europäisches Parlament • Europäische Kommission • Ministerrat
						↑		↑		↑		
Mehr Meinungen und Ideen zur Zukunft Europas:												
Dialoge mit den Bürgern					Europäische Bürgerforen					Europäische digitale Plattform (auch für niederländische Bürger)		

Erläuterungen zur Erleichterung des Lesens

In diesem Bericht haben wir vier Themen behandelt. Für jedes Thema haben wir sukzessive aufgeführt: Empfehlungen auf der Grundlage aller Aspekte des Dialogs mit den Bürgern;

Diskussionen und Ideen online und vor Ort: Überblick über Meinungen, Ideen und Meinungen (online und mit physischer Präsenz) während der thematischen Dialoge.

Eine Beschreibung der im Rahmen der Erhebung angewandten Methodik ist am Ende dieses Berichts zu finden.

Klimawandel und Umwelt

Empfehlungen – Unsere Vision von Klimawandel und Umwelt

71 % der Niederländer sind der Ansicht, dass der Klimawandel und die Umwelt ein wichtiges Thema sind und dass die EU in diesem Bereich tätig werden muss.

1. Eine klare Orientierung für den europäischen Klimaschutzansatz zu wählen 68 % der Niederländer sind der Meinung, dass die EU eine führende Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels spielen muss. Die Erderwärmung ist ein Problem, und kein Land allein kann sie lösen. Auch wenn die Niederländer in Bezug auf den Klimawandel nicht alle der gleichen Meinung sind, sind wir der Ansicht, dass die EU auf jeden Fall eine klarere Vision für die Zukunft haben muss. Trotz des Grünen Deals stellen wir derzeit fest, dass die Mitgliedstaaten häufig nicht angeglichen sind. Die Länder müssen zwar in der Lage sein, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen, aber dennoch müssen sie zusammenarbeiten, um die gleichen Ziele zu erreichen. Darüber hinaus sind wir der Meinung, dass wir als Bürger auch unsere eigene Verantwortung tragen, z. B. bei der Anpassung unserer Konsumgewohnheiten.

Die Niederlande wollen das Erdgas aufgeben, während in Deutschland gerade dessen Nutzung gefördert wird. Manchmal geht es darum, nichts mehr zu verstehen.

2. Gewährleistung einer engeren Zusammenarbeit zwischen Ländern und Unternehmen bei der Suche nach gezielten Lösungen

Wenn es um den Klimawandel und die Umwelt geht, stellen die Niederländer fest, dass sich die Länder oft mit dem Finger zeigen. Der Schwerpunkt liegt häufig auf den Unterschieden, z. B. zwischen armen und reichen Ländern innerhalb der EU. Oder zwischen hochindustrialisierten oder schwach industrialisierten Ländern. Wir würden es vorziehen, wenn wir versuchen, Vereinbarungen zu erzielen. Ähnliche Unternehmen in verschiedenen Ländern könnten beispielsweise Wissen austauschen und gemeinsam über Lösungen nachdenken. Wenn dies der Fall wäre, könnten die ärmeren Länder stärker in den Klimaschutz eingebunden werden. Sie könnten an den Überlegungen mitwirken und könnten darüber hinaus von gemeinsamen Lösungen profitieren.

Der Ansatz für den Klimawandel sollte kein Rennen sein, sondern eine Zusammenarbeit.

3. Schaffung eines fairen und praktikablen CO₂-Systems

Der Ansatz der EU in Bezug auf den Klimawandel legt großen Wert auf die Verringerung der CO₂-Emissionen. Die Niederländer sind der Ansicht, dass hierfür ein besseres System vorgesehen werden sollte, das eine gerechte Besteuerung sowohl der Erzeuger als auch der Verbraucher ermöglichen würde. Die Niederländer teilen sich die Frage, ob die Länder mit den meisten Einwohnern das Recht haben, mehr CO₂ zu emittieren. Einige Länder haben zum Beispiel eine sehr umweltschädliche Industrie. In anderen Ländern hingegen gibt es viele Möglichkeiten, grüne Energie zu erzeugen. Diesen Unterschieden sollte Rechnung getragen werden. Ohne dass es zu komplex wird, denn das System muss für alle verständlich sein.

Die Industrieländer exportieren viel. Müssen sie also allein die CO₂-Abgabe tragen? Meiner Meinung nach sollte auch der Verbraucher zahlen.

4. Klarere und positivere Kommunikation in Bezug auf den Klimaschutz Die Niederländer hören viel über den Klimawandel und lesen viel darüber. Dennoch ist dies für viele Menschen ein abstraktes und komplexes Thema. Es wird oft als etwas angesehen, das viel Geld kostet, während der Ansatz zum Klimawandel auch Chancen schafft. So denken wir beispielsweise an die Förderung der lokalen Lebensmittelproduktion und an die Entwicklung neuer und nachhaltiger Technologien. Die EU könnte diesen Aspekt häufiger und wirksamer darlegen. Wir sind auch der Meinung, dass die Regierungschefs der Mitgliedstaaten selbst ein besseres Beispiel geben könnten. Weniger Reisen – z. B. zwischen Brüssel und Straßburg – und häufigere Online-Versammlungen könnten beispielsweise zur Unterstützung der Nachhaltigkeit beitragen.

Nachhaltigkeit wird immer noch zu oft als Kosten angesehen. Sie sollte als Chance und nicht

als Bedrohung betrachtet werden.

Diskussionen und Ideen online und vor Ort

Wir dürfen CO₂-Emissionen nicht als_{Recht} betrachten, sondern als lästige Folge.

„Ich habe das Gefühl, dass wir in Europa mehr Zeit damit verbringen, über den Klimawandel zu sprechen, als echte Maßnahmen zu ergreifen, um den Klimawandel zu beheben.“

Strengere Klimavorschriften könnten langfristig auch für uns von Vorteil sein. Als Kontinent, der sich im Handel engagiert, müssen wir versuchen, dort Chancen zu sehen.

Wir können nicht auf andere Kontinente warten. Wir haben keine Zeit zu warten.

DIE IDEE: „Die Länder finanziell belohnen, wenn sie beweisen, dass ihre Natur und ihre biologische Vielfalt zunehmen.“

DIE IDEE: „Förderung des naturverträglichen Tourismus in armen Regionen der EU“.

Schüler der beruflichen Sekundarstufe Doetinchem: Ferne Reisen müssen für alle zugänglich bleiben.

Die These, dass Flüge innerhalb der EU teurer werden sollten, wurde den Studierenden des Graafschap College in Doetinchem vorgelegt. Einige Studenten waren sich einig, dass teurere Tickets die Menschen dazu bringen würden, nach billigeren Alternativen zu suchen. Darüber hinaus wurde hervorgehoben, dass die EU dann darauf achten sollte, umweltfreundlichere Optionen, z. B. bessere Schienenverbindungen, anzubieten. Andere Teilnehmer wiesen darauf hin, dass sie eine Preiserhöhung für Flugtickets nicht befürworten. „Die Reichen sind diejenigen, die heute am meisten reisen, und sie können das leicht bezahlen“, sagte ein Teilnehmer. Hohe Preise werden sie nicht davon abhalten, zu reisen. Während die fernen Feiertage dann für die „gewöhnlichen“ Bürger unmöglich werden.

Naturverträgliche Landwirte: „Die EU könnte zur Verbreitung von Wissen über nachhaltige Lösungen beitragen.“

BoerenNatuur ist eine Vereinigung von Bauernverbänden. Im Rahmen des thematischen Dialogs ging es unter anderem um das Thema Klimawandel und Umwelt.

Was je nach Teilnehmer verbessert werden kann, ist die Anwendung der EU-Rechtsvorschriften und -Vorschriften durch die einzelnen Länder. Die Stickstoffakte wurde als Beispiel angeführt. Das EU-Recht besagt nur, dass sich ein Naturgebiet nicht verschlechtern kann. Aber in Südeuropa wird dieser Begriff anders interpretiert als in den Niederlanden." Die meisten Anwesenden sind sich einig, dass Europa eine führende Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels spielen muss. Und man darf sich nicht mit Reden begnügen, man muss Ergebnisse erzielen. Vor allem durch den Wissensaustausch schätzen die Landwirte. Im Agrarsektor arbeiten wir an Lösungen für eine sauberere Landwirtschaft. Die EU muss zur raschen Verbreitung von Wissen in diesem Bereich beitragen.“

Migration (Migration und Flüchtlinge)

Die Grenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten sind offen. Daher wird innerhalb der EU beispielsweise eine Zusammenarbeit zum Schutz der Außengrenzen und zur Bekämpfung der Schleusung von Migranten durchgeführt. Eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen EU-Mitgliedstaaten wird ebenfalls diskutiert. Was ist der Standpunkt der Niederlande zu diesem Thema?

Empfehlungen – Unsere Vision von Migration und Flüchtlingen

65 % der Niederländer sind der Ansicht, dass Migration und Flüchtlinge ein wichtiges Thema sind und dass die EU in diesem Bereich tätig werden muss.

1. Vermeiden, dass die Flüchtlingsdebatten zu wenig nuanciert werden

70 % der Niederländer sind der Meinung, dass die Außengrenzen Europas besser geschützt werden müssen. 72 Prozent sind der Meinung, dass mehr Flüchtlinge in unsichere Länder zurückgeschickt werden müssen. Die Niederländer sind der Ansicht, dass den Gründen, die dazu führen, dass Menschen aus einem unsicheren Land fliehen, mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Diese Gründe hängen manchmal mit dem Klimawandel, manchmal mit Kriegen zusammen. Diese Zusammenhänge werden in der Flüchtlingsdebatte oft nur in begrenztem Umfang angesprochen. Der Mehrwert, den diese Flüchtlinge für ein Land bringen, wird selten angesprochen. Schließlich sind wir der Ansicht, dass die EU klarer zwischen Menschen aus unsicheren Grenzregionen und Wirtschaftsflüchtlingen unterscheiden muss. Zusammenfassend stellen wir fest, dass es den Debatten über Migration und Flüchtlinge im Allgemeinen an Kontext und Nuancen mangelt. Die europäischen Politiker könnten mit gutem Beispiel vorangehen.

Wir müssen die Flüchtlinge in erster Linie als unsere Mitmenschen betrachten. Denn niemand oder fast niemand wird jemanden verlassen, der in Not ist.

2. Definieren, was eine gerechte und praktische Verteilung der Flüchtlinge ist

Eine europäische Einwanderungsbehörde sollte dafür sorgen, dass Flüchtlinge gleichmäßig unter den EU-Mitgliedstaaten verteilt werden. Die Niederländer sind ferner der Ansicht, dass klare Kriterien festgelegt werden sollten, um festzulegen, was eine gerechte Verteilung ist. Ein gutes Sozialsystem kann zum Beispiel ein Land für Flüchtlinge attraktiv machen, aber auch andere Faktoren sind sowohl für die Flüchtlinge als auch für das betreffende Land von Bedeutung. In den Niederlanden sind wir mit einem Wohnungsmangel konfrontiert, während einige Länder oder Sektoren einfach mehr Wanderarbeitnehmer benötigen. Wir halten es für wichtig, dass die EU dies bei der Verteilung der Flüchtlinge berücksichtigt. Klare Mechanismen sorgen nicht nur für Transparenz, sondern auch für einen geringeren Protest, was letztlich im Interesse jedes Einzelnen liegt.

„Flüchtlinge müssen auch in der Lage sein, ihre Talente in einem Bestimmungsland auszudrücken.“

3. Nutzung des Wissens und der gewonnenen Erfahrungen zur Unterstützung der Herkunftsregionen der Flüchtlinge

67 % der Niederländer sind der Meinung, dass die EU den unsicheren Regionen mehr helfen muss, um die Flüchtlingsströme einzudämmen. Wir erkennen, dass die Flüchtlinge ihr Land nicht durch einfache Wahl verlassen. Deshalb müssen wir uns mit Ursachen wie Klimawandel oder Konflikten befassen, die Regionen unsicher oder unerträglich machen. Die EU kann die Herkunftsregionen der Flüchtlinge nicht nur durch finanzielle Unterstützung, sondern auch durch Wissen unterstützen. In den Niederlanden verfügen wir beispielsweise über starke landwirtschaftliche Kompetenzen. Mit modernen landwirtschaftlichen Techniken können wir anderen Ländern helfen, Dürren und Versalzenungen besser zu bewältigen. Und Menschen, die in Europa Zuflucht gefunden haben, können eine Ausbildung in einem europäischen Land absolvieren und dann ihr Herkunftsland selbst unterstützen.

Diskussionen und Ideen online und vor Ort

„Die EU muss schnellere Asylverfahren einführen. Es wird mehr Platz für die Menschen geben, die es wirklich brauchen.

Ich kenne viele junge Menschen in meiner Umgebung, die ein Haus kaufen wollen, aber nichts Erschwingliches finden, während Flüchtlinge eine Unterkunft anbieten. Ich finde das schwer zu akzeptieren.

Der Klimawandel wird auf jeden Fall zu Vertreibungen führen. Wir können diese Ströme nicht stoppen, aber wir können sie wahrscheinlich besser regulieren.

Ich wohne in Betuwe. In der Birnen- und Apfelsaison brauchen wir einfach viele Wanderarbeiter.

Unsichere Regionen sind nicht umsonst unsicher, die Behörden sind oft unzuverlässig. Wie können wir wissen, wohin unsere Hilfe und unser Geld gehen?

DIE IDEE: „Auch lokale Strategien wie die Beteiligung der Bürger an der Aufnahme von Flüchtlingen vor Ort und die Finanzierung lokaler Integrationsinitiativen berücksichtigen“.

DIE IDEE: In den Städten Mini-Häuser einrichten, in denen Flüchtlinge bei ihrer Ankunft wohnen könnten. Dies würde den Druck auf den Wohnungsmarkt verringern und die öffentliche Unterstützung für die Aufnahme dieser Menschen erhöhen.

Freiwillige, die selbst Flüchtlinge waren: In Europa bleiben die Menschen oft voneinander entfernt.

Taal Doet Meer („Sprache macht es einfacher“) ist eine ehrenamtliche Organisation, die dafür sorgt, dass die neuen allophonen Einwohner von Utrecht an der Gesellschaft teilnehmen können. Der thematische Dialog mit dieser Organisation konzentrierte sich nicht nur auf die Migration, sondern vor allem auf die Integration. Mehrere Teilnehmer kamen selbst als Flüchtlinge in die Niederlande, einer von ihnen aus Syrien. Nach sieben Jahren fühle ich mich immer noch nicht holländisch. Ich habe auch keinen Job gefunden, obwohl ich einen Master gemacht habe. Ich stelle fest, dass sich die europäischen Länder vor allem um sich selbst kümmern und nicht sehr offen für andere Länder und Kulturen sind.“ Ein anderer Teilnehmer wies darauf hin, dass die Europäer oft voneinander entfernt bleiben. Die meisten Menschen sind allein. Jeder bleibt in seiner Ecke. Ich finde, dass man miteinander reden muss und dass man voneinander lernen kann.

Jugendliche aus dem Nationalen Jugendrat: Man darf die Leute nur hereinlassen, wenn man sich gut darum kümmern kann.

In Utrecht führten Mitglieder verschiedener Arbeitsgruppen des Nationalen Jugendrates eine Debatte. Die Teilnehmer (im Alter von 16 bis 23 Jahren) sind der Ansicht, dass bei der Verteilung der Flüchtlinge in Europa verschiedene Aspekte berücksichtigt werden müssen, wie Einwohnerzahl, Landesfläche, Wohlstand und Anzahl der Asylzentren. „Wir dürfen Flüchtlinge nur dann ins Land lassen, wenn man sich dann gut darum kümmern kann“, sagte einer von ihnen.

Darüber hinaus sind junge Menschen der Ansicht, dass es Konsequenzen geben muss, wenn Länder ihren Verpflichtungen zur Aufnahme von Flüchtlingen nicht nachkommen. Sie müssen zum Beispiel mit Bußgeldern belegt werden. „Und die Flüchtlinge müssen auch selbst mitreden, wo sie hingehen“, sagte jemand. Wenn sie zum Beispiel schon irgendwo Familie haben, kann man sie nicht woanders hinschicken.

Gesundheit

(Gesundheitsfürsorge)

Obwohl die Gesundheitsversorgung in erster Linie in die Zuständigkeit der einzelnen Länder fällt, können sie durch EU-Politik unterstützt und gestärkt werden, z. B. im Rahmen der Reaktion auf die COVID-19-Pandemie oder anderer (zukünftiger) Gesundheitskrisen oder partnerschaftlicher Forschung zu schweren Krankheiten. Was ist der Standpunkt der Niederlande zu diesem Thema?

Empfehlungen – Unsere Vision für das Gesundheitswesen

64 % der Niederländer sind der Ansicht, dass die Gesundheitsversorgung ein wichtiges Thema ist und die EU in diesem Bereich tätig werden muss.

1. Bessere Kontrolle über das Management einer Pandemie

83 % der Niederländer sind der Meinung, dass die EU-Länder stärker zusammenarbeiten müssen, um zu verhindern, dass sich eine ansteckende Krankheit weltweit ausbreitet. Denn ein Virus kennt keine Grenzen. Das können wir während der aktuellen Pandemie sehen. Die Politik innerhalb der EU ist manchmal verwirrend. Das ist nicht gut für die Einhaltung der Regeln. Wir sind der Ansicht, dass die Vorschriften zur Bekämpfung der Ausbreitung eines Virus in Europa besser koordiniert und nicht unbedingt überall gleich sein müssen. Es muss Platz für lokale Entscheidungen bleiben. Nicht nur, weil sich die Zahlen der Kontamination unterscheiden können, sondern auch, weil es in Europa verschiedene Kulturen gibt. Einige Maßnahmen funktionieren in einigen Ländern besser als in anderen.

Ich wohne in den Niederlanden, an der Grenze zu Deutschland. Die verschiedenen Maßnahmen beider Länder zur Bekämpfung des Coronavirus machen mich verrückt.

2. Gewährleistung der Verfügbarkeit erschwinglicher und zuverlässiger Arzneimittel für alle

71 % der Niederländer sind der Meinung, dass die EU dafür sorgen muss, dass wir Drittländer für die Entwicklung, Herstellung und Lieferung von Arzneimitteln weniger benötigen. Aber wenn das bedeutet, dass man länger warten muss, um Medikamente zu bekommen, werden die Meinungen geteilt. Die Niederländer halten die Herstellung und Verbreitung von Arzneimitteln für ein komplexes Thema. Zum einen steigen die Gesundheitskosten in den Niederlanden stark an, daher halten wir es für wichtig, sie so niedrig wie möglich zu halten. Auf der anderen Seite wollen wir Vertrauen in Medikamente haben, auch wenn sie aus der Ferne kommen. Sie müssen nicht nur von hoher Qualität sein, sondern auch nachhaltig und ethisch verantwortungsbewusst produziert werden. Im Allgemeinen glauben wir, dass wichtige Medikamente für jeden zugänglich sein sollten, auch in ärmeren Ländern.

Die Kosten für die Gesundheitsversorgung sind bereits jetzt unerschwinglich. Wir müssen also auch versuchen, die neuen Medikamente so günstig wie möglich zu kaufen.

3. Die Länder müssen vor allem selbst dafür sorgen, dass ihr Gesundheitssystem verbessert und gerechter gestaltet wird.

Die Niederländer kümmern sich sehr um die Gesundheitsversorgung, und dies geht über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie hinaus. Wir kennen zum Beispiel strukturelle Kapazitätsprobleme in Krankenhäusern. Ein Teil der Niederländer hat kein Vertrauen in die Auswirkungen der Marktkräfte im Gesundheitswesen. Wir verstehen, dass Pharmaunternehmen ihre Investitionen zurückfordern müssen und dass die Krankenkassen eine billige Gesundheitsversorgung wollen, aber große Unternehmen dürfen ihre Macht nicht missbrauchen. Die EU sollte diesbezügliche Vorschriften erlassen. Darüber hinaus sind wir der Ansicht, dass die Gesundheitsversorgung in erster Linie eine nationale Frage ist. Die Länder wissen nämlich besser, welche Probleme und Prioritäten auf lokaler Ebene bestehen. Wir halten es jedoch für wichtig, dass die europäischen Länder bei der Verbesserung der Gesundheitsversorgung voneinander lernen können.

Diskussionen und Ideen online und vor Ort

In Bezug auf die Verfügbarkeit von Arzneimitteln in Europa könnten wir auch etwas sparsamer sein. Wir werfen heute viel zu viel davon weg.

„Es ist sehr gut, dass Deutschland COVID-19-Patienten aus den Niederlanden aufgenommen hat. Ich würde gerne mehr Solidarität dieser Art in Europa sehen.

Wo auch immer man in der EU lebt und ob man reich oder arm ist, jeder hat das Recht auf eine qualitativ hochwertige Versorgung.

Beim Kauf von Medikamenten müssen nicht nur die Kosten, sondern auch die Ethik berücksichtigt werden. Das bedeutet zum Beispiel, dass man nicht auf Kinderarbeit zurückgreifen darf.

DIE IDEE: Verbesserung der Gesundheit der Europäer, indem dafür gesorgt wird, dass sie weniger Stress ausgesetzt sind. Zum Beispiel die Arbeitszeit der Arbeitswoche reduzieren.

DIE IDEE: Es jungen Menschen zu ermöglichen, gesündere Entscheidungen durch ernsthafte Augmented-Reality-Spiele zu treffen.

Einwohner von Utrecht marokkanischer Herkunft: Gesundheit kann einen gewissen Preis haben.

Die Stiftung „Marokkaans Dialoog Overvecht“ (MDO) (Marokkaans Dialoog Overvecht) widmet sich der Beteiligung der marokkanischen Gemeinschaft im Stadtteil Overvecht in Utrecht. Zu diesem Zweck fördert sie den Dialog im Quartier und bekämpft damit Ungleichheiten. Die Teilnehmer des thematischen Dialogs im Rahmen der „Vision of Europe“ halten die europäische Zusammenarbeit für sehr nützlich. Einige von ihnen sind jedoch der Ansicht, dass die Niederlande manchmal zu stark von anderen Ländern abhängig sind. Die Bewältigung der COVID-19-Krise wurde in diesem Zusammenhang als Beispiel genannt. Die zahlreichen Konsultationen in Europa führten nach Angaben der Teilnehmer dazu, dass die Niederlande zu spät mit der COVID-19-Impfung begonnen haben. „Vielleicht kostet es mehr, wenn die Niederlande mehr selbst entscheiden wollen“, sagte jemand. Aber es geht um Gesundheit, das kann ein bisschen mehr kosten.

Studenten aus Helmond: Es ist besser, intelligent voneinander zu lernen, als alle denselben Ansatz zu verfolgen.

Am Dr. Knippenberg College in Helmond diskutierten Schülerinnen und Schüler im Alter von etwa 16 Jahren über die Bewältigung der COVID-19-Pandemie in Europa. Einige glauben, dass die EU-Mitgliedstaaten das Impfprogramm gemeinsam hätten festlegen müssen. Die meisten Teilnehmer sind der Meinung, dass die Länder selbst eine bessere Vorstellung davon haben, was notwendig ist und was funktioniert. Sie sind daher besser in der Lage zu entscheiden, was für die Bevölkerung geeignet ist. Sie wissen zum Beispiel besser, welche Sektoren zuerst eine Impfung benötigen und welche warten können. „Es ist natürlich sehr gut, dass sich die Länder abstimmen“, sagte einer der Schüler. Wenn mehrere Länder ihren eigenen Ansatz haben, können sie beobachten, was andere tun, und voneinander lernen.

Die Rolle der EU in der Welt

Die Welt steht vor großen Herausforderungen. Die EU ist davon überzeugt, dass Probleme wie Klimawandel und Pandemien nur durch globale Zusammenarbeit angegangen werden können. Die EU will in dieser Hinsicht ihre Stimme auf der Weltbühne deutlich zum Ausdruck bringen, z. B. an der Seite der USA und Chinas. Was ist der Standpunkt der Niederlande zu diesem Thema?

Empfehlungen – Unsere Vision für die Rolle der EU in der Welt

56 % der Niederländer sind der Ansicht, dass die Rolle der EU in der Welt ein wichtiges Thema ist und dass die EU in diesem Bereich tätig werden muss.

1. Nutzung der Macht der EU vor allem im Rahmen der wichtigsten internationalen Themen

Die Tatsache, dass seine Gründung dazu beigetragen hat, dass die Europäer seit mehr als 75 Jahren in Frieden leben, wird von vielen Niederländern als der wichtigste Mehrwert der EU angesehen. Darüber hinaus sind die Niederländer der Ansicht, dass die Stärke der EU darin besteht, die großen internationalen Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen. In diesem Zusammenhang denken wir beispielsweise an den Klimawandel, die COVID-19-Pandemie und die Flüchtlingskrise. Die EU-Mitgliedstaaten können auch durch den kollektiven Abschluss internationaler Abkommen der EU größere Auswirkungen auf Drittländer haben. Wir glauben, dass unser Land zu klein ist, um in diesen Bereichen allein einen Unterschied machen zu können. Die Niederländer wollen jedoch, dass die Niederlande weiterhin ihre eigenen Entscheidungen treffen können, abhängig von ihrer Kultur und ihren eigenen Interessen. Die Zusammenarbeit in Europa muss daher auch in erster Linie Effizienz und Handlungskraft gewährleisten.

Es ist einfacher, im Rahmen der EU Kooperationsabkommen zu schließen als als isoliertes Land.

2. Sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas entscheiden Sie sich für die Zusammenarbeit statt für den Kampf.

66 % der Niederländer sind der Meinung, dass die EU gegenüber anderen internationalen Blöcken einen stärkeren Block bilden muss. Wir erleben eine Schwächung des Gleichgewichts in der Welt. Länder wie China und Russland erweitern ständig ihre Macht in verschiedenen Bereichen. Das beunruhigt uns sehr. Die EU muss daher mehr Aufmerksamkeit zum Beispiel der internationalen Sicherheit und dem Schutz der europäischen Wirtschaft vor unlauteren Handelspraktiken widmen. Wir halten es in diesem Zusammenhang für wichtig, dass sich die Mitgliedstaaten besser und schneller abstimmen. Auf diese Weise können wir unserer Stimme deutlicher Gehör verschaffen. Die Tatsache, dass wir zusammen als europäische Länder stärker sind, bedeutet nicht, dass wir in den Konflikt gehen wollen. Wir wollen auch so weit wie möglich eine gute Zusammenarbeit mit Drittländern führen.

Die Verringerung interner Konflikte und Konflikte wird das Ansehen und die Einflussmacht der EU auf der Weltbühne erhöhen.

3. Nachdenklich Hilfe bei Konflikten anbieten

Bei der Stärkung der Rolle der EU auf der internationalen Bühne halten 50 % der Niederländer den Umgang mit Konflikten weltweit für ein wichtiges Thema. Die beste Art und Weise, auf Konflikte zu reagieren, ist ihrer Meinung nach schwer zu bestimmen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass militärische Interventionen in einem Land nicht immer von Vorteil sind. So können beispielsweise unvorhergesehene hohe Kosten entstehen und zusätzliche Flüchtlingsströme entstehen. Angesichts dieser lokalen Auswirkungen sollten die Länder selbst entscheiden, ob sie an einem Krieg teilnehmen werden. Wir sind generell an einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den europäischen Armeen interessiert: wir halten es für wichtig, dass sich Europa gut verteidigen kann. Aber wir ziehen es immer vor, Konflikte ohne Gewalt zu lösen.

Bei der Evakuierung aus Afghanistan hat jedes Land in seiner Ecke gehandelt. Wir hätten es doch besser machen können, oder?

Diskussionen und Ideen online und vor Ort

„Die EU muss zuerst Ordnung in ihren eigenen Angelegenheiten schaffen, bevor sie sich anderen gegenüberstellt.“

Indem wir als Europäer massiv chinesische Produkte kaufen, unterstützen wir China selbst.

Die USA spielen nach wie vor eine sehr wichtige Rolle bei der Verteidigung Europas.

EU-Mitglied zu sein bedeutet auch, am Verhandlungstisch zu sitzen. Auf diese Weise können wichtige Entscheidungen diskutiert werden.

„Die EU muss aufhören, sich als isolierte Einheit zu betrachten, weil sie es nicht ist. Sie ist eine Vereinigung europäischer Mitgliedstaaten und sollte sich als solche verhalten.“

DIE IDEE: „Wie die regelmäßig stattfindende Weltklimakonferenz sollte auch eine Konferenz über Menschenrechte abgehalten werden.“

DIE IDEE: „Die europäischen Armeen effizienter zu machen, z. B. durch den verstärkten kollektiven Kauf von Ausrüstung.“

Niederländisch-marokkanische Frauen: „Förderung der Menschenrechte“.

„Frauen für Freiheit“ ist eine niederländische Stiftung, die gegen Zwangsehen, sexuelle Unterdrückung und finanzielle Misshandlung von Mädchen und Frauen bikultureller Herkunft kämpft. In Zusammenarbeit mit dieser Stiftung wurde ein Treffen mit einer Gruppe niederländisch-marokkanischer Frauen organisiert. Die Teilnehmerinnen sind der Meinung, dass die EU derzeit zu stark von Russland und China abhängig ist. „Man stellt fest, dass die EU aus Angst vor Sanktionen in der Regel nichts zu bieten wagt“, sagte einer von ihnen. Die Herstellung von Medikamenten, die oft viel billiger sein kann, wurde als Beispiel genannt. „Im Falle eines Konflikts kann China den Wasserhahn schließen, und wir werden nichts mehr haben“, sagte eine Teilnehmerin. Auch die Frage der Menschenrechte wurde angesprochen. „Wir alle tun so, als ob wir das für sehr wichtig halten, aber wir verschließen die Augen, was China den Uiguren tut“, sagte jemand.

Schüler des Technasiums Alkmaar: Keine gemeinsame Armee.

Schülerinnen und Schüler des Jan Arentz Technasiums in Alkmaar diskutierten in ihrem thematischen Dialog die Vor- und Nachteile einer gemeinsamen europäischen Armee. Die Teilnehmer erklärten, sie seien keine Befürworter. Wenn ein EU-Land mit einem Drittland streitet, sollten wir automatisch an einem Krieg teilnehmen können. Ich finde, dass die Länder in der Lage sein müssen, selbst darüber zu entscheiden“, sagte jemand. Auch die Möglichkeit eines dritten Weltkriegs wurde angesprochen. Diese Möglichkeit wird von den Schülern nicht als sehr groß eingeschätzt, aber sie glauben, dass eine Lösung schnell gefunden werden könnte. Die Armeen können auch gut zusammenarbeiten. Es ist meiner Meinung nach nicht notwendig, dass es eine europäische Armee gibt.

Im Rahmen der Erhebung angewandte Methodik

Vision von Europa besteht aus verschiedenen Formen des eng miteinander verknüpften Dialogs, die es ermöglichen, die Ansichten und Ideen der niederländischen Bürger über die Zukunft Europas und der EU zu sammeln. In diesem Kapitel wird beschrieben, wie diese eng miteinander verknüpften Dialoge im Einklang mit den Leitlinien für die nationalen Bürgerforen im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas geführt werden.

Struktur der eng miteinander verknüpften Dialoge

Die folgenden Formen des Dialogs sind organisiert:

6. Umfrage bei einem Panel

Online-Umfrage bei einem repräsentativen Teil der niederländischen Bevölkerung.

7. Thematische Dialoge im Internet zur Vertiefung

Dialoge, in denen die Ergebnisse des ersten Zwischenberichts "Unsere Vision von Europa: Stellungnahmen, Ideen und Empfehlungen" (8. Oktober 2021) werden mit einer Gruppe von Niederländern eingehend erörtert.

8. Dialoge mit bestimmten Gruppen

Treffen mit Niederländern, die nicht gewohnt sind, an Umfragen oder Panels teilzunehmen (online).

9. Dialoge mit Jugendlichen

Begegnungen, bei denen die europäischen Themen erörtert werden, die diese jungen Menschen am meisten interessieren.

10. Öffentliche Online-Umfrage: Fragebogen und „Swipen Naar de toekomst“ (Swiper in die Zukunft)

Der Fragebogen der Panel-Umfrage konnte auch von allen Niederländern ausgefüllt werden, einschließlich derjenigen, die im Ausland ansässig sind. Dieser Fragebogen war vom 1. September 2021 bis zum 14. November 2021 zugänglich. Darüber hinaus konnte jeder Holländer im selben Zeitraum an der Aktion „Swipen Naar de toekomst“ (Swiper in die Zukunft) teilnehmen, einem Online-Tool mit 20 Behauptungen.

1. Umfrage bei einem Panel

Der niederländische Bürgerdialog „Vision of Europe“ begann am 1. September mit einer Umfrage eines Panels. In dieser Beschreibung der Methodik für die Erhebung erläutern wir kurz die Konzeption und Umsetzung dieser Umfrage in einem Panel.

Ziel und Zielgruppe

Die Umfrage „Vision of Europe“ begann mit einem Online-Fragebogen, in dem untersucht wurde, wie die Niederländer die Zukunft Europas sehen. Dieser Fragebogen wurde einem repräsentativen Panel vorgelegt und steht allen Niederländern (einschließlich derjenigen mit Wohnsitz im Ausland) offen. Darüber hinaus konnte jeder an der Aktion „Swipen Naar de toekomst“ (Swiper in die Zukunft) teilnehmen, einem Online-Tool mit 20 Behauptungen. Die Ergebnisse der Podiumsdiskussion wurden in mehrere thematische Dialoge einfließen lassen, die im weiteren Prozess des Bürgerdialogs „Vision of Europe“ organisiert wurden.

Die Zielgruppe der Panel-Umfrage umfasst alle Niederländer im Alter von 18 Jahren oder älter, die zum Zeitpunkt des Beginns der Feldarbeit als Einwohner im Bevölkerungsregister eingetragen waren. Nach Angaben des Nationalen Statistischen Amtes (Centraal Bureau voor de Statistiek – CBS) zählte diese Zielgruppe am 1. Januar 2021 14 190 874 Personen. Die untere Grenze von 18 Jahren entspricht der Wahlmehrheit. Wir nennen es die Bevölkerung der Panel-Umfrage.

Vor-Ort-Arbeit

Ein Panel mit mehr als 100.000 Teilnehmern aus allen Teilen des Landes (ISO-zertifiziert, Research Keurmerk groep, Nederlandse marktonderzoek Associatie) wurde verwendet, um ein digitales Bild des „mittleren Niederländers“ zu erhalten. Diese Teilnehmer meldeten sich für das Umfragegremium an, um regelmäßig zu einer Vielzahl von Themen Stellung zu nehmen. Neben ihrer inhärenten Motivation, ihren Beitrag zu leisten, werden sie für die Beantwortung der Fragebögen vergütet. Mehrere wissenschaftliche Studien zeigen, dass die Befragten, die eine Entschädigung für das Ausfüllen eines Fragebogens erhalten, keine wesentlich unterschiedlichen Antworten abgeben (Quelle: *Does use of survey incentives degrade data quality?*, Cole, J. S., Sarraf, S. A., Wang, X., 2015).

Die Feldarbeit begann am 11. August 2021 und endete am 19. September 2021. Für die Umsetzung wurde nur eine Methode zur Datenerhebung verwendet, nämlich die Internet-Umfrage. Die Mitglieder des Umfragegremiums erhielten eine E-Mail mit einem persönlichen Link zum Online-Fragebogen. Nach zwei Wochen erhielten die Teilnehmer des Panels eine Mahnung. Die Einladungen zur Teilnahme wurden in Losen und geschichtet (unter Gewährleistung einer gleichmäßigen Aufteilung der Untergruppen) verschickt, bis die Anzahl der erforderlichen Teilnehmer erreicht war.

Probenahme und Verteilung

Die Konzeption der Erhebung beruht auf dem Grundsatz, dass mindestens 3 600 Teilnehmer an der Erhebung teilnehmen müssen, um eine gute statistische Zuverlässigkeit zu gewährleisten. Darüber hinaus ermöglicht diese Zahl eine gute Verteilung zwischen den verschiedenen allgemeinen Merkmalen der Bevölkerung. Es gibt nicht nur einen Holländer. Daher haben wir im Voraus dafür gesorgt, dass die Stichprobe auf eine Reihe von Merkmalen verteilt ist. Die Niederlande sind ein relativ kleines Land, aber die Meinungen können sich je nach Region unterscheiden. Die Positionierung in Bezug auf die Themen und die Bedeutung, die man ihnen beimisst, kann (teilweise) von der Region, in der man lebt, bestimmt werden. So können beispielsweise die Bewohner ländlicher Gebiete ein Thema wie Sicherheit anders verstehen als in städtischen Gebieten. Untersuchungen des niederländischen Büros für den Sozial- und Kulturplan zeigen auch, dass Menschen mit einem höheren Bildungsniveau häufiger für die EU sind als Menschen mit einem niedrigeren Bildungsniveau und junge Menschen häufiger für die EU sind als ältere Menschen (Quelle: *Wat willen Nederlanders van de Europese Unie?*, niederländisches Büro für Sozial- und Kulturplan, Den Haag, 2019).

Aus diesem Grund haben wir vorab die folgenden drei Merkmale proportional verteilt, um die Repräsentativität der Stichprobe zu gewährleisten: (1) Wohnsitz in den Regionen COROP, (2) Alter und (3) Bildungsniveau. Die Stichprobenverteilung wurde auch anhand der folgenden allgemeinen Merkmale dargestellt: Geschlecht, Herkunft, Hauptbeschäftigung, politische Orientierung.

Die COROP-Regionen wurden auf der Grundlage des Nodal-Prinzips (ein „Herz“ mit einem Anziehungsgebiet oder einer regionalen Funktion) auf der Grundlage der Pendlerströme entwickelt. Einige Verstärkungen des Nodal-Prinzips wurden gewährt, so dass die Regionen den Landesgrenzen folgen. Nach der Neuorganisation der Gemeinden über die COROP-Grenzen hinaus wurde die Verteilung angepasst (Quelle: niederländisches Statistisches Amt). Innerhalb der COROP-Regionen haben wir eine gute Verteilung auf die Altersgruppen mit folgender Aufschlüsselung sichergestellt: von 18 bis 34 Jahren, von 35 bis 54 Jahren, von 55 bis 75 Jahren und über 75 Jahren.

Schließlich haben wir für eine repräsentative Verteilung der Bildungsniveaus gesorgt. In der Stichprobe entspricht die Verteilung der Befragten der folgenden Verteilung des höchsten Bildungsniveaus auf nationaler Ebene:

Höchstes Bildungsniveau

Niedrig: Primarbildung, Vorschulbildung, 1. bis 3. Klasse der allgemeinen Sekundarstufe II/Vorschulbildung, berufsbildende Sekundarstufe 1	32,1 %
Mittelstufe: Oberstufe der allgemeinen Sekundarstufe II/Voruniversität, berufsbildende Sekundarstufe 2 bis 4	44,6 %
Hoch: höhere berufliche Bildung oder universitäre Bildung	22,9 %
Unbekannt	0,4 %

Die Antwortrate

Insgesamt nahmen 4 086 Personen an der Umfrage pro Panel teil. Damit wird das Ziel von 3.600 vollständig ausgefüllten Fragebögen erreicht.

Antworten nach COROP-Regionen und Alter	18 bis 34 Jahre	35 bis 54 Jahre	55 bis 75 Jahre	mehr als 75 Jahre
Der Norden der Drenthe	11	14	17	5
Südosten der Drenthe	10	12	14	4
Südwesten der Drenthe	7	10	11	3
Flevoland	29	33	28	6
Nordfriesland	20	22	25	8
Südostfriesland	12	13	14	3
Südwestfriesland	8	11	11	4
Achterhoek	22	27	34	11
Arnhem/Nimwegen	52	53	55	15
Veluwe	44	48	51	17
Südwesten von Gelderland	16	18	20	5
Große Delfzijl	2	4	5	1
Orientalische Groningen	7	10	12	3
Rest von Groningen	36	26	28	8

Limburg Zentral	13	17	21	7
Nord-Limburg	17	20	23	7
Süd-Limburg	38	40	52	17
Zentrum von Nordbrabant	34	35	35	11
Nordosten von Nordbrabant	41	43	51	14
West von Nordbrabant	40	47	49	15
Südosten von Nordbrabant	55	56	58	18
Ballungsraum Haarlem	13	18	18	7
Alkmaar und Umgebung	14	19	19	6
Große Amsterdam	116	104	88	23
Gooi und Vechtstreek	13	21	19	7
IJmond	12	14	15	4
Nordholland Pointe	22	27	30	9
Region Zaan	11	13	12	3
Nördlich von Overijssel	25	28	25	8
Twente	41	44	46	14
Südwesten von Overijssel	10	11	12	3
Utrecht	96	100	89	27
Der Rest von Zeeland	16	21	23	8
Neuseeland Flandern	6	8	9	3
Ballungsraum Leyde und Region der Zwiebeln	30	31	31	10
Ballungsraum Den Haag	63	70	57	18
Delft und Westland	19	15	15	4
Große Rijnmond	103	107	99	31
Ost-Süd holland	22	24	25	8

Südosten Südhollands	24	26	26	9
----------------------	----	----	----	---

Antworten nach Bildungsniveau

Schwach	1382	34 %
Intermediär	1747	43 %
Hoch	915	22 %
Unbekannt	42	1 %

Zuverlässigkeit und Repräsentativität

Die Zahl der Befragten von 4 086 ermöglicht Beobachtungen für die gesamte Grundgesamtheit mit einem Konfidenzniveau von 95 % und einer Fehlermarge von 1,53 %. Das Konfidenzniveau und die Fehlerspanne der Ergebnisse werden durch den Stichprobenumfang bestimmt. Je größer die Stichprobe ist, desto zuverlässiger und präziser können die Ergebnisse auf die gesamte Bevölkerung extrapoliert werden.

Das Konfidenzniveau ist definiert als 1 (100 %) abzüglich der Bedeutungsstufe. Es ist üblich, sich auf eine Bedeutungsstufe von 5 % zu stützen. Man spricht von einem Konfidenzniveau von 95 %. Mit anderen Worten, wenn die Untersuchung auf die gleiche Weise und unter den gleichen Bedingungen wiederholt würde, wären die Ergebnisse in 95 % der Fälle identisch.

Die Genauigkeit (ausgedrückt durch die Fehlerspanne) zeigt die Bandbreite der Werte an, innerhalb deren sich der tatsächliche Wert in der Grundgesamtheit befindet. Mit anderen Worten: was wäre die maximale Abweichung zwischen den Ergebnissen der Stichprobe und den Ergebnissen, die in der gesamten Bevölkerung erzielt würden? Eine Fehlermarge von 1,53 % bedeutet, dass der tatsächliche Wert innerhalb der Grundgesamtheit um höchstens 1,53 % höher oder niedriger als der Stichprobenwert sein kann. Wenn beispielsweise eine Umfrage unter einer Stichprobe von Personen zeigt, dass 50 % der Befragten ein bestimmtes Thema für wichtig halten, liegt der tatsächliche Prozentsatz um höchstens 1,53 % über oder unter diesem Prozentsatz von 50 %, d. h. zwischen 48,47 und 51,53 %. Eine Fehlermarge von maximal 5 % ist üblich und wird in quantitativen (statistischen) Studien allgemein akzeptiert.

Neben der Zuverlässigkeit ist die Repräsentativität der Stichprobe wichtig. Da die Einladungen zur Teilnahme in Losen und geschichtet versandt wurden, sind die Ergebnisse repräsentativ für die Merkmale der COROP-Region und der Altersgruppen nach COROP-Regionen. Die Antworten sind auch in Bezug auf das Bildungsniveau im Vergleich zum höchsten Bildungsniveau auf nationaler Ebene repräsentativ.

Weitere allgemeine Merkmale

Eine Reihe weiterer kontextbezogener Fragen wurde den Teilnehmern der Umfrage durch das Panel gestellt. Dazu gehören das Geschlecht, die Positionierung gegenüber der EU, die Herkunft, die Hauptbeschäftigung und die politische Partei, für die die Person im Falle von Wahlen wählen würde.

49 % der Befragten sind Männer, 50 % Frauen und 1 % bevorzugen es, diese Frage nicht zu beantworten.

51 % der Befragten halten es für eine gute Sache, dass die Niederlande Mitglied der EU sind, 13 % halten dies für eine schlechte Sache und 36 % sind neutral oder haben keine Meinung.

95 % der Befragten wurden in den Niederlanden geboren. 89 % der Befragten gaben an, dass beide Elternteile in den Niederlanden geboren wurden. 5 % wurden von zwei im Ausland geborenen Eltern geboren.

Aktuelle politische Ausrichtung der Befragten

Die Party	%
VVD (Volkspartei für Freiheit und Demokratie)	14 %
PVV (Freiheitspartei)	13 %
SP (Sozialistische Partei)	8 %
D66 (Demokrat 66)	6 %
CDA (Christdemokraten)	6 %
PvdA (Labour Party)	6 %
Partij voor de Dieren (Partei für Tiere)	4 %
GroenLinks (Grüne Linke)	4 %
ChristenUnie (Christliche Union)	3 %
JA21	3 %
BoerBurgerBeweging (Landwirt-Bürgerbewegung)	2 %
Forum voor Democratie (Forum für Demokratie)	2 %
SGP (reformierte politische Partei)	2 %
Volt	2 %
DENK	1 %
Groep Van Haga	1 %
BIJ1	1 %
Fractie Den Haan	0 %
Sonstiges	2 %
Weißer Abstimmung	3 %
Ich antworte lieber nicht	13 %
Ich stimme nicht zu	5 %

Was ist derzeit Ihre Hauptbeschäftigung?

Besetzung	%
Schüler/Studenten	6 %
Teilzeitbeschäftigter	16 %
Vollzeitbeschäftigter	31 %
Unabhängiger Unternehmer	3 %
Niemand zu Hause	5 %
Arbeitssuchender	2 %
Freiwillig	2 %
In Arbeitsunfähigkeit	6 %
Rentner	27 %
Sonstiges	1 %
Ich antworte lieber nicht	1 %

Fragebögen

Der Fragebogen und der vorliegende Bericht wurden von einer unabhängigen externen Organisation auf Ersuchen des Außenministeriums erstellt. Der Fragebogen ist modular aufgebaut und umfasst die folgenden Fragenblöcke entsprechend den für die Konferenz zur Zukunft Europas ermittelten Themen:

- Wichtige Themen und Rolle Europas
- Klimawandel und Umwelt
- Gesundheit
- Wirtschaft und Beschäftigung
- Rolle der Europäischen Union in der Welt
- Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit
- Die virtuelle Welt
- Europäische Demokratie
- Migration und Flüchtlinge
- Bildung/Kultur/Jugend/Sport

Bei der Ausarbeitung des Fragebogens wurde der Qualität, Zuverlässigkeit und Gültigkeit der Fragen große Aufmerksamkeit gewidmet. Aus diesem Grund wurde eine neutrale, nicht-direktive Formulierung von Fragen, Aussagen und Antwortoptionen gesucht, und es wurde geprüft, ob die Fragen in verständlicher Sprache (Stufe B1) formuliert wurden.

Der Fragebogen wurde durch persönliche Interviews mit Testteilnehmern der Zielgruppe qualitativ hochwertige Tests unterzogen. Auf diese Weise wurde untersucht, wie Fragen von verschiedenen Arten von Befragten verstanden werden. Wenn eine Frage eine zu große (zu komplexe) kognitive Belastung darstellte, war diese angemessen.

Die Analysemethoden

In dieser Erhebung wurden zwei Analysemethoden verwendet:

Univarierte Analysen

Beschreibende Statistiken werden verwendet, um die Variablen einer Umfrage zu beschreiben. Im Rahmen dieser Erhebung werden Frequenzen und Durchschnittswerte verwendet.

Bivariate Analysen

Bivariate Analysen ermöglichen es, den Zusammenhang zwischen zwei Variablen zu untersuchen, d. h. den Zusammenhang zwischen der Bedeutung der verschiedenen Themen und der Frage, ob die EU in diesem Bereich tätig werden soll, und dem allgemeinen Merkmal des Alters. Es wurde untersucht, ob die verschiedenen Altersgruppen einem Thema unterschiedliche Bedeutung beimessen und ob es unterschiedliche Meinungen darüber gibt, inwieweit es sich um Themen handelt, in denen die EU tätig werden soll.

Veröffentlichung von Informationen und Vollständigkeit

In den vorliegenden Bericht werden die Ergebnisse aller Fragen an die Befragten des Umfragegremiums aufgenommen. Für einige Fragen hatte der Befragte die Möglichkeit, „offene“ (d. h. nicht vorgegebene) Antworten zu geben. Die offenen Antworten wurden dann kategorisiert und in die Veröffentlichung aufgenommen. Die von den Befragten in den freien Kommentaren geteilten Ideen werden genutzt, um in die verschiedenen thematischen Dialoge einfließen zu lassen, die im weiteren Prozess des Bürgerdialogs „Vision of Europe“ organisiert werden.

2. Thematische Dialoge im Internet zur Vertiefung

Die Themen, die im Mittelpunkt der Konferenz zur Zukunft Europas stehen, wurden im Rahmen von acht thematischen Online-Dialogen vertieft. Diese Dialoge zielten darauf ab, die *Gründe* für die geäußerten Meinungen sowie die Motive und Gefühle, die ihnen zugrunde liegen, aufzudecken. Welche Bedenken und Chancen werden wahrgenommen? Die Diskussionssitzungen ermöglichten es den Teilnehmern auch, Anregungen und Ideen zu diesen Themen zu formulieren und Themen zu formulieren, die nicht Teil der Konferenz sind, aber dennoch für sie wichtig sind.

Die thematischen Dialoge fanden am 12. und 14. Oktober sowie am 9./11. November statt. Im Oktober fanden vier thematische Online-Dialoge zu den Themen „Wirtschaft“ und „Demokratie“ statt.

Im November fanden vier thematische Online-Dialoge zu den Themen „Klima“ und „EU in der Welt“ statt. Im Durchschnitt nahmen 29 Personen an jeder Diskussionsrunde teil (insgesamt 231). Die Teilnehmer wurden aus den Panelmitgliedern (siehe Ziffer 1) und über die sozialen Medien rekrutiert.

3. Dialoge mit bestimmten Gruppen

Einigen niederländischen Gruppen ist bekannt, dass sie weniger daran gewöhnt sind, an Umfragen und Panels teilzunehmen (online). Um ein repräsentatives Bild der „Stimme der Niederlande“ zu erhalten, war es wichtig, dass diese Bürger auch ihre Ideen und Meinungen zum Ausdruck bringen konnten. Deshalb haben wir auch eine Reihe von Dialogen vor Ort für die Umfrage „Vision of Europe“ organisiert. Die Meinungen und Ideen, die wir so gesammelt haben, wurden (unter anderen) als Grundlage für die Formulierung der Empfehlungen herangezogen.

Zielgruppen

Schwer erreichbare Zielgruppen können nicht eindeutig definiert werden. Studien und Erfahrungen ermöglichen es uns, zu wissen, dass Niederländer mit **nicht-westlicher Herkunft** wesentlich weniger selbst an Umfragen und Diskussionen teilnehmen. Da dies eine große Gruppe darstellt (14 % der Niederländer¹), wurden sie für die Teilnahme am Dialog „Vision of Europe“ ausgewählt. Die gleiche Argumentation wurde in Bezug auf **wenig gebildete Personen** verfolgt. Es handelt sich auch um eine große Gruppe (2,5 Mio. Niederländer²), die sich teilweise mit der Gruppe der Migranten überschneidet (39 %). Schließlich wurde ein Dialog mit einer Gruppe von Personen geführt, die wenig in Umfragen und Diskussionen zu finden sind, **die für Europa zwar kritisch sind, aber für die Europa eine wichtige berufliche Rolle spielt**. Die Unternehmer des Agrarsektors wurden ausgewählt.

Die oben genannten Gruppen wurden von Organisationen angesprochen, denen sie angehören, wie Migrantenorganisationen, Interessenverbänden und Berufsverbänden. Da wir die Anzahl der Dialoge auf acht beschränkt haben, konnten wir nicht vollständig „vollständig“ sein. Dies macht die Wahl der Teilnehmer etwas willkürlich. Bei dieser Auswahl haben wir vor allem auch die Begeisterung für die Teilnahme berücksichtigt und dabei geholfen, ihre Basis zu mobilisieren, sowie praktische Fragen wie die Verfügbarkeit je nach Datum und Standort.

Vor Ort fanden Dialoge mit den Mitgliedern folgender Organisationen statt:

- Hakder-Stiftung, Alevie-Gemeinschaft, Schiedam
- Asha Foundation, Hindu-Gemeinschaft, Utrecht (zwei Diskussionssitzungen)
- Piëzo, Organisation der Zivilgesellschaft, Zoetermeer

Taal doet Meer, Organisation für wenig gebildete Menschen, Utrecht

- BoerenNatuur, Verband landwirtschaftlicher Vereinigungen
- Marokkanen Dialoog Overvecht, marokkanische Gemeinschaft, Utrecht
- Women for Freedom, Interessenvertretung für Frauen mit Migrationshintergrund, Den Haag

Insgesamt nahmen 110 Personen an diesen Gesprächsrunden teil.

4. Dialoge mit Jugendlichen

Junge Menschen sind eine vorrangige Zielgruppe der Konferenz zur Zukunft Europas. Um ihre Teilnahme am Bürgerdialog „Vision of Europe“ aktiv zu fördern und die Meinungen und Ideen dieser Gruppe gut zu Gehör zu bringen, wurden sechs physische Diskussionstreffen speziell für junge Menschen organisiert.

Die Treffen fanden in folgenden Institutionen statt:

- Verein der Geschichtsstudenten, Universität Leyde

Hochschule Dr. Knippenberg, Sekundarschule, Helmond

Coalitie -Y, Jugendplattform des Wirtschafts- und Sozialrats

- Graafschap College, berufliche Sekundarbildung, Doetinchem
- CSG Jan Arentsz, Sekundarschulbildung mit Schwerpunkt auf technologischen Fächern, Alkmaar
- Nationaler Jugendrat (das Treffen fand außerhalb der Website statt)

Insgesamt nahmen 110 Jugendliche an den Gesprächsrunden teil.

Verwendete Wartungstechniken

Die thematischen Online-Dialoge, die Dialoge mit bestimmten Gruppen und die Dialoge mit jungen Menschen wurden nach der so genannten „sokratischen“ Gesprächsmethode geführt. Diese Methode wird seit vielen Jahren am Tag des Dialogs angewendet, an dem Menschen in den Niederlanden über Fragen interagieren, die sie betreffen. Im Rahmen der sokratischen Instandhaltungsmethode berücksichtigt der Moderator folgende Grundsätze:

Lassen Sie den anderen seine Geschichte erzählen

- Nicht sofort mit einer anderen Geschichte antworten
- Umgang mit Respekt

Aus eigener Sicht zu sprechen („ich finde“ statt „man sagt“)

- Weitere Erläuterungen verlangen, wenn sich die geäußerten Standpunkte auf Allgemeinheiten beschränken
- Urteile vermeiden und analysieren

Geben Sie Momente der Stille, wenn die Menschen für einen Moment nachdenken müssen

Während der Dialoge wird der folgende Rhythmus verwendet: Divergenz – Konvergenz – Divergenz. Das Prinzip ist, dass Sie zuerst voneinander abweichen müssen (direkt individuelle Gefühle und Meinungen ausdrücken), bevor Sie konvergieren können (über mögliche Wege sprechen) und schließlich wieder auseinandergehen (z. B. individuelle Empfehlungen sammeln). Erfahrung und Theorie zeigen, dass dieser Rhythmus einen optimalen Dialogablauf gewährleistet.

Alle Dialoge wurden von professionellen Vermittlern geführt.

5. Öffentliche Online-Umfrage: Fragebogen und „Swipen Naar de toekomst“ (Swiper in die Zukunft)

Der Fragebogen für die Umfrage des Panels wurde auch für alle Niederländer, einschließlich derjenigen mit Wohnsitz im Ausland, geöffnet. Dieser Fragebogen war vom 1. September 2021 bis zum 14. November 2021 zugänglich. Darüber hinaus konnte jeder Holländer im selben Zeitraum an der Aktion „Swipen Naar de toekomst“ (Swiper in die Zukunft) teilnehmen, einem Online-Tool mit 20 Behauptungen.

Antworten & Nutzung

Insgesamt füllten 1 967 Teilnehmer den Fragebogen aus und 6.968 waren bis zum Ende des Bildschirm-Scan-Tools. Sowohl der Fragebogen als auch das Bildschirmscan-Tool waren offen für alle: es gab keine Vorbedingungen und Auswahlkriterien für die Teilnahme. Im Fragebogen war es möglich, Fragen zu stellen (es gab keine obligatorischen Fragen), um die Antwortquote zu maximieren. Die Teilnehmer wählten viel häufiger „Ich antworte lieber nicht“ als im Rahmen der repräsentativen Panel-Umfrage.

Die allgemeinen Merkmale der Teilnehmer des offenen Fragebogens und des Screen-Scan-Tools unterscheiden sich in mehreren Punkten von denen der Teilnehmer des repräsentativen Panels. Im Gegensatz zur Panel-Umfrage sind die Ergebnisse des offenen Fragebogens und des Bildschirmscan-Tools nicht repräsentativ. Die Ergebnisse der Online-Umfrage wurden zur Ergänzung der Panelumfrage herangezogen. Sie geben Einblicke in die Gefühle und Ideen, die in den Niederlanden zirkulieren. Die in den Eingabefeldern genannten Verbesserungsvorschläge wurden im Abschnitt „Diskussionen und Ideen online und vor Ort“ verwendet. Das Bildschirmscan-Tool wurde verwendet, um einige Gefühle, die in den Niederlanden zirkulieren, besser zu verstehen. Diese Ergebnisse wurden bei der Ausarbeitung der Empfehlungen berücksichtigt. Aufgrund des Erfordernisses der Repräsentativität wurden die Ergebnisse der Online-Umfrage in diesem Bericht nur begrenzt berücksichtigt.

Dieser Bericht wird vom Außenministerium veröffentlicht. www.kijkopeuropa.nl

III – Verweise auf die Ergebnisse der nationalen Veranstaltungen

- [Belgien](#)
- [Bulgarien](#)
- [Tschechische Republik](#)
- [Dänemark](#)
- [InLlemagne](#)
- [Estland](#)
- [Irland](#)
- [Griechenland](#)
- [Spanien](#)
- [Frankreich](#)
- [Kroatien](#)
- [Italien](#)
- [Zypern](#)
- [Lettland](#)
- [Litauen](#)
- [Luxemburg](#)
- [Ungarn](#)
- [Malta](#)
- [Niederlande](#)
- [Österreich](#)
- [Polen](#)
- [Portugal](#)
- [Rumänien](#)
- [Slowenien](#)
- [Slowakei](#)
- [Finnland](#)
- [Schweden](#)

IV – Verweis auf den Bericht der mehrsprachigen digitalen Plattform

[PLMehrsprachigenumerische Form der Konferenz zur Zukunft Europas – Bericht vom Februar 2022](#)



PDF ISBN 978-92-824-8655-9 doi:10.2860/25889 QC-05-22-131-DE-N Print ISBN 978-92-824-8729-7 doi:10.2860/533066 QC-05-22-131-DE-C

© Europäische Union, 2022 Weiterverwendung mit Quellenangabe gestattet.

- 1 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: #3, #17, #18, #19
- 2 # = Empfehlung der europäischen Bürgerforen.
- 3 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: #39, #40, #41, #42, #43, NL1, NL2, #51
- 4 Empfehlung eines nationalen Bürgerpanels
- 5 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: #44, #45, #46, #47, #50
- 6 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: #39, #40, #45, #48, #50, FRchangement8, FRsouhait11, #51
- 7 Die Empfehlungen des niederländischen Bürgerpanels unterscheiden sich von den Empfehlungen des Europäischen Bürgerpanels: er vertritt die Auffassung, dass Gesundheit und Gesundheitsversorgung in erster Linie eine nationale Verantwortung sein sollten [NL3].
- 8 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerpanel 1: 9, 10, 11, 12, 14; Niederlande: 1; Italien: 1.1; Litauen: 3, 8.
- 9 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerpanel 1: 10, 11 & 14; Deutschland: 2.1, 2.2; Niederlande: 1, 2; Frankreich: 3, 9; Italien: 1,2, 1,3, 1,4, 1,5, 2,1, 2,2, 2,4, 4.a.2, 6,1; Litauen: 1, 7.
- 10 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerpanel 1: 1, 2, 7, 28, 30; Deutschland: 4.1, 4.2; Niederlande: 4; Frankreich: 6; Italien: 5.a.1, 5.a.4, 6.1, 6.2
- 11 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerpanel 1: 19, 20, 21, 25; Italien: 4.a.1.
- 12 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerpanel 1: 21, 22, 23, 26, 27; Italien: 5.a.1.
- 13 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerpanel 1: 13, 31; Niederlande: 2.3; Italien: 4.b.3, 4.b.6; Litauen: 9, 10.
- 14 Auf der Grundlage der Debatten der Arbeitsgruppe und der Plenartagung.
- 15 Siehe Empfehlung 1 des EKP4, Empfehlung 2 des NKS Deutschland, Panel 1 „Die EU in der Welt“ und NKS Italien, Gruppe 2, Rec. 1, die in der Arbeitsgruppe entwickelt wurde.
- 16 Siehe Empfehlung 4 des EKP4 und Empfehlungen Nr. 5 und 6 des NKS Italien, Gruppe 2, die in der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurden.
- 17 Siehe die digitale Plattform und die Empfehlungen Nr. 2 und 3 des NKS Italien, Gruppe 2, die in der Arbeitsgruppe entwickelt wurden,
<https://futureu.europa.eu/processes/EUInTheWorld/f/16/proposals/197870?locale=fr>.
- 18 Siehe Empfehlung 14 des EKP 4, die von der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurde.
- 19 Siehe Empfehlung 2 des EKP4 und Empfehlung 4 des NKS Italien, Gruppe 2, die in der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurden.
- 20 Siehe Empfehlung 17 des EKP4 und Empfehlung 4 des NKS Italien, Gruppe 2, die in der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurden.
- 21 Siehe Empfehlung 1 des NKS Deutschland, Panel 1 „Die EU in der Welt“, entwickelt in der Arbeitsgruppe.
- 22 Siehe Empfehlung 3 des EKP 4, die von der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurde.
- 23 Siehe Empfehlung 11 des EKP 4, die von der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurde.
- 24 Siehe Empfehlung 13 des EKP 4, die von der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurde.
- 25 Siehe Empfehlung 15 des EKP 4, die von der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurde.
- 26 Siehe Empfehlung 16 des EKP 4, die von der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurde.
- 27 Siehe Empfehlung 12 des EKP 4, die von der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurde.
- 28 Siehe Empfehlung 21 des EKP 4, die von der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurde.
- 29 Siehe die in der Arbeitsgruppe entwickelte digitale Plattform.
- 30 Siehe die in der Arbeitsgruppe entwickelte digitale Plattform.
- 31 Siehe Empfehlung 26 des EKP 4, die von der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurde.
- 32 Siehe Empfehlung 18 des EKP 4, die von der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurde.
- 33 Siehe Empfehlung 19 des EKP 4, die von der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurde.
- 34 Siehe Empfehlung 19 des EKP 4, die von der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurde.
- 35 Siehe EVP-Empfehlung 25 4.
- 36 Auf der Grundlage der Debatten der Arbeitsgruppe und der Plenartagung.

- 37 Siehe Änderung 2 des französischen Nationalpanels/Veranstaltungen.
- 38 Siehe Empfehlung 20 des EKP4 und Empfehlung 7 des NKS Italien, Gruppe 2, die in der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurden.
- 39 Siehe Änderung 2 des französischen Bürgerpanels.
- 40 Siehe Empfehlung 24 des EKP4 und Empfehlung 7 des NKS Italien, Gruppe 2, die in der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurden.
- 41 Siehe Empfehlung 22 des EKP 4, die von der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurde.
- 42 Siehe Empfehlung 1 zum Thema „Die EU in der Welt“ des niederländischen nationalen Bürgerpanels, das in der Arbeitsgruppe entwickelt wurde.
- 43 Siehe die digitale Plattform und die Debatten im Plenum, die in der Arbeitsgruppe entwickelt wurden.
- 44 Siehe die in der Arbeitsgruppe entwickelte digitale Plattform.
- 45 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerpanel 2 (CEP 2) 10, 11, 14, 30; belgisches nationales Bürgerpanel: 1.3.1, 1.4.2, 1.4.3; Deutsche PCN: 5.1, 5.2; Niederländische PCN: 1.2.
- 46 Empfehlung 14 des EKP2. Empfehlungen Nr. 1.3.1, 1.4.2 und 1.4.3 des belgischen NKS und 1.2 des niederländischen NKS.
- 47 Empfehlung 11 des EKP2. Empfehlungen Nr. 5.1 und 5.2 des deutschen PCN. Debatte in der AG.
- 48 Empfehlung 11 des EKP2. Debatte in der AG. Debatte im Plenum.
- 49 Empfehlung 10 des EKP2.
- 50 Empfehlung Nr. 30 des EKP2.
- 51 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: PCE2: 7, 8, 9; Niederländische PCN: 1.3, 4.3.
- 52 Empfehlung Nr. 7 des EKP2. Debatte in der AG.
- 53 Frage, die auch von der Arbeitsgruppe „Digitale Transformation“ untersucht wurde.
- 54 Empfehlung Nr. 9 des EKP2.
- 55 Frage, die auch von der Arbeitsgruppe „Digitale Transformation“ untersucht wurde.
- 56 Empfehlung Nr. 8 des EKP2. Empfehlungen Nr. 1.3 und 4.3 des niederländischen NKS.
- 57 Empfehlungen Nr. 7 und 8 des PCE2.
- 58 Frage, die auch von der Arbeitsgruppe „Digitale Transformation“ untersucht wurde.
- 59 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: PCE2: 5, 12, 13, 17, 28; Belgische PCN: 1.5.1, 2.1.1 bis 2.4.3; Niederländische PCN: 3.1.
- 60 Empfehlung 5 des EKP2. Empfehlung 2.1.1 des belgischen NKS. Empfehlung 3.1 des niederländischen NKS.
- 61 Empfehlung Nr. 12 des EKP2. Empfehlung 2.1.4 des belgischen NKS.
- 62 Empfehlungen Nr. 17 und 28 des PCE2. Empfehlungen Nr. 1.5.1, 2.1.3, 2.2.1 und 2.2.2 des belgischen NKS.
- 63 Frage, die auch von der Arbeitsgruppe „Digitale Transformation“ untersucht wurde.
- 64 Empfehlungen Nr. 5 und 28 des PCE2. Empfehlungen 2.3.2 und 2.3.3 des belgischen NKS.
- 65 Empfehlung 28 des EKP2. Empfehlungen Nr. 2.3.1, 2.4.1 und 2.4.2 des belgischen NKS.
- 66 Frage, die auch von der Arbeitsgruppe „Digitale Transformation“ untersucht wurde.
- 67 Empfehlung Nr. 13 des EKP2.
- 68 Frage, die auch von der Arbeitsgruppe „Digitale Transformation“ untersucht wurde.
- 69 Empfehlung Nr. 13 des EKP2.
- 70 Frage, die auch von der Arbeitsgruppe „Digitale Transformation“ untersucht wurde.
- 71 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: PCE2: 1, 2, 21, 22, 23; Niederländische PCN: 1.1.
- 72 Empfehlung 22 des EKP2. Debatte in der AG.
- 73 Frage, die auch von der Arbeitsgruppe „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“ untersucht wurde.
- 74 Empfehlung 21 des EKP2. Empfehlung 1.1 des niederländischen NKS.
- 75 Empfehlung 23 des EKP2.
- 76 Frage, die auch von der Arbeitsgruppe „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“ untersucht wurde.

- 77 Empfehlung 1 des EKP2. Debatte in der AG.
- 78 Empfehlung 2 des EKP2. Debatte in der AG.
- 79 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: PCE2: 3, 4, 6.
- 80 Empfehlung Nr. 3 des EKP2.
- 81 Frage, die auch von der Arbeitsgruppe „Klimawandel und Umwelt“ untersucht wurde.
- 82 Empfehlung Nr. 4 des EKP2.
- 83 Empfehlung 6 des EKP2.
- 84 Frage, die auch von der Arbeitsgruppe „Klimawandel und Umwelt“ untersucht wurde.
- 85 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerpanel Nr. 1 (CEP 1): 17, 40, 47; niederländisches Bürgerpanel (NPC) Nr. 1.
- 86 Siehe Link zu EKP-Empfehlung Nr. 38 in Bezug auf die Infrastruktur für Elektrofahrzeuge.
- 87 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerpanel Nr. 1 (CEP 1): 8, 34 und 47; italienisches Bürgerpanel (NPC) 5.2.
- 88 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Empfehlungen Nr. 39 und 46 des Europäischen Bürgerpanels Nr. 1 (CEP 1) und Empfehlungen Nr. 2.6 des litauischen nationalen Bürgerpanels (NCP) und Nr. 1 des NKS der Niederlande.
- 89 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Empfehlungen Nr. 42, 43, 44 und 45 des Europäischen Bürgerpanels Nr. 1 (CEP 1) und Empfehlung 2 des niederländischen Bürgerpanels.
- 90 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerpanel Nr. 1 (CEP 1) Nr. 7, 16 und 17 und nationale Bürgerpanels Deutschlands und Italiens Nr. 1.3.
- 91 Im Zusammenhang mit den Vorschlägen der Arbeitsgruppe „Eine stärkere Wirtschaft“ zu prüfen.
- 92 Änderungen Nr. 3A und 3B der Arbeitsgruppe (AG).
- 93 Empfehlungen Nr. 32 und 37 des Europäischen Bürgerpanels 2 (CEP 2); nationale Panels BE, FR und NL.
- 94 Nationales Panel FR.
- 95 Änderung 8 der AG, prägnanter formuliert.
- 96 Empfehlung 29 des EKP 2.
- 97 Empfehlungen Nr. 19 und 32 des EKP 2; nationale Panels BE und FR und Vertreter der DK der nationalen Veranstaltungen.
- 98 Nationalpanel BE.
- 99 Änderung Nr. 7B der AG.
- 100 Nationalpanel BE.
- 101 Schlussbericht Kantar, S. 85.
- 102 Empfehlung 39 des EKP 2; Nr. 3 des nationalen Panels BE.
- 103 Änderung Nr. 10A der AG, prägnanter formuliert.
- 104 Vertreter der DK der nationalen Veranstaltungen.
- 105 Änderung Nr. 54C der AG.
- 106 Vertreter der DK der nationalen Veranstaltungen.
- 107 Vertreter der DK der nationalen Veranstaltungen.
- 108 Änderung Nr. 15A der Arbeitsgruppe, Kompromissformulierung.
- 109 Empfehlungen 24, 36 und 38 des PCE 2; Nationalpanel BE.
- 110 Änderung Nr. 16C der AG.
- 111 Empfehlung 33 des EKP 2; nationale Panels BE, FR und NL.
- 112 Empfehlung Nr. 26 des EKP 2.
- 113 Änderung Nr. 17 der AG.
- 114 Nationalpanel BE.
- 115 Änderung Nr. 18A der AG.
- 116 Empfehlung 25 des EKP2.
- 117 Änderung Nr. 18B der AG.
- 118 Empfehlung 31 des EKP 2; nationale Panels BE und NL.
- 119 Änderungen Nr. 19A der AG, Umformulierung zur Erstellung eines geeigneteren Textes.

- 120Änderung Nr. 21 der AG, Kompromissvorschlag.
- 121Nationale Panels BE und FR.
- 122Empfehlung 27 des EKP 2; Nationalpanel BE.
- 123Änderung Nr. 23B der AG.
- 124Änderung Nr. 25C der AG.
- 125Empfehlung 14 des EKP.
- 126Empfehlung Nr. 18 des EKP. NB: Die Bürgervertreter erklärten, dass dieser Mechanismus konzipiert und mit Vorsicht angewendet werden sollte.
- 127Änderungen Nr. 28E, 28G und 28H der GT.
- 128Empfehlung Nr. 16 des EKP 2; Nr. 20 des nationalen NL-Panels, aufgeteilt in die transnationalen Listen.
- 129Auf der Grundlage der Empfehlung Nr. 16 des EKP 2; Diskussion in GT.
- 130Empfehlung 19 des EKP 2 und mehrsprachige digitale Plattform (PNM).
- 131EWSA.
- 132Änderung Nr. 32B der AG.
- 133Empfehlung 36 des EKP 2; nationale Panels BE und FR.
- 134Nationales Gremium FR („Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission in allgemeiner Abstimmung“); PNM (Schlussbericht Kantar: eine Gruppe von Beiträgen befasst sich mit der direkten Wahl des Kommissionspräsidenten durch die Bürger).
- 135Änderung Nr. 34C der AG.
- 136Nationales Panel BE (3.2), Nationales Panel FR (11) PNM (Schlussbericht Kantar: „Was das Europäische Parlament betrifft, so fordern die beitragenden Kreise am häufigsten, dass es über eine echte Rechtsetzungsbefugnis verfügt.“
- 137PNM (Schlussbericht Kantar: „In Bezug auf das Europäische Parlament (...) Es gibt auch Anträge auf Gewährung von Haushaltsbefugnissen“.
- 138PNM (Schlussbericht Kantar: „Nach einem anderen Beitrag sollten die Parteien für Menschen aus verschiedenen kulturellen oder sozioökonomischen Hintergründen leichter zugänglich werden“.
- 139AdR in GT.
- 140Änderung Nr. 38 der AG, Kompromissformulierung.
- 141Empfehlung 20 des EKP 2.
- 142Empfehlung 21 des EKP 4.
- 143Änderung Nr. 43 der AG.
- 144Empfehlung 34 des EKP 2; Nationalpanel NL.
- 145Debatte in der Arbeitsgruppe auf der Grundlage der Empfehlung 34 des EKP 2; nationales NL-Panel; PNM (Schlussbericht Kantar: „Auch mehr Transparenz und eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Entscheidungsprozess der EU werden unterstützt“.
- 146Änderung Nr. 44A der AG.
- 147Debatte in der Arbeitsgruppe (Präsentation durch die nationalen Parlamente und den AdR).
- 148Änderung Nr. 45C der AG.
- 149Änderung Nr. 46B der AG.
- 150Empfehlung Nr. 15 des EKP 2.
- 151Debatte in der Arbeitsgruppe auf der Grundlage des Bedarfs, der in der Empfehlung Nr. 15 des EKP 2 zur Klärung der Aufgaben der EU-Organe zum Ausdruck kommt; PNM (Schlussbericht Kantar: „Es gibt auch Vorschläge zur Vertiefung der Zweikammergesetzgebung in der EU“.)
- 152Änderung Nr. 48B der AG.
- 153Empfehlung Nr. 15 des EKP 2.
- 154Debatten in der AG.
- 155Änderung Nr. 52A der AG.
- 156EWSA, Kompromissformulierung.
- 157EKP-Empfehlung 35, Nationales Panel FR und kombinierte Änderungen Nr. 51C und 51D der AG.
- 158Änderung Nr. 53D der AG.
- 159Diskussion in GT; nationalen Parlamenten.
- 160Diskussion in GT; AdR und EWSA; Schlussbericht Kantar, S. 85.

- 161Änderung Nr. 58B der AG.
- 162Änderung Nr. 59B der AG.
- 163Diskussion in GT; Sozialpartner und andere Mitglieder.
- 164Änderung Nr. 63A der Arbeitsgruppe, Kompromissformulierung.
- 165Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerpanel Nr. 4 (CEP 4) Nr. 6⁷, 9, 28 und 30, Litauen Nr. 9.
- 166Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerpanel Nr. 4 (CEP 4) Nr.⁸ und 27, Litauen Nr. 10, Niederlande Nr. 3.
- 167 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Panel der europäischen Bürger Nr. 4 (CEP 4)^{Nr.} 10, 35 und 38.
- 168 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Panel der europäischen Bürger Nr. 4 (PCE 4)^{Nr.} 29, 31, 33, 36, 37, 38, 39 und 40, Italien^{Nrn. 3,8}, 4.4 (S. 15) und 5.6 (S. 11), Litauen Nrn.² und 3, Niederlande Nrn. 1 und 2.
- 169 Empfehlungen der Bürger, auf die sich der Vorschlag hauptsächlich stützt: Europäisches Bürgerpanel Nr. 4 (PCE 4) Nr.⁷ und 32, Frankreich Nr. 13.
- 170 Französische PCN, Änderung 6.
- 171Empfehlung Nr. 37 des EKP 1.
- 172Empfehlung Nr. 3 des EKP. Französische PCN, Änderung 6.
- 173 Empfehlung 41 des EKP 1.
- 174 Der von der Arbeitsgruppe „Europäische Demokratie“ näher erörterte Aspekt. Siehe Empfehlung 24 des EKP 2, Empfehlungen 1.1, 1.2 und 2.12 des belgischen NKS und Empfehlung des italienischen NKS zur „Inklusivitätspolitik“.
- 175Empfehlung der italienischen NKS zur „Integrationspolitik“.
- 176Der von der Arbeitsgruppe „Digitale Transformation“ näher erörterte Aspekt. Siehe die Empfehlungen Nr. 8 und 34 des EKP 1.
- 177Empfehlung des italienischen NKS „Ermutigung junger Menschen, wissenschaftliche Fächer zu studieren“.
- 178Empfehlungen Nrn. 33 und 48 des PCE 1. Ebenfalls von der Arbeitsgruppe „Digitale Transformation“ angesprochene Frage. Siehe Empfehlung 47 des EKP 1 zur gesunden Nutzung des Internets.
- 179Empfehlung 5 des EKP 1.
- 180Empfehlungen Nrn. 15 und 18 des PCE 1.
- 181 Empfehlung des italienischen NKS zum Thema „Europa in der Welt“
- 182Empfehlungen Nr.¹⁸ und 41 des EKP 1 und Empfehlung des italienischen NKS „Investitionen in die Ausbildung von Ausbildern“.
- 183Empfehlung 17 des EKP 1, vollständig an die Arbeitsgruppe „Digitales“ gerichtet.
- 184 Empfehlung Nr. 15 des EKP 1. Empfehlung des deutschen NKS zu einer „Informationsplattform für einen EU-weiten Wissens- und Erfahrungsaustausch“.
- 185Empfehlung 6.1 des belgischen NKS. Französische PCN, Änderung 7.
- 186 Empfehlung 7.2 des belgischen NKS.
- 187Empfehlung Nr. 4 des EKP 1.
- 188Vorschlag zur Ergänzung der Empfehlungen Nrn.¹ und 30 des EKP 1, die von der Arbeitsgruppe „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“ abgedeckt werden.
- 189 Vorschlag zur Ergänzung der Empfehlung 25 des EKP 1, die von der Arbeitsgruppe „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung“ abgedeckt wird.
- 190 Empfehlung Nr. 28 des EKP 4. Niederländische PCN („Unsere Vision von Kultur, Jugend und Sport“), Empfehlung 1. Französische PCN, Änderung 6.
- 191 Empfehlung 6 des EKP 1.
- 192Niederländische PCN („Unsere Vision von Kultur, Jugend und Sport“), Empfehlung 2.
- 193Empfehlung Nr. 36 des EKP 1. Französische PCN, Änderung 6. Empfehlungen Nr. 2.10 und 2.11 des belgischen NKS. Deutsche PCN: „Mehr Austauschmöglichkeiten für Studierende in Europa schaffen“. Niederländische PCN („Unsere Vision von Kultur, Jugend und Sport“), Empfehlungen¹ und 3. Italienische NKS, Empfehlung zur „Einführung des Zusammenflusses zwischen Ost und West durch Förderung des kulturellen Austauschs und gemeinsamer kultureller Initiativen“.

-
- 194 Empfehlungen Nrn.³² und 38 des PCE 1. Niederländische PCN („Unsere Vision von Kultur, Jugend und Sport“), Empfehlung 3.
- 195 Empfehlung des italienischen NKS zum Thema „Europa in der Welt“
- 196 Französische PCN, Änderung 7. Empfehlungen Nr.^{2.5}, 6.1 und 8.7 des belgischen NKS. Italienische NKS, Empfehlung zur „Stärkung der europäischen kulturellen Werte und Merkmale sowie der regionalen Besonderheiten“.
- 197 Niederländische PCN („Unsere Vision von Kultur, Jugend und Sport“), Empfehlung 2.
- 198 Empfehlung des italienischen PCN zur „Überwindung des Produktionsmodells des vergangenen Jahrhunderts“
- 199 Empfehlung 29 des EKP 1.
- 200 Empfehlung Nr. 36 des EKP 1.